

Die Mitglieder des Direktoriums gehören dem Gouverneursrat an.

Die Präsidenten der nationalen Zentralbanken sind ex officio Mitglied im Gouverneursrat.

#### Alternative 1

(Das Stimmrecht im Gouverneursrat ist gewichtet entsprechend dem Anteil des jeweiligen nationalen BSP am EG-BSP.)

#### Alternative 2

(Jedes Mitglied im Gouverneursrat hat eine Stimme.)

Die Abstimmung erfolgt mit (einfacher) Mehrheit (evtl. Rückfallposition: Gewichtung entsprechend Art. 148 EWG-V, Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit, Stichwort: Sperrminorität).

Dem Direktorium gehören (maximal 5 (7) Mitglieder an) (je ein Vertreter der Mitgliedstaaten der WWU an). Die Mitglieder des Direktoriums haben Sitz und Stimme im Gouverneursrat.

Der Vorsitzende des Direktoriums ist gleichzeitig Vorsitzender des Gouverneursrats.

#### Unabhängigkeit

Das EZBS ist bei der Ausübung seiner Befugnisse unabhängig von Weisungen der nationalen Regierungen und der Gemeinschaftsorgane. Voraussetzung dafür ist die Unabhängigkeit der jeweiligen nationalen Zentralbanken von Weisungen politischer Stellen auf nationaler wie gemeinschaftlicher Ebene. Die Mitglieder des Gouverneursrats und des Direktoriums üben ihre Tätigkeit in eigener Verantwortung aus und sind nur ihrer Institution verpflichtet.

Die Mitglieder des Direktoriums müssen die erforderliche Qualifikation und die Staatsangehörigkeit eines EG-Mitgliedstaates besitzen. Sie werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen auf acht Jahre bestellt.

Das EZBS legt jährlich sowohl dem Europäischen Parlament wie auch dem Europäischen Rat einen Bericht vor.

Sowohl das Europäische Parlament wie auch der Europäische Rat können den Präsidenten des EZBS anhören.

#### Sitz

Die EZB hat ihren Sitz in Frankfurt/Main.

#### Externe Zuständigkeit

Die externe Zuständigkeit der Gemeinschaft ergibt sich aus der Verteilung der inneren Zuständigkeit. In den Bereichen, in denen nach Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion die Zuständigkeit von den Mitgliedstaaten auf die Gemeinschaft übergegangen ist (wie bereits jetzt z. B. im Bereich der Außenhandelspolitik), vertreten die zuständigen Organe der Gemeinschaft die Mitgliedsländer international.

Die Gemeinschaft wird nach Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion – soweit dies nicht bereits der Fall ist – Mitglied in den internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen werden und stimmt dort entsprechend der Zahl der Stimmen der Mitgliedstaaten für diese insgesamt ab.

**Referat 410, Bd. 160933**

**341**

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner**

**431-464.75-922/89 geheim****31. Oktober 1989<sup>1</sup>**Über Dg 43<sup>2</sup>, Herrn D 4<sup>3</sup> Herrn Staatssekretär<sup>4</sup>Betr.: Trägertechnologie-Regime (TTR);  
hier: Einbeziehung der restlichen EG- und ESA-MSAnlg.: 1 (4. Kopie 431-493.15-165/87 geheim)<sup>5</sup>

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung

1) Seit 16. April 1987 wenden D, GB, F, I, J, KAN und USA ein einheitliches Exportkontrollregime auf dem Gebiet der Trägertechnologie an.<sup>6</sup> Ziel ist es, die Ausfuhr von unbemannten Flugkörpern, die als Träger nuklearer Sprengköpfe geeignet sind, sowie von Komponenten und Technologien zur Herstellung solcher Träger (Mindestnutzlast 500kg, Mindestreichweite 300km) zu kontrollieren. Das daraus entstandene Kontrollsysteem hat sich nach Auffassung der TTR-Partner im großen und ganzen bewährt. Um seine Wirksamkeit zu steigern, ist es erforderlich, daß möglichst alle Staaten, die die Möglichkeit haben, nuklearwaffenfähige Trägertechnologie weiterzugeben, dem TTR beitreten.

2) Deswegen und wegen der möglichen Kollisionen von nationalen Maßnahmen der TT-Ausfuhrkontrolle mit Regelungen über den freien Technologietransfer innerhalb des EG-Binnenmarktes (Wegfall der Binnengrenzen) und der ESA hat sich die Bundesregierung stets für eine vorrangige Einbeziehung der restlichen EG-MS und zugleich bzw. anschließend der restlichen ESA-MS eingesetzt.

Darüber besteht im Kreis der TTR-Partner inzwischen Einigkeit, nur das Vorgehen ist noch umstritten.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Legationssekretär Soos konzipiert.

<sup>2</sup> Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Pabsch Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 31. Oktober 1989 erneut vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor Jelonek am 31. Oktober 1989 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 2. November 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Jelonek vermerkte: „[1]) Ich bin mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden, das aber vor Einleitung mit den Ressorts abzustimmen ist. [2]) Der Anmerkung von D 4 betr[effend] Japan ist nachzugehen. (Wer könnte/sollte ggf. mit Japan sprechen?) [3]) Schließlich Frage: Ist daran gedacht, die Kommission zu informieren? [4]) Müssen oder sollten wir den Ausw[ärtigen] Ausschuß zu gegebener Zeit von uns aus unterrichten?“ Vgl. Anm. 11.

Hat Jelonek am 2. November 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirigent Pabsch an Referat 431 „z[l]ur w[ei]teren Vieranlassung“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 2. November 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Legationsrat I. Klasse Gerlach vermerkte: „Können Sie das anleihen bitte.“

Ferner vermerkte Wagner zu Punkt 1) der Bemerkungen Lautenschlagers: „Ja!“ Zu Punkt 2): „UK.“ Zu Punkt 3): „KOM bei EPZ dabei.“ Zu Punkt 4): „Ja, wenn EG-MS zum Beitritt gebeten werden.“

Hat Legationssekretär Soos am 8. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für das Aide-mémoire vom 4. März 1987 vgl. Referat 431, Bd. 160653.

<sup>6</sup> Zum Exportkontrollregime auf dem Gebiet der Trägertechnologie vgl. AAPD 1987, I, Dok. 94, sowie AAPD 1988, I, Dok. 20 und Dok. 127, und AAPD 1988, II, Dok. 218.

3) Als größtes Hindernis wird die Existenz des geheimen Aide-mémoire (AM) angesehen, das neben den Richtlinien und der Technischen Liste ein funktionaler Bestandteil des TTR ist. Darin wird bestimmt:

- keine Exportkontrollen zwischen den TTR-Partnern;
- Vorrang der Verpflichtungen aus den EG-Verträgen, dem ESA-Vertrag<sup>7</sup> („EG bzw. ESA-Privileg“) und dem NATO-Bündnis, d.h. insoweit keine Einschränkung und Kontrollen nach dem TTR;
- reziprokes Informationssystem über Ablehnungen bzw. Exportabsichten im TTR-Bereich, um wirtschaftliche Wettbewerbsverzerrungen auszuschließen.

4) Inzwischen haben die TTR-Partner, mit Ausnahme Japans, die Notwendigkeit anerkannt, das AM allen EG-Staaten gleichzeitig offenzulegen. Ob und wie das AM danach geändert werden müßte bzw. der Grad der Öffentlichkeit eines künftigen AM ist noch nicht geklärt. Die europäischen TTR-Partner haben sich auf der Grundlage eines britischen Entwurfs über die Grundzüge eines neuen AM bereits geeinigt. Es soll unter Beibehaltung der wesentlichen Elemente des ursprünglichen offen eingestuft werden. Lediglich die Aussage, daß die Verpflichtungen der Regierungen aus internationalen Verträgen unberührt bleiben, soll in einer geheimen „additional note“ konkretisiert werden, d.h., daß es sich dabei um die EG-Verträge, den ESA-Vertrag und das Atlantische Bündnis<sup>8</sup> handelt.

5) Da auch innerhalb der ESA wegen des dort geltenden Prinzips des „free flow of technology“ die Problematik vergleichbar ist, wäre es zweckmäßig, in gleicher Weise auch an die restlichen ESA-Staaten heranzutreten. Allerdings haben sich die USA dazu, im Gegensatz zu der Einbeziehung der EG-MS (Vizepräsident Quayle hat sie öffentlich zum Beitritt eingeladen, vgl. Financial Times vom 6.10.1989<sup>9</sup>), noch nicht eindeutig geäußert.

6) Die nächste Gelegenheit, Fortschritte in dem Bereich der Erweiterung des TTR zu erreichen, könnte sich bei einem Treffen der sieben TTR-Partner am 4. Dezember 1989 in London ergeben.<sup>10</sup> Der Termin wurde von GB vorgeschlagen. Die USA und wir wären zur Teilnahme bereit. Reaktionen der anderen liegen uns jedoch noch nicht vor.

7) Um den Widerstand Japans<sup>11</sup> gegen eine Offenlegung des AM zu überwinden, wäre es wichtig, daß die restlichen Sechs ihren Wunsch deutlich machen.

a) Die Bundesregierung könnte im Vorfeld des Treffens in einem Non-paper darauf hinweisen, daß die Verpflichtungen aus dem TTR mit Vollendung des Binnenmarktes für die EG-MS nicht mehr einzuhalten sind.

7 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 30. Mai 1975 zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation (ESA) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1862–1904.

8 Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

9 Vgl. dazu den Artikel „EC urged to join in missile accord“, FINANCIAL TIMES vom 6. Oktober 1989, S. 1 und 28.

10 Das Treffen der am Exportkontrollregime auf dem Gebiet der Trägertechnologie teilnehmenden Staaten fand am 5./6. Dezember 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 403.

11 An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich: „Man hat wohl mit den Japanern noch nicht intensiv genug gesprochen!“ Vgl. Anm. 4.

Auch wenn theoretisch nach dem EWG-V<sup>12</sup> Kontrollmöglichkeiten bestehen, wären sie faktisch wegen des „Wegfalls der Schlagbäume“ nicht umsetzbar. Der einzige Ausweg wäre ein Beitritt der restlichen EG-MS, was wiederum nur durch gleichzeitige Offenlegung des AM an alle zu erreichen ist.

Die Existenz des AM ist in der EG teilweise schon bekannt (NL und B wurden von D mit Einverständnis der anderen TTR-Partner bereits ausführlich unterrichtet); der Eindruck eines „Zwei-Klassen-Systems“ würde andere EG-MS vom Beitritt abhalten.

b) Zugleich kann darauf hingewiesen werden, daß die gleiche Problematik bereits jetzt für die ESA gilt und somit auch hier Handlungsbedarf besteht. Die Bundesregierung würde daher die gleichzeitige Einbeziehung der ESA-Staaten vorstellen.

c) Innerhalb der Bundesregierung ist aufgrund der bisherigen Gespräche mit der Zustimmung der anderen Ressorts<sup>13</sup> zu rechnen.

8) Es wird um Zustimmung zu 7 a), b)<sup>14</sup> gebeten.

Wagner

**Referat 431, Bd. 160653**

## 342

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand und Ministerpräsident Rocard**

**VS-NfD**

**3. November 1989<sup>1</sup>**

III. Gespräch mit dem Präsidenten im Beisein des Premierministers am 3. November 1989, 9.20–9.55 Uhr<sup>2</sup>

Teilnehmer: Der Bundeskanzler, MDg Dr. Hartmann, VLR I Bitterlich, Dolmetscherin;

Staatspräsident Mitterrand, PM Rocard, J. Attali, Mme Guigou, Ph. Petit, Dolmetscherin.

Wesentliche Themen:

- Drogenbekämpfung im EG-Rahmen,
- Asylpolitik,

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 770–963.

<sup>13</sup> Die Wörter „Zustimmung der anderen Ressorts“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese ist aber herbeizuführen!“

<sup>14</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „+ c?“.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 7. November 1989 gefertigt und von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt,

- Schengen (Sichtvermerksbefreiung für Ungarn),
- Vorbereitung gemeinsamer Pressekonferenz (einschließlich Sprachregelung für Airbus).

Im wesentlichen ist festzuhalten:

Der *Bundeskanzler* spricht zunächst die Drogenbekämpfung an und verweist darauf, daß die Bundesregierung in der vergangenen Woche im Kabinett eine umfassende Diskussion geführt und im Bundestag Vorschläge für das weitere Vorgehen erläutert habe<sup>3</sup>. Er nimmt Bezug auf das Schreiben des französischen Staatspräsidenten vom 9. Oktober 1989 und stimmt der darin enthaltenen Ausrichtung auf eine wesentliche Verstärkung der Zusammenarbeit im EG-Rahmen zu.<sup>4</sup> Er halte es für wichtig, daß der ER in Straßburg<sup>5</sup> die Grundausrichtung für das weitere Vorgehen festlege.

Der Bundeskanzler verweist darauf, daß unsere Beobachtungen in der Bundesrepublik Deutschland zur Drogenproblematik deprimierend seien. Verkauf und Verteilung von Drogen gingen einher mit einer neuen Art von Kriminalität, mit der die Polizei bisher kaum zurechtkomme. Er sei bereit, alle Vorschläge zu unterstützen, die zu einer Verbesserung der bisherigen Lage beitragen können.

Der *Präsident* nimmt Bezug auf seinen Brief an die Staats- und Regierungschefs der EG vom 9. Oktober 1989 und erläutert seinen Vorschlag zur Benennung persönlicher Beauftragter. Es müsse sich dabei um Persönlichkeiten handeln, die in den jeweiligen Staaten über eine gewisse Autorität und politische Statur verfügen, die nicht von einem Minister oder Ministerium abhängen, sondern direkt dem jeweiligen Premierminister verantwortlich sind. (Auf Frage des Bundeskanzlers:) Es sei wichtig für die Zukunft, in diese Zusammenarbeit auch Drittländer einzubeziehen – wie die USA, Lateinamerika, Schweiz, Schweden, Österreich.

Der Präsident bittet den Bundeskanzler um baldige Benennung seines Beauftragten, da das erste Treffen noch vor dem ER Straßburg stattfinden solle. In Straßburg wolle er dann einen ersten Bericht über diese Beratungen in den ER einführen, um zu weiterführenden Entscheidungen zu kommen.

Der *Bundeskanzler* stimmt diesem Ansatz zu, der Präsident könne auf ihn rechnen.<sup>6</sup>

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1454*

am 9. November 1989 über Bundesminister Seiters „mit der Bitte um Billigung“ an Bundeskanzler Kohl geleitet. Außerdem vermerkte Hartmann: „Ich gehe davon aus, daß dieser Vermerk nicht weitergegeben werden soll.“

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja“. Ferner vermerkte er handschriftlich: „Telt-schik er[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 16. November 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk, Bundesarchiv, B 136, Bd. 33984.

Für die Teile I und II der Gesprächsaufzeichnung vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 70.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 2./3. November 1989 vgl. auch Dok. 346 und 351.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Bundeskanzler Kohl sowie der Bundesminister Engelhard, Lehr, Schäuble und Warnke am 24. Oktober 1989 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 169. Sitzung, S. 12759–12765.

<sup>4</sup> Für das Schreiben des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vom 9. Oktober 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 220 (202), Bd. 174719.

<sup>5</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

<sup>6</sup> Bundeskanzler Kohl schrieb dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 9. November 1989 und nahm auf dessen Schreiben vom 9. Oktober 1989 Bezug: „Ich begrüße Ihre umfassenden

Der Bundeskanzler verweist darauf, daß er gestern abend mit dem Premierminister im Zusammenhang einer Erörterung über das Schengener Abkommen<sup>7</sup>, aber auch mit Blick auf 1992<sup>8</sup>, über die Asyl-Problematik gesprochen habe. Der Zustrom von Asylbewerbern nehme kein Ende, aber weder Frankreich noch Deutschland könnten die Probleme der Welt lösen. Man müsse Mittel und Wege erkunden, gemeinsam dieses Problem besser in den Griff zu bekommen.

Der *Präsident* pflichtet dieser Einschätzung bei. Auf dem Papier seien die französischen Bestimmungen durchaus einleuchtend, der Ausführung in der Praxis vermöge er aber nicht mehr zu folgen. Die illegale Einwanderung sei grundsätzlich verboten; daher müßten solche Einwanderer vom Gesetz her ausgewiesen werden – nur in der Praxis erfolge dies nicht.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß bei uns die Lage praktisch genauso sei. Vom Grundsatz her sei es aber noch schwieriger bei uns, da das Asylrecht im Grundgesetz als unbeschränktes Grundrecht enthalten sei<sup>9</sup>.

Der *Präsident* wirft ein, daß das Asylrecht auch in Frankreich Verfassungsrang habe, und fragt den Bundeskanzler nach den absoluten Zahlen.

Der *Bundeskanzler* entgegnet, von rund 100 000 Asyl-Bewerbern im letzten Jahr seien vielleicht 5000–7000 echte Asylanten.

Der *Präsident* betont, daß die Entwicklung in Frankreich vergleichbar sei. Man müsse sie dringend ändern.

Der *Bundeskanzler* erläutert den Mißbrauch des Asylrechts anhand des Beispiels, daß im vorigen<sup>10</sup> in Frankfurt mehrmals in der Woche ein Jumbo aus Sri Lanka mit jungen Leuten und Kindern angekommen sei, die nur ein deutsches Wort gelernt hätten: „Asyl“. Die entsprechenden Verfahren bis hin zu den Gerichten mit zwei bzw. drei Instanzen zögern sich in die Länge. Selbst nach abschließender Ablehnung des Asylantrages sei es extrem schwierig, diese Leute in ihre Ursprungsländer zurückzuschicken. Vor allem Pfarrer und linke Gruppen würden diese Leute verteidigen.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1455*

Vorschläge, die auf eine Annäherung der Politiken gegenüber den Erzeuger- und Transitländern, auf eine Annäherung der Strategien zur Bekämpfung der unerlaubten Einfuhr und der illegalen Nachfrage einschließlich der Prävention sowie der Behandlung und Rehabilitation Drogenabhängiger abzielen. [...] Das von Ihnen vorgeschlagene Gremium von Beauftragten sollte dem Europäischen Rat Vorschläge unterbreiten, die unsere entschlossene Haltung in der Drogenfrage widerspiegeln. Als meinen Beauftragten benenne ich Herrn Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble.“ Vgl. Referat 220 (202), Bd. 174719.

Auf seiner Tagung am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg ersuchte der Europäische Rat „die Gruppe der Koordinatoren „Drogenbekämpfung“, die vor kurzem auf Initiative des französischen Präsidenten eingesetzt worden ist, alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die unerlässliche Koordinierung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten in den wichtigsten Bereichen der Drogenbekämpfung – Vorbeugemaßnahmen, Gesundheits- und Sozialpolitik gegenüber den Drogenabhängigen, strafrechtliche Verfolgung des Rauschgifthandels und internationale Maßnahmen – sicherzustellen“. Vgl. BULLETIN DER EG 12/1989, S. 11.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

Zu den Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen vgl. Dok. 375.

<sup>8</sup> Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

<sup>10</sup> So in der Vorlage.

Der Bundeskanzler verweist darauf, er habe gestern abend mit dem Premierminister vereinbart, daß BM Schäuble mit ihm möglichst bald Kontakt aufnehmen werde, um gemeinsam rasch über Lösungswege nachzudenken. Aus seiner Sicht werde aus dem weiteren Abbau der Grenzkontrollen im Rahmen des Abkommens von Schengen nichts, wenn man nicht rasch zu Vereinbarungen auch über das Asylrecht komme.

Der *Präsident* stimmt dem Bundeskanzler zu und fügt hinzu, der Zusammenhang zwischen Asylanten, Flüchtlingen aus der DDR, Aussiedlern und Asylbewerbern aus Polen sei für die Bundesregierung sehr schwierig. In Frankreich würden Einwanderer aus anderen Ländern – nämlich aus Nordafrika und Jugoslawien – für eine innenpolitisch ähnliche schwierige Problemlage sorgen.

Der *Premierminister* ergänzt, die Grundschwierigkeit liege darin, daß Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland Rechtsstaaten seien. Jede Ausweisung könne erst nach entsprechender gerichtlicher Überprüfung erfolgen. Aufgrund der großen Zahl der anstehenden Fälle dauerten die Verfahren zu lange. Man brauche sechs bis sieben Monate bis zur ersten Entscheidung, bis zum Durchlauf aller gerichtlichen Instanzen (zwei) vergingen zwei bis drei Jahre. Was man an sich bräuchte, wäre die Befugnis, Einwanderer bereits an der Grenze abzulehnen und zurückzuweisen – hier gebe es aber juristische und verfassungsrechtliche Bedenken.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß die Probleme bei uns ähnlich seien.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Haltung der Parteien in Frankreich zur Asyl-Problematik erläutert der *Präsident*, daß die Sozialisten in bezug auf eine Verschärfung der Maßnahmen zurückhaltend seien. Die generelle Meinung im Volk und bei den Parteien sei jedoch gegen die illegale Einwanderung. Hier müsse man die Verfahren beschleunigen, auch bei der gerichtlichen Überprüfung. Innerhalb von einer Woche bis zehn Tagen müsse die erste Entscheidung möglich sein. Frankreich brauche auch dringend mehr Verwaltungsrichter. Er halte es für wesentlich, daß die Regierung diesen Fragenkomplex vordringlich angehe.

Der *Bundeskanzler* erklärt dem Präsidenten, die Bundesregierung sei zu enger Zusammenarbeit bereit. Leider hätten Frankreich und Deutschland für diese Probleme auf europäischer Ebene zu wenig oder keine Unterstützung. Italien sei z.B. nicht einmal an diesen Fragen interessiert. (Einwurf des *Präsidenten*: Die Mehrzahl der Einwanderer aus Jugoslawien komme über Italien, das diese nachlässig kontrolliere.)

Der *Premierminister* spricht an dieser Stelle die von uns im Rahmen von Schengen eingebrachte Abschaffung der Sichtvermerke für Ungarn<sup>11</sup> an. Frankreich sei bereit, großzügig zu sein, habe aber gewisse Sicherheitsbedenken, auch im Hinblick auf die Präzedenz eines solchen Vorgehens.

Der *Bundeskanzler* betont, daß aus unserer Sicht Ungarn im großen und ganzen keine Sicherheitsprobleme bereite. Auch im Verhältnis zu Polen werde der Strom von Einwanderern zurückgehen, sobald sich die Wirtschaftslage bessere.

Der *Premierminister* sagt zu, die französische Haltung in bezug auf Ungarn noch einmal zu überprüfen.

<sup>11</sup> Zur Frage der Abschaffung der Sichtvermerkspflicht für Ungarn vgl. Dok. 204, Anm. 8.

Der *Bundeskanzler* spricht abschließend die Vorbereitung der gemeinsamen Pressekonferenz an.<sup>12</sup> Er wolle eine kurze Einführung geben, dabei auch die Überreichung des Adenauer-de-Gaulle-Preises<sup>13</sup> hervorheben. Er wolle dann berichten, daß im Mittelpunkt des Gesprächs die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen gestanden habe und man in den nächsten Wochen gemeinsam intensiv den ER in Straßburg vorbereiten wolle. Er wolle nur kurz die Frage der Wirtschafts- und Währungsunion, wie gestern vereinbart, und die Drogenbekämpfung erwähnen.

Der Bundeskanzler ergänzt, daß die Journalisten wahrscheinlich nach dem Airbus – Einrichtung einer zweiten Endmontagelinie in Deutschland – fragen würden.<sup>14</sup> Er schlage vor, hierauf zu antworten, daß man über diese Frage nicht gesprochen habe, da die anstehenden Entscheidungen Sache der Firmen seien.

Der *Präsident* wirft ein, er sehe diesen Fragenkomplex als „curiosité“ an und werde diesen als solche bewahren. Es sei nicht seine Sache, die Verträge der Industrie neu zu verhandeln.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem Präsidenten zu. Er wolle nicht, daß dieses Thema zu einem Streit zwischen beiden Regierungen führt. Er bestätigt nochmals, daß er in der Pressekonferenz auf evtl. Fragen sagen werde, diese Angelegenheit sei eine Sache der Firmen.

Der *Präsident* spricht noch einmal die Wirtschafts- und Währungsunion an und betont, der Bundeskanzler wisse, daß er ihm das Leben nicht schwermachen wolle, er könne aber gegenüber der Presse nicht hinter dem zurückbleiben, was er in Straßburg gegenüber dem Europäischen Parlament gesagt habe<sup>15</sup>: Er hoffe, daß die Regierungskonferenz noch im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1990 zusammenentreten werde; ein Abschluß der Ratifizierungsverfahren bis zum 1.1. 1993 sei aus seiner Sicht wünschenswert – er sei aber kein Prophet.

Der *Bundeskanzler* äußert Verständnis hierfür und betont, er werde sich zum Termin der Regierungskonferenz vor der Presse nicht äußern, sondern lediglich darauf verweisen, daß der Präsident und er in den kommenden Wochen Straßburg gemeinsam vorbereiten würden.

#### **Bundesarchiv, B 136, Bd. 33984**

<sup>12</sup> Zur gemeinsamen Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl und des französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 3. November 1989 in Bonn vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGERE 1989 (November/Dezember), S. 4–7.

<sup>13</sup> Zur Stiftung des Adenauer-de-Gaulle-Preises für Verdienste um die deutsch-französische Freundschaft am 22. Januar 1988 vgl. AAPD 1988, I, Dok. 32.

Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl überreichten am 2. November 1989 den ersten Adenauer-de-Gaulle-Preis an die Gesellschaft für über nationale Zusammenarbeit und das Bureau International de Liaison et de Documentation. Vgl. dazu BULLETIN 1989, S. 1037 f.

<sup>14</sup> Zur Frage einer zweiten Endmontagelinie für den „Airbus“ vgl. Dok. 333.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Rede des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vom 25. Oktober 1989 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGERE 1989 (September/Okttober), S. 175–183. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 10/1989, S. 82–90 (Auszug).

## 343

**Botschafter z.b.V. Graf zu Rantzau, z.Z. Sofia,  
an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 768**

**Aufgabe: 3. November 1989, 18.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 6. November 1989, 10.50 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 19

Betr.: KSZE-Umweltschutztreffen Sofia<sup>2</sup>;  
 hier: Abschlußbericht

Zur Unterrichtung

**1) Zusammenfassung**

Umwelttreffen Sofia (SEM<sup>3</sup>), erste Folgeveranstaltung der KSZE im Bereich des Korbes II<sup>4</sup>, ging heute ohne Schlußdokument, aber mit substanzreichem Ergebnis bei den Mandatsthemen<sup>5</sup> zu Ende. Verabschiedung eines Schlußdokuments wurde in letzter Minute durch RUM (das im Einleitungsteil eines Schlußdokuments Aussagen zur Rolle von Individuen und regierungsunabhängiger Organisationen nicht akzeptieren konnte) verhindert. SEM muß gleichwohl als Erfolg<sup>6</sup> gewertet werden. Umfangreiche und gründliche Erörterung der Mandatsthemen, deren Ergebnis von allen TNS vorbehaltlos gebilligt wurde, ergab wesentliche Vorarbeiten für die jetzt insbesondere im Rahmen ECE fortzuführende Debatte. Dabei für uns wesentlich: Ausarbeitung Gewässerrahmenkonvention durch ECE parallel zu Vorbereitung spezifischer Gewässerkommissionen, daneben rechtliches Instrument zu Industrieunfällen. SEM hat grundlegende Bedeutung des Themenkomplexes Umwelt für West-Ost-Verhältnis insgesamt und für gesamten KSZE-Prozeß wirkungsvoll unterstrichen. In erster Analyse werden Verlauf und Ergebnis auch ohne Schlußdokument von den 34 TNS, die den Schlußdokumententwurf der Koordinatoren zu tragen bereit waren, einhellig positiv bewertet. Dies wurde auch in den Schlußerklärungen deutlich unterstrichen. Mehrzahl TNS erklärte sich bereit, erzielte Ergebnisse zu Mandatsthemen zügig umzusetzen. SEM hat spürbare Öffnung einer Reihe von WP-Staaten anhand Erörterung des Themenkomplexes Umweltpolitik erneut deutlich manifestiert. Traditioneller West-Ost-Gruppengegensatz und Bilateralismus der Großmächte traten bei

<sup>1</sup> Das von Legationsrat I. Klasse Gallon, Ministerialrat Kristof, BMB, und Vortragendem Legationsrat Lemp, alle z. Z. Sofia, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14.

<sup>2</sup> Das KSZE-Umweltschutztreffen fand vom 16. Oktober bis 3. November 1989 statt.

<sup>3</sup> Sofia Environmental Meeting.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlüsselekte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

<sup>5</sup> Anhang VI des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 enthielt eine Tagesordnung für das KSZE-Umweltschutztreffen, die als dessen Themen „a) Verhinderung und Bekämpfung grenzüberschreitender Auswirkungen von Industrieunfällen; b) Umgang mit potentiell gefährlichen Chemikalien; c) Verschmutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen“ festlegte. Vgl. BULLETIN 1989, S. 100 f.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „gleichwohl Erfolg“.

SEM nicht in Erscheinung, auch bilateraler TUR-BUL-Konflikt<sup>7</sup> hat Treffen nicht beeinträchtigt. Arbeit des SEM war stattdessen überwiegend durch zielorientierte Sacharbeit an den Mandatsthemen gekennzeichnet. Differenzierungen innerhalb östlicher Gruppe manifestierten sich verstärkt. Insbesondere auch BUL und DDR, die in Paris<sup>8</sup> noch mit RUM und ČSSR gewisse Kohärenz wahrten, ließen bei SEM Öffnungstendenzen erkennen.

## 2) Zu Verlauf und Ergebnis im einzelnen

2.1) In Eröffnungs-Plenarrunde waren alle WP-Staaten (außer UNG, dessen Min.<sup>9</sup> kurzfristig verhindert war) sowie wir (BM Töpfer), Präs. der Zwölf<sup>10</sup> (StS für Umweltfragen beim PM, Lalonde) und GRI auf Ebene Umweltminister vertreten.

Eröffnungserklärungen ließen bereits deutlich überwiegendes Interesse der meisten TNS an konkreter, mandatsbezogener Sacharbeit erkennen. Westliche Teilnehmerstaaten verbanden deutliche, zugleich überwiegend nicht konfrontative Aussagen zu Menschenrechtspraxis in einigen WP-Staaten (DDR, ČSSR, RUM, BUL) mit Darlegung konkreter, oft umfangreicher Zielsetzung im umweltpolitischen Bereich. N+N-Eröffnungserklärungen waren im wesentlichen auf Mandatsthemen konzentriert, nur A und CH erwähnten auch MR-Bereich in allgemeiner Form. Östliche Delegationen sprachen erwartungsgemäß ausschließlich Mandatsthemen an.

2.2) Die damit insgesamt vorgegebene Ausrichtung auf intensive, geschäftsmäßige Sacharbeit an Mandatsthemen setzte sich im weiteren Verlauf des Treffens in den SWBs<sup>11</sup> sowie in zahlreichen informellen, oftmals gruppenübergreifenden Arbeitssitzungen fort. Diese Sacharbeit wurde weder vom früher und bei anderen Themen traditionellen West-Ost-Gegensatz noch von anderen, vorher vermuteten Problembereichen (insbes. TUR-BUL-Konflikt, Haltung wichtiger TNS zu MR-Fragen) wesentlich beeinflußt.

Aus den Ergebnissen zu den drei Mandatsthemen ist im einzelnen festzuhalten:

### a) Gewässerschutz

Ergebnis bedeutet wichtigen Schritt zu gesamteuropäischem Regime für Gewässerschutz. TNS wollen Ausarbeitung einer verbindlichen Rahmenkonvention zum Schutz grenzüberschreitender Gewässer im Rahmen der ECE in Gang setzen. Hierfür wurden substantielle Vorgaben erarbeitet, wie z.B. Anwendung von Emissionsnormen auf Basis des Standes der Technik sowie die im Ost-West-Kontext erstmalige Anerkennung des Verursacherprinzips. Entscheidendes Gewicht kommt der Festlegung zu, daß die Anrainera Staaten grenzüberschreitender Wasserläufe spezifische Vereinbarungen zur Einrichtung gemeinsamer Kommissionen abschließen werden mit konkreter Aufgabenstellung, die auf die Sanierung der Wasserläufe abzielt.

<sup>7</sup> Zur Frage der Teilnahme der Türkei am KSZE-Umweltschutztreffen vgl. Dok. 271, besonders Anm. 17.

<sup>8</sup> Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

<sup>9</sup> László Maróthy.

<sup>10</sup> Vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 hatte Frankreich die EG-Ratspräsidenschaft inne.

<sup>11</sup> Subsidiary Working Body.

Für uns ist damit Weg frei, unverzüglich Verhandlungen über Einrichtung einer Elbe-Schutz-Kommission aufzunehmen, die auch dem Schutz der Nordsee zugute kommen wird. Entsprechendes gilt für Schutz der Donau.

b) Industrieunflle

Betont wurde von den TNS die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen von Industrie und Behorden zur Vermeidung von Industrieunfällen, von Maßnahmen zur Schadensbegrenzung, einschließlich der gegenseitigen Unterstützung im Falle eines Unfalls, und zu grenzubergreifender Zusammenarbeit. Auf dieser Basis soll jetzt internationale Vereinbarung ebenfalls im Rahmen der ECE ausgearbeitet werden.

c) Umweltchemikalien

TNS einigten sich auf eine Reihe wichtiger Grundsätze für ein umfassendes System der Kontrolle potentiell gefährlicher Umweltchemikalien: von der toxikologischen und ökotoxikologischen Prüfung alter Stoffe in internationaler Arbeitsteilung über striktes Anmeldeverfahren bis hin zu Verwendungsbeschränkungen, zum Verbot und zur Substitution gefährlicher Stoffe. Ziel ist, die internationale Kooperation zu intensivieren, um auf diesem Wege Beitrag zur Harmonisierung der nationalen Regelungen auf hohem Schutzniveau zu erreichen.

Zu den drei Mandatsthemen konnten wir alle unsere wesentlichen Anliegen durchsetzen. Voraussetzung dafür war, daß es gelang, die EG-Abstimmung auf der Basis unseres Positionspapiers<sup>12</sup> durchzuführen und auch NATO-Partner ohne Abstriche an Substanz für die so erreichten Zwfer-Positionen zu gewinnen. (Nach den für uns enttäuschend verlaufenen Abstimmungsversuchen der Konferenzvorbereitung in Brüssel ist dieser Erfolg um so bemerkenswerter.)

2.3) Bei der bereits zu Beginn des Treffens aufgeworfenen Frage der Miteinbringerschaft durch NATO-Verbündete bei den Vorschlagen der Zwölf ergab sich nach langwierigen Diskussionen bei den Zwölf und den 16 sowie nach bilateralen Demarchen der Präsidentschaft in den Hauptstädten der nicht den zwölf angehörenden Verbündeten erst in der letzten Konferenzwoche eine Lösung: Die Verbündeten erklärten sich expressis verbis – nur im Hinblick auf Sofioter Treffen – bereit, die ursprünglich von GB vorgeschlagene Formel: „Proposal submitted by the delegation of (Präsidentschaft) in the name of the twelve participating states, members of the European Community (ohne namentliche Nennung der Zwölf)“, ggf. ergänzt durch: „As well as those of ... (andere als Zwölf in alphabeticischer Reihenfolge)“ („Sir-Anthony-Formula“<sup>13</sup>) zu akzeptieren. Dies führte dazu, daß die Vorschlagstexte der Zwölf und 16 zunächst nur ohne Autorenbenennung als „Non-paper“ und erst zu Ende der Konferenz als formelle Vorschlage (Vorschlag zu Chemikalien mit Unterstützung nur von CDN, andere Vorschlage nur von Zwölf) eingeführt werden konnten.

142.4) Endphase des Treffens konnte beginnen, nachdem zunächst in westlicher Gruppe nachdrückliche Forderung von US, CDN und NWG nach Erwähnung von Menschenrechten und Rolle und Verantwortung von Individuen und regie-

<sup>12</sup> Für das Positionspapier der Bundesregierung vom 30. August 1989 vgl. Referat 504, Bd. 194472.

<sup>13</sup> Die britische Delegation beim KSZE-Umweltschutztreffen in Sofia wurde von Anthony Williams geleitet.

<sup>14</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 770 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

rungsunabhängigen Organisationen (und von TUR von Minderheiten) im Schlußberichtsentwurf der Koordinatoren (SEM.36<sup>15</sup>) mit Einigung auf allgemeinen Verweis auf relevante Bestimmungen des WAD<sup>16</sup> ausgeräumt war.

Konsens über Schlußdokument wurde dann am letzten Konferenztag von RUM verhindert.

RUM hatte zu Koordinatenentwurf für Schlußdokument (SEM.36) auf Delegationsebene zunächst Zustimmung signalisiert, legte aber am Abend des 2.11. eigenen Vorschlag zu NGOs vor<sup>17</sup>, der durchweg als Provokation empfunden wurde. Auch SU (und, soweit es vom Chair aus möglich war, DDR) machte Distanzierung und Isolierung RUM auch innerhalb des WP deutlich und war nur halbherzig für Berücksichtigung des RUM-Anliegens. Auch nach Gesprächen auf höchster Ebene (Telefonate Schiwkow/Ceaușescu) sah RUM-Delegation sich außerstande, im Einleitungskapitel des Entwurfs der Koordinatoren für Schlußdokument o. g. zwei Passagen über Rolle von Individuen und unabhängigen Organisationen im Umweltbereich zu akzeptieren.

2.5) Schlußinterventionen werteten SEM gleichwohl einhellig (mit Ausnahme RUM, das nur Einmischung in innere Angelegenheiten zu beklagen hatte) als Erfolg. Hervorgehoben wurde erzielte Übereinstimmung zu allen Mandatsthemen, oftmals verbunden mit Bereitschaft, Übereinkünfte unverzüglich national und in internationalen Gremien umzusetzen. Darüber hinaus waren Schlußinterventionen nach dem Zwischenfall vom 26.10. (s.u.) in hohem Maße von Forderung nach Entfaltungsmöglichkeiten für NGOs geprägt. SU nutzte BUL-Darstellung über die den NGOs eingeräumte Rolle als Anlaß für scharfe indirekte Kritik daran, daß RUM deswegen Konsens verweigerte.

3) Mit zunehmendem Verlauf des Treffens gewann die Debatte über menschenrechtliche Aspekte spürbar an<sup>18</sup> Gewicht.

3.1) Diskussion zu Menschenrechten begann bereits in Eingangsphase aus Anlaß Behandlung islamisch-türkischer Minderheiten durch BUL und konzentrierte sich deswegen vor allem auf zum Teil scharfe Kritik an Übergriffen in die Rechte einzelner. (Westl. und N+N-Vertreter sprachen dabei eher der Vollständigkeit halber auch RUM, ČSSR und DDR an.) Schon in dieser Phase haben aber USA und wir Bedeutung der „aktiven“ Menschenrechte – aktive und passive Informationsfreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit – angesprochen. Deren Bedeutung bestimmte schlagartig das Treffen nach dem Zwischenfall vom 26.10. Eine weitere Perspektive eröffneten US mit der Begründung von SEM.29<sup>19</sup> (den

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „366“.

Für den Vorschlag Finnlands, Österreichs, Schwedens und der Schweiz für einen Bericht über Schlußfolgerungen und Empfehlungen des KSZE-Umweltschutztreffens vom 2. November 1989 (CSCE/SEM.36) vgl. Referat 504, Bd. 194472.

Für die revidierte Fassung vom 3. November 1989 (CSCE/SEM.36/Rev. 1) vgl. Referat 212, Bd. 153482.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105. Vgl. dazu auch Dok. 7.

<sup>17</sup> Für den Vorschlag Rumäniens (CSCE/SEM.37) vgl. Referat 212, Bd. 153482.

<sup>18</sup> Korrigiert aus: „den“.

<sup>19</sup> Für den Vorschlag der USA sowie Belgiens, der Bundesrepublik, Dänemarks, Frankreichs, Irlands, Italiens, Kanadas, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Portugals, Schwedens, der Schweiz und Spaniens vom 27. Oktober 1989 (CSCE/SEM.29), dem sich auch Griechenland, Großbritannien und die Türkei anschlossen, zu den Rechten „um den Schutz bzw. um die Sanierung der Umwelt bemühte[r] Personen und Organisationen“ vgl. Referat 212, Bd. 153482.

wir mit eingebracht haben), in der mit dem Hinweis auch auf Rechtssicherheit und Rule of Law die jetzt im KSZE-Prozeß anstehenden Themen zum Konferenzgegenstand gemacht wurden. Wir haben dies in eigener Schlußintervention weitergeführt und am Beispiel des Umweltthemas demonstriert, wie sehr das künftige Europa von dem durch die europäische Aufklärung geformten Bild vom Menschen geprägt werden muß. Dabei haben wir besonders auf (westl. geprägten) Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit verwiesen (vgl. zur Schlußphase 2.4).

3.2) Eine zeitweilige Beeinträchtigung der konstruktiven Atmosphäre ergab sich durch Zwischenfall in Sofioter Innenstadt in zweiter Konferenzwoche: Gewaltsame Auflösung einer Demonstration von etwa 30–40 „Öko-Glasnost“-Vertretern veranlaßte F (für Zwölf), UK, NL, DK und US in darauf folgender Arbeitsgruppensitzung zu scharfem Protest gegen Verstoß gegen Meinungsfreiheit einer Umweltgruppe und zugesicherte Zugangsbedingungen. BUL-DL, Umweltminister Djulgerow, sah sich genötigt, „bedauerlichen Zwischenfall“ und Übergriffe zu konzedieren und darzulegen, Vorkehrungen für konstruktive Fortsetzung der Konferenzarbeit im Saal und der Rahmenbedingungen außerhalb seien getroffen, obwohl möglicherweise einige Delegierte und Journalisten „Gastfreundschaft mißbraucht“ hätten. (Erklärung wurde im BUL-TV veröffentlicht.) Vorfall wurde dann zu Beginn letzter Konferenzwoche erneut von US-Seite (im NATO-Caucus) vorgebracht mit dem Vorwurf, BUL-Seite habe ihre Zusagen nicht eingehalten, nach wie vor seien BUL-Umwelt- und MR-Aktivisten behördlichen Übergriffen ausgesetzt. Demarche einer Gruppe westl. und neutraler DL bei BUL-DL Djulgerow führte dann zu einem Ergebnis, das von Beteiligten insgesamt als hinreichend angesehen wurde und sich auf Arbeit an Schlußdokumententwurf der Koordinatoren nicht weiter negativ auswirkte.

Bei diesem Vorgang ist insgesamt als kennzeichnend für inzwischen erreichten Stand des KSZE-Prozesses hervorzuheben, daß auch SU – erstmals auf KSZE-Veranstaltung – indirekt WP-Staat BUL wegen Menschenrechtsverletzungen kritisierte und sich auch DDR genötigt sah, Distanz zu Vorgehen der BUL-Polizeiorgane erkennen zu lassen. Vorgang unterstreicht, daß erkannte MR-Verletzungen inzwischen für – jeden – TNS Risiko der Isolierung in sich bergen. Daneben zeigt sich hier wiederum, daß unsere nordamerikanischen Verbündeten auch diese KSZE-Veranstaltung im wesentlichen unter dem Menschenrechtsaspekt werten und die umfangreiche geleistete Sacharbeit, an der sie sich wenig beteiligt haben, für sie allenfalls in zweiter Linie von Interesse ist.

3.3) TUR-BUL-Konflikt kam am zweiten Konferenztag in kurzer, aber heftiger Polemik zwischen TUR und BUL zum Ausbruch, die jedoch mit Zeichen von Dialogbereitschaft und Appellen zu gemeinsamer Lösungssuche verbunden war. Im weiteren Verlauf des Treffens spielte dieser bilaterale Konflikt keine nennenswerte Rolle mehr. Bilaterales AM-Treffen in Kuwait<sup>20</sup> trug darüber hinaus auch atmosphärisch spürbar zu weiterer Entspannung auf dem Treffen bei.

4.1) Die eigene Delegation hat sich im Plenum, in beiden Arbeitsgruppen, in zahlreichen Kontakten am Rande und in der Abstimmung in den Kreisen der Zwölf und 16 aktiv und weitgehend meinungsführend beteiligt. Ihr wurde wiederholt bestätigt, Akzente gesetzt zu haben.

<sup>20</sup> Am 30. Oktober 1989 trafen in Kuwait-Stadt der bulgarische Stellvertretende Ministerpräsident Jordanow und der türkische Außenminister Yilmaz zusammen.

4.2) Auftreten der DDR-Delegation unterschied sich merklich von dem auf den Treffen in London<sup>21</sup> und Paris. Vor Honecker-Rücktritt<sup>22</sup> war es bestimmt durch rigorose Beschränkung auf Mandatsthemen und Vermeidung jeglicher darüber hinausgehender politischer Stellungnahmen. Dieses betont geschäfts-mäßige, sachorientierte Verhalten setzt sich bei Umweltexperten während des gesamten Treffens fort.

Nach Honecker-Rücktritt suchten DDR-DL<sup>23</sup> und sein Vertreter<sup>24</sup> Gespräch mit unserer Delegation, wobei Reformansätze jeweils besonders betont wurden. In der Konferenzarbeit schlug sich dies bei zwei Gelegenheiten nieder: In der Behandlung des Zwischenfalls vom 26.10. beschränkte sich DDR-DL nach der vorangegangenen SU-Intervention auf die bei allen früheren KSZE-Veranstaltungen für die DDR typische Aufforderung, „erfolgsorientiert“ für ein Schlußdokument zu arbeiten.

DDR-DL hielt mit uns besonders engen Kontakt, als er am vorletzten Tag Vorsitz hatte. Diskussionen am Rande des Treffens mit DDR-Vertretern über Ereignisse und Entwicklungen in der DDR waren offen und sachbezogen und von dem Versuch geprägt, mit uns ins Gespräch zu kommen, wobei auch Ansätze zu Meinungs- und Wertepluralität erkennbar wurden.

### 5) Besuch BM Töpfer

Durch seine Anwesenheit und Ansprache am Eröffnungstag des Umweltforums hat BMU Dr. Töpfer große Bedeutung des Umweltschutzes in der Bundesrepublik Deutschland und besonders deutsches Interesse an fortschrittlicher gesamt-europäischer Umweltpolitik unterstrichen.<sup>25</sup> Dies wurde auch in deutschen Medien positiv registriert.

Am Rande der Konferenz führte BM Töpfer bilaterale Gespräche mit Umweltministern von BUL, POL<sup>26</sup>, SU<sup>27</sup> und DDR. Mit DDR-Umweltminister Reichelt wurden auch Projekte der bilateralen Umweltzusammenarbeit erörtert.

BM Töpfer traf außerdem in seinem Hotelzimmer mit führenden Mitgliedern unabhängiger bulgarischer Umweltschutzgruppe „Öko-Glasnost“ zusammen.

[gez.] Rantzaу

**Referat 212, Bd. 153482**

<sup>21</sup> Zum KSZE-Informationsforum vom 18. April bis 12. Mai 1989 vgl. Dok. 137.

<sup>22</sup> Zur Ablösung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, durch Egon Krenz am 18. Oktober 1989 vgl. Dok. 326.

<sup>23</sup> Hans Voss.

<sup>24</sup> Joachim Klein.

<sup>25</sup> Für die Rede des Bundesministers Töpfer am 16. Oktober 1989 beim KSZE-Umweltschutztreffen in Sofia vgl. Referat 504, Bd. 194472.

<sup>26</sup> Bronisław Kamiński.

<sup>27</sup> Die UdSSR war beim KSZE-Umweltschutztreffen in Sofia durch den Vorsitzenden des Staatskomitees für Umweltschutz, Woronzow, vertreten.

**344****Botschafter Ellermann, Bagdad, an das Auswärtige Amt****VS-NfD****Fernschreiben Nr. 788****Aufgabe: 5. November 1989, 09.00 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 5. November 1989, 13.11 Uhr**

Betr.: Innere und äußere Lage Irak;  
hier: Bilaterale Beziehungen

Ereignisse und Entwicklungen letzter Wochen ergeben folgendes Bild von innerer und äußerer Lage des Irak und den bilateralen Beziehungen:

**I. Innere Lage****1) Stabilität des Regimes**

Präsident Saddam Hussein regiert das Land unangefochten, gestützt von Partei, Geheimpolizei und Militär. Eine ernsthafte Opposition ist nicht zu beobachten, Kritik nicht üblich. Veränderungen im Kabinett gehen lautlos vor sich. So wurden Finanzminister Mekhailif und amtierender Landwirtschaftsminister Badr Danouk über Nacht entlassen, ohne daß hierfür Erklärungen abgegeben wurden.

**2) Innere Sicherheit**

Die innere Sicherheit ist nicht gefährdet. Obwohl die Serie von Sprengstoffanschlägen auf ausländische Fahrzeuge und Einrichtungen am 22.10. mit einem Anschlag auf das Auto des Handelsrates der türkischen Botschaft fortgesetzt wurde, ist hierin eine Gefahr für das politische System nicht zu sehen. Andere Beobachter teilen diese Einschätzung nicht. Insbesondere sind Amerikaner wegen Fundes eines Explosivkörpers vor der Unterkunft ihrer Marines beunruhigt und schließen aus Serie von Anschlägen auf schwundende Stabilität des Systems. Ihre Lagebeurteilung ist aber nicht immer frei von Hektik und läßt – anders als die der Briten und Franzosen – eine gewisse Kontinuität vermissen. Dabei wird wohl auch zu wenig gesehen, daß derartige Anschläge auch vom Geheimdienst ausgehen können.

**3) Kurden**

Die Umsiedlungsaktion der Kurden ist abgeschlossen. Über hunderttausend Menschen aus den Grenzgebieten zur Türkei und zum Iran sowie den Stützpunkten der Barzani- und Talabani-rebellen wurden zwangsweise in die Nähe größerer Orte in der Ebene verbracht.

Eigene Dienstreisen vom 11.–13.10. und am 26./27.10. in das innere Kurdistan, die auch in entlegene Täler führten, sowie Gespräche mit Kollegen, die ebenfalls Kurdistan bereist haben, vermitteln das Bild äußerer Ruhe. Die Zentralregierung ist weitgehend Herr der Lage. Anzeichen für weitere Zwangsumsiedlungen sind nicht erkennbar.

Weite Gebiete sind aber immer noch von Militär und Geheimdienst gesperrt. So sind auf der Strecke Mossul–Ain Sifni–Atrosh schon kurz nach Mossul die ersten Feldlager der Armee, ausgerüstet mit schwerer Artillerie und gepanzerten

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 3.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dassel am 6. November 1989 vorgelegen.

Fahrzeugen, zu beobachten. In Atrosh selbst und nördlich davon beherrscht die Armee fast das Straßenbild. Ähnliches gilt für die Strecke Ain Sifni nach Aqra und von dort über Buchal nach Shaklawa. Die Weiterreise von Shaklawa am westlichen Rand des Dokan-Sees entlang nach Sulaimaniya wurde von den Sicherheitskräften unter Hinweis auf kurdische Rebellentätigkeiten untersagt. Selbst bei Tageslicht könne in dieser Gegend sich nur bewaffnetes Militär bewegen. Im unteren Dokantal ist zu erkennen, daß die menschlichen Ansiedlungen zerstört wurden und die Felder (Gemüse- und Obstbau) verwildern. Menschen und Vieh sind nicht zu sehen. Die an der Straße Chamchamal–Sulaimaniya und bei Tasluja am Ausgang des Dokantal angelegten Flüchtlingsiedlungen mit wohl mehreren 10 000 Bewohnern vermitteln ein trauriges und abstoßendes Bild. Elektrizität ist vorhanden, die Wasserversorgung noch nicht sichergestellt. Die Menschen – überwiegend Frauen, Kinder und Alte – sind ohne Zukunft, da das umliegende Land anderen gehört und keine Arbeitsmöglichkeiten bestehen. Es muß angenommen werden, daß ein großer Teil der Männer vor oder bei der Zwangsumsiedlung in die Berge geflüchtet oder Zwangsmaßnahmen zum Opfer gefallen ist. Dies dürfte insbesondere für die Anhänger und Helfer der Barzani- und Talabani-rebellen gelten. In Sulaimaniya wird (insbesondere nach Einbruch der Dunkelheit) Sicherheit und Ordnung von kurdischen Milizen sichergestellt.

Die in Kurdistan im September abgehaltenen Wahlen für das Regionalparlament der „Autonomen Region Kurdistan“ haben eher Alibi-Funktion. Die Zentralregierung wird ihre Bemühungen fortsetzen, den kurdischen Norden fest in die Gewalt zu bekommen. Zeichen hierfür ist, daß Präsident Saddam Hussein sich am Stadtrand von Mossul in der Nähe Ninives – unter großen Sicherheitsmaßnahmen – einen gewaltigen Palast errichten läßt. Zu diesem Zwecke wurde sogar die Hauptdurchgangsstraße zur Türkei verlegt. Der Präsident bemüht sich, durch zahlreiche Reisen in den Norden die Sympathien der Kurden zu gewinnen, nach der brutalen Verfolgungsaktion ein wohl vergebliches Bemühen.

Die Äußerungen des Präsidenten, durch die Umsiedlungsaktion erhielten die Kurden eine gesicherte wirtschaftliche und soziale Grundlage, und sie würde<sup>2</sup> sie von ihrer rückständigen Lebensweise ohne Strom und Wasser in den Gebirgstälern befreien, dürften eher wie Hohn klingen. Auch die Aufforderung, um Fleiß und Sauberkeit bemüht zu sein, dürfte in den Ohren der Kurden eher beleidigend klingen, wenn man ihre Arbeitsamkeit und ihre Dörfer mit den Arabern vergleicht.

#### 4) Demobilisierung

Es ist davon auszugehen, daß die Streitkräfte immer noch eine Stärke von 1 Mio. Mann haben. Zwar wurden als Demobilisierungsmaßnahmen bekanntgegeben:

- Auflösung des 1. Armeekorps,
- Entlassung von mehr als 240 000 Soldaten zwischen Oktober 88 und Juni 89,
- Auflösung von fünf Divisionen des Heeres.

Diese Meldungen sind jedoch eher mit Vorsicht zu bewerten. Bei diesem Korps handelte es sich um eine Spezialeinheit, die zuletzt mit jüngeren Soldaten und meist veraltetem Gerät ausgestattet war. Die Einheiten dürften der Präsidenten-

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „und würde“.

garde zugeschlagen worden, das Gerät teils ausgelagert oder aufgeteilt oder in andere Staaten gelangt sein.

Eine ersatzlose Entlassung von über 240 000 Mann hätte nicht unbemerkt bleiben können. Es ist zu vermuten, daß die Entlassung zumindest teilweise durch Neueinberufungen im Rahmen der normalen Wehrpflicht kompensiert wurde.

Die Ende September angekündigte Entlassung von fünf Divisionen des Heeres sollte bis Ende Oktober abgeschlossen sein. Hierzu konnte näheres bisher nicht festgestellt werden. Sicherlich ist der innenpolitische Druck zur Demobilisierung groß, aber auch hier dürfte es sich im wesentlichen um eine Umgruppierung handeln.

Solange der Frieden für Irak durch einen Friedensvertrag mit dem Iran nicht sicherer geworden ist, dürfte sich an der Stärke der irakischen Streitkräfte nicht viel ändern.

## 5) Wirtschaft

Im Vordergrund stehen die ehrgeizigen Industrialisierungspläne des Industrieministers Hussein Kamil, Schwiegersohn des Präsidenten: Wiederaufbau und Ausbau der Erdöl- und Erdgasförderung und der Exportkapazitäten, Bau neuer Industriebetriebe in den Bereichen Eisen und Stahl, Kraftfahrzeuge (LKW und PKW), Arzneimittel, Leichtindustrie, Petrochemie, Baustoffe sowie Expansion der Schwefel- und Phosphataufbereitung und -verarbeitung. Große Publizität erhalten auch die Wiederaufbaukampagnen von Fao, Basra und Mossul, die mit einem Heer eigener Fach- und Hilfskräfte durchgeführt wird, was sowohl dem Selbstwertgefühl des Siegers im Golfkrieg Rechnung trägt, als auch dringend benötigte Deviseneinsparungen ermöglicht. Die Projekte anderer Ministerien verblassen hiergegen. Die Durchsetzungsmöglichkeit der anderen Fachminister ist weitaus geringer, was sich auch in der Abwicklung von überfälligen Forderungen aus dem Altgeschäft zeigt. Wer sich dem Industrieminister in den Weg stellt, wie der Finanzminister, wird aus dem Amt entfernt.

Im übrigen wird auf DB Nr. 754 vom 26.10.1989 an Referat 311 verwiesen.

## 6) Kultur

Das internationale Babylon-Festival im September/Oktober wurde ein großer Erfolg der Veranstalter. Aus 40 Ländern traten Ballette, Opern-Ensembles und Folkloregruppen auf. Aber auch auf anderen Gebieten wie Wissenschaft, Technologie, Dichtung, Malerei versucht der Irak, durch internationale Veranstaltungen ein Mittelpunkt in dieser Region zu werden.

## <sup>3</sup>II. Außenbeziehungen

### 1) Friedensprozeß mit dem Iran

Obwohl Irak den Krieg mit dem Iran als beendet betrachtet, mißt man der Implementierung von UN-Resolution 598<sup>4</sup> weiterhin höchste Priorität zu. Botschafter Eliasson wurde unmittelbar nach Ankunft von Präsident Saddam Hussein empfangen.<sup>5</sup> So wie man den Iranern vorwirft, 598 nicht als Ganzes implementie-

<sup>3</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 789 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987, S. 5f.

<sup>5</sup> Zu den Friedensbemühungen von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar vgl. Dok. 301, Anm. 3.

Referat 230 vermerkte am 5. Dezember 1989, der Sonderbeauftragte Eliasson habe am 16. November 1989 eine 17-tägige Pendelmission zwischen Irak und Iran beendet. Für Mitte Dezember 1989 seien

ren zu wollen, möchte man selbst unter Berufung auf die Dritte Genfer Kriegsgefangenenkonvention<sup>6</sup> vorab die Rückkehr der Kriegsgefangenen erzwingen, ohne hierfür eine Gegenleistung, wie die Freigabe iranischen Territoriums, zuzusagen. Man wünscht direkte Gespräche mit dem Iran, dem man auch nach dem Tode von Khomeini nicht traut, und lehnt die bisherigen Zwei- und Vier-Punkte-Vorschläge des VN-GS<sup>7</sup> ab. Man will den „No-war-no-peace“-Status durch eine umfassende Friedensregelung auf der Basis von 598 beenden.

## 2) Regionalpolitik

Als aktive Partei im „Arab Cooperation Council“ (ACC) ist man bemüht, eine führende Rolle in der Region zu übernehmen. Auf diese Weise hofft man, Kuwait und Saudi-Arabien gegenüber stärkeres Gewicht zu erlangen. Die hegemonialen Bemühungen sind unverkennbar und werden damit begründet, daß man in einem siebenjährigen Krieg die arabischen Nachbarn vor der Invasion der Perser geschützt habe. Mit diesem Hinweis verweigert man auch die Rückzahlung von 40 Mrd. US-Dollar Krediten, die Irak während des Krieges von arabischen Nachbarn erhalten hat.

## 3) Syrien

Erzfeind ist Präsident Assad, dem man nicht vergeben will, während des Krieges den Iran unterstützt zu haben. Jedes Mittel ist recht, um Assad zu isolieren oder in Verlegenheit zu bringen. Im Libanon ist dies nicht gelungen. Die militärische Unterstützung von MP Aoun<sup>8</sup> hat sich bisher nicht bezahlt gemacht. Die Rücksichtnahme der AL-Dreier-Kommission<sup>9</sup> auf syrische Interessen war eine Ohrfeige für den Irak. Wie der Irak zum Ergebnis von Taif<sup>10</sup> steht, wird offiziell nicht bekanntgegeben.<sup>11</sup> Das gesamte Nachrichtenbild ist jedoch weiterhin von einer deutlichen Parteinahe für MP Aoun gezeichnet, wobei man offiziell für die „Souveränität und Unabhängigkeit des Libanon“ eintritt, damit aber eindeutig auf den syrischen Truppenrückzug abzielt.

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1467*

in New York Einzelgespräche mit den Außenministern Aziz (Irak) und Velayati (Iran) geplant. Der Erfolg der Mission Eliassons habe vor allem im atmosphärischen Bereich gelegen, da der Irak die neue iranische Führung als Verhandlungspartner anerkenne. Inhaltlich seien „keine greifbaren Ergebnisse“ zu verzeichnen gewesen. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 154134.

6 Für den Wortlaut des III. Genfer Abkommens vom 12. August 1949 über die Behandlung der Kriegsgefangenen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 838–897.

7 Javier Pérez de Cuéllar.

8 Zur Unterstützung des libanesischen Generals Aoun durch den Irak vgl. Dok. 265.

9 Zu den Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga im Libanon vgl. Dok. 286, Anm. 6.

10 Zu den Verhandlungen libanesischer Parlamentarier in Taif vgl. Dok. 292, Anm. 11.

Referat 310 erläuterte am 8. November 1989 zu einem am 22. Oktober 1989 verabschiedeten Dokument: „Wesentlicher Inhalt: 50:50 Proporz; Einschränkung der Macht des Staatspräsidenten; Beibehaltung der religiösen Verteilung der höchsten Staatsämter; syrischer Truppenabzug in die Bekaa zwei Jahre nach Regierungsbildung, dann Verhandlungen mit Syrern.“ Vgl. Referat 310, Bd. 196197.

Für den englischen Wortlaut des Dokuments vgl. [www.presidency.gov.lb/Arabic/LebaneseSystem/Documents/TaefAgreementEn.pdf](http://www.presidency.gov.lb/Arabic/LebaneseSystem/Documents/TaefAgreementEn.pdf).

11 Botschafter Ellermann, Bagdad, teilte am 16. November 1989 mit, die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten seien am 14. November 1989 im Außenministerium informiert worden, „Irak habe nichts gegen die Anwendung des Abkommens von Taif und werde dessen Anwendung nicht behindern, habe aber deutliche Vorbehalte wegen fehlender verbindlicher Vereinbarungen über den syrischen Truppenabzug und dessen Garantie durch die am Abkommen von Taif interessierten Bruderländer“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 819; Referat 311, Bd. 154122.

#### 4) Großmächte USA und UdSSR

Die Beziehungen zu den beiden Großmächten sind nicht ohne Störung. Den USA verübelt man noch heute, daß sie nach dem Gaseinsatz gegen die Kurden<sup>12</sup> im Kongreß Boykott-Gesetze gegen den Irak erwogen haben. Dies war aber kein Hinderungsgrund, weder für die USA noch für den Irak, ab 1987 ein jährliches US-Mrd.-Geschäft zum Einkauf von Reis und Weizen abzuschließen.

Die UdSSR hat ihre privilegierte Position, die sie als Partner eines Freundschaftspaktes<sup>13</sup> und als Raketenlieferant und Militärausbilder im Irak besaß, durch politische Gespräche und Rahmenabkommen anlässlich des Besuchs von Rafsandschani in Moskau<sup>14</sup> mit dem Iran erheblich beeinträchtigt.

#### 5) Westliche Länder

Hier stehen die Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund. Länder, deren Firmen man für den Wiederaufbau und die Industrialisierung benötigt, erfahren eine faire Schuldenregelung und erhalten neue Aufträge, wenn sich die Regierungen an der Finanzierung durch Garantien beteiligen. Hierzu gehören vor allem F, das einen Vertrag über die Neulieferung von Jagdbombern abgeschlossen hat, Kanada und die Schweiz. Auch andere Länder prüfen sorgfältig, ob bei der Vergabe bei neuen Industrieanlagen die irakische Rüstungsindustrie gefördert wird. GB ist durch zwei angebliche Spionagefälle (Bazoft und Mrs. Parish<sup>15</sup>) erheblicher Kritik ausgesetzt. In Kommentaren und TV-Beiträgen wird GB, indem auf die Balfour-Deklaration<sup>16</sup> zurückgegriffen wird, die geschichtliche Verantwortung für das Schicksal der Palästinenser zugewiesen.

#### 6) Östliche Länder

Kommunistische und sozialistische Länder stehen dem autarken Baath-System Iraks ideologisch näher. Dies hat Saddam Hussein in seiner Botschaft zu Mohammeds Geburtstag (am 12.10.) verdeutlicht. Er beansprucht im Namen des Islam die geistige Führung und Erneuerung der Menschheit gegenüber einer Welt des Materialismus. Der Materialismus werde repräsentiert durch den materialistischen Kommunismus und den materialistischen Kapitalismus, die es beide zu überwinden gelte. Die Krise im Kommunismus zeige bereits den Beginn der Erneuerung. Der Kapitalismus sei aber das sehr viel größere Übel mit seinen Elementen Unterdrückung, Ausbeutung und Klassensystem.

<sup>12</sup> Im März 1988 kam es in der Nähe der Stadt Halabdscha im Norden Iraks zum Einsatz chemischer Waffen. Vgl. AAPD 1988, I, Dok. 99.

<sup>13</sup> Der Irak und die UdSSR schlossen am 9. April 1972 einen Friedens- und Freundschaftsvertrag. Für den Wortlaut vgl. VEDOMOSTI VERCHOVNOGO SOVETA 1972, S. 463–466.

<sup>14</sup> Der Präsident des iranischen Parlaments, Rafsandschani, hielt sich vom 20. bis 23. Juni 1989 in der UdSSR auf.

<sup>15</sup> Der iranischstämmige, für britische Medien arbeitende Journalist Farzad Bazoft wurde am 15. September 1989 von irakischen Sicherheitskräften verhaftet und am 26. November 1989 wegen angeblicher Spionage für Israel zum Tode verurteilt. Die britische Krankenschwester Daphne Parish, die ihn bei seinen Recherchen unterstützt hatte, wurde zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Bazoft wurde am 15. März 1990 hingerichtet. Vgl. dazu die Artikel „A reporter's road to death“, THE OBSERVER vom 18. März 1990, S. 21, und „Hurd rejects Iraq sanctions“, THE GUARDIAN vom 16. März 1990, S.1. Parish wurde am 16. Juli 1990 aus der Haft entlassen. Vgl. dazu den Artikel „Daphne Parish freed by Iraq“, THE GUARDIAN vom 17. Juli 1990, S. 1.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der britischen Regierung vom 2. November 1917 vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. III, S. 32.

### III. Ausblick

Für den Irak ist der Krieg mit Iran eine Sache der Vergangenheit. Man hat sich längst anderen Zielen zugewendet. Neben einer Schein-Demokratisierung (Parlamentswahlen, Pressegesetz, Parteiengesetz), Industrialisierung und internationalen Kulturaktivitäten steht die Stabilisierung des polizeistaatlichen Systems im Vordergrund. Eine Gefährdung durch innere Feinde ist nicht in Sicht.

Saddam Hussein wird eher eines Tages an schwindendem Realitätssinn und zunehmendem Größenwahn scheitern. Bei der feierlichen Eröffnung des Babylon-Festivals ließ er sich vor 5000 Zuschauern in einer Mammutschau als Vollender der irakischen Geschichte feiern, und zwar in der historischen Folge von Tamuz und Ishtar, Hammurabi und Nebukadnezar. Der Zeitraum von Nebukadnezar zu ihm selbst von 2500 Jahren wurde unterschlagen. Die Parallele zu Schah Reza Pahlevi, der sich als Nachfolger von Kyros sah und den ebenfalls ein brutaler Geheimdienst und eine hochgerüstete Armee nicht retten konnten, drängt sich auf. Saddam Hussein ist so sehr mit seiner vermeintlichen Mission als Retter der arabischen Nation und der eigenen Glorie befaßt, daß er mehr und mehr den Kontakt zu den Menschen und den Realitäten seiner Umgebung verliert.

### IV. Bilaterale Beziehungen

#### 1) Politik

Bei den guten politischen Beziehungen ist auch nach zwei Jahren der Besuch des Bundesministers<sup>17</sup> von besonderem Gewicht. Das damalige längere und intensive Gespräch mit Präsident Saddam Hussein wirkt bis heute nach. Es ist aber nicht zu verkennen, daß man, nachdem Vizepräsident Maruf, AM Tarik Aziz und der frühere Finanzminister Mekhailif (mehrfach) die Bundesrepublik besucht haben<sup>18</sup>, mit einem baldigen hochrangigen Besuch in Bagdad rechnet. Dies gilt um so mehr, als die Sitzung der gemischten Wirtschaftskommission in Bagdad längst überfällig und nur noch schwer zu erklären ist, warum BM Haussmann, nachdem letzte Kommissionssitzung im November 1987 in Bonn<sup>19</sup> und Umschuldungsverhandlungen im März 1989 in Bagdad<sup>20</sup> auch für uns außerordentlich erfolgreich verlaufen sind, immer noch keinen Termin für die nächste Sitzung

<sup>17</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 18./19. November 1987 im Irak vgl. AAPD 1987, II, Dok. 330.

<sup>18</sup> Der irakische Außenminister Aziz besuchte die Bundesrepublik am 29./30. Juni 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 190 und Dok. 192.

Der irakische Vizepräsident Mahrouf hielt sich vom 20. bis 23. November 1988 in der Bundesrepublik auf, der irakische Finanzminister Mekhailif vom 16. bis 18. Januar 1989 sowie im Juni 1989.

<sup>19</sup> Die vierte Tagung der deutsch-irakischen Wirtschaftskommission fand am 17./18. November 1987 statt. Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte das Auswärtige Amt am 23. November 1987, entscheidend für den Erfolg sei gewesen, daß neue Hermes-Bürgschaften in Aussicht gestellt worden seien. Dabei „wurden die deutschen Interessen gewahrt, da neue Hermes-Deckungen abhängig sind von der Zahlung von Außenständen. Es muß sich nun zeigen, ob das in diesem Zusammenhang wieder in Aussicht genommene Olgeschäft durchführbar ist.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149143.

<sup>20</sup> Ministerialdirigent Gerlach, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Bagdad, informierte am 20. Februar 1989, am 17. Februar seien die dreitägigen deutsch-irakischen Umfinanzierungsverhandlungen für 1989 abgeschlossen worden. Dabei habe sich eine Lösung finden lassen, die „insbesondere die Rückzahlung von knapp 400 Mio. DM Krediten, die im Jahre 1983 gegeben worden sind, in Öl vorsieht. Dieser Kompromiß wurde in einem Agreement sowie Agreed Minutes niedergelegt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 157; Referat 311, Bd. 154127.

Botschafter Ellermann, Bagdad, teilte am 15. März 1989 mit, die „Unterzeichnung der Agreed Minutes und des Agreements“ sei am selben Tag im irakischen Handelsministerium erfolgt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 217; Referat 311, Bd. 154127.

benannt hat. Um so wichtiger erscheint es, daß StM Schäfer, der bereits für Januar, dann März 1989 angekündigt war, seine Zusage, Bagdad zu besuchen, wahr macht. Sein Besuch könnte auch dazu dienen, Themen anzusprechen, die Irak bei uns in Mißkredit gebracht haben und noch fortwirken wie Behandlung der Kurden, anhaltende Produktion von Kampfgas und Verletzung von Menschenrechten. StM Schäfer sollte darauf bestehen, eine Reise nach Kurdistan zu unternehmen, und zwar in die von der Zwangsumsiedlung betroffenen Gebiete, wie sie im Augenblick von MdB Frau Beer, Die Grünen, durchgeführt wird.<sup>21</sup>

## 2) Wirtschaft

Die Bundesrepublik nimmt in den Handelsbeziehungen wieder Platz 3 nach USA und Türkei ein. Wenn man bei USA 1 Mrd. US Dollar für Getreidelieferungen und bei Türkei Grenzhandel abzieht, bedeutet dies bei Industriegütern für uns den ersten Rang. Die Nachfrage nach deutschen Industrie- und Konsumentgütern zeigt sich auch darin, daß die Bundesrepublik mit 155 Ausstellern bei der am 1.11. begonnenen internationalen Messe mit Abstand wieder größter Aussteller ist. Deutsche Unternehmen haben gute Aussichten, auch bei weiteren Großprojekten bei der vom Industrieminister betriebenen Industrialisierung Großaufträge zu erhalten. Bisher wurden Daimler-Benz, Mannesmann, Klöckner, Ferrostaal berücksichtigt. Bei diesen Neuaufträgen gibt es keine Zahlungsschwierigkeiten. Auch bei der Umschuldung von Altschulden haben wir mit unserem Abkommen vom März 1989 (keine Neuumschuldung der Schulden aus 1986 und davor, für andere Schulden drei freie Jahre und drei Tilgungsjahre) in Verhandlungen mit anderen Ländern den Weg gewiesen. Irakische Regierung wünscht nunmehr Möglichkeit, mit uns über eine Umschuldung für Fälligkeiten von 1990–1992 zu reden<sup>22</sup>. Diese günstige Entwicklung hat den IMA<sup>23</sup> veranlaßt, Irak einen neuen Hermes-Plafond von 600 Mio. DM einzuräumen.

## 3) Kultur

Die Deutsche Schule konnte zur Erleichterung zahlreicher deutscher Firmen, aber auch der Botschaftsangehörigen, ihre Existenz über die Kriegsjahre retten. Die Durststrecke ist jedoch noch nicht überwunden. 18 Schülern und 25 Kindergartenkindern stehen derzeit allerdings Ankündigungen mehrerer deutscher Firmen gegenüber, ihr ausländisches Personal erheblich aufzustocken. Mit großem Erfolg hat die Deutsch-Irakische Kulturgesellschaft ihre Tätigkeit aufgenommen. Bereits im zweiten Tertial wurden 150 Sprachschüler aufgenommen, 35 mußten wegen Lehrermangel zurückgewiesen werden. Ein sehr einfallsreicher und energischer Vorstand sorgt für ein attraktives und beliebtes Veranstaltungprogramm. Die Entsendung eines hauptamtlichen Dozenten des Goethe-Instituts ist für Ende dieses Jahres vorgesehen. Bei dem von 40 Ländern besuchten Babylon-Festival war die Bundesrepublik mit der Trachten- und Tanzgruppe „Die Wendelsteiner“ aus München vertreten, die mit großem Erfolg sowohl in Babylon als auch in Bagdad auftraten. Es hat sich gezeigt, daß mit dieser Art von Darbietung noch am ehesten der durchschnittliche Iraker erreicht werden kann.

<sup>21</sup> Die Grünen-Abgeordnete Beer hielt sich vom 31. Oktober bis 6. November 1989 im Irak auf.

<sup>22</sup> Korrigiert aus: „regeln“.

<sup>23</sup> Interministerieller Ausfuhrgarantie-Ausschuß.

## 4) Presse

Die Fluchtwelle Deutscher aus der DDR und der Rücktritt Honeckers<sup>24</sup> sind Ereignisse, die wie kaum ein anderes der letzten Monate ständig und ausführlich an prominenter Stelle, meist auf der ersten Seite, dargestellt wurden. Die Berichterstattung ist objektiv und stammt ausschließlich von westlichen Agenturen. Die Sympathien liegen eindeutig auf unserer Seite. Bei der ideologischen Nähe des hiesigen Regimes, das seinen Sicherheitsdienst von der Stasi hat ausbilden lassen, eine bemerkenswerte Beobachtung.

[gez.] Ellermann

**Referat 311, Bd. 154115**

## 345

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron**

**VS-NfD**

**6. November 1989**

Über Herrn Staatssekretär<sup>1</sup> Herrn Bundesminister<sup>2</sup> zur Unterrichtung

Betr.: Überlegungen zur Europäischen Architektur;  
hier: Brain-Storming der Planungsstäbe der EPZ

Bezug: Vorlage von 02 vom 5. Mai 1989<sup>3</sup>

1 Anlage (nur beim Original)<sup>4</sup>

1) Auf unsere Anregung hatte die französische Präsidentschaft die Leiter der europäischen Planungsstäbe am 24.10. zu einer Gesprächsrunde über die europäische Architektur der Zukunft eingeladen, um den im Mai d.J. in Madrid begonnenen Gedankenaustausch fortzusetzen.

Ausgangspunkt der Aussprache waren Papiere der Franzosen, Italiener und der Kommission.

Im Gegensatz zur Gesprächsrunde in Madrid, bei der Italien und wir weitgehend allein für ein Offenhalten der EG plädiert hatten, bestand diesmal weitgehend

<sup>24</sup> Zur Ablösung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, durch Egon Krenz am 18. Oktober 1989 vgl. Dok. 326.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 6. November 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 7. November 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Brose vorgelegen, der den Rücklauf an den Planungsstab verfügte und handschriftlich vermerkte: „Rücklauf von BM.“

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Citron faßte die Ergebnisse eines Treffens der Planungsstäbe der Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten am Vortag in Madrid zusammen, „bei dem freimütig über die Chancen und Schwierigkeiten einer künftigen gesamteuropäischen Zusammenarbeit gesprochen“ worden sei: „Es bestand Einvernehmen, daß die Gemeinschaft über die schon laufenden Bemühungen der EG und der EPZ [...] hinaus ein langfristiges Konzept entwickeln müsse, welche Perspektiven sie den Staaten Mittel- und Osteuropas bieten könne.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178529.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 3.

Einvernehmen, daß die EG als Kernelement der europäischen Einigung eine politische Mitverantwortung auch für die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa trage.

Das französische Arbeitspapier – das ausdrücklich als die Regierung nicht bindendes Non-paper bezeichnet wurde – enthält eine Reihe von wichtigen Fragen, auf die sich die Diskussion konzentrierte:

Soll die EG jetzt zur Politischen Union weiterentwickelt werden oder soll die Erweiterung im gesamteuropäischen Interesse Vorrang erhalten?

Wie müssen die europäischen Institutionen den neuen Aufgaben angepaßt werden?

Wie soll die EG eine eigene Sicherheitsdimension erhalten?

Wie kann die deutsche Frage einer Lösung nähergebracht werden?

2) Nachstehend wird die Erörterung kurz zusammengefaßt:

a) Ein integriertes Europa – oder ein Europa der Zusammenarbeit?

Französische Seite plädierte in ihrem Arbeitspapier dafür, den Integrationsprozeß auch in Richtung auf die WWU zu nicht aufzuhalten, den Beitrittskandidaten dafür andere Optionen zu bieten, etwa eine Freihandelszone wie von Delors den EFTA-Staaten vorgeschlagen<sup>5</sup> oder neue Formen der Assoziation.

Die Partner, die sich z. T. (u. a. UK) auf persönlicher Basis äußerten, waren überwiegend der Auffassung, daß ein weiteres Zusammenwachsen der EG mit dem Ziel einer Europäischen Union nicht im Widerspruch zu einer schrittweisen Aufnahme weiterer Mitglieder stehe. Letztlich habe die EG eine politische Aufgabe und müsse sich ihrer politischen Verantwortung für denkbare Beitrittskandidaten wie Ungarn und Polen stellen. Auch in der Vergangenheit habe die Aufnahme neuer Mitglieder den Integrationsprozeß nicht notwendigerweise aufgehalten. Andere Partner plädierten allerdings dafür, zunächst Annäherungsschritte unterhalb des Beitritts vorzusehen.

Wir sprachen uns angesichts der derzeit noch bestehenden Rahmenbedingungen für eine flexible Nutzung des Instruments der Assoziation aus.

Das auf persönlicher Basis präsentierte Papier des Kommissionsvertreters plädierte für folgende Schritte:

- Einrichtung von EG-Vertretungen in den RGW-Staaten,
- Schaffung eines mehrjährigen Fonds im Budget der EG,
- Entwicklung eines Konsultationsforums über Wirtschaftsfragen für interessierte europäische Staaten,
- Schaffung von Strukturhilfen für Zahlungsbilanzprobleme sowie Hilfsprogramme verschiedener Art.

Zweifel wurden gegenüber einer baldigen Aufnahme Österreichs<sup>6</sup> geäußert, wobei nicht ausgeschlossen wurde, daß die österreichische Neutralität als mög-

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des EG-Kommissionpräsidenten Delors im Rahmen seiner Erklärung über die Leitlinien der neuen EG-Kommission; BULLETIN DER EG, Beilage 1/89, S. 20f.

<sup>6</sup> Österreich stellte am 17. Juli 1989 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 214.

liches Handicap für einen Beitritt im Laufe einer möglichen De-Militarisierung der West-Ost-Beziehungen an Bedeutung verlieren könne.<sup>7</sup>

b) Anpassung der europäischen Institutionen

Französische Seite plädierte z.T. unter Bezug auf Delors' Rede in Bonn am 5.10.<sup>8</sup> für die Entwicklung eines föderalen Konzepts für Europa, in dem vor allem die Rolle des Europäischen Parlaments gestärkt werden müsse. Dies sei notwendig, um eine stärkere Unterstützung der öffentlichen Meinung für die Weiterentwicklung der EG zu erhalten.

Dabei könnte in Zukunft die Kommission die Rolle einer europäischen Regierung übernehmen, die gemäß dem Subsidiaritätsprinzip nur über die in ihre Zuständigkeit fallenden Bereiche entscheiden solle, während der Ministerrat gleichsam als zweite Kammer in Teilbereichen eigene Zuständigkeiten behalten würde.

Wir begrüßten unter Hinweis auf die starke Stellung der Länder in unserer Verfassung diese Überlegungen, die letztlich im Interesse aller Mitgliedstaaten auf eine verstärkte Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft zielen.

Britischer Planungschef<sup>9</sup> zeigte Sympathie für französische Gedanken, wies jedoch auf skeptische Haltung der britischen MP<sup>10</sup> und vieler britischer Parlamentarier hin.

Entwicklung in Mittel- und Osteuropa zu mehr Demokratie könnte jedoch auch in EG Anstöße geben, Rolle des Europäischen Parlaments zu stärken.

Europa dürfe im übrigen nicht den Fehler der Großmächte US und SU wiederholen, der Zentralregierung allzuviel Macht zu geben.

Es bestand weitgehend Übereinstimmung, daß die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle der EG unaufhaltsam sei.

Kommissionsvertreter trat für mehr EPZ-Stellungnahmen auf der Grundlage von qualifizierten Mehrheiten (d.h. Verzicht<sup>11</sup> auf Konsens) ein, um sicherzustellen, daß Europa mehr und mehr mit einer Stimme spricht, u.a. im Europarat und in der KSZE. Britische und niederländische Vertreter hielten eine effizientere Dialogfunktion der EPZ für wichtig (Troika reiche nicht aus). Vielleicht sollte man an einen GS der EPZ denken oder in Teilbereichen der Kommission Sprecherfunktionen geben.

c) Europäische Sicherheitsdimension

Die Diskussion zeigte, daß die Partner bisher noch keine klaren Vorstellungen entwickelt haben, wie die EG der Zukunft ihre Sicherheit gewährleisten soll.

Vertreter der Kommission wies in seinem persönlichen Papier darauf hin, daß die EG sich entsprechend dem Artikel 30.6 der EEA<sup>12</sup> mit Fragen ihrer lang-

<sup>7</sup> Der Passus „österreichische Neutralität ... verlieren könne“ sowie die Wörter „an Bedeutung verlieren“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“.

<sup>8</sup> EG-Kommissionspräsident Delors hielt sich am 5. Oktober 1989 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. Dok. 309.

Für den Wortlaut seiner Rede am Wissenschaftszentrum Bonn vgl. Jacques DELORS, Der Aufbau Europas – Das Gebot der Stunde, Bonn 1989.

<sup>9</sup> Robert Francis Cooper.

<sup>10</sup> Margaret Thatcher.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „d. h. auf Verzicht“.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut von Artikel 30 Absatz 6 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1112.

fristigen Sicherheit befassen müsse, so u. a. mit neuen Bedrohungen (Proliferation von KW und CW in angrenzenden Gebieten) und etwaigen destabilisierenden Entwicklungen in Osteuropa. Er hielt eine Abstimmung über die verschiedenen sicherheitspolitischen Aufgaben zwischen WEU, EG und IEPG (Koordinierung der europäischen Rüstungsindustrie) für möglich.

Er erinnerte ferner an die Rede von Präsident Bush vom 21. Mai, in der dieser der EG und ihren Mitgliedstaaten neue Mechanismen der Konsultation und Kooperation angeboten habe, u. a. um die Teilung Europas zu überwinden.<sup>13</sup>

Es gelte, eine überzeugende Antwort auf dieses Angebot zu finden, auch um die außenpolitische Rolle der EG zu stärken, so wie die ostpolitische Funktion der Gemeinschaft durch die Koordinierung der Hilfe der 24 Staaten<sup>14</sup> deutlich gewachsen sei.

Unsere Überlegungen, daß die NATO auch in einer Welt des Wandels bei einem schrittweisen Abbau der Militärpotentiale als Stabilisierungsfaktor notwendig sei und die WEU – nicht die EG – die Funktion eines europäischen Sicherheitspfeilers im Rahmen der Allianz übernehmen könne, fanden z. T. Zustimmung. NL-Sprecher betonte, daß die Situation in Europa sich ändern könne, falls die US-Präsenz als Ergebnis von CFE stark vermindert würde; dies könne die Europäer zu neuen Überlegungen veranlassen. Europa werde ohnehin über kurz oder lang ein geopolitischer Machtfaktor. Irischer Sprecher schloß militärische Rolle der EG nicht für alle Zukunft aus, meinte jedoch, diese Frage sei derzeit nicht aktuell.

Die Partner verstehen, daß unser Ansatz u. a. das Ziel verfolgt, den Staaten Mittel- und Osteuropas die Annäherung an die EG, ggf. die Assoziation und letztlich sogar den Beitritt zu erleichtern. (Österreichische Beitrittsfrage wurde im gleichen Kontext gesehen.)

Französische Seite stellte lediglich die Frage, ob eine sich immer stärker integrierende EG als souveräne Macht nicht eines Tages auch die Zuständigkeit für ihre militärische Verteidigung beanspruchen müsse.

d) Deutsche Frage: Für Erörterung dieses Themas stand leider nur wenig Zeit zur Verfügung. Thema soll bei nächstem Treffen der Planer<sup>15</sup> weiter behandelt werden.

Das französische Papier und das der Kommission hatten die Frage gestellt, wie die Stärkung der EG mit der Lösung der deutschen Frage in Einklang gebracht werden könne, ohne jedoch Antworten anzubieten. Wir haben auf die dynamische Entwicklung in der DDR hingewiesen, die letztlich auf freie Wahlen zusteure. Angesichts der auch von Gorbatschow gesetzten Rahmenbedingungen hänge es letztlich von der Entscheidung einer frei gewählten Volkskammer ab, ob die DDR sich der EG annähern oder sogar langfristig eine Konföderation mit der Bundesrepublik Deutschland anstreben wolle. Zweifellos hätten die Vier Mächte in dieser Frage eine Mitsprache.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush an der Boston University vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 582–585. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 334–337.

<sup>14</sup> Zur Hilfe der „Gruppe der 24“ für Polen und Ungarn vgl. Dok. 307.

<sup>15</sup> Die Planungsstäbe der Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten setzten am 21. November 1989 in Brüssel ihre Gespräche „zur Europäischen Architektur“ fort. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron vom 27. November 1989; Referat 02, Bd. 178529.

Britischer Vertreter erklärte, der Westen könne den Menschen in der DDR nicht das Selbstbestimmungsrecht verweigern. Dennoch sei es wichtig, daß diese Entwicklung so verlaufe, daß sie nicht die Perestroika in der SU zum Scheitern bringe. Der Westen müsse behutsam reagieren.

Italienischer Sprecher hielt Assoziation der DDR an die EG zu gegebener Zeit für möglich.

### 3) Wertung

Der informelle Gedankenaustausch der Planungschefs zeigte, daß unsere positive Bewertung der Chancen für ein schrittweises Zusammenwachsen Europas mehr und mehr auch in den anderen Hauptstädten geteilt wird.

Dabei betonen unsere Partner allerdings mehr als wir die Risiken, die sich aus dem schnellen Wandel in Mittel- und Osteuropa ergeben.

Citron

**Referat 02, Bd. 178529**

## 346

### **Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schürmann**

**416-321.10 FRA**

**6. November 1989<sup>1</sup>**

Noch nicht von Bundesminister gebilligt

Betr.: Deutsch-französische Regierungskonsultationen am 2./3.11.89 in Bonn<sup>2</sup>;  
hier: Europa-Fragen und bilaterale Wirtschaftsfragen

(Zum Gespräch BM – AM Dumas vgl. Vermerk von D4 vom 3.11.89<sup>3</sup>; zum Gespräch StM Adam-Schwaetzer – Mme Cresson vgl. Vermerk von 416 vom 2.11.89)

I. Aus der Plenarsitzung am 3.11.89 im ChBK ist festzuhalten:

1) Außenminister (Europaminister): Vorbereitung des ER Straßburg<sup>4</sup>

BM betonte Einvernehmen beider Außenminister zur Frage der westlichen Unterstützung der Reformprozesse in Polen und Ungarn (Verstärkung der 24er-Aktion unter KOM-Koordinierung<sup>5</sup>, Erhöhung der EG-Nahrungsmittelhilfe<sup>6</sup>, Ministerkonferenz noch vor Jahresende<sup>7</sup>).

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 7. November 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 2./3. November 1989 vgl. auch Dok. 342 und Dok. 351.

<sup>3</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vgl. Referat 411, Bd. 160506.

<sup>4</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

<sup>5</sup> Zur Hilfe der „Gruppe der 24“ für Polen und Ungarn vgl. Dok. 307.

<sup>6</sup> Zur Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaften für Polen vgl. Dok. 281, Anm. 9.

Im November 1989 beschloß die EG-Kommission die Lieferung weiterer Mengen Getreide an Polen, die bis Januar 1990 durchgeführt werden sollte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1989, S. 62.

<sup>7</sup> Am 13. Dezember 1989 fand in Brüssel eine Tagung der Außenminister der G 24 statt. Vgl. dazu vgl. Dok. 416.

Die Attraktivität der Gemeinschaft stehe und falle mit ihrer Fortschrittsdynamik. Beide Seiten wollen weitere Fortschritte zur Vollendung des Binnenmarktes und zum Abbau der Binnengrenzkontrollen im Schengen-Rahmen erreichen.<sup>8</sup> Weitere Themen: EG-Umweltagentur und D-F Verteidigungsrat<sup>9</sup>.

AM Dumas stimmte zu und bemerkte ergänzend, daß zusammen mit Europa-ministerin Cresson und Frau StM Adam-Schwaetzer aktuelle Fragen zur Vorbereitung des ER Straßburg (EG-Sozialcharta, WWU) und des Binnenmarktes (Aufenthaltsrecht, Fusionskontrolle) erörtert wurden.

## 2) Finanzminister: WWU/Steuerharmonisierung

### 2.1) WWU

BM Waigel berichtete, daß beide Finanzminister die zur Vorbereitung der ersten Stufe (1.7.90) erforderlichen Ratsentscheidungen zur Stärkung der Rolle der EG-Zentralbankpräsidenten und zur Stärkung der wirtschaftlichen Konvergenz erörtert hätten, die am 13.11. im EcoFin-Rat behandelt werden.<sup>10</sup> Zur geplanten Regierungskonferenz erklärte BM Waigel, die Festlegung eines konkreten Termins für den Beginn der Regierungskonferenz hätten sich der BK und Präsident Mitterrand vorbehalten. Hierzu bemerkte Minister Bérégovoy, F lege Wert darauf, daß die Regierungskonferenz entsprechend dem „Guigou-Bericht“<sup>11</sup> vorangetrieben werde.

### 2.2) Steuerharmonisierung

BM Waigel erklärte, daß D bereit sei, das F-„Übergangsmodell“ für die MWSt<sup>12</sup> mitzutragen, allerdings dürfe durch diese Übergangslösung nicht das Verwaltungsverfahren komplizierter werden. Minister Bérégovoy bemerkte, daß das von F vorgeschlagene Modell nur für eine Übergangsperiode gelten und danach von einer endgültigen Regelung zur Steuerharmonisierung abgelöst werden solle.

2.3) Weiter erörterten sie die Arbeit der vom deutsch-französischen Wirtschafts- und Finanzrat zur Analyse des Handelsungleichgewichts sowie der Haushalts- und Steuerpolitik eingesetzten Arbeitsgruppen sowie EWS-Fragen. Themen beim Wirtschaftsfrühstück (Teilnehmer: BM Waigel, BM Haussmann, BM Töpfer,

<sup>8</sup> Zu den Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen vgl. Dok. 375.

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Bettzuge informierte am 8. November 1989: „Im Rahmen der Gipfelkonsultationen trat der deutsch-französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Dabei wurde insbesondere der Stand des Aufbaus der deutsch-französischen Brigade gewürdig: Nach der Aufstellung der Stäbe ist nunmehr mit der Zuführung von Truppenteilen begonnen worden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 59; Referat 012-9, Bd. 161323.

<sup>10</sup> Zur EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 13./14. November 1989 vgl. Dok. 348, Anm. 3, 7 und 11.

<sup>11</sup> Zum Bericht der Ad-hoc-Gruppe zur Wirtschafts- und Währungsunion („Guigou-Gruppe“) vgl. Dok. 348, Anm. 2.

<sup>12</sup> Ministerialdirektor Jelonek faßte am 3. November 1989 zur beabsichtigten Harmonisierung der indirekten Steuern zusammen: „Nach zweijährigen Beratungen der Finanzminister ist keine befriedigende Lösung in Sicht. Die im EcoFin-Rat am 9.10.1989 von zwölf MS ins Auge gefaßte F-Übergangslösung bringt zwar freie Einkaufsmöglichkeiten für Privatpersonen, verlagert aber im Warenverkehr die Steuerkontrollen nur von Binnengrenzen auf Unternehmen und Steuerbehörden im Inland. Noch keine Lösung zeichnet sich für die Angleichung der unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze ab. Diese Regelung kann nur als klar befristete Übergangslösung hingenommen werden. Ohne tatsächliche Harmonisierung der Mehrwert- und Verbrauchssteuersätze ist kein echter Binnenmarkt möglich und würde die WWU gefährdet.“ Vgl. Referat 220 (202), Bd. 174717.

StM Adam-Schwaetzer/D4<sup>13</sup>) waren GATT-Runde, Steuerpolitik, Umweltpolitik, Polen/Ungarn.

3) Der BK wies darauf hin, daß die Reformentwicklung in Mittel-/Osteuropa zu mehr Freiheit und Öffnung ohne die Fortschrittsdynamik der Europäischen Gemeinschaft nicht möglich gewesen wäre. D sei ein treuer und verlässlicher Partner und kein Wanderer zwischen zwei Welten. Am Binnenmarktzieldatum '92 werde festgehalten, aber auch nach '92 müsse die politische Integration weiter vorangebracht werden.

4) Wirtschaftsminister: Bilateraler Handelsaustausch, deutsch-französische Energiekooperation, EG-Einfuhrpolitik u. a.

BM Haussmann berichtete, daß das Thema Handelsungleichgewicht gemeinsam geprüft werde; das kürzlich in Paris durchgeführte deutsch-französische Unternehmer-Rundgespräch<sup>14</sup> solle im März 1990 in D fortgesetzt werden (mit Mittelstandskooperation als Schwerpunkt)<sup>15</sup>.

Die in der energiepolitischen Zusammenarbeit D–F erzielten Resultate seien gute Grundlage für weitere Zusammenarbeit und Beitrag zur Verwirklichung des EG-Energiemarktes. Zur EG-Automobileinfuhr aus Japan gäbe es noch unterschiedliche Meinungen, aber beide Seiten stimmen im Ziel überein, sich auf die Liberalisierung vorzubereiten.

Zum Thema Airbus werde erwogen, daß dem Aufsichtsrat eine gewisse Entscheidungsfreiheit eingeräumt werden sollte.<sup>16</sup>

Frau Europaministerin Cresson bezeichnete die Verabschiedung der EG-Fusionskontrolle bis Jahresende als wichtigen Schritt zur Verwirklichung des Binnenmarktprogramms und appellierte an die deutsche Seite, zu dem endgültigen Globalkompromiß aktiv beizutragen.

II. Aus der gemeinsamen Pressekonferenz am 3.11.89 im Bundeskanzleramt<sup>17</sup> ist festzuhalten:

#### 1) Europäische Einigung

BK betonte Übereinstimmung beider Seiten, daß die Fortschrittsdynamik der Europäischen Gemeinschaft Voraussetzung für Reformentwicklung in Mittel-/Osteuropa sei und daß der europäische Einigungsprozeß weiter vorangetrieben werden müsse. Die Lösung der deutschen Frage sei nur unter einem europäischen Dach möglich. D sei kein Wanderer zwischen zwei Welten, sondern wünsche die politische Einigung Europas. Präsident Mitterrand bezeichnete es als funda-

<sup>13</sup> Alois Jelonek.

<sup>14</sup> Botschafter Pfeffer, Paris, berichtete am 20. September 1989 über das Gespräch zwischen Unternehmen aus der Bundesrepublik und Frankreich unter dem Vorsitz des Bundesministers Haussmann und des französischen Industrieministers Fauroux am 15. September 1989, man habe über Investitionen, industrielle Kooperation und Marktzugang gesprochen: „Bemerkenswert ist, daß mehrere französische Sprecher die Offenheit des deutschen Marktes anerkannten und die Gründe für die relativ schwache Exportleistung bei sich suchten. Anders als in Regierungsgesprächen wurden Einzelfälle von minderer Bedeutung, in denen französische Firmen Schwierigkeiten haben, sich der deutschen Gesetzgebung anzupassen, nicht übermäßig problematisiert“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2417; Referat 220 (202), Bd. 174773.

<sup>15</sup> Das zweite deutsch-französische Unternehmergespräch fand am 7. Juni 1990 in Bebenhausen statt.

<sup>16</sup> Zur Frage einer zweiten Endmontagelinie für den „Airbus“ vgl. Dok. 333.

<sup>17</sup> Zur gemeinsamen Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl und des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (November/Dezember), S. 4–7.

mental, daß die Gemeinschaft sich um so schneller und stärker weiterentwickeln müsse, je schneller die Reformentwicklung in Osteuropa sei.

Auf Frage (SAT.1) nach der Wiedervereinigung erklärte Präsident Mitterrand, er habe keine Angst vor der Wiedervereinigung. Was vor allem zähle, sei das Selbstbestimmungsrecht und der Wille des deutschen Volkes. Für die Deutschen sei das Streben nach Wiedervereinigung im Rahmen einer friedlichen und demokratischen Entwicklung legitim. Wenn sie diese wollen und durchführen können, werde Frankreich seine Politik so anpassen, daß es so gut wie möglich im Interesse Europas und in seinem eigenem Interesse handeln könne. Die Europäische Gemeinschaft müsse ihre Strukturen in dem Maße verstärken, in dem Osteuropa sich fortentwickle.

## 2) Vorbereitung des ER Straßburg

BK betonte, daß D eng mit F-Vorsitz bis zum ER Straßburg zusammenarbeite, dessen Erfolg auch im D-Interesse liege.

### 2.1) EG-Sozialcharta

BK und Präs. Mitterrand erwarten Verabschiedung der Gemeinschaftscharta sozialer Grundrechte der Arbeitnehmer beim ER Straßburg am 8./9.12.89.<sup>18</sup>

Auf Frage (BBC) bestätigte Präs. Mitterrand, daß man über die GB-Haltung gesprochen habe; er hoffe, daß GB der EG-Sozialcharta zustimmen werde.

### 2.2) WWU

Präs. Mitterrand erklärte, daß er beim ER Straßburg eine Entscheidung über eine Regierungskonferenz zur WWU während der I-Präsidentschaft<sup>19</sup> vorschlagen wolle.

Auf Frage, wann genau die Regierungskonferenz zur WWU einberufen werden solle, antwortete Präsident Mitterrand, er habe keinen Tag dafür angesetzt, auch keine besondere Woche oder einen Monat. Sollte aber das Ziel des EG-Binnenmarkts erreicht werden, wäre es gut für Europa, wenn die Konferenz noch 1990 stattfinden würde.

Schürmann

**Referat 210, Bd. 140723**

<sup>18</sup> Zur Verabschiedung der europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 410.

<sup>19</sup> Italien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1990 inne.

347

**Ministerialrat von Studnitz, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 2477****Aufgabe: 6. November 1989, 18.16 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 6. November 1989, 19.09 Uhr****Betr.: Innere Lage in der DDR**

1) In der DDR hat sich am vergangenen Wochenende eine Entwicklung vollzogen, die einige Teilnehmer der Großdemonstration vom Samstag<sup>2</sup> (ca. 500000 Teilnehmer) unter dem Motto „Oktoberrevolution 89“ zusammenfaßten. Die größte freiwillige Demonstration seit Bestehen der DDR offenbarte tausendfaches politisches Engagement, aber auch Kreativität und Witz. Das Fernsehen der DDR übertrug die Kundgebung auf dem Alexanderplatz und scheute nicht, die auf den Transparenten mitgeführten Forderungen und Lösungen im Bild festzuhalten. Erstmals konnte die gesamte DDR-Bevölkerung an einer nicht staatlich verordneten Veranstaltung teilhaben. Egon Krenz hat noch am Vorabend in einer Fernsehansprache<sup>3</sup> versucht aufzuzeigen, daß die unter seiner Führung eingeleitete Wende alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasse. Dies ist – wenn überhaupt – ihm nur in sehr geringem Umfang gelungen. Das tiefe Mißtrauen gegenüber allen amtlichen Ankündigungen konnte er nicht erschüttern, zumal er das Zentralkomitee der SED als treibende Kraft für Veränderungen darstellt und somit keine Einsichtsfähigkeit erkennen ließ. Der Rücktritt weiterer Politbüromitglieder und der Wechsel in der Leitung von zwei weiteren Bezirken werden inzwischen eher als selbstverständliche Notwendigkeit wahrgenommen als als Beweis für Reformwillen. Die Ansprüche der Bevölkerung wachsen von Tag zu Tag. Bisher hinkt die Regierung den immer lauter werdenden Forderungen nach umfassenden Reformen hinterher.

2a) Die Hauptforderungen der Bevölkerung, wie sie in den zahlreichen Debatten der vergangenen Tage und auch der Demonstration vom Wochenende zum Ausdruck kommen, beziehen sich auf politische Reformen. Gefordert wird u.a.: eine Verfassungsänderung hinsichtlich der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse, keine Alleinherrschaft einer Partei, Rücktritt der Regierung, Reisefreiheit, Erlaß eines demokratischen Mediengesetzes, Änderungen im Strafgesetzbuch, Abschaffung bzw. starke Reduzierung des Staatssicherheitsdienstes, Errichtung eines Verfassungsgerichts, Aufklärung der Übergriffe von Volkspolizisten am 7.10.1989<sup>4</sup>, Versammlungsfreiheit, Zulassung oppositioneller Gruppie-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Oberregierungsrat Vandersee, Ost-Berlin, konzipiert.  
Hat Vortragendem Legationsrat Brandenburg am 7. November 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> 4. November 1989.

Für den Wortlaut der Reden bei der Demonstration vom 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin vgl. Annegret HAHN/Gisela PUCHER/Henning SCHALLER/Lothar SCHARSICH (Hrsg.), 4. November 1989. Protestdemonstration Berlin DDR, Ost-Berlin 1990 S. 116–211.

<sup>3</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Krenz, teilte am 3. November 1989 in einer Fernseh- und Rundfunkansprache den Rücktritt der Politbüromitglieder Axen, Hager, Mielke, Mückenberger und Neumann mit und kündigte Reformen an. Ein vom Politbüro erarbeitetes Aktionsprogramm solle dem ZK der SED zur Beratung übermittelt werden. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 702–705.

<sup>4</sup> Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, informierte am 10. Oktober 1989, daß Sicherheitskräfte der DDR am 7. Oktober 1989 gewaltsam gegen Demonstranten vorgegangen seien, die auf dem Alexander-

rungen, Abschaffung von Privilegien für Funktionäre, neue Ehrlichkeit in der „politischen Biographie der DDR“, unabhängige Gewerkschaften, umfassende Reform des Bildungssystems und freie Wahlen. Damit einhergehend und notwendigerweise verknüpft ist die Frage nach Wirtschaftsreformen.

2b) Die bisherigen Antworten der SED-Führung lassen erkennen, daß sie nicht bereit ist, am Führungsanspruch und damit an ihrer Alleinherrschaft rütteln zu lassen. Die Grundzüge eines Aktionsprogramms, wie es vom Politbüro erarbeitet wurde, gehen am Kern der geforderten Wende vorbei. Krenz verspricht die Einrichtung eines Verfassungsgerichtshofs, eine Verwaltungsreform, ein Vereinigungsgesetz, Präzisierung des Par. 213 des Strafgesetzbuches (Republikflucht)<sup>5</sup> und die Ausarbeitung eines Mediengesetzes. Begonnen wurde bereits mit der Veröffentlichung von Umweltdaten, das neue Reisegesetz wird heute im Entwurf vorgestellt<sup>6</sup>.

Die Frage nach Rücktritt der Regierung<sup>7</sup> und der Neuwahl des Präsidenten der Volkskammer<sup>8</sup> sei von der Volkskammer selbst zu entscheiden.

Krenz appelliert an die Bürger, der Politik der Erneuerung zu vertrauen.

Die führende Rolle der SED, die Zulassung von freien und geheimen Wahlen und der Beteiligung oppositioneller Gruppierungen daran werden nicht im Sinne der Forderungen thematisiert.

2c) Daß starke Skepsis angezeigt ist, zeigt auch ein heute im Neuen Deutschland abgedrucktes Interview mit dem Stellvertreter des Ministers für Staatsicherheit, Generaloberst Mittig.<sup>9</sup> Mittig erklärt, die Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit seien uneingeschränkt für die angestrebte Umgestaltung und die notwendigen Reformen. Er kündigt eine gründliche Überprüfung an, inwieweit die Arbeit des Ministeriums den gegenwärtigen und absehbaren Bedingungen noch entspreche. Er scheue eine öffentliche Kontrolle nicht. Nach diesen positiven Ansätzen verfällt er jedoch in alte Zeiten, wenn er erklärt, ein „allgegenwärtiges Spitzelsystem“ existiere nur in der Phantasie westlicher Medien, die Staatssicherheit habe nie das eigene Volk überwacht.

Für den Leser des Neuen Deutschland ist dieses Interview der Beweis, daß der Rücktritt von Spitzenfunktionären keine inhaltliche Neuorientierung bedeutet.

3) Gerade weil in entscheidenden Fragen ein Einlenken oder wenigstens ein Problembeußtsein der SED-Führung bisher nicht erkennbar ist, werden die Forderungen aus der Bevölkerung immer präziser und umfassender werden. Als letzte der Blockparteien veröffentlicht nunmehr auch das Organ der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, das Bauern-Echo, ein Thesenpapier der Bauern-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1480*

platz und vor dem Palast der Republik am Rande des Empfangs zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR protestiert hätten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2216; Referat 213, Bd. 147157.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut von § 213 des Strafgesetzbuchs der DDR in der Fassung des Gesetzes vom 28. Juni 1979 vgl. GESETZBLATT DER DDR 1979, Teil I, S. 143 f.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Entwurfs für ein neues Reisegesetz sowie der Durchführungsverordnung vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 6. November 1989, S. 1 und 3.

<sup>7</sup> Der Ministerrat der DDR erklärte am 7. November 1989 seinen Rücktritt.

<sup>8</sup> Horst Sindermann trat mit Wirkung zum 13. November 1989 als Präsident der Volkskammer der DDR zurück. Zu seinem Nachfolger wurde am selben Tag der Vorsitzende der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, Maleuda, gewählt.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Interviews vgl. den Artikel „Staatliche Sicherheit – Grundbedingung für Erneuerung und für Bewahrung des Erreichten“; NEUES DEUTSCHLAND vom 6. November 1989, S. 3.

partei zu grundlegender Demokratisierung in allen Bereichen, zur Stärkung der Autorität der Volksvertretung und zu einer Reform der Verwaltungsstruktur.<sup>10</sup> Die DBD fordert eine größere Regierungsbeteiligung und ruft zu verantwortungsvoller, kameradschaftlicher und gleichberechtigter Zusammenarbeit der Parteien und Organisationen im Demokratischen Block und der Nationalen Front der DDR auf.

Es zeichnet sich ab, daß auch die Basis der SED zunehmend ihre Unzufriedenheit mit der Führung der Partei zum Ausdruck bringt. Auf einer öffentlichen Veranstaltung vom Wochenende<sup>11</sup> wurde von Parteimitgliedern u.a. eine Vorverlegung des Parteitages, eine komplette Neuwahl des Zentralkomitees und die Direktwahl der Mitglieder des Politbüros und der Ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED gefordert. Verschiedene Genossen sprachen sich dafür aus, den Führungsanspruch der Partei nicht gesetzlich zu verordnen, sondern durch harte Arbeit zu erringen. Die Forderung nach einer Wahlmöglichkeit zwischen mehreren sozialistischen Parteiprogrammen wurde mit großem Applaus aufgenommen. Kennzeichnend für die Diskussion war, daß sich zu dem Forum zum Thema „führende Rolle der SED“ fast ausschließlich Parteimitglieder versammelt hatten, während es offensichtlich für die Mehrzahl der Nichtparteimitglieder bereits heute kein Thema mehr ist.

Eine Stabilisierung der schwer angeschlagenen Führung kann nur über ernstgemeinte sofortige politische Schritte erfolgen. Alle Maßnahmen im wirtschaftlichen Bereich können nur mittel- oder langfristig Wirkung erzielen und kommen in der jetzigen heißen Phase zu spät.

Es sei darauf hingewiesen, daß bei den vielen hundert Meinungsäußerungen in Wort und Schrift der letzten Tage das in der Bundesrepublik viel diskutierte Thema der Wiedervereinigung keine Rolle spielte. Daß irgendwann in der Zukunft die Frage der Existenz zweier deutscher Staaten behandelt werden wird, ist für die meisten Gesprächspartner eine logische Folge der jetzt angestrebten Reformen. Für die aktuelle Tagespolitik hat sie keine Bedeutung, die Sorgen der Bevölkerung liegen in anderen Bereichen.

[gez.] Studnitz

**Referat 210, Bd. 140685**

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Thesenpapiers „Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands im Prozeß der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR“ des Präsidiums des Parteivorstands vgl. BAUERN-ECHO vom 4./5. November 1989, S. 3–5.

<sup>11</sup> Zum „Sonntagsgespräch“ am 5. November 1989 in der Kongreßhalle am Alexanderplatz in Ost-Berlin vgl. den Artikel „Radikale Schritte zur Erneuerung der SED von der Parteführung gefordert“, BERLINER ZEITUNG vom 6. November 1989, S. 1 und 4.

**Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG),  
an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 3500**

**Aufgabe: 6. November 1989, 21.20 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 6. November 1989, 21.45 Uhr**

Betr.: 1358. Tagung des Rates der EG (AM-Rat) am 6.11.89;

hier: TOP 8 – Wirtschafts- und Währungsunion  
 Bericht der Gruppe auf hoher Ebene

**Zusammenfassung**

Der Bericht der Ad-hoc-Gruppe (auf hoher Ebene) zur Wirtschafts- und Währungsunion (Guigou-Bericht)<sup>2</sup> wurde allgemein zustimmend zur Kenntnis genommen. Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß die Guigou-Gruppe ihr Mandat voll erfüllt habe und der Bericht eine gute Grundlage für die weiteren Arbeiten sei. Nach der Beratung des Berichts am 13. ds. Mts. im EcoFin-Rat<sup>3</sup> soll sich der AM-Rat am 27. ds. Mts.<sup>4</sup> erneut damit befassen und sodann eine Stellungnahme für den ER in Straßburg<sup>5</sup> erarbeiten. Der von britischem AM Hurd kurz vorgestellte

<sup>1</sup> Das von Bundesbankoberrat Heislitz, z. Z. Brüssel, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.

<sup>2</sup> Zur Einsetzung der Ad-hoc-Gruppe zur Wirtschafts- und Währungsunion („Guigou-Gruppe“) vgl. Dok. 227, Anm. 15.

Die Beauftragte beim französischen Staatspräsidenten, Guigou, übermittelte den „Bericht über die wichtigsten Fragen der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion“ am 30. Oktober 1989. Vgl. Referat 412, Bd. 168734.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder notierte am 3. November 1989, der Bericht sei aus Sicht der Bundesregierung positiv zu bewerten, Großbritannien habe „mit allen Kräften“ versucht zu bremsen, teilweise unterstützt von den Niederlanden und Dänemark: „Letztlich haben in der Gruppe nur Italien und Frankreich und wir konstruktiv an der Diskussion über die eigentlichen WWU-Fragen mitgearbeitet. Erstaunlich und enttäuschend ist das NL-Verhalten. Auch die Belgier und Luxemburger beteiligten sich nur zurückhaltend an der Arbeit. [...] Innerhalb der deutschen Delegation gab es erhebliche Abstimmungsschwierigkeiten, da der Vertreter des BMF (unter strenger Weisung stehend) sich teilweise sehr zurückhaltend und auf der britischen Linie äußerte. Insofern bedarf es auch intern noch erheblicher Überzeugungsarbeit.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168734.

<sup>3</sup> Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), informierte am 16. November 1989, die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister vom 13./14. November 1989 habe den Fragenkatalog des Guigou-Berichts als noch nicht abschließend bezeichnet. Bundesminister Waigel habe auf die „großen Interessengegensätze und Unterschiede in den Grundauffassungen hingewiesen“, die schon bei der Formulierung der Fragen aufgetreten seien. Waigel zufolge gelte es jetzt, „Antwortmöglichkeiten – auch in der Form von Alternativen – auf die bisher gestellten und hinzukommenden Fragen zu erarbeiten. Man dürfe sich nicht unter zu großen Zeitdruck setzen, etwa durch die Festlegung des Beginns oder des Endes der Regierungskonferenz“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3696/3697; Referat 412, Bd. 168734.

<sup>4</sup> Botschafter Trumpf, Brüssel (EG), informierte am 27. November 1989, der französische Außenminister Dumas habe in der EG-Ministerratstagung am selben Tag erklärt, die französische EG-Ratspräidentschaft bereite eine Note zur Wirtschafts- und Währungsunion an den Europäischen Rat vor, „die den Stand der Vorbereitungen darstellen und der der Guigou-Bericht als Anlage beigeheftet sein soll“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3886; Referat 410, Bd. 141609.

Am 29. November 1989 ergänzte Trumpf: „Eine inhaltliche Vertiefung der Themen im Kreise der Minister fand, wie das der Übung der Ratstagungen vor Europäischen Räten entspricht, nicht statt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3924; Referat 410, Bd. 141609.

<sup>5</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

Entwurf einer Alternative zum Delors-Bericht<sup>6</sup> wurde zur Kenntnis genommen, jedoch nicht diskutiert; dies soll dem EcoFin-Rat vorbehalten werden.<sup>7</sup>

Mehrere Delegationen betonten, daß der Delors-Bericht die Grundlage für das weitere Vorgehen bleiben solle. Zahlreiche Del. sprachen sich für eine baldige Entscheidung über die Einberufung einer Regierungskonferenz (RK) und ihre Einberufung für die zweite Jahreshälfte 1990 aus. E, GR und P unterstrichen die Wichtigkeit wirtschaftlicher und sozialer Kohäsion als einer Voraussetzung für die WWU. Kommissionspräsident Delors verwies demgegenüber auf die differenzierenden Ausführungen hierzu in dem nach ihm benannten Bericht und warnte davor, die Kohäsion zur Bedingung der WWU zu machen. BM Genscher wies auf die große Bedeutung des bevorstehenden ER von Straßburg hin: Mit der Entscheidung über die WWU werde über die weitere Zukunft der Gemeinschaft, d.h. darüber entschieden, ob man den Weg zur Politischen Union gehen will.

#### Im Einzelnen

GB: AM Hurd meinte, die Guigou-Gruppe sei zu früh einberufen worden; der abschließende Bericht sei jedoch nützlich. Für die RK sei aber noch viel Arbeit erforderlich, wobei der Delors-Bericht nur eine Grundlage sei und Gegenvorschläge berücksichtigt werden müßten. Im EcoFin-Rat und den Fachgremien (Währungsausschuß, Ausschuß der Zentralbankgouverneure) müßten alle Substanzfragen, einschließlich GB-Alternative, geklärt werden, bevor sich der AM-Rat mit der Angelegenheit weiter befasse. Im übrigen stellte AM Hurd das GB-Papier in den Grundzügen vor. Er meinte, der darin skizzierte Prozeß könnte wahrscheinlich sogar zu schnelleren Fortschritten führen als der im Delors-Bericht vorgeschlagene. Auf jeden Fall sei der britische Weg mit geringeren Risiken behaftet als die im Delors-Bericht vorgesehene institutionelle Lösung.

B: AM Eyskens wies darauf hin, daß der Gouverneurausschuß und der Währungsausschuß vor dem ER oder der RK keineswegs zu den Fragen im Guigou-Papier Stellung nehmen könnten. Diese Fragen müßten in der RK beantwortet werden. Der AM-Rat müsse weiterhin am Entscheidungsprozeß, insbes. bei den institutionellen Fragen, beteiligt bleiben. Auf keinen Fall dürfe er „kurzgeschlossen“ werden.

<sup>6</sup> Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder hielt am 3. November 1989 fest, die britische Regierung habe am Vortag „ein als Alternative zum Delors-Bericht gedachtes Papier zum Thema ‚Ein evolutionärer Ansatz für die Wirtschafts- und Währungsunion‘ verbreitet“. Seine Grundgedanken seien: „Ablehnung der Schaffung einer Europäischen Zentralbank, Ablehnung der Schaffung einer europäischen Einheitswährung, mehr Wettbewerb zwischen den elf Währungen der Gemeinschaft, ohne daß allerdings jede Währung in jedem Mitgliedsland gesetzliches Zahlungsmittel würde, Weiterentwicklung des EWS in ein System mit ‚mehr oder weniger festen Wechselkursen‘.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168734. Für den deutschen Wortlaut des Papiers des britischen Schatzamts vgl. Henry KRÄGENAU/Wolfgang WETTER, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht. Analysen und Dokumentation, Baden-Baden 1993, Dok. 67.

<sup>7</sup> Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), berichtete am 16. November 1989, in der EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 13./14. November 1989 hätten die übrigen EG-Mitgliedstaaten zum britischen Papier vom 2. November 1989 geäußert, „es sei keine Alternative zum Delors-Bericht“. Bemängelt worden sei, „daß es zur bisherigen Definition einer Währungsunion in Widerspruch steht (I, B), in der ersten Stufe stehengebliebe (B) und ein Wettbewerb von Währungen nicht vereinbar sei mit einer Währungsunion (F, E)“. Italien habe bezweifelt, „daß Konvergenz, insbesondere Geldwertstabilität in der Gemeinschaft unter dem Druck der Marktkräfte zustandekomme. Der Gefahr, daß eine inflationäre Währung andere anstecke, könne man nur mit zentraler Entscheidungsgewalt begegnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3696/3697; Referat 412, Bd. 168734.

NL: AM van den Broek bezweifelte, ob der Guigou-Fragenkatalog erschöpfend sei. So fehle z.B. die Frage der Autonomie der nationalen Zentralbanken. Dieses Thema sei aber wichtig. Es müsse möglich sein, auch noch nachträglich auftau-chende Fragen in den Katalog aufzunehmen. Einige Fragen seien überbetont, etwa zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Das Problem der regionalen Ungleichgewichte sei keine Frage der WWU, sondern der für 1992 vor-gesehenen Neuevaluierung der Strukturfonds. Es sei im übrigen eine angemes-sene weitere Vorbereitung der RK nötig, also eine Diskussion über wesentliche Fragen des Guigou-Bericht mit dem Ziel, einen gewissen Grundkonsens zu er-reichen. Auf dem ER von Straßburg sollte der Beginn der RK festgelegt werden, und zwar für zweite Hälfte 1990. Während der RK solle auf die in erster Phase der WWU zu sammelnden Erfahrungen eingegangen werden. Das GB-Papier enthalte überraschend positive Worte zum EWS. Es sei zu hoffen, daß GB bald die Bedingungen für einen Beitritt zum EWS als erfüllt ansehe.

D: BM Genscher bezeichnete den Bericht der Guigou-Gruppe als einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zur WWU. Er enthalte alle wichtigen Fragen. Maßgeblich für die Entscheidungen des ER könnten allein die Stellungnahmen des AM-Rates und des EcoFin-Rates sein, nicht diejenigen etwaiger anderer nachgeord-neter Gremien. Im übrigen unterstrich BM Genscher, daß die Entscheidung über die WWU die Kernfrage für den Willen zur Vertiefung der Gemeinschaft sei und zur Entschlossenheit, zur Politischen Union voranzuschreiten. D messe der WWU außerordentliche Bedeutung für die Zukunft der Gemeinschaft bei.

IRL: Auch AM Collins bezeichnete den Bericht als wichtigen Beitrag für die RK. Wichtig sei, den gegenwärtigen Schwung der Verwirklichung der WWU auf-rechtzuerhalten.

I: AM De Michelis meinte, daß mit dem Bericht der Guigou-Gruppe alle Ele-mente für eine Entscheidung für die Einberufung einer RK gegeben seien. Die Antworten auf die Guigou-Fragen könnten nur auf der RK gegeben werden. De Michelis betonte im übrigen die Einheitlichkeit der zu treffenden Entscheidun-gen, d.h., der Anlauf der ersten Phase und die Vorbereitung der zweiten Phase sollten parallel erfolgen. Wichtig sei die Grundsatzentscheidung, daß über die erste Phase hinausgegangen werden solle. Sonst habe dies keinen Sinn. Aller-dings müsse man die Verwirklichung der ersten Stufe auch im Zusammenhang mit der Vollendung des Binnenmarktes sehen. Dies erfordert auch steuerliche Regelungen, z.B. in Begleitung der Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

P: AM Pinheiro<sup>8</sup> unterstützte die Zielsetzung des Delors-Berichts. Alternative Vorschläge seien jedoch ebenfalls zu erwägen. Die WWU sei aber nur bei sozio-ökonomischer Kohärenz zu verwirklichen.

GR: AM Papoulias forderte die Einberufung der RK für zweite Hälfte 1990. Grundlage der Entscheidung solle der Delors-Bericht sein. Voraussetzung für die WWU sei die Konvergenz der Volkswirtschaften.

E: AStS<sup>9</sup> Solbes begrüßte zwar den GB-Beitrag, soweit er neue Elemente enthält. Für die zu treffenden Entscheidungen müsse aber der Delors-Bericht als Grund-

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „AM de Deus Pinheiro“.

<sup>9</sup> Außenstaatssekretär.

lage dienen. In Straßburg sollte die Entscheidung über den Weg nach der ersten Phase gefällt werden. Es wolle ihn bis zum Ende mitgehen.

LUX: AM Poos wies darauf hin, daß die notwendige einfache Mehrheit für die Einberufung einer RK schon vorhanden sei, jedoch beständen in der Substanz noch fundamentale Meinungsverschiedenheiten. Es wäre daher nützlich, sowohl die Erfahrungen in der ersten Stufe als auch diejenigen nach dem GB-Beitritt zum EWS bei der RK zu berücksichtigen.

DK: AM Elleemann-Jensen bezeichnete den Guigou-Bericht als umfassende und angemessene Vorbereitung einer Regierungskonferenz. Die Grundlagen für eine Entscheidung in Straßburg darüber seien gegeben.

KOM: Präsident Delors warnte davor, daß sich die Arbeiten an der WWU in anderen Gremien als dem AM- und EcoFin-Rat festfahren könnten. Er kündigte eine Zusammenstellung der Vor- und Nachteile der WWU an, die im April der irischen Präsidentschaft übergeben werden soll. Auch das GB-Papier werde geprüft.

<sup>10</sup>Der soziale Zusammenhalt der EG sei wichtig. Er dürfe aber nicht zur Voraussetzung für die WWU gemacht werden, sonst gerate man in eine Krise. Für den Übergang von Phase 1 zu Phase 2 sei ein politischer Impuls nötig. Er finde nur statt, wenn Phase 1 Erfolg habe, es gebe insofern also keinen automatischen Übergang zwischen den Phasen.

Vizepräsident Christophersen meinte, die Arbeiten an der WWU befänden sich im Zeitplan. Der EcoFin-Rat werde wahrscheinlich den beiden KOM-Vorschlägen zur ersten Phase am 13.11.89 grundsätzlich zustimmen.<sup>11</sup>

Im ersten Halbjahr 1990 solle eine Diskussion über erforderliche Anpassungen der Arbeitsweise von EcoFin-Rat und EP stattfinden. Der Gouverneursausschuß wolle im ersten Halbjahr 1990 eine Forschungsgruppe einsetzen, so daß der Ausschuß seine Diskussionen auf der Grundlage eigener Studien führen könne.

[gez.] Grünhage

**Referat 412, Bd. 168734**

<sup>10</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3501 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>11</sup> Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), informierte am 14. November 1989 über die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister vom 13./14. November 1989: „Rat verabschiedete im Sinne einer polit[ischen] Orientierung die beiden Rechtsakte zur Vorbereitung der ersten Stufe der WWU (Beschlußentwurf über die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der MS der EG sowie Entcheidungsentwurf zur Erreichung von schrittweiser Konvergenz der wirtschaftl[ichen] Ergebnisse während der ersten Stufe der WWU). Dabei konnte das D-Hauptanliegen – keine Beteiligung der Gouverneure der Zentralbanken (ZB) an förmlichen Tagungen des EcoFin-Rates – durchgesetzt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3629/3630; Referat 412, Bd. 168780. Vgl. dazu auch BULLETIN DER EG 11/1989, S. 12.

**349****Bundeskanzler Kohl an den  
südafrikanischen Präsidenten de Klerk****7. November 1989<sup>1</sup>**

Sehr geehrter Herr Staatspräsident,

für Ihr Schreiben vom 21. September, in dem Sie mir Ihre innenpolitischen Initiativen anlässlich Ihrer Regierungsübernahme erläuterten<sup>2</sup>, danke ich Ihnen.

Ich begrüße den in Ihrer Antrittsrede vom 20. September<sup>3</sup> zum Ausdruck gebrachten Willen, durch eine Politik substantieller Reformschritte friedliche Lösungen für die Probleme Ihres Landes zu suchen.

Die von Ihnen in der Zwischenzeit ergriffenen Maßnahmen – die Zulassung friedlicher Demonstrationen, die Freilassung einer Gruppe langjährig inhaftierter politischer Gefangener, Ihre Ankündigung, den Ausnahmezustand<sup>4</sup> aufheben zu wollen, und Ihre grundsätzliche Bereitschaft zu baldigen Verhandlungen mit den Führern der schwarzen Bevölkerung – halte ich für wichtige positive Schritte.

Ich möchte Sie dazu ermutigen, auch die weiteren, noch erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die von Ihnen angestrebten Verhandlungen über eine friedliche Überwindung der Rassentrennung und zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die eine gerechte Beteiligung aller Südafrikaner an den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen in Ihrem Lande sicherstellt, in Gang zu bringen. Ich versichere Ihnen, daß die von mir geführte Bundesregierung einen solchen Verhandlungsprozeß in konstruktiver Weise begleiten und nach Kräften fördern wird.

Sie haben in Ihrem Brief auch die gegen die SWAPO erhobenen Anschuldigungen angesprochen, nach wie vor Gefangene in Angola und anderen Ländern der Region unter menschenunwürdigen Umständen festzuhalten. Diese Anschuldigungen sind auch hier bekannt und werden von der Bundesregierung sehr ernst genommen. Als Mitautor des Lösungsplans für Namibia<sup>5</sup> tritt die Bundesregierung mit Nachdruck dafür ein, daß alle beteiligten Parteien sich strikt an die Resolution 435 des VN-Sicherheitsrats<sup>6</sup> halten und ihre Verpflichtungen hieraus

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Für das Schreiben des südafrikanischen Präsidenten de Klerk vom 21. September 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 320, Bd. 156011.

<sup>3</sup> Für die Rede des südafrikanischen Präsidenten de Klerk bei seiner Amtseinführung am 20. September 1981 in Pretoria vgl. Referat 320, Bd. 155990.

<sup>4</sup> Die südafrikanische Regierung verhängte am 12. Juni 1986 den Ausnahmezustand. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 173.

<sup>5</sup> 1977 bildeten die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA die Kontaktgruppe zur Lösung der Namibia-Frage. Vgl. dazu zuletzt AAPD 1983, II, Dok. 313.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597f.

gewissenhaft erfüllen. Wir sind daher an einer möglichst schnellen Aufklärung der gegen die SWAPO erhobenen Anschuldigungen interessiert und unterstützen alle Bemühungen, die dazu beitragen können.

So habe ich mit Befriedigung vermerkt, daß der VN-Sonderbeauftragte<sup>7</sup> auch nach der Rückkehr der von ihm nach Angola und Sambia entsandten Mission seine Entschlossenheit erklärt hat, um Aufklärung des Schicksals der vermißten 315 SWAPO-Gefangenen bemüht zu bleiben.

Meine Regierung ist und bleibt – sowohl in Namibia als auch in den VN – mit allen Parteien im Gespräch, um dazu beizutragen, daß der Übergang Namibias in die Unabhängigkeit sich friedlich und demokratisch und unter Achtung der Menschenrechte vollziehen kann. Alle Beteiligten tragen gerade in der jetzt vor uns liegenden wichtigsten Phase des Friedensprozesses in Namibia große Verantwortung. Nach meiner Überzeugung verdienen die Vereinten Nationen, und hier insbesondere der Generalsekretär<sup>8</sup>, sein Sonderbeauftragter für Namibia und die UNTAG als „Geburtshelfer“ des künftigen unabhängigen Staates Namibia, unser Vertrauen und unsere besondere Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

[Helmut Kohl]

**Referat 320, Bd. 156011**

## 350

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

**7. November 1989<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

mit der Bitte um Kenntnisnahme und dem Vorschlag, die hier angeschnittene COCOM-Problematik mit den USA auf politischer Ebene aufzunehmen.

Betr.: COCOM-Probleme in Zusammenhang mit der sicherheitstechnischen Nachrüstung von Kernkraftwerken aus der Sowjetunion (insbesondere in der DDR) und Lieferung von Hochtemperaturreaktoren.

1) Am Beispiel der Kernkraftwerke aus der SU und der Lieferungen von Hochtemperaturreaktoren in die Sowjetunion werden erneut prinzipielle Probleme des COCOM-Systems deutlich.

<sup>7</sup> Martti Ahtisaari.

<sup>8</sup> Javier Pérez de Cuellar.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Referent Liebler und Vortragendem Legationsrat Bauer konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 9. November 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte:  
„Von der operativen Schlußfolgerung möchte ich in Hinblick auf den in Bearbeitung befindlichen

### a) Nachrüstung von sowjetischen KKWen

Herr Hirschmann<sup>4</sup>, Vorstandsmitglied der Siemens AG, berichtete am 25.10.1989 dem Planungsstab über den äußerst besorgniserregenden Sicherheitszustand von sowjetischen Kernkraftwerken in der SU und der DDR. Eine sicherheitstechnische Nachrüstung sei dringend geboten. Jeden Tag könne ein zweites Tschernobyl<sup>5</sup> passieren. Mit der DDR verhandele Siemens über die leittechnische Nachrüstung der vier alten 440 MW-Blöcke in Greifswald (Auftragswert ca. DM 500 Mio.), mit der SU über ein Joint-venture für Diagnoseeinrichtungen.

Neben der noch offenen Finanzierung bereite die Nachrüstung Schwierigkeiten im COCOM. Wenn die Bundesregierung sich nicht mit Nachdruck für eine Freigabe des Technologietransfers einsetze, sei die Nachrüstung nicht möglich, zumal hierzu auch amerikanische Rechner gehörten, die für die von Siemens zu liefernden fest verdrahteten und speicherprogrammierbaren Leittechniksysteme unverzichtbar seien.

### b) Hochtemperaturreaktoren

COCOM-Probleme, so im Ergebnis Herr Hirschmann, werde es möglicherweise auch bei der Lieferung von Hochtemperaturreaktoren<sup>6</sup> in die SU geben. Auch hier würden US-Rechner benötigt, auch hier treffe man auf amerikanischen Widerstand. Der Westen müsse an der Lieferung von HTRs ein um so größeres Eigeninteresse haben<sup>7</sup>, als die SU die von Hochtemperaturreaktoren erzeugte Prozeßwärme u. a. zur Produktion von Wasserdampf verwenden und damit die Ausbeute ihrer Erdöllagerstätten erheblich steigern wolle. Andernfalls sei die SU gezwungen, auf fossile, die Umwelt schwer belastende Brennstoffe zurückzutreten.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1488*

Antwortbrief des BK an Präs[ident] Bush abraten. Die COCOM-Problematik ist Gegenstand der Diskussion mit den USA auf allen Ebenen.“

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 12. November 1989 vorgelegen, der Staatssekretär Lautenschlager um Rücksprache bat.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „für Rücksprache StS L[autenschlager] bei BM“ verfügte.

Hat Lautenschlager am 14. November 1989 erneut vorgelegen.

Hat Genscher am 21. Dezember 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wieder-v[orlage] mit Stellungnahme der Abt[eilung] 4.“

Hat Lautenschlager am 21. Dezember 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Rück-sprache erledigt. 21.12.“ Außerdem verfügte er die Weiterleitung an Ministerialdirektor Jelonek „zur w[eiteren] Vleranlassung“.

Hat Jelonek am 22. Dezember 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 431 und 425 verfügte und für Referat 425 handschriftlich vermerkte: „B[ittel] R[ücksprache].“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dahlhoff am 27. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dieser Vorgang traf am 27.12.89 bei 425 ein.“

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ich kenne Herrn Hirschmann seit vielen Jahren, auch die durchaus legitimen Interessen seines Hauses.“

<sup>5</sup> Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 3, Anm. 7.

<sup>6</sup> Die Wörter „bei der Lieferung von Hochtemperaturreaktoren“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dieses war Gegenstand ausführlichen Meinungsaustausches am Vorabend des BK-Besuchs in Moskau u. des Gorbatschow-Besuchs in Bonn.“

<sup>7</sup> Der Passus „Der Westen ... Eigeninteresse haben“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aber wir bauen ihn nicht!“

2) Der Vortrag Hirschmanns zeigt h.E., zu welchen unvernünftigen Ergebnissen eine überzogene COCOM-Politik führen kann. In beiden Fällen sind konkrete Gefährdungen – für das Leben und den globalen Klimahaushalt – gegen eine immer abstrakter werdende sicherheitspolitische Gefahr abzuwägen. In beiden Fällen bedeutet es für den Westen letztlich Selbstschädigung, an den COCOM-Bestimmungen festzuhalten.

3) Hinzu kommt, daß der Bundeskanzler und andere Mitglieder der Bundesregierung nach dem KKW-Unfall in Tschernobyl weltweit höhere Sicherheitsstandards gefordert und deutsche Hilfe dabei angeboten haben. Auf der Konferenz über die Übereinkommen zur frühzeitigen Benachrichtigung bei Nuklearunfällen und über gegenseitige Hilfeleistung hat BMU Wallmann das deutsche Angebot wiederholt.<sup>8</sup>

Es gibt daneben noch eine Vielzahl anderer Gründe, die ein konsequentes und umgehendes Tätigwerden der Bundesregierung nahelegen:

- Allein für den RGW-Bereich werden die gesamten Nachrüstungskosten auf 30–35 Mrd. DM (ca. DM 400 Mio. pro KKW-Block, derzeitig 78 Blöcke in Betrieb) geschätzt. Dies wäre, wenn sich für die Finanzierungsfrage (s.u.) Lösungsmöglichkeiten zeigten, ein riesiger Markt. Letztlich geht es aber nicht nur um Umsätze, sondern auch um eine intensivere sicherheitstechnische und technologische Anpassung des Ostens an westliche Standards und eine stärkere Verflechtung, wie sie sich aus gemeinsamen Sicherheitsanalysen, Training, Auslegungskriterien etc. ergeben würde.
- Weder die europäische noch die amerikanische Kernkraftindustrie werden ein zweites Tschernobyl politisch überstehen. Angesichts der zwischenzeitlich erreichten Abhängigkeit von kerntechnisch erzeugter Energie hätte dies auch volkswirtschaftlich katastrophale Folgen.
- Zu einer modernen Leittechnik gehören Rechner<sup>9</sup> mit einer bestimmten Kapazität. Westliche Lieferungen, die unterhalb des state of the art lägen, müßten die Frage nach einem doppelten Standard von „westlicher und östlicher Sicherheit“ aufwerfen. Dies wäre für uns weder innen- noch außenpolitisch hinnehmbar<sup>10</sup>.
- Bei Einwendungen der USA wäre auch auf die Möglichkeit der Verwendungsüberwachung hinzuweisen. Die USA und die EG haben z.B. beim Export von Flugzeugen (Boeing, Lockheed, Airbus) in RGW-Staaten sensitive Technologien zum Schutz gegen mißbräuchliche Verwendung versiegelt. Zu denken wäre auch an Inspektionen, für die trotz der hiermit verbundenen Problematik (Extraterritorialität) nunmehr auch auf östlicher Seite eine größere Akzeptanz bestünde. Letztlich wäre ein Mißbrauch der Software bzw. ein Abbau von Rechnern technisch relativ leicht und zu jedem Zeitpunkt durch geeignete Kontrollstellen mittels Ferndiagnose/-überwachung überprüfbar.
- Die deutsche Sicherheitstechnologie repräsentiert international höchsten Standard. Ein Unglück wie Tschernobyl wäre nach Auffassung von Experten beim

<sup>8</sup> Die Sondersitzung der IAEA-Generalkonferenz fand vom 24. bis 26. September 1986 in Wien statt. Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Wallmann am 24. September 1986 vgl. BULLETIN 1986, S. 941f. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 266.

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich. „Dieses COCOM-Problem stellt sich leider nicht nur hier.“

<sup>10</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Einsatz dieser weitgehend automatisch arbeitenden Sicherheitsausstattung ausgeschlossen gewesen. (Aus diesem Grund sind auch Länder wie Indien, wenn sie russische KKW's kaufen, am Einbau deutscher Sicherheitstechnologie interessiert.)

- 4) Das Eigeninteresse des Westens an der Sicherheit von KKW's im RGW-Bereich, und insbesondere der DDR, sollte sich auch in der Finanzierungsfrage<sup>11</sup> niederschlagen.

Die Bundesregierung könnte insbesondere prüfen, ob die im Haushalt des BMU für die Durchführung von gemeinschaftlichen Umwelt-Projekten mit der DDR vorhandenen Mittel nicht auch auf den KKW-Bereich ausgedehnt werden können. Für die DDR kämen auch Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Betracht. Daneben sollten wir<sup>12</sup> uns, angesichts des gewaltigen Volumens, auch auf EG-Ebene für Finanzhilfen<sup>13</sup> einsetzen. Eine solche EG-Hilfe könnte von vornherein als weiterer Schritt zu einer gesamteuropäischen Energie-Zusammenarbeit – von der Ausarbeitung gemeinsamer Sicherheitsstandards bis hin zum Stromverbund – konzipiert werden.

Referat 431 hat mitgewirkt.

Citron

**Referat 424, Bd. 220448**

**351**

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher**

**201-360.92 FRA (KOM)**

**8. November 1989<sup>1</sup>**

Von BM noch nicht gebilligt

Betr.: Sitzung des deutsch-französischen Ratskomitees für Verteidigung und Sicherheit am 3.11.1989 in Bonn, 8.30–9.50 Uhr, im Kanzleramt<sup>2</sup>

Anlg.: 1 (Teilnehmer)

**1) West-Ost-Beziehungen**

BM Genscher: Wir seien uns alle der dramatischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa bewußt. Es handele sich um parallele Entwicklungen, die aber jeweils

<sup>11</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Dies ist m. E. Teil einer umfassenderen Thematik.“

<sup>12</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wer?“

<sup>13</sup> Die Wörter „EG-Ebene“ und „Finanzhilfen“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Freitag und Kapitän zur See i.G. Nachtsheim, Bundesministerium der Verteidigung, konzipiert.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 342 und Dok. 346.

von den spezifischen Umständen und Problemen der einzelnen WP-Staaten bestimmt würden.

In Ungarn seien die Wirtschaftsreformen sowie die Öffnung des politischen und gesellschaftlichen Lebens, insbesondere der Aufbau von Parteistrukturen, am weitesten fortgeschritten. Die kommunistische USAP versuche, sich an die Spitze der Reformbewegung zu setzen und dabei ihre orthodoxe Einstellung abzustreifen. Die Wahlen im nächsten Jahr<sup>3</sup> würden zeigen, wie weit sie sich von der Vergangenheit zu lösen und das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen vermag. Auf jeden Fall handele es sich um eine Entwicklung, die es zu stützen gelte. Die Lage in Polen sei viel komplexer. Die bisher allein regierende kommunistische PVAP habe abgewirtschaftet. Die Senatswahlen<sup>4</sup> hätten gezeigt, daß sie keinerlei Vertrauen bei der Bevölkerung mehr besitze. Andererseits gebe es keine Parteistrukturen, die bereits jetzt an die Stelle der PVAP treten könnten. Solidarność sei nicht vorbereitet gewesen, eine Regierungsrolle zu übernehmen. Die innerhalb der Solidarność vorhandenen Gegensätze brächen seit ihrer Regierungsbeteiligung offen auf. Eine Besonderheit kennzeichne die Lage in Polen: Allen derzeit relevanten Kräften – die PVAP, Staatspräsident Jaruzelski mit einer zunehmend eigenständigeren Rolle, Solidarność und die Kirche – sei der Wille gemein, die Krise gemeinsam überwinden zu wollen. Die Wirtschaftslage in Polen sei allerdings katastrophal, die Regierung zum Erfolg verurteilt, wenn es nicht zum Chaos kommen solle. Die EG habe daher beschlossen, ein zweites Mal Nahrungsmittelhilfe an Polen zu liefern<sup>5</sup>; weitere Schritte zur Verbesserung der Wirtschaftslage sollten folgen. Die Teilnehmerstaaten des 24er-Kreises unter Federführung der EG (EG, EFTA, USA, CDN, Japan, Australien, Neuseeland, Türkei) seien übereingekommen, noch in diesem Jahr eine weitere Konferenz einzuberufen, um ihren Unterstützungsbestrebungen für die Wirtschaftsreformen einen politischen Impuls zu geben.<sup>6</sup> Wie fragil die Lage in Polen sei, zeigten die Vorbereitungen für den Besuch des BK in Polen.<sup>7</sup> Die PVAP nutze jede Möglichkeit, der Regierung mangelnde Festigkeit bei der Verfolgung nationaler Interessen vorzuwerfen. Für den Westen sei daher wichtig, dazu beizutragen, der neuen Regierung eine Chance zu geben.

Die Situation in der DDR sei noch komplizierter und von besonderen Bedingungen geprägt. Hierzu zählten insbesondere das Fehlen einer nationalen Identität sowie die Stationierung der stärksten sowjetischen Militärpräsenz in Europa

<sup>3</sup> In Ungarn fanden am 25. März und 8. April 1990 Parlamentswahlen statt.

<sup>4</sup> Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

<sup>5</sup> Zur Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaften für Polen vgl. Dok. 346, Anm. 6.

<sup>6</sup> Am 13. Dezember 1989 fand in Brüssel eine Tagung der Außenminister der G 24 statt. Vgl. dazu vgl. Dok. 416.

<sup>7</sup> Zur Vorbereitung des Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 330.

In einem Gespräch mit dem polnischen Gesandten Jędrus am 8. November 1989 führte Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, aus: „Gesamtlage am Vorabend des Polen-Besuchs des Bundeskanzlers besorgt uns, weil augenblickliche öffentliche Diskussion in Polen und bei uns – in Wechselwirkung – zu erheblichen Belastungen des Besuches führt. [...] Von Anfang an Grundverständnis, daß bei diesem ersten Besuch nicht alle Probleme auf einmal gelöst werden können. Deshalb dürfen Bundeskanzler jetzt keine Lasten aufgebürdet werden, die er nicht tragen kann [...]. Für uns kein Problem, wenn Vereinigung ehemaliger Zwangsarbeiter ihre Forderungen artikuliert – MD Kastrup wird in Warschau mit Vertretern der Vereinigung Gespräche führen. Offensichtlich aber auch Demonstrationen geplant. Hier entscheidend, wo und wie diese ablaufen. Wenn daraus Provokation gemacht würde, wäre es für BK unerträglich.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136, Bd. 34037.

außerhalb der SU. Die bisherige Reaktion der Führung auf Reformforderungen sei von der Bevölkerung in keiner Form als ausreichend empfunden worden. Deshalb halte die Fluchtbewegung an. Wir könnten davon ausgehen, daß die SU der DDR-Führung gesagt habe, sie wolle nicht – wie 1953<sup>8</sup> – mit ihren Streitkräften in Angelegenheiten der DDR verwickelt werden; die DDR habe selbst ihre Probleme zu lösen. Die SU sei sich bewußt, daß sie mit der DDR-Führung zusammenarbeiten müsse. Das sowjetische Medienecho auf den Moskau-Besuch von Krenz<sup>9</sup> zeige aber, daß die SU bisher nicht davon überzeugt sei, die neue Regierung habe ein Vertrauensminimum bei der Bevölkerung gewonnen. Diese Auffassung teilten auch wir. Schon gestern abend, nur einen Tag nach Aufhebung der Visapflicht für Reisen der Deutschen aus der DDR in die CSSR, hätten sich bereits mehr als 1300 Menschen in unserer Botschaft in Prag eingefunden.<sup>10</sup>

Die Entwicklung in der SU lasse deutlich verschiedene Stadien der Reformfortschritte erkennen: Die Reformpolitik habe zu einer weitreichenden Korrektur der sowjetischen Außenpolitik geführt, sie mache Fortschritte bei der Entwicklung der innerstaatlichen Demokratie (Machtverlagerung von der KPdSU zum Obersten Sowjet); bei den Wirtschaftsreformen stellten sich dagegen kaum Fortschritte ein, die größten Probleme verursache das Nationalitätenproblem. Die Korrektur ihrer Außenpolitik habe zu einer veränderten Haltung der SU insbesondere in Abrüstungsfragen geführt: Das INF-Abkommen<sup>11</sup> sowie die KSE-Verhandlungen<sup>12</sup> belegten beispielhaft, daß die SU heute eine Haltung annehme, die sie früher abgelehnt habe. Die Aufgabe der eindeutig expansiven Außenpolitik der Breschnew-Ära zugunsten einer Sicherheitspolitik spiegele sich in ihrem Verhältnis zu den anderen WP-Staaten wider. Unklar sei zwar, welche Konsequenzen die SU im einzelnen für ihre Beziehungen zu den anderen WP-Staaten aus ihrer veränderten Außenpolitik ziehen wolle. Tatsache sei aber, daß sie nicht interne Reformentwicklungen behindere, sondern zum Teil ermutige. Hieraus könne auf eine neue Rolle der SU in ihren Beziehungen zu den WP-Staaten geschlossen werden. Dies gelte allerdings nicht für die DDR, zu der die SU aus politischen und sicherheitspolitischen Gründen spezielle Beziehungen pflegen werde.

Angesichts der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa müsse die EG ihre Dynamik bewahren. Der Integrationsprozeß dürfte nicht erlahmen, da er auf die

<sup>8</sup> Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

<sup>9</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Krenz, hielt sich vom 31. Oktober bis 1. November 1989 in der UdSSR auf. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU am 1. November 1989 vgl. GORBATSCHEW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 52, und VORWÄRTS IMMER, Dok. 45.

Botschafter Blech, Moskau, erläuterte am 2. November 1989, daß die sowjetische Presseberichterstattung über den Besuch „eine auffällige protokollarische Herabstufung“ darstelle. Bei der Pressekonferenz von Krenz habe sich der Eindruck aufgedrängt, „daß hier jemand in aller Hast ein Perestroika-Make-up aufgelegt hat, bei dem jedoch bei näherem Hinsehen (bzw. Zuhören) die nicht sehr fortschrittliche Substanz spürbar wurde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4550/4551; Referat 210, Bd. 140713.

Zur Pressekonferenz von Krenz am 1. November 1989 vgl. den Artikel „In großer Offenheit haben wir über alles gesprochen“; NEUES DEUTSCHLAND vom 2. November 1989, S. 1 und 2.

<sup>10</sup> Zur Lage an der Botschaft der Bundesrepublik in Prag vgl. DIE EINHEIT, Dok. 18.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

<sup>12</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 327.

Staaten in Mittel- und Osteuropa eine große Signalwirkung ausübe. Es gelte, im Bündnis politische Solidarität und Einigkeit zu wahren. Unsere Bevölkerung begrüße die Reformbewegungen in Mittel- und Osteuropa sowie die Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen. Sie stelle jedoch die Notwendigkeit eines starken und einigen Bündnisses nicht in Frage. Insbesondere gebe es keine Grundstimmung für einseitige Vorleistungen des Westens.

AM Dumas: Er stimme damit überein, daß die Entwicklung in jedem Lande in Mittel- und Osteuropa unterschiedlich sei. Dies gelte auch für die ČSSR. Festzuhalten sei, daß in keinem Land die Reformbewegung abgeschlossen sei; sie werde voranschreiten. Er teilte die Ansicht BM Genschers: Wir stünden erst am Anfang. Nur die DDR trete als potentielles Reformland auf der Stelle.

Die USAP in Ungarn spüre die Gewalt aus ihren Händen gleiten und versuche, dies aufzuhalten. In Ungarn sei die Reformbewegung am weitesten fortgeschritten. Es entwölfe sich ein Mehrparteiensystem, neue Parteien seien entstanden. Dennoch sei festzuhalten, daß nur ca. 10 % der ehemaligen USAP-Mitglieder in die neugegründete „Ungarische Sozialistische Partei“ (USP)<sup>13</sup> übergetreten seien. Dies zeuge von einem großen Desinteresse der Bevölkerung, irgendeiner Ideologie zu folgen.

Die PVAP in Polen habe nahezu die Rolle einer parlamentarischen Opposition angenommen, die der Regierung vorwerfe, das Land nicht führen zu können.

Die neue Regierung in der DDR<sup>14</sup> lasse sich auf eine Art Dialog ein, schlage gewisse Reformmaßnahmen vor. Jeder stelle jedoch fest, es reiche nicht aus.

Für die nächste Zeit sei zu erwarten, daß die Reformbewegungen in Mittel- und Osteuropa Konsequenzen sowohl für den Warschauer Pakt als auch für das Atlantische Bündnis hervorrufen würden. AM Schewardnadse habe auf der Tagung der Außenminister der WP-Staaten am 26./27.10.1989 in Warschau<sup>15</sup> vor allem zwei wichtige Schwerpunkte gesetzt. Zum einen habe er angekündigt, die SU werde das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung und auf freie Wahl seines gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Entwicklungsganges ohne Einmischung von außen wahren. Dies stehe im Gegensatz zur Breschnew-Doktrin<sup>16</sup>. Zum andern habe er die vorbehaltlose Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und der territorialen Integrität als Leitprinzip unterstrichen. Dagegen habe er die Solidarität der WP-Staaten eher beiläufig erwähnt, obwohl in einigen Ländern Überlegungen zum langfristigen Austritt aus dem WP nicht mehr tabu seien. Weiter habe er angekündigt, es komme der Tag, an dem die SU ihre außerhalb des sowjetischen Territoriums stationierten Truppen in Europa zurückziehen würde. Die Außenminister der WP-Staaten hatten sich in dem Kommuniqué zu der seit den 50er Jahren bekannten Vision eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit bekannt und längerfristig für die gleichzeitige Auflösung der NATO und des WP plädiert. Er sei daher nicht ausgeschlossen, daß die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa langfristig

<sup>13</sup> Zur Gründung der USP vgl. Dok. 331.

<sup>14</sup> Zum Wechsel an der Spalte der SED vgl. Dok. 326.

<sup>15</sup> Zur Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic5ae.html>.

Für das Schlußkommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 67–71.

<sup>16</sup> Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

auch zu einer Erosion des westlichen Bündnisses führen könnten. Es gelte, sie genau zu beobachten. Wir sollten uns daher im Rahmen der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit überlegen, wie sich die Reformbewegungen in Mittel- und Osteuropa auf die Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen in Europa auswirken könnten. Gorbatschow werde weiterhin für Überraschungen gut sein.

Auch Präsident Bush ergreife nunmehr nach einer abwartenden Haltung zusehends die Initiative zur Gestaltung der West-Ost-Beziehungen. Sein Vorschlag zu US/SU-Truppenreduzierungen anlässlich des NATO-Gipfels im Mai<sup>17</sup> belege dies. Nunmehr überrasche er mit einem von ihm initiierten informellen Gipfeltreffen mit Gorbatschow am 2./3.12.1989 im Mittelmeer.<sup>18</sup>

BM Genscher: Zu den letzten Gedanken von AM Dumas zwei Anmerkungen: Was immer im WP geschehe, stets müßten wir uns vergegenwärtigen: Die Großmacht SU ist in Europa. Dies bedeute: Wir müßten im klaren darüber sein, daß – wie immer die Sicherheitsstrukturen in Europa aussähen – die USA nicht entbehrlich seien.

AM Dumas: Gerade damit habe F Schwierigkeiten, insbesondere mit einem US-Führungsanspruch.

BM Genscher: Der letzte Punkt seiner (Genschers) Ausführungen sei aber wichtig für uns. Er frage sich allerdings, ob es optisch sinnvoll sei, das informelle Gipfeltreffen des US-Präsidenten und des SU-Generalsekretärs im Mittelmeer auf zwei Kreuzern beider Staaten zu veranstalten.

AM Dumas: Dieser Bewertung sei uneingeschränkt zuzustimmen.

## 2) Rüstungskooperation

VM Chevènement: Untersuchungen des Sekretariats dürften nicht nur konzeptionelle, in die Zukunft gerichtete Themen betreffen, sondern müßten auch den aktuellen Stand der D/F-Zusammenarbeit z. B. auf dem Gebiet der Rüstungskooperation darstellen.

Hinsichtlich der Feststellung BM Stoltenbergs, dies sei Auftrag der sich in Kürze konstituierenden „Gruppe der Weisen“, sei zu bemerken, daß es nicht ausreiche, die militärischen und ausbildungsmäßigen Voraussetzungen bzw. Implikationen der Rüstungskooperation zu untersuchen.

Vielmehr komme es darauf an, mit Blick auf die Herausbildung einer europäischen (Sicherheits-)Identität auch die mit der Rüstungskooperation verbundenen industriepolitischen Fragen zu untersuchen. Hierzu fehle der „Gruppe der Weisen“ jedoch möglicherweise der Sachverstand.

BM Genscher schlug hierzu vor, den Zwischenbericht der „Gruppe der Weisen“ anlässlich der dritten Sitzung des Rats<sup>19</sup> abzuwarten und dann das weitere Vorgehen zu entscheiden.

<sup>17</sup> Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>18</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

<sup>19</sup> Zur Sitzung des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit am 26. April 1990 in Paris vgl. AAPD 1990.

VM Chevènement/AM Dumas: „Gruppe der Weisen“ solle sich mit dem aktuellen Stand der Rüstungskooperation befassen. Das Sekretariat sei hingegen am ehesten für die Untersuchungen der langfristigen Perspektiven auf diesem Gebiet geeignet.

Bei diesen Untersuchungen müsse vor allem berücksichtigt werden, daß die D/F-Zusammenarbeit ein Ganzes sei und ausgewogen bleiben müsse. Dies gelte auch für die Rüstungskooperation.

Auf diesem Gebiet habe es unerfreuliche Rückschläge gegeben. Ein gemeinsames Panzerprojekt<sup>20</sup> sei ebenso gescheitert wie die gemeinsame Entwicklung des Jägers 90<sup>21</sup>, ferner habe sich die Bundesregierung aus dem Seeaufklärerprojekt Atlantic 2<sup>22</sup> zurückgezogen. Es blieben damit zwei Großprojekte: der Panzerabwehrhubschrauber PAH 2<sup>23</sup> unter „Federführung“ von MBB als Generalunternehmen sowie der NATO-Transporthubschrauber NH 90 unter „Federführung“ von Aérospatiale, über dessen Entwicklungsbeteiligung die Bundesregierung noch nicht endgültig entschieden habe. Für F stellten beide Projekte ein Gesamtpaket dar. F habe die Verwirklichung des NH 90 zur Geschäftsgrundlage für seinen Entwicklungbeitrag zum PAH 2 gemacht. Die gemeinsame Entwicklung des NH 90 sei nunmehr das wichtigste Projekt der gemeinsamen Rüstungskooperation. Es könne nicht sein, daß D in den für D interessanten Programmen verbleibe und die für F interessanten Projekte verlasse.

BM Stoltenberg: Der Stand der gemeinsamen Rüstungskooperation sei wesentlich positiver als von F dargestellt. Bedauerlich sei zwar die Entscheidung der französischen Vorgängerregierung, sich nicht an dem Projekt Jäger 90 zu beteiligen. Der Panzerabwehrhubschrauber PAH 2 werde jedoch gemeinsam durchgeführt. Daneben gebe es 75 gesicherte und sinnvolle Gemeinschaftsprojekte.

Es sei klarzustellen, daß die Bundesregierung keinerlei Verpflichtung für die Entwicklung des NH 90 eingegangen sei. Sie habe die für eine Realisierung dieses Projekts erforderliche Parlamentsentscheidung bisher nicht beantragt. Es sei nicht ungewöhnlich, daß eine Regierung vor der Realisierung eines gemeinsam geplanten Projekts aussteigen müsse; der Rückzug F aus der Entwicklung der NATO-Fregatte veranschauliche dies beispielhaft. Im übrigen habe D nie eine Zusage zum Atlantic-2-Programm gegeben.

<sup>20</sup> Die Bundesrepublik und Frankreich erörterten seit 1979 die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfpanzers. Eine Vereinbarung darüber wurde am 5. Februar 1980 in Paris unterzeichnet. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 72, AAPD 1979, II, Dok. 311 und Dok. 364, sowie AAPD 1980, I, Dok. 43.

Wegen einer veränderten Bundeswehrplanung sowie aus wirtschaftlichen Gründen kam es jedoch zu Einwänden im Verteidigungsausschuß des Bundestags. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 64.

Im Gespräch mit Bundesminister Genscher, dem französischen Außenminister Cheysson undVerteidigungsminister Hernu am 21. Oktober 1982 teilte Bundesminister Wörner mit, daß sich für das Projekt keine parlamentarische Mehrheit in der Bundesrepublik finden lasse. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 284.

<sup>21</sup> Zum französischen Ausscheiden aus dem Projekt des Jagdflugzeugs „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. AAPD 1985, II, Dok. 198 und Dok. 224.

<sup>22</sup> In der Presse wurde berichtet, die Bundesmarine werde als Flugzeug zur Seeaufklärung und U-Boot-Bekämpfung nicht die französische Atlantic 2, sondern die amerikanische P-3C Orion beschaffen. Vgl. dazu den Artikel „Marine erhält US-Flugzeug statt ‚Atlantic‘“, DIE WELT vom 14. November 1988, S. 5.

<sup>23</sup> Die Bundesrepublik und Frankreich unterzeichneten am 13. November 1987 eine Regierungsvereinbarung über die Entwicklung eines gemeinsamen Panzerabwehrhubschraubers (PAH 2). Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1987, S. 1071.

Angesichts der nicht hinnehmbaren Tatsache, daß die Industrie uns immer wieder mit zum Teil erheblichen Kostensteigerungen konfrontiere, werde er keine Verpflichtungen eingehen, bevor nicht entsprechende Voraussetzungen seitens der Hersteller gegeben und die erforderlichen finanziellen Entscheidungen durch die Bundesregierung und das Parlament sichergestellt seien.

Auf Anregung von AM Genscher/BM Stoltenberg wurde Einvernehmen hergestellt, daß beide Verteidigungsminister vor der nächsten Sitzung des Ratskomitees<sup>24</sup> bilateral diese Probleme erörtern und das Thema Rüstungskooperation auf der Grundlage des Berichts der „Gruppe der Weisen“ sowie der bilateralen Gespräche beider Verteidigungsminister als TO-Punkt für die nächste Sitzung des Ratskomitees vorgemerkt wird.

### 3) Geschäftsordnung/Fragenkatalog des Sekretariats

Das Ratskomitee nahm die Geschäftsordnung und den Fragenkatalog des Sekretariats<sup>25</sup> entsprechend der Ausschußempfehlung billigend zur Kenntnis und beschloß, beide dem Rat zur Billigung vorzulegen.

### 4) Arbeitsmandat für die zuständigen Gremien der D/F-Zusammenarbeit

Das Ratskomitee billigte das Arbeitsmandat des Ausschusses<sup>26</sup> für die zuständigen Gremien der deutsch-französischen Zusammenarbeit, insbesondere für das Sekretariat, und beschloß, dem Rat zu empfehlen, den Arbeitsauftrag wie vom Ausschuß vorgeschlagen zu erteilen.

Danach sollen die zuständigen Gremien der deutsch-französischen Zusammenarbeit, insbesondere das Sekretariat, sich vorrangig mit zwei Themen beschäftigen, die gegenwärtig im Zentrum des politischen Interesses stehen. Es sind dies:

- die Bewertung der möglichen Auswirkungen einer Vereinbarung über konventionelle Abrüstung auf die Sicherheitspolitik der beiden Länder,
- die Rolle der bilateralen Zusammenarbeit bei der Herausbildung einer europäischen Identität im Bereich der Sicherheit im Einklang mit den Verpflichtungen, die beide Länder im Rahmen der WEU und des Atlantischen Bündnisses eingegangen sind.

Dreher

**Referat 201, Bd. 151184**

<sup>24</sup> Die Sitzung des Ratskomitees des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit fand am 26. April 1990 in Paris statt.

<sup>25</sup> Für die Geschäftsordnung und den Fragenkatalog des Sekretariats des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit vgl. VS-Bd. 12183 (201).

<sup>26</sup> Zum vom Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit am 3. November 1989 dem Ratskomitee vorgeschlagenen Arbeitsmandat für die Institutionen der deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitskooperation vgl. VS-Bd. 12183 (201).

## 352

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke**

204-321.15-388/89 geheim

8. November 1989<sup>1</sup>

Betr.: Konsultationen der Politischen Direktoren im kleinen Kreis am 7.11. in Bonn

Das Treffen der Politischen Direktoren (D2<sup>2</sup>, Seitz, Fretwell, Dufourcq) am 7.11. in Bonn war in erster Linie den West-Ost-Beziehungen und den Entwicklungen in der DDR und in einzelnen osteuropäischen Staaten gewidmet. Rüstungskontrollfragen (VKSE, CW, START, Open skies) und Regionalthemen (Naher Osten, Südafrika) wurden kurz erörtert.

**1) West-Ost-Beziehungen**

Über die historische Dimension der im westlichen Interesse liegenden Entwicklung in der SU und einzelnen WP-Staaten und die Notwendigkeit der Unterstützung der Reformprozesse mit dem Ziel, sie unumkehrbar zu machen, bestand ebenso Einigkeit wie hinsichtlich enger Abstimmung und gemeinsamen Vorgehens.

D2 sprach sich (unter Hinweis auf BM-Interview im Figaro<sup>3</sup>) gegen Ausarbeitung festen Konzepts („blueprint“) aus, weil die Entwicklung dies nicht zulasse, sondern Flexibilität erfordere. USA und GB ließen erkennen, daß sie (zumindest hinsichtlich DDR) Aufstellungen über mögliche Maßnahmen oder Optionen (ohne Prioritätenbestimmung) ausgearbeitet haben, in denen der Lage von Berlin besonders Rechnung getragen wird. Sie stimmten zu, daß angesichts der schnellen Entwicklung konkrete Aktionspläne nicht möglich sind, und betonten deshalb Notwendigkeit engen Gedankenaustausches unter den Vier. BM-Anregung, am Vorabend der NATO-Herbsttagung<sup>4</sup> ausreichend Zeit für vertieften Gedankenaustausch der Minister vorzusehen, wurde allseits unterstützt. F wird (als Gastgeber) Frage eines Abendessens am 13.12. prüfen und demnächst Vorschläge unterbreiten<sup>5</sup> (ggf. Zeitproblem durch Ministertreffen der 24<sup>6</sup> und Konsultationen USA-EG am 13.12.<sup>7</sup>).

<sup>1</sup> Ablichtung.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke vermerkte: „Vermerk konnte D2 vor Abreise nach Warschau nicht mehr vorgelegt werden. Billigung wird nach Rückkehr nachgeholt.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 11. November 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister“.

Hat Bundesminister Genscher am 22. November 1989 vorgelegen.

Hat Mützelburg am 27. November 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 204 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 5. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Dieter Kastrup.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Interviews vgl. den Artikel „On pose la question de la liberté partout en Europe de L'Est“; LE FIGARO vom 2. November 1989, S. 4.

<sup>4</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 411.

<sup>5</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Hurd (Großbritannien) am 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 408.

<sup>6</sup> Am 13. Dezember 1989 fand in Brüssel eine Tagung der Außenminister der G 24 statt. Vgl. dazu vgl. Dok. 416.

<sup>7</sup> Die Konsultationen zwischen der EG-Kommission und den USA fanden am 15. Dezember 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1989, S. 87.

D2 unterstrich die Notwendigkeit, Hilfe und Unterstützung nicht auf den wirtschaftlichen Bereich zu beschränken, sondern auf das kulturelle und humanitäre Feld auszudehnen, und hob die zentrale Rolle der Menschenrechte hervor.

Die Sorge vor politischer Instabilität in den Ländern Mittel- und Osteuropas war bei den Partnern deutlich spürbar. F und GB stellten den Gesichtspunkt der Wahrung von Stabilität bei aller Hilfe und Stimulierung und dabei das richtige Gespür für die Grenze westlichen Vorgehens heraus. USA warf die Frage nach den Grenzen der Toleranz der SU hinsichtlich der (von ihr mitverursachten) Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa auf. SU wolle zwar neue Ordnung, sei aber nicht in der Lage, die Entwicklung zu steuern oder zu kontrollieren. Kern der Baker-Rede vom 16.10.<sup>8</sup> sei deshalb gewesen: Weil wir nicht wissen, wohin die Entwicklung geht, heute sichern, was im Interesse des Westens liegt. Wichtiges Anliegen des Gipfeltreffens<sup>9</sup> sei, Unsicherheiten, Mißverständnisse oder Fehler in der gegenseitigen Einschätzung zu vermeiden.

D2 riet zu Vorsicht bei der Definition des Begriffes „Instabilität“. Er wies darauf hin, daß viele der jetzt zu beobachtenden Vorgänge (Demonstrationen für demokratische Reform, Ausrufung der Republik in Ungarn, Bankrotterklärung der polnischen kommunistischen Partei) in KSZE-Dokumenten niedergelegten Prinzipien entsprechen. Er unterstrich die fortbestehende Rolle der USA und Kanadas in Europa als ein für die Stabilität wichtiges Gegengewicht zur SU und die Anerkennung dessen durch die SU in der deutsch-sowjetischen Erklärung<sup>10</sup>.

Die Bedeutung des KSZE-Prozesses für die Zukunft wurde allseits hervorgehoben. F forderte eine vollständige Ausschöpfung des durch die drei Körbe<sup>11</sup> gesetzten Rahmens. USA sah im KSZE-Konzept ein geeignetes Rahmenwerk für eine europäische Ordnung, das noch kreativer genutzt werden sollte (die wichtigsten Akteure sind Mitglieder, westliche Interessen und Werte die Grundlage). Außerdem verfüge es über einen Kalender. Unter Bezugnahme auf US-Haltung bei KSZE-Umweltkonferenz in Sofia<sup>12</sup> (die D2 und F insgesamt positiv bewerteten) sprach D2 die bisher häufig einseitige US-Betrachtung (Menschenrechtsfragen) des KSZE-Prozesses an und wies auf die in der Schlußakte angelegte breite Agenda hin, die es gerade jetzt zur Förderung der Reformen weit zu nutzen gilt, wie z. B. in der KWZE<sup>13</sup>. Die Konferenz könnte dem Westen wichtigen Einfluß auf die wirtschaftlichen Reformen in Polen und Ungarn (z. B. Management, Wirtschaftspolitik) geben. USA sollten sich zu positiver Haltung zur Konferenz durchringen. Die US-Administration solle insgesamt erkennen, daß die KSZE das Instrument für die europäische Zusammenarbeit darstellt.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Baker vom 16. Oktober 1989 vor der Foreign Policy Association in New York vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2153, S. 10–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST vom 18. Oktober 1989, Dokumentation, S. 1–11.

<sup>9</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>12</sup> Zum KSZE-Umweltschutztreffen vom 16. Oktober bis 3. November 1989 vgl. Dok. 343.

<sup>13</sup> Die Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 in Bonn statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

Zu der bei kürzlichen Troika-Konsultationen in Washington<sup>14</sup> aufgeworfenen Frage der künftigen Rolle der Allianz wies D2 auf das bewährte, gerade neu bestätigte Harmel-Konzept<sup>15</sup> und die bei NATO-Gipfel verabschiedete „Joint Agenda for the Future“<sup>16</sup> hin. Der WP suche seinerseits neue Strukturen, weg vom rein militärischen Bündnis zu einer mehr politischen Organisation. Erstmals gehe ein WP-Kommuniqué auch auf die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen ein<sup>17</sup>; alles Entwicklungen in unserem Sinn. USA betonte, daß Allianz über all diesen Entwicklungen nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfe und daß mehr denn je Zusammenhalt und beharrliche Verfolgung der gemeinsamen Ziele wichtig sei. In Washington sei man besorgt, die Entwicklung im Gleichgewicht zu halten. Niemand verfüge jedoch über strategisches Konzept zu Entwicklungen, die sich z.B. aus der Verwirklichung der Selbstbestimmung, Ungarns Interesse am EG-Beitritt, möglicher Forderungen nach Gleichstellung von WP und NATO, Entwicklungen in den baltischen Staaten, deutscher Wiedervereinigung ergeben. Alle diese Entwicklungen beinhalteten Element der Instabilität. Guten Beziehungen und gegenseitigem Verstehen zwischen USA und SU komme deshalb große Bedeutung zu, was Präsident Bush bei Entscheidung für informelles Treffen mit Gorbatschow bestärkt habe.

## 2) DDR

D2 gab Bewertung der Lage (historische Ereignisse, eindrucksvolle, friedliche Demonstrationen, Revolutionen von unten („Wir sind das Volk“), Verlust allen Vertrauens seitens der Regierung<sup>18</sup>, unbefriedigendes Reisegesetz, offene Grenze über ČSSR<sup>19</sup>, Führung ohne Kontrolle, einziger Weg zum Stopp des Exodus durch mehr demokratische Strukturen und freie Wahlen). Er wies auf Übereinstimmung unter Parteien des Bundestages und die besonnene, verantwortungsvolle Reaktion bei uns hin. Vorgänge in der DDR entsprachen dem, was wir immer gefordert hätten. Wiedervereinigung stehe bei uns gegenwärtig nicht auf der Agenda; auch bei Demonstrationen in der DDR gegenwärtig nicht. GB meinte (unter Zustimmung von D2), daß Selbstbestimmung im Vordergrund stehen müsse und keine Bevormundung der DDR-Bevölkerung in ihrer Wahl erfolgen dürfe. Auf US-Frage erläuterte D2 die durch Exodus für DDR, aber auch für uns entstandenen Probleme.

<sup>14</sup> Die Konsultationen zwischen der EG-Troika und den USA fanden am 25./26. Oktober 1989 in Washington statt.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beifügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

<sup>16</sup> Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 24./25. Oktober 1989 in Almansi bekräftigte den Harmel-Bericht als Grundlage für die Weiterentwicklung der Allianz. Vgl. dazu Ziffer 2 des Kommuniqués; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 115f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 143.

<sup>17</sup> Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344. Zur Konferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>18</sup> Zur Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 26./27. Oktober 1989 in Warschau vgl. <http://www.php.ism.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic5ae.html>.

Für das Schlußkommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 67–71.

<sup>19</sup> So in der Vorlage.

<sup>19</sup> Die ČSSR öffnete am 3. November 1989 die Grenze zur Bundesrepublik. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 18.

Beide BM-Anregungen wurden positiv aufgenommen:

- Ausarbeitung einer gemeinsamen Bewertung in Bonner Vierergruppe als Diskussionsgrundlage für Ministertreffen am Vorabend der NATO-Herbsttagung;
- Ausarbeitung eines länger als üblichen Abschnitts für NATO-Kommuniqué durch Bonner Vierergruppe, der den Vorgängen in der DDR gerecht wird.

Seitz gab zu erkennen, daß Washington besorgt, Vorgänge in der DDR könnten außer Kontrolle geraten. Er betonte Interesse an engem Kontakt zur Bundesregierung zur rechtzeitigen Abstimmung angemessener Reaktion. USA verfügen über keinen Plan, haben aber Auflistung möglicher Maßnahmen und Optionen (ohne Prioritäten) vorgenommen. Auch GB verfügt über entsprechende Auflistung und hält im Falle krisenhafter Entwicklung Treffen der vier Außenminister für angezeigt.

Auf Frage von F wies D2 darauf hin, daß es aus Moskau zu den Vorgängen in der DDR bezeichnenderweise keine öffentliche oder vertrauliche Stellungnahme gibt. Gorbatschow habe nach unserer Einschätzung beim Krenz-Besuch in Moskau Distanz bewahrt. Krenz habe bei PK den Fehler begangen, alte Politik lächelnd neu verkaufen zu wollen.<sup>20</sup> D2 hielt militärisches sowjetisches Eingreifen für unwahrscheinlich; USA und GB wiesen auf die entgegenstehende sowjetische Interessenlage hin.

### 3) Treffen Bush – Gorbatschow im Mittelmeer

USA berichtete zu Treffen:

Ort: noch nicht fest bestimmt, voraussichtlich Hafen von Malta.

Charakter:

- kein Gipfeltreffen, nur informelle Begegnung,
- keine abgestimmte Tagesordnung, nur Abstimmung über Ablauf der Gespräche,
- keine Verhandlungen, keine Vereinbarungen (Bush hierzu fest entschlossen, deutliche Abkehr von Reykjavik<sup>21</sup>),
- eventuelle Aufstellung eines Arbeitsprogramms für die Zeit bis zum Gipfeltreffen Mitte 1990<sup>22</sup>.

Vorbereitung: Gespräche Bushs mit amerikanischen SU-Experten über Lage in SU und Themenwahl sowie vermutliche Themen Gorbatschows.

Hauptinteressen Bushs:

- (1) Entwicklung der SU und von Gorbatschow erwartete westliche Reaktion,
- (2) Widerspruch in sowjetischer Haltung zu Regionalkonflikten (Afghanistan, Zentralamerika) aufklären,
- (3) Wirtschaftsthemen (außer Perestroika), auch US-SU Wirtschaftsbeziehungen,

<sup>20</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Krenz, vom 31. Oktober bis 1. November 1989 in der UdSSR vgl. Dok. 351, Anm. 9.

<sup>21</sup> Zum Treffen des amerikanischen Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>22</sup> Der sowjetische Präsident Gorbatschow besuchte die USA vom 31. Mai bis 4. Juni 1990. Vgl. dazu LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 98–102, sowie GORBATSCHEW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 96. Vgl. dazu auch <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu ferner AAPD 1990.

(4) Entwicklung in Osteuropa (Darlegung amerikanischer Ziele; Versicherung keiner Beeinträchtigung sowjetischer Sicherheit, sofern SU sich verantwortlich verhält; Vermeidung von Fehleinschätzung und Mißverständnissen; Gorbatschow beim Wort nehmen, daß Völker frei ihr System bestimmen können; Entwicklung in baltischen Staaten).

Unterrichtung der Allianz: Baker hat über persönliche Unterrichtung des NATO-Rates nach Malta noch nicht entschieden (in Anbetracht geringer AM-Beteiligung bei Unterrichtung nach Moskau-Reise im Mai<sup>23</sup> und in Anbetracht der bald folgenden Herbsttagung am 14.12.).

D2 erklärte, daß BM bereit, an NATO-Unterrichtung durch Baker teilzunehmen, jedoch am 4.12. nachmittags zu Besuch nach Moskau<sup>24</sup> abreisen müsse.

#### 4) Baltische Staaten

F unterrichtete USA über Ergebnis der EPZ-Expertengruppe zur Haltung der Zwölf (Anerkennung von Pässen, Arbeitskontakte der Botschaften in Moskau (unter Ebene Botschafter), Ermutigung zu Städtepartnerschaften und anderen Kontakten nicht offiziellen, politischen Charakters). D2 erläuterte Ansatz: Unterstützung und Zusammenarbeit bei Vermeidung einer Anerkennung. USA werden diesen Ansatz bei sich bietender Gelegenheit ebenfalls wählen.

USA befürchten infolge Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen in absehbarer Zeit Zuspitzung der Lage. Bush wird deshalb bei Mittelmeer-Treffen unter der Berücksichtigung der Komplexität für Moskau Frage der Selbstbestimmung der baltischen Staaten ansprechen und Entgegenkommen Gorbatschows zu erwirken versuchen unter Hinweis auf Sonderfall, der die Entwicklungen in anderen Teilen der SU nicht berührt. USA wollen Gorbatschow versichern, daß sie kein Interesse an destabilisierenden Entwicklungen haben und keine Gefährdung für Gorbatschows Politik heraufbeschwören wollen.

#### 5) Polen

D2 unterrichtete über bevorstehenden BK-Besuch<sup>25</sup> und wies hinsichtlich wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Hilfe auf BK-Brief an die Regierungschefs<sup>26</sup> hin. Gemeinsamer deutsch-polnischer Ausschuß wird Projekte, die durch Hermes-Exportversicherung abgesichert werden sollen, auswählen. GB bemängelte Koordinierung innerhalb der polnischen Regierung bei Entwicklung wirtschaftlichen Konzepts. USA wies auf beachtliche westliche Hilfe hin, die Polen insgesamt fast 4 Milliarden Dollar (mit erster IMF-Tranche und Weltbankkredit rund 5 Milliarden Dollar) zur Verfügung stellt. Von US-Seite wird demnächst mit Zusagen in

<sup>23</sup> Der amerikanische Außenminister Baker unterrichtete den Ständigen NATO-Rat in Brüssel am 12. Mai 1989 über seinen Besuch in der UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

<sup>24</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHEW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

<sup>25</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

<sup>26</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Bächmann übermittelte den Botschaften in London, Ottawa, Paris, Rom, Tokio und Washington sowie der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel am 7. November 1989 Schreiben des Bundeskanzlers an die jeweiligen Staats- bzw. Regierungschefs und EG-Kommissionspräsident Delors vom Vortag über die Beschlüsse der Bundesregierung zur Unterstützung Polens und Ungarns. Vgl. dazu Referat 222 (205), Bd. 178051.

Höhe von 500 bis 550 Mio. US-\$ (ohne Stabilisierungsfonds<sup>27</sup>) gerechnet. Der bevorstehende Besuch von Wałęsa<sup>28</sup> wird die Verabschiedung dieser Programme im Kongreß beschleunigen. Hinsichtlich des Stabilisierungsfonds äußerte USA Zweifel, ob EG und 24er-Gremium<sup>29</sup> der geeignete Koordinierungsort oder ob nicht, vor allem mit Rücksicht auf Japan und IMF/WB, der Kreis der Sieben geeigneter wäre.

#### 6) ČSSR

Einigkeit bestand, daß bei interner Entwicklung kein Fortschritt zu verzeichnen und Menschenrechtslage weiterhin schlecht ist. USA haben mehrmalige tschechoslowakische Initiative zur Verbesserung der Beziehungen mit Hinweis auf Menschenrechtslage beantwortet. F wies auf unterschiedliche Bewertung des Prager Frühlings durch Adamec und Jakeš hin. D2 stellte Apathie der Bevölkerung, das Fehlen einer kohärenten Opposition und damit einer sichtbaren Alternative fest. GB meinte, daß auch ČSSR-Führung sich bald werde Reformen beugen müssen.

#### 7) Abrüstung und Rüstungskontrolle

##### a) VKSE

D2 appellierte, alle Anstrengungen zur Überwindung allianzinterner Meinungsverschiedenheiten zu machen, um Initiative zu behalten und Abkommen 1990 zu erreichen. F, GB und USA widersprachen unserer Anregung und traten nachdrücklich dafür ein, Verhandlungsvorbereitung weiter in HLTF zu belassen und nicht Details Wiener Verhandlungsführern zu überlassen. Die Materie sei Neuland (USA), man brauche einen klaren, distanzierten Überblick (F) und die Entscheidungen würden besser von Mitarbeitern aus den Hauptstädten getroffen (GB). HLTF habe sich sehr bewährt. USA wollte spätere Verlagerung nicht ganz ausschließen. GB wies auf die Notwendigkeit baldiger interner Klärung der Modalitäten für Truppenreduzierungen hin; GB sei nicht bereit, seine Stationierungstruppen einzubeziehen. F machte auf Problem des Gleichgewichts zwischen nationalen und gemeinsamen Truppenplafonds aufmerksam und regte baldige Behandlung dieser Fragen in HLTF an. USA machte deutlich, daß US-Seite keinen Vorschlag verfolgen werde, der nicht europäischen Interessen entspricht. Zur Verifikation werde deshalb neuer Ansatz gesucht, der von der militärischen Bedeutung einer Verletzung und nicht von numerischer Be trachtung ausgeht. D 2 wies auf in Bonner Vierergruppe behandelte Frage der Einbeziehung Berlins hin, die vor Vorlage eines Abkommensentwurfs intern gelöst sein sollte.

Zur Frage eines Außenministertreffens in Wien äußerte sich nur GB ablehnend (no point in having and deciding so early). F empfahl abzuwarten, bis der Fortschritt der Verhandlungen zufriedenstellend, damit nicht zu viele Fragen für Ministertreffen offen bleiben. USA gab sich offen.

<sup>27</sup> Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

<sup>28</sup> Der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, hielt sich vom 13. bis 19. November 1989 in den USA auf. Am 13. November 1989 führte er in Washington ein Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush und hielt am 15. November eine Rede vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses.

<sup>29</sup> Zur Hilfe der „Gruppe der 24“ für Polen und Ungarn vgl. Dok. 307.

Bei Seminar über Militärdoktrin<sup>30</sup> werden USA voraussichtlich durch Stellv. Chief of Staff<sup>31</sup> vertreten; Diskussion aber noch nicht abgeschlossen, ob hoher Militär teilnehmen soll. GB und F verfügten hierzu über keine Information. USA regte Ausarbeitung eines gemeinsamen Ansatzes für Seminar an.

b) CW

USA berichtete, daß Expertentreffen mit SU letzte Woche in New York über praktische Tragweite des MOU von Wyoming<sup>32</sup> keine wesentlichen Erkenntnisse erbracht hat.<sup>33</sup> SU kündigte Gorbatschow-Brief zur Frage der 80-prozentigen Reduzierung<sup>34</sup> an. F forderte USA auf, sicherzustellen, daß bilateral vereinbarte Maßnahmen in das internationale Abkommen eingehen. D2 wies auf Problem geplanter US-CW-Produktion über Abkommensabschluß hinaus hin.

c) START

USA berichtete, daß Bush anstrebt, überwiegenden Teil eines Abkommens bis zum Gipfeltreffen 1990 auszuhandeln. Seitz betrachtet Abkommensunterzeichnung beim Gipfel als unwahrscheinlich (nur Rahmenabkommen), dagegen aber Unterzeichnung eines Testabkommens. SU hat in Genf Bereitschaft bestätigt, über SLCM außerhalb von START zu verhandeln. Unklar aber noch Bedingung für Verhältnis zu START.

d) Open skies

F und GB sahen Nutzen in Verbindung von VKSE und Open-skies-Regime<sup>35</sup> bei der Verifikation durch Flugzeuge. Verbindung darf aber nicht zu Reduzierung von Open skies auf VKSE-Gebiet (bis Ural) führen. GB und D2 drängten auf Verkürzung der US-Wartefrist; Seitz regte Ausarbeitung gemeinsamer Position bis zur NATO-Herbsttagung an.

8) Regionalthemen

a) Naher Osten

USA hatte keine Detailinformationen über jüngsten Baker-Vorschlag<sup>36</sup> (durch Baker telefonisch von Australien<sup>37</sup> aus verhandelt), hielt aber eine Lösung, die die PLO ganz auszuschließen trachtet, für undenkbar.

<sup>30</sup> Das Seminar über Militärdoktrinen und Sicherheitskonzepte in Europa fand vom 16. Januar bis 5. Februar 1990 in Wien statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hennig vom 23. Februar 1990; AAPD 1990.

<sup>31</sup> Stellvertretender Vorsitzender der amerikanischen Joint Chiefs of Staff war Robert T. Herres.

<sup>32</sup> Zu dem amerikanisch-sowjetischen Memorandum of Understanding vgl. Dok. 289, Anm. 7.

<sup>33</sup> Brigadegeneral von Uslar-Gleichen, Washington, teilte am 14. November 1989 mit, nach Angaben aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium seien die bilateralen Gespräche mit der UdSSR vom 30. Oktober bis 10. November 1989 vor allem mit Fragen des Datenaustauschs über chemische Waffen befaßt gewesen: „Dabei sei erneut, wie schon so oft, deutlich geworden, daß man sich mit den Sowjets auf etwas einige, um sich dann später intern wie bilateral zu fragen, was man ‚eigentlich gemeint‘ habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4635; Referat 242 (222), Bd. 162078.

<sup>34</sup> Vgl. dazu die Vorschläge des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. September 1989 für ein weltweites Verbot chemischer Waffen; Dok. 289.

<sup>35</sup> Zum „Open skies“-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Bush vom 12. Mai 1989 vgl. Dok. 312.

<sup>36</sup> Für den Fünf-Punkte-Plan des amerikanischen Außenministers Baker vom 1. November 1989 vgl. <https://mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/MFADocuments/Yearbook8/Pages/107%20Five-Point%20Election%20Plan%20of%20Secretary%20of%20State.aspx>.

<sup>37</sup> Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich vom 1. bis 8. November 1989 in Australien auf.

b) Libanon

F wies auf neue institutionelle Legitimität, aber auf unklare Absichten missionarischen Aouns und Meinungsverschiedenheiten unter Christen hin. Syrien verhalte sich z. Zt. ruhig, fraglich aber, ob diese Haltung bei Verschlechterung der Lage fortbestehen werde.

c) Südafrika

D2 wies darauf hin, daß die Minister in New York<sup>38</sup> vereinbart haben, bei NATO-Herbsttagung den Gedankenaustausch fortzusetzen. GB und USA sahen positive, ermutigende Entwicklungen seit Wahl von de Klerk<sup>39</sup>: Zulassung von Demonstrationen, die ordentlich verliefen; Zurückhaltung der Regierung und Bereitschaft zu Dialog. GB trat dafür ein, de Klerk zu weiterem Dialog zu ermutigen. USA hob die Zurückhaltung auch der Schwarzen hervor und hielt es für angezeigt, ANC nicht als einzigen Verhandlungspartner zu betrachten und den schwarzen Führern zu verdeutlichen, daß Fortschritt nicht nur Konzession der Regierung, sondern Bereitschaft zu Dialog beider Seiten voraussetzt.

USA war zwar gegen Reaktivierung der Contact Group<sup>40</sup>, zeigte sich aber zu Konsultationen im westlichen Kreis bereit. F und GB ließen hierfür wenig Interesse erkennen.

[gez.] Moltke

**VS-Bd. 13036A (204)**

## 353

### **Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Skubiszewski in Warschau**

**214-321.00 POL**

**9. November 1989<sup>1</sup>**

Von BM noch nicht gebilligt

Gespräch BM – AM am 9.11.1989

AM begrüßt BM und würdigt den Besuch<sup>2</sup> als wichtig für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen.

<sup>38</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Major (Großbritannien) am 27. September 1989 in New York vgl. Dok. 284, Anm. 26.

<sup>39</sup> Zu den Parlamentswahlen am 6. September 1989 in Südafrika und der Wahl des Präsidenten de Klerk am 14. September 1989 vgl. Dok. 284, Anm. 23.

<sup>40</sup> 1977 bildeten die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA die Kontaktgruppe zur Lösung der Namibia-Frage. Vgl. dazu zuletzt AAPD 1983, II, Dok. 313.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix, z. Z. Warschau, am 10. November 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 13. November 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Bundesminister Genscher begleitete ihn am 9./10. November 1989. Vgl.

*BM* dankt für die Begrüßung. Der Besuch sei ein bedeutsames Ereignis, das die deutsch-polnischen Beziehungen weit voranbringen werde. Am Ende der Arbeitssitzung werde man ein Konsultationsprotokoll<sup>3</sup> unterzeichnen. Dies werde die Grundlage für intensivierte Konsultationen über alle Fragen in den verschiedenen Bereichen sein. Er, *BM*, hoffe, *AM* in Anwendung des Protokolls in der ersten Hälfte des Jahres 1990 in der Bundesrepublik begrüßen zu können.<sup>4</sup>

*AM* dankt. Er erinnert an die Ausführungen von *BM* zur polnischen Westgrenze vor den VN.<sup>5</sup> Mit Befriedigung habe man auch die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 8.11.1989<sup>6</sup> zur Kenntnis genommen. Die Äußerungen von *BM* hätten darin Eingang gefunden. Die Entschließung sei ein Schritt nach vorne. Dafür danke man *BM* und dem Deutschen Bundestag.

Die Beziehungen Polens zur deutschen Nation, zu den Deutschen und zur Bundesrepublik Deutschland seien ein bedeutendes Element der polnischen Außenpolitik. In der sowjetischen Presse habe es Artikel zur Haltung Polens gegenüber den Deutschen gegeben. Die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 8.11.1989 mache die Lage für Polen leichter.

Beide Regierungschefs würden die Gemeinsame Erklärung<sup>7</sup> unterzeichnen. Sache der *AM* sei es, dafür zu sorgen, daß die Erklärung in die Tat umgesetzt werde. Ein Kernelement polnischer Außenpolitik sei die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen auf der Grundlage des Warschauer Vertrages<sup>8</sup>. *AM* unterbreitet sodann eine Reihe von Vorschlägen zur Normalisierung der Beziehungen:

- Abschaffung der Sichtvermerkspflicht für die Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen oder bestimmte Personenkategorien, auf die man sich verständigen könne.
- Abschaffung des Devisennachweises für polnische Bewerber um Touristenvisa.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1505*

dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 76, Dok. 77, Dok. 89 und Dok. 92, DIE EINHEIT, Dok. 19 und Dok. 20, sowie POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 26–29. Vgl. dazu ferner Dok. 354 und Dok. 371.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des deutsch-polnischen Protokolls über Konsultationen vom 9. November 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1195.

<sup>4</sup> Zum Besuch des polnischen Außenministers Skubiszewski vom 6. bis 8. Februar 1990 in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1990.

<sup>5</sup> Zu den Äußerungen von Bundesminister Genscher vor der VN-Generalversammlung am 27. September 1989 in New York vgl. Dok. 299, Ann. 3.

<sup>6</sup> Der Bundestag bekräftigte am 8. November 1989 den Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen und erklärte: „Das polnische Volk ist vor fünfzig Jahren das erste Opfer des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Krieges geworden. Es soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.“ Für den Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/5589.

Die Entschließung wurde vom Bundestag in namentlicher Abstimmung mit 400 zu 4 Stimmen bei 33 Enthaltungen angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 173. Sitzung, S. 13061f.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vom 14. November 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1094–1098.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

- Einstellung von Kontrollpraktiken an den Grenzen der Bundesrepublik, die gezielt gegen polnische Staatsangehörige gerichtet seien zur Verhinderung des Handeltreibens.
- Erhöhung des Kontingents der Werkvertragsarbeitnehmer (derzeit 10500).
- Ausbau des Polnisch-Unterrichts in deutschen Schulen und Prüfung der Möglichkeit, in Gebieten mit starkem polnischem Bevölkerungsanteil polnischsprachige Schulen zu errichten.
- Verbesserung der Möglichkeiten zur Pflege polnischer Zivil- und Kriegsgräber in D.

*BM* kommt auf die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 8.11.1989 zur polnischen Westgrenze zurück. Sie sei mit sehr großer Mehrheit verabschiedet worden, und das sei zu einem guten Zeitpunkt geschehen, am Tag vor dem BK-Besuch.

Zu den Vorschlägen des AM aus dem RK-Bereich schlägt BM vor, daß die Leiter der Rechtsabteilungen beider Außenministerien<sup>9</sup> diese Fragen im Geiste der Gemeinsamen Erklärung im einzelnen besprechen.

*D6*<sup>10</sup> weist zum polnischen Sprachunterricht und Unterricht auf die bereits eingeleitete Befassung der KMK hin. Dies gelte auch für die Frage der Zahl der Lehrstühle für polnische Literatur. Er weist auf die Sitzung der Gemischten Kulturkommission Anfang 1990 hin.

*AM* stimmt zu. Er geht zu den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen über und bittet, den Herrhausen-Vorschlag zur Reduzierung polnischer Schulden<sup>11</sup> im Auge zu behalten. Im übrigen sei die polnische Seite für einen baldigen Zusammertritt der Gemischten Wirtschaftskommission. Er würdigt die deutsche Haltung zum Jumbo und in der Frage neuer Hermes-Bürgschaften.<sup>12</sup>

*BM* weist auf die Gelegenheit hin, mit Herrhausen über seinen Vorschlag und mit BM Haussmann über die nächste Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission zu sprechen.

*AM* spricht sich dafür aus, den in D lebenden Polen einen besseren Zugang zu den Medien einzuräumen, auch wenn sie keine sehr homogene Gruppe wie z.B. die türkischen Gastarbeiter seien.

*BM* fragt nach der geschätzten Zahl.

*AM* beziffert die aus Polen nach D eingewanderten Personen auf etwa 1 Mio. Viele hätten aber keine Bindungen zu Polen mehr.

*BM* fragt, was die polnische Seite konkret erwarte.

<sup>9</sup> Jürgen Oesterhelt und Janusz Mickiewicz.

<sup>10</sup> Barthold Witte.

<sup>11</sup> Legationsrat I. Klasse Gruber hielt am 2. Oktober 1989 fest, er habe sich am selben Tag bei dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank nach dessen „Vorschlag der Schaffung einer polnischen ‚KfW‘“ erkundigt. Herrhausen habe erklärt, „er habe mit seinem Vorschlag die politisch Verantwortlichen in den Geberländern problembewußt machen wollen. Er habe sich zwar zur konkreten Aufgabenstellung einer ‚polnischen KfW‘ noch keine Gedanken gemacht, könne sich aber Aktionsfelder im Bereich der Förderung des privaten Unternehmertums und der Übernahme von Exportgarantien und Investitionsbürgschaften vorstellen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139874.

<sup>12</sup> Zur finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 330.

*AM* weist auf türkische Zeitungen und ausländische Programme im deutschen TV hin.

*BM* erläutert, daß die TV-Programme für Gastarbeiter seien, die auf Zeit in D seien und dann zurückgingen. Diese Programme sollten diesem Personenkreis helfen, die Verbindungen zu ihrer Heimat zu behalten. Sendungen für Menschen, die auf Dauer bei uns blieben, gebe es nicht. Er bittet die polnische Seite, den Personenkreis der Interessenten, die sie im Auge habe, näher zu konkretisieren.

*AM* sagt dies zu. Zur Frankfurter Buchmesse 1991 schlägt er vor, den 200. Jahrestag der polnischen Verfassung vom Mai 1791 zu einem der Themen-Schwerpunkte zu machen.

*D6* regt an, dies zusammen mit der polnischen Botschaft gegenüber dem Börsenverein aufzunehmen.

*AM* plädiert sodann für eine Erhöhung der Stipendien-Kontingente für polnische Bewerber.

*D6* schlägt vor, diese Frage in der Gemischten Kulturkommission zu behandeln und das Ergebnis bei unseren Haushaltsberatungen einzubringen.

*AM* geht anschließend auf die Entschädigungsforderungen für ehemalige polnische Zwangsarbeiter ein. Rechtlich habe Polen 1953 auf alle Reparationen verzichtet.<sup>13</sup> Diese Frage sei aber nicht nur ein rechtliches Problem. Sie sei mit der Versöhnung verknüpft, auch wenn das Problem seinen Niederschlag in Geld finde. Was der BK in einem Interview am 8.11.1989<sup>14</sup> gesagt habe, sei ein Schritt vorwärts. Der Umstand, daß diese Frage in der Gemeinsamen Erklärung nicht behandelt werde, bedeute nicht, daß dieses Thema nicht existiere. Diese Frage habe in Polen große Dimensionen in der öffentlichen Diskussion angenommen. An die SU sei Polen nunmehr auch mit ähnlichen Forderungen herangetreten. In Polen habe dieses Problem eine große Bedeutung. Man müsse dafür eine Lösung finden.

*BM* erklärt, die deutsche Seite sei sich der Bedeutung der Frage bewußt. Er weist auf die bekannte Rechtsposition der Bundesregierung hin. BK habe in seinem Interview vom 8.11. zu diesem Thema erklärt, er glaube, daß über diese Frage in Warschau gesprochen werde.

*AM* erwähnt kurz die polnisch-schwedische Initiative zu einer Ostseereinhaltungskonferenz<sup>15</sup> und bittet *BM*, die deutsche Haltung dann in der Sitzung am 10.11.1989 darzulegen.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vom 23. August 1953 vgl. den Artikel „Erklärung der Regierung der Volksrepublik Polen zur deutschen Frage“; NEUES DEUTSCHLAND vom 25. August 1953, S. 1. Zur Reparationsfrage vgl. Dok. 248.

<sup>14</sup> Bundeskanzler Kohl gab am 6. November 1989 dem polnischen Fernsehen ein Interview, das zwei Tage später ausgestrahlt wurde. Für den Wortlaut vgl. den Artikel „Wywiad kanclerza RFN dla TVP“ („Interview des Kanzlers der BRD für TVP“); TRYBUNA LUDU vom 9. November 1989, S. 2 (Auszug).

<sup>15</sup> Ministerialdirektor Jelonek notierte am 3. November 1989 für Bundesminister Genscher, die Ressorts und das Bundeskanzleramt seien gegenüber der schwedisch-polnischen Idee einer Ostseeschutzkonferenz der Regierungschefs zurückhaltend: „Aus dieser Sicht besteht kein Bedarf, weil der Schutz der Ostsee in der Helsinki-Kommission behandelt wird. [...] Sie haben Ihrem schwedischen Kollegen am Rande der 44. UN-GV zugesagt, sich im Rahmen der Bundesregierung für das Vorhaben einzusetzen. [...] Wir sollten, unserer generellen politischen Linie folgend, bestehende Umweltschutzorganisationen...

*BM* spricht das Problem der Beschaffung von Personenstandsurkunden an (Ortsbezeichnungen, Personennamen, Echtheit). Auch diese Frage solle in einer baldigen neuen Runde der Leiter der Rechtsabteilungen beider Außenministerien aufgenommen werden.

Im Anschluß an die Sitzung unterzeichneten beide AM in Anwesenheit der Mitarbeiter

- das Protokoll über Konsultationen der Außenminister und -ministerien sowie
- das Protokoll über den Abschluß der Verhandlungen von GK in Krakau und Hamburg<sup>16</sup>.

**Referat 010, Bd. 178931**

**354**

**Bundeskanzler Kohl an den  
polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki**

**VS-NfD**

**9. November 1989<sup>1</sup>**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wie von unseren Persönlichen Beauftragten<sup>2</sup> vereinbart und während des Besuchs einer wirtschaftlich-finanziellen Delegation Ihres Landes unter Leitung von Herrn Minister Prof. Witold Trzeciakowski bestätigt, möchte ich Ihnen hiermit zu der heute von uns unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung<sup>3</sup> folgende Einzelheiten mitteilen:

1) Hinsichtlich des Finanzkredits von 1975<sup>4</sup> besteht Einvernehmen, daß der Stichtag für die Berechnung der rückständigen bzw. der verbleibenden Zahlungsverpflichtungen der 15. November 1989 ist.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1508*

tionen stärken. Daher wird vorgeschlagen, die Ressorts um Zustimmung zu einer Konferenz auf Regierungschefs- oder Ministerebene im Rahmen der Helsinki-Konvention zu bitten.“ Vgl. Referat 504, Bd. 194512.

16 Für das „Protokoll über den Abschluß der Verhandlungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Generalkonsulaten der Bundesrepublik Deutschland in Krakau und der Volksrepublik Polen in Hamburg“ vgl. den Drahterlaß Nr. 1300 des Vortragenden Legationsrats Schrömbgens vom 7. November 1989 an die Botschaft in Warschau; Referat 214, Bd. 139861.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 16. November 1989 vorgelegen, der die Anfertigung einer Ablichtung für Ministerialdirigent Höynck verfügte.

Das Schreiben wurde am 14. November 1989 übergeben. Zum Besuch von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. auch Dok. 353 und Dok. 371.

<sup>2</sup> Horst Teitschik und Mieczysław Pszon.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vom 14. November 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1094–1098.

<sup>4</sup> Die Bundesrepublik und Polen schlossen am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Abkommen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits. Dieses sah einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM vor, der zu einem Zinssatz von 2,5% über einen Zeitraum von 20 Jahren bei fünf Freijahren zurückgezahlt werden sollte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 567.

Dies bedeutet, daß rückständige Fälligkeiten (Zinsen und Tilgungen) in Höhe von rd. 760 Millionen Deutscher Mark erlassen werden und die verbleibenden Zahlungsverpflichtungen in Höhe von rd. 570 Millionen Deutscher Mark bei ihrer Fälligkeit in Zloty erfüllt werden.

Über das nunmehr abzuschließende gesonderte Abkommen, das auch Einzelheiten zur Auswahl von Projekten gemeinsamen Interesses in Polen regelt, werden die beiderseitigen Finanzministerien sich unverzüglich in Verbindung setzen.

2) Zur weiteren Entlastung der polnischen Zahlungsbilanz setzt sich die Bundesregierung nachdrücklich dafür ein, daß zusätzlich zum Abschluß des bilateralen Umschuldungsvertrages für die Jahre 1986–1988 (Polen IV)<sup>5</sup> zu den günstigen Zinsen des Vorjahres und zusätzlich zu weiteren langfristigen Umschuldungsregelungen im Pariser Club (Polen V) auch die Privatbanken (Londoner Club) entsprechende Umschuldungsregelungen treffen.<sup>6</sup>

3) Die Bundesregierung übernimmt – nach Abschluß des bilateralen Umschuldungsvertrages Polen IV und in Erwartung einer baldigen weiteren Schuldenregelung im Pariser Club (Polen V) – als Finanzhilfe sofort wieder Ausfuhrgewährleistungen (Hermes-Bürgschaften) für Polen. Sie sind wie folgt ausgestaltet:

3.1) Die Bundesregierung stellt einen Gewährleistungsrahmen von 3 Milliarden Deutscher Mark für Kredite an Polen zur Verfügung.

Von diesem Gesamtbetrag sind 2,5 Milliarden Deutscher Mark für die Deckung von Ausfuhrgeschäften (Hermes) vorgesehen. Der Rahmen von 2,5 Milliarden Deutscher Mark ist bis zum 31. Dezember 1992 ausnutzbar.

Ein Betrag von bis zu 500 Millionen Deutscher Mark wird für einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland für eine eventuelle internationale koordinierte Stabilisierungshilfe der westlichen Partnerländer reserviert.

3.2) Der Hermes-Plafond dient zur Absicherung von Forderungen deutscher Lieferanten oder Banken für Lieferungen und Leistungen aus der Bundesrepublik Deutschland in die Volksrepublik Polen. Die Nutzung ist insbesondere für folgende Vertragstypen vorgesehen:

- Einzelne Projekte, die ihren Schuldendienst in Devisen selbst erwirtschaften,
- Lieferungen an deutsch-polnische Gemeinschaftsunternehmen,
- sonstige Liefer- und Leistungsgeschäfte, wobei vor Abschluß der Umschuldungsregelung Polen V kurzfristige Kredite verbürgt werden, danach auch längerfristige Kredite.

<sup>5</sup> Zum Abschluß des Vierten Umschuldungsabkommens zwischen der Bundesrepublik und Polen am 9. Oktober 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 910.

<sup>6</sup> Ministerialdirektor Köhler, Bundesministerium der Finanzen, informierte am 22. Dezember 1989, daß „das IWF-Direktorium voraussichtlich Ende Januar/Anfang Februar 1990 seine endgültige Entscheidung über die Gewährung eines Bereitschaftskredits an Polen treffen“ könne: „Was die bevorstehende Umschuldung Polen V angeht, so hat der französische Vorsitzende des Pariser Clubs, Jean-Claude Trichet, dem polnischen Finanzminister Balcerowicz bereits am 13. Dezember 1989 brieflich mitgeteilt, daß die entsprechenden Verhandlungen im Pariser Club alsbald nach der Entscheidung des IWF-Direktoriums über den Bereitschaftskredit stattfinden können. [...] Den erheblichen Anstrengungen der öffentlichen Gläubiger im Pariser Club werden vergleichende Anstrengungen der im Londoner Club zusammenarbeitenden Geschäftsbanken entsprechen müssen. Während die Gläubigerländer in den vergangenen Jahren nur ganz geringfügige polnische Zahlungen erhalten haben, sind die Zinsforderungen der Geschäftsbanken von Polen weitestgehend pünktlich bedient worden.“ Vgl. das Schreiben an Ministerialdirektor Teitschik, Bundeskanzleramt, Staatssekretär Lautenschlager sowie Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft; Referat 214, Bd. 139874.

3.3) Deckung für kurzfristig finanzierte Geschäfte mit Laufzeiten bis max. 360 Tagen werden unter einem besonderen, auf den Rahmen von 2,5 Milliarden Deutscher Mark anzurechnenden revolvierenden Plafond eingesetzt, d.h., bei Bezahlung der kurzfristigen Verbindlichkeiten und dem damit bedingten Auslaufen der Deckungen werden die freigewordenen Deckungsbeiträge dem Plafond zur erneuten Nutzung wieder zugeführt.

3.4) Die Zahlungsbedingungen, Sicherheiten und sonstigen Konditionen bestimmen sich nach nationalen und internationalen Gesetzen und Regelungen.

3.5) Zwischen der Bundesregierung und der polnischen Regierung besteht Einigkeit darüber, daß die unter dem Deckungsplafond verfügbaren Finanzmittel möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden und einen nachhaltigen Beitrag zur Erstärkung der Wirtschaft der Volksrepublik Polen leisten sollen.

Die Bundesregierung wird deshalb die Verwendung der zu deckenden Lieferungen besonders sorgfältig prüfen.

Für die Deckung von Projekten ist vorgesehen, unbeschadet des bestehenden deutschen Prüfungs- und Entscheidungsverfahrens ein neues deutsch-polnisches Prüfungsgremium zu schaffen.<sup>7</sup> Dieses Gremium wird den Auftrag erhalten, die Projekte auf ihre wirtschaftliche Qualität für den Auf- und Ausbau der Wirtschaft der Volksrepublik Polen zu prüfen.

Aus der Natur der Sache erklärt sich, daß das kurzfristige Geschäft einer solchen Prüfung nicht unterliegen kann.

Ähnliche Überlegungen müssen auch für mittelfristig finanziertes Geschäft mit geringeren Auftragswerten gelten.

Für Geschäfte mit höheren Auftragswerten, insbesondere im Investitionsgüterexport, wird vor der endgültigen Entscheidung des Interministeriellen Ausschusses für Ausfuhrgarantien und -bürgschaften das von mir erwähnte besondere deutsch-polnische Prüfungsgremium eingeschaltet.

Die Ausgestaltung des Gremiums sollten unsere Fachleute unverzüglich besprechen.

4) Nach Abschluß des Vertrages über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen<sup>8</sup> ist die Bundesregierung bereit, in Übereinstimmung mit den bestehenden Verfahren Garantien für Kapitalanlagen in Polen zu übernehmen. Das in Ziffer 3.5. erwähnte neue deutsch-polnische Prüfungsgremium wird bei der Vorbereitung von Entscheidungen über derartige Garantien mitwirken. Herr Ministerpräsident, aus unserer früheren Korrespondenz<sup>9</sup> weiß ich mich mit Ihnen einig, daß die konsequente Umsetzung und Fortführung der politischen,

<sup>7</sup> Botschafter Knackstedt, Warschau, berichtete am 16. Dezember 1989, vom 11. bis 13. Dezember 1989 habe in Warschau die erste Sitzung des deutsch-polnischen Prüfungsgremiums stattgefunden, bei der eine Analyse der polnischen Wirtschaftslage und ein Kriterienkatalog für die Auswahl förderungswürdiger Projekte diskutiert worden seien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3131; Referat 214, Bd. 139874.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 607–614.

<sup>9</sup> Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vom 8. September 1989; DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 39.

Für die Antwort Mazowieckis vom 27. September 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 48.

wirtschaftlichen und sozialen Reformen in Polen eine grundlegende Voraussetzung für die Gesundung der Volkswirtschaft und für die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Polens mit seinen westlichen Partnern ist. Mit den weitreichenden wirtschaftlich-finanziellen Entscheidungen, die ich Ihnen mit diesem Schreiben mitteile, ist die Bundesregierung entschlossen, einen wirk samen Beitrag zur Reformentwicklung in Polen zu leisten.<sup>10</sup>

Mit freundlichen Grüßen  
[Helmut Kohl]

**Referat 214, Bd. 139874**

## 355

### **Gespräch des Ministerialdirektors Kastrup mit Vertretern der Vereinigung ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter in Warschau**

**214-552.00/2 POL**

**10. November 1989<sup>1</sup>**

BK-Reise nach Warschau<sup>2</sup>;  
Gespräch D2<sup>3</sup> mit Vertretern der Vereinigung ehemaliger polnischer Zwangs arbeiter am 10.11.1989<sup>4</sup>

Teilnehmer Prof. Ozdowski, Dr. Gawłowski, Dr. Kozłowski, D2, Gesandter Bauch, RL 214<sup>5</sup>, Dolmetscherin.

Prof. Ozdowski dankt eingangs für die Möglichkeit zum Gespräch. Er erläutert das Anliegen der „Gesellschaft der vom Dritten Reich geschädigten Polen“. Ziel sei eine gerechte Regelung der Schäden, die Polen durch das Dritte Reich entstanden seien. Der von ihm vertretene Verband umfasse derzeit 2 Mio. Mitglieder. Die Tendenz sei aber noch steigend. Polen sei das erste und das am schwersten getroffene Opfer von Hitler-Deutschland gewesen. Die Vereinigung konzentriere sich derzeit darauf, die entstandenen Schäden zu erfassen, zu dokumentieren und zu verifizieren. Der Verband wolle im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland und zur DDR als Sprecher der Geschädigten fungieren, um für berechtigte Forderungen eine gerechte Entschädigung zu erwirken. Dazu

<sup>10</sup> Für das Antwortschreiben des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vom 30. Januar 1990 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 154.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 13. November 1989 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

<sup>3</sup> Dieter Kastrup.

<sup>4</sup> Zur Frage der Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter vgl. auch POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 25 und Dok. 26.

<sup>5</sup> Christoph Derix.

wolle man auf den verschiedenen Ebenen (Regierung, Parlamentarier) Gespräche führen. Für eine Entschädigung gebe es Präzedenzfälle im Verhältnis zu anderen Völkern in Europa. Auf der Grundlage dieser Präzedenzfälle wolle die Vereinigung ihre Gespräche führen, sobald die Dokumentation der Schäden erstellt sei. Man gehe davon aus, bis Mitte 1990 die entsprechenden Unterlagen zusammengestellt zu haben.

Er weist auf bereits bestehende Kontakte zu den Grünen in Deutschland hin. Im Frühjahr 1990 solle zu dem Thema Entschädigung ein Seminar in Polen unter Beteiligung der Kirchen abgehalten werden. Die Entschädigungsfrage sei im übrigen die Grundlage für die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen. Abschließend erwähnt er beispielhaft einige Kategorien von typischen Schadensfällen.

D2 erläutert, daß sich die Bundesregierung des großen menschlichen Leides bewußt sei, das vielen Menschen in Polen durch Hitler-Deutschland zugefügt worden sei. Dies sei auch in der Tischrede des BK am Vorabend<sup>6</sup> deutlich zum Ausdruck gekommen. Dieses Schicksalsjahr der 50. Wiederkehr des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges rufe die Leiden in besonderer Weise in Erinnerung. Der BK und BM hätten ihn beauftragt, das heutige Gespräch zu führen. Die Frage sei bereits Gegenstand von Gesprächen beider Regierungen. Sie sei am Vortage auch im Gespräch zwischen BK und MP Mazowiecki behandelt worden.<sup>7</sup>

Er weist auf unsere Rechtsauffassung hin, die in entsprechenden Noten ihren Niederschlag gefunden habe.<sup>8</sup> Die Bundesregierung habe sich in der Vergangenheit im übrigen im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten bemüht, für bestimmte Personengruppen Entschädigung zu leisten.

Er, D2, sei nicht befugt, zur Sache selbst Aussagen zu machen. Er werde aber die von den Vertretern des Verbandes vorgetragenen Gesichtspunkte der Bundesregierung darlegen, damit diese in die Prüfungen mit einbezogen werden können.

Prof.<sup>9</sup> Ozdowski dankt abschließend nochmals für das Gespräch und für die Ausführungen von D2.

#### **Referat 214, Bd. 139860**

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Ansprache des Bundeskanzlers Kohl am 9. November 1989 in Warschau vgl. BULLETIN 1989, S. 1085–1088.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Kohl und der polnische Ministerpräsident Mazowiecki kamen am 9. November 1989 in Warschau zu einem ersten Gespräch zusammen. Für eine polnische Gesprächsaufzeichnung vgl. POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 27.

<sup>8</sup> Zur Rechtsauffassung der Bundesregierung in der Frage einer Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter vgl. AAPD 1988, I, Dok. 69.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „Graf“.

**356****Botschafter Freiherr von Richthofen, London,  
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 2165  
Citissime

Aufgabe: 10. November 1989, 02.24 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 10. November 1989, 02.54 Uhr

Betr.: Die deutsche Frage;  
hier: Britische Haltung

I. Die politischen Veränderungen in der DDR werden in Großbritannien mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Seit Wochen bringen die Medien ausführliche Berichte über die Entwicklungen im Lande selbst, die Flüchtlingsströme in die Bundesrepublik Deutschland und die Reaktionen aus Bonn. Kommentatoren in den hiesigen Zeitungen werfen immer häufiger die Frage einer deutschen Wiedervereinigung auf. Dabei zeigt die Mehrheit großes Verständnis für den Wunsch nach Wiederherstellung der nationalen Einheit. Befürchtungen eines die politische Balance in Europa gefährdenden übermächtigen Deutschlands werden nur selten laut. Eine deutsche Wiedervereinigung bei gleichzeitiger Aufgabe der deutschen West-Bindung wird nicht als realistische Alternative gesehen. Eine unrühmliche Ausnahme bildete der kürzliche Artikel von Conor Cruise O'Brien in der Times, der die Möglichkeit der Entstehung eines „Vierten Reiches“ mit allen negativen Attributen der nationalsozialistischen Herrschaft an die Wand malte.<sup>2</sup> Die uns hierauf zugegangenen Reaktionen reichten von Ablehnung bis Empörung.

Weder Premierministerin Thatcher noch andere führende Politiker der britischen Regierung haben bisher die jüngsten Ereignisse kommentiert. Diese Zurückhaltung spiegelt das bei Teilen der Kriegsgeneration noch immer unterschwellig vorhandene Mißtrauen gegenüber Deutschland und auch etwas Neid und Mißgunst vor der politisch und wirtschaftlich immer stärker werdenden Bundesrepublik wider. Auf ausdrückliches Befragen forderte der Pressesprecher des Foreign Office gestern freie Wahlen und grundlegende Reformen in der DDR sowie den Abriß der Mauer. Offenheit, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit müßten Platz greifen. Es gehe letztlich um das Recht der Menschen in der DDR, ihre Zukunft auf demokratischem Wege und in Freiheit selbst zu bestimmen. Es wäre dagegen nicht hilfreich zu spekulieren, wie sich die Menschen entscheiden. Pressesprecher ergänzte, er bewundere die standhafte Politik der Bundesrepublik Deutschland und ihre großen Anstrengungen um eine Integration der Flüchtlinge. Bundeskanzler Kohl sei zuzustimmen, daß die Reformen in der DDR dazu führen müßten, daß die Menschen dort gerne zu leben wünschten.

II. In zahlreichen Gesprächen mit britischen Politikern aller Parteien wie mit zuständigen Beamten im FCO begegnen uns folgende Argumente:

1) Die Reformen in der DDR seien überfällig, wie sich unschwer am Ausmaß des Flüchtlingsstroms und an den ständig zunehmenden Demonstrationen ab-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Klaiber, London, konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. den Artikel Conor Cruise O'Briens „Beware, the Reich is reviving“, THE TIMES vom 31. Oktober 1989, S. 18.

lesen lasse. Trotz besserer wirtschaftlicher Ausgangsposition (im Vergleich zu den anderen Staaten des Warschauer Pakts) sehne sich die Bevölkerung nach demokratischem Pluralismus, nach Reise- und Meinungsfreiheit. Was Ungarn und Polen gewährt werde, könne der DDR nicht vorenthalten werden.

- 2) Die Bemühungen der Bundesregierung um eine möglichst reibungslose Integration der Flüchtlinge aus der DDR finden große Anerkennung und Bewunderung. Nur gute Organisatoren wie die Deutschen könnten diese Aufgabe so erfolgreich bewältigen.
- 3) Die politischen Reaktionen Bonns auf die Entwicklungen in der DDR werden hier mit Genugtuung registriert. Die Briten haben in dieser Beziehung offenbar großes Vertrauen in die politische Umsicht der Bundesregierung.

III. In den Couloirs des britischen Parlaments und in der Öffentlichkeit wird die deutsche Frage inzwischen lebhaft diskutiert. Im Gegensatz zu den USA (Bush<sup>3</sup>, Baker, Scowcroft) und Frankreich (Mitterrand<sup>4</sup>) haben aber in letzter Zeit weder Premierministerin Thatcher und AM Hurd (bzw. dessen Vorgänger Major) noch andere Kabinettsmitglieder zur DDR und zur deutschen Frage Stellung bezogen. Zuletzt hatte PM Thatcher am 6. Juni im Unterhaus auf eine Frage nach der britischen Unterstützung einer deutschen Wiedervereinigung auf Artikel 7 der Bonn-Pariser-Konvention aus 1955<sup>5</sup> verwiesen und betont, daß Großbritannien weiterhin zu dieser Verpflichtung stehe.<sup>6</sup> Ähnlich hatte sich AM Major im Anschluß an Konsultationen mit BM in einer Pressekonferenz in Bonn geäußert.<sup>7</sup> Beide Stellungnahmen fanden in den hiesigen Medien keinen Niederschlag.

Um so bemerkenswerter ist, daß sich der britische EG-Kommissar Sir Leon Brittan in einer gestrigen Rede in London positiv zu einer deutschen Wiedervereinigung und für eine entsprechende Stellungnahme der Gemeinschaft ausgesprochen hat („opposing reunification will make it more likely to occur in the form we would least want“)<sup>8</sup> (vgl. Bericht Nr. 2151 vom 8.11.1989, Wi 420.00 GRO<sup>9</sup>). Besonders beachtlich ist sein Hinweis, daß ein vereintes Deutschland

<sup>3</sup> Der amerikanische Präsident Bush erklärte der Tageszeitung „The New York Times“ am 24. Oktober 1989 in einem Interview: „I don't share the concern that some European countries have about a reunified Germany, because I think Germany's commitment to and recognition of the importance of the alliance is unshakable.“ Vgl. die Artikel „Excerpts on the German Question From Bush Interview“ und „Bush Unperturbed On German Unity“, THE INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 26. Oktober 1989, S. 1f.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die gemeinsame Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl und des französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 3. November 1989 in Bonn; LA POLITIQUE ÉTRANGERE 1989 (November/Dezember), S. 4–7.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut von Artikel 7 des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 309.

<sup>6</sup> Für die schriftliche Stellungnahme der britischen Premierministerin Thatcher am 7. Juni 1989 zur Möglichkeit eines vereinigten Deutschland vgl. HANSARD, Commons, 1989, Bd. 154, Spalte 162w.

<sup>7</sup> Zum Besuch des britischen Außenministers Major am 20. September 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 284. Zur gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundesminister Genscher vgl. den Artikel „Genscher und Major einig über Hilfen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. September 1989, S. 5.

<sup>8</sup> Für einen Auszug aus der Rede des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Brittan, am 7. November in London vgl. Referat 210, Bd. 140724.

<sup>9</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Freiherr von Richthofen, London, vgl. Referat 210, Bd. 140724.

ohne Neuverhandlung als Mitglied der EG anzusehen sei. Im FCO wurde uns allerdings auf Arbeitsebene bedeutet, da es sich nicht um die Stellungnahme eines Mitglieds der britischen Regierung handele, erübrige sich eine offizielle Stellungnahme.

IV. Für die augenfällige Zurückhaltung der britischen Regierung, insbesondere der Premierministerin, werden eine Reihe von Gründen genannt:

- Die Premierministerin sei derzeit mit innenpolitischen Problemen absorbiert und könne sich daher mit der deutschen Frage nicht befassen.
- Die britische Regierung sei noch immer von den dramatischen Veränderungen im West-Ost-Verhältnis überwältigt und habe sich noch zu keiner klaren Positionsbestimmung durchringen können. Dies gelte auch für die deutsche Frage.
- Die noch immer spürbare Zurückhaltung zu den Entwicklungen auf dem europäischen Kontinent, die sich angesichts der britischen Insellage und des hiesigen nationalen Selbstverständnisses beim europäischen Einigungsprozeß zeige, wirke sich auch in bezug auf die Entwicklungen in den deutsch-deutschen Beziehungen aus.
- Die Premierministerin habe schließlich Besorgnisse hinsichtlich eines wiedervereinigten Deutschland, die wohl zum Teil generationsbedingt sind, zum Teil auf der Sorge vor einem weniger westlich orientierten Deutschland beruhen.

V. Nach meinem Eindruck spielt eine große Rolle, daß die Premierministerin und viele Briten mit ihr noch immer nicht akzeptieren können, daß sich das West-Ost-Verhältnis entscheidend wandelt und auch Großbritannien die Frage der eigenen Rolle in einer neuen europäischen Architektur stellen und beantworten muß. Andererseits dürfte auf mittlere Sicht der bekannte britische Pragmatismus das Beharren auf alten Politiken überwinden helfen, wenn sich zu gegebener Zeit neue Perspektiven für die deutsche Frage ergeben sollten. Die Vier-Mächte-Verantwortung dürfte dieser Entwicklung nicht ernstlich im Wege stehen, wenngleich gesehen werden muß, daß die Rechte und Verantwortlichkeiten für Deutschland als Ganzes ein letzter Bestandteil britischer Großmachtstellung sind. Der Bezug der Premierministerin auf Artikel 7 des Deutschland-Vertrages im Juni d.J. rechtfertigt diese Annahme. Natürlich besteht auch in GB eine gewisse Unruhe über ein immer stärker werdendes Deutschland im Zentrum Europas. Sie ist aus dem wirtschaftlichen Konkurrenzdenken zwischen den großen Ländern Europas auch verständlich. Daß unsere Zugehörigkeit zum westlichen Staatenverbund und zur Europäischen Gemeinschaft nicht zur Disposition steht, daran zweifeln seriöse Beobachter nicht.

VI. Trotz und gerade wegen der Haltung der britischen Regierung und ihrer Premierministerin müssen wir unter allen Umständen der Versuchung widerstehen, den britischen Partner in unserem Bemühen um eine Neugestaltung der europäischen Architektur zu vernachlässigen. Die zuweilen unterschiedlichen britischen Reaktionen, mögen sie auch nicht immer unseren Vorstellungen entsprechen, sollten uns dabei nicht beirren. Die junge Generation in GB wünscht genau wie die unsere die Überwindung der West-Ost-Antagonismen und einen immer engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas. Eine Wiedervereini-

gung der beiden deutschen Staaten dürfte vor diesem Hintergrund und dem Stellenwert, den die nationale Komponente im Staatsverständnis Großbritanniens einnimmt, als eher natürliche Entwicklung verstanden werden.

[gez.] Richthofen

**Referat 210, Bd. 140724**

**357**

**Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl  
mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow**

11. November 1989<sup>1</sup>

Telefongespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten Gorbatschow am Samstag, dem 11. November 1989

Der *Bundeskanzler* begrüßt Präsident Gorbatschow und bedankt sich bei ihm für die Botschaft, die er ihm am 10. November 1989 übermittelt habe.<sup>2</sup> Er führt aus, daß er seinen Besuch in Polen<sup>3</sup> unterbrochen habe, später jedoch wieder nach Warschau fahre. Morgen, am Sonntag, habe er ein längeres Treffen mit Präsident Jaruzelski.<sup>4</sup> Der Bundeskanzler regt an, die Grüße von Präsident Gorbatschow zu überbringen.

Präsident *Gorbatschow* stimmt zu und fügt hinzu, der Bundeskanzler könne sich gerne auf das heute mit ihm geführte Telefongespräch beziehen.

Der *Bundeskanzler* fährt fort und bemerkt, daß er zu der Botschaft Präsident Gorbatschows vom gestrigen Tage eine kurze Antwort und Stellungnahme abgeben wolle.

Vor einer Stunde habe er mit Herrn Krenz telefoniert.<sup>5</sup> In der DDR werde am Samstag eine neue Regierung gebildet.<sup>6</sup> Am Montag, dem 20. November 1989, werde er einen Beauftragten zu Krenz schicken, um das Gespräch zwischen

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, gefertigt. Ferner Stempelvermerk: „Verschlossen“.

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 16. November 1989 vorgelegen.

Das Dokument wurde bereits veröffentlicht in: DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 87. Für das sowjetische Gesprächsprotokoll vgl. GORBATSCHEW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 54.

<sup>2</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, ließ Bundeskanzler Kohl am 10. November über den sowjetischen Botschafter Kwidinskij und Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, eine mündliche Botschaft übermitteln. Für den Wortlaut vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 80.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

<sup>4</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem polnischen Präsidenten Jaruzelski am 12. November 1989 in Warschau vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 89.

<sup>5</sup> Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Krenz, am 11. November 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 86, und VORWÄRTS IMMER, Dok. 51.

<sup>6</sup> Am 13. November 1989 wählte die Volkskammer der DDR Hans Modrow zum Vorsitzenden des Ministerrats.

Krenz und ihm selbst vorzubereiten.<sup>7</sup> Er werde sich mit Krenz wohl Ende November treffen. Er habe zu Krenz gesagt, er begrüße es, daß die Grenze jetzt geöffnet worden sei<sup>8</sup>, und habe unser Interesse betont, daß die Reformen in Ruhe abgewickelt werden. Er, der Bundeskanzler, lehne jede Form der Radikalisierung ab. Dies habe er schon die ganzen vergangenen Tage gesagt und auch gestern in Berlin wiederholt.<sup>9</sup> Er wünsche vor allem, daß die Menschen in der DDR bleiben. Dies nicht etwa, weil wir, wie manche befürchteten, Probleme mit der großen Anzahl von Menschen hätten, sondern im Interesse der Stabilität. Bisher seien 230 000 Übersiedler aus der DDR untergebracht worden. Aber es wäre eine absurde Entwicklung, wenn zu viele herüberkämen. Ein solcher Exodus sei mit schweren ökonomischen Schäden und Problemen verbunden. Seine Einschätzung von heute mittag um 12.00 Uhr sei, daß nach Öffnung der Grenzen zwar Hunderttausende zu Besuch kommen, aber die meisten wieder zurückgingen. Er glaube, daß weniger blieben, als ursprünglich befürchtet<sup>10</sup> worden sei. Er habe schon betont, daß er keine Destabilisierung wolle, und dabei bleibe er. Er wisse noch nicht, in welchem Umfang Krenz Reformen machen wolle, aber hiervon hänge eben alles ab. Er dankt Gorbatschow nochmals für die Botschaft und bemerkt, er hätte Gorbatschow in der nächsten Woche, wie ver einbart, nach Abschluß seines Polen-Besuchs angerufen.

Zu Polen wolle er noch bemerken, daß wir den Kurs der wirtschaftlichen Reformen dort stark unterstützten. Auch hierüber wolle er mit Gorbatschow in Kontakt bleiben. Er finde es gut, daß Gorbatschow mit Bush zusammentreffe.<sup>11</sup> In seinem Telefongespräch gestern abend habe er Bush gesagt, er hoffe sehr, daß auch im Hinblick auf die Abrüstungsverhandlungen Fortschritte erzielt werden.<sup>12</sup> Schließlich wolle er noch sagen, daß, falls es bei der wirtschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion Schwierigkeiten gebe, aufgrund der Abmachungen, die wir auf diesem Gebiet getroffen hätten, durchaus die Dinge verbessert werden könnten, falls dies erforderlich sei. Er bittet Gorbatschow, ihm zu sagen, wenn er helfen könne.

Präsident *Gorbatschow* dankt dem Bundeskanzler für seinen Anruf. Er bemerkt, es entstehe auch in dieser Hinsicht eine gute Tradition. Dies entspreche dem

<sup>7</sup> Bundesminister Seiters hielt sich am 20./21. November 1989 in Ost-Berlin auf. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Krenz, und dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, am 20. November 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 96, und COUNTDOWN ZUR DEUTSCHEN EINHEIT, Dok. 52.

<sup>8</sup> In einer Pressekonferenz am frühen Abend des 9. November 1989 in Ost-Berlin informierte das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Schabowski, über eine neue Reiseregelung, wonach ständige Ausreisen über alle Grenzübergangsstellen erfolgen könnten und private Reisen ins Ausland kurzfristig genehmigt würden. Auf Rückfrage von Journalisten teilte er mit, daß diese Reiseregelung „sofort, unverzüglich“ in Kraft trete. Für ein Transkript der Erklärung Schabowskis vgl. BERLINER MAUER, S. 148f.

Für den Wortlaut der neuen Reiseregelung vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 79A.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 10. November 1989 vor dem Schöneberger Rathaus vgl. BULLETIN 1989, S. 1065f.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „befürwortet“.

<sup>11</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

<sup>12</sup> Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 10. November 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 82. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

Niveau sowohl der deutsch-sowjetischen Beziehungen als auch den persönlichen Beziehungen zwischen ihnen beiden.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, vor allem der persönlichen Beziehungen.

Präsident *Gorbatschow* bemerkt, er habe für die Wichtigkeit der persönlichen Beziehungen viel Verständnis. Das Gespräch in Bonn mit dem Bundeskanzler betreffend die Analyse der Lage in der Welt und Europa sei sehr nützlich gewesen.<sup>13</sup> Die Veränderungen in Osteuropa hätten sich jedoch sehr viel schneller entwickelt, als man damals angenommen habe.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, daß dies richtig sei.

Präsident *Gorbatschow* fährt fort, dies gelte z. B. jetzt auch für Bulgarien.<sup>14</sup> Auch dort hätten die Veränderungen begonnen. Die Ereignisse gewännen an Geschwindigkeit. Er glaube, daß jedes Land sein eigenes Tempo einschlagen müsse und daß ein Unterschied bestehe, was die Tiefe und die Form der Veränderungen angehe. Er wolle betonen, daß die Absprache, die er mit dem Bundeskanzler getroffen habe, in Kontakt zu bleiben, sehr wichtig sei und daß man bei allem die Ausgewogenheit beachten müsse. Er glaube, daß man infolge dieser Veränderungen nicht nur mehr Verständnis füreinander entwickle, sondern auch, daß wir uns näherkämen. Daher begrüße er, was der Bundeskanzler gestern und heute gesagt habe. Dies seien wichtige politische Äußerungen. Er glaube, daß die gegenwärtige Führung in der DDR ein weitgehendes Programm der Umgestaltung in bezug auf Freiheit, Demokratie und wirtschaftliches Leben habe. Es ist nötig, der Entwicklung Zeit zu lassen. Er habe Krenz den Rat hierzu gegeben und mit der Öffentlichkeit und den verschiedenen demokratischen Bewegungen seines Landes zu diskutieren. Die Europäer und die ganze Welt verfolgten die Ereignisse in der DDR. Für die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion seien sie jedoch wegen der Geschichte und der gegenwärtigen Beziehungen von noch größerem Interesse. Es entstehe ein Dreieck, in dem alles balanciert und ausgewogen sein müsse. Er glaube, daß die gegenwärtigen guten Beziehungen dies ermöglichten. Natürlich beinhalteten alle Veränderungen eine gewisse Instabilität. Wenn er sage, die Stabilität solle bewahrt werden, so meine er, daß alle Verantwortungsgefühl und Umsicht zeigen müßten. Es handele sich um historische Veränderungen in Richtung auf neue Beziehungen und eine neue Welt. Er meine, man dürfe die Entwicklung nicht mit ungeschickten Handlungen behindern. Man müsse vorsorgen, daß kein Chaos entstehe. Er nähme sehr ernst, was der Bundeskanzler ihm gesagt habe, und hoffe, daß er weiterhin seinen politischen Einfluß geltend machen werde, damit auch andere in dem Rahmen blieben, den die Zeit erfordere.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß er gerade in einer Sondersitzung des Kabinetts ähnliches geäußert habe. Wenn Gorbatschow dabeigewesen wäre, wäre er sicherlich über das Maß an Übereinstimmung mit ihm erstaunt gewesen. Man erlebe eine historische Stunde. Wir hätten den Begriff des „Augenmaßes“. Dies bedeute, daß man bei allem, was man tue, die Folgen bedenken müsse. Es heiße

<sup>13</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

<sup>14</sup> Zur Entwicklung in Bulgarien vgl. Dok. 359.

dies auch, daß persönliche Verantwortung gefordert sei. Diese Verantwortung verspüre er besonders. Kein Bundeskanzler sei bisher in einer Lage gewesen, die soviel Verantwortungsgefühl erfordert habe wie die jetzige. Er empfinde es als ausgesprochen glückliche Fügung, daß die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland sich so gut entwickelt hätten wie jetzt und insbesondere auch, daß die Beziehungen zwischen Gorbatschow und ihm selbst so gut seien. Er wolle sagen, daß man diese Beziehungen noch weiter entwickeln könne und er dazu bereit sei. Er wisse, daß die persönlichen Beziehungen kein Problem lösen, die Lösung jedoch erleichtern könnten. Zur Beurteilung der Lage in der DDR wolle er noch bemerken, daß er das Hauptproblem im psychologischen Bereich sehe. Honecker habe bis zuletzt jede Reform verweigert, und deshalb stehe seine Mannschaft nun unter ungeheurem Zeitdruck. Das sei ein großes Problem. Gorbatschow habe recht, wenn er sage, daß die Entwicklung Zeit brauche. Das Problem sei jedoch, daß man den Menschen in der DDR dies klarmachen müsse.

Präsident *Gorbatschow* gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Gründlichkeit der Deutschen, die ja in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden sei, die Lösung dieses Problems ermöglichen werde. Die Fragen müßten alle eingehend durchgearbeitet werden, um zu einem guten Ergebnis zu kommen. Gorbatschow wünscht dem Bundeskanzler Erfolg bei der Fortsetzung seines Besuches in Polen. Er hoffe, daß, falls die Situation dies erfordere, eine Möglichkeit gefunden werde, um sofort in Kontakt zu kommen.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu und fügt hinzu, daß er noch lieber mit Gorbatschow ohne dramatische Akzente spreche.

Präsident *Gorbatschow* teilt diese Auffassung und äußert abschließend nochmals, daß es wichtig sei, umsichtig zu handeln.

Der *Bundeskanzler* bittet Präsident Gorbatschow, seine Frau zu grüßen. Präsident *Gorbatschow* bedankt sich und läßt zurückgrüßen.

Das Gespräch endete nach ca. 30 Minuten.

**Bundesarchiv, B 136, Bd. 59728**

**358**

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann**

**424-410.08**

**13. November 1989<sup>1</sup>**

Über Dg 422<sup>2</sup>, D 4<sup>3</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> Herrn Bundesminister<sup>5</sup>

Betr.: Novellierungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des Außenwirtschaftsgesetzes<sup>6</sup>;

hier: Außenwirtschaftskontrolle in ausländischen Staaten im Vergleich zu den deutschen Regelungen

Bezug: Vermerk von Ref. 424 vom 27.10.89 mit Vermerk des BM (Anlage 1)<sup>7</sup>

Anlg.: 2

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung<sup>8</sup>

I. Die Novellierungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des Außenwirtschaftsgesetzes sind in der öffentlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses am 23.10. und im Rechtsausschuß am 25.10.89 erörtert worden.

Auf den Vermerk über den Verlauf dieser Beratungen hatten Sie notiert: „Wir sollten ausländischen Vergleich heranziehen, z. B. USA.“

In der Zwischenzeit haben alle betroffenen Botschaften zu dieser Thematik berichtet.

Auf der Grundlage dieser Berichterstattung, eigener Quellen und in Abstimmung mit dem BMWi kommt ein Vergleich der deutschen Neuregelungen mit den

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ackermann und Vortragendem Legationsrat Schlegel konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent von Kyaw am 13. November 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek Ministerialdirigent Trumpf am 13. November 1989 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 14. November 1989 vorgelegen.

<sup>5</sup> Hat Bundesminister Genscher am 28. Januar 1990 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Trifft es zu, daß in den USA die Genehmigungspflicht vermutet wird? W[ieder]v[orlage].“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 29. Januar 1990 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Dieckmann an Referat 424 verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Frage BM.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 29. Januar 1990 erneut vorgelegen.

Hat Jelonek am 29. Januar 1990 vorgelegen.

Hat Dieckmann am 30. Januar 1990 vorgelegen.

<sup>6</sup> Zu den Maßnahmen zur Verschärfung der Kontrolle des Außenwirtschaftsverkehrs vgl. Dok. 296.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „Vermerk von Ref. 424 vom 27.10.89 (Anlage 1) mit Vermerk des BM (Anlage 2)“.

Dem Vorgang als Anlage 1 beigefügt war eine Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schlegel vom 27. Oktober 1989. Darin resümierte er die Sitzungen des Wirtschaftsausschusses des Bundestags vom 23. Oktober 1989 sowie des Rechtsausschusses am 25. Oktober 1989 zu den vorgesehenen Maßnahmen zur Verschärfung der Kontrolle des Außenwirtschaftsverkehrs. Bundesminister Genscher vermerkte darauf am 29. Oktober 1989 handschriftlich für Staatssekretär Lautenschlager: „Wir sollten ausländische Vergleiche heranziehen, z. B. USA.“ Vgl. Referat 424, Bd. 162328.

Zur Anlage 2 vgl. Anm. 14.

<sup>8</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „lt. Weisung.“

Bestimmungen in anderen Staaten zu dem Ergebnis, daß wir bei dem Ausmaß der Exportkontrollvorschriften im vorderen Feld der westlichen Industrieländer liegen, unser Strafrahmen ist neben dem der USA der höchste.

## II. Im einzelnen

Bei einem Vergleich der Exportkontrollvorschriften in den westlichen Industrieländern muß wie folgt differenziert werden:

- Kontrolle von Anlagen und Vorprodukten, die für die Erzeugung chemischer oder biologischer Kampfstoffe geeignet sind,
- Kontrolle des Transfers von Technologieunterlagen sowie Weitergabe nicht allgemein zugänglicher Kenntnisse über die Fertigung sensitiver Waren und Technologien,
- Beschränkung der Auslandstätigkeit eigener Staatsangehöriger, wenn diese an Auslandsprojekten im Rüstungsbereich beteiligt sind,
- Strafrahmen bei Verstößen gegen außenwirtschaftliche Kontrollvorschriften.

### 1) Kontrolle von Anlagen und Vorprodukten (geeignet für die Herstellung von CW oder biologischen Kampfstoffen)

Es gibt seit jeher für alle COCOM-Mitgliedstaaten einen Genehmigungsvorbehalt für Ausrüstungsgegenstände, die speziell für die Entwicklung, Produktion, Prüfung, Herstellung und Tests von chemischen und biologischen Stoffen geeignet sind. Bei Exportvorgängen innerhalb der COCOM-Mitgliedstaaten (Intra-COCOM-Handel) ist das Kontrollsysteem teilweise liberalisiert worden.

Außerhalb der COCOM-Regelungen gibt es meist kein Kontrollsysteem für die Ausfuhr von Anlagen oder für Ausrüstungsgegenstände, die ihrer Natur nach auch zivil verwendbar sind („dual use“). Wir haben als einziger Staat – bereits seit 1984 – eine Ausfuhrgenehmigungspflicht für Chemieanlagen<sup>9</sup>, die durch die 63. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste vom 19.7.89<sup>10</sup> (Pos. 2001) näher konkretisiert und für biologische Anlagen erstmals neu eingeführt worden ist (Pos. 3001).

Nur in den USA gibt es eine vergleichbare Regelung, weil dort eine Exportkontrolle für die Ausfuhr von Komponenten und Know-how für Chemieanlagen besteht. Wir bemühen uns seit Anfang 1989 im Rahmen der Australischen Initiative, die anderen Mitglieder dieser Gruppe dazu zu bewegen, ähnliche Regeln für Chemieanlagen national einzuführen. Ob und ggf. wann diese Bemühungen erfolgreich sein werden, läßt sich z. Z. nicht vorhersagen. Bei der Exportkontrolle für chemische Vorprodukte werden wir lediglich von den USA und Japan übertroffen. (Wir kontrollieren 42 Produkte<sup>11</sup>, USA und Japan jeweils 50; USA allerdings nur gegenüber wenigen<sup>12</sup> Ländern.)

<sup>9</sup> Vgl. dazu die 53. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 6. August 1984; BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 1080.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der 63. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 19. Juli 1989 vgl. BUNDESANZEIGER vom 28. Juli 1989, Beilage Nr. 139 a.

<sup>11</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „Bei uns lt. Gesetz ‚erga omnes‘. In der BAW-Praxis wird dies aber vor allem relevant bei ‚Problemländern‘. (Unproblematische Exporte erhalten Genehmigungen.) Im Ergebnis sind deutsche u. US-Praxis daher nicht sehr unterschiedlich! (Gilt auch für Japan.“.

<sup>12</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „sensitiven“.

2) Kontrolle des Transfers von Technologieunterlagen sowie der Weitergabe von allgemein zugänglichen Kenntnissen über die Fertigung sensitiver Waren und Technologien

Über die COCOM-Regeln hinausgehende Beschränkungen bestehen weder in Frankreich noch in Großbritannien; in der Schweiz unterliegt die Weitergabe von Fachwissen und technischen Unterlagen keinen Beschränkungen. In USA und Japan existiert eine Genehmigungspflicht sowohl für die Ausfuhr von Technologieunterlagen als auch für die Weitergabe nicht allgemein zugänglicher Fertigungskenntnisse und für das Erbringen von Dienstleistungen.

In D besteht eine Kontrolle<sup>13</sup> des Technologietransfers für alle Länder mit Ausnahme der OECD-Staaten.

3) Beschränkung der Auslandstätigkeit eigener Staatsangehöriger bei Beteiligung an Auslandsprojekten im Rüstungsbereich

Bis auf eine eingeschränkte Kontrolle in den USA gibt es in den westlichen Industrieländern generell keine Beschränkungen für die Auslandstätigkeit ihrer jeweiligen Staatsbürger. Die Auslandstätigkeit von Amerikanern wird bei Auslandsprojekten im Rüstungsbereich in dem Ausmaß beschränkt, wie die jeweilige Tätigkeit nach den allgemeinen Bestimmungen für Exportkontrollen genehmigungspflichtig ist. Da die USA meist länderspezifische Exportkontrollen haben, wird das Ausmaß dieser Beschränkung der Auslandstätigkeit insoweit stark reduziert.

Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Verschärfungen (Strafbarkeit der Beteiligung Deutscher bei Herstellung etc. von A-, B- und C-Waffen und Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage im AWG für die Einführung einer Genehmigungspflicht bei Beteiligung Deutscher an Auslandsprojekten im Rüstungsbereich) stellen unter den westlichen Industriestaaten insoweit also eine Neuerung dar.

4) Strafrahmen bei Verstößen gegen außenwirtschaftsrechtliche Kontrollvorschriften

In mehreren Staaten (Großbritannien, Japan, Kanada, Niederlande) besteht eine Strafandrohung zwischen zwei bis fünf Jahren Freiheitsstrafe.

In Belgien ist der Strafrahmen erheblich geringer (Höchststrafe ein Jahr), in Frankreich gibt es keine besonderen Strafbestimmungen, soweit die Handlung nicht nach anderen Vorschriften des Strafgesetzes (wie z.B. Geheimnisverrat) bestraft wird.

In der Schweiz werden Verstöße gegen die Außenwirtschaftskontrollvorschriften nur mit Geldbußen geahndet, Haftstrafen sind nur bei Verstößen gegen das Kriegsmaterialgesetz vorgesehen.

Die höchsten Strafandrohungen gibt es in den USA und bei uns. In USA: Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren, bei uns: gemäß den vorliegenden Gesetzesentwürfen bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe im Regelfall, zehn Jahren in besonders schweren Fällen.

<sup>13</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Genehmigungspflicht“.

III. Die Einzelheiten der jeweiligen Regelungen in den westlichen Industriestaaten sind in einem Vermerk – vgl. Anlage 2<sup>14</sup> – dargestellt.

#### IV. Zusammenfassung und Bewertung

Der o.g. Vergleich zeigt, daß die Bundesrepublik Deutschland in den dargestellten vier Bereichen der bereits gültigen bzw. vorgeschlagenen Außenwirtschaftskontrollen im vorderen Feld der anderen westlichen Industrieländer liegt. Bei einer Bewertung muß allerdings berücksichtigt werden, daß in den verglichenen Staaten der Außenwirtschaftsbereich teilweise sehr unterschiedlich strukturiert bzw. organisiert ist (z. B. in den USA), insoweit bleibt jeder Vergleich unvollständig.

Zusammenfassend kann man jedoch feststellen, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Regelung der Exportkontrolle keinen Handlungs-Nachholbedarf mehr hat, wenn die neuen Vorschriften in Kraft treten. In einigen Bereichen (z. B. Auslandstätigkeit, Kontrolle von Chemie- und Biogefäßen) würde nach Inkrafttreten die Bundesregierung weltweit ein positives Beispiel gegeben.<sup>15</sup>

Der Kritik, die neuen Vorschriften gingen zu weit und belasteten den Außenhandel in unvertretbarer Weise, ist entgegenzuhalten, daß es bisher keinen konkreten Vorschlag – geschweige denn Beispiele – gibt, an welcher Stelle man auf jetzt vorgesehene Exportkontrollvorschriften verzichten könnte. Zum Ausmaß der Belastungen ist darauf hinzuweisen, daß die unseren<sup>16</sup> vergleichbaren Regelungen in den USA seit vielen Jahren existieren, ohne daß die auch sehr exportorientierte amerikanische Wirtschaft dagegen so Sturm gelaufen wäre, wie dies jetzt aus gewissen Kreisen der deutschen Wirtschaft geschieht. Außerdem ist das Kernstück der Kontrollen auf den höchst sensiblen Bereich der Herstellung von A-, B- und C-Waffen und die Raketentechnologie beschränkt. Der außenpolitische Schaden, der bei deutschen Beteiligungen in diesen Bereichen entsteht, rechtfertigt zusätzliche Belastungen auch für Wirtschaftsunternehmen. Es wird allerdings entscheidend darauf ankommen, daß die Arbeitsweise der deutschen Genehmigungsbehörde, des Bundesamtes für Wirtschaft, endlich den Minimalforderungen einer<sup>17</sup> modernen und effizienten Verwaltung entspricht und damit die zusätzlichen Belastungen der Wirtschaft in akzeptablen Grenzen gehalten werden. Laut BMWi soll dies Anfang 1990 der Fall sein.<sup>18</sup>

Ackermann

**Referat 424, Bd. 162328**

<sup>14</sup> Dem Vorgang beigelegt war eine Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 10. Oktober 1989 mit Informationen zu außenwirtschaftlichen Regelungen und Kontrollen in anderen Industriestaaten. Vgl. Referat 424, Bd. 162328. Vgl. Anm. 7.

<sup>15</sup> So in der Vorlage.

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „uns“.

<sup>17</sup> Der Passus „Es wird ... Minimalsforderungen einer“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

<sup>18</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

359

**Botschafter Lewalter, Sofia, an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 784****Citissime****Aufgabe: 13. November 1989, 12.50 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 13. November 1989, 13.50 Uhr**

Betr.: Innenpolitische Entwicklung nach Rücktritt Schiwkows und Wahl  
Mladenows zum GS der BKP

Bezug: DB Nr. 780 vom 11.11.1989 – Pol 320.11<sup>2</sup>

1) Drei Tage nach dem „historischen“ ZK der BKP (10.11.89), das die bereits am Vorabend vom PB beschlossene Ablösung Todor Schiwkows bestätigte und AM Petar Mladenow an die Spitze der Partei berief, ist in der Öffentlichkeit in Sofia von einer Wende oder von Aufbruchstimmung nichts zu spüren. Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen vermelden<sup>3</sup>, was von ihnen erwartet wird, daß sie nämlich vom „Ende einer Epoche“ sprechen. Die Straßen und Plätze füllen sich nicht mit Menschen, die ihrer Freude oder Hoffnung Ausdruck geben. Das Leben scheint weiterzugehen wie zuvor. Die Bevölkerung verhält sich abwartend und kann offensichtlich noch nicht glauben, daß sich etwas bewegen wird.

Der Eindruck der Ruhe täuscht. Die Partei, von der ihr neuer GS vor dem ZK sagte, daß sie auch weiterhin „Vorhut und führende Kraft“ sein solle, ist voll und ganz mit sich selbst beschäftigt. Der Kampf um das Erbe ist bislang nur in einem Punkt entschieden. Offen bleibt, wer Todor Schiwkow als Staatsratsvorsitzender ablösen soll, ob die Erneuerung an der Spitze nicht auch zu einschneidenden Veränderungen im PB und im Ministerrat führen muß und ggf. zu welchen.

2) Mladenows Wahl zum GS ging offensichtlich eine Auseinandersetzung zwischen Reformern und Konservativen voraus, die allerdings auch der Auffassung waren, daß, mit Schiwkow weiterhin an der Spitze, der Partei Richtung, Zusammenhalt und die Fähigkeit zur Machtausübung verlorenzugehen drohe. Die letzteren sammelten sich um PB-Mitglied Dimitar Stojanow, früherer Innenminister, jetzt ZK-Sekretär und Mitglied des Staatsrads, ein Mann, der mit der Macht und dem Apparat umzugehen weiß. Er soll am Abend des 9.11. nur knapp das Ziel verfehlt haben, dem ZK zur Wahl ins Amt des GS vorgeschlagen zu werden, und dürfte jetzt versuchen, bei der Neuverteilung von Ämtern sich selbst und seinem Anhang Einfluß und Macht zu sichern.

Manches spricht dafür, daß Mladenow auch nach dem Vorsitz im Staatsrat strebt, nicht zuletzt das Moskauer Vorbild, wie auch deutlich wird, daß Mladenow der Wunschkandidat Gorbatschows war, dessen Glückwunschtelegramm von der hiesigen Sowjetbotschaft bereits am Vormittag des 10.11. übermittelt wurde und,

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Zimmermann, Sofia, konzipiert.  
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 13. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Götz verfügte.  
Hat Götz vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Lewalter, Sofia, informierte über die Wahl des bisherigen bulgarischen Außenministers Mladenow zum Generalsekretär des ZK der BKP nach dem Rücktritt Todor Schiwkows von allen Partei- und Staatsämtern. Vgl. Referat 214, Bd. 139824.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „vermeiden“.

zusammen mit der Nachricht vom Rücktritt Schiwkows, in den Mittagsnachrichten des BUL Rundfunks verlesen werden sollte. Beide Meldungen seien „in letzter Minute“ unterdrückt worden. Daraufhin sei die Nachricht vom Wechsel an der Spitze der BKP in Moskau bereits gelaufen, als die BUL Nachrichtenagentur BTA<sup>4</sup> sie noch zurückgehalten habe, angeblich aufgrund einer Äußerung Gerassimows am frühen Nachmittag des 10.11. ausländischen Journalisten gegenüber.

3) Mladenows Nachteil in der gegenwärtigen Situation, in der Teile des Apparats eine Demontage alter Prinzipien, ihrer Machtstellung und ihrer Privilegien befürchten, ist das Fehlen einer Hausmacht im Mittel- und Unterbau der Partei.<sup>5</sup> Dies wird insbesondere von Gruppen in und am Rande der Partei als Herausforderung empfunden, die bislang wegen ihres Eintretens für Perestroika und Glasnost, mehr Demokratie und Öffnung, Schwierigkeiten hatten. Andere, die von außerhalb der Partei Einfluß auf eine Entwicklung BULs in Richtung auf Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der MR und Demokratie nehmen wollen und wie Öko-Glasnost „unter dem Schutz“ des KSZE-Ökoforum in Sofia (16.10.–3.11.1989)<sup>6</sup> auftreten und sich artikulieren konnten, scheinen ebenfalls bereit zu sein, Mladenow zu unterstützen, wenn denn „der neue Mann eine neue Politik“ bedeutet.

Wie wir erfahren, trafen sich an den letzten Abenden und am Wochenende in Privatwohnungen Vertreter aller solcher Gruppen, um über die Möglichkeit zu sprechen, durch Demonstrationen, die sie anmelden wollen, dem neuen GS der BKP ihre Unterstützung zu versprechen und die Bevölkerung dazu aufzurufen, seine Bemühungen mitzutragen.

Für kommenden Samstag<sup>7</sup> soll versucht werden, eine solche Versammlung auf dem Platz vor der Alexander-Newski-Kathedrale einzuberufen, auf der nach dem Vorbild der Demonstration auf dem Alexanderplatz in Berlin<sup>8</sup> Vertreter aller Bevölkerungsgruppen zu Wort kommen sollen. Eine Video-Kassette mit Aufnahmen dieser Massenkundgebung wird jetzt hier als Lehrbeispiel gezeigt, ein weiteres Beispiel dafür, wie die Ereignisse in der DDR auf die Entwicklung hier übergegriffen haben.

4) Erste Gespräche über die Bildung einer „Volksfront“, die allen kritischen und oppositionellen Gruppen ein Dach schaffen könnte und für die diskreditierte „Vaterländische Front“, Sammelbecken für die von der BKP beeinflußten und gegängelten Massenorganisationen, ein Gegengewicht schaffen würde, sollen gescheitert sein. Mladenows Beharren auf dem Führungsanspruch der BKP scheint die Bereitschaft der antikommunistischen Opposition zum Zusammengehen mit reformierten Kräften aus der BKP zu bremsen. Gleichwohl sollen sie sich mit einer gemeinsamen Kundgebung einverstanden erklärt haben.

5) Die scheinbare Ruhe, die nach dem ZK-Plenum zunächst eintrat, dürfte nicht viel mehr sein als ein Atemholen vor der zweiten Phase. Wie lange dies dauern

<sup>4</sup> Bulgarska Telegraphia Agenzia (Bulgarische Telegrafenagentur).

<sup>5</sup> Der Passus „Fehlen einer ... der Partei“ wurde von Legationsrat I. Klasse Götz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „+ Gesundheit“.

<sup>6</sup> Zum KSZE-Umweltschutztreffen vgl. Dok. 343.

<sup>7</sup> 18. November 1989.

<sup>8</sup> Zur Demonstration vom 4. November 1989 in Ost-Berlin vgl. Dok. 347, besonders Anm. 2.

und wie die Sammlung der Kräfte ausgehen wird, ist zur Stunde nicht abzusehen. Eine vorsichtige Prognose läßt sich jedoch wagen: Ein Schritt zurück ist kaum denkbar. Möglich allerdings erscheint, daß sich für Mladenow, der zu kämpfen haben wird, wie uns ein enger Mitarbeiter von ihm bestätigte, die Notwendigkeit ergibt, Kompromisse auf Zeit zu schließen. Aber schon in einer solchen Übergangsphase dürften politische und gesellschaftliche Prozesse beginnen, die den Bruch mit der Vergangenheit sichtbar machen. Auf jeden Fall braucht der neue GS auch von unserer Seite Verständnis und Geduld.

Sein Zeitplan, so erfuhren wir heute aus der Umgebung von Parlamentspräsident Stanko Todorow, soll wie folgt aussehen:

- am Wochenende ZK-Plenum, das ein neues PB wählen soll (etwa die Hälfte der bisherigen Mitglieder soll ausscheiden);
- in der darauffolgenden Woche Sitzung der Volksversammlung, von der man die Bestätigung eines neuen Ministerrats (Mladenows Kandidat für den Vorsitz der jetzige Außenhandelsminister Lukanow) und die Wahl des neuen Staatsratsvorsitzenden erwarte (falls nicht Mladenow, dann „im Vorgriff auf die neue Verfassung“ eine Persönlichkeit mit Integrationskraft, aber ohne starke politische Macht);
- eine zweite Sitzung der Volksversammlung im Dezember (erste Verfassungsänderungen und Etatheratung);
- im ersten Jahresdrittel 1990 der 14. Parteikongreß (sollte 1991 stattfinden, wurde dann auf letztes Jahresdrittel 1990 anberaumt).

Angesichts der Zusammensetzung der BKP-Kader dürften hier ähnliche Operationen und Taktiken des Umbaus erforderlich sein, wie sie Gorbatschow in der SU anwandte und anwendet. Der sowjetische Botschafter Scharapow war hinter den Kulissen tätig und steht als Berater zur Verfügung. Angesichts des in Moskau bereits zurückgelegten Wegs dürfte der Zeitbedarf fürs Nachholen geringer sein. Aber hier wie dort gehen die Reformanstöße von oben, von den fortschrittswilligen Kräften der Führung und von der Intelligenz, aus. Druck von unten, der Dämme einreißt und wegspült, kann sich erst in längerer Frist aufbauen.

[gez.] Lewalter

**Referat 214, Bd. 139824**

**360****Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt****VS-NfD****Fernschreiben Nr. 2950****Aufgabe: 13. November 1989, 19.22 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 13. November 1989, 19.45 Uhr**

Betr.: Frankreich und die Ereignisse in der DDR

**1) Die Stimmung in Frankreich**

Die „Nacht der Freiheit“ vom 9. November 1989 hat die Welt verändert. Davon ist auch Frankreich überzeugt. Staunen und Bewunderung herrschen hier. Staunen wegen der Schnelligkeit, mit der sich die Ereignisse überstürzen, Bewunderung wegen der Selbstbeherrschung des deutschen Volkes:

Eine Revolution vollzieht sich ohne Blutvergießen. Die Bevölkerung der DDR ertrotzt die Öffnung der Grenze und das Versprechen freier und geheimer Wahlen. Im 200. Jahr der Französischen Revolution, die hier bis zur Erschöpfung gefeiert worden ist, sieht sich die französische Nation plötzlich einer ähnlich gewaltigen Umwälzung in der Wirklichkeit gegenüber. Der Durchbruch durch die Mauer gleicht dem Abbruch der Bastille.<sup>2</sup>

Eine lange bezweifelte Erkenntnis bricht sich Bahn. Die deutsche Nation fühlt sich als eine einzige, sie ist eins. Sie ist nur künstlich getrennt. Sie hat sich nicht auseinandergelebt. Die Ideologie auf der anderen Seite war höchstens ein dünner Firnis.

Frankreich ist auch menschlich mitgerissen, durch die Bilder still vor sich hin weinender Menschen und durch den Jubel derer, die sich in die Arme fliegen. Ein Franzose schreibt mir: „Was doch die deutschen Tugenden vermögen, wenn sie im Dienst der Freiheit wirken.“

Frankreich wird aber auch zum ersten Mal in dieser Dichte und Fülle mit einem Teil der Leiden konfrontiert, die Deutschland seit 1945 durchmachen mußte. Die Fernsehbilder von den geglückten und gescheiterten Fluchtversuchen gehen nahe. Der Tod Peter Fechters<sup>3</sup>, der vor aller Augen noch einmal stirbt und nach Stunden des Verblutens weggetragen wird, steht für die Qualen aller übrigen. Die Bravourstücke der Freiheitsliebenden werden wieder vorgeführt: von den Tunnelbauten bis zum verwegenen Ballonflug über die Grenze.

Während noch bis in diese Tage „Deutschlandexperten“ behaupten konnten, die Bevölkerung in der DDR habe nie aufzustehen gewagt wie die Polen und Ungarn, wird jetzt an 1953<sup>4</sup> erinnert, das man fast vergessen habe. Es wird daran erinnert, daß, im Gegensatz zu Polen und Ungarn, mehrere sowjetische Armeen auf dem Boden der DDR stationiert sind und daß der Mut der Bevölkerung also

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten vorgelegen.

<sup>2</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „Paul Fechters“.

Der achtzehnjährige Peter Fechter starb am 17. August 1962, nachdem er bei einem Fluchtversuch an der Berliner Mauer von Grenzsoldaten der DDR angeschossen worden war.

<sup>4</sup> Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

um so mehr zu bewundern ist. Die Insinuation, daß andere mutiger seien, während in der DDR die Friedhofsrufe herrsche, daß man dort kusche, daß dort nach 40 Jahren viele vielleicht doch Marxisten geworden seien – alle diese Deutungen sind wie weggeschwommen.

Am 11. November, bei der Gedenkfeier zum Waffenstillstand 1918 am Arc de Triomphe, nahm das Händeschütteln mit mir kein Ende. Die Botschafter, aus eigenem Antrieb sicher, aber auch durch die französische Umgebung beeinflußt, wünschten Glück und fanden zu Herzen gehende Worte. Der Anlaß des Tages schien vergessen. Unsere Landsleute „von drüben“ waren die Helden des Tages.

Die Stimmung in Frankreich wird durch eine Sondage von heute belegt, wonach 62 Prozent der Franzosen eine baldige staatliche Wiedervereinigung Deutschlands für sicher oder wahrscheinlich halten, 60 Prozent meinen, daß dies für Frankreich gut sei, und 70 Prozent sind der Ansicht, eine solche Entwicklung bedeute für den weiteren Aufbau Europas kein Hindernis.<sup>5</sup>

## 2) Sorgen über die Folgen

Der französische Außenminister hat diese Nacht als das größte Ereignis seit 1945 bezeichnet. Das heißt: Die Welt von gestern bricht zusammen. Was wird, was soll an die Stelle der bisherigen Ordnung treten?<sup>6</sup>

Nicht so sehr die Bevölkerung, aber die Medien und vor allem die politische Klasse stellen diese Frage. Welches sind die Folgen, wie lassen sich die Ereignisse beherrschen, wie nutzen?

Hier kehren die Sorgen zurück, ja die Ängste, vor allem vor den Folgen einer Wiedervereinigung. Wenn die Sondage stimmt, geht es hier nur noch um 40 Prozent der Bevölkerung, aber nach meiner Ansicht um die Mehrheit der Meinungsmacher und in der politischen Klasse.

Einige glauben, die Wiedervereinigung Deutschlands stünde vor der Tür. Das ist ein unreflektiertes Gefühl: als wenn die Durchbrechung der Mauer den Fall der Grenze bedeutete, als wenn es keine Zugehörigkeit der DDR zum Warschauer Pakt gäbe<sup>7</sup>. Bedurfte es der Erklärungen von Schewardnadse und Krenz, um diese Tatsachen ins Gedächtnis zurückzurufen?

Andere verbreiten eine Schreckenskarte, in der die Bundesrepublik Deutschland, aus der Europäischen Gemeinschaft ausgeklammert, ein riesiges mitteleuropäisches Reich bis an die Grenzen der Sowjetunion „beherrscht“. Daneben nimmt sich das Europa der Elf, flächenmäßig gesehen, geradezu kümmerlich aus. Alfred Grosser trägt diese Karte in seiner Brieftasche mit sich, um die französischen Ängste durch sie zu erhellen.

Wer sich nicht um den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der EG sorgt, der meint zumindest, das große Wirtschaftsgewicht eines immer mehr zusammenwachsenden Deutschland werde ein destabilisierendes Ungleichgewicht herbeiführen.

<sup>5</sup> Zu der von Louis Harris im Auftrag der Tageszeitung Le Figaro durchgeführten Umfrage vgl. den Artikel „60% des Français sont pour l'unité allemande“; LE FIGARO vom 13. November 1989, S. 7.

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

<sup>7</sup> Der Passus „als wenn ... Pakt gäbe“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

### 3) Die Äußerungen des offiziellen Frankreich

Auch das offizielle Frankreich versagt uns seine Bewunderung und Mitfreude nicht. Dumas hat beides ausgesprochen.

Chirac meint, die Wiedervereinigung müsse kommen, Giscard, sie sei verfrüht. Damit spricht Giscard aus, was mindestens 40 Prozent der Franzosen, wenn man der Umfrage traut, mit Erleichterung quittieren werden. Aber er tut es auf eine Weise, die ihm in Deutschland kaum Freunde machen wird und die den Verdacht erweckt, als sollte sich der Westen eher gegen diese Entwicklung sträuben, als sie richtig steuern. Um wieviel klüger Mitterrand, der davon spricht, daß eine alte Ordnung zerbreche, daß eine neue, bessere Ordnung entstehen werde und daß wir im Übergang mit Turbulenzen rechnen müßten. Für ihn also schmilzt hier eine Masse, aus der wir eine neue Gestalt formen können.

Von der Wiedererstehung des Bismarckreichs ist weniger die Rede. Es bleibt die Sorge, wie gesagt, vor der erdrückenden Wirtschaftsmacht<sup>8</sup> von 60 plus 17 Millionen Deutschen und die Unruhe, ob die Bundesrepublik Deutschland ihre Energie nicht doch den neuen Bewegungen im Osten zuwenden werde und dadurch sich von der Mitarbeit an der Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses werde abziehen lassen.

### 4) Erste Schlußfolgerungen

Ich möchte aus diesen ersten Einschätzungen folgende Schlußfolgerungen für unsere Arbeit in Frankreich ziehen:

Wir können mit dem großen Goodwill wuchern, der durch die Freiheitsliebe unserer Landsleute und ihren herzlichen Empfang in der Bundesrepublik Deutschland entstanden ist. Je beherrschter wir über die Folgen diskutieren, zusammen mit den Franzosen die Konsequenzen bedenken und unsere Aktionen beraten, desto mehr wird die Hochachtung steigen. Denn wenn wir uns jetzt von Emotionen mitreißen ließen, würde das jeder Franzose auch verstehen.

In der Sache müssen wir klarmachen, daß wir weiterhin eisern an dem Ziel festhalten, sowohl den europäischen Einigungsprozeß voranzubringen als auch die Teilung Europas zu überwinden, und zwar unter den Bedingungen, die wir dazu aufgestellt haben, und mit den Instrumenten der KSZE-Politik – kurz, daß die „Vereinigung Deutschlands“ – vielleicht sollte man sich diesen Ausdruck zu eigen machen, um anzuseigen, daß unsere Politik nicht rückwärtsgewandt ist –, daß eine solche Vereinigung nur im europäischen Zusammenhang möglich sein wird.

Es geht zunächst darum, eine neue Ordnung in der DDR entstehen zu lassen und sie durch unsere Hilfe von außen abzustützen, durch Ermutigung und durch wirtschaftliche Hilfe, die, ähnlich wie die gegenüber den anderen Reformstaaten, zusammen mit unseren Partnern geleistet werden sollte. Auch sollten wir noch stärker mit dem Argument arbeiten, daß nur das „westliche Konsortium“ diese Bürde schultern kann, weil sie für uns allein zu groß ist.<sup>9</sup> Die gemeinsame Hilfe sollte aus Engagement für die Freiheit, aus Solidarität mit uns und auch aus

<sup>8</sup> Der Passus „Es bleibt ... erdrückenden Wirtschaftsmacht“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten hervorgehoben. Dazu drei Kreuze.

<sup>9</sup> Der Passus „Es geht ... groß ist“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten hervorgehoben. Dazu Häkchen.

dem Interesse gespeist sein, daß Gemeinschaftsaktionen dem Gewicht der Bundesrepublik Deutschland im Osten die Waage halten.

Diese Grundlinien unserer Politik überzeugend darzulegen und in immer neuen Variationen zu wiederholen, scheint mir, gerade gegenüber unserem Hauptpartner Frankreich, die erste Priorität für die nähere Zukunft.

[gez.] Pfeffer

**Referat 411, Bd. 160568**

**361**

**Gespräch des Bundesministers Genscher  
mit dem britischen Außenminister Hurd**

**15. November 1989<sup>1</sup>**

Von BM noch nicht genehmigt.

Deutsch-britische AM-Konsultationen am 15.11.89<sup>2</sup>

**1) Gesprächsteilnehmer**

Britische Seite: AM Douglas Hurd; Stephen Wall, Ministerbüro Hurd;

deutsche Seite: BM Genscher; VLR I Mützelburg, 010; Frau Notbohm, Dolmetscherin.

**2) Zusammenfassung**

Es handelte sich um Antrittsbesuch AM Hurds. Gespräch war konzentriert auf West-Ost-Beziehungen, insbesondere Entwicklungen in DDR. Weitere Gesprächsthemen: WWU und Sozialcharta, Namibia, Kambodscha.

Übereinstimmung: positive Bewertung der Entwicklung in DDR. Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens der EG-MS in Mittel- und Osteuropa mit Ziel stabiler Rahmenbedingungen für Reformprozesse; bedeutsam in diesem Zusammenhang, daß von Treffen in Paris politisches Signal an Mittel- und Osteuropa ausgeht, wonach der Westen Probleme und Verwerfungen im Zusammenhang mit Reformen nicht zu seinem Vorteil ausnutzen wird (keine Konkurrenzstrategie des Westens!); Mandat an EG-KOM, Verhandlungen mit DDR zu eröffnen; Notwendigkeit der fantasievollen Entwicklung von Modellen der Zusammenarbeit zwischen EG und einzelnen Reformstaaten, die spezifischem Entwicklungsstand jeweiligen Staates entsprechen; Begrüßung Wahlergebnisses in Namibia; Sorge über Rolle der Khmer Rouge in Kambodscha.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 17. November 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe vorgelegen.

Für einen britischen Bericht über das Gespräch vgl. <https://www.margaretthatcher.org/source/prem19/prem19-2997, S. 268–273. Vgl. dazu außerdem DBPO III/VII, Dok. 52.>

<sup>2</sup> Der britische Außenminister Hurd hielt sich am 15./16. November 1989 in der Bundesrepublik auf.

Meinungsverschiedenheiten: Weiterentwicklung der EG in monetärem Bereich: GB lehnt mit bekannten Bedingungen weiterhin ab, über Phase 2 und 3 des Delors-Berichtes zu entscheiden; BM betont, daß Stagnation in EG-Integration falsches Signal für Reformprozeß in MOE gibt und fristgerechte Vollendung gemeinsamen Binnenmarktes gefährdet.

Im einzelnen:

a) BM auf Fragen AMs nach Zielen des Treffens der Regierungschefs und AM der Zwölf in Paris am 18.11.1989<sup>3</sup>: Ziele noch nicht völlig klar, Präsidentschaft offenbar an Meinungsäußerung der Europäer vor amerikanisch-sowjetischem Gipfel<sup>4</sup> interessiert. Hauptpunkt vermutlich Diskussion der Entwicklungen in MOE.

Wichtig: gemeinschaftliche Antwort der EG-Zwölf auf Reformentwicklungen; auch Entwicklungen in DDR einzubetten in europäische Politik; wir streben keinen nationalen Alleingang an.

b) BM unterrichtet Gast über deutsche Ministerrunde zur Deutschlandpolitik vom 15.11.1989: auf Öffnung der Grenzen durch DDR<sup>5</sup> positives Signal der EG erforderlich in Form Mandats für EG-KOM zur Aufnahme von Verhandlungen mit DDR<sup>6</sup>. Deutsche Überlegungen zur Stützung Reformprozesses: Steigerung Besucherverkehrs durch Erhöhung Besuchergeldes, die immer noch billiger als Aufnahme großer Zahl von Übersiedlern. In Diskussion: Erhöhung Besuchergeldes auf 300 DM, aber gegen Umtausch in Ost-Mark, wobei Wechselkurs subventioniert wird (etwa Verhältnis 1:4). Dadurch gewonnene Ost-Mark sollen in Sonderfonds fließen, aus dem in Abstimmung mit DDR dortige Projekte, etwa Bau von Hotels, Umweltschutzmaßnahmen etc. finanziert werden sollen.

Auf Fragen AMs schlossen sich Ausführungen BMs zum Komplex der Aus- und Übersiedler aus MOE an.

c) BM unterrichtet Gast auf dessen Frage über Eindrücke von Polen-Reise<sup>7</sup>: Katastrophale wirtschaftliche Situation, verschärft durch Hortung der landwirtschaftlichen Produkte, weil Erzeuger Produkte in Erwartung einer Währungs- und Preisreform zurückhalten; dringend erforderlich: Währungsbeistand durch IWF, westliche Investitionen in produktiven Bereichen; D bereit, sich an von USA vorgeschlagenem Fonds von 1 Mrd. Dollar<sup>8</sup> mit 250 Mio. zu beteiligen.

<sup>3</sup> Am 18. November 1989 fand in Paris ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1989, S. 59f. Vgl. dazu auch Deutsche Einheit, Dok. 94 und Dok. 94A, sowie KOHL, Erinnerungen 1982–1990, S. 983–985, sowie GENSCHER, Erinnerungen, S. 662f. Der französische Staatspräsident Mitterrand erklärte bei seiner anschließenden Pressekonferenz, vorrangig seien die Entwicklungen in Osteuropa und die Haltung der EG dazu besprochen worden. Dazu seien die EG-Kommission und die Staaten der Troika – Frankreich, Irland und Spanien – beauftragt worden, Handlungsmöglichkeiten zu untersuchen, unter denen Mitterrand auch die Gründung einer Entwicklungsbank für Osteuropa nannte. Vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGERE 1989 (November/Dezember), S. 58–65. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 4f. (Auszug).

<sup>4</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

<sup>5</sup> Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregelung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

<sup>6</sup> Zu den bisherigen Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der DDR vgl. Dok. 283, Anm. 26.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Bundesminister Genscher begleitete ihn am 9./10. November 1989. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

<sup>8</sup> Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

*AM:* GB will ebenfalls Fonds beitreten, konkrete Zahlen in Diskussion; Infrastrukturprobleme in Polen offenbar enorm, vor allem Mängel im Verteilungssystem. Sorge, daß Solidarność und Regierung Mazowiecki aufgrund Schwierigkeiten wirtschaftlicher Form Rückhalt in Bevölkerung verlieren.

*BM* teilt Sorge. Bisher genießt Regierung noch Vertrauen. Voraussetzungen wirtschaftlichen Aufschwungs jedoch mit Abstand schlechter als in DDR und in ČSSR (Hinweis auf hohe wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands und der ČSSR vor Zweitem Weltkrieg). Falls DDR morgen mutige Wirtschaftsreformen anpacke, sei schnell beachtliche Aufwärtsentwicklung möglich.

*AM* weist auf Sorgen britischer Geschäftswelt, daß deutsche Industrie bei rapider Entwicklung in DDR gegenüber GB erhebliche Wettbewerbsvorteile habe. Wie schnell sei Handelsausbau zu erwarten?

*BM:* Hängt von Tempo der Reformentwicklung in DDR ab.

d) *BM* auf Frage nach Beurteilung der Entwicklungen in DDR durch SU: Stabilität in DDR für SU wichtig wegen geostrategischer Lage der DDR, aber auch wegen dortiger Anwesenheit von 22 sowjetischen Divisionen. DDR-Bevölkerung werfe daher in sehr kluger, besonnener und verantwortungsvoller Weise zwar die Frage nach inneren Reformen, nach freien Wahlen, Parteienpluralismus etc., nicht aber die Frage des Verhältnisses zur Bundesrepublik auf.

*AM:* Können sie dies weiterhin sicherstellen, was geschieht bei freien Wahlen?

*BM:* Beruht auf eigener Einsicht der DDR-Bevölkerung; auch bei freien Wahlen kaum zu erwarten. Auch in Polen wird Verbleib in WP – anders etwa als in Ungarn – nicht diskutiert. In allen „Frontlinienstaaten“, die direkte Grenze zu Westen haben, wird Stabilitätsbedürfnis der SU berücksichtigt.

Wie hat sich SU als Statusmacht gegenüber GB geäußert?

*AM:* Sowjetischer Botschafter<sup>9</sup> hat ihm gegenüber erhebliche Sorge über gewisse Äußerungen in Bundesrepublik – nicht die des *BM* – geäußert. SU habe Krenz gewählt und unterstützte seinen Reformkurs. Wirkliche Sorge bestehe über Unverletzlichkeit der Grenzen, auch die der DDR. Äußerungen des *BM* zur polnischen Westgrenze<sup>10</sup> seien sehr hilfreich gewesen.

*BM:* Gemeinsame Erklärung Kohls und Mazowieckis<sup>11</sup> habe Problem der polnischen Grenze gelöst. Alle Europäer könnten zur Schaffung stabiler Rahmenbedingungen beitragen. Bedeutsam sei insbesondere, daß von Treffen der Regierungschefs und *AM* in Paris am 18.11.89 Botschaft ausgehe, daß der Westen die unvermeidbarweise im Laufe der Reformprozesse auftauchenden Probleme, Instabilitäten und Verwerfungen nicht zum eigenen Vorteil ausnutze und keine „Konkursstrategie“ betreibe.

*AM* stimmt lebhaft zu.

e) *BM* auf Frage nach innerer Situation in SU: Lage sehr kompliziert, nicht nur im wirtschaftlichen Bereich. Wegen hoher Geburtenrate in moslemischen Ländern

<sup>9</sup> Leonid Mitrofanowitsch Samjatin.

<sup>10</sup> Zu den Äußerungen von Bundesminister Genscher vor der VN-Generalversammlung am 27. September 1989 in New York vgl. Dok. 299, Anm. 3.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vom 14. November 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1094–1098.

geht Bevölkerungsanteil der Russen prozentual zurück. In naher Zukunft zu erwarten, daß jeder dritte sowjetische Soldat moslemischer Herkunft; gewaltige Herausforderung durch moslemischen Fundamentalismus. Allerdings würden Probleme im Baltikum vom Westen überschätzt. Falls dort eigenständige Entwicklung erlaubt werde, sei dort am ehesten modellhafter Erfolg der Perestroika möglich. Probleme im Süden der SU dagegen viel ernster; bezeichnend, daß gewaltsame Ausschreitungen nur im Süden der SU.

*AM:* US beabsichtigten, auf bevorstehendem Gipfel erheblichen Druck auf SU wegen baltischer Staaten auszuüben. GB halte dies für Fehler und habe versucht, US zu entmutigen.

*BM:* Problem der baltischen Staaten wäre weniger prekär, wenn es außer Russen nur noch Balten gäbe. Rufe nach Selbständigkeit der Balten machen jedoch Forderungen aus dem Süden nur noch lauter und vehementer. Nationalitätenproblem begleite SU seit Geburtsstunde und sei erst mit Pogromen Stalins verstummt. Wichtig sei, daß die systemimmannten Probleme Gorbatschows nicht von außen verschärft würden.

f) BM auf Frage nach eventuellen Rüstungskontrollvorschlägen Gorbatschows anlässlich amerikanisch-sowjetischen Gipfels: Westen habe durch NATO-Gipfel<sup>12</sup> erneut Initiative ergriffen. Gorbatschow werde vermutlich versuchen, Initiative durch präzise und wirksame Vorschläge zurückzugewinnen. Objektive Analyse müsse sowjetischen Führern zeigen, daß erhebliche Verringerung der Verteidigungslasten in ihrem Interesse, weil von Westen keine Bedrohung ausgehe und Aufrechterhaltung riesiger Militärmaschine daher sinnlos.

*AM* wendet ein, daß Militärmaschine Teil des sowjetischen Systems; Frage sei, wieweit politische Führung das Militär unter Kontrolle habe, da zu schnelle Reduzierung sonst erhebliche Probleme schaffen könne.

*BM* sieht Vorrang der Politik vor Militärs. Streben nach militärischer Überlegenheit sei Ergebnis expansiver Außenpolitik gewesen; durch Aufbau einer Druckkulisse sollte Westeuropa für politische Erpressung anfällig gemacht werden. Nachdem politische Grundsatzentscheidung gegen expansive Außenpolitik gefallen sei, folge Reduzierung der Militärausgaben als gewollte Konsequenz.

g) BM greift auf Frage AMs nach Perspektiven für Straßburger ER<sup>13</sup> die Guildhall-Rede der Premierministerin<sup>14</sup> auf: Falls er richtig verstanden habe, glaube die PM, daß man als Antwort auf Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa das Tempo der europäischen Integration, vor allem im monetären Bereich, drosseln solle. Sie zögere, jetzt nationale Souveränitätsrechte zu übertragen. Er sehe die Dinge genau umgekehrt. Die Stimulierung der Reformprozesse sei nur möglich, wenn die europäische Integration weitere Fortschritte mache. Eine Stagnation in Straßburg sei das falsche Signal gegenüber dem Osten, aber auch dem Westen. Bei Aufgabe der Ziele der Regierungskonferenz im Währungsbereich könne die Kraft der Integration erlahmen und der erforderliche Schwung für eine fristgerechte Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes verlorengehen.

<sup>12</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>13</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

<sup>14</sup> Für die Rede der britischen Premierministerin Thatcher am 13. November 1989 in der Londoner Guildhall vgl. <https://www.margaretthatcher.org/document/107821>.

*AM* hielt es ebenfalls für wichtig, in Straßburg einen Fehlschlag und insbesondere eine größere Auseinandersetzung zu vermeiden. GB strebe letztlich dasselbe wie seine Partner, aber auf einem anderen, nach seiner Auffassung richtigeren, weil liberaleren Weg an. Im übrigen glaube er nicht, daß in den Straßen von Leipzig die Frage der zweiten und dritten Phase des Delors-Berichtes<sup>15</sup> eine größere Rolle spielen werde.

*BM* replizierte, daß es um die Dynamik der weiteren Integration gehe.

*AM* stimmte zu, daß Dynamik der EG-Integration zu erhalten sei; es frage sich nur, wohin die Dynamik führen solle. Wie sei etwa mittelfristig das Verhältnis zwischen der EG und den Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa zu gestalten? Sollten sie EG-MS werden? EFTA-MS?

*BM* warnte vor Konzeption künstlicher „blueprints“. Reformstaaten seien weniger an EFTA, sondern eher an spezifischen Arrangements mit der EG interessiert. EG habe in Vergangenheit viele unterschiedliche Modelle der Kooperation mit der Türkei<sup>16</sup>, den Maghreb-Ländern<sup>17</sup>, ASEAN<sup>18</sup>, Zentralamerika<sup>19</sup> etc. entwickelt. Nunmehr sei Phantasie gefordert, angemessene Modelle der Zusammenarbeit mit Polen, Ungarn, der DDR etc. zu entwickeln. Frage, ob Reformstaaten Mitglied der EG werden könnten, sei falsch gestellt. Ein WP-Mitglied könne nicht gleichzeitig EG-Mitglied sein. Eine solche Diskussion beunruhige unnötigerweise die SU, die selbst durchaus Interesse an engerer Zusammenarbeit mit EG habe.

*AM* stimmt zu, daß nach gemeinsamer Analyse in gemeinsamem Ansatz maßgeschneiderte Modelle der Zusammenarbeit zu entwickeln seien, die dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der Reformstaaten Rechnung trügen.

h) Hinsichtlich Namibias stimmten beide *AM* darin überein, daß das Wahlergebnis besser kaum vorstellbar für eine auf Kompromiß und Verständigung angewiesene Verfassungsdebatte ausgefallen ist.<sup>20</sup> Ergebnis werde möglicherweise Zieldatum für die Unabhängigkeit beschleunigen.

<sup>15</sup> Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

<sup>16</sup> Am 12. September 1963 schlossen die EWG und die Türkei ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation. Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 387–443.

<sup>17</sup> Die Kooperationsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit den Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien wurden im April 1976 in Algier, Rabat und Tunis unterzeichnet. Sie wurden durch Verordnungen des EG-Rates auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 26. September 1978 verabschiedet und traten am 1. November 1978 in Kraft. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1978, S. 75, bzw. BULLETIN DER EG 11/1978, S. 73.

<sup>18</sup> Vgl. dazu das Kooperationsabkommen vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedsstaaten; AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 12. November 1985 zwischen der EWG und den Partnerländern des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) sowie Panama vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 172 vom 30. Juni 1986, S. 2–11.

<sup>20</sup> In Namibia fand zwischen dem 7. und 11. November 1989 die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung statt. Die SWAPO erhielt 57% der Stimmen, die Demokratische Turnhallenallianz (DTA) 29%. Ministerialdirigent Sulimma resümierte am 17. November 1989: „Das Wahlergebnis übt einen für eine demokratische Entwicklung Namibias sicher förderlichen Druck auf die SWAPO zu Kompromißbereitschaft und Zusammenarbeit aus. Da keine der anderen Parteien eine Sperrminorität besitzt oder ihre Stimme zum Erreichen der 2/3-Mehrheit unabdingbar erforderlich ist, würde ein zu starres Festhalten an Minderheitenpositionen sie ins Abseits führen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155888.

i) AM äußerte Sorge über Kambodscha. Die Erfolge der Khmer Rouge auf dem Schlachtfeld führten zu kritischen Reaktionen der britischen Medien. GB habe hinsichtlich der Wirtschaftshilfe an Kambodscha leichte Kurskorrektur vorgenommen und steige etwas stärker ein.

BM teilte Sorge über mögliche Rückkehr der Khmer Rouge, auch wenn Entwicklung in Kambodscha noch kein öffentliches Thema in Bundesrepublik sei.

j) Auf Frage BMs nach Situation in Nordirland führte AM aus: Situation wandle sich – wenn auch sehr langsam – auf Druck der konfliktmüden Bevölkerung zum Besseren. Leider denke die politische Führung in Nordirland auf beiden Seiten noch in Kategorien des 17. Jahrhunderts. Die weitere Entribalisierung Nordirlands werde noch erhebliche Zeit dauern. Das größte Problem sei eine Gruppe von ca. 400 erfahrenen Terroristen (pool of killers), die nahezu apolitisch seien und über Waffen und Geld im Überfluß verfügten.

AM dankte in diesem Zusammenhang für gute Kooperation mit D bei Terroristenbekämpfung und brachte Mitgefühl für Übergreifen der IRA-Aktivitäten in Bundesrepublik<sup>21</sup> zum Ausdruck. Er bat, soweit möglich, die Kontakte zu Nordirland in allen Bereichen zu verstärken, damit Nordirland sich nicht vom Rest Europas verlassen fühle.

k) Der weitere Verlauf des Gespräches, insbesondere während Abendessens, drehte sich um die innenpolitische Situation in GB und D, wobei BM innenpolitische Situation in Bundesrepublik vor den Wahlkämpfen des nächsten Jahres<sup>22</sup> darstellte.

#### **Referat 010, Bd. 178922**

## **362**

### **Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Kimmitt**

**204-321.16 USA**

**15. November 1989<sup>1</sup>**

Gespräch StS Sudhoff–Under Secretary Kimmitt am 15.11.89 in Bonn

1) StS Sudhoff empfing am 15.11. den Under Secretary for Political Affairs im State Departement, Robert M. Kimmitt, zu einem etwa einstündigen Gespräch. (Teilnehmer: Botschafter Walters, Special Assistant Eric Edelman, Erster Sekre-

<sup>21</sup> Zur Festnahme zweier mutmaßlicher Mitglieder der „Provisional Irish Republican Army“ an der deutsch-niederländischen Grenze vgl. Dok. 27, Anm. 26.

<sup>22</sup> Für 1990 standen außer Bundestagswahlen Landtagswahlen im Saarland sowie in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern an.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 17. November 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 21. November 1989 vorgelegen.

tär Bob Bradtke, D2<sup>2</sup>, RL 204<sup>3</sup>). Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Entwicklung in der DDR und das beiderseitige Interesse an enger Konsultation.

2) *StS* und *Kimmitt* unterstrichen die Wichtigkeit enger Konsultation und Abstimmung angesichts der Entwicklungen in der DDR und in anderen Staaten Mittel- und Osteuropas. *Kimmitt* begrüßte in diesem Zusammenhang den bevorstehenden Besuch des BM in Washington<sup>4</sup>. *StS* hob den günstigen Zeitpunkt des BM-Besuchs (Vorbereitung des Treffens Bush–Gorbatschow in Malta<sup>5</sup>) und die Sichtbarkeit sehr enger Zusammenarbeit in dieser wichtigen politischen Phase hervor.

*StS* gab eine Bewertung der jüngsten Entwicklung in der DDR: Die Bevölkerung sei politisch reifer als erwartet, die Entwicklung laufe erstaunlich kontrolliert und diszipliniert ab. Die Menschen seien die ständigen Bevormundungen leid; sie verlangten nach Meinungs- und Wahlfreiheit. Wiedervereinigung sei für sie gegenwärtig kein Thema. Für die weitere demokratische Entwicklung sei das Fehlen geeigneter Strukturen und Führungspersönlichkeiten, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen, ein großes Problem. Der Aufbau solcher Strukturen brauche Zeit und erfordere große Anstrengungen. Für die Reformbewegungen und Blockparteien könnten die von Krenz angekündigten Wahlen<sup>6</sup> deshalb zu früh kommen. *StS* betonte, wir müßten einen kühlen Kopf bewahren. Wir hätten nicht die Absicht, den Reformprozeß, auf den wir so lange mit dem KSZE/Harmel-Konzept<sup>7</sup> hingearbeitet hätten, durch unrealistische Ansätze zu belasten. Es läge uns fern, die von der DDR-Bevölkerung abgelehnte Bevormundung durch eine neue zu ersetzen. *StS* hob die große Bedeutung der Unterstützung, die wir von unseren westlichen Partnern und Freunden erhielten, hervor. Wir streben keinen Alleingang an, die gesamte Entwicklung sei eine europäische Angelegenheit, die nur in einem gesamteuropäischen Rahmen vorangebracht werden könne. Das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs der Zwölf in Paris<sup>8</sup> sei in diesem Zusammenhang das richtige Zeichen. Konkrete Beschlüsse seien von einem derartigen Arbeitssessen nicht zu erwarten. Neben einer Lageanalyse werde wahrscheinlich darüber gesprochen, was die EG tun könne, um die Verhandlungen mit der DDR<sup>9</sup> voranzubringen, und welcher Beitrag von der EG für eine Weiterentwicklung des Reformprozesses geleistet werden könne.

<sup>2</sup> Dieter Kastrup.

<sup>3</sup> Gebhard von Moltke.

<sup>4</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 21./22. November 1989 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 373 und Dok. 374.

<sup>5</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

<sup>6</sup> Bei einer Kundgebung am 10. November 1989 in Ost-Berlin erklärte der Generalsekretär des ZK der SED, Krenz: „Wir setzen uns dafür ein, daß freie Wahlen stattfinden“. Vgl. den Artikel „Kampfgeist und der Wille zur Einheit und Erneuerung der Partei“; NEUES DEUTSCHLAND vom 11./12. November 1989, S. 3.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

<sup>8</sup> Zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18. November 1989 in Paris vgl. Dok. 361, Anm. 3.

<sup>9</sup> Zu den bisherigen Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der DDR vgl. Dok. 283, Anm. 26.

*D2* machte deutlich, daß eine Vier-Mächte-Konferenz nach unserer Auffassung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sinnvoll sei und abgelehnt werde.

*Kimmitt* betonte seinerseits den engen Schulterschluß zwischen Washington und Bonn. Die Allianz behalte ihre zentrale Bedeutung; die Allianzstrukturen seien effektiv und bewährt. *Kimmitt* hob die Bedeutung der Allianz für die europäische Entwicklung und für die Abstimmung der Politik in den West-Ost-Beziehungen hervor. Die Herbsttagung<sup>10</sup> stelle die Allianz vor eine ähnliche Herausforderung wie vor dem NATO-Gipfel<sup>11</sup>: die Festlegung einer gemeinsamen Politik für eine Dekade des Wandels und ihre richtige Präsentation gegenüber der Öffentlichkeit.

*Kimmitt* unterstrich die Bedeutung, die die USA der Erhaltung und Gewährleistung von Stabilität in Europa beimesse. Bush sehe hierin einen wichtigen Aspekt des Treffens mit Gorbatschow. *StS* betonte auch unser Interesse an stabilen Rahmenbedingungen für den Reformprozeß. Botschafter *Walters* fügte unter Hinweis auf sein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Kotschemasow, am 11.11. hinzu, daß die sowjetische Seite fast ausschließlich an Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung bei den Vorgängen in Berlin interessiert gewesen sei. *StS* wies in diesem Zusammenhang auf den Brief Gorbatschows an Bush<sup>12</sup> hin und betonte, wie wichtig es sei, Gorbatschow deutlich zu machen, daß wir aus den Entwicklungen keine zu Lasten der SU gehenden Vorteile ziehen wollten.

*StS* erläuterte die Vorbereitungen eines geplanten Treffens des BK mit GS Krenz durch BM Seiters<sup>13</sup>. In Anbetracht der vielen praktischen Fragen, die sich für uns durch die Öffnung der Grenze<sup>14</sup> und die wirtschaftlichen Auswirkungenstellten, sei ein Treffen für uns unumgänglich. Abwartende Zurückhaltung, die gegenüber der neuen Regierung zunächst angebracht sei, müßten wir deshalb zurückstellen. *D2* hielt deshalb die Durchführung des geplanten Besuchs von Präsident Mitterrand<sup>15</sup> in nächster Zeit nicht für wahrscheinlich. *StS* unterstrich, daß in Zukunft jeder offizielle ausländische Besucher aus dem Westen auch Gespräche mit den Oppositionsgruppen führen müsse. Er stellte in Frage,

<sup>10</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 411.

<sup>11</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>12</sup> Botschafter Ruhfus, Washington, teilte am 13. November 1989 mit: „Am 10. November hat sich Präsident Gorbatschow mit einer schriftlichen Botschaft an Präsident Bush gewandt und darin unter Hinweis auf die außergewöhnliche Situation in der DDR, über die er auch schon mit BK Kohl gesprochen habe, darauf hingewiesen, daß in Berlin (West) eine politische Massenveranstaltung unter Beteiligung von Vertretern der Bundesregierung vorgesehen sei und gleichzeitig eine ähnliche Veranstaltung in Berlin (Ost), woraus sich u. U. eine chaotische Lage mit möglicherweise unabsehbaren Folgen ergeben könnte. Er – Gorbatschow – habe BK Kohl aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um eine daraus evtl. resultierende Komplizierung und Destabilisierung zu verhindern. [...] Erklärungen von Seiten der Bundesrepublik Deutschland über die beiden deutschen Staaten (gemeint ist wohl das Stichwort ‚Wiedervereinigung‘) seien nur geeignet, den sich abspielenden Prozeß zu unterminieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4611; VS-Bd. 13503 (210); B 150, Aktenkopien 1989.

Für das Schreiben Gorbatschows vgl. Referat 210, Bd. 140719.

<sup>13</sup> Bundesminister Seiters hielt sich am 20./21. November 1989 in Ost-Berlin auf. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Krenz, und dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, am 20. November 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 96, und COUNTDOWN ZUR DEUTSCHEN EINHEIT, Dok. 52.

<sup>14</sup> Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregelung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

<sup>15</sup> Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vom 20. bis 22. Dezember 1989 in der DDR vgl. Dok. 431.

daß die gegenwärtige DDR-Führung den Entwicklungen gewachsen sei und die Kontrolle über die Ereignisse habe. Die Öffnung der Mauer sei in dieser Form nicht geplant gewesen. Eine beachtliche Reihe von Fehleinschätzungen sei feststellbar.

*Kimmitt* machte erneut deutlich, daß das Malta-Treffen ein reiner Gedanken-austausch ohne Verhandlungen und ohne Beschlüsse sein werde. Dies entspreche auch den von AM Schewardnadse gegenüber AM Dumas<sup>16</sup> gegebenen Darstellungen. In Paris halte man es dennoch nicht für ausgeschlossen, daß Gorbatschow wie in Helsinki<sup>17</sup> einen Vorschlag für weitere Entspannungsschritte mache, um Aufmerksamkeit zu gewinnen. Kimmitt hielt es nicht für ausgeschlossen, daß Bush den NATO-Rat nach dem Treffen bei Malta persönlich unterrichtet.

3) Bei einem Abendessen in der Residenz des US-Botschafters traf Kimmitt erneut mit StS Sudhoff sowie mit den MDBs Hamm-Brücher und Stobbe, MD Schlagintweit, MD Dobiey, MDg Hartmann, Karl Kaiser, Thomas Kielinger und Friedhelm Kemna zusammen.

#### Referat 210, Bd. 140685

## 363

### Aufzeichnung des Referats 214

VS-NfD

15. November 1989<sup>1</sup>

Von BM noch nicht gebilligt

Betr.: Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags,

15.11.89;

hier: Ausführungen von BM zu Entwicklung in Osteuropa

BM bat eingangs um Vertraulichkeit.

Es habe sich in den Gesprächen mit Polen<sup>2</sup> und den westlichen Partnern gezeigt, daß die Ereignisse in der DDR größte Aufmerksamkeit beanspruchten. Die Reaktion dieser Gesprächspartner sei nicht einheitlich. In POL und UNG

<sup>16</sup> Der französische Außenminister Dumas hielt sich am 13./14. November 1989 in der UdSSR auf.

<sup>17</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Finnland vom 25. bis 27. Oktober 1989. Botschaftsrat I. Klasse Trebesch, Helsinki, teilte dazu am 26. Oktober 1989 mit, Gorbatschow habe am selben Tag in einer Rede „detaillierte Vorschläge zur Sicherheit und Abrüstung in Nordeuropa“ unterbreitet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 334; Referat 213, Bd. 147158.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mütselburg am 17. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe verfügte.  
Hat Elbe vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Bundesminister Genscher begleitete ihn am 9./10. November 1989. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

sei die Sorge groß, daß sich die deutsche Aufmerksamkeit auf die DDR konzentriere und daß POL und UNG vergessen würden. Es sei klar, daß die Entwicklung in der DDR nicht möglich gewesen wäre, wenn sie nicht Teil eines größeren Reformprozesses wäre. Die Stabilisierung in der DDR setze die Stabilität in SU, POL und UNG voraus. Daher habe er im Kontakt mit Delors und Dumas vorgeschlagen, daß die Konferenz der 24 noch 1989 auf AM-Ebene stattfinden solle<sup>3</sup>, wohl vor der NATO-AM-Konferenz am 12./13.12.89<sup>4</sup>. Bis dahin müsse der IWF seine Untersuchungen abgeschlossen haben; die Terminierung der 24er-Konferenz sei als heilsamer Druck auf den IWF hilfreich. In Polen sei eine Währungsreform nötig.

Die Bereitschaft der Beteiligung an Hilfsmaßnahmen sei noch nicht überall groß. D werde 2,5 Mrd. DM Hermes-Deckung sowie 500 Mio. DM als Beitrag zur Stabilisierungsmaßnahme von 1 Mrd. US\$<sup>5</sup> beitragen. Der deutsche Beitrag stelle immerhin 25% der Maßnahme dar und werde hoffentlich auch US dazu anregen, ihren bisher zugesagten Beitrag von 200 Mio. US\$ aufzubessern. Hierdurch sollten auch die anderen Partner zur Aufbesserung ihrer Beiträge angeregt werden können.

Am Dienstag, 21.11., werde er den US-AM in Washington<sup>6</sup>, am 30.11. den F-AM in Paris sehen<sup>7</sup>, heute (15.11.) sei der GB-AM hier in Bonn<sup>8</sup>. Nach dem US-SU-Gipfel vor Malta am 2./3.12. folge wohl am 4.12. die NATO-Unterrichtung<sup>9</sup>, am 5./6.12. besuche BM Moskau<sup>10</sup>, so daß er am 7.12. den Auswärtigen Ausschuß unterrichten könne.

Am 10.11. abends habe BM mit seinen US-, F-, GB-Kollegen, am 11.11. morgens mit SU-AM gesprochen.<sup>11</sup> Deutlich sei, wie aufnahmefähig das US-Publikum für die jüngsten Ereignisse sei: Was sie für das deutsche Ansehen täten, könne man mit Geld nicht aufwiegen.

(Als Beispiel ging BM auf die spontane Äußerung einer Telefonistin des AA ein, die bei der Vermittlung des Gesprächs BM–AM Baker diesem spontan für alles, was US für uns Deutsche getan hätten, gedankt und hinzugefügt habe: „God bless America“ – eine Anekdote, die keine 30 Minuten später durch US-AM als „mit Tränen vernommen“ im Äther gewesen sei.)

<sup>3</sup> Am 13. Dezember 1989 fand in Brüssel eine Tagung der Außenminister der G24 statt. Vgl. dazu vgl. Dok. 416.

<sup>4</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 411.

<sup>5</sup> Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker vgl. Dok. 374.

<sup>7</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas vgl. Dok. 389.

<sup>8</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Hurd vgl. Dok. 361.

<sup>9</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Bush unterrichtete den NATO-Rat am 4. Dezember 1989 in Brüssel darüber. Vgl. dazu Dok. 391–393.

<sup>10</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHEW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

<sup>11</sup> Für das Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse vgl. DIPLOMATIE, Dok. 7.

Am 13.11. habe BM gemeinsam mit BMVg Stoltenberg in WEU-Sitzung<sup>12</sup> sehr viel Respekt vor dem Verhalten der DDR-Bürger vernommen, doch auch viele Fragen zu unserem Kurs und zur Entwicklung in der DDR. BM habe hierauf die Einheit unserer Nation deutlich gemacht, unabhängig davon, ob sie in zwei Staaten geteilt sei. Die DDR-Deutschen stellten die Freiheitsfrage obenan. Von Deutschen in Freiheit und Demokratie sei noch nie eine Bedrohung ausgegangen. Wichtig sei zu wissen, daß wir uns im klaren darüber sein müßten, wie sehr unsere Haltung in der EG beobachtet werde. Unsere Entschlossenheit zur Integration in der EG müsse unzweifelhaft sein.

Es gebe keine Alternative: EG oder Einheit der deutschen Staaten. Je mehr wir uns in die EG integrierten, desto mehr erhielten wir Unterstützung von unseren Partnern. Dort gebe es noch viel Ängstlichkeit, nicht zuletzt aus Egoismus.

Wie die EG in der Lage gewesen sei, Modelle mit Dritten zur Zusammenarbeit zu entwickeln, so sei dies auch mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas notwendig. Hierin sei BM mit Kommissionspräsident Delors einig. Ein erstes Signal werde im nächsten Ministerrat gesetzt, wenn die Kommission gebeten werde, Verhandlungen zu einem Handelsvertrag mit der DDR aufzunehmen.<sup>13</sup> Wir stünden unter Beobachtung; F, das für die Meinungsbildung zur Ostpolitik entscheidend sei, werde uns besonders beobachten.

Der ganze Westen müsse klarmachen, daß er nicht die Absicht habe, krisenhafte Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa zu seinem eigenen Vorteil auszunutzen. Wir Deutschen stünden zu den Verträgen. SU-AM habe BM gesagt, die Stabilität der DDR sei für SU von besonderer Bedeutung. BM habe hierauf unwidersprochen geantwortet, die SU solle daher dafür eintreten, daß die Stabilität durch Reformen gestärkt werde. Hier zeige sich ein neues Sicherheitsverständnis der SU: Die Sicherheit stütze sich nicht allein auf Soldaten und Waffen, sondern auf Akzeptanz. Wir wollten den Abrüstungsprozeß forcieren, um auch hier die Dynamik des Reformprozesses zu unterstützen. BMs Eindruck in Brüssel sei gewesen: die Partner schauten besonders intensiv auf uns und unseren Beitrag zur Integration im Westen.

Stercken, Ausschußvorsitzender, verwies darauf, daß die West- und EG-Integration von BT gesehen werde. Daher wolle man die Behandlung von elf Vorlagen zum Thema Europa, die vor der dritten Lesung stünden, noch vor der Weihnachtspause zum Anlaß einer generelleren Europa-Debatte nehmen.

Frau Geiger bat um eine Bewertung des POL-Besuchs von BK, der wegen der Entwicklung in der DDR in den Medien in den Hintergrund gerückt sei.

Stobbe zeigte die Veränderungen der SU-Außenpolitik auf: Wegefallen sei das Aufstülpnen ihres (stalinistischen) Systems, die Moskauer Garantie für die kommunistischen Parteien und deren Führungsrolle sowie die Nutzung der militä-

<sup>12</sup> Zur WEU-Ministerratstagung am 13./14. November 1989 in Brüssel vgl. DIE EINHEIT, Dok. 21.

<sup>13</sup> Zu den bisherigen Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der DDR vgl. Dok. 283, Anm. 26.

Der Ministerpräsident der DDR, Modrow, übermittelte der französischen EG-Ratspräsidentschaft am 17. November 1989 ein Memorandum. Darin skizzierte er innenpolitische Reformvorhaben und erklärte, die Existenz der DDR und der Bundesrepublik „in den bestehenden Grenzen und ihre Bündniszugehörigkeit“ blieben Grundelemente europäischer Sicherheit. Außerdem regte er einen Ausbau der Beziehungen zwischen der DDR und den Europäischen Gemeinschaften sowie den baldigen Abschluß eines Handelsabkommens an. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 2-4.

rischen Maschinerie (=Intervention) zur Aufrechterhaltung ihres Einflusses. Dadurch sei Demokratisierung möglich geworden, was die DDR-Bevölkerung spüre. Eine Antwort auf die neue Entwicklung sei von allen westlichen Partnern zu geben, nicht von D allein. Jetzt sei eine neue Partnerschaft nötig, die zu dokumentieren sei. Nötig sei eine Politik in Richtung Westen, die Ostpolitik zu einer europäischen Sache zu machen, z.B. die EG-Assoziiierung der Reformstaaten, die Aufhebung des „Cordon stalinaire“ (sic!).

Zum Thema zwei deutsche Staaten: Die Mauer sei Symbol des Kalten Krieges, die Lage von Berlin jedoch Ergebnis des Krieges selbst. Die Sicherung des territorialen Status quo sei das vierte Prinzip sowjetischer Außenpolitik, das jedoch unverändert bestehen geblieben sei. Er bewundere das Verhalten der Vier Mächte in den letzten Tagen: Sie sprachen miteinander und ließen die beiden deutschen Sicherheitskräfte miteinander reden; ein wohltuender Unterschied zum Verhalten, als Fechter an der Mauer verblutete<sup>14</sup> und ein amerikanischer Colonel zu Albertz auf dessen Drängen nach Hilfe sagte: That's none of your business.

Gansel besorgte sich darum, daß man derzeit allzu gespannt auf die deutsche Entwicklung schaue; die Entwicklung in UNG habe eine bedeutende Rolle gespielt. (Hier schloß er eine Bemerkung zu einem Entschließungsantrag der SPD<sup>15</sup> an, der mir unverständlich blieb.)

Eine zweite Sorge sei die Wiedervereinigungs rhetorik. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage in der DDR sei dramatisch; sie könnte u.U. als Folge die Wiedervereinigung de facto haben. Dies aber könnte im Westen Ängste einer Neutralisierung Deutschlands, im Osten Ängste eines NATO-Beitritts der DDR erzeugen.

Alle betonten das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Hierin bestehe der Schlüssel, denn die DDR werde sich – wenn erst einmal frei gewählt werden könne – in die internationalen Sicherheitsinteressen einbetten.

Wischnewski betonte, die DDR-Bürger hätten sich zwar ihre Rechte auf der Straße erstritten; doch sei dies nur möglich gewesen mit Gorbatschow sowie den Entwicklungen in POL und UNG. Die SU habe Sorgen, daß die DDR ihre Wirtschaftsverpflichtungen nicht werde einhalten können. Daran dürften wir jedoch kein Interesse haben. Bei den anstehenden Gesprächen mit der DDR solle angesprochen werden, ob und inwieweit wir (z.B. mit Maschinen) behilflich sein könnten, daß die DDR gegenüber Moskau leistungsfähig bleibe.

Zu POL bemerkte er, das hungernde Land liefere Fleisch und Fleischkonserven im Werte von 200 Mio. DM nach D. Zwar bräuchten sie das Fleisch zu Hause, doch auch Devisen. Davon seien 30 Mio. DM an die EG zu zahlen. Dies sei nicht in Ordnung und müßte ebenfalls angesprochen werden.

Feldmann bat um eine Bewertung der SU-Deutschlandpolitik sowie um Auskunft zur Einleitung neuer Abrüstungs-Impulse.

Lippelt unterstützte Gansel mit dessen Bemerkung, über den deutschen Fragen POL nicht zu vergessen. Er begrüßte die Aussagen von BM über das neue SU-Sicherheitsverständnis.

<sup>14</sup> Der achtzehnjährige Peter Fechter starb am 17. August 1962, nachdem er bei einem Fluchtversuch an der Berliner Mauer von Grenzsoldaten der DDR angeschossen worden war.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Entschließungsantrags der SPD-Fraktion vom 15. November 1989 „zur Unterstützung der Reformen und Soforthilfe für Polen“ vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/5692.

BM zu Frau Geiger: Auch wenn POL in der Berichterstattung in den Hintergrund getreten sei, sei mittel- und langfristige Wirkung des BK-Besuchs deutlich. Die Gemeinsame Erklärung<sup>16</sup> sei die Antwort auf diese Sorge; zwar sei es nur eine deutsche Antwort, hinzu müsse die westliche Antwort kommen. Daher auch die 24-er Initiative<sup>17</sup>, damit sich hier noch andere anschließen. Wenn in letzter Zeit ihm gegenüber AM-Kollegen ihre Sorge darüber ausgedrückt hätten, daß D mit seiner Wirtschaftskraft stark in Mittel- und Osteuropa einsteigen könnte, habe er geantwortet, die Reaktion dürfte dann nicht Zurückhaltung durch die westlichen Partner sein, sondern durch starke Beteiligung würde ganz im Gegenteil der deutsche Anteil verhältnismäßig geringer. Das deutsch-polnische Verhältnis werde von den Partnern sehr empfindlich registriert.

Die Fragen der deutsch-polnischen Belastungen seien durch die Gemeinsame Erklärung beantwortet. Von westlichen Partnern würden die Sorgen Polens ernster genommen als die der TSE oder von UNG.

Geschichtlich habe die BK-Reise zum richtigen Zeitpunkt stattgefunden, wenn sie in den Medien auch ins zweite Glied verwiesen worden sei.

Zu Stobbe: Die Veränderungen in der SU-Außenpolitik erklärten sich aus dem Abschied von einer expansiven Außenpolitik. Hieraus lasse sich alles ableiten: Verzicht auf die „Militär-Maschine“, Abzug aus Afghanistan, Verzicht auf Unterwerfungsgesten, Stützung auf den Volkswillen.

Die Paktsysteme würden zu Ziehern der Abrüstungsfäden. Das Verhalten der Alliierten in Berlin sei ein Vertrauensbeweis für die Deutschen in Ost und West. Die Kontakte der beiden Großmächte seien auf Stabilität ausgerichtet.

Wir sollten den Prioritätenkalender der DDR akzeptieren und nicht selbst einen solchen Kalender aufstellen wollen: Demokratie, freie Wahlen, freie Gesellschaft. Die Wiedervereinigung solle nicht forciert werden, jetzt solle man nur die Freiheitsfrage stellen. „Unfreiheit trennt, Freiheit führt zusammen.“ Der Weg des näheren Zusammenrückens sei nur über die Freiheitsfrage zu beschreiten. Man müsse abwarten, was das neu gewählte DDR-Parlament sage.

Die europäische Einbindung der Frage sei nötig. Dies werde nicht nur eine Hilfe für die DDR sein, sondern auch für die Reformstaaten insgesamt.

Der geschichtliche Kalender sei klug: zuerst Reformen in UNG, dann in POL, jetzt erst in der DDR; und die DDR sei auch nicht der letzte der Reformstaaten.

Jetzt seien Entscheidungen zu treffen, schnelle und mittelfristige: zu den schnellen gehöre die Prüfung der Finanzierung des Besuchsverkehrs, der den Ausreiseandruck dämpfe. Mittelfristig seien Infrastrukturfragen zu prüfen: Z.B. habe bei der Frage der Anbindung Berlins an das IC-Netz bis vor wenigen Tagen richtigerweise als einzige Kategorie gegolten, wie man am schnellsten nach Berlin und zurück komme; jetzt aber müsse man prüfen, ob man Magdeburg wirklich links liegenlassen könne. Neue Antworten seien nötig.

Noch im letzten Juli wären wir bei einer Diskussion darüber, welche Unterstützung wir bei Öffnung der Mauer geben könnten, zu großen Leistungen bereit

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vom 14. November 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1094–1098.

<sup>17</sup> Zur Hilfe der „Gruppe der 24“ für Polen und Ungarn vgl. Dok. 307.

gewesen. Zwar hingen Wirtschaftsinvestitionen von der freien Wirtschaft ab, doch der Staat könne durchaus bei Infrastrukturmaßnahmen wie Kommunikation, Telefon vorangehen.

Nötig sei der Gleichschritt in der europäischen Entwicklung, auch in bezug auf die DDR. Es dürfe keinen deutschen Sonderweg in der Zusammenführung der deutschen Nation geben; aber auch keinen negativen Sonderweg: den europäischen Einigungsweg voranzuschreiten und dabei auf der Einigung der deutschen Nation zurückzubleiben.

Köhler verwies darauf, daß bei möglichen neuen IC-Trassen nicht nur an Berlin, sondern auch an Dresden zu denken sei. Aus seiner Erfahrung wisse er, daß Stabilisierungsmaßnahmen grundsätzlich zu kurz griffen; ob BM bei seiner Bemerkung zum Stabilisierungskredit von 1 Mrd. US-Dollar das Gesamtvolume oder nur den amerikanischen Anteil erhöht wissen wolle?!

Kittelmann fragte, ob Hilfen an die DDR – ebenso wie die für UNG und POL – davon abhängig gemacht würden, daß das Land sich auf eine Marktwirtschaft zubewege.

BM zu Köhler: Nur Erhöhung des US-Beitrags! Nur wenn US mehr leisteten, sei von den anderen mehr zu erwarten.

Zu Kittelmann: Für Privatinvestitionen müßten Rahmenbedingungen geschaffen werden, sonst würde sich kein Investor finden. Für öffentliche Investitionen dagegen (z. B. Umweltschutz, Kommunikation) sei Platz unabhängig davon, ob Marktbedingungen geschaffen würden. Alles aber hänge ab von freien Wahlen und deren Terminierung; wenn Bedingungen gestellt würden, seien diese nicht unsere, sondern die der DDR-Bürger.

Der nächste Bericht von BM vor dem Auswärtigen Ausschuß wird für 7.12., ca. 12 h 30 bis 14 h 30 (in der Mittagspause) erwartet.<sup>18</sup>

#### **Referat 010, Bd. 178916**

<sup>18</sup> Vortragender Legationsrat Blomeyer-Bartenstein faßte am 7. Dezember 1989 zur Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom selben Tag zusammen: „Der Bundesminister berichtete unter VS-v zunächst über die Bündnisunterrichtung über den amerikanisch-sowjetischen Gipfel in Malta. Sodann schilderte er die Ergebnisse seiner jüngsten Gespräche in Washington, London, Paris und Moskau.“ Schwerpunkte der anschließend an ihn gerichteten Fragen seien die „Haltung der Vier Mächte zur Deutschen Frage, insbesondere Einschätzung der sowjetischen Haltung; weitere Entwicklung der VKSE-Verhandlungen; Perspektive der Wirtschafts- und Währungsunion“ sowie die Entwicklung in der DDR gewesen: „Den Abschluß bildeten einige zusammenfassende Ausführungen des Bundesministers zur Lage in der DDR und der Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten in Deutschland.“ Vgl. Referat 011, Bd. 150695.

## 364

**Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt****114-15633/89 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 1326****Citissime****Aufgabe: 15. November 1989, 19.32 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 15. November 1989, 19.52 Uhr**

Betr.: Lage in Mittel- und Osteuropa;  
 hier: Konsultationen im verstärkten NATO-Rat am 14.11.1989

Bezug: 1) DB 1319 vom 14.11.89 – I-321.15 VS-NfD  
 2) DB 1320 – I-360.90 OE-3031/89 VS-v vom 15.11.89<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

## II. Im einzelnen

1) Under Secretary of State for Political Affairs Kimmitt stellte eingangs fest, daß SU und einige ihrer Verbündeten weitreichende Reformen eingeleitet hätten, um auf die Herausforderungen der Gegenwart zu antworten. Offensichtliches Versagen des stalinistischen Systems, etwas anderes als Hochrüstung zu produzieren, habe zu einer Neubewertung geführt. Zusätzlich zum Rahmen von Perestroika und Glasnost für Wandel in der Sowjetunion habe SU unter Gorbatshow ihren Verbündeten breiten Spielraum für die Entwicklung ihrer politischen und wirtschaftlichen Systeme überlassen. Laut Gerassimow habe SU nunmehr Breschnew-Doktrin durch die Sinatra-Doktrin „you do it your way“ ersetzt.<sup>3</sup>

Er hob hervor, daß es wichtig sei, im Bündnis Konsultation und Zusammenarbeit fortzusetzen, wenn es gelingen solle, die östlichen Nachbarn in europäische Angelegenheiten zu „reintegrieren“.

Gipfelerklärung im Mai<sup>4</sup> habe unersetzliche Rolle hervorgehoben, die NATO bei der Festlegung der Sicherheitsagenda für die West-Ost-Beziehungen spiele. Beim

<sup>1</sup> Das von Botschaftsrat Schumacher, Brüssel (NATO), konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18 und 31.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 16. November 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), faßte als Punkt I die Konsultationen im Ständigen NATO-Rat im erweiterten Kreis am 14. November 1989 über die Entwicklung in Osteuropa zusammen. Vgl. dazu VS-Bd. 13041 (204); B 150, Aktenkopien 1989.

<sup>3</sup> In der Presse wurde berichtet, der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow, habe am 25. Oktober 1989 bei einer Pressekonferenz in Helsinki die Äußerung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatshow, die UdSSR habe kein moralisches oder politisches Recht, in die Angelegenheiten ihrer osteuropäischen Nachbarstaaten einzutreten, erläutert: „His spokesman embroidered the theme jokingly, saying that Moscow had adopted ‚the Sinatra doctrine‘ in Eastern Europe. ‚You know the Frank Sinatra song, ‚I did it my way?‘“ said Gennadi I. Gerasimov to reporters. „Hungary and Poland are doing it their way. I think the Brezhnev doctrine is dead,“ he added, using the Western term for the previous Soviet policy of armed intervention to prevent changes in the Communist governments of the Warsaw Pact.“ Vgl. den Artikel „Gorbachev, in Finland, Disavows Any Right of Regional Intervention“, THE NEW YORK TIMES vom 26. Oktober 1989, S. 1.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344. Zur Konferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

Herbsttreffen der AM im Dezember<sup>5</sup> werde es darauf ankommen, fortgesetzte Vitalität des Bündnisses gegenüber den Herausforderungen eines Wandels ohnegleichen im Osten zu zeigen.

Fünfte Dekade des Bündnisses werde, wie Präsident Bush kürzlich erklärt habe, eine Dekade der Demokratie sein. Bündnis müsse weiterhin bedeutende Rolle bei der Förderung des demokratischen Wandels im Osten und bei der Antwort hierauf spielen. NATO werde langfristig wesentliche Grundlage der Bemühungen sein, ein ganzes und freies Europa aufzubauen. Präsident Bush und acht Präsidenten vor ihm hätten konstant die Beendigung der künstlichen Teilung Europas gefordert. US hätten an diesem Ziel auch unter Kritik festgehalten.

Bei Gipfeltreffen in Malta<sup>6</sup> würden breites Spektrum internationaler Fragen sowie bilaterale Beziehungen US–SU behandelt werden. Es biete Bush Gelegenheit zu Gedankenaustausch über schnelle Abfolge von Ereignissen im Osteuropa. Jedoch sei es kein Treffen über Osteuropa. Weder Bush noch Gorbatschow planten, Abkommen zu unterzeichnen oder Entscheidungen zu treffen. Bush sei daran interessiert, klareres Bild über Ziele Gorbatschows für Entwicklungen in Sowjetunion und auch hinsichtlich sowjetischer Politik gegenüber raschen Veränderungen in Osteuropa zu gewinnen. Er werde Gorbatschow daran erinnern, daß weder die NATO noch der Prozeß politischer und wirtschaftlicher Reformen sowjetische Sicherheit bedrohe. Auf einzelne Länder eingehend, erklärte Kimmitt:

#### Sowjetunion

Hoffnung, daß historischer Wandel in SU eine humanere, auf Recht basierende, offene und konstruktivere Gesellschaft ermögliche. Es könne jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß hierfür lange Geschichte sowjetischen und russischen Absolutismus überwunden werden müsse. Keine Gesellschaft habe je einen wirtschaftlichen und sozialen Umformungsprozeß dieses Ausmaßes erlebt. Gefahr einer Rückkehr zu einem autoritäreren Führungsstil sei daher nicht auszuschließen. (Auf spätere Frage: Eine solche Rückkehr brauche nicht unbedingt das Ausscheiden Gorbatschows aus der Führung zu bedeuten.) Falls SU es wünsche, werde US Rat und Fachwissen zur Verfügung stellen, damit Reformen Erfolg hätten (Beispiel: jüngste Greenspan-Reise<sup>7</sup>).

#### Baltische Staaten

Im Dezember anstehende Regionalwahlen<sup>8</sup> könnten erstmals Wahl unter mehreren Kandidaten ermöglichen. Intensität der Forderungen nach politischem Wandel stellten Herausforderung für Westen dar. US verstünden zwar, daß baltische Staaten gegen ihren Willen Teil der Sowjetunion seien, und unterstützen ihre Bemühungen um Selbstbestimmung und Demokratie, aber US wollten friedlichen politischen Prozeß fördern und vermeiden, daß es zu gewaltsamer Unterdrückung laufender Reformen komme.

<sup>5</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 411.

<sup>6</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

<sup>7</sup> Zum Besuch des Vorsitzenden des Gouverneursrats des amerikanischen Federal Reserve System, Greenspan, vom 8. bis 12. Oktober 1989 in den UdSSR vgl. Dok. 332, Anm. 11.

<sup>8</sup> Die Wahlen zum Obersten Sowjet der Sozialistischen Sowjetrepublik Litauen fanden am 24. Februar, diejenigen zu den Obersten Sowjets der Sozialistischen Sowjetrepubliken Estland und Lettland am 18. März 1990 statt.

## DDR

Wandel in DDR sei atemberaubend. Entscheidung Gorbatschows, in Osteuropa nicht mehr einzugreifen, um unglaubliche kommunistische Regime zu stützen, habe in DDR tumultuöse Auswirkungen gehabt. Protestbewegung könne durchaus die Regierung dazu zwingen, echte politische und wirtschaftliche Reformen durchzuführen. Krenz stehe vor monumentalem Dilemma: Entweder gebe er den harten Forderungen nach politischen und wirtschaftlichen Reformen nach oder aber er müsse ansehen, wie die Zukunft des Landes in den freien Teil Deutschlands abwandere. Millionen friedlicher Demonstranten forderten nicht weniger als die Demokratisierung des politischen Prozesses, Arbeitsreformen, Pressefreiheiten und volle Beachtung der KSZE-Verpflichtungen.

## Polen

Institutionelle Rolle der Kommunistischen Partei sei stark vermindert. Eine genaue Beurteilung der Zukunft der Partei müsse bis nach Kongress im Januar 1990<sup>9</sup> zurückgestellt werden, da hier deutlich die Differenzen zwischen Reformern und orthodoxen Kommunisten ausgetragen würden.

Zum ersten Mal habe in Polen eine Regierung ohne Interesse am Status quo die Autorität, die politischen und wirtschaftlichen Nachkriegsstrukturen abzubauen. Zwar erfreue sich die von Solidarität geführte Regierung unter Mazowiecki breiter Unterstützung, doch werde sie bald mehr anbieten müssen als nur Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche Zukunft. Westen müsse Polen wirtschaftlich und politisch helfen. Unterstützung für polnische Bitte um einen Stabilisationsfonds über eine Milliarde Dollar<sup>10</sup> sei daher von vitaler Bedeutung, und zwar nicht nur, um den dramatischen Umbau in eine freie Marktwirtschaft zu unterstützen, sondern auch, um westliche Unterstützung für das kühne Demokratie-Experiment zu zeigen.

## Ungarn

Politische Debatte habe eine Vielzahl von Stimmen hervorgebracht. Es sei nicht absehbar, wer am Ende dieses Prozesses die Führung übernehmen werde. Opposition habe sich bisher jedoch als stärker erwiesen, als von Reformkommunisten für möglich gehalten wurde. Ungarn dächten über ihre Zukunft im europäischen Rahmen nach. Sie hätten Status quo überwunden. Pozsgay erkläre, das Land entwickle sich unabhängig und ohne Rücksicht auf WP. Unverkennbar sei eine neutralistische Neigung in Ungarn, welche durchaus zu einem Test für Erklärungen sowjetischer Vertreter werden könne, daß SU sich strikt an Prinzip der Nichteinmischung halten werde.

## Bulgarien

Kürzliche Ablösung Schiwkows<sup>11</sup> mache es schwer, Aussagen über voraussichtliche Entwicklung in Bulgarien zu machen. Im Vorfeld des KSZE-Umwelttreffens in Bulgarien<sup>12</sup> habe es einige Fortschritte im Bereich der Menschenrechte gegeben

<sup>9</sup> Der XI. Parteitag der PVAP fand vom 27. bis 30. Januar 1990 statt. Er endete mit der Auflösung der Partei.

<sup>10</sup> Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

<sup>11</sup> Zur Entwicklung in Bulgarien vgl. Dok. 359.

<sup>12</sup> Das KSZE-Umweltschutztreffen fand vom 16. Oktober bis 3. November 1989 in Sofia statt. Vgl. dazu Dok. 343.

(türkische Minderheit<sup>13</sup>, großzügigere Reisepaßausstellung). Erstmalige kürzliche Demonstrationen könnten Hinweis sein, daß auch Bulgarien gegen Reformtrend nicht immun sei.

#### Tschechoslowakei

Beim ersten Treffen AM US und ČSSR<sup>14</sup> seit zehn Jahren im September habe Baker erklärt, er hoffe, daß Freiheit und Offenheit wieder in die Tschechoslowakei zurückkehrten.

Es müsse jedoch festgehalten werden, daß besondere Umstände gegen sofortigen Wandel sprächen. Bevölkerung erfreue sich eines soliden, wenn auch bescheidenen Lebensstandards. Andererseits trage tschechoslowakische Führung persönliche Verantwortung für Entscheidungen von 1968<sup>15</sup>. Ernsthafte politische Reformen dürften nicht vorstellbar sein, ohne daß sie hierfür zur Rechenschaft gezogen würde. Sowjetische Neubewertung der Ereignisse von 1968 trüge dazu bei, daß Führungsschicht in Prag unruhigt sei.

#### Rumänien

Führung befindet sich weiterhin in völliger Isolation. Rumänien mißachte Schlüsselbestimmungen des KSZE-Prozesses und habe Arbeit der Sonderberichterstatter der VN über Menschenrechte behindert. 14. Kommunistischer Parteikongreß, der am 20. November beginne, dürfte stalinistisches Wirtschaftsmodell bestätigen. Ohne eine Änderung in der Führung sei mit einer<sup>16</sup> neuen Politik nicht zu rechnen.

#### Jugoslawien

Gegenwärtige Regierung sei zu marktwirtschaftlichen Reformen bereit, stehe jedoch vor der schwierigen Aufgabe, weit auseinandergehende wirtschaftliche Interessen in dem stark dezentralisierten Staat unter einen Hut zu bringen. Hinzu kämen ethnische Konflikte. Serbischer Nationalismus habe zu Gewalttätigkeiten und Unterdrückung im Kosovo geführt und Konflikte zwischen Serbien einerseits und Slowenien, Kroatien und anderen Republiken andererseits nach sich gezogen. Ereignisse hätten jugoslawisches Einvernehmen über Wirtschaftspolitik um so schwerer gemacht und jugoslawische Stabilität bis in ihre Wurzeln erschüttert. AM Baker habe bei kürzlichem Besuch Ministerpräsident Marković in Washington<sup>17</sup> eine Initiative vorgeschlagen, um dringendsten Bedarf Jugoslawiens, besonders im Bereich Wirtschaft und „Know-how“, zu befriedigen.

#### 18 Westliche Politik

Westliche Ziele seien freie Wahlen und marktwirtschaftliche Dynamik, mit anderen Worten offene Grenzen, Respekt der Menschenrechte, Offenheit in inneren und äußeren Angelegenheiten, Austausch von Menschen, Informationen und Ideen. Das heiße auch Lösung von nationalen und internationalen Streitigkeiten

<sup>13</sup> Zur Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 192, Anm. 9.

<sup>14</sup> Jaromír Johanes.

<sup>15</sup> Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „Führung syamnv einer“.

<sup>17</sup> Der jugoslawische Ministerpräsident Marković besuchte die USA vom 9. bis 14. Oktober 1989.

<sup>18</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1327 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

mit friedlichen Mitteln. Mit Wandel in DDR stellten sich längerfristige Fragen über die Zukunft Deutschlands in einem gewandelten Europa. Ein ganzes und freies Europa werde Vorehrungen mit einzubeziehen haben, die zum einen die Bestrebungen der Deutschen nach Selbstbestimmung, zum anderen Bedürfnis ihrer Nachbarn nach Sicherheit und Stabilität befriedigten. Mit dieser Vorstellung unterstützten US das höchste Ziel eines vereinten Deutschlands in Frieden und Freiheit auf der Basis der Selbstbestimmung und integriert in die demokratische europäische Gemeinschaft der Nationen.

Präsident Bush habe angedeutet, daß die Aussicht auf ein vereintes Deutschland keine Quelle für Besorgnisse anderer Nationen sein müsse.<sup>19</sup> US hätten Vertrauen in die Stärke der deutschen Demokratie und in die Tiefe ihrer Verpflichtung zu Kooperation innerhalb des Westens. US seien beeindruckt von Klugheit und Geschick, mit der Bundesrepublik sowohl intern wie international auf die Lage reagiere, die sich durch den raschen Wandel in DDR ergeben habe.

Zwar würden Wesen und Tempo der Reformen in Osteuropa durch Osteuropäer selbst bestimmt, jedoch berührten diese Veränderungen in fundamentaler Weise die Sicherheit jedes NATO-Mitgliedstaates. Daher müßten nach US-Auffassung alle Mitgliedstaaten beim Bemühen um Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Wandels in Osteuropa Partner sein. Diese Auffassung komme auch in Gipfelerklärung über die Überwindung der Teilung Europas zum Ausdruck. In Umsetzung dieser Strategie und der Verpflichtung in der Gipfelerklärung habe „Gruppe der 24“ Wirtschaftshilfe an Polen und Ungarn eingeleitet<sup>20</sup>.

US würden auch weiterhin das ihre dazu beitragen, um dieses Ziel zu erreichen. Reise Präsident Bush nach Polen und Ungarn im Juli<sup>21</sup> habe Entschlossenheit US, Wandlungsprozeß zu fördern, unterstrichen. Kürzlicher Besuch von Pozsgay<sup>22</sup> und in dieser Woche von Lech Wałęsa<sup>23</sup> seien weitere Schritte auf diesem Weg. Bilaterale Hilfe, die bald den Kongreß passieren werde, ziele besonders auf Unterstützung des sich allmählich bildenden Privatsektors in beiden Ländern ab. Präsident Bush werde vom 29. November bis 2. Dezember eine hochrangige Sonderdelegation nach Polen entsenden, damit Empfehlungen über die bestmögliche Hilfe für Polens Reformanstrengungen erarbeitet werden könnten.

Alle westlichen Länder und Organisationen hätten wichtige Rolle in diesem historischen Prozeß, namentlich EG, IMF und Weltbank sowie OECD. Bei der vor dem Westen liegenden Herausforderung gehe es um nicht weniger als die Ermutigung und Hilfe der östlichen Länder, Anschluß an die moderne Welt zu finden. In diesem Zusammenhang werde die Ankündigung eines Treffens der

<sup>19</sup> Zum Interview des amerikanischen Präsidenten Bush für die Tageszeitung „The New York Times“ vgl. Dok. 356, Anm. 3.

<sup>20</sup> Zur Hilfe der „Gruppe der 24“ für Polen und Ungarn vgl. Dok. 307.

<sup>21</sup> Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

<sup>22</sup> Der ungarische Staatsminister Pozsgay besuchte die USA am 2. November 1989.  
Für sein Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush in Washington vgl. <https://bush41.library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

<sup>23</sup> Der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, hielt sich vom 13. bis 19. November 1989 in den USA auf. Am 13. November 1989 führte er in Washington ein Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush und hielt am 15. November eine Rede vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses.

Staats- und Regierungschefs der EG an diesem Wochenende über Osteuropa<sup>24</sup> begrüßt.

Gesamtstrategie des Bündnisses zur Überwindung der Trennung Europas sei unverändert gültig. Skizze dieser Strategie sei von Staats- und Regierungschefs in der Gipfelerklärung dargelegt. Hierzu gehörten im wesentlichen die Förderung größerer politischer Freiheit und Pluralismus in jedem einzelnen östlichen Land. Es sei Aufgabe der NATO, diese Strategie weiterhin umzusetzen und dabei die Anstrengungen an neue Veränderungen und Möglichkeiten im Osten anzupassen. Dabei müsse auf die unterschiedlichen Situationen in einzelnen Ländern eingegangen werden. Es gehe nicht nur um Wirtschaftshilfe, sondern auch um konkrete Schritte bei der Unterstützung größerer politischen Pluralismus', um größeren Informationsfluß, um notwendiges technisches und Managementwissen zu entwickeln und nicht zuletzt, um mittels unserer Verteidigungs- und Rüstungskontroll-Anstrengungen einen stabileren Sicherheitsrahmen für einzelne europäische Staaten in Ost und West herzustellen.

Als Institution spielle NATO in diesem Zusammenhang zwei Rollen:

Erstens: Auf kurze Sicht diene sie als einzigartiges Forum, um enge politische Zusammenarbeit zu entwickeln, die für Umsetzung einer derart breiten politischen Strategie umzusetzen<sup>25</sup>. NATO bleibe das beste Instrument, mit dem die nordamerikanischen Demokratien zusammen mit ihren europäischen Verbündeten die Steuerung dieser Aufgaben umfassend und in strategischem Kontext erörtern könnten.

Zweitens sei auf längere Sicht die Atlantische Allianz das beste Instrument, um dem künftigen Europa eine Struktur zu geben. Sie könne dazu beitragen, innerhalb Westeuropas größere Einigkeit herzustellen und die Auflösung der Barrieren zum Osten zu fördern. Sie werde helfen, daß der fundamentale Wandel bei der Überwindung der Trennung Europas gesteuert werden könne, und zwar in einer Weise, daß Stabilität und Sicherheit aller Staaten gestärkt würden.

Jedoch müsse Allianz bessere Arbeit leisten bei dem Bemühen, die Öffentlichkeit von der Richtigkeit dieses Ansatzes zu überzeugen. Beim Herbst-Treffen der AM im Dezember<sup>26</sup> werde westliche Politik gegenüber Osteuropa ein zentrales Diskussionsthema sein. Hierbei, im Communiqué und evtl. anderen Texten, müsse die Zuversicht des Bündnisses in Ziele und Strategie deutlich ausgedrückt werden. In der kommenden Dekade werde starke und zukunftsorientierte NATO so wichtig sein wie in Vergangenheit.

2) In einleitenden Bemerkungen hob ich hervor, daß historischer Wandel die Frage nach Europa als Ganzem aufwerfe, und darin eingebettet die deutsche Frage. Ich dankte für kontinuierliche Solidarität der Bündnispartner und ihre Sympathiebekundungen im Rat und gegenüber der Bundesregierung, desgleichen für Unterstützung unserer Haltung und unseres Handelns angesichts der Entwicklung in Ost-Berlin und der DDR.

<sup>24</sup> Zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18. November 1989 in Paris vgl. Dok. 361, Anm. 3.

<sup>25</sup> So in der Vorlage.

<sup>26</sup> Korrigiert aus: „AMV Dezember“.

Dg 21<sup>27</sup> wies darauf hin, daß Bündnis seit 1967 daran arbeite, daß Harmel-Bericht<sup>28</sup> Wirklichkeit werde. Er habe, ergänzt durch Rüstungskontrollbemühungen und Anstrengungen für Durchsetzung der Menschenrechte, dazu geführt, daß betroffene Staaten sich nunmehr nicht nur mit Symptomen der Spannungen zwischen West und Ost, sondern mit den zugrundeliegenden politischen Fragen befaßten. Dg 21 ergänzte BM-Unterrichtung für Botschafter der Bündnispartner in Bonn am 11.11. und unsere laufende Unterrichtung des NATO-Rates, zuletzt am 13.11.<sup>29</sup>, und gab eindrucksvolle Analyse jüngster Entwicklungen in DDR. Wir können damit feststellen, daß Bündnispartner in Brüssel laufend und so umfassend wie möglich unterrichtet wurden. Dg 21 berichtete außerdem über unsere Sicht zu Entwicklung in Mittel- und Osteuropa sowie über Besuch BK und BM in Polen.<sup>30</sup>

<sup>31</sup>3) Stv. Leiter Politischer Abteilung im spanischen AM, Grandes, berichtete über Besuch spanischen PM González in Budapest<sup>32</sup>. Er bestätigte die von Dg 21 vertretene Auffassung, daß sowjetische Haltung für Beginn des Reformprozesses in ČSSR und BUL (wie vorher in DDR) von entscheidender Bedeutung sei. In diesem Zusammenhang verwies er auf eine Äußerung von sowjetischer Seite gegenüber dem Leiter der Politischen Abteilung im spanischen Außenministerium<sup>33</sup>, der mit Bezug auf DDR kürzlich gesagt habe: „Be patient, important developments will be coming in GDR“.

González' Besuch in Ungarn sei erster Besuch eines spanischen Ministerpräsidenten gewesen, nach dem Besuch in der Sowjetunion<sup>34</sup> der zweite in einem Land des Warschauer Paktes. Ziel sei gewesen, ungarischer Führung politische Unterstützung Spaniens für Demokratisierung und gesellschaftlichen Wandel kundzutun. Es sei deutlich geworden, daß ungarischer Führung an Unterstützung durch Westen gelegen sei. Im Verlauf der Gespräche seien wiederholt Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen spanischem Demokratisierungsprozeß ab 1975 und ungarischem Wandel erörtert worden. Alle ungarischen Gesprächspartner (Ministerpräsident Németh, Präsident ad interim<sup>35</sup>, Vorsitzender der

<sup>27</sup> Wilhelm Höynck.

<sup>28</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

<sup>29</sup> Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), teilte am 13. November 1989 mit: „GS Wörner machte sich zum Sprecher des Rates, indem er Glückwünsche der Bündnispartner zu den für die deutsche Nation so positiven – und bewegenden – Entwicklungen der letzten Tage aussprach.“ In der Aussprache sei mehrfach als besonders wichtig hervorgehoben worden, „daß BM die NATO-Botschafter am 11.11. im Anschluß an Sondersitzung des Bundeskabinetts persönlich unterrichtet hatte. [...] Ich hatte nach den einleitenden Bemerkungen von GS einen Überblick über jüngste Entwicklung gegeben, die zu Recht als historischer Wendepunkt bezeichnet werden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1314; Referat 201, Bd. 151210.

<sup>30</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Bundesminister Genscher begleitete ihn am 9./10. November 1989. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

<sup>31</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1328 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>32</sup> Der spanische Ministerpräsident González besuchte Ungarn am 8./9. November 1989.

<sup>33</sup> Fermín Zelada Jurado.

<sup>34</sup> Der spanische Ministerpräsident González besuchte die UdSSR vom 19. bis 22. Mai 1986.

<sup>35</sup> Mátyás Szűrös.

Ungarischen Sozialistischen Partei, Nyers, und Pozsgay) hätten um Unterstützung von und Zusammenarbeit mit Westeuropa geworben. Dabei gehe es, wie ausdrücklich betont worden sei, nicht um Hilfe, sondern um Zusammenarbeit. Darüber hinaus seien Gespräche mit verschiedenen Oppositionsführern geführt worden.

Der generelle Eindruck sei, daß alle Kräfte bis zu den Wahlen<sup>36</sup> um Konsens bemüht seien. Ungarn brauche offensichtlich wirtschaftliche Unterstützung von westlichen Institutionen, vor allem aber IMF. Darüber hinaus sei großes Interesse an Ausbau der Beziehungen zur EG geäußert worden. USP-Vertreter hätten außerdem um Unterstützung gebeten für Aufnahme in Sozialistische Internationale.

Drei Abkommen seien unterzeichnet worden zu

- Investitionsschutz,
- Energie- und Technologiefragen,
- Managerausbildung.

4) StV DK<sup>37</sup> erklärte, daß es wichtig sei, einen geordneten Übergang des Europa von gestern zum Europa der Zukunft zu bewerkstelligen. Dabei sei jede Art von Bevormundung zu vermeiden. Mit KSZE bestehe in Europa ein Rahmen, der Vertrauen zwischen den Staaten ermögliche. Bündnis könne vor ihm liegende Aufgaben meistern, wenn es zusammenstehe.

5) StV I<sup>38</sup> betonte, daß Wandel den Forderungen des Westens nach Freiheit und Demokratie entspreche. Die Veränderungen ständen folglich in Übereinstimmung mit unseren Grundsätzen. Westen müsse nunmehr sein eigenes Verhalten darauf einstellen, indem er schnell und entschlossen und in verantwortlicher Weise handele. Weitere Entwicklung müsse jedoch in Stabilität vor sich gehen. Zwischen den westlichen Ländern müßten die Bindungen weiter gefestigt werden, damit eine Entwicklung der Beziehungen zu Osteuropa möglich wird. Gipfelerklärung enthalte bereits die Leitlinien westlichen Handelns. Dezember-Kommuniqué müsse Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten und zur Vertiefung des West-Ost-Dialogs weiter verdeutlichen. Es komme darauf an, den Übergang dieser Länder zu demokratischen Gesellschaften zu erleichtern. In diesem Zusammenhang sei Jugoslawien von wesentlicher Bedeutung für die Stabilität im südöstlichen Teil Europas. Vor diesem Hintergrund sei die bekannte vierseitige Initiative (I, A, JUG, UNG)<sup>39</sup> zu sehen.

6) Darlegungen des Vertreters aus griechischem AM, Bourloyannis, gaben gute Übersicht über griechische Position, ohne neue Erkenntnisse zu vermitteln.

7) StV KAN<sup>40</sup> erklärte, daß Stabilität eine Voraussetzung für Wandel sei, den Westen in Osteuropa zu sehen wünsche. SU habe wiederholt das Thema Zugehörigkeit zu WP aufgebracht. Westen solle seinerseits überlegen, welche Sicherheitsordnung in Europa errichtet werden solle. Welches seien die sowjeti-

<sup>36</sup> In Ungarn fanden am 25. März und 8. April 1990 Parlamentswahlen statt.

<sup>37</sup> Ole Bierring.

<sup>38</sup> Francesco Paolo Fulci.

<sup>39</sup> Zur „Vierer-Initiative“ vgl. Dok. 325, Anm. 19.

<sup>40</sup> Gordon Scott Smith.

schen Sicherheitserfordernisse und wie könnten diese mit dem Recht auf Selbstbestimmung vereinbart werden? Bündnis habe die Aufgabe, seine institutionellen Möglichkeiten zu nutzen und auf die neue Situation einzugehen.

StV KAN drückte seine Enttäuschung aus, daß Politischer Ausschuß durch eine Delegation (uns, siehe besonderer DB) gehindert werde, ein Konsenspapier über Osteuropa zu erarbeiten.<sup>41</sup>

Am 27. November werde KAN Verbündete über Besuch PM Mulroney in Sowjetunion<sup>42</sup> unterrichten.

8) StV ISL<sup>43</sup> verwies auf Erklärung AM Hannibalsson zu Entwicklung in DDR.

9) NWG (Rindal) unterstrich Notwendigkeit, daß nach Ereignissen in Polen, Ungarn und DDR westlicher Bündniszusammenhalt unverändert bleibe. Westliche Festigkeit und Beständigkeit sei guter Beitrag zur Stabilität. Enge politische Konsultationen im Bündnis seien in derzeitiger Situation noch wichtiger als zuvor.

10) StV NL<sup>44</sup> hob den Wunsch osteuropäischer Länder, insbesondere Polens und Ungarns hervor, zu einer engeren Zusammenarbeit mit westlichen Ländern innerhalb der EG oder sogar WEU zu kommen. EG solle sich jedoch nicht anpassen, um derartige Zusammenarbeit zu ermöglichen, sondern vielmehr ihre Integrationsanstrengungen fortsetzen, damit sie weiterhin Anziehungskraft auf Osteuropa ausübe. Wandel in Osteuropa solle sich in Stabilität vollziehen. Es sei wichtig, daß Bündnis zu einer einheitlichen Bewertung der Ereignisse in Osteuropa komme.

NATO-Kommuniqué müsse der Öffentlichkeit vermitteln, warum sie in diesen Zeiten des Wandels wichtige Rolle habe und worin diese bestehe.

11) StV TUR<sup>45</sup> wies darauf hin, daß Veränderungen in BUL bisher ihre Ursache nicht in Aktionen der Bevölkerung gehabt hätten. Man sei jedoch bereit, neuer bulgarischer Führung „benefit of doubt“ zu geben, und werde bei in Kürze anstehendem Treffen der AM<sup>46</sup> sehen, welche Haltung sie hinsichtlich der 1,5 Millionen zählenden türkischen Minderheit einnehme. Bulgarische Kurskorrektur scheine darauf abzuzielen, traditionellen Schulterschluß mit Moskau wiederherzustellen.

<sup>41</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Neubert notierte am 9. November 1989: „Seit Juni d.J. wird in der NATO für die bevorstehende Herbsttagung der Außenminister im Dezember ein Papier über sowjetische Außenpolitik erarbeitet [...]. Der Internationale Stab strebt außerdem die Verabschiedung eines Papiers über ‚Osteuropa‘ an.“ Es gelinge „trotz unserer vielen konstruktiven und kompromißbereiten Beiträge nicht, die negative Grundtendenz des Textes so zu verändern, daß wir seine Weiterleitung an die Außenminister verantworten könnten. Um so mehr stellt sich aber angesichts der fortschreitenden Entwicklung in Mittel- und Osteuropa die Frage nach Sinn und Zweck solcher Papiere überhaupt.“ Falls kein tragbaren Text zustandekomme, sei es „angezeigt, einer Verabschiedung des Papiers nicht zuzustimmen. [...] Der Ministerrat wird seine politischen Akzente unabhängig von diesen Ausschußpapieren setzen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147154.

<sup>42</sup> Der kanadische Ministerpräsident Mulroney hielt sich vom 20. bis 23. November 1989 in der UdSSR auf. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. November 1989 vgl. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 106.

<sup>43</sup> Einar Benediktsson.

<sup>44</sup> Adriaan P. R. Jacobovits de Szeged.

<sup>45</sup> Ünal Ünsal.

<sup>46</sup> Die Außenminister Dimitrow (Bulgarien) und Yilmaz (Türkei) trafen am 9./10. Januar 1990 in Kuwait-Stadt zusammen.

12) StV GB<sup>47</sup> erinnerte daran, daß Mauer in Berlin 1961 als Reaktion auf Ungleichheit der beiden deutschen Gesellschaften errichtet worden sei. Es stelle sich die Frage, ob diese Ungleichheit heute nicht eher noch markanter sei und welche Auswirkungen ein erneuter Aderlaß auf politische Struktur der DDR haben würde. Wenn man Situation in DDR unter Kontrolle halten wolle, sei materielle Hilfe der Bundesrepublik Deutschland erforderlich.

Offenbar gebe es in Osteuropa einen umgekehrten Dominoeffekt. Ereignisse in DDR seien durch ungarische Grenzöffnung<sup>48</sup> in Gang gesetzt worden. Veränderungen in BUL seien nach Beschleunigung des Prozesses in DDR erfolgt. Erleichterung der Ausreise aus ČSSR<sup>49</sup> sehe aus wie eine Flucht nach vorn. All dies müsse die Führung in SU tief beunruhigen. Es stelle sich die Frage, wieviel sie noch verkraften könne. Auch hinsichtlich der von SU-Vertretern gezogenen Grenze (WP-Mitgliedschaft) stelle sich die Frage, inwieweit SU überhaupt noch in der Lage sei, Respektierung dieser Forderung durchzusetzen. Könnte es sein, daß sowjetische Truppen in Osteuropa bald Geiseln einer Situation seien, die sie nicht kontrollieren können? Sowjetischer Vorschlag der Auflösung beider Bündnisse könne daher der Versuch sein, aus der für SU verfahrenen Situation Kapital zu schlagen. Dies habe alles tiefe Implikationen für den Westen.

Im Hinblick auf das Dezember-Kommuniqué komme es darauf an, daß das Bündnis einen nüchternen Blick auf den vor ihm liegenden Weg werfe. Es brauche Zeit, über die zu lösenden komplexen Fragen nachzudenken. Bündnis müsse deutlich machen, daß es weiterhin ein Element der Stabilität und Berechenbarkeit bleibe, jedoch gleichzeitig Unterstützer der Reform in Osteuropa. Kommuniqué müsse daher zwei Botschaften enthalten:

Erstens Bekräftigung der Verpflichtung zu Solidarität und die Bereitschaft, die für die Sicherheit erforderlichen Mittel auf dem gebotenen Stand zu halten. Es müsse darlegen, warum Bündnis seine militärischen Fähigkeiten aufrechterhalte. Eine der größten Gefahren sei das fehlende Verständnis in der Öffentlichkeit.

Zweitens müsse das Bündnis klar seine Unterstützung für den Reformprozeß ausdrücken, und zwar

- zur Selbstbestimmung,
- zu Ereignissen in der DDR (auch die Implikation für den Westen, Unterstützung und Sympathie des Bündnisses für die Bundesrepublik Deutschland, die bei Formulierung westlicher Reaktion führende Rolle habe),
- Eingehen auf sich wandelnde Beziehungen zur SU,
- Bereitschaft zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit und anderer Hilfe zur Unterstützung der Reform,
- Rüstungskontrolle,
- Offenheit und Berechenbarkeit in Europa durch KSZE als Rahmen für Stabilität in ganz Europa,

<sup>47</sup> Michael Alexander.

<sup>48</sup> Die ungarische Regierung teilte der Bundesregierung am 7. September 1989 mit, ab Montag, dem 11. September 1989, dürften alle Ausreisewilligen aus der DDR Ungarn verlassen. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 4. Vgl. dazu auch ÖSTERREICH UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 54 und Dok. 56.

<sup>49</sup> Die ČSSR öffnete am 3. November 1989 die Grenze zur Bundesrepublik. Vgl. dazu DIE EINHEIT, Dok. 18.

- Respekt für die Sicherheitsinteressen aller WP-Staaten,
- Zusicherung, daß Westen Instabilität nicht zu einseitigem Vorteil ausnutzen werde.

Man dürfe nicht kurzfristige Probleme vermischen mit langfristigen Aufgabenstellungen bei künftiger Konstruktion Europas.

Abschließend sei festzuhalten, daß Bewahrung eines kühlen Kopfs im Westen der wichtigste Beitrag für die weitere Entwicklung des Wandels in Osteuropa sei.

13) StV F<sup>50</sup> erklärte, daß die Entwicklung in Osteuropa die Politik der Allianz, wie sie in Harmel-Bericht und Gipfelerklärung niedergelegt sei, voll bestätige. Man freue sich über die Ereignisse in DDR für „unsere deutschen Freunde“. Die Rolle von GS Gorbatschow für Ereignisse in DDR, Polen, Ungarn sei sicherlich wesentlich, selbst wenn sie eine negative sein sollte. (In Polen kommunistische Regierungsbeteiligung. In Ungarn sei alles unter Kontrolle Gorbatschows geläufen. In DDR sei Entscheidung im wesentlichen von Gorbatschow getroffen worden, auch wenn weitgehend improvisiert worden sei.) Es stelle sich jedoch die Frage, ob Gorbatschow eine klare Deutschland-Politik habe. Habe er eine Perspektive für geordnete Entwicklung? Oder trete er nur Flucht nach vorn an? Begegnung von Malta könnte zur Klärung nützlich sein. Man dürfe auch nicht außer acht lassen, daß im Falle der DDR die Zahl der Mitspieler größer sei als bei den anderen WP-Staaten (weitere Ausführungen, um singulären Charakter DDR-Entwicklung unter NSWP-Ländern herauszuarbeiten). Deutschland betreffende Fragen gingen alle Europäer an, auch USA und Kanada. Sie beträfen auch direkt das Bündnis: Um das Bündnis herum könne sich nicht alles ändern, nur es selbst bleibe unverändert. Damit werde nicht ein Verschwinden der Allianz befürwortet. Hier gebe es also eine ganze Reihe von Problemen, für die die Gipfelerklärung keine Antwort bereithalte. Diese Antworten zu geben, sei jedoch im Dezember erforderlich. Natürlich könne Botschaft des Bündnisses nicht lauten, daß Osteuropa so bleiben solle wie bisher.

14) Erklärung StV P<sup>51</sup> enthielt keine neuen Elemente.

[gez.] Ploetz

**VS-Bd. 13041 (204)**

<sup>50</sup> Gabriel Robin.

<sup>51</sup> José Gregório Faria Quiteres.

**365****Botschafter Terfloth, Bukarest, an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 1022****Aufgabe: 15. November 1989, 17.00 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 16. November 1989, 08.58 Uhr**

Betr.: Veränderungen in den sozialistischen Staaten und die rumänischen Realitäten

1) Die Ereignisse und Veränderungen in der DDR und die Öffnung der Grenzen<sup>2</sup>, zusammen mit der auch hier völlig überraschenden Ablösung Schiwkows im Nachbarland<sup>3</sup>, müssen auf Ceaușescu und sein Regime als tiefer Schock gewirkt haben. Obwohl krampfhaft versucht wird, dem Volk weiterhin die Wahrheit vorzuenthalten, und den offiziellen Medien die Vorgänge nur aus den Glückwunschtelegrammen an die „Genossen“ Nachfolger von Honecker<sup>4</sup> und Schiwkow sowie winzigen, schlecht plazierten Notizen im Rückschlußwege zu entnehmen waren, darf man davon ausgehen, daß so gut wie jeder hier davon weiß. Nicht nur, daß die ausländischen Radiosender lebhaft abgehört werden, auch das im Westen des Landes zu empfangende Fernsehprogramm Ungarns zeigte die Öffnung der Berliner Mauer ausführlich, ebenso wie im hier normal zu empfangenden bulgarischen Fernsehen ein sichtlich konsternierter Schiwkow von der Gewährung seiner Bitte um Rücktritt erfuhr.

Die Parallelen zu Bukarest liegen so auf der Hand, daß es nicht einmal eines Einverständnisses über Blickkontakt bedarf. Die professionellen Anpasser und Linien-Nachbeter hier wissen auf manche Fragen nur noch verschlungene Antworten und verwickeln sich in Widersprüche, da die Sprachregelung mit der Rasanz der Ereignisse deutlich nicht mehr mitkommt.

Ein rumänischer Beamter, der Ceaușescu zum 40. DDR-Jahrestag<sup>5</sup> begleitete, wußte zu erzählen, man habe den Conducator in einem Berliner Hotel untergebracht, an dem am Abend die „Gorbi, Gorbi“ rufenden Demonstrationen junger DDR-Deutscher vorübergezogen seien. Ceaușescu sei bei dem Anblick dieser Demonstrationszüge buchstäblich schlecht geworden, so daß er sich habe hinlegen müssen. Daß so etwas jetzt erzählt wird, ist schon ein Zeichen für sich.

2) Um so mehr jedoch lautet der Beschuß des Conducators: „Nun erst recht!“ Der Parteikongreß der nächsten Woche<sup>6</sup> wird mit so umfassendem propagandistischen Aufwand vorbereitet, daß kaum daran zu zweifeln ist,

„daß auf dem XIV. Parteitag Genosse Nicolae Ceaușescu, der geniale Gründer des modernen sozialistischen Rumäniens, der weitblickende Führer der ganzen Nation auf dem Wege des Fortschritts und des Wohlstands, eine glanzvolle Per-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 16. November 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregelung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

<sup>3</sup> Zur Entwicklung in Bulgarien vgl. Dok. 359.

<sup>4</sup> Zur Ablösung des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, durch Egon Krenz am 18. Oktober 1989 vgl. Dok. 326.

<sup>5</sup> Der rumänische Präsident Ceaușescu hielt sich am 6./7. Oktober 1989 in der DDR auf.

<sup>6</sup> Der Vierzehnte Parteitag der KPR fand vom 20. bis 24. November 1989 in Bukarest statt.

sönlichkeit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, ein unermüdlicher Kämpfer für die Sache des Sozialismus und des Kommunismus, für den Triumph des Friedens und der Zusammenarbeit in der Welt, in das hohe Amt des Generalsekretärs der Rumänischen Kommunistischen Partei wieder gewählt werden soll“ (Parteibeschluß der Ortsorganisationen Bukarest).

Vermutlich wird es der mit massiver Repression durchgeführten Voreinstudierung gelingen, den Kongreß als gewaltige Huldigung und würdelose Beweiherräucherung auch durchzuführen. In der neuen Umgebung der sozialistischen Familie und der europäischen Umwelt klingt dieses Gepränge aber hohler denn je. Es ist zu spüren, daß sich nunmehr fast alle in diesem Land dessen bewußt sind, wie einsam die Führung dasteht.

3) Und dennoch – so unbehaglich er sich jetzt fühlen mag – kann Ceaușescu darauf rechnen, daß sich Widerstand hier schwer artikuliert. Die Überzeugung der meisten, daß die Tage auch dieses Regimes gezählt sind, ist eines, ihre Umsetzung in die Tat aber ein anderes. Eine disziplinierte, aber entschlossene Massenbewegung wie in der DDR ist hier schwer vorzustellen. Dazu fehlt eine gesellschaftliche Strukturierung ebenso wie eine schützende Institution wie etwa die Kirche. Die spontane Erhebung von Kronstadt/Brașov hat seinerzeit 1987<sup>7</sup> nicht landesweit gezündet. Ob dies heute eher der Fall wäre, mag man, auch angesichts der drohenden Verfolgung bis zur physischen Vernichtung, bezweifeln. Allenfalls denkbar wäre eine oppositionelle Gruppierung innerhalb der höheren Ränge der Partei, schon um für eine fernere Zukunft die eigene Haut zu retten. Dies hatten offensichtlich die sechs prominenten Altkommunisten im Sinn, die im Frühjahr ihren offenen Brief verfaßten.<sup>8</sup> Auch hier aber blieb der erhoffte Schneeball-Effekt aus.

Vermutlich wird es eines zusätzlichen auslösenden Ereignisses innerhalb Rumäniens bedürfen, um die Lawine loszutreten, die dann allerdings nicht mehr leicht zu kontrollieren und auf disziplinierten, gewaltlosen Druck zu reduzieren wäre.

Für eine Weile noch wird Ceaușescu an dem „jeweils eigenen Haus“ werkeln, das er in Abwandlung vom Gorbatschowschen „gemeinsamen europäischen Haus“ propagiert. Der Sturz von dessen Dach wäre dann allerdings um so tiefer.

[gez.] Terfloth

**Referat 214, Bd. 139892**

<sup>7</sup> In der Presse wurde berichtet, daß es am 15. November 1987 im rumänischen Brașov (Kronstadt) zu gegen die Regierung gerichteten Demonstrationen und Gebäudebesetzungen gekommen sei, die noch am gleichen Tag von Polizei und Sicherheitsdienst niedergeschlagen worden seien. Vgl. dazu den Artikel „Romanian workers in protest“, THE GUARDIAN vom 19. November 1987, S. 11.

<sup>8</sup> Zum Schreiben von sechs ehemaligen hohen rumänischen Funktionären an Präsident Ceaușescu vgl. Dok. 72, Anm. 11.

**366****Botschafter von Schubert, Straßburg (Europarat),  
an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 322**  
**Citissime**

**Aufgabe: 16. November 1989, 20.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 16. November 1989, 21.45 Uhr**

Betr.: 85. Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 16.11.89

**Zur Unterrichtung**

1) Unter Teilnahme von zwei Regierungschefs (MLT<sup>2</sup>, LST<sup>3</sup>), 15 Außenministern, drei Staatsministern, zwei Staatssekretären und einem Ständigen Vertreter fand unter norwegischem Vorsitz am 16.11. 85. Sitzung MKs EURs statt. Deutsche Delegation wurde von StM Schäfer geleitet. Erstmals in der Geschichte EURs gab es einen Meinungsaustausch mit den Außenministern Polens, Ungarns und Jugoslawiens.

Sitzung wurde abgeschlossen mit traditionellem Kolloquium mit Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung. Mit Ende der Sitzung ging der Vorsitz von MK auf Portugal über. Nächste Sitzung MK wurde für den 10. Mai 1990 vorgesehen.

2) Im Vordergrund der Sitzung stand Entwicklung in Mittel- und Osteuropa und die sich hieraus für zukünftige Arbeit des EUR ergebenden Konsequenzen.

Teilnehmer bewerteten Treffen als bedeutendes, zukunftsweisendes Ereignis.

Antrag Ungarns auf Mitgliedschaft im EUR, Ankündigung weiterer Beitrittsbemühungen (Jugoslawien) und weiterer Reformen, die eines Tages den Beitritt erlauben (Polen), setzten zusammen mit der Unterzeichnung der Kulturkonvention<sup>4</sup> durch Ungarn und Polen die Hauptakzente. Hinsichtlich Entwicklung in DDR kam Hoffnung zum Ausdruck, daß dort bald Bedingungen geschaffen würden, die eine Intensivierung der Kontakte zum EUR erlauben.

Zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion wurde dem Komitee der Ministerbeauftragten der Auftrag erteilt, Prioritäten unter den bereits festgelegten Interessengebieten (Menschenrechte, rechtliche Zusammenarbeit, Kultur etc.) zu erarbeiten und mögliche Konventionsbeitritte zu prüfen.

<sup>1</sup> Hat Staatsminister Schäfer am 17. November 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte an Leitungsebene leiten: Zu ergänzen ist, daß ich eine wesentlich ausführlichere Darstell[un]g unserer Ostpolitik beim M[ittag]E[ssen] der Delegationsleiter geben konnte (auf englisch) und anschließend mit den AM Ungarns, Polens und Jugoslawiens sprach. Der poln[ische] AM fand den Besuch des BK gut und für die weiteren bilateralen Beziehungen sehr zufriedenstellend. AM Lončar bat um ein Gespräch mit BM in Bonn – evtl. im Rahmen des Besuchs seines MP (spätestens).“

Hat Legationssekretär Dengg am 20. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Kastrup und Ministerialdirigent Hofstetter an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Jagow verfügte.

Hat Jagow am 20. November 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 21. November 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Edward Fenech Adami.

<sup>3</sup> Hans Brunhart.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Europäischen Kulturabkommens vom 19. Dezember 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 1128–1132.

Grundsätzliche Bereitschaft bestand auch, dem EUR die notwendigen Mittel für die Verwirklichung seiner angestrebten Kooperation mit Ost- und Mitteleuropa zur Verfügung zu stellen.

Reaktion auf den Vorschlag der Generalsekretärin<sup>5</sup> vom 14.11.89, hochrangiges Treffen der 23 MS zur Behandlung von Ost-West-Fragen einzuberufen, stieß insofern auf positive Reaktion, als die kommende portugiesische Präsidentschaft aufgefordert wurde, abzuklären, inwieweit ein Sonderministertreffen als nützlich angesehen und gewünscht werde.<sup>6</sup>

Für den EUR bedeutete Sitzung Ermutigung und Bestätigung neuen politischen Gewichts.

3) Im einzelnen ist aus informellem Meinungsaustausch der Minister festzuhalten:

a) Polnischer AM Skubiszewski sah in Einladung MKs Bestätigung polnischer Reformpolitik. Er bewertete die Rolle EUR als gesamteuropäische Institution als besonders wichtig. Dies gelte im Hinblick auf Reformen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, zur parlamentarischen Demokratie und im Anknüpfen an gemeinsame kulturelle Wurzeln Europas. Polnische Wirtschaftsreformen seien realistisch und würden sich in Richtung Privatwirtschaft bewegen. Polens Weg sei ein Weg der Stabilität und ein evolutionärer Prozeß. Polen werde seinen Verpflichtungen im Warschauer Pakt nachkommen. Es sei aber kein Satellit, sondern fühle sich unabhängig von den Supermächten. Zwischen den europäischen Staaten müßten Beziehungen der Gleichheit bestehen. Die polnische Politik werde immer besser von der SU und anderen Bündnispartnern verstanden. Dies hätten der Schewardnadse-Besuch<sup>7</sup> und die Konferenz der WP-AM in Warschau<sup>8</sup> gezeigt.

Der Demokratisierungsprozeß in Polen sei unumkehrbar und eine Antwort auf die Erwartungen des Volkes. Die von befreundeten Staaten an Polen geleistete Hilfe sei für die Stabilität der Entwicklung wichtig.

Im Ausbau der Beziehungen zum EUR sehe Polen eine Quelle der Inspiration für seine Reformpolitik. Polen habe Absicht, Vollmitglied des EUR zu werden, sehe aber hierfür noch die Notwendigkeit einer Periode der Adaptation. Während dieser Übergangszeit strebe Polen den Beitritt zu weiteren Konventionen an, befürworte Expertenbegegnungen in allen Bereichen. Demnächst werde als Vertretung Polens beim EUR ein Generalkonsulat in Straßburg eröffnet. Polen werde seinen Antrag auf Vollmitgliedschaft im EUR erst nach Schaffung einer parlamentarischen Demokratie stellen und hoffe in der Übergangszeit auf eine wachsende substantielle Zusammenarbeit.

Frankreich für die Zwölf und andere MS sicherten Polen ihre Unterstützung zu und bewerteten Anwesenheit des polnischen AM als Zeichen für die Überwindung der Trennung Europas.

<sup>5</sup> Catherine Lalumiére.

<sup>6</sup> Am 23./24. März 1990 fand in Lissabon eine Sondersitzung des Ministerkomitees des Europarat statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

<sup>7</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich am 24./25. Oktober 1989 in Polen auf.

<sup>8</sup> Zur Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 26./27. Oktober 1989 vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic5ae.html>.

Für das Schlußkommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 67–71.

b) Jugoslawischer AM Lončar unterrichtete MK über Absicht seiner Regierung, die bisher bereits existierende Zusammenarbeit mit dem EUR auszubauen. JUG denke über einen Beitritt nach. Er erläuterte die in Jugoslawien eingeleiteten Reformen zu mehr Demokratie, Pluralismus und wirtschaftlicher Entwicklung und drückte Interesse am Beitritt zu einer großen Zahl von Konventionen des EUR aus. Darüber hinaus sprach er die wachsende Bedeutung der Menschenrechte in JUG an und erwähnte in diesem Zusammenhang die Reform der Strafgesetzgebung.

Die Ausführungen von AM Lončar wurden in der anschließenden kurzen Aussprache von den AM (I<sup>9</sup>, OST<sup>10</sup>, F<sup>11</sup>, SCN<sup>12</sup>) begrüßt. Sie sprachen sich übereinstimmend für einen Ausbau der Zusammenarbeit zwischen EUR und Jugoslawien aus.

c) AM Horn legte für Ungarn klares Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie ab. Ungarn werde ein Rechtsstaat werden, der das freie Unternehmertum fördern, die Marktwirtschaft einführen und enge Beziehungen zum Westen entwickeln werde. Dann stellte er offiziell Antrag auf Aufnahme Ungarns in den EUR.

Er verlas eine Botschaft von MP Németh, wonach Ungarn seine fortbestehende Mitgliedschaft im WP nicht als wesentliches Hindernis für seine Aufnahme in den EUR ansehe. Ungarn habe sich auch schon im Rahmen der blockfreien Staaten eingegrenzt.

Es strebe auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit der EG und der EFTA an.

Horn erklärte ferner, Ungarn wolle sich mit Wirkung vom 1.1.90 an „Eurimages“ beteiligen und dafür 100 000 Dollar zur Verfügung stellen.

Unter lebhaftem Beifall schloß Horn seine Erklärung mit den Worten ab: „Ungarn ist jetzt wieder ein mitteleuropäisches Land geworden, und wir wollen eifrige Mieter im gemeinsamen europäischen Haus sein.“

OST, D und F für die Zwölf, E<sup>13</sup>, I begrüßten ungarische Haltung und Absichten. Als Vorsitzender EFTA-Rates sprach sich isländischer AM<sup>14</sup> für einen Dialog mit Ungarn und Polen aus.

d) Jüngste Entwicklung in DDR, die von den Ministern übereinstimmend als historisch bedeutsam bezeichnet wurde, nahm breiten Raum in Debatte ein. Portugiesischer AM<sup>15</sup> bezeichnete die Ereignisse in DDR, Ungarn und Polen als „gewaltiges Erdbeben“, das allerdings nicht Blick auf andere Probleme versetzen dürfe. Dänischer AM<sup>16</sup> sagte, man erlebe einen „atemberaubenden Zeitabschnitt“. Der Fall der Berliner Mauer sei ein bewegendes Ereignis. Doch müsse man sehen, daß der Reformprozeß erst in seinem Anfangsstadium sei.

<sup>9</sup> Gianni De Michelis.

<sup>10</sup> Alois Mock.

<sup>11</sup> Für Frankreich nahm Europaministerin Cresson teil.

<sup>12</sup> Für Schweden nahm der Staatssekretär im Außenministerium, Schori, teil.

<sup>13</sup> Für Spanien nahm der Staatssekretär im Außenministerium, Solbes, teil.

<sup>14</sup> Jón Baldvin Hannibalsson.

<sup>15</sup> João de Deus Pinheiro.

<sup>16</sup> Uffe Ellemann-Jensen.

StM Schäfer dankte in ausführlichem Diskussionsbeitrag Ministern für ihr Interesse an dramatischer Entwicklung, über deren Verlauf er einen Überblick gab. Er warnte vor gewissen Untertönen in öffentlicher Diskussion, die glauben machten, daß überstürzte Entwicklung in Richtung Wiedervereinigung eintreten könnte. Wiedervereinigung stehe nicht zur Debatte. Er betonte unsere fortdauernde Westbindung und Tatsache, daß sich unsere Politik nicht ändere. StM erläuterte die Wünsche der Bevölkerung der DDR. Es wäre falsch, sie beeinflussen zu wollen oder Ratschläge zu erteilen. Auch solle man nicht vorschnell Kooperationsprojekte mit DDR vereinbaren, bevor dort Organe entstünden, die durch freie Wahlen bestimmt seien. Der StM betonte, daß wir keinerlei Interesse an einer Destabilisierung der DDR hätten. Der EUR könne im Zusammenhang mit der Entwicklung in der DDR durchaus eine Rolle spielen.

4) An Kolloquium mit Vertretern Parlamentarischer Versammlung nahmen wegen der Polen-Debatte im Deutschen Bundestag<sup>17</sup> keine deutschen Abgeordneten teil. Nachdem sich norwegischer Vorsitzender<sup>18</sup> des MK wegen des verpäteten Beginns und entsprechender scharfer Kritik entschuldigen mußte, konzentrierte sich Meinungsaustausch ebenfalls auf Ost-West-Fragen.

Vorsitzender Ausschusses für Nichtmitgliedstaaten, Sager (SCZ), sprach sich dafür aus, Reformschritte in Ländern Mittel- und Osteuropas abgestuft zu honorierten und zu prüfen, inwieweit als Zwischenstufe zur Vollmitgliedschaft eine Assoziiierung in Frage käme. Auch sollte geprüft werden, inwieweit die Zeichnung der Menschenrechtskonvention<sup>19</sup> für Nichtmitglieder geöffnet werden könnte. Alle Debattenteilnehmer sprachen sich nachdrücklich für eine Unterstützung der Haushaltsvorschläge der Generalsekretärin aus für die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern.

Eine Empfehlung des Ständigen Ausschusses der PV an das KMB<sup>20</sup>, die Ost-West-Haltung des EUR dem informellen Zwölfer-Gipfel am 18. November<sup>21</sup> und dem Europäischen Rat am 7. und 8. Dezember<sup>22</sup> zur Kenntnis zu bringen, wurde bereits während informellen Teils der MK-Sitzung gebilligt.

5) Schlußkommuniqué folgt nach Endredaktion.<sup>23</sup>

[gez.] Schubert

**Referat 200, Bd. 144163**

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 16. November 1989 im Bundestag über seine Reise nach Polen und die anschließende Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 176. Sitzung, S. 13326–13381.

<sup>18</sup> Kjell Magne Bondevik.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie des Zusatzprotokolls vom 20. März 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 686–700, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 1880–1883.

<sup>20</sup> Korrigiert aus: „MKB“. Komitee der Ministerbeauftragten.

<sup>21</sup> Zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18. November 1989 in Paris vgl. Dok. 361, Anm. 3.

<sup>22</sup> Zur Tagung des Europäischen Rates am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut des Schlußkommunikés vgl. [https://www.coe.int/en/web/cm/meetings-1993-1985/-asset\\_publisher/OZPU3QR7b5uC/content/cm85-session-of-the-committee-of-ministers](https://www.coe.int/en/web/cm/meetings-1993-1985/-asset_publisher/OZPU3QR7b5uC/content/cm85-session-of-the-committee-of-ministers), S. a 11–14.

**367****Aufzeichnung des Referats 412****17. November 1989<sup>1</sup>****Wirtschaftliche Unterstützung der DDR**

- 1) Ziel
- Unterstützung des Reformprozesses
  - Unterstützung einer marktwirtschaftlichen Umgestaltung der Wirtschaft der DDR
  - Verhinderung einer „Ausplünderung“ der DDR
- 2) Derzeit sichtbarstes Zeichen des Reformprozesses Reisefreiheit<sup>2</sup>. Darf nicht wegen Devisenmangel obsolet oder durch Schwarzarbeit/Schwarzhandel finanziert werden.

**Mögliche Aktionsparameter:**

- Statt Begrüßungsgeld aus Bundeshaushalt subventionierter Umtausch. Eingetragene DDR-Mark könnten zur Finanzierung von Projekten in der DDR verwandt werden.
  - Bundesbank gewährleistet (in begrenztem Rahmen) mittleren, kaufkraft-äquivalenten Kurs der DDR-Mark (riskant wegen Auswirkungen auf Geldpolitik).
- 3) Unterstützung der marktwirtschaftlichen Umgestaltung der DDR-Wirtschaft
- Durch nationale Maßnahmen
    - Öffnung der bestehenden ERP-Programme für Investitionen in der DDR,
    - Schaffung eines Instruments analog § 16 Berlinförderungsgesetz<sup>3</sup> zur Investitionsfinanzierung in der DDR,
    - Öffnung des BMWi-Eigenkapitalhilfeprogramms für Existenzgründungen in der DDR,
    - Erweiterung der Absicherung vor allem von Anlage- und Investitionsgüterlieferungen in die DDR durch westdeutsche Unternehmen,
    - Absicherung von Kapital- und Sachinvestitionen bei betrieblicher Zusammenarbeit, insbesondere bei Joint-ventures,
    - Absicherung von Bankkrediten,
    - Unterstützung von Firmen und Verbänden in der notwendigen umfangreichen Beratungstätigkeit,

<sup>1</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönenfelder übermittelte die Aufzeichnung am 21. November 1989 an Staatssekretär Lautenschlager mit dem handschriftlichen Vermerk: „Dies ist das ‚DDR-Papier‘, von dem ich sprach.“

Hat Lautenschlager am selben Tag vorgelegen, der handschriftlich für Schönenfelder notierte: „Haben wir eigentlich einige verlässliche Zahlen in bezug auf die DDR – z. B. Bevölkerungszahl, davon Beschäftigte, BSP (vergleichbar mit dem Westen), Außenhandelszahlen (RGW u. andere) etc. ... Wie ist eigentlich das Bankwesen organisiert – gibt es so etwas wie eine ‚Bundesbank‘? Wie organisiert die DDR ihre Entwicklungshilfe?“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat E 24 (412), Bd. 168567.

<sup>2</sup> Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregelung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut von § 16 des Gesetzes zur Förderung der Berliner Wirtschaft (Berlinförderungsgesetz) in der Fassung vom 1. Januar 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 2430.

- Abschluß eines Investitionsschutzvertrags,
- Erhöhung des Kürzungsanspruchs bei Bezügen aus der DDR; sehr wirksam, aber auch sehr riskant (starke Kritik unserer EG-Partner zu erwarten)<sup>4</sup>,
- Erhöhung des „Swing“ (derzeit 850 Mio. VE).<sup>5</sup>
- Auf europäischer Ebene:
  - Öffnung der EIB-Programme für Investitionen in der DDR.
  - Finanzierung von Projekten über die von französischer Seite vorgeschlagene Europäische Entwicklungsbank für Mittel- und Osteuropa,
  - Maßnahmen<sup>6</sup> im Rahmen der EG-Regional- und Strukturpolitik,
  - Finanzhilfen aus dem EG-Haushalt<sup>7</sup>,
  - gemeinsame Hilfsmaßnahmen der Zwölf (z. B. für Umwelt- und Energieprojekte), Koordinierung durch KOM,
  - Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens.

#### 4) Verhinderung der „Ausplünderung“ der DDR

##### Mögliche Gefahren

- Entstehung von „Polen-Märkten“ (à la West-Berlin) entlang der gesamten innerdeutschen Grenze und in West-Berlin. Mit dem DM-Erlös, zum verzerrten Kurs von 10:1 gewechselt, setzt sich eine für Schwarzhändler äußerst profitable Spirale in Bewegung.
- Horten von DDR-Mark durch westdeutsche Bürger zum Aufkauf von Grundstücken etc. in der DDR (direkt oder durch Strohmänner).
- Abwerbung von DDR-Fachkräften (im Wege der Umsiedlung oder auch Schwarzarbeit).
- Aufkauf von DDR-Unternehmen mit westdeutschem Kapital.

Es muß verhindert werden, daß „Schutzwall“-Behauptung im nachhinein Rechtfertigung erfährt.

Einziger Weg, dem entgegenzuwirken: Wohlstandsgefälle so schnell wie möglich vermindern. DDR muß Subventionen abbauen und Währung konvertibel machen. All dies nur mittelfristig möglich. Bis dahin auch unsererseits Kontrollen notwendig.

#### Referat E 24 (412), Bd. 168567

<sup>4</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Kreuz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was verbirgt sich dahinter?“

<sup>5</sup> Die Treuhandstelle für Industrie und Handel und das Ministerium für Außenhandel der DDR vereinbarten am 5. Juli 1985 eine Erhöhung des zinslosen Überziehungskredits im Rahmen des innerdeutschen Handels („Swing“) auf 850 Millionen Verrechnungseinheiten. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 705 f.

<sup>6</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In der DDR?“

<sup>7</sup> Der Passus „Maßnahmen im Rahmen ... dem EG-Haushalt“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Kreuz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Das geht sehr weit!“

**368****Botschaftsrat Hiller, Prag, an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 2661****Citissime nachts****Aufgabe: 17. November 1989, 15.01 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 20. November 1989, 11.31 Uhr**

**Betr.:** Innenpolitische Linie der tschechoslowakischen Führung angesichts  
der Entwicklungen in den sozialistischen Nachbarländern der ČSSR

**Bezug:** Lfd. Berichterstattung

**Zur Unterrichtung**

1) Die jüngsten Entwicklungen in der DDR und deren in Ansätzen bereits spürbare Resonanz in der ČSSR haben die Verunsicherung der das Land führenden Hardliner in der KPTsch unter GS Jakeš massiv verstärkt. Nicht zu Unrecht fühlen sie sich nunmehr im außenpolitischen Umfeld völlig isoliert und auch innenpolitisch zunehmend in die Defensive gedrängt. Die schlichte Taktik, Gorbatschow und seine häretische Politik als unangenehme, aber vorübergehende Erscheinung im sozialistischen Lager mit bloßer Umbaurhetorik ohne substantielle Veränderungen in der ČSSR auszusitzen, geht, dies wird nun auch der hiesigen Führung zunehmend deutlich, nicht auf. Jakeš glaubt inzwischen selbst nicht mehr an seine politische Zukunft.

In dieser Lage ist die Führung zu einer konsistenten, kraftvollen, langfristig ausgerichteten Politik nicht mehr fähig. Was sie betreibt, ist nur mehr kurzfristige Überlebenstaktik, die darin besteht, dem als unseig empfunden Zeitgeist zwar verstärkt Öffnungen zu konzedieren, freilich nur systemimmanente, also nur solche, die die politische Struktur und vor allem die bestehenden Macht-positionen nicht wirklich gefährden können:

2) Neben dem tiefen Schock über den Verlust des letzten Bundesgenossen unter den Nachbarstaaten der ČSSR und dem – wie zu hören ist – vernehmlichen Anmahnungen eines tsl. Kurswechsels aus Moskau (Gorbatschow hat in der letzten Woche eine entsprechende Botschaft an Jakeš gerichtet, wie uns im Parteipräsidium vertraulich bestätigt wurde) muß die Führung auch im Innern nun zunehmend beunruhigende Resonanzen der Entwicklungen im außenpolitischen Umfeld konstatieren. Zwar ist sowohl die inner- als auch außerparteiliche Opposition vorerst noch zersplittert, vergleichsweise kraftlos und verhalten. Auch in der Bevölkerung dominiert offenbar immer noch eine lethargische Grundströmung. Dies ändert sich freilich langsam; allmählich häufen sich mosaikartig Zeichen der Renitenz und oppositionelle Ereignisse:

- Die Parteien der Nationalen Front werden allmählich selbstbewußter. Die Sozialistische Partei entwickelt z.Zt. ein neues Grundsatzprogramm mit durchaus interessanten Elementen (folgt gesonderter Bericht). In der KPTsch selbst gibt es zwar noch starke Status-quo-orientierte (und -interessierte) Kräfte, vor

<sup>1</sup> Das von Botschaftsrat Steiner, Prag, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt.  
Vgl. Anm. 4.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 20. November 1989 vorgelegen.

allem auch in der mittleren Parteihierarchie und in der Provinz. Progressiv Denkende – die es zunehmend gibt – haben sich noch nicht sichtbar zu einer parteiinternen Opposition formiert und artikulieren sich noch nicht offen, allenfalls verschlüsselt. Dennoch wächst in der KPTsch die Unzufriedenheit darüber, daß die Führung der Partei diese nur noch zum eigenen Machterhalt benutzt, damit aber diese und zugleich die politischen Zukunftschancen der Nachfolgegeneration zerstört, was sich auch in den parteiinternen Diskussionen im Vorfeld des Parteitags im Mai immer deutlicher niederschlägt.

- Viele Journalisten werden zunehmend selbstbewußter und riskieren immer offener nichtkonforme Berichte. Die zweitwichtigste Zeitung des Landes, das Organ des Jugendverbands, „Mladá Fronta“ (MF), entwickelt sich im ständigen Konflikt mit der Parteführung allmählich zu einem ausgesprochen unbehaglichen Blatt; auch das Organ der Sozialistischen Partei berichtet immer unverblümter. Für die zwei in Haft genommenen Redakteure der oppositionellen Zeitung „Lidové noviny“ haben tsł. Journalisten eine Solidaritätserklärung abgegeben.
- Die neugegründete „Demokratische Initiative“ unter Emanuel Mandler (der sich auf 2000 Mitglieder beruft) hat am 13.11. offiziell Zulassung als politische Partei beantragt.

Das Oppositionsmanifest „Einige Worte“<sup>2</sup> trägt inzwischen ca. 40 000 Unterschriften. Für diejenigen, die aus ihrer Unterschrift Nachteile erleiden, wurde mittlerweile ein Unterstützungsfonds eingerichtet. Auch die bekannte Tschechische Philharmonie hat sich mit Benachteiligten solidarisch erklärt und deswegen jede weitere Zusammenarbeit mit dem tsł. Fernsehen und Rundfunk trotz ministerieller Intervention standhaft abgelehnt, wofür das Orchester gestern abend (16.11.) vom Publikum eine stehende Ovation erhielt. Ganz generell ist gerade die Kulturszene im Lande eine besonders mutig und aktiv zum Wandel treibende Kraft.

- In Oppositionskreisen gibt es verstärkt Bemühungen, zu einer einheitlichen Linie unter den vielen Gruppen zu finden, zu denen laufend neue hinzukommen. Auch wächst hier – beflogt durch die Ereignisse in der DDR – allmählich das Selbstbewußtsein. An dem Prozeß gegen vier Oppositionelle in Bratislava nahmen Dubček und Jiří Hájek demonstrativ gemeinsam als Beobachter teil (das vergleichsweise milde Urteil – drei Freisprüche, eine Haftstrafe von acht Monaten auf Bewährung für Miroslav Kusý – wurde in Oppositionskreisen als Erfolg gewertet). Vor allem aber gibt es angesichts der katastrophalen Umweltbedingungen in der ČSSR nun lfd. ökologisch motivierte Demonstrationen, auch in der Provinz, die stark beachtet werden und aus deren Umfeld man sich gerade auch bei fortschrittlichen Kräften im Apparat einen positiven politischen Impuls erhofft.
- 3) Um diesen zunehmend außen- und innenpolitischen Druck aufzufangen, sieht sich die Parteführung zu wenigstens optischen und verbalen Öffnungen genötigt, mit denen der Nachweis geführt werden soll, daß in der ČSSR die anderswo eingeleiteten Veränderungen gar nicht mehr nötig, weil bereits vollzogen sind.

<sup>2</sup> Für den englischen Wortlaut des Manifests „Einige Sätze“ vgl. <https://www.wilsoncenter.org/publication/the-democratic-revolution-czechoslovakia, Dok. 23.>

So waren auf der gesamtstaatlichen Konferenz des Sozialistischen Jugendverbands (SSM<sup>3</sup>) am 11./12.11. kritische Diskussionsbeiträge durchaus erwünscht, wurden von Rudé Právo auch ausführlich abgedruckt und in einem begleitenden Kommentar sogar begrüßt. Danach habe ein Arbeiter den Mitgliederschwund insbesondere an Arbeitern auf die vorherrschende „Atmosphäre des Mißtrauens hinsichtlich der Möglichkeit politischer und wirtschaftlicher Veränderungen“ zurückgeführt. Andere beklagten die Bevormundung des Jugendverbands durch die Partei und das die gesamte Gesellschaft durchziehende und sich nun auch auf Schulen ausdehnende „Beziehungsnetz“ in der ČSSR.

<sup>4</sup>Freilich gab es auf der Tagung in Wirklichkeit wesentlich härtere Diskussionen bis tief in die Nacht, die in Rudé Právo verschwiegen wurden. Gerade diese „stürmischen Auseinandersetzungen“ waren das eigentliche Ereignis der Konferenz, wie uns der stv. Chefredakteur von MF sagte. MF kündigte daher öffentlich an, sämtliche Diskussionsbeiträge der Tagung, auch die wegen Zeitmangels nicht abgegebenen, sukzessive abzudrucken.

Auch die Rede von GS Jakeš auf der Konferenz am 12.11. belegt, daß es letztlich um „sozialistischen Pluralismus“ und „sozialistische Demokratie“, d. h. nur um eine systemkonforme Öffnung gehen soll, die die machtsichernden Strukturen nicht antastet. Zitat Jakeš:

„Wir sind für einen aufrichtigen, ehrlichen Dialog mit allen, die auf der Grundlage der Verfassung<sup>5</sup> Ausgangspunkte finden und ihre Kräfte zu konstruktiver Arbeit im Interesse der weiteren sozialistischen Entwicklung unseres Landes einen wollen. Wir halten den Dialog für eine grundlegende Voraussetzung zur Gewinnung des Vertrauens der Menschen in die Politik der KP, der Nationalen Front und des sozialistischen Staates, für einen größeren Anteil der Bürger am Entscheidungsprozeß über wichtige Fragen des Lebens der Gesellschaft. Man muß damit rechnen, daß die ausgedrückten Meinungen Konfliktcharakter haben, auch widersprüchlich sein können. Eines sollte jedoch klar sein: Der Dialog kann nicht anonym oder durch so etwas wie die Straßendemonstrationen geführt werden, deren Ziel es ist, zu provozieren, Spannung in der Gesellschaft hervorzurufen, die öffentliche Ordnung zu stören, mit verschiedenen Aufrufen und mit Hilfe einiger westlicher Massenmedien unsere Gesellschaftsordnung anzugreifen sowie mit der Losung einer ‚Demokratisierung‘ in Wirklichkeit ein Verlassen des sozialistischen Wegs der Entwicklung anzustreben.“

Innerhalb dieser systemstabilisierenden Vorgaben ist denn auch die Ankündigung von Jakeš auf der Konferenz zu verstehen, wonach die zukünftige Verfassung auch ein Verfassungsgericht vorsehen soll.

4)<sup>6</sup> Wie lfd. berichtet, will PM Adamec hinsichtlich der systemkonformen Öffnung wesentlich rascher vor- und weitergehen als Jakeš und liefert sich mit diesem denn auch bereits seit Monaten einen ständigen Kleinkrieg. In seinem am 14.11. vor der Föderalversammlung abgegeben dritten Rechenschaftsbericht seit Verkündung des Regierungsprogramms am 8.11.1988 bekräftigte er die

<sup>3</sup> Socialistický Svaz Mládeže (Sozialistischer Jugendbund).

<sup>4</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2679 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der tschechoslowakischen Verfassung vom 11. Juli 1960 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1980, S. 420–475.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „3“. Die nachfolgende Numerierung wurde durchgehend korrigiert.

Absicht umfassender Wirtschaftsreformen, kündigte – freilich vage – den seit langem bereits vorangekündigten Wegfall der Ausreisegenehmigung an (ges. Bericht<sup>7</sup>) und stellte immerhin fest:

„Unsere Kraft liegt in ehrlicher Politik. Mangelnde Sensibilität und Vorurteile verhindern die Gewinnung von Vertrauen in den sozialistischen Staat, und ohne Vertrauen kann man weder demokratisch regieren noch den Weg der gesellschaftlichen Reformen erfolgreich fortsetzen.“

Freilich macht auch Adamec – wenn auch wesentlich gefälliger als Jakeš – die Grenzen der Öffnung und des kritischen Dialogs deutlich, so daß, trotz aller Kämpfe hinter den Kulissen, zwischen beiden nach außen vorerst weiterhin zwar signifikante, aber keine fundamentalen Unterschiede erkennbar sind:

„Wir sind für eine breite Diskussion, gehen auch keinem scharfen Meinungsaustausch aus dem Weg. Aber unter einer Bedingung: im Rahmen der Verfassung der ČSSR, unter Beachtung der Normen der öffentlichen Ordnung, im Geiste der demokratischen Traditionen und eines anständigen Verhaltens. ... Dem ist so in allen Rechtsstaaten. ... Mit denjenigen, denen es wirklich um eine Beseitigung von Deformationen und überkommenen Vorstellungen von Sozialismus geht, können wir uns einigen.“

Auf der gestrigen (16.11.) Regierungspresso konferenz bestätigte Regierungssprecher Pavel denn auch, daß die Rede von Adamec in der Tat als Ausschluß der oppositionellen Kräfte vom Dialogangebot zu verstehen sei.

5) Die nach 1968<sup>8</sup> in der ČSSR eingeleitete Phase der sog. „Normalisierung“ – richtiger der oppressiven Restauration – geht zu Ende; das Land scheint nun in eine labile Übergangsphase zu geraten. Indiz dafür, daß die die ČSSR noch beherrschenden Hardliner inzwischen selbst nicht mehr an einen dauerhaften Erfolg ihrer Überlebenstaktik glauben, ist die vertrauliche (zuverlässige) Mitteilung eines Rundfunkredakteurs an uns, ihm habe ein Sohn von Jakeš kürzlich gesagt, sein Vater habe im Familienkreis festgestellt, er werde das Jahr 1989 politisch nicht überleben. An dieser Aussage ist weniger das genannte Datum als die resignative Einschätzung der eigenen Lage bedeutsam, da gerade in der von allseitiger Furcht beherrschten und gelähmten ČSSR auch die psychologischen Befindlichkeiten der verschiedenen Parteien bedeutsam sind.

Der o.g. stv. Chefredakteur von MF, der zugleich ein Funktionärsamt in der KPTsch bekleidet, sagte uns, vordringlich sei zunächst, daß die drei „Schlüsselfiguren“ in der Führung – er nannte GS Jakeš, Parlamentspräsident Indra, Cheifideologe Fojtík – abtreten. Dies könnte dann möglicherweise als „Katalysator“ für eine tiefgreifende Demokratisierung der tsd. Gesellschaft dienen, wobei denkbar wäre, daß selbst der Prager KP-Chef Štěpán sich „à la Krenz“ erneut als rascher „Wendehals“ entpuppen würde.

Die Frage, ob sich auch in der ČSSR ein Wandel vollziehen wird, ist spätestens seit den Ereignissen in der DDR positiv beantwortet. Trotz aller retardierenden Momente, trotz der vergleichsweise guten tsd. Konsumlage, trotz auch relativ

<sup>7</sup> Für den Drahtbericht Nr. 2655 des Botschaftsrats Hiller, Prag, vom 15. November 1989 vgl. Referat 214, Bd. 139906.

<sup>8</sup> Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

guter Einkommen eines Teils der tsł. Arbeiterschaft wird sich das Land nicht auf Dauer als anachronistische Insel, umgeben von nunmehr ausnahmslos anders ausgerichteten Nachbarstaaten, behaupten lassen.

Die Fragen des „wie“, „wer“ und „wann“ sind dagegen vorerst kaum zu beantworten. Zwar ließe sich spekulieren, daß die genannten, auf einen Wandel drängenden außen- und innenpolitischen Faktoren in ihrer Summe zu einer Art „kritischen Masse“ werden, zu einem politischen Umfeld führen, in dem es fast zwangsläufig zu einem Führungswechsel, etwa in Form eines innerparteilichen Putsches kommen muß. Allerdings ist gegenwärtig weder vorauszusehen, wer die jetzige Führung beerben wird – Adamec hat zwar Aspirationen, ob er das Zeug hierfür hat, ist offen –, noch unter welchen konkreten Begleitumständen – evolutionär oder eruptiv – die Erbschaft angetreten werden wird.

Noch weniger läßt sich gegenwärtig der Zeitpunkt eines Wechsels vorhersehen. Wie man uns in Kreisen der innerparteilichen Opposition sagte, rechnen „die Optimisten“ noch mit diesem Jahr, „die Pessimisten“ mit nächstem Sommer, freilich sind dies eher gefühlsmäßige Daumenpeilungen. Auch die Vermutung, daß es auf dem soeben auf den 14./15.12. terminierten 16. ZK der KPTsch bereits zu einem fundamentalen Wechsel kommen wird, läßt sich noch nicht näher begründen.

Fest steht vorerst nur, daß nun auch in der tsł. Bevölkerung ein atmosphärischer Wandel gespürt wird („es liegt etwas in der Luft“, hört man inzwischen allenthalben) und daß die beharrenden Kräfte in der ČSSR zwar bewirkten, daß das Land inzwischen zu einem Schlußlicht der Demokratisierungsbewegungen in Mittel- und Osteuropa wurde – was viele Tschechoslowaken als beschämend genug empfinden –, daß aber die ČSSR letztlich nicht von diesem Zug abgekoppelt werden können wird.

[gez.] Hiller

**Referat 214, Bd. 139906**

## 369

### Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt

**VS-NfD**  
**Fernschreiben Nr. 4764**  
**Citissime nachts**

**Aufgabe:** 18. November 1989, 15.50 Uhr  
**Ankunft:** 18. November 1989, 14.16 Uhr

Betr.: Gespräch der Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Süssmuth,  
 und des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Fabius,  
 mit dem Vorsitzenden des Obersten Sowjet, Gorbatschow, am 17.11.1989

Zur Unterrichtung

Gorbatschow (G.) empfing die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Süssmuth (PBT), und den Präsidenten der französischen Nationalversammlung,

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.  
 Hat Vortragendem Legationsrat Stüdemann am 20. November 1989 vorgelegen.

Herrn Fabius (PAN<sup>2</sup>), am 17.11. im Gebäude des Obersten Sowjet zu einem etwa anderthalbstündigen Gespräch. Anwesend waren außerdem auf sowjetischer Seite die Präsidenten der beiden Häuser des Obersten Sowjet, Primakow und Nischanow, sowie Sagladin, auf deutscher Seite VLR I Ischinger und ich, auf französischer Seite Botschafter Mérillon und der außenpolitische Berater von PAN, Bernard.

Gorbatschow eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, die beiden Präsidenten würden ihm gewiß erklären, weshalb sie zusammen nach Moskau gereist seien. Er selbst wolle aber nicht mehr auf die Beziehungen zwischen den drei Parlamenten eingehen. Dieses Thema sei ausgiebig mit Lukjanow, Primakow und Nischanow besprochen worden. Statt dessen wolle er sich unmittelbar den politischen Themen zuwenden.

PAN nannte drei Interessenschwerpunkte: Europäische Fragen, dabei insbesondere Deutschland und Berlin. Das Verhältnis zwischen den schnellen politischen Reformen in der Sowjetunion und anderen Ländern einerseits, der Langsamkeit wirtschaftlicher Reformen andererseits. Das Verhältnis von Demokratie und Stabilität unter den Bedingungen der Reformen, dabei insbesondere auch die Nationalitätenfrage. Was die gemeinsame Reise der beiden Präsidenten betreffe<sup>3</sup>, seien sie als Freunde und als Vertreter eng befreundeter Länder gekommen. Frankreich und Deutschland hätten sich im Herzen der ersten Phase des europäischen Aufbaus befunden, deshalb komme ihnen auch eine besondere Rolle in der jetzigen, zweiten Phase zu. In beiden Ländern sei das Interesse an dem, was in der Sowjetunion und anderswo geschehe, außerordentlich groß. Dabei richte sich die Aufmerksamkeit insbesondere auch auf die Frage des Verhältnisses zwischen Demokratisierung und Stabilität.

G. warf ein, daß er gerade für letzteres Verständnis habe. PBT ergänzte, G. habe bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland<sup>4</sup> die Sympathien, aber auch die hohen Erwartungen, die die Deutschen in ihn setzten, gespürt. Viele Freunde in und außerhalb unseres Landes äußerten die Befürchtung, daß wir mehr Interesse am Osten als am Westen hätten. (Einwurf G.: bei uns genau umgekehrt.) Geschichte und geopolitische Lage erklärten, warum Friede, Öffnung der Grenzen und Zusammenarbeit für die Deutschen so wichtig seien. Fast zum ersten Mal in der Nachkriegszeit gebe es die Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden, und diese werde ganz persönlich mit Gorbatschow verbunden.

G. nahm den Aspekt der Öffnung der Grenzen<sup>5</sup> auf. Er höre, es gebe schon Schlangen von Leuten, die aus der Bundesrepublik zurück in die DDR wollten. PBT antwortete, die Bewegung würde sich wohl normalisieren. Es habe bis zum Sommer einen außerordentlichen Druck gegeben. Mit der Öffnung der Grenze zwischen Bundesrepublik und DDR bzw. in Berlin habe sich die Situation stark verändert. Mit den in der DDR eingeleiteten Reformen entschieden sich die Menschen vor einem anderen Hintergrund. Schlangen von Rückkehrwilligen

<sup>2</sup> Président de l'Assemblée nationale.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „antreff“.

<sup>4</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

<sup>5</sup> Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregelung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

gebe es an der Grenze wohl noch nicht. Man könne sich aber vorstellen, daß es mehr in den nächsten Wochen würden, wenn die Verhältnisse sich tatsächlich änderten. Wichtig sei, daß der Prozeß der Reformen in der DDR als unumkehrbar gesehen werden könne und die Grenzen offen blieben. Wie zu hören, gehe die Einleitung der Reformen in der DDR auch auf den Einfluß Gs. zurück. Dafür sei sehr zu danken. Es sei gut, daß die Entwicklung sich ohne Gewalt vollzogen habe. Sie, PBT, wolle feststellen, daß die deutsche Frage nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung zu lösen sein werde. So sei das erste Ziel jetzt, in der DDR mehr Demokratie und Selbstbestimmung zu verwirklichen.

G. nahm auf seinen Auftritt vor sowjetischen Studenten am 15.11.<sup>6</sup> Bezug. Man habe die Aufgaben der Generationen diskutiert, die Geschichte – was hat was beeinflußt –, ihre treibenden Kräfte und auch die Frage, was man aus der Vergangenheit in die Zukunft mitnehmen solle und was nicht. Er wolle hier Lenin zitieren, nicht weil es Lenin sei, sondern ein grundsätzlicher Gedanke, der im übrigen auch ein Licht auf die Denkweise Lenins werfe. Man solle nämlich an Einzelfragen nicht ohne grundsätzliche und allgemeine Positionen herangehen, weil sich sofort herausstelle, daß jede einzelne Frage mit den allgemeinen großen Fragen unserer Welt verbunden und von diesen abhängig sei. So gebe es keine Veränderung ohne die neue Einsicht im Osten, Westen und auch Süden, daß wir alle einer einzigen Zivilisation angehörten. Wir stünden alle vor den Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Entwicklung des Kommunikationswesens, der Endlichkeit der Ressourcen, der ökologischen Gefahren und der Lebensgefahr, die sich aus den angehäuften Waffenarsenalen ergebe. Heute zeige sich, welches Echo die einfache Wahrheit der Zusammengehörigkeit in der Welt finde. So sei seine Hauptthese: Es komme auf die gemeinsame Einsicht ins Notwendige an. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe man weit hin Politik in einer Weise gemacht, die dem Zeitalter der Religionskriege ähnlich gewesen sei. Man habe die großen Einsichten der Französischen Revolution vergessen und sei nur auf gegenseitige Vernichtung, auf Beseitigung der anderen Ideologie und des anderen Systems bedacht gewesen. Daher komme es nicht von ungefähr, daß wir jetzt zur Einsicht in die Zusammengehörigkeit der Menschheit kämen. Blicke man auf die westlichen sozialen Systeme, so habe sich dort vieles geändert, nicht zuletzt das Verhältnis zum Eigentum und das Bewußtsein sozialer Verantwortung. Auch die sozialistische Welt sei im Wandel. Die Frage sei nun, ob beide auseinander- oder aufeinander zu gingen. Er sehe Ansätze für letzteres. Alles sei zu unterstützen, was dieses Aufeinanderzugehen fördere.

Jene Einsicht und diese Absicht liege auch den Veränderungen innerhalb der Sowjetunion selbst zugrunde. Sie seien eine Aufforderung an andere, sich in der gleichen Richtung zu bewegen. Keiner von uns habe ein Wahrheitsmonopol. Jeder stehe unter dem Druck der Tagesprobleme, und wir alle seien Kinder unserer Zeit und schleppen altes Denken mit. Auch hier sei ein gewisses Maß an Toleranz nötig.

Was die Prozesse in der DDR und in anderen Ländern angehe, so seien diese völlig normal. Anomal sei vielmehr, daß sich westliche Länder zu langsam wandelten, weil sie dabei blieben, daß Osteuropa ihre Werte zu übernehmen hätte.

<sup>6</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 15. November 1989 vor dem Allunions-Studentenforum in Moskau vgl. DIE EINHEIT, Dok. 23.

Man sollte frei genug sein, Politik und Ideologie voneinander zu trennen. Er habe soeben vom britischen Botschafter<sup>7</sup> ein Schreiben von Frau Thatcher<sup>8</sup> übermittelt bekommen. Was diese über das Ende des Sozialismus in letzter Zeit gesagt habe, sei ihm bei der Veranstaltung mit den Studenten von diesen entgegengehalten worden. Bei aller grundsätzlichen Hochachtung für Frau Thatcher habe ihn dies zu einer so heftigen Reaktion veranlaßt, daß es besser gewesen sei, nachher die namentliche Nennung von Frau Thatcher im Zusammenhang mit seiner Reaktion aus der Berichterstattung, auch der des Fernsehens, zu eliminieren. An dem Vorgang sehe man: Junge Menschen beobachteten alles.

Demokratie bringe so viele Forderungen an die Oberfläche, daß sich die Frage der Stabilität stelle, und zwar in ganz wichtigem Maße. Die einen sähen in bestimmten Entwicklungen gleich gewaltige Durchbrüche, die anderen nur Schaum. Mit dieser Situation könne man nur durch ganz verantwortungsvolles Handeln fertig werden. Wo große Veränderungen sich vollzögen, tauchten Extremisten in verschiedenen Richtungen auf. So beobachte er selbst sehr aufmerksam (und analysiere es sorgfältig), wie gesellschaftliche Kreise in der Bundesrepublik Deutschland sich hier verhielten. Er sehe, daß es Leute gebe, die Unruhe haben wollten. Im Vorfeld der bevorstehenden Wahlen in der Bundesrepublik sei zu erwarten, daß manche auch dieses Thema ausnützen wollten. Von solchen Politikern habe er auch einen Brief (Briefe?) bekommen. Angesichts dessen wolle er seine Position bekräftigen. Das Europa von heute sei aufgebaut auf den Realitäten der Nachkriegszeit. Es sei „veredelt“ durch Helsinki<sup>9</sup>. Wer diese Voraussetzungen in Frage stelle, gehe in die falsche Richtung. Wir brauchten keinen Abstand von Helsinki I, im Gegenteil, nötig sei die Annäherung an Helsinki II<sup>10</sup>.

<sup>11</sup>Dieses wäre ein weiteres Element für den Aufbau des europäischen Hauses. Es könnte nicht darum gehen, das Vorhandene zu liquidieren, sondern darum, es zu verändern („transformieren“), indem man alle Möglichkeiten zu der Zusammenarbeit, wie sie in der Schlußakte und dem Wiener Schlußdokument<sup>12</sup> niedergelegt seien, ausnütze. Es wäre auch nicht gut, jetzt die Frage der Liquida-

<sup>7</sup> Roderic Quentin Braithwaite.

<sup>8</sup> Für das Schreiben der britischen Premierministerin Thatcher vom 15. November 1989 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. DBPO III/VII, Dok. 50.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>10</sup> Referat 212 erläuterte am 1. Dezember 1989, den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, habe am 26. Oktober 1989 in Helsinki ausgeführt, die nächste KSZE-Folgekonferenz in Helsinki 1992 solle „von den ‚Führern‘ aller 35 Staaten besucht werden“. Ziel sei: „Erörterung der europäischen Zukunft mit Blick auf das nächste Jahrhundert (Helsinki II nach der Schlußakte von Helsinki I)“. Ferner habe er vorgeschlagen: „Abschluß der Wiener Verhandlungen schon 1990 und Unterzeichnung der Vereinbarungen durch alle 35 Staats- und Regierungschefs.“ Am 30. November 1989 habe Gorbatschow in Rom vorgeschlagen, im Lichte der Ereignisse des Jahres 1989 „das gesamteuropäischen Gipfeltreffen, d. h. Helsinki II, von 1992 auf 1990 vorzuverlegen“. Referat 212 führte dazu aus: „Zu unterscheiden ist also: Vorschlag KSZE-Folgetreffen Helsinki auf Gipfelebene als ‚Helsinki II‘; Vorschlag Vorverlegung dieses Gipfeltreffens von 1992 auf 1990 (allerdings: SU DL Grinewskij in Wien [...]: IV. KSZE-Folgetreffen Helsinki 1992 hiervon nicht berührt!); Vorschlag VKSE-Gipfeltreffen 1990, wobei nicht klar, ob zu 35 oder zu 23, ob nur Abrüstung oder auch KSZE-Materie (SU-Präferenz für 35 vielleicht nur mit Blick auf N+N)“. Vgl. Referat 212, Bd. 158506.

<sup>11</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4765 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105. Vgl. dazu auch Dok. 7.

tion des Warschauer Paktes und der NATO aufzuwerfen. Auch hier gehe es um eine Transformation in politische Instrumente, und zwar parallel mit dem Prozeß der Abrüstung. Der Ausbau der Beziehungen zwischen RGW und EG sei wichtig. Dem Europäischen Parlament und dem Europarat komme eine bedeutende Rolle zu. Alles in allem: Den bestehenden Strukturen müßten neue hinzugefügt werden. Nochmals: Transformation statt Liquidation.

Genau dies gelte auch für die deutsche Frage. Sie sei durch bestimmte Ereignisse entstanden. Heute gebe es zwei deutsche Staaten. Eine Politik der Absorption des einen durch den anderen könne keine Zukunft haben. Jedoch könne eine Erweiterung der europäischen Prozesse zu solchen Verhältnissen führen, wo die Geschichte auch in der deutschen Frage ein neues Wort zu sprechen vermöchte. Es sei ja „unser“ Wunsch, die Geschichte in die richtige Richtung zu lenken. Dabei dürfe es keine Hektik geben. Man müsse nachdenken und die Interessen harmonisieren.

Zur Frage Stabilität Perestroika: Die Sowjetunion werde die politischen Reformen abschließen. Durch wirtschaftliche Reformen wolle man nun neue Mechanismen zur Wirkung bringen. Geschehe dies mit Erfolg, würde dieser nicht nur in einer einzigen Richtung wirken. Es handele sich um einen äußerst komplexen Prozeß, und es wäre unrealistisch, absolute Synchronisierung aller seiner Schritte zu erwarten. Immer wieder werde die Frage nach der Richtigkeit der Reihenfolge – zuerst politische Reformen, dann wirtschaftliche – gestellt. In „unserer“, d.h. der russischen und sowjetischen Geschichte habe man mehrfach die Wirtschaft zum Ausgangspunkt von Reformen gemacht, und dies nie mit Erfolg. Deshalb hätten sich die heute Verantwortlichen dazu entschlossen, die politischen Reformen an die Spitze zu stellen, um durch diese den Menschen Impulse zur aktiven Teilnahme an der Umgestaltung zu geben. Perestroika solle nicht nur den Charakter einer Werkshalle haben, sondern das Volk in allen seinen Lebensbereichen erfassen. In der Tat sei es jetzt an der Zeit, die wirtschaftlichen Probleme anzugehen. Ein zentrales Problem sei dabei die Reform der Eigentumsverhältnisse mit dem Ziel, dem Eigentum die ihm angemessene Stellung in der Produktion zu geben. Der Mensch solle unmittelbar mit dem Ergebnis seiner Arbeit, mit Grund und Boden, verbunden werden. Dazu sei Dezentralisierung und anderes notwendig. Es handele sich um schmerzhafte Prozesse, bei denen Verzerrungen nicht ausbleiben könnten. Auch Destabilisierungen seien unvermeidlich. Diese könne man aber durchaus auch – dialektisch – als Verneinung gerade derjenigen „Stabilität“ sehen, die die Sowjetunion in die gegenwärtige Misere gebracht habe. Hier habe der Begriff Destabilisierung einen positiven, unumgänglichen Aspekt. Gleichzeitig brauche man aber Mechanismen, um den Gesamtprozeß nicht in Anarchie ausarten zu lassen. Dies jedenfalls sei seine, Gs., Haltung. Es gebe auch andere, die alles Vorhandene zerstören wollten. Aber auch das habe es in der Geschichte gegeben. Daher sei er ein Gegner konservativer Positionen wie auch zugleich ein Gegner von Abenteuerlust und Experimentiersucht, wie sie einem so großen Lande gänzlich unangemessen wäre. Die Diskussion über die wirtschaftliche Reform laufe. In der Sowjetunion habe man viele Defizite, nur an Diskussionen fehle es nicht. Die Erwartung, daß die sowjetische Führung auf alle Fragen Antworten parat habe, sei unverantwortlich. Die Führung habe eine Richtung gewiesen, in der nun die einzelnen Antworten zu erarbeiten seien.

Das sowjetische Volk sei geduldig und bescheiden. Aber doch bringe die Lage auf den Märkten heute einen hohen Grad der Verbitterung mit sich. Die Versorgungslage und die gesamte finanzielle Situation der Sowjetunion müssten verbessert werden.

Auch er höre, Gorbatschow mache es nicht mehr länger als ein halbes Jahr. Darauf komme es überhaupt nicht an. Die Sache sei im Grunde getan. Eine Umkehr in die alte Richtung werde es nicht mehr geben. Er bleibe bei dem, was er für richtig halte.

Mit zwölf Republiken, zum Teil sehr großen, und weit über hundert verschiedenen Sprachen weise die Sowjetunion in der Tat eine große Besonderheit auf. Wenn schon de Gaulle gefragt habe, wie man ein Land mit über hundert Käsesorten regieren solle, könne man verstehen, vor welchen Schwierigkeiten die SU stehe. Viele Probleme hätten sich über Jahrzehnte angehäuft, die jetzt unter den Bedingungen von Demokratie und Glasnost an die Oberfläche kämen. Die sowjetische Führung werde alles tun, um der „Föderation“ ein neues Antlitz zu geben. Dies sei eine Uhrmacherarbeit, außerordentlich fragil, unter dem Zwang, auf Empfindlichkeiten und Verletzbarkeiten Rücksicht zu nehmen. In gewissem Sinne sei es ein internationales Problem. Was die Sowjetunion hier zu leisten habe, brauche die ganze Zivilisation.

In Amerika gebe es noch besonders viele Leute, die der Sowjetunion keinen Erfolg wünschten. Vielleicht würden es zur Zeit weniger. Bush und seine Umgebung hätten sich jetzt offenbar zu einer positiveren Haltung durchgerungen, sonst hätte es ja auch die Vereinbarung über das informelle Treffen im Mittelmeer<sup>13</sup> nicht geben können. Bei den Europäern sehe es besser aus. Stelle man die Frage, wie der Sowjetunion zu helfen sei, so komme es vor allem auf eines an: Verständnis und nochmals Verständnis. Es gebe in der ganzen Welt nicht genügend Kapital, um die wirtschaftlichen Probleme der Sowjetunion zu lösen; das müsse sie nun einmal selbst tun. Dieses Land habe ein gewaltiges Potential an natürlichen Ressourcen, riesigen Produktionsanlagen und vor allem an intellektuellen Fähigkeiten. Dies alles müsse nunmehr anhand eines neuen Mechanismus zur Wirkung gebracht werden. Die alte Trägheit sei zu überwinden, ohne die Schaffung einer neuen. Natürlich brauche man wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch wenn es hier noch Hindernisse gebe, hauptsächlich die Schuldenlast der Sowjetunion und die Inkonvertibilität des Rubels. Das werde aber mit der Zeit zu lösen sein.

PBT kam auf die von G. zum Ausdruck gebrachten Sorgen bezüglich einiger Stimmen und Gruppen in Europa zurück. Für die Bundesrepublik könne sie feststellen, daß die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sich den von Gorbatschow genannten Prinzipien verpflichtet fühle. Dies gelte insbesondere für die Menschenrechte und die Forderung nach Toleranz, ohne welche dogmatisches Denken nicht zu überwinden sei. Es gebe eine gefährliche Bewegung in der Welt, nämlich den Fundamentalismus. Es sei aller Aufgabe, solches Denken mit den Mitteln der Demokratie zu überwinden. In der Bundesrepublik seien extreme Gruppen in der Minderheit, die auf eine vorschnelle Lösung der deut-

<sup>13</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

schen Frage, also auf politische Lösungen hinauswollten, die keine seien. So wolle sie, PBT, wiederholen: Es gebe keine Alternative zur gemeinsamen Zusammenarbeit in einer europäischen Friedensordnung. Wir sähen die Reformprozesse stets im Zusammenhang mit anderen. Deshalb seien wir zur Zusammenarbeit auch mit allen bereit. Hier liege auch eine Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft. Zusammenarbeit vertrage kein Besserwissen, jedes Volk habe seine Selbstwertgefühle. Man müsse vermeiden lernen, dem anderen eigene Vorstellungen aufzuzwingen. Halte man sich daran, werde es auch echte Lösungen geben.

PBT verwies insbesondere auf die Bereitschaft der deutschen Wirtschaft zur Zusammenarbeit, vor allem im Bereich der Ausbildung. Gorbatschow betonte, daß im Grunde die Perestroika eine Revolution des Bewußtseins sei. Ohne eine Veränderung desselben laufe nichts. Aber sie sei schwierig herbeizuführen. Und unter den Bedingungen der revolutionären Umgestaltung brauche man sicher auch ein gewisses Maß an Konservatismus, um sicherzugehen. Nun seien die Deutschen besonders vorsichtig mit ihrem Kapital und ließen sich ungern auf Risiken ein. Aber es gebe eben auch interessante Projekte für dessen Einsatz. Auf sowjetischer Seite beobachte man, ob man etwas wage und riskiere, also Vertrauen in die Entwicklung habe. Die Perestroika werde nicht von Almosen leben. Im Gegenteil, man wolle auf sowjetischer Seite die Mentalität, auf anderer Kosten zu leben, überwinden. Der Sowjetunion liege an einer gleichgewichtigen Zusammenarbeit.

Zum Schluß wurden noch einige Bemerkungen über Jugendaustausch, Städtepartnerschaften und ähnliches gewechselt.<sup>14</sup>

[gez.] Blech

**Referat 213, Bd. 147106**

<sup>14</sup> Botschafter Blech, Moskau, faßte am 20. November 1989 zusammen: „Der gemeinsame Besuch der Präsidenten des deutschen und des französischen Parlaments beim Vorsitzenden des Obersten Sowjet in Moskau am 16./17.11.1989 kann durchaus als voller Erfolg betrachtet werden, obwohl Präsident Fabius durch Verzicht auf Eingangserklärungen in der abschließenden Pressekonferenz leider einen Teil der Öffentlichkeitswirkung verschenkt hat. Dennoch haben beide Präsidenten in ihren Gesprächen und durch die prominente Darstellung des Besuchs in den sowjetischen Medien der sowjetischen Führung sowohl das gemeinsame westeuropäische Interesse am Erfolg der Perestroika noch einmal dargelegt, als auch den Willen der Westeuropäer unterstrichen, den Prozeß des ‚Fallens des Eisernen Vorhangs‘ (Fabius) im stabilen Rahmen einer Fortentwicklung des Helsinki-Prozesses voranzutreiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4767; Referat 200, Bd. 144241.

370

## Bundeskanzler Kohl an den amerikanischen Präsidenten Bush

20. November 1989<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber George,  
für Ihren Brief vom 25. September 1989 zu Fragen des COCOM und der COCOM-Kontrollen über Werkzeugmaschinen<sup>2</sup> danke ich Ihnen.

Es steht auch für mich außer Frage, daß im Coordinating Committee gemeinsam beschlossene Ausfuhrkontrollen konsequent und wirksam durchgeführt werden müssen. Wir gehen deshalb in der Bundesrepublik Deutschland allen konkreten Hinweisen auf eine mögliche Verletzung oder Umgehung unserer Ausfuhrbestimmungen weiterhin mit größter Sorgfalt nach. Dies gilt insbesondere für die von Ihnen angesprochenen Werkzeugmaschinen, soweit deutsche Unternehmen betroffen sind.

Ich stimme mit Ihnen überein, daß in der Sowjetunion und in Osteuropa grundlegende Veränderungen im Gange sind. Im Verhältnis zwischen West und Ost vollzieht sich ein weitreichender Wandel. Die Aufgabe des COCOM, die strategisch relevanten Exporte des Westens in den Osten zu kontrollieren, kann von diesen Veränderungen nicht unberührt bleiben. Der Erfolg der Reformpolitik osteuropäischer Staaten setzt eine weitreichende Modernisierung ihrer Wirtschaft voraus, die nur in Zusammenarbeit mit dem Westen erreicht werden kann. Mir ist sehr daran gelegen, daß insbesondere Ungarn und Polen die Möglichkeit gegeben wird, sich technologisch dem Westen anzunähern. Ohne wirtschaftliche Erfolge werden die derzeitigen politischen Veränderungen im Osten langfristig nicht aufrechtzuerhalten sein.

Ich stimme Ihnen zu, daß der Westen bei den strategischen Exportkontrollen für Industriegüter seine fundamentalen Sicherheitsinteressen nicht ignorieren kann. Meine Regierung hält strategische Exportkontrollen auch in der Zukunft für unabsehbar. Wir unternehmen deshalb zur Zeit erhebliche Anstrengungen, um unser Kontrollsysteem weiter auszubauen. Aber der Umfang der kontrollierten Güter und Technologien, die sowohl für militärische wie zivile Zwecke genutzt werden können, muß wesentlich reduziert werden. Ich begrüße daher nachdrücklich Ihre Bereitschaft, sich für eine grundlegende Kürzung der COCOM-Kontroll-Listen in Übereinstimmung mit den geltenden hochrangigen COCOM-Beschlüssen einzusetzen.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Der amerikanische Präsident Bush erklärte in einem Schreiben vom 25. September 1989 an Bundeskanzler Kohl: „We see no change in the strategic military posture of the Soviet Union or in their commitment to advanced high technology weaponry and strategic forces. There is evidence that the Soviet campaign of technology acquisition from the West has actually increased. We clearly still need to keep up our collective guard. In that respect, we have a serious problem in the area of machine tools. [...] A significant number of tools that the Soviets are receiving are being used to enhance their military capabilities, including the manufacture of nuclear weapons. [...] As a first step in tackling this problem together, I would like to send a senior-level team to Bonn, as well as to other concerned capitals, in the very near future to talk about the compliance problem in the machine tool area.“ Vgl. Referat 424, Bd. 220427.

Meine Regierung bleibt bemüht, die politische Akzeptanz der COCOM-Kontrollen in der Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang hat die Frage der Exportkontrollen für präzise Werkzeugmaschinen besondere Bedeutung. Ich bitte Sie daher, in der Frage der Positioniergenauigkeit der Maschinen der von allen europäischen COCOM-Mitgliedern und von Japan befürworteten Kontrollschwelle von fünf Mikron zuzustimmen und damit dem technischen Fortschritt in den Ländern des Ostens und dritten Ländern Rechnung zu tragen. Meine Regierung ist gern bereit, diese Angelegenheit mit Ihrer Regierung bilateral und im COCOM im konstruktiven Geiste und partnerschaftlicher Verbundenheit weiter zu verfolgen.<sup>3</sup>

Mit freundlichen Grüßen  
[Helmut Kohl]

**Referat 424, Bd. 220427**

## 371

### Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein

012-9-312.74 VS-NfD 201115

Aufgabe: 20. November 1989<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 64 Ortez

Besuch des Bundeskanzlers in der Volksrepublik Polen, 9.–14. November 1989  
Verlauf

1) BK hat in Begleitung von sieben BM (BM – 9./10.11. –, BMWi<sup>2</sup>, BML<sup>3</sup>, BMJFFG<sup>4</sup>, BMU<sup>5</sup>, BMFT<sup>6</sup>, BM Klein) und unter Beteiligung von über 70 Sondergästen aus Parlament, Wirtschaft, Kirche, Kultur und Gesellschaft der VR Polen vom 9. bis 14. November 1989 offiziellen Besuch abgestattet. Achtzehnständige Unterbrechung am 10./11. wegen aktueller Entwicklungen in der DDR. Hauptgesprächspartner neben MP Mazowiecki (drei Gesprächsrunden)<sup>7</sup>: Staatspräsident Jaruzelski<sup>8</sup>, Präsidium von Sejm (Kozakiewicz) und Senat (Stelmachowski), Wałęsa<sup>9</sup> sowie – in Abwesenheit von Primas Glemp – Erzbischof Stroba. Begeg-

<sup>3</sup> Botschaftsrat Gaerte, Washington, informierte am 1. Dezember 1989, daß das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl am selben Tag im Weißen Haus abgegeben worden sei. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 3500; Referat 424, Bd. 220427.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 31.

<sup>2</sup> Helmut Haussmann.

<sup>3</sup> Ignaz Kiechle.

<sup>4</sup> Ursula Lehr.

<sup>5</sup> Klaus Töpfer.

<sup>6</sup> Heinz Riesenhuber.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Kohl und der polnische Ministerpräsident Mazowiecki kamen am 9. November 1989 in Warschau zu einem ersten Gespräch zusammen. Für eine polnische Gesprächsaufzeichnung vgl. POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 27.

Für die Gespräche am 10. und 14. November 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 77 und Dok. 92.

<sup>8</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem polnischen Präsidenten Jaruzelski am 12. November 1989 in Warschau vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 89.

<sup>9</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, am 9. November 1989 in Warschau vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 76.

nung mit Vertretern Deutscher Freundschaftskreise in Schlesien in der Botschaft.

Gemeinsame Teilnahme mit MP Mazowiecki am Gottesdienst in Kreisau sowie Besuch in Tschenstochau am 12.11., Ehrendoktorwürde der Katholischen Universität Lublin.

Kranz- und Blumengebindeniederlegungen in Warschau (Unbekannter Soldat, Nike- u. Ghetto-Denkänger, Grab Popiełuszko, unbekannter deutscher Soldat), Auschwitz und Birkenau.

2) Gespräche von BM mit AM Skubiszewski<sup>10</sup>, Staatsminister im Präsidialamt, Czyrek, Wałęsa, Geremek, Michnik und Vorsitzendem der Demokratischen Partei, Józwiak. BM und AM unterzeichneten am 9.11. Konsultationsprotokoll der Außenminister<sup>11</sup> und Protokoll über den Abschluß der Verhandlungen über die Errichtung von GK in Krakau und Hamburg<sup>12</sup>.

3) In Anwesenheit beider Regierungschefs wurden am 10.11. eine Reihe von Abkommen unterzeichnet bzw. Vereinbarungen getroffen, und zwar in folgenden Bereichen: Jugendaustausch<sup>13</sup>, WTZ<sup>14</sup>, Gesundheitswesen<sup>15</sup>, Schutz von Kapitalanlagen<sup>16</sup>, Umweltschutz<sup>17</sup>, Kulturinstitute<sup>18</sup>, Förderung der Landwirtschaft<sup>19</sup>, Wiederaufnahme des Rechtshilfeverkehrs in Zivil- und Strafsachen, Austausch von Verteidigungsattachés. Zum Abschluß des Besuchs am 14.11. Unterzeichnung Gemeinsamer Erklärung durch beide Regierungschefs.<sup>20</sup>

4) Baldige Fortsetzung des bilateralen Dialogs auf höchster Ebene: BPräs wurde zu Staatsbesuch nach Polen eingeladen.<sup>21</sup> MP Mazowiecki wird 1990 BK-Besuch erwideren.<sup>22</sup>

<sup>10</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Skubiszewski am 9. November 1989 in Warschau vgl. Dok. 353.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des deutsch-polnischen Protokolls über Konsultationen vom 9. November 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1195.

<sup>12</sup> Für das „Protokoll über den Abschluß der Verhandlungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Generalkonsulaten der Bundesrepublik Deutschland in Krakau und der Volksrepublik Polen in Hamburg“ vgl. den Drahterlaß Nr. 1300 des Vortragenden Legationsrats Schrömbgens vom 7. November 1989 an die Botschaft in Warschau; Referat 214, Bd. 139861.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Abkommens über Jugendaustausch und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1993, Teil II, S. 2008–2011.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Abkommens über Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 302–311.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 312–316.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 607–614.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 262–271.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Abkommens über die gegenseitige Errichtung und die Tätigkeit von Instituten für Kultur und wissenschaftlich-technologische Information und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1991, Teil II, S. 731–735.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des Abkommens über die Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen im Bereich der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 714 f.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki vom 14. November 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 1094–1098.

<sup>21</sup> Bundespräsident von Weizsäcker besuchte Polen vom 2. bis 5. Mai 1990. Vgl. dazu AAPD 1990.

<sup>22</sup> Der polnische Ministerpräsident Mazowiecki hielt sich am 8. November 1990 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1990.

### Ergebnisse

- 1) Gemeinsame Erklärung ist wegweisendes Dokument zur umfassenden Regelung deutsch-polnischer Beziehungen auf allen Gebieten. Beide Länder wollen ihr Verhältnis im Gedenken an die tragischen Seiten ihrer gemeinsamen Geschichte zukunftsgewandt gestalten. Erklärung enthält eine Fülle von Initiativen für enge politische, wirtschaftlich-finanzielle und kulturelle Zusammenarbeit. Hinsichtlich der Sicherung der Rechte für die in Polen lebenden Deutschen ist mit Gemeinsamer Erklärung Durchbruch erzielt.
- 2) In den politischen Gesprächen war für die polnische Seite der Warschauer Vertrag<sup>23</sup> und die Frage der Westgrenze Polens ein Hauptthema, wobei die aktuellen Entwicklungen in der DDR diesem Thema einen besonderen Bezug gaben. Die polnischen Gesprächspartner äußerten sich über die am Vortag der Reise vom Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit angenommene Entschließung<sup>24</sup> positiv. BK hat deutlich gemacht, daß Warschauer Vertrag festes Fundament der deutsch-polnischen Beziehungen bleibt. Bundesregierung könne und wolle Rechtspositionen nicht verändern. Er wies auf Artikel I Absatz 3 des Vertrages („keine Gebietsansprüche“) hin und wiederholte sein Bekenntnis zum Heimatrecht der jenseits der polnischen Westgrenze seit zwei Generationen lebenden Polen.
- 3) Im Zusammenhang mit den Veränderungen in der DDR wurde polnische Sorge geäußert, daß das Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung in Polen nachlassen und die Unterstützung von Reformen in der DDR für D Vorrang haben und zu Lasten der Hilfe für Polen gehen werde. BK ist diesen Befürchtungen unter Hinweis auf unser Eigeninteresse am Erfolg der polnischen Reformen sowie auf wirtschaftliche Ergebnisse des Besuchs und deutsches Engagement im Kreis der 24<sup>25</sup> deutlich entgegengetreten. Erfolg polnischer Reformen sei uns hohen Einsatz wert. Er hob Bedeutung der Reformen in Polen und Ungarn für Reformprozeß in der DDR hervor und sagte weitere Unterstützung der Reformentwicklungen in Polen zu. BM erläuterte gegenüber AM Skubiszewski Vorgänge in der DDR als Teil eines europäischen Prozesses. Wir würden auch in gegenwärtiger Entwicklung unserer Verantwortung gegenüber unseren Nachbarn gerecht. Westliches Interesse, daß Reformentwicklungen ohne Brüche ablaufen.
- 4) Die getroffenen wirtschaftlich-finanziellen Vereinbarungen<sup>26</sup> stärken Grundlagen der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, indem sie Polen substantielle Finanzhilfe gewähren und Voraussetzungen für breites Engagement der deutschen Privatwirtschaft in Polen verbessern.

Im einzelnen:

Zum Investitionsförderungs- und -schutzvertrag: In der bis zuletzt offenen Frage des Transfers der in Złoty erwirtschafteten Unternehmensgewinne ist die Bundesregierung Polen weit entgegengekommen: Durch die Übergangslösung einer stufenweisen Herstellung des vollen Transfers der Złoty-Gewinne zwischen 1993

<sup>23</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok 588 und Dok. 589.

<sup>24</sup> Zur Entschließung des Bundestags vom 8. November 1989 vgl. Dok. 353, Anm. 6.

<sup>25</sup> Zur Hilfe der „Gruppe der 24“ für Polen und Ungarn vgl. Dok. 307.

<sup>26</sup> Vgl. dazu Dok. 354.

und 1998 wird Polens angespannter Devisenlage und der Notwendigkeit einer finanziellen Atempause Rechnung getragen. Sobald IFV in Kraft getreten ist, kann der deutsche Investor seine Kapitalanlage durch Bund versichern lassen.<sup>27</sup>

Bereitstellung eines Gesamt-Gewährleistungsrahmens in Höhe von 3 Mrd. DM für 1990 bis 1992. Davon entfallen 2,5 Mrd. DM auf Deckung von Ausfuhrgeschäften (Hermes-Bürgschaften) – zunächst für Projekte, die ihren Schuldendienst in Devisen selbst erwirtschaften, für Lieferungen an deutsch-polnische Joint-ventures sowie für kurzfristige Liefergeschäfte (360 Tage); nach Abschluß einer weiteren Umschuldungsregelung (Polen V: Fälligkeiten ab 1.1.1989) im Pariser Club auch für längerfristige Geschäfte.

Bis zu 500 Mio. DM als deutscher Beitrag zu einer eventuellen internationalen Stabilisierungshilfe in Höhe von 1 Mrd. US \$.<sup>28</sup>

Regelung des Milliardenkredits von 1975 („Jumbo“) durch Erlaß der Rückstände (760 Mio. DM) und Zahlung künftiger Fälligkeiten (570 Mio. DM) in Złoty. Diese sollen in Fonds eingebbracht werden, aus dem Projekte gemeinsamen Interesses finanziert werden.

Das bilaterale Umschuldungsabkommen zu Polen IV (Umsetzung des multilateralen Umschuldungsprotokolls im Rahmen des Pariser Clubs über die Fälligkeiten 1986–88) wurde bereits am 9.10.1989 in Bonn unterzeichnet.<sup>29</sup> Die Bundesregierung setzt sich für eine baldige konstruktive Einigung Polens mit dem IWF ein.

5) Von grundlegendem Interesse für uns sind Möglichkeiten zur Wahrung und Entfaltung sprachlicher und kultureller Identität. Damit ist Durchbruch für Verbesserung der Lage in Polen lebender Deutscher und deutscher Volkszugehöriger erzielt. In Gemeinsamer Erklärung ist festgeschrieben: Beide Seiten ermöglichen es Personen und Bevölkerungsgruppen, die deutscher bzw. polnischer Abstammung sind oder die sich zur Sprache, Kultur oder Tradition der anderen Seite bekennen, ihre kulturelle Identität zu wahren und zu entfalten. Alle interessierten Personen sollen verstärkt Zugang zu Sprache und Kultur der anderen Seite erhalten, Publikationen vertreiben und lesen, Vereinigungen zur Pflege von Sprache, Kultur und Tradition frei bilden können, außerdem Möglichkeit zur Einrichtung von Büchereien und Zugang zu regionalen Medien. Die Aufnahme eines Passus in Gemeinsame Erklärung, wonach beide Regierungen sich bei Religionsgemeinschaften für Abhaltung von Gottesdiensten in jeweils anderer Sprache einsetzen wollten, scheiterte am Widerstand polnischer katholischer Kirche. Der Ausbau von Gedenkstätten für Gerhart Hauptmann und Joseph von Eichendorff ist vorgesehen. Die Bundesrepublik Deutschland kann im ehemaligen KZ Auschwitz eine nationale Gedenkstätte einrichten, in Kreisau und am ehemaligen Hauptquartier in Rastenburg Gedenktafeln an den deutschen Widerstand und am Geburtshaus Kurt Schumachers eine Gedenkplakette anbringen. Polnische Gedenktafeln sind im ehemaligen KZ Bergen-Belsen und dem

<sup>27</sup> Der Vertrag vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen trat am 24. Februar 1991 in Kraft. Vgl. dazu die Bekanntmachung vom 5. September 1991; BUNDESGESETZBLATT 1991, Teil II, S. 1049.

<sup>28</sup> Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

<sup>29</sup> Zum Abschluß des Vierten Umschuldungsabkommens zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. BULLETIN 1989, S. 910.

Südfriedhof Nürnberg vorgesehen. Pflege und Erhalt der Gräber von Kriegstoten über die zuständigen Trägerorganisationen wird künftig möglich sein.

6) Frage der Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiter wurde von polnischer Seite wiederholt angesprochen.<sup>30</sup> BK verwies auf bekannte deutsche Position, bekundete aber zugleich Bereitschaft, über das Thema nochmals nachzudenken.

#### Bewertung

Besuch fand in Phase dynamischer Entwicklungen in Europa statt. Kurzfristige Unterbrechung wegen aktueller Lage in der DDR machte zugleich deutlich, daß unser Verhältnis zu Polen und Entwicklung in der DDR unmittelbar miteinander verbunden sind. Mit Gemeinsamer Erklärung, abgeschlossenen Abkommen und getroffenen Vereinbarungen sind nicht nur vielfältige Stolpersteine und störende Faktoren aus dem <sup>31</sup>bilateralen Verhältnis beiseite geräumt worden. Beide Seiten haben im 50. Jahr der Wiederkehr des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs durch eine umfassende Zusammenarbeit in allen Bereichen ihre Absicht bekundet, die deutsch-polnischen Beziehungen zukunftsgewandt zu gestalten und ein Beispiel für gute Nachbarschaft zu geben. Sie tragen damit der historisch-moralischen Dimension ihrer Beziehungen Rechnung. Beide Seiten haben sich in wichtigen Grundfragen aufeinander zu bewegt. Durch ihr Engagement im Bereich der wirtschaftlich-finanziellen Zusammenarbeit trägt die Bundesrepublik unmittelbar zur Stärkung des polnischen Reformprozesses bei. Die Sicherung der Rechte der Deutschen in Polen kann den innenpolitischen Konsens in Polen verbreitern. Auch künftig wird die Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen ein hohes Maß an Sensibilität und Einfühlungsvermögen erfordern. Die umfassenden und weitreichenden Besuchsergebnisse eröffnen die Hoffnung auf einen Weg beider Völker in gemeinsame Zukunft in Frieden, Freiheit und guter Nachbarschaft.

Trautwein<sup>32</sup>

**Referat 012-9, Bd. 161323**

<sup>30</sup> Vgl. das Gespräch des Ministerialdirektors Kastrup mit Vertretern der Vereinigung ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter am 10. November 1989 in Warschau; Dok. 355.

<sup>31</sup> Beginn des mit Drahterlaß Nr. 65 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>32</sup> Paraphe.

## **Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem südkoreanischen Präsidenten Roh Tae-woo**

21. November 1989<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik Korea, Roh Tae-woo, im Bundeskanzleramt am Dienstag, den 21.11.1989, 11.00 – 12.15 Uhr<sup>2</sup>

Gesprächsteilnehmer:

Auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker, Dr. Stiller als Dolmetscher.

Auf koreanischer Seite: Präsident Roh Tae-woo, Botschafter Chung Sup-shin als Note-taker, Kim Tae-kyung als Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* (BK) äußert seine Freude, Präsident Roh Tae-woo (P.) kennenzulernen. Die Bundesregierung habe größtes Interesse, die traditionell guten und erfreulich unkomplizierten Beziehungen, insbesondere auch im Bereich von Wirtschaft und Kultur, weiter auszubauen.

Deutsche und Koreaner verbinde das gleiche Schicksal der Teilung beider Länder. Er, BK, habe großen Respekt vor dem Weg, den Südkorea genommen habe, insbesondere vor den bedeutenden wirtschaftlichen Leistungen. Das persönliche Verdienst von Präsident Roh sei es, seinem Land den Weg zur Überwindung einer schwierigen politischen Lage geebnet zu haben. Hierzu wolle er ihn beglückwünschen.

*Präsident* dankt BK für die ihm gegebene Gelegenheit zu einem umfassenden Gespräch trotz der durch die Entwicklungen in der DDR bedingten Arbeitsbelastung. Sein heutiger Staatsbesuch sei sein erster Besuch in Deutschland seit Antritt seines Amtes<sup>3</sup>.

Deutschland und Korea verbinde in der Tat ein gemeinsames Schicksal: Für beide Länder stelle sich die historische Aufgabe, die Teilung zu überwinden. Die BR Deutschland habe trotz der Teilung große wirtschaftliche Fortschritte

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 27. November 1989 gefertigt und nach Billigung durch Bundeskanzler Kohl von Legationsrat I. Klasse Weigel, Bundeskanzleramt, am 7. Dezember 1989 „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann geleitet.

Hat Bächmann am 8. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Amtsinspektor Pahlke am 8. Dezember 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Zeller an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheel „mit der Bitte um Übernahme“ verfügte.

Hat Schlagintweit am 8. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Zeller am 11. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Scheel am 12. Dezember 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 341, Bd. 161987.

Das Dokument wurde bereits teilweise veröffentlicht in: DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 97.

<sup>2</sup> Der südkoreanische Präsident Roh Tae-woo besuchte die Bundesrepublik vom 20. bis 22. November 1989.

<sup>3</sup> Roh Tae-woo trat die Präsidentschaft der Republik Korea am 25. Februar 1988 an.

gemacht; den Leistungen von BK als Regierungschef seit 1982 – insbesondere auf den Gebieten von Politik und Wirtschaft – bringe er großen Respekt entgegen.

Für die Entsendung des ehemaligen Bundespräsidenten Scheel als Sonderbotschafter zu seinem Amtsantritt wolle er BK bei dieser Gelegenheit noch einmal persönlich danken.

Gleichermaßen gelte für die Unterstützung der Bundesregierung für die Ausrichtung der Olympiade in Seoul<sup>4</sup>, die ein großer Erfolg geworden sei. Der deutsche Einfluß auf die Ausgestaltung habe zu diesem Erfolg erheblich beigetragen.

Die Bundesrepublik Deutschland sei für die Republik Korea in vielen Bereichen – insbesondere in denen der Wirtschaft, der Kultur und der sozialen Sicherheit – stets Vorbild gewesen. Gerade im Hinblick auf die vielen Gemeinsamkeiten zwischen beiden Ländern sei das bilaterale Handelsvolumen aber nicht ausreichend. Sein Besuch solle für einen weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit neue Impulse geben.

BK stimmt zu, daß hier ein Nachholbedarf besteht, der Wunsch von P. entspreche auch seinen Intentionen.

*Präsident* bittet dann BK um dessen Bewertung der Reformpolitik in der Sowjetunion und der Entwicklungen in Ungarn, Polen und der DDR.

BK erklärt, daß der in der Tat dramatischen Situation in Osteuropa drei gleichermaßen wichtige Entwicklungen zugrunde lägen:

- Ohne die Durchsetzung der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses und der Stationierung der Pershing-Raketen<sup>5</sup> durch die gegenwärtige Bundesregierung hätte es nicht die bedeutsamen Abrüstungsschritte zwischen Ost und West gegeben. GS Gorbatschow habe nach Amtsübernahme erkannt, daß das Wettrüsten für die SU nicht zu gewinnen sei, und sich daher für einen neuen Kurs in der Abrüstung entschieden.
- Die SU und die Staaten des Warschauer Pakts hätten das Scheitern des sozialistischen Wirtschaftsmodells erkennen müssen, das für eine moderne Volkswirtschaft nicht brauchbar sei. Die im Zeitalter modernster Computer- und Fernmeldetechnologie herangebildete große Zahl beruflich hochqualifizierter Experten sei nicht mehr bereit, ohne Freiheit und ohne angemessenes Entgelt zu arbeiten.
- Wesentliches zukunftsweisendes Element seien schließlich die Erfolge im europäischen Einigungsprozeß. Diese Erfolge könnten künftig auch Auswirkungen auf die koreanische Politik haben. Die Mitgliedsländer des Warschauer Paktes seien ebenso wie die der EG europäische Länder. Entwicklungen in Westeuropa blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Entwicklungen in Osteuropa. Als die SU festgestellt habe, daß die Länder Osteuropas bei fortlaufender Repression unregierbar zu werden drohten, habe sie ihnen Freiraum für Reformen eingeräumt. Die daraufhin in einzelnen Ländern einsetzenden Entwicklungen hätten sich gegenseitig beeinflußt: Ohne die Entwicklungen in Polen und Ungarn hätte es keine Entwicklung in der DDR gegeben.

<sup>4</sup> Die XXIV. Olympischen Sommerspiele fanden vom 17. September bis 2. Oktober 1988 in Seoul statt.

<sup>5</sup> Zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 27, Anm. 18.

Dabei habe es Unterschiede in der Ausgangslage gegeben: Ungarn und Polen seien eigene Nationen; die DDR hingegen sei Teil einer gemeinsamen deutschen Nation. Für beide deutsche Staaten gebe es eine gleiche Geschichte, gleiche Sprache und gleiche Kultur. Es sei nur ein Zufall, in welchem der beiden deutschen Staaten ein Deutscher geboren sei.

Die dramatische Entwicklung der Lage in der DDR gehe nicht zuletzt auf die genaue Beobachtung der Lage der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland durch die Bevölkerung in der DDR zurück. Diese sei genauso intelligent und innovativ und mindestens genauso fleißig. Sie vermöge daher nicht einzusehen, warum es ihr schlechter gehen solle als der Bevölkerung in der Bundesrepublik.

Die Entwicklungen in Polen und Ungarn hätten ihren Eindruck auf die Menschen in der DDR nicht verfehlt. Diese hätten auch die Worte Gorbatschows über Reformen ernstgenommen.

Bewundernswert sei, daß die Entwicklungen in der DDR bisher ohne jede Gewalt verlaufen seien: Hunderttausende kämen praktisch täglich bei friedlichen Demonstrationen zusammen, um freie Wahlen, Meinungsfreiheit und Wirtschaftsreformen in der DDR durchzusetzen.

Vor Öffnung der Grenzen<sup>6</sup> sei die Bevölkerung der DDR dem Regime, das sich nicht reformbereit zeigte, in Massen weggelaufen. Bis zu diesem Zeitpunkt habe es 1989 170 000 Aussiedler aus der DDR gegeben. Als die DDR-Führung dann die Grenzen geöffnet habe, seien innerhalb von 20 Tagen 8 von 17 Millionen DDR-Einwohnern zu Besuch in die Bundesrepublik gekommen, während das Interesse an einer Aussiedlung seither erheblich nachgelassen habe. Zu befürchten sei allerdings ein erneutes Zunehmen der Aussiedlerzahlen, wenn sich die DDR-Führung nicht zu wirklich weitreichenden Reformen bereit finden sollte.

Die weitere Entwicklung in der DDR sei offen. Er, BK, habe Zweifel an einem Verbleiben der gegenwärtigen DDR-Führung im Amt. Sie müsse sich zunehmend mit Vorwürfen aus der Bevölkerung wegen ihrer bisherigen Politik auseinandersetzen.

Jetzt müsse man abwarten, wie sich die zunehmende Öffnung in der DDR auswirke: Eines Tages werde sich dort der Wunsch nach staatlicher Einheit manifestieren. Dies sei nicht eine Sache von wenigen Tagen; die Tatsache, daß in beiden Staaten Deutsche lebten, werde aber langfristig ihre Wirkung nicht verfehlten.

Er, BK, sehe eine wesentliche Aufgabe darin, das Ziel der deutschen Einheit in einer Weise zu verfolgen, die die Nachbarländer nicht beunruhige. Im Osten wie im Westen gebe es große Besorgnisse gegenüber einem einheitlichen Deutschland, und zwar nicht so sehr militärischer als wirtschaftlicher Art. Viele unserer Nachbarn seien geneigt, ein einheitliches Deutschland mit 62+17 Mio. Einwohnern als wirtschaftlich bedrohlich zu empfinden.

*Präsident* bemerkt, daß die jüngsten Entwicklungen und die weiteren Perspektiven für die Lösung der deutschen Frage aus koreanischer Sicht beneidenswert seien. In Korea sei die Trennung zwischen Nord und Süd von Anfang an viel

<sup>6</sup> Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregelung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

rigoroser als in Deutschland gewesen. Die Bevölkerung Nordkoreas wisse nichts über die Lebensverhältnisse im Süden; sie nehme an, daß die Hungersnot dort noch größer sei als im Norden.

Sie habe wegen bestehender strikter Verbote bzw. technischer Begrenzungen keine Möglichkeit, sich aus südkoreanischen Fernseh- und Radiosendungen bzw. Zeitungen zu unterrichten. Aufgrund der nordkoreanischen Propaganda glaube sie, daß die Südkoreaner Sklaven der USA seien und von diesen ausgeplündert würden.

Im Gegensatz zu den Gegebenheiten in Deutschland denke die nordkoreanische Führung an eine gewaltsame Wiedervereinigung unter nordkoreanischem Vorzeichen. Früher hätten die Sowjetunion und die VR China Nordkorea in dieser Haltung unterstützt; die Sowjetunion sei davon jetzt abgekommen.

Auf Frage von BK fügt P. hinzu, daß die Tendenz der chinesischen Führung seit den Juni-Ereignissen<sup>7</sup> auf stärkere Abschließung gegenüber Südkorea und erneute Vertiefung der Zusammenarbeit mit Nordkorea hinauslaufe. Nur die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen seien unverändert geblieben.

*BK* bemerkte, daß Deng Xiaoping ihm vor zwei Jahren<sup>8</sup> gesagt habe, daß China – bei aller auf Nordkorea zu nehmenden Rücksicht – sich gegenüber Südkorea öffnen wolle. Die Äußerung habe eine klare positive Tendenz erkennen lassen.

*Präsident* meint, daß die Pekinger Probleme dadurch entstanden seien, daß die chinesische Führung zwar eine wirtschaftliche Öffnung gefördert, aber eine politische Öffnung gebremst habe.

Eine Übernahme der Reformpolitik der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder werde von Kim Il-sung mit allen Kräften unterbunden.

In Seoul sei man ursprünglich davon ausgegangen, eher mit der VR China als mit der Sowjetunion diplomatische Beziehungen aufnehmen zu können. Jetzt sei die Tendenz jedoch umgekehrt: Es werde bald konsularische Beziehungen zwischen Südkorea und der Sowjetunion geben. Der bevorstehende Besuch in Ungarn<sup>9</sup> diene der Wegbereitung für Beziehungen zur Sowjetunion.

*BK* bewertet dies als sehr gut.

*Präsident* erläutert, daß sein Europabesuch zwei Hauptziele habe:

- mit der Bundesrepublik Deutschland als wichtigstem Partnerland in der EG die künftige Politik Koreas gegenüber dem Binnenmarkt zu koordinieren,
- mit dem Besuch in Ungarn eine Öffnung zunächst zur Sowjetunion und langfristig auch zu Nordkorea vorzubereiten.

*BK* wirft ein, daß der ungarische Ministerpräsident ihn bei dessen kürzlichem Besuch<sup>10</sup> auf große wirtschaftliche Schwierigkeiten seines Landes hingewiesen habe. Die Bundesregierung habe Hilfe zugesagt.

<sup>7</sup> Zur Niederschlagung der Demokratiebewegung in der Volksrepublik China vgl. Dok. 161, Dok. 162 und Dok. 166.

<sup>8</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte die Volksrepublik China vom 12. bis 19. Juli 1987. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.

<sup>9</sup> Der südkoreanische Präsident Roh Tae-woo hielt sich vom 22. bis 24. November 1989 in Ungarn auf.

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Németh am 19. November 1989 in Ludwigshafen vgl. Dok. 377.

Im Hinblick auf die Handelspolitik der EG nach Vollendung des Binnenmarkts werde er, BK, sich gegen jede Festungsmentalität wenden und einen offenen Welthandel und eine offene EG befürworten – allerdings auf Grundlage der Gegenseitigkeit und zum Nutzen für alle.

BK spricht sodann erneut das Verhältnis Südkoreas zu Nordkorea an: Nach anfänglichen Erfolgen der von P. eingeleiteten Öffnungspolitik weiche die nordkoreanische Führung jetzt zurück. Sehe P. dennoch eine Chance für eine Verbesserung des bilateralen Verhältnisses?

*Präsident* erwiderst, daß eine Chance kommen werde, wobei offen sei, wann. Er selbst habe in seiner Rede vor der VN-GV am 7.7.1988<sup>11</sup> und in einer Erklärung im September d.J.<sup>12</sup> Vorschläge zu einer Wiedervereinigung Koreas auf demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Grundlage gemacht.

Konkrete Stellungnahmen der nordkoreanischen Führung fehlten, aber Präsident Kim Il-sung, den er persönlich nicht kenne, habe ein gemeinsames Treffen der beiden Staatschefs vorgeschlagen.

Wenn Kim Il-sung oder dessen Sohn<sup>13</sup> eines Tages die Grenzen Nordkoreas öffnen würde, müßte er mit einem Zusammenbruch des Systems rechnen. Wenn die Bevölkerung Nordkoreas den Lebensstandard der Südkoreaner zu Gesicht bekäme und weiter keine Chance zur Verbesserung der eigenen Lage erkennen könnte, wäre mit Sicherheit mit großen Aussiedlerzahlen zu rechnen. Diese Erkenntnis gebe Nordkorea wenig Anlaß zur Öffnung. Südkorea benötige daher weiterhin viel Geduld im Hinblick auf die Frage der nationalen Einheit.

Das Verhältnis der Bevölkerungsteile in beiden Hälften des Landes sei während des Korea-Krieges etwa 15 Mio. zu 15 Mio. gewesen. Während des Krieges seien rd. 5 Millionen Koreaner umgekommen. Jetzt belaufe sich das Verhältnis auf 42 Mio. (Südkorea) zu 17 Mio. (Nordkorea).

Statistisch sei das Bruttonsozialprodukt im Süden vier- bis fünfmal so hoch wie im Norden. Dieses Ergebnis sei aber immer noch „geschönt“, weil in der nordkoreanischen Statistik die – außerordentlich hohen – Militärausgaben nicht aufgeführt seien. Die nordkoreanische Führung benötige zur Aufrechterhaltung ihrer Übernahmepläne eine entsprechend große und kampfkraftige Armee.

Angesichts der übergroßen nordkoreanischen Militärmacht müsse Südkorea für den Fall eines Abzugs der US-Truppen nach wie vor mit einem Invasionsversuch Nordkoreas rechnen. Der Rückzug der Amerikaner sei eine Hauptforderung Nordkoreas. Vor diesem Hintergrund müsse auch Südkorea seine eigene Rüstung weiter verstärken.

<sup>11</sup> Der südkoreanische Präsident Roh Tae-woo sprach am 18. Oktober 1988 in New York zur VN-Generalversammlung. Für den Wortlaut vgl. ROH TAE-WOO, Korea. A Nation Transformed. Selected Speeches, Oxford u. a. 1990. S. 3–10.

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel skizzierte am 19. September 1989 das von dem südkoreanischen Präsidenten Roh am 11. September 1989 vorgestellte Konzept für eine Wiedervereinigung Koreas in drei Schritten, das er als „interessant, aber letztlich wenig konkret“ bewertete: „Die Formel ist inzwischen von Nordkorea auch mit der Begründung zurückgewiesen worden, daß sie zum einen nicht den Rückzug der US-Streitkräfte aus Südkorea vorsehe und zum anderen nicht auf den nordkoreanischen Vorschlag eingehe, eine Konföderation zu bilden, bei der beide Teile ihre unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systeme beibehalten sollen.“ Vgl. Referat 341, Bd. 161989.

<sup>13</sup> Kim Jong-il.

Auf eine Reihe von Einzelfragen von BK berichtet P., Nordkorea rechne sich gute Chancen für eine militärische Einnahme Südkoreas im Fall eines Rückzugs der US-Truppen aus; es arbeite auch mit konspirativen Mitteln intensiv auf einen Umsturz in Südkorea hin.

Wenn BK davon ausgehe, daß die Soldaten der NVA einen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Deutschland nicht mitmachen würden, sei Deutschland hierum zu beneiden. Im Bürgerkrieg zwischen Süd- und Nordkorea habe es viele Millionen Tote gegeben.

Dieser Bürgerkrieg habe Millionen koreanischer Familien getrennt, die seither keine Möglichkeit gehabt hätten, die Familienbeziehungen durch Briefwechsel aufrechtzuerhalten. Sie seien seit Jahrzehnten absolut getrennt. Er, P., sei bemüht, durch Einschaltung des Internationalen Roten Kreuzes eine Familienzusammenführung zu fördern.

Im Rahmen einer (sehr begrenzten) Familienzusammenführung verfolge Nordkorea vor allem das Ziel, Familienbeziehungen zu Spionagezwecken zu nutzen. So gebe es immer wieder Einladungen an Südkoreaner zu Besuchen in Nordkorea, die man dort alsbald durch Drohung mit Nachteilen für ihre Verwandten zu Spionagezwecken gefügig zu machen versuche.

Nordkorea verfolge seit Jahrzehnten die Strategie, Südkorea zu unterminieren:

- So habe es 1968 eine Sondertruppe mit dem Auftrag aufgebaut, das südkoreanische Präsidialamt anzugreifen.
- 1983 habe Nordkorea durch einen Bombenanschlag in Birma eine Reihe südkoreanischer Minister ermordet, die sich dort zu einem offiziellen Besuch aufhielten.
- Um die Olympischen Spiele in Seoul zu sabotieren, habe Nordkorea schließlich 1987 in einer KAL-Maschine eine Bombe gezündet.

Nordkorea nütze jede offene wie konspirative Methode zu einem Angriff gegen Südkorea.

Wirtschaftlich sei Nordkorea als geschlossener Markt mit Befehlswirtschaft und niedrigem Lebensstandard seiner Bevölkerung nicht erfolgreich. Es habe jedoch eine funktionierende Rüstungsindustrie.

Angesichts der schwierigen Lage im geteilten Korea hoffe er, P., auf weitere politische Unterstützung der Bundesregierung. Ein neuer Krieg auf der koreanischen Halbinsel würde – wegen einer möglichen Beteiligung der USA, der Sowjetunion und/oder Chinas – die Gefahr eines Weltkrieges mit sich bringen.

Die Veranstaltung der Olympiade in Seoul sei ein bewußter Schritt Südkoreas gewesen, um seine Verständigungsbereitschaft und Friedensliebe international unter Beweis zu stellen. Südkorea sehe als einzigen Weg zur Einheit die Demokratisierung ganz Koreas.

Auf Frage von BK berichtet P., daß es sicher auch in Nordkorea gemäßigte Mitglieder in der Führung gebe. Diese Tatsache habe sich aber in der Haltung Nordkoreas bisher nicht niedergeschlagen.

Angesichts des perfekten Repressionssystems und der vollständigen Unkenntnis der Verhältnisse außerhalb des Landes bestehe gegenwärtig am Gehorsam der Bevölkerung wie auch der Armee Nordkoreas gegenüber Staatschef Kim Il-sung,

der sich – vergleichbar nur mit dem verstorbenen iranischen Revolutionsführer Khomeini – als absolutes Symbol des Staates feiern lasse, kein Zweifel. Die wenigen Nordkoreaner, die die Verhältnisse außerhalb Nordkoreas kennengelernt hätten, seien vielleicht kritisch, verfügten aber über keinen Einfluß.

Zum bilateralen Verhältnis bemerkt P., daß sich der deutsch-koreanische Handelsaustausch in den letzten Jahren verdoppelt habe. Angesichts der Wirtschaftskraft beider Länder sei das erreichte Volumen dennoch immer noch zu gering. Er, P., hoffe auf Unterstützung von BK für eine dynamischere Weiterentwicklung.

*BK* wiederholt, daß dies auch seiner Absicht entspreche. Die traditionell engen deutsch-japanischen Beziehungen sollten dabei kein Hindernis sein. In zehn Jahren werde Korea seinen Weg gegangen sein und die Teilung überwunden haben. Es werde als großes Land mit einer jungen Bevölkerung in Asien eine große Rolle zu spielen haben.

Innerhalb der EG bestehe – aufgrund der kolonialen Vergangenheit vieler Partnerländer – die Tendenz zu einer bevorzugten Zusammenarbeit mit Afrika. Deutschland sei traditionell eher nach Lateinamerika ausgerichtet gewesen. Weder Afrika noch Lateinamerika dürften aber im 21. Jahrhundert führende Kontinente werden. Vielmehr sei damit zu rechnen, daß es schon im Jahre 2000 drei wirtschaftliche Schwerpunkte in der Welt geben werde:

- Nordamerika, evtl. unter Einschluß Mexikos,
- die um zusätzliche europäische Länder erweiterte EG,
- den Fernen Osten und hier insbesondere Japan und Korea.

Vor diesem Hintergrund wäre es ein Unding, wenn die Bundesregierung nicht an einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit Korea interessiert wäre. Frühere Hindernisse für eine solche Vertiefung: selbstgewählte Abschottung Koreas, das Fehlen demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen und eine unzureichende Achtung der Menschenrechte würden seit Amtsübernahme durch Präsident Roh Schritt für Schritt überwunden. Deutschland und Korea hätten keine historischen Probleme.

Der Besuch von Präsident Roh werde von ihm, BK, als Startsignal für einen neuen gemeinsamen Beginn verstanden. Dies sei für ihn, BK, auch Grund für den Wunsch, seinerseits Korea in absehbarer Zeit einen Besuch abzustatten, zumal ihm hierfür bereits eine alte Einladung vorliege.<sup>14</sup>

*Präsident* spricht erneut eine herzliche Besuchseinladung aus: BK könne einer großartigen Wahrnehmung in Korea sicher sein. Die Freundschaft der Koreaner zu Deutschland habe eine lange Tradition. Der letzte koreanische Kaiser<sup>15</sup> habe deutsche politische Berater gehabt, deutsche Ärzte hätten bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt der koreanischen Bevölkerung geholfen.

Wenn Korea trotz 43 Jahren japanischer Kolonialherrschaft relativ schnell einen großen Aufschwung genommen habe, so gebe es hierfür vor allem zwei Gründe:

- das hohe Bildungsniveau der Koreaner (die Zahl der Universitäten sei von drei auf 120 angewachsen),

<sup>14</sup> Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent Zeller durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>15</sup> Gojong.

- die dreijährige Wehrpflicht jedes männlichen Koreaners, während der er zu Zusammenarbeit und Patriotismus und damit zu einer exzellenten Arbeitsmoral erzogen werde. (Südkorea habe bei der jährlichen Veranstaltung einer „Technischen Olympiade“ seit acht Jahren ohne Unterbrechung eine Medaille erhalten.)

Zur deutsch-koreanischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit fügt P. hinzu, daß man sich auch über eine deutsch-koreanische Drittlandkooperation Gedanken machen sollte.

*BK* betont sein Interesse, den Besuch von Präsident Roh auch zum Beginn einer engeren persönlichen Zusammenarbeit werden zu lassen. Er wolle ihm ausdrücklich anbieten, jederzeit direkt telefonisch oder durch persönliche Beauftragte Fragen von gemeinsamem Interesse aufzugreifen.

*Präsident* erwidert, daß er genauso denke und die Vorschläge des Bundeskanzlers „in seinem Herzen mitnehmen“ wolle.

Abschließend wolle er zwei Punkte nochmals unterstreichen:

- Die Republik Korea setze ebenso auf wirtschaftlichen wie auf demokratischen Fortschritt.
- Er wolle die künftige Politik seines Landes gegenüber der EG mit deren wichtigstem Mitglied – der Bundesrepublik Deutschland – koordinieren.

#### Referat 341, Bd. 161987

### 373

#### **Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Scowcroft, in Washington**

21. November 1989<sup>1</sup>

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch des BM mit Scowcroft am 21.11.1989<sup>2</sup>

Nach der Begegnung mit dem Präsidenten<sup>3</sup> wird das Gespräch mit Scowcroft in dessen Büro für etwa 1/2 Stunde fortgesetzt.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Kastrup am 23. November 1989 gefertigt.  
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 24. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff und den Rücklauf an Kastrup verfügte. Außerdem vermerkte er handschriftlich: „StS L[autenschlager] hat Durchschlag.“

Hat Sudhoff vorgelegen.

Hat Kastrup am 27. November 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirigent Höynck an Referat 210 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 28. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Höynck „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Höynck am 1. Dezember 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 21. November 1989 in den USA vgl. auch Dok. 374.

<sup>3</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. November 1989 in Washington vgl. DIPLOMATIE, Dok. 8. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

*BM* unterstreicht in Anknüpfung an seine Darlegungen gegenüber Präsident Bush, es sei ganz wichtig, daß dem deutschen Volk die Möglichkeit des Selbstbestimmungsrechts eingeräumt werde. Niemandem im Westen drohe eine Gefahr, wenn der zweite deutsche Staat eine Demokratie werde. Für uns bleibe entscheidend die Einbettung in das Schicksal Europas. Die EG stelle bereits ein Stück verwirklichter europäischer Friedensordnung dar.

*BM* verweist auf das Memorandum der DDR an die französische Präsidentschaft<sup>4</sup> und zitiert einige Sätze.

*Scowcroft* fragt nach der wirtschaftlichen Situation in der DDR.

*BM* schildert die Probleme, die auf ökonomischem Gebiet durch die Übersiedler entstanden sind. Es sei nötig, die Währungsprobleme mit der DDR zu diskutieren. Grundsätzlich bestünden gute Voraussetzungen für westliche Investitionen, es gebe aber bereits Stimmen in der DDR, die Befürchtungen vor einem Ausverkauf an den Westen äußerten. Über die Probleme der DDR dürften die Schwierigkeiten Polens und Ungarns nicht ins Hintertreffen geraten. Er begrüße deshalb, daß sich die Außenminister der 24 am 13.12. in Brüssel trafen<sup>5</sup>.

*BM* unterrichtet über die Gespräche beim EG-Gipfel in Paris am 18.11.<sup>6</sup> zur Gründung einer Bank europäischer Zusammenarbeit.<sup>7</sup> Die Institution solle nicht auf die zwölf Mitgliedstaaten beschränkt sein, sondern für andere europäische Länder, auch östliche, offen sein.

*BM* unterstreicht noch einmal seine Aussage gegenüber dem Präsidenten, den Sowjets müsse immer wieder gesagt werden, daß der Westen nicht beabsichtigt, Schwierigkeiten der Umgestaltungsprozesse für sich auszunutzen.

*Scowcroft* wirft die Frage einer Konferenz der Vier Mächte oder des Abschlusses eines Friedenvertrages<sup>8</sup> auf.

<sup>4</sup> Zum Memorandum des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, vom 17. November 1989 vgl. Dok. 363, Ann. 13.

<sup>5</sup> Zur Tagung der Außenminister der G 24 vgl. Dok. 416.

<sup>6</sup> Zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18. November 1989 in Paris vgl. Dok. 361, Ann. 3.

Das Bundesministerium der Finanzen teilte am 23. November 1989 mit: „Auf der Sondersitzung des Währungsausschusses am 14.11.1989 hat Frankreich einen Vorschlag zur Errichtung einer Europäischen Bank vorgelegt, die marktwirtschaftliche Reformen in osteuropäischen Ländern unterstützen soll [...]. Der Herr Bundeskanzler hat am 18.11.1989 in Paris eine Prüfung dieser Initiative zugesagt.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168765.

<sup>7</sup> Botschaftsrat Cuntz, Brüssel (EG) übermittelte am 17. November 1989 den französischen „Vorschlag einer Europäischen Bank“. Vgl. die Fernkopie Nr. 1980; Referat 412, Bd. 168764.

Zum Inhalt vermerkte das Bundesministerium der Finanzen am 17. November 1989: „Neben einer sich auf den Kapitalmärkten refinanzierenden Bank soll auch ‚ein Sonderfonds‘ eingerichtet werden. Dieser Fonds soll konzessionäre Kredite für Projekte im Sozial- und Infrastrukturbereich vergeben. Das Startkapital soll 10 Mrd. ECU betragen. [...] Die Mitgliedschaft steht allen europäischen Ländern sowie der Europäischen Investitionsbank (EIB) offen. Die Geberseite (EG, EIB und Mitgliedstaaten der EG) soll die Majorität erhalten. Die Bank soll Direktkredite vergeben sowie Garantien und Beteiligungen übernehmen; außerdem soll sie die Koordinierung aller bi- und multilateralen Hilfsmaßnahmen für die osteuropäischen Länder durchführen. Zum Sitz der Bank sowie zum Umfang und zur Finanzierung des Sonderfonds werden keine Angaben gemacht.“ Vgl. Referat 413, Bd. 168765.

<sup>8</sup> Die Wörter „Konferenz der Vier Mächte“ und „Abschlusses eines Friedensvertrags“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Auch die USA werden sich daran gewöhnen müssen, daß Jalta vorbei ist!“

*BM* verweist auf die Rede von Willy Brandt im Bundestag<sup>9</sup> und betont, daß eine „Katzentischlösung“ für uns keinesfalls in Betracht komme. Unter den heutigen Bedingungen wäre eine Vier-Mächte-Konferenz politisch ein Rückschlag. „We have a winning concept and reason for self-confidence.“

Auf Frage von *BM* nach den amerikanischen Vorstellungen für den Malta-Gipfel<sup>10</sup> erklärt *Scowcroft*, Einzelheiten von Rüstungskontrollfragen würden nicht im Mittelpunkt stehen. Den US käme es in erster Linie darauf an, herauszufinden, was Gorbatschow wolle, welche Ziele er verfolge. Mit Besorgnis registrierten sie sowjetisches Verhalten bei regionalen Konflikten.

Bush werde am 4.12. nach Brüssel reisen, um das Bündnis zu informieren. Einzelheiten stünden noch nicht fest.

*BM* verweist auf seine Reise nach Moskau am 5./6.12<sup>11</sup>. Er sei deshalb an detaillierter Unterrichtung interessiert, was *Scowcroft* zusagt.

**Referat 210, Bd. 140730**

## 374

### **Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker in Washington**

**VS-vertraulich**

**21. November 1989<sup>1</sup>**

Betr.: Besuch BAM in Washington 21.11.89<sup>2</sup>;

hier: Arbeitsmittagessen im State Department

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Secretary Baker, Botschafter Walters, Under Secretary Kimmitt, Under Secretary Bartholomew, Counselor Zoellick, Assistant Secretary Ross, Desk Officer Menold, Dolmetscherin.

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM, Botschafter Ruhfus, D2<sup>3</sup>, D2A<sup>4</sup>, Gesandter Paschke, L013<sup>5</sup>, L010<sup>6</sup>, L204<sup>7</sup>, Dolmetscherin.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Rede des SPD-Abgeordneten Brandt vor dem Bundestag am 16. November 1989 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 175. Sitzung, S. 13335–13340.

<sup>10</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

<sup>11</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Gesandtem Paschke, Washington, gefertigt und mit Drahtbericht Nr. 4742 des Botschafters Ruhfus, Washington, am 22. November 1989 an das Auswärtige Amt übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 27. November 1989 vorgelegen. Vgl. VS Bd. 13503 (210); B 150, Aktenkopien 1989.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 21. November 1989 in den USA vgl. auch Dok. 373.

<sup>3</sup> Dieter Kastrup.

<sup>4</sup> Josef Hollik.

<sup>5</sup> Jürgen Chrobog.

<sup>6</sup> Frank Elbe.

<sup>7</sup> Gebhardt von Moltke.

Secretary *Baker* (B) hieß BM Genscher (G) noch einmal offiziell im DoS<sup>8</sup> willkommen und bat ihn, sich bei seinem nächsten Besuch doch etwas mehr Zeit zu nehmen. Man könne dann auch mal an ein Treffen außerhalb Washingtons denken. (G. darauf, er sehe einer offiziellen Einladung mit Interesse entgegen.) Vor der Erörterung von Punkten, die G. aufzubringen wünsche, wolle er (B.) zur Klärung der Atmosphäre noch einmal eine von Präsident Bush gemachte Bemerkung unterstreichen, daß die Administration über die heute in der hiesigen Presse zu lesenden Äußerungen deutscher „Officials“ enttäuscht sei, die Frage der SNF-Modernisierung müsse als lachhaft bezeichnet werden.<sup>9</sup> Er sei seit der NATO-Frühjahrstagung<sup>10</sup> davon ausgegangen, man wolle dieses Thema im Moment nicht berühren und erst 1992 wieder darauf zurückkommen.

*Genscher* stimmte zu, daß es gegenwärtig keinen Anlaß gebe, die SNF-Frage zu diskutieren.

*Baker* fragte dann, wie die Bundesregierung sich die Behandlung der aktuellen deutsch-deutschen Entwicklungen bei der amerikanisch-sowjetischen Begegnung in Malta<sup>11</sup> wünsche.

*Genscher* trug dazu im Zusammenhang vor: Es gelte, Gorbatschow insbesondere zwei Punkte zu verdeutlichen. Erstens: Die Bundesrepublik stehe unverändert zur Einigung Europas und sei entschlossen, daran mit unverminderter Kraft weiterzuarbeiten. Das werde sich schon beim Europäischen Rat in Straßburg<sup>12</sup> erweisen. Es gehe darum, die Dynamik der Europäischen Gemeinschaft zu erhalten. Diese werde ihre positive Auswirkung auch auf Osteuropa nicht verfehlten. Zweitens: Das Atlantische Bündnis werde seine Wichtigkeit behalten, aber es werde einen mehr politischen Charakter bekommen und insbesondere eine stärkere Rolle in den Abrüstungsbemühungen zu spielen haben. (G. in einer Nebenbemerkung: Was GR und TR augenblicklich bei der westlichen Positionsabstimmung aufführten<sup>13</sup>, sei unverantwortlich, wo es doch darum gehe, zügig und erfolgsorientiert zu verhandeln.)

<sup>8</sup> Department of State.

<sup>9</sup> In der Presse wurde ein Mitglied einer Delegation der Bundesrepublik in Washington vom 20. November 1989 zitiert: „The question of nuclear modernization makes us laugh. [...] I don't think there is any possibility of it being implemented.“ Weiter hieß es: „The West German official explained that the idea of the Western alliance's going ahead with plans to deploy more advanced versions of the Lance, which the Bonn Government has long opposed, made no sense any more since the only countries these short-range missiles might be used against would be a Solidarity-led Poland, a Hungary abandoning communism and an East Germany that is not only democratizing but is also moving toward closer ties with West Germany.“ Vgl. den Artikel „Bonn Aides, in Washington, Say Modernizing Missiles Is Dead Issue“, THE NEW YORK TIMES vom 21. November 1989, S. 8.

<sup>10</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>11</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

<sup>12</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat Hennig resümierte am 24. November 1989: „Die Beobachtung des türkischen Verhaltens bei den Wiener Verhandlungen [...] führt zu dem Eindruck, daß die Türkei das Interesse an Verhandlungsfortschritten ihrem Interesse deutlich unterordnet, möglichst ein Maximum nationaler türkischer Positionen durchzusetzen bzw. sich im Verhältnis zu Griechenland Vorteile zu sichern. [...] Aktuelles Beispiel hierfür ist die Blockade bei der Einführung des westlichen KSE-Vertragsentwurfs. Hier vereitelt die Türkei mit ihrer Weigerung, anlässlich der Vertragseinführung einen indirekten Hinweis darauf zuzulassen, daß die Frage des Anwendungsgebiets (und damit die im Verhandlungsmandat nach langem Ringen bewußt offen gelassene Frage des Ein- oder Ausschlusses der türkischen Hafenstadt Mersin) mit der Vorlage des Entwurfstextes noch nicht abschlie-

Wenn die Bundesrepublik sich um eine gesamteuropäische Friedensordnung bemühe, dann gehöre für sie ganz ohne Frage die USA mit dazu, und zwar schon deshalb, weil eben auch die SU – und zwar aus geographischen Gründen – dazugehöre. In diese Thematik eingeschlossen sei auch die Truppenpräsenz der USA in Europa. Wenn Wien<sup>14</sup> erfolgreich sei, werde sich aber logischerweise die militärische Komponente dieser Friedensordnung verringern. Die SU werde dann ebenfalls weniger Wert auf die Anwesenheit ihrer eigenen Truppen in den osteuropäischen Ländern legen.

Der Westen müsse es sich auch angelegen sein lassen, mehr Substanz, neue Themen in den KSZE-Prozeß einzuführen, zu weiteren kooperativen Strukturen zu kommen.

Im deutsch-deutschen Verhältnis zeichne sich augenblicklich eine „Wiedervereinigung von unten“ ab. Die Bundesrepublik müsse an diese Entwicklung mit großer Sensibilität und Delikatesse herangehen. Wenn es z.B. zur Gründung einer Art „Development Bank“ zugunsten Osteuropas komme<sup>15</sup>, müsse man dafür den Begriff „Entwicklungsbank“ vermeiden, da er an Dritte Welt und Entwicklungshilfe erinnere.

G. fuhr dann fort: Er rege an, Präsident Bush möge Gorbatschow – am besten gleich zu Beginn seiner Ausführungen – versichern, daß der Westen nicht die Absicht habe, die Umwälzungen in Osteuropa einseitig für sich auszunutzen und daraus auf Kosten der anderen Seite Vorteile zu ziehen. Bush möge ruhig hinzufügen, so dächten auch die westlichen Alliierten, insbesondere die Deutschen.

Was unsere spezifische Situation angehe, so wolle er (G.) ganz klar feststellen: In der DDR werde jetzt um Freiheit gerungen. Und mehr Demokratie, mehr Freiheit für mehr Deutsche sei für keinen unserer Nachbarn eine Bedrohung.

In seiner Rede vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin letzte Woche<sup>16</sup> habe er gesagt (und dafür viel Beifall bekommen): Es gebe nicht zwei, sondern nur eine deutsche Nation, weder eine sozialistische noch eine kapitalistische. Wenn sich die beiden Teile Europas aufeinander zu bewegten, könnten die Deutschen von diesem Rapprochement nicht ausgeschlossen bleiben.

Am 5.12. bei seinem nächsten Besuch in Moskau<sup>17</sup> werde er sich genauso ausdrücken.

Auf Zwischenfrage B.s: Nicht nur für Polen, auch für unsere sonstigen Nachbarn und auch für die SU sei von Wichtigkeit, daß wir die Sicherheit der polnischen Westgrenze nicht in Frage stellen. Er (G.) wolle an seine VN-Rede vom September<sup>18</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1591*

16 „Bend geregelt ist, einen wichtigen weiteren Verhandlungsschritt des Westens.“ Vgl. Referat 241 (221), Bd. 163151.

14 Zu den VKSE vgl. Dok. 425.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 430.

15 Zum französischen Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Entwicklungsbank vgl. Dok. 373, Anm. 7.

16 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 10. November 1989 vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin vgl. TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/7, S. 403–405.

17 Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

18 Zu den Äußerungen von Bundesminister Genscher vor der VN-Generalversammlung am 27. September 1989 in New York vgl. Dok. 299, Anm. 3.

erinnern und die Ausführungen, die er dabei – an den polnischen Außenminister<sup>19</sup> gewandt – gemacht habe. Er weise auch auf die mit überwältigender Mehrheit angenommene Bundestagsentschließung von letzter Woche<sup>20</sup> mit dem gleichen Tenor hin.

Im übrigen wolle er zu kürzlich in der Presse aufgekommenen Ideen bezüglich einer baldigen Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland bemerken, daß uns an einer solchen Veranstaltung nicht gelegen und wir auch nicht an einem formellen Friedensvertrag interessiert seien, weil wir durch eine solche Übung als Deutsche wieder singularisiert würden, was wir durch den europäischen Ver- bund als überwunden ansähen.

Es entspann sich anschließend ein kurzer Meinungsaustausch über das Verhältnis EG/NATO und den KSZE-Prozeß, wobei G. die Meinung vertrat, der Atlantischen Allianz solle mehr politische und wirtschaftliche Zuständigkeit zugebilligt werden, während B. im wirtschaftlichen Bereich Zuständigkeitsprobleme zu erkennen glaubte.

G. bemerkte dann, die traditionellen Deutschland- und Berlin-Treffen am Vorabend von NATO-Ratstagungen seien in den letzten Jahren immer kürzer geworden. Beim nächsten Mal solle man sich dafür mindestens drei Stunden Zeit nehmen. *Baker* stimmte dem zu, es gebe ja wahrlich genug Themen zu besprechen.<sup>21</sup>

B. fuhr fort, man müsse sich auch über die Entwicklungen im Verhältnis zur SU austauschen. Die USA seien über die Fortschritte im bilateralen Verhältnis Washington–Moskau insgesamt befriedigt. Insbesondere in Wyoming<sup>22</sup> sei man in den meisten Bereichen ein gutes Stück weitergekommen. Unrühmliche Ausnahme davon: die Regionalfragen. Hier gebe es nach wie vor ein unerklärliches Festhalten der Sowjets an überkommenen Verhaltensweisen, so etwa in Zentralamerika, in Afghanistan, in Kambodscha.

*Genscher* dazu: Er habe keine sichere Erklärung dafür, jedoch gewisse Indizien, daß der innere Führungskreis in der SU, also Gorbatschow, Jakowlew, Schewardnadse, derart mit anderen Problemen absorbiert ist, daß sie sich um weiter entfernt liegende Komplexe nicht ausreichend kümmern können und insoweit die alte Politik von den alten Funktionären weitergeführt werden kann (Beispiel: Bondarenko und sein Einfluß auf die sowjetische Berlin-Haltung).

*Baker* erwähnte anschließend, die SU habe sich in ihren Gesprächen mit Washington in hohem Maße irritiert gezeigt von allerlei deutschen Äußerungen zur möglichen Wiedervereinigung. Er (B.) wolle erneut betonen, daß es amerikanische Politik sei, ja zur deutschen Wiedervereinigung zu sagen. Hier werde es keine Haltungsänderung geben. Man müsse sich jedoch die sowjetischen Befürchtungen vergegenwärtigen.

<sup>19</sup> Krzysztof Skubiszewski.

<sup>20</sup> Zur Entschließung des Bundestags vom 8. November 1989 vgl. Dok. 353, Anm. 6.

<sup>21</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Hurd (Großbritannien) am 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 408.

<sup>22</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. September 1989 in den USA auf. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. September 1989 in Washington bzw. mit Außenminister Baker am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. Dok. 293.

*Genscher:* Er wolle noch einmal daran erinnern, daß unser Streben nach deutscher Einheit eingebettet sei in unser Ziel, die Einigung Europas herbeizuführen. Wenn man das Memorandum von DDR-Ministerpräsident Modrow an Präsident Mitterrand über das von Ostdeutschland angestrebte Verhältnis zur EG<sup>23</sup> analysiere, komme man zu dem Schluß, daß die DDR eine ganz ähnliche Zielvorstellung habe wie wir.

Nach einer kurzen Zwischenphase mit dem Austausch von DDR-Witzen bat G. die amerikanische Seite darum, sich positiv zur KWZE im März 1990<sup>24</sup> einzustellen und eine hochrangige Delegation zu der Veranstaltung in der Bundesrepublik zu entsenden.

*Baker* meinte dazu, wenn es gelinge, die Konferenz an der extensiven Diskussion von COCOM zu hindern, könne diese in der Tat zu einer nützlichen Übung werden.

B. kam auf die „regional issues“ zurück und schlug vor, USA und D sollten gemeinsam Moskau davon zu überzeugen suchen, daß die 5 bis 7 Mrd. Rubel, die die SU jährlich für Kuba ausgebe, besser für die Promovierung deutscher und amerikanischer Investitionen in Russland eingesetzt werden sollten.

*Genscher* erkundigte sich danach, wie verlässlich diese Zahlen sowjetischer internationaler Einflußnahme seien, worauf von mehreren Seiten eine ganze Fülle von Beträgen für Libyen, Kambodscha, Nicaragua genannt wurden.

*Baker* meinte, diese Zahlen seien für die USA ein PR-Problem, man könne die amerikanische öffentliche Meinung nicht für eine entgegenkommendere Haltung in Rüstungskontrollfragen gewinnen, solange den Sowjets gravierendes Fehlverhalten in der Dritten Welt nachgewiesen werde.

*Genscher* faßte gegen Ende des Gesprächs noch einmal die Bonner Position zum deutsch-deutschen Komplex zusammen und empfahl, im Bündnis dazu auf gemeinsame Sprache zu achten. Er sei stolz auf das Verhalten der Deutschen in der DDR und hoffe, daß deren Aspirationen nicht durch unverantwortliches Gerede mit Begriffen wie etwa „das Vierte Reich“ diskreditiert würden.

*Baker* reagierte darauf mit der Bekräftigung der amerikanischen Einstellung zur deutschen Einheit: „Wir sind dafür.“ Washington wünsche sich nur, daß sich die Entwicklung in friedlicher und stabiler Form vollziehen möge. Wiedervereinigung sei und bleibe amerikanische Politik. Die sensitive Frage sei hier nur das Wann und Wie.

*Genscher* dazu: Deshalb sei auch das Malta-Treffen zwischen Bush und Gorbatjuschow so wichtig. Die USA könnten dort auch für die deutschen Allianzpartner vertrauensbildend wirken.

*Baker* abschließend: Die amerikanische Delegation werde die deutsche Haltung in Malta mit großer Sorgfalt einbringen.

**VS-Bd. 13503 (210)**

<sup>23</sup> Zum Memorandum des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, vom 17. November 1989 vgl. Dok. 363, Anm. 13.

<sup>24</sup> Die Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 in Bonn statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt

**514-516.20/9**

**21. November 1989<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung und zur Vorbereitung der Kabinettsitzung am 23. November 1989

Terminsache

Betr.: Abschluß der Verhandlungen für einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen;  
hier: Konferenz der Minister und Staatssekretäre in Bonn am 13.11.1989

Bezug: Vorlage vom 3.7.1989 – 514-516.20/9 – (Anlage 2)<sup>4</sup>

Anlg.: 1) Vorläufiger Vertragstext nach dem Stand vom 30.10.1989<sup>5</sup>  
2) Vorlage vom 3.7.1989  
3) Vorlage vom 25.7.1989 – 514-516.20/9 – zum Verhältnis Schengen/DDR<sup>6</sup>

Die mit der Verhandlung des Ergänzenden Staatsvertrages zum Übereinkommen von Schengen<sup>7</sup> von den Regierungschefs von D, F und Benelux beauftragten

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mattes und Vortragendem Legationsrat Plischka konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ischinger am 21. November 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 21. November 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Eine wichtige und lebenswerte Aufzeichnung, die ich mir voll zu eigen mache u. die ich Ihnen im Hinblick auf die Kabinettsitzungen zur zustimmenden Kenntnisnahme vorlege.“

<sup>3</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 18. Dezember 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 514 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mattes am 19. Dezember 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirigent Freiherr von Stein an Ministerialdirektor Oesterhelt verfügte und handschriftlich vermerkte: „Es ist nicht ersichtlich, ob BM Aufz[eichnung] z[ur] K[enn]tn[is] nahm.“

Hat Stein am 19. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Oesterhelt am 19. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Plischka vgl. Dok. 204.

<sup>5</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

<sup>6</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Mattes beantwortete Fragen von Bundesminister Genscher und führte aus, im Zusammenhang mit dem Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen werde festgehalten, daß „die Deutsche Demokratische Republik in den Beziehungen zu der Bundesrepublik Deutschland nicht als Ausland betrachtet wird“. Die genaue völkerrechtliche Form dafür stehe noch nicht fest, doch könne man bereits konstatieren, „daß die Vertragspartner keinerlei Einwände gegen die Erklärung erhoben haben. [...] Die Einreise von Deutschen aus den WP-Staaten in das Gebiet der Schengener Vertragspartner ist nach Ausstellung von Reisepässen der Bundesrepublik Deutschland sichtvermerksfrei möglich, ansonsten mit den Pässen ihrer Herkunftsänder sichtvermerkpflchtig.“ Außerdem legte Mattes dar, für welche „Rechtsgebiete des innerstaatlichen Rechts“ aufgrund des Vertrags Veränderungen vorzusehen seien. Vgl. Referat 514, Bd. 217513.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

Minister und Staatssekretäre haben auf ihrer Konferenz in Bonn am 13.11.1989 Einvernehmen über alle wesentlichen Fragen des Vertragstextes erzielt und sich auf die Unterzeichnung am 15.12. geeinigt.

### I. Inhalt des Vertrages

Mit der vorgesehenen Beseitigung der Kontrollen an den Binnengrenzen der Vertragsstaaten und dem gleichzeitigen Aufbau der dadurch notwendigen Zusammenarbeit der Innen- und Justizbehörden („Ausgleichsmaßnahmen“) wird der Binnenmarkt im Personenverkehr „im Pilotprojekt Schengen“ verwirklicht.

Der Vertrag regelt folgende wesentlichen Komplexe:

- Freier Personenverkehr (Kapitel 3 bis 7)

Die Vertragsbestimmungen betreffen das Überschreiten der gemeinsamen Grenzen, das Überschreiten der Außengrenzen, die Einreisebedingungen, die Sichtvermerksbestimmungen, den Aufenthaltsstatus von Ausländern, Verpflichtungen für Beförderungs- und Hotelunternehmen.

- Asylzuständigkeitsregelung (Kapitel 8)

Die Bestimmungen beschränken sich auf eine Zuständigkeitsregelung unter den Vertragsstaaten für Asylanträge je nach „Verantwortlichkeit“ wegen Visumserteilung, Grenzübergang etc. Materiell-rechtliche Vorschriften des Asylrechts sind nicht Gegenstand des Vertrages; es gilt insoweit der Vorbehalt des nationalen Rechts (Artikel 16 GG)<sup>8</sup>.

- Ausgleichsmaßnahmen (Kapitel 10 bis 16)

Sie haben die Aufrechterhaltung der Sicherheit und die Abwehr illegaler Einwanderung zum Ziel und betreffen die polizeiliche Zusammenarbeit, die grenzüberschreitende Nacheile, die Rechtshilfe in Strafsachen, Auslieferungsfragen, die Übertragung der Vollstreckung von Strafurteilen, die Harmonisierung der Kontrollen gegenüber illegalem Rauschgifthandel und von Teilen des Waffenrechts.

Als gemeinsame Organisation des Fahndungs- und Informationssystems wird eine EDV-Zentraleinheit eingerichtet. Über den Standort (Bewerbungen: Wiesbaden, Paris, Den Haag) wollen sich die Minister/Staatssekretäre noch vor der Unterzeichnung einigen.

- Warenverkehr (Kapitel 17 und 18)

Hier wurden Bestimmungen über pflanzenschutzrechtliche Kontrollen, den Transport gefährlicher Güter und über strategische Industriewaren (Beratungsklausel, Artikel 125) getroffen. Die Bestimmungen zielen darauf ab, die Kontrollen statt an den Grenzen im Binnenland zu vollziehen. Kontrollen der im Reiseverkehr mitgeführten Waren sollen auch nach Inkrafttreten des Vertrages auf einem möglichst niedrigen Niveau bis zur Angleichung der Steuersätze möglich bleiben (Artikel 126).

### II. Verfahren

1) Die Federführung für den Schengen-Komplex liegt beim ChBK. Sie geht auf die Initiative von Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand zurück,

<sup>8</sup> Für den Wortlaut von Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

die 1984 zum Vertrag von Saarbrücken über den deutsch-französischen Grenzabbau<sup>9</sup> führte. Beide Seiten benannten persönliche Beauftragte (deutscherseits StS Schreckenberger). Ende 1984 wurden Verhandlungen unter Einbeziehung von Benelux begonnen, die 1985 zum ersten Schengen-Übereinkommen führten.

Das Auswärtige Amt war an den Verhandlungen mit dem Schwerpunkt „Personenverkehr“ auf Arbeitsebene beteiligt.

Die Konferenz in Bonn am 13.11.1989 hat dreijährige Verhandlungen abgeschlossen, die auf deutscher Seite zuletzt von StM Stavenhagen geführt wurden. Von französischer Seite nahmen am Ministertreffen am 13.11. Europaministerin Cresson und für die EG-Kommission Vizepräsident Bangemann teil.

2) Der Ergänzende Staatsvertrag soll am 15. Dezember 1989 in Schengen/Luxemburg wie sein Vorgänger 1985 von den Beauftragten (deutscherseits StM Stavenhagen) unterzeichnet werden und nach Ratifizierung durch die Parlamente sowie nach Funktionstüchtigkeit des gemeinsamen EDV-Informations- und Fahndungssystems zum 1.7.1991 in Kraft treten. Die Paraphierung ist für die erste Dezemberwoche im Rahmen der Zentralen Verhandlungsgruppe vorgesehen.

3) Der ChBK (StM Stavenhagen) wird das Bundeskabinett am 23.11. über den Abschluß der Verhandlungen unterrichten. Für den 13.12. ist eine Beschußfassung des Kabinetts vorgesehen. Der ChBK fertigt hierzu eine Kabinettsvorlage<sup>10</sup>.

4) Der Innenausschuß und der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages wurden bisher mehrfach von StS Neusel und StM Stavenhagen über den Stand der Verhandlungen unterrichtet, den Berichterstattern wurden die Vertragsmodelle überlassen<sup>11</sup>.

### III. Wertung

#### 1) Allgemeine außenpolitische Gesichtspunkte

Die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes ist – neben der allgemeinen Bedeutung des Vertrages als Pilotprojekt für den freien Personenverkehr im europäischen Binnenmarkt – vor allem unter folgenden Gesichtspunkten berührt:

##### a) Personenverkehr

- Zuständigkeit der Auslandsvertretungen für die Erteilung des „visa uniforme“ (Artikel 11) in Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Vertragspartner. Diese Zuständigkeit, die vom BMI bei der Novellierung des Ausländergesetzes<sup>12</sup> in Frage gestellt wurde, ist gewahrt.
- Gemeinsame Sichtvermerkspolitik gegenüber Drittstaaten (Artikel 8). Der Bestand der gegenwärtigen Harmonisierung der Sichtvermerkplicht bzw. Sichtvermerksfreiheit für Drittstaaten kann in Zukunft nur noch im Einvernehmen aller Vertragspartner geändert werden – mit der Ausnahmemöglich-

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 13. Juli 1984 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über den schriftweisen Abbau der Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 768–771. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 155.

<sup>10</sup> Für die Kabinettsvorlage des Bundesministers Seiters vom 12. Dezember 1989 vgl. Referat 514, Bd. 217512.

<sup>11</sup> Die Wörter „wurden die Vertragstexte überlassen“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ischinger hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies wird von FDP (Hirsch) bestritten!“

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 353–362.

keit zu einseitigem Vorgehen nach Konsultationen bei herausragenden Gründen der nationalen Politik. Das Auswärtige Amt ist mit der getroffenen Regelung einverstanden.

- Ausländerrechtlicher Kontrollmaßstab für Einreise und Aufenthalt von Drittstaatlern (Artikel 4/14). Den vom Auswärtigen Amt im Zusammenhang mit der Novellierung des Ausländergesetzes vertretenen Forderungen ist im vorliegenden Ergänzenden Staatsvertrag Rechnung getragen.

<sup>13b)</sup> Geltungsbereich

- Regelung für DDR-Bürger (Vorlage vom 25.7.1989, Anlage 3):

Die Bundesrepublik Deutschland gibt bei Unterzeichnung folgende, zwischen ChBK, BMB, BMI und AA abgestimmte Erklärung ab (die im übrigen auch im EG-Rahmen von den Innenministern der EG-Zwölf akzeptiert wurde):

„Die Deutsche Demokratische Republik ist im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht Ausland. Bezugnehmend auf die Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Bestimmung des Begriffs „deutscher Staatsangehöriger“ vom 25.3.1957 zum EWG-Vertrag<sup>14</sup>, stellt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland klar, daß alle Deutschen, auch diejenigen aus der DDR und Berlin (Ost), wenn sie in das Bundesgebiet einschließlich des Landes Berlin einreisen wollen, nicht dem Sichtvermerkszwang unterliegen und für den vorübergehenden oder dauernden Aufenthalt keiner Erlaubnis bedürfen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß alle diese Personen, wenn sie sich mit einem Paß oder Paßersatzpapier der Bundesrepublik Deutschland ausweisen, in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft nicht dem Sichtvermerkszwang unterliegen.“

Betreffend den Umfang der Grenzkontrollen an der innerdeutschen Grenze wird sich mit Inkrafttreten des Ergänzenden Staatsvertrages 1991 die Frage stellen, wie an den vielen Grenzübergängen sichergestellt werden kann, daß Drittausländer nicht unkontrolliert in das Vertragsgebiet einreisen.

In diesem Zusammenhang ist auf die Vertragsklausel für „besondere Umstände“ zu verweisen (Artikel 5/2.2): „Können wegen besonderer Umstände die Kontrollen nicht durchgeführt werden, sind Schwerpunkte zu setzen.“

In den Verhandlungen wurde durch die deutsche Delegation klargestellt, daß jede Vertragspartei selbst über das Vorliegen dieser besonderen Umstände bestimmt. Damit kann nach Einschätzung von ChBK, BMI und BMB der<sup>15</sup> besonderen Natur der Kontrollen an der innerdeutschen Grenze Rechnung getragen werden.

- Fortgeltung des deutsch-österreichischen Abkommens über Grenzerleichterungen von 1984<sup>16</sup>: Sie wird durch einseitige, im Einvernehmen mit den Partnern formulierte Erklärung sichergestellt:

<sup>13</sup> Beginn der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Dok. 414, Anm. 5.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 764.

<sup>15</sup> Ende der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Dok. 414, Anm. 5.

<sup>16</sup> In einem am 21. August 1984 vollzogenen Briefwechsel vereinbarten Bundeskanzler Kohl und der österreichische Bundeskanzler Sinowatz eine erleichterte Grenzabfertigung. Vgl. dazu BULLETIN 1984, S. 842.

„Die im deutsch-österreichischen Abkommen vom 20.8.1984 getroffene Regelung über Kontrollerleichterungen an den gemeinsamen Grenzen für die Staatsangehörigen beider Staaten bleibt durch den Ergänzenden Staatsvertrag unberührt, muß aber im Interesse der Sicherheitslage der Schengener Vertragsparteien so vollzogen werden, daß sich die Vergünstigungen in der Praxis auf österreichische Staatsangehörige beschränken.“

2) Die umfangreichen Regelungen des Vertragswerks zur polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit der Vertragspartner (Schwerpunkte der Ausgleichsmaßnahmen für die Beseitigung der Grenzkontrollen) wurden im einzelnen unter der Verhandlungsführung des ChBK von BMI und BMJ ausgehandelt. Das Auswärtige Amt war hierfür nicht zuständig und war hierbei nur am Rande beteiligt.

Die Regelungen, z.B. Nacheile, Bekämpfung des Rauschgifthandels, Fahndungs- und Informationssystem, sind das Ergebnis schwieriger Verhandlungen, bei denen unterschiedliche Rechtssysteme und -traditionen miteinander in Einklang zu bringen waren. Die erzielten Kompromisse erscheinen akzeptabel und sind nach Meinung der Verfassungsressorts (BMJ und BMI) mit dem deutschen Recht vereinbar.

Bürgerrechte sind durch Datenschutzbestimmungen und die Gewährung von Rechtsschutz sichergestellt.

3) Grenzkontrollbeseitigung und Ausgleichsmaßnahmen durch Zusammenarbeit der Innenbehörden haben über den Vertrag hinausweisende Bedeutung:

- Die Beseitigung der Grenzkontrollen ist ein wichtiger Schritt in dem Bemühen, das Zusammenwachsen Europas für den einzelnen Bürger sichtbar zu machen. Darüber hinaus könnte der Vertrag Bedeutung für die weitere Entwicklung der EG erhalten; dies eventuell auch in der Perspektive einer Annäherung unserer östlichen Nachbarn an die EG. Die EG-Zwölf haben unter französischem Vorsitz und unter Mitwirkung der Koordinatoren des Europäischen Rates von Rhodos<sup>17</sup> begonnen, vergleichbare Vertragstexte auszuarbeiten, die 1993 in Kraft treten sollen.
- Das Abkommen legt den Grundstein für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Innenverwaltungen und den Ausbau gemeinsamer Institutionen. Die europäische Zusammenarbeit wird damit um den Pfeiler wesentlicher Bereiche der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit erweitert.

Oesterhelt

**Referat 514, Bd. 217511**

<sup>17</sup> Auf Rhodos fand am 2./3. Dezember 1988 die Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 353.

**376****Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem  
ungarischen Außenminister Horn in Budapest****214-321.11****23. November 1989<sup>1</sup>**

Von BM noch nicht gebilligt

BM-Besuch in Budapest 23./24.11.1989<sup>2</sup>;  
hier: Gespräch mit AM Horn am 23.11.1989

AM begrüßt BM und weist einleitend auf die Bedeutung der deutsch-ungarischen Beziehungen für das West-Ost-Verhältnis hin.

BM dankt für die Einladung zu Gesprächen nach Budapest in wichtiger Zeit. Die Einsicht, dem Willen der Menschen und den Reformen mehr Gehör zu geben, nehme zu. Es sei zu wünschen, daß sich diese Einsicht durchsetze, ohne daß es zu Gewalt komme. Die Entwicklungen in der DDR seien zu begrüßen. Er hoffe, daß die dortige Führung den Weg der Verantwortung weitergehe. In bezug auf die ČSSR sei die Hoffnung, daß die Führung Gewalt vermeide.

Am Dienstag sei er, BM, in Washington gewesen.<sup>3</sup> In den Gesprächen mit Präsident Bush, AM Baker, dem Sicherheitsberater<sup>4</sup> und im Repräsentantenhaus habe er sehr viel Verständnis für seine Auffassung gefunden, daß die Reformen in Mittel- und Osteuropa breiteste Unterstützung brauchten. Im Kreise der EG-Länder habe er darauf hingewiesen, daß durch die Veränderungen in der DDR die Entwicklungen in Polen und Ungarn nicht in den Hintergrund treten dürften. Sein Vorschlag, das nächste Treffen im Kreis der 24 auf Ministerebene abzuhalten, habe Zustimmung gefunden. Es werde am 13. Dezember stattfinden und ein wichtiges politisches Signal für Budapest und Warschau bedeuten.<sup>5</sup> Hier gehe es um Maßnahmen für die nahe Zukunft. Es gelte jetzt, darüber nachzudenken, wie die Zusammenarbeit für die mittlere und fernere Zukunft zu gestalten sei. Hier sehe er zwei nebeneinander existierende Möglichkeiten:

- Die Entwicklung konkreter Kooperationsmodelle der EG mit den einzelnen mittel- und osteuropäischen<sup>6</sup> jeweils zugeschnitten auf die individuellen Bedürfnisse des jeweiligen Landes.
- Schaffung einer europäischen Bank („Europabank“) auf breiter Grundlage. (EG-Staaten, weitere OECD-Länder, Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa). Dieser Vorschlag sei beim EG-Gipfel in Paris<sup>7</sup> gemacht worden.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 27. November 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 27. November 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vgl. auch WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 55 und Dok. 57.

<sup>3</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 21. November 1989 in den USA vgl. Dok. 373 und Dok. 374.

<sup>4</sup> Brent Scowcroft.

<sup>5</sup> Zur Tagung der Außenminister der G 24 in Brüssel vgl. Dok. 416.

<sup>6</sup> So in der Vorlage.

In Paris sei auch an den IWF appelliert worden, seine Arbeit mit Verstand zu Ende zu bringen. Es gehe um einen Wettlauf mit der Zeit. Die Konferenz im Kreis der 24, der Vorschlag einer europäischen Bank und die Beratungen über Assoziierungsverträge seien konkrete Möglichkeiten, die Zusammenarbeit in Europa zu stabilisieren.

AM erläutert, daß die ungarische Regierung vor der schwierigen Frage stehe, mit wem sie bei ihrem Umgestaltungsprogramm auf Hilfe rechnen könne.

D spielt in dieser Hinsicht aus zwei Gründen eine maximale Rolle:

- Die Bundesregierung rede nicht; sie handele konkret;
- die Bundesregierung und vor allem BM seien sich der Bedeutung der Veränderungen in Mittel- und Osteuropa voll bewußt.

Es gebe jetzt die historische Chance, vieles aus der Vergangenheit zu bewältigen. Dies nicht zu erkennen, wäre ein historisches Versäumnis. Viele Länder bekundeten verbal ihre Unterstützung. Sobald es aber um die Antwort auf konkrete Initiativen gehe, warte man vergeblich. Das Engagement der Bundesregierung in Paris werde sehr hoch eingeschätzt.

In Mitteleuropa sei ein sehr positiver Prozeß in Gang gekommen. Er wisse nicht, was das bevorstehende ZK-Plenum der KPTsch<sup>8</sup> entscheiden werde. Von Jakeš habe man in der derzeitigen schwierigen Lage eine Botschaft erhalten, die nicht sehr viel Selbstkritik erkennen lasse. Dort sei von Pluralismus als einer Rückkehr zum bürgerlichen System die Rede gewesen. Aber Jakeš werde nicht entscheiden, sondern das tschechoslowakische Volk. Auch die ČSSR werde um Veränderungen nicht herumkommen.

Infolge der Veränderungen in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten und der Reformen in der SU entstünden dort große innere Spannungen, die schwerwiegende Folgen haben könnten. Ungarn könne aber noch einen retrograden Orientierungswchsel nicht verkraften. Man hoffe sehr, daß in Malta<sup>9</sup> bei der SU nicht eine Position die Oberhand gewinne, wonach der Sozialismus in Europa nur „kleinerer Korrekturen“ bedürfe. Die Situation in der SU sei schwierig. Die Kräfte für Veränderungen seien zwar in der Mehrheit. Die „retrograden“ Kräfte hätten aber noch erhebliche Macht. Deshalb sei es eine existentielle Frage, wie sich Westeuropa in bezug auf die Reformen verhalte.

Ungarn teile die Bewertung der Lage in der DDR durch BM. Die deutsche Frage sei heute nicht mehr aus dem Blickwinkel des Jahres 1945 zu beurteilen. Man müsse auf eine neue Weise an sie herangehen. Eine Wiedervereinigung sei in ungarischen Augen keine Tragödie, sondern das natürliche Begehrn eines Volkes. Die Realisierung werde die Realitäten in Europa zu berücksichtigen haben.

Was die Konferenz der 24 am 13. Dezember angehe, so bereite Ungarn, das zur Teilnahme eingeladen sei, sich darauf vor. Er, AM, werde die ungarische Posi-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1600*

<sup>7</sup> Zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18. November 1989 vgl. Dok. 361, Anm. 3.

Zum französischen Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Entwicklungsbank vgl. Dok. 373, Anm. 7.

<sup>8</sup> Während des Plenums des ZK der KPČ am 24. November 1989 erklärte das gesamte Präsidium der Partei, einschließlich ihres Generalsekretärs Jakeš, den Rücktritt. Vgl. dazu Dok. 382.

<sup>9</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

tion vertreten. Mit dem IWF komme Ungarn nicht recht voran. Das Parlament sei nicht bereit, alles zu akzeptieren, was der IWF verlange. Der Fonds müsse seine Haltung gegenüber Ungarn ändern.

*BM:* Mit dem Treffen der 24 werde auch das Ziel verfolgt, Druck auf den IWF auszuüben und andere Länder zu veranlassen, bis zur Konferenz ihre Entscheidung über ihre Beteiligung am Gesamtpaket der Hilfe zu treffen. Er dankt für die Ausführungen von AM zum Schicksal der Deutschen. Die Deutschen in der DDR handelten mit großer Verantwortung. Wichtig sei auch, den europäischen Kontext nicht zu vergessen. Die Regierung Modrow bette die deutsch-deutschen Beziehungen ebenfalls in den europäischen Zusammenhang.

Die USA würden der SU in Malta bekräftigen, daß der Westen aus den derzeitigen Entwicklungen keine einseitigen Vorteile ziehen sollte. Die neuen Prozesse müßten in stabilen Rahmenbedingungen ablaufen. Die Abrüstung bekomme heute eine neue politische Qualität. Je mehr militärisches Potential reduziert werde, um so größer werde der Handlungsspielraum der mittel- und osteuropäischen Staaten. In dieser Zeit sei eine dichte Kommunikation notwendig. Dafür wolle er sich am 28./29.11. in Paris und London<sup>10</sup> und am 5./6.12. in Moskau<sup>11</sup> einsetzen.

*AM* stimmt zu. Die SU betone derzeit die Souveränität der einzelnen osteuropäischen Länder. Diesen Prozeß gelte es zu stärken. Ungarn wolle bis 1990 den Abzug aller sowjetischen Truppen von seinem Territorium erreichen. Dies sei innenpolitisch sehr wichtig. Im WP engagiere man sich für eine Reform des Bündnisses, was von der SU begrüßt werde.

Abschließend spricht er das ungarische Memorandum zur COCOM-Frage an, das man den USA überreicht habe<sup>12</sup>. Er bittet um deutsche Unterstützung.

*BM* sagt dies zu. Man könne bei COCOM nicht so tun, als ob sich nichts geändert habe.

*AM* teilt mit, die Grundstücksfrage für unser GK in Fünfkirchen sei geklärt (Musikschule). Und bezüglich unseres Kulturinstitutes in Budapest habe die ungarische Regierung keine Probleme, wenn es unter dem Namen „Goethe-Institut“ firmiere.

*BM* dankt für diese Unterstützung.

#### **Referat 010, Bd. 178931**

<sup>10</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 29./30. November 1989 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 388.

Für das Gespräch Genschers mit dem französischen Außenminister Dumas am 30. November 1989 in Paris vgl. Dok. 389.

<sup>11</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

<sup>12</sup> Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 6. November 1989, in einem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 2. November 1989 habe der ungarische Staatsminister Pozsgay darum gebeten, die COCOM-Restriktionen zu erleichtern, und ein Memorandum „über Garantien und Vor-Ort-Inspektionen zur Kontrolle von Technologie-Lieferungen nach Ungarn“ übergeben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4513; Referat 221 (204), Bd. 179532.

Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush4library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

377

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Göckel**

23. November 1989

Über Dg 42<sup>1</sup> an D 4<sup>2</sup>.

VLR I Dr. Kaestner (ChBK) teilt zum Gespräch des Bundeskanzlers mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Németh (19.11.1989)<sup>3</sup> folgendes mit:

Németh habe vor allem immer wieder betont, daß Ungarn „das Wasser am Hals“ stehe. Németh hoffe auf beschleunigten Abschluß mit dem IWF; vor der Wahl<sup>4</sup> seien allerdings gewisse IWF-Forderungen nicht akzeptabel (z.B. Betriebschließungen, Abwertung, beschränkte Devisenzuteilung für ungarische Touristen). Noch Anfang 1990 seien wichtige Reformgesetze vorgesehen; man könne der Bevölkerung nicht noch zusätzlich scharfe Restriktionen entsprechend den IWF-Wünschen zumuten.<sup>5</sup>

Németh habe außerdem auf Probleme mit der Sowjetunion betreffend Öllieferungen hingewiesen. Die Sowjets hätten zunächst die im RGW üblichen Lieferungen ganz streichen wollen und hätten sich nach Némeths Intervention bereit erklärt, noch 75% zu liefern. Im Winter werde eine Energiekrise erwartet; für die Kraftwerke würden Kohle und Öl knapp.

Auf vorsichtige Bitten Némeths nach weiterer deutscher finanzieller Unterstützung habe der Kanzler abgewinkt.<sup>6</sup>

Der Bundeskanzler habe vor allem über das EG-Treffen in Paris<sup>7</sup> unterrichtet und auch auf die engen Grenzen der Hilfsbereitschaft der EG-Partner hingewiesen. (VLR I Dr. Kaestner sagte hierzu ergänzend, der Kanzler habe in Paris eine Tischumfrage gemacht zu der Bush-Initiative, Polen einen Stabilisierungskredit von 1 Mrd. \$<sup>8</sup> zu geben; die Umfrage sei mit eisigem Schweigen aufgenommen worden, niemand habe reagiert.)<sup>9</sup>

Göckel

**Referat 420, Bd. 157170**

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Dieckmann am 23. November 1989 vorgelegen.  
Hat Ministerialdirigent von Kyaw am 24. November 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirektor Jelonek am 25. November 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Das Gespräch fand in Ludwigshafen statt.

<sup>4</sup> In Ungarn fanden am 25. März und 8. April 1990 Parlamentswahlen statt.

<sup>5</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Dieckmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie in vielen Entwicklungsländern“.

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Dieckmann hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>7</sup> Zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18. November 1989 vgl. Dok. 361, Anm. 3.

<sup>8</sup> Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Dieckmann hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Ministerialdirektor Jelonek vermerkte dazu handschriftlich: „Verstehe ich nicht, die 1 Mrd. \$ sind bereits zusammen.“

## 378

**Bundeskanzler Kohl an den amerikanischen Präsidenten Bush**

VS-vertraulich

24. November 1989<sup>1</sup>

Lieber George,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 25. September 1989<sup>2</sup>, in dem Sie Ihre Entschlossenheit betonen, alles in Ihren Kräften Stehende zu tun, um ein weltweites CW-Verbot zu erreichen, und in dem Sie mich über Ihre neuen Vorschläge in Verfolgung dieses Ziels unterrichten. Mit Ihrem eindrucksvollen Plädoyer vor den Vereinten Nationen<sup>3</sup> haben Sie Ihr starkes persönliches Engagement für baldige Beseitigung aller CW eindrucksvoll bekräftigt.

Die erklärte Bereitschaft der USA zu 98-prozentiger Vernichtung ihrer CW in acht Jahren nach Inkrafttreten der CW-Verbotskonvention stellt einen kühnen Schritt dar, der seine Wirkung auf die Sowjetunion und die anderen Verhandlungspartner in Genf nicht verfehlten wird. In der Aufrechterhaltung des 2-prozentigen „retaliatory stockpile“ (Vergeltungsbestandes) sehe auch ich ein politisches Druckmittel, beitrittsunwillige Staaten mit CW-Fähigkeit zum Konventionsbeitritt bewegen zu können. Die bilateralen Absprachen von Wyoming<sup>4</sup> betrachte ich als bedeutsame zusätzliche Schritte, die sich in den Genfer Verhandlungen positiv auswirken müssen.

Ich teile Ihre Zuversicht, daß ein weltweites CW-Verbotsabkommen verifiziert werden kann. Es erfüllt mich mit Befriedigung, daß die von Ihnen 1984 in Genf präsentierte Philosophie der „offenen Einladung“ zu kurzfristigen Kontrollen „any time, any place“<sup>5</sup> sich inzwischen durchgesetzt hat und auch von der Sowjetunion akzeptiert worden ist. Auch ich bin überzeugt, daß wir ein solches Maß an Kontrolle erreichen können, daß Herstellung und Lagerung von CW in militärisch signifikanten Mengen nicht unentdeckt bleiben würden.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 27. November 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann „zur dortigen Unterrichtung sowie zur Information der Botschaft Washington“ übermittelt. Dazu vermerkte er: „Das Schreiben wurde bereits unmittelbar auf direktem Weg an das Weiße Haus übermittelt.“

Hat Bächmann am 28. November 1989 vorgelegen, den die Weiterleitung an Ministerialdirektor Kastrup und Ministerialdirigent Hofstetter verfügte.

Hat Kastrup und Hofstetter am 28. November 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 29. November 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13041 (204); B 150, Aktenkopien 1989.

<sup>2</sup> Für das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. September 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 12284 (222).

<sup>3</sup> Zur Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 25. September 1989 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 289.

<sup>4</sup> Zu dem während des Treffens der Außenminister Baker (USA) und Schewardnadse (UdSSR) am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) unterzeichneten Memorandum of Understanding und der Gemeinsamen Erklärung über chemische Waffen vgl. Dok. 289, Anm. 7.  
Zum Treffen vgl. Dok. 293.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 18. April 1984 in Genf anlässlich der Vorlage des Vertragsentwurfs der USA für ein Verbot chemischer Waffen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2087, S. 40–43. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 323–329. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

Bei Verfolgung Ihres klaren Ziels eines baldigen umfassenden weltweiten und verifizierbaren CW-Verbotsabkommens versichere ich Sie der weiteren vollen Unterstützung der Bundesregierung. Uns sollte es darauf ankommen, wie Außenminister Baker gerade in San Francisco<sup>6</sup> gesagt hat, Bedingungen zu schaffen, die jedem nahelegen, dem umfassenden CW-Verbotsabkommen beizutreten. Dieses Ziel muß Vorrang haben vor Erwägungen, die zwar geeignet sein mögen, Besorgnisse in Teilbereichen zu entkräften, zugleich aber den Gesamterfolg unserer Bemühungen um ein CW-Verbot und die Verhinderung von CW-Proliferation ernsthaft gefährden.

Dies gilt insbesondere für den Gedanken der Aufrechterhaltung der Produktion chemischer Waffen nach Inkrafttreten der Konvention, über den in jüngster Zeit in der Presse spekuliert worden ist. Dies würde den Grundkonsens der Abrüstungskonferenz für ein CW-Verbot in Frage stellen, wie er sich aufgrund des von Ihnen in Genf vorgelegten US-Vertragsentwurfs gebildet hat.

Solange die Produktion chemischer Waffen nicht durch zwingendes Völkerrecht verboten wird, wächst die Gefahr ihrer Weiterverbreitung. Die Einräumung einer Option, chemische Waffen auch nach Inkrafttreten der Konvention zu produzieren, könnte von interessierten Staaten als Einladung genommen werden, sich selbst entsprechende Kapazitäten zu schaffen.

Mit jedem neuen Staat, der sich chemische Waffen zulegt, wird auch die Erarbeitung eines umfassenden und weltweiten CW-Verbots schwieriger. Deshalb begrüße ich es, daß die Maßnahmen gegen die Proliferation chemischer Waffen schon im Vorfeld einer Verbotskonvention in engem Zusammenwirken unserer Regierungen und weiterer westlicher Partner erheblich intensiviert und ausgebaut werden konnten. Die Bundesregierung hat, wie Sie wissen, in diesem Jahr entscheidende Maßnahmen zur Verschärfung ihrer Exportkontrollen ergriffen<sup>7</sup>, die ihre erste Bewährungsprobe bestanden haben. Diesem Problem gilt auch in Zukunft unsere besondere Aufmerksamkeit.

Mit freundlichen Grüßen  
Kohl<sup>8</sup>

**VS-Bd. 13041 (204)**

<sup>6</sup> Der amerikanische Außenminister Baker hielt am 23. Oktober 1989 in San Francisco vor dem Commonwealth Club eine Rede zur Rüstungskontrolle. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKADIENST vom 25. Oktober 1989, Dokumentation, S. 1–9.

<sup>7</sup> Zu den Maßnahmen zur Verschärfung der Kontrolle des Außenwirtschaftsverkehrs vgl. Dok. 296.

<sup>8</sup> Paraphe.

## 379

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rudolph**

232-320.15/1

24. November 1989

Über Dg23<sup>1</sup>, D2<sup>2</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> Herrn Bundesminister<sup>4</sup>

Betr.: Namentliche Nennung der Bundesrepublik Deutschland in zwei VN-GV Resolutionen vom 22.11.1989<sup>5</sup> zu Apartheid<sup>6</sup>;  
hier: Erste Bewertung und Überlegungen zum weiteren Vorgehen

Bezug: Ihre Weisung vom 23.11.1989

Anlg.: 4<sup>7</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

**A. Kurzfassung**

Die kritische Nennung der Bundesrepublik Deutschland in zwei Apartheidresolutionen der 44. GV bedeutet bei aller möglichen Relativierung einen Ansehensverlust. Sie war aber wahrscheinlich durch ihre Vorgeschichte nahezu unausweichlich geworden. Unsere intensiven Bemühungen richteten sich auf Herausnahme der Namensnennungen. Sie brachten, obwohl das erhoffte Ergebnis nicht erreicht wurde, trotzdem beachtliche Erfolge. Wir sind insbesondere einer Verurteilung entgangen. Positiv ist zu werten, daß bei getrennten Abstimmungen über unsere Namensnennung jeweils nur 53 von 159 Mitgliedstaaten für die Beibehaltung stimmten. Alle westlichen und westlich orientierten neutralen Staaten sowie alle EG-Partner stimmten geschlossen mit Nein. Wichtige blockfreie Staaten und viele afrikanische Staaten enthielten sich der Stimme, einige stimmten sogar gegen die Resolutionen.

Die Verabschiedung beider Resolutionen läßt sich nicht rückgängig machen. Wir sollten uns jetzt darum bemühen, den Schaden zu begrenzen und eine Wiederholung dieses Vorgangs zu verhindern. Dabei sollten auch mögliche Re-

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Schilling am 24. November 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirektor Kastrup am 24. November 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 24. November 1989 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat laut Vermerk des Ministerbüros Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 27. November 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Kastrup und Ministerialdirigent Schilling an Referat 232 verfügte. Außerdem vermerkte er handschriftlich: „1) Vorlage wurde von BM mit StS Sudhoff ausführlich telefonisch besprochen. 2) S[iehe] Unterstreichungen BM auf Seiten 4 + 5.“ Vgl. Anm. 14 und 21.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 4. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrup Ministerialdirigent Hofstetter am 4. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Schilling am 4. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rudolph am 4. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „22.1.1989“.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Resolutionen Nr. 44/27C und Nr. 44/27I der VN-Generalversammlung vom 22. November 1989; RESOLUTIONS AND DECISIONS, GENERAL ASSEMBLY, 44th session, S. 35 und 38.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 10, 16 und 20.

aktionen gegen Staaten geprüft werden, die gegen uns gestimmt haben. Das betrifft insbesondere jene drei Staaten, die für unsere Namensnennung vor allem verantwortlich sind: Ghana, Sambia und Simbabwe.

Auch die Apartheid-SGV (12. – 14.12.1989) könnte zur Schadenseindämmung benutzt werden. Möglichkeit eigener nationaler Erklärung und Rang-Niveau unserer Teilnahme sollten geprüft werden.

Ein Abschluß des Blaupausen-Vorgangs<sup>8</sup> vor der nächsten VN-GV<sup>9</sup> würde unsere Position verbessern.

#### B. Vollständige Fassung

##### I. Ausgangslage

1) Die kritische Nennung der Bundesrepublik Deutschland in zwei Resolutionen der 44. GV (Res. 44/27C und I zu umfassenden und zwingenden Sanktionen sowie zu militärischer Zusammenarbeit mit Südafrika – Anlg. 1 und 2<sup>10</sup>) – bedeutet bei aller möglichen Relativierung für uns einen Ansehensverlust.

Derartige Namensnennungen haben wir zwar mit z.T. weitaus härterer Sprache auch in den Jahren 1976 bis 1983 regelmäßig hinnehmen müssen, wir befanden uns dabei aber vereint mit einer größeren Anzahl anderer westlicher Länder. Diesmal sind wir einmal allein und beim anderen Mal lediglich mit Israel und Chile zusammen aufgeführzt.

Die Namensnennung war andererseits durch ihre Vorgeschiede bedingt:

- Die Namensnennung Japans als größter Handelspartner Südafrikas in 43. GV<sup>11</sup> hatte nach dem Eindruck der Befürworter solcher Namensnennung zu einem Rückgang des Handels zwischen diesen beiden Ländern geführt.<sup>12</sup>
- Die ausführliche Darlegung der negativen Aspekte des Blaupausen-Vorgangs auch durch Mitglieder des Bundestags-Untersuchungsausschusses vor Anti-Apartheidsgruppen der VN in diesem Jahr hatte die Tendenz zur Namensnennung zunehmend verstärkt.

2) Unsere intensiven Bemühungen durch weltweite Demarchen und entschiedenes Lobbyieren in New York richteten sich auf Herausnahme der Namensnennung insbesondere aus Resolution 44/27I (Waffenembargo). Diese Bemühungen brachten zwar nicht das erhoffte Ergebnis, erzielten aber trotzdem beachtliche Erfolge. Bei Resolution 44/27I entfiel der ursprünglich darin enthaltene Vorwurf, die Bundesregierung habe den Blaupausen-Export „erlaubt“. Nach einer dieser Vorwurf eher noch verschlechternden Zwischenfassung richtet sich jetzt die Kritik unmittelbar nur an zwei deutsche Firmen, verbunden mit der Aufforderung an die Bundesregierung, gegen beide Unternehmen eine Strafverfolgung durchzuführen. Eine Nichtstrafverfolgung wird zwar zumindest inzident als Verstoß

<sup>8</sup> Zu den Lieferungen von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. zuletzt AAPD 1988, I, Dok. 23.

Am 2. April 1987 setzte der Bundestag wie schon in der vorherigen Legislaturperiode einen Untersuchungsausschuß ein. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 8. Sitzung, S. 439.

<sup>9</sup> Die 45. VN-Generalversammlung begann am 18. September 1990 in New York.

<sup>10</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 232, Bd. 153357.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Resolution Nr. 43/50C der VN-Generalversammlung vom 15. Dezember 1988; RESOLUTIONS AND DECISIONS, GENERAL ASSEMBLY, 43rd session, S. 50f.

<sup>12</sup> Die Bundesrepublik löste 1988 Japan als größter Handelspartner Südafrikas ab. Vgl. dazu Dok. 31.

gegen die Waffenembargo-Resolution 421 (1977) des Sicherheitsrats<sup>13</sup> gewertet, dies aber nicht ausdrücklich ausgesprochen. Wir sind damit einer Verurteilung entgangen.

Als positiv ist zu werten, daß sich bei getrennten Abstimmungen über unsere Namensnennungen jeweils nur 53 von 159 VN-Mitgliedstaaten bereit fanden, für die Beibehaltung dieser Nennung zu stimmen. Jeweils über 80 abstimmende Staaten waren dazu nicht bereit. Diese Mehrheit derer, die uns eine Namensnennung ersparen wollte, verweist auf ein beachtliches Sympathiepotential, das durch unsere Bemühungen aktiviert und genutzt wurde.

Weiter ist als positiv hervorzuheben,

- daß alle westlichen und westlich orientierten neutralen Staaten bei den getrennten Abstimmungen gegen die Namensnennung stimmten,
  - daß bei Resolution 44/27I trotz der vorangegangenen getrennten Abstimmung alle EG-Partner zum Gesamttext in Abweichung von der Vorjahresenthaltung mit Nein stimmten, was zunächst keineswegs gesichert erschien,
  - daß der Versuch Sambias, Simbabwes, Ghanas und Ugandas, eine getrennte Abstimmung über unsere Nennung in Res. 44/27I überhaupt zu verhindern (Nichtbefassungsantrag) klar scheiterte (58 für getrennte Abstimmungen, 45 dagegen, 26 Enthaltungen),
  - daß sich bei getrennter Abstimmung zur Res. 44/27I wichtige blockfreie Staaten wie Jugoslawien und Indien und viele afrikanische Staaten (darunter Kamerun, Elfenbeinküste, Kenia, Liberia, Zaire) der Stimme enthielten,
  - daß unter den Nein-Stimmen der getrennten Abstimmung zu Res. 44/27I auch afrikanische Staaten waren (darunter Malawi, Togo, Sierra Leone),
  - daß neun der ursprünglich 35 Miteinbringer dieser Resolution ihre Miteinberschaft zurückzogen (Antigua und Barbuda, Benin, Burundi, Komoren, Dschibuti, Gambia, Kenia, Liberia, Niger).
- 3) Diese positiven Elemente relativieren die Bedeutung beider Gesamtresolutionen und der zu ihnen erzielten Abstimmungsergebnisse (Res. 44/27C: 118:11:22, Res. 44/27I: 106:17:26). Bei Resolution 44/27I wird der Negativ-Effekt für uns auch dadurch relativiert, daß im gleichen Text Israel und Chile namentlich kritisiert werden. Dies hat für viele Staaten, die in getrennter Abstimmung bereit waren, nicht gegen uns zu stimmen, einen Verzicht auf die Nein-Stimme zur Gesamtresolution unmöglich gemacht.

## II. Überlegungen zum weiteren Vorgehen

Die Verabschiedung beider Resolutionen läßt sich nicht rückgängig machen. Selbst einzelne nachträgliche Stimmkorrekturen würden nicht zu einer Korrektur des festgestellten Abstimmungsergebnisses führen, sondern hätten allenfalls psychologische Bedeutung.<sup>14</sup> Wir sollten unsere Anstrengungen daher darauf richten, den eingetretenen Schaden zu begrenzen und die Wiederholung dieses Vorgangs in der nächsten GV zu verhindern.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 421 des VN-Sicherheitsrats vom 9. Dezember 1977 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. X, S. 42.

<sup>14</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Vgl. Anm. 4.

### 1) Reaktionen gegen Staaten, die gegen uns gestimmt haben

Wir sollten unsere möglichen Reaktionen sorgfältig differenzieren. Ein Rundumschlag brächte voraussichtlich mehr Schaden als Nutzen. Das entspricht auch der Einschätzung der Vertretung (DB<sup>15</sup> Nr. 2692, Anlage 3<sup>16</sup>). Wir sollten andererseits ein besonders entschiedenes Verhalten von Staaten gegen uns nicht völlig übergehen.

Nach allgemeiner Einschätzung (Wertung der Vertretung, Kontakte RL 232 in New York) sind für unsere Nennung in beiden Resolutionen und für das Scheitern von Versuchen, sie rückgängig zu machen, vor allem drei Staaten bzw. deren VN-Botschafter verantwortlich: Ghana (Gbeho, zugleich Vorsitzender des Sanktionsunterausschusses des Anti-Apartheid-Ausschusses), Sambia (Zuze, zugleich Präsident des Namibiarats) und Simbabwe (Mudenge). Ein Ausbleiben jeglicher Reaktion würde gerade von vielen afrikanischen Staaten, die uns unterstützt oder sich zumindest nicht aktiv gegen uns gestellt haben, nicht verstanden werden. Auch hierauf deuten viele Äußerungen hin, die wir in New York während des Lobbying erhalten haben.

Wir haben bisher folgendes unternommen:

- Dg 32 hat am 23.11.1989 in Sambia gegenüber Präsident Kaunda unsere Enttäuschung über das Verhalten Sambias zum Ausdruck gebracht.<sup>17</sup>
- StM Schäfer hat ebenfalls am 23.11.1989 gegenüber dem Staatspräsidenten von Ghana<sup>18</sup> Befremden über ghanesisches Agieren in dieser Sache geäußert.<sup>19</sup>
- StS Lengl (BMZ), der am 24.11.1989 nach Sambia zur Unterzeichnung eines Schuldenerlasses reist, wurde ein zwischen Abteilung 2 und 3 abgestimmter und vom StS gebilligter Sprechzettel mit Sachstand zur Verfügung gestellt (Anlage 4<sup>20</sup>).

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „DE“.

<sup>16</sup> Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Bräutigam, New York (VN), informierte am 23. November 1989, man habe es „mit einer von praktisch allen VN-Mitgliedern geteilten Überzeugung zu tun, daß Bauunterlagen für U-Boote geliefert und die Lieferung vollständiger Unterlagen zumindest versucht worden ist und daß für das Ausbleiben der Strafverfolgung wegen dieses Verhaltens keine plausible Erklärung vorliegt. Die Einbringer der Resolution konnten sich auf sorgfältige Recherchen und insbesondere die detaillierten Aussagen von Mitgliedern des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages stützen. [...] Meines Erachtens sollten wir darauf gelassen reagieren. Aus hiesiger Sicht scheint es jedenfalls nicht gerechtfertigt, die Kritik an uns zum Anlaß für negative Reaktionen gegenüber unseren Partnern in dem jeweiligen bilateralen Verhältnis zu nehmen.“ Vgl. Referat 232, Bd. 153357.

<sup>17</sup> Ministerialdirigent Sulimma hielt sich vom 23. bis 26. November 1989 in Sambia auf. Botschafter Timmermann, Lusaka, übermittelte am 25. November 1989 einen Vermerk Sulimmas über ein Gespräch vom 23. November 1989, bei dem er den sambischen Präsidenten Kaunda auf die Hintergründe der Resolution Nr. 44/27 I der VN-Generalversammlung vom Vortag angesprochen habe: „Ich erklärte ihm, daß ich es für außerordentlich bedauerlich hielte, daß sich die sambische Vertretung in New York trotz der guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und trotz unserer klaren Erläuterungen zum Sachverhalt derart verhalten habe. [...] Kaunda, der unter dem Eindruck des Briefes des Bundeskanzlers zur Schuldenfrage und der herzlichen Atmosphäre des Abendessens stand, wirkte sehr betroffen. Auf meinen Hinweis, daß ein derartiges Verhalten seiner Vertretung in New York in der Zukunft vermieden werden sollte, sagte er: ‚I'll see to it.‘“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 262; Referat 320, Bd. 155931.

<sup>18</sup> Jerry John Rawlings.

<sup>19</sup> Staatsminister Schäfer besuchte Ghana vom 21. bis 24. November 1989.

<sup>20</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Sprechzettel vom 23. November 1989 vgl. Referat 232, Bd. 153357.

2) Apartheid-SGV in New York (12.–14.12.1989)<sup>21</sup>

Hier ist zu entscheiden, ob und wie wir in der SGV auf die Namensnennungen reagieren wollen.

Wir sollten auch hier konstruktiv reagieren.

a) Einen ersten Anlaß hierfür bietet die in Aussicht genommene Zwölfererklärung. Wir haben im Zwölferkreis sehr darauf gedrängt, daß die Partner mit einheitlicher Stimme sprechen. Die Afrikaexperten der EPZ in New York haben empfohlen, nationale Erklärungen nur nach Konsultation der übrigen Partner und im Prinzip nur dann abzugeben, wenn der gemeinsame Text die Anliegen aller Partner nicht ausreichend berücksichtigt. Bisher haben nur GB und DK Tendenz zu zusätzlicher Erklärung erkennen lassen. In einer etwaigen nationalen Erklärung könnte eine deutliche Zurückweisung unserer Namensnennung mit einer Darstellung unserer Leistungen (positive Maßnahmen, selektive Maßnahmen) verbunden werden. Der in den Namensnennungen zum Ausdruck kommende Geist der Konfrontation sollte als niemandem dienend bedauert und zurückgewiesen werden.

b) Rang-Niveau unserer Teilnahme

Hierzu gibt es noch keine Leitungsentscheidung. Eine Vorlage wird vorbereitet. In der Afrikaexperten-EPZ-AG neigten fast alle Partner dazu, sich lediglich durch ihre Ständigen Vertreter am Ort vertreten zu lassen. Nur F (EPZ-Präsidentenschaft) hat sich bisher für AM-Ebene entschieden, GB erwägt, Staatsminister aus FCO zu entsenden.

c) Für die nächste VN-GV würde ein rechtzeitiger Abschluß des Blaupausen-Vorgangs unsere Position deutlich verbessern.

Unsere Stellung als größter Handelspartner werden wir dagegen voraussichtlich beibehalten und nach bisherigen Informationen für 1989 sogar noch ausweiten.

Rudolph

**Referat 232, Bd. 153357**

<sup>21</sup> Die Daten wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Vgl. Anm. 4.

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder**

412-424.01/10-4

24. November 1989

Über Dg 41, D4<sup>1</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> mit der Bitte um Billigung

Betr.: Wirtschafts- und Währungsunion;  
hier: Vorbereitendes Ministergespräch beim Bundeskanzler zur  
Vorbereitung ER Straßburg<sup>4</sup>

1) Zur Vorbereitung des TOP Wirtschafts- und Währungsunion auf dem ER Straßburg soll ein Ministergespräch beim Bundeskanzler stattfinden. Termin und Teilnehmerkreis ist noch offen. (Im Gespräch, aber noch nicht bestätigt, ist eine Koalitionsrunde am 29.11.1989. Es ist auch noch offen, ob ggf. WWU auf der Tagesordnung stehen wird.)

2) Der ER Straßburg sollte entscheiden über

- Beginn (evtl. auch Ende) einer Regierungskonferenz und die Organisation der vorbereitenden Arbeiten sowie
- politische Eckpunkte für eine Wirtschafts- und Währungsunion.

3) Termin einer Regierungskonferenz

Die Terminfrage war in den letzten Monaten einer der zentralen Punkte der Diskussion. Der ER wird sich dazu äußern müssen. Eine Ausklammerung erscheint nicht möglich und würde als erheblicher Rückschlag gewertet werden.<sup>5</sup>

- Interne Positionen:

- AA:

Beginn zweite Hälfte 1990; Ende möglichst unter NL-Präsidentschaft in zweiter Hälfte 1991; Momentum muß erhalten bleiben, auch angesichts der europäischen Gesamtsituation; bei entsprechendem politischen Willen

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent von Kyaw, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek, am 24. November 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. November 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Rechtzeitig vor dem Ministergespräch sollte eine Besprechung bei Ihnen stattfinden.“

<sup>3</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 24. November 1989 vorgelegen.  
Hat Legationsrat I. Klasse Berger am 5. Dezember 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatsekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent von Kyaw an Referat 412 verfügte. Außerdem vermerkte er handschriftlich: „Vorlage wurde BM auf der Reise London/Paris vorgelegt.“  
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 5. Dezember 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager und Jelonek verfügte. Außerdem vermerkte er handschriftlich: „BM-Rücklauf“.

Hat Lautenschlager erneut vorgelegen.

Hat Jelonek am 6. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Kyaw am 7. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder am selben Tag erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

<sup>5</sup> An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent von Kyaw handschriftlich: „D würde dafür die wesentliche Verantwortung zugeschoben bekommen.“

lassen sich anstehende Fragen in 24 Monaten (Dezember 1989–Dezember 1991) lösen.

– Bundeskanzler:

Vor EP am 22.11.1989<sup>6</sup>: „Es wäre ein schwerer Fehler und eine völlige Verkennung der Situation, wenn wir jetzt dem Prozeß der europäischen Einigung den Schwung nehmen würden.“

– BMF:

Kein Beschuß ER Straßburg; Beginn Regierungskonferenz im Lichte der Erfahrungen von Stufe I; keine Regierungskonferenz während Bundestagswahlkampf; Lösung der anstehenden Probleme außerordentlich schwierig und zeitaufwendig.

– BMWi (StS Schlecht gegenüber Dg 42<sup>7</sup>):

Beschluß ER Straßburg zu Vorkonferenz Dezember 1990 und/oder Beginn Regierungskonferenz 1991; ansonsten ähnlich wie BMF, will aber eine „mittlere“ Position zwischen AA und BMF einnehmen.

– Bundesbank:

In sich widersprüchlich, geht aber wohl von Entscheidung für Regierungskonferenz aus: Brief Bundesbank-Präsident Pöhl an Bundeskanzler in Vorbereitung, in welchem auf notwendige politische Eckpunkte verwiesen wird. („Die Regierungskonferenz sollte klare Zielvorgaben in den Grundpositionen erhalten, die für eine funktionsfähige WWU unerlässlich sind.“)

– Parteien, Spartenverbände etc.:

Stimmen sind zahlreicher geworden, die vor „übereilten Schritten“ warnen (MdB Graf Lambsdorff, MdB Dregger, Necker (BDI), Stihl (DIHT), Geiger (Sparkassenverband), Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi). Argumente sind Mischung aus innenpolitischen Befürchtungen (Bundestagswahl 1990), sachlichen Überlegungen (mangelnde Konvergenz etc.) und teilweise nationalen Gefühlen.

SPD für Regierungskonferenz.

– Positionen auf Gemeinschaftsebene:

- Nachdem sich nun auch holländischer MP Lubbers grundsätzlich für Beginn Regierungskonferenz im Herbst 1990 ausgesprochen hat, gibt es nur noch entschiedene Ablehnung durch GB und zögerliche Haltung durch LUX. DK grundsätzlich einverstanden, richtet sich im übrigen nach uns.
- GB will Option offenhalten, keine Regierungskonferenz abzuhalten; WWU soll in „evolutionärem Prozeß“ entstehen. Ablehnung Schaffung eines Europäischen Zentralbanksystems und Europäischer Währung.<sup>8</sup>

4) Organisation der vorbereitenden Arbeiten hängt ab von Entscheidung über Regierungskonferenz bzw. Vorkonferenz.

Sollte Vorkonferenz beschlossen werden, würde diese Konferenz „steering committee“ für weitere Arbeiten sein.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl in Straßburg vgl. BULLETIN 1989, S. 1133–1136.

<sup>7</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Kyaw gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „41“.

<sup>8</sup> Vgl. dazu das britische Papier „Ein evolutionärer Ansatz für die Wirtschafts- und Währungsunion“ vom 2. November 1989; Dok. 348, Anm. 6 und 7.

Sollte keine Vorkonferenz, sondern Datum für Regierungskonferenz beschlossen werden, müßte aus Sicht AA ebenfalls eine Art „steering committee“ gebildet werden. Irische Präsidentschaft (erstes Halbjahr 1990) denkt in diese Richtung. Harter Widerstand des BMF und anderer Finanzminister zu erwarten.

Intern müßte entschieden werden, wie deutscherseits ein solches „steering committee“ besetzt werden sollte.<sup>9</sup>

AA muß entscheidende Rolle behalten.

##### 5) Politische Eckpunkte

Beschluß politischer Eckpunkte<sup>10</sup> in unserem Sinne parallel zu eventuellen prozeduralen Beschlüssen könnte erheblich zur Erleichterung innenpolitischer Diskussionen beitragen. Auch gegenüber Partnerländern sollten wir frühzeitig deutlich machen, welche Punkte für uns nicht verhandelbar sind:

– Ordnungspolitisch:

Nach marktwirtschaftlichen Prinzipien gestalteter, wettbewerbsorientierter einheitlicher Binnenmarkt.

– Wirtschaftspolitisch:

Am Geldwert orientierte, auf nicht-inflationäres Wachstum und ein hohes Beschäftigungsniveau gerichtete Stabilitätspolitik mit einer effektiven Koordinierung der makro-ökonomischen Politiken, die durch ein System verbindlicher Regeln über den Umfang und die Finanzierung nationaler Haushaltsdefizite geleitet werden muß.

– Geldpolitisch:

Der Preisstabilität als prioritärem Ziel verpflichtetes, von Weisungen der nationalen Regierungen und der Gemeinschaftsinstitutionen unabhängiges und föderal strukturiertes europäisches Zentralbanksystem.

– Im Verhältnis Gemeinschaft/Mitgliedstaaten strikte Anwendung des Prinzips der Subsidiarität und der Pluralität.

Interne Positionen:

Kein Dissens in wichtigen Sachfragen zu Endstufe WWU zwischen Ressorts und Bundesbank; Dissens wahrscheinlich bei Definition von Übergangsschwellen zwischen einzelnen Stufen.

Positionen auf Gemeinschaftsebene:

Grunddissens zwischen elf Mitgliedstaaten und Großbritannien;

Elf akzeptieren grundsätzlich Delors-Bericht<sup>11</sup>, *acquis communautaire* und Mandat ER Madrid<sup>12</sup> als Grundlage für Schaffung WWU mit entsprechenden institutionellen Veränderungen im Rahmen eines einheitlichen Prozesses.<sup>13</sup>

<sup>9</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies ist eine wichtige Frage, über die intern noch gesprochen werden muß – mit BM.“

<sup>10</sup> Die Wörter „Beschluß politischer Eckpunkte“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“.

<sup>11</sup> Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

<sup>12</sup> Der Europäische Rat faßte bei seiner Tagung am 26./27. Juni 1989 in Madrid Beschlüsse zu einer Wirtschafts- und Währungsunion. Vgl. dazu Dok. 194, Anm. 8.

<sup>13</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „(Einschließlich EP!)“.

Diskussion zu erwarten bei Ausformulierung von wirtschaftspolitischen Prioritäten (Priorität Geldwertstabilität) und ordnungspolitischen Prinzipien (z. B. Unabhängigkeit eines EZBS).

GB akzeptiert nicht die im Delors-Bericht vorgeschlagene Einheitlichkeit des Prozesses mit entsprechenden institutionellen Veränderungen. Britisches Konzept eines „evolutionsorientierten Ansatzes im Hinblick auf die Wirtschafts- und Währungsunion“ wird von übrigen Elf nicht als Alternative akzeptiert.

Schönfelder

**Referat 412, Bd. 168735**

## 381

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron

27. November 1989<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup>, Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung von Ziffer 3

Betr.: Kolloquium des Planungsstabes vom 20.11.1989 zum Thema:  
„Bevölkerungsdruck und Umweltzerstörung“

2 Anlagen<sup>4</sup>

- 1) Der Planungsstab führte unter Vorsitz von LPI<sup>5</sup> am 20.11.1989 ein ganztägiges Kolloquium zum Thema „Bevölkerungsdruck und Umweltzerstörung“ durch. Namhafte Wissenschaftler mit Schwerpunkt Demographie, Ernährung und Umwelt, Praktiker besonders aus VN- und Nichtregierungsorganisationen sowie Ressortvertreter (AA, BMU, BMZ) bildeten den Teilnehmerkreis (s. Anlage<sup>6</sup>). Ziel des Kolloquiums war es, die Rolle des Bevölkerungsdrucks in der Dritten Welt für die regionale und globale Umweltzerstörung zu ermitteln und Handlungsstrategien zu entwickeln, die effektiv und zugleich gesellschaftsverträglich den Bevölkerungsdruck eindämmen können.
- 2) Die Teilnehmer machten u. a. folgende Vorschläge für Handlungsstrategien:
  - Aufklärungskampagnen sind erforderlich, um im Norden wie Süden den Zusammenhang und die globalen Auswirkungen von Bevölkerungsdruck und Umweltzerstörung bewußt zu machen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Möckelmann konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 28. November 1989 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am selben Tag vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Problemanalyse ist wohl zutreffend. Was Ziffer 3 betrifft, so rate ich zur Vorsicht.“

<sup>3</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Brose am 29. November 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Brose am 27. Dezember 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an den Planungsstab verfügte und handschriftlich vermerkte: „Rücklauf von BM“.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 6 und 23.

<sup>5</sup> Leiter des Planungsstabs war Klaus Jürgen Citron.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Teilnehmerliste vgl. Referat 02, Bd. 178529.

- Der Norden muß Anpassungsstrategien im Verhältnis zu Natur und Umwelt entwickeln, die der Zerstörung Einhalt gebieten und dem Süden als Vorbild für umweltverträgliche Wohlstandsmodelle dienen können. Schadensreparatur reicht nicht aus.
- Bevölkerungs- und Umweltpolitik müssen integraler Bestandteil der Entwicklungspolitik sein. Nachhaltiges Wachstum in der Dritten Welt läßt sich nicht erreichen, wenn beide Sektoren nicht aufgewertet werden.
- Ebenso wie umweltpolitische gehören bevölkerungspolitische Fragen zum Politikdialog zwischen Norden und Süden. Dem multilateralen Rahmen ist dabei der Vorzug vor dem bilateralen zu geben.
- Ein wiederzubelebender Nord-Süd-Dialog, vorbereitet durch einen Nord-Süd-Gipfel, sollte sich den Themen Bevölkerung und Umwelt genauso intensiv widmen wie den Themen Verschuldung, Handel, Drogen u. a.<sup>7</sup>
- Die Abstimmungsmechanismen zwischen den zahlreichen für Bevölkerungsfragen zuständigen VN-Organisationen müssen verbessert und die UNEP gestärkt werden.<sup>8</sup>
- Die globale Bedrohung, die von ungebremstem Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung ausgeht, sollte mit der Einrichtung eines Sicherheitsrates<sup>9</sup> für Bevölkerung und Umwelt beantwortet werden.
- Strukturangepassungsprogramme von IWF und Weltbank müssen berücksichtigen, daß die Einschränkung staatlicher und halb-staatlicher Ausgaben in Ländern der Dritten Welt nicht die bevölkerungspolitisch wichtigen Sektoren Erziehung, Ausbildung und Gesundheit berühren.
- Die Geberländer müssen zusätzliche Mittel für bevölkerungspolitische Programme zur Verfügung stellen. Eine Umschichtung reicht nicht, wie die Erfahrung mit Mittelanboten für Umweltmaßnahmen zeigt.<sup>10</sup>
- Bevölkerungspolitik<sup>11</sup> muß bei uns den Rang von Umweltpolitik erhalten. Ein mit DM 50 Mio. ausgestatteter deutscher Bevölkerungsfonds im Einzelplan 23 sollte hierzu ein Zeichen setzen.
- Der EZ-Koordinierungsausschuß der Geberländer DAC<sup>12</sup> sollte eine ständige Arbeitsgruppe für Bevölkerungs- wie Umweltfragen einrichten, um die Abstimmungsmechanismen der Geber zu verbessern.
- Nichtregierungsorganisationen im Norden wie Süden, besonders von Frauen bestimmt, muß eine Schlüsselrolle im Aufklärungs-, Einführungs- und Durchführungsprozeß bevölkerungs- und umweltpolitischer Aktivitäten zukommen.

<sup>7</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Dieses Thema sollte BM im nächsten Jahr neu besetzen.“

<sup>8</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Das müßte dann auch für UNFPA gelten.“

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Im Rahmen der UN? Zusammensetzung?“

<sup>10</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „(Dies wird mit sehr begrenztem Erfolg schon seit längerem versucht.)“

<sup>11</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vorsicht!“

<sup>12</sup> Development Assistance Committee.

Sie müssen ggf. gegen die Interessen der politischen Elite im Süden gestärkt werden.<sup>13</sup>

### 3) Anregungen

Es wird angeregt, daß Sie in künftigen Reden diese für die Zukunft der Menschheit immer wichtiger werdende Thematik herausstellen.<sup>14</sup> Dabei sollte auf die Rolle der VN verwiesen und betont werden, daß alle gegenwärtigen Entwicklungshilfebemühungen und Umweltprogramme vergeblich sein werden, wenn Nord und Süd sich nicht gleichzeitig um eine sozialverträgliche, d.h. vor allem erziehungsorientierte Bevölkerungspolitik<sup>15</sup> bemühen.

Es wird ferner vorgeschlagen, diese Thematik auch bei Beratungen über die künftige Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland stärker zu betonen.<sup>16</sup>

### 4) Die Diskussion der Ausgangslage bei dem Kolloquium lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Multiplikation der Wirkungen aus relativer Überbevölkerung in der Dritten Welt und der Naturverwendung nach Maßstab der Industrieländer bringt für die regionale und globale Umwelt katastrophale Perspektiven mit sich.
- Im Jahre 2000 werden 64 Länder der DW nicht mehr in der Lage sein, sich selbst zu ernähren.
- Wurde Bevölkerungspolitik, speziell Familienplanung, auf der Bevölkerungskonferenz 1974<sup>17</sup> noch als Neokolonialismus, Eingriff in die Souveränität oder die Schöpfung betrachtet, so verpflichteten sich die Unterzeichner des Aktionsplans von Mexiko 1984<sup>18</sup> bereits zur Einbeziehung der Bevölkerungs- in die Entwicklungspolitik.
- Bevölkerungspolitik heißt primär Senkung der Geburtenziffern, wobei die Familiengröße bestimmt wird durch die Stellung der Frau in der Gesellschaft, Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind, den Informationsgrad und Zugang zu Familienplanungsdiensten, die Höhe des Familieneinkommens und die Bildungsmöglichkeiten für Frauen.
- Die chinesische Bevölkerungspolitik der Ein-Kind-Familie war zeitweise erfolgreich wegen der individuellen Einsicht, daß weniger Kinder bessere Bildungs- und Einkommensmöglichkeiten bedeuten. Der in der chinesischen Gesellschaftsstruktur mögliche soziale Druck wirkt stärker als rechtliche und materielle Sanktionen.<sup>19</sup>

<sup>13</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Und gegen den Papst!“

<sup>14</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“

<sup>15</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das müste aber sehr behutsam geschehen – das Thema ‚Bevölkerungspolitik‘ gehört mit zu den sensibelsten Themen.“

<sup>16</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Womit aber auch innenpolitische Fragestellungen aufkommen.“

<sup>17</sup> Die erste VN-Weltbevölkerungskonferenz fand vom 19. bis 30. August 1974 in Bukarest statt.

<sup>18</sup> Die zweite VN-Weltbevölkerungskonferenz fand vom 6. bis 14. August 1984 in Mexiko-Stadt statt. Für den Wortlaut der „Recommendations for the further implementation of the World Population Plan of Action“ vom 14. August 1984 vgl. UNITED NATIONS DEPARTMENT OF TECHNICAL CO-OPERATION FOR DEVELOPMENT, Report of the International Conference on Population, New York 1984, S. 6–42.

<sup>19</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Genau dies hat die USA bisher davon abgehalten, Beiträge zu UNFPA zu leisten (weil UNFPA u.a. auch chinesisches ‚Bevölkerungsprogramm‘ fördert).“

- Die indische Bevölkerungspolitik steht 20 Jahre nach ihrem Beginn wieder am Anfang. Zentral erarbeitete und (teilweise mit Zwang) durchgeführte Programme haben Bewußtsein, Werte und Motivation der lokalen Nachbarschaften weitgehend vernachlässigt. Die Bedeutung der Erziehung für das regenerative Verhalten wurde unterschätzt. Der Bevölkerungsdruck auf die Umwelt zeigt sich besonders darin, daß rund die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche geschädigt ist.
- In Afrika hat Bevölkerungspolitik fast noch gar nicht Fuß gefaßt. Traditionen, Machtdenken und geringe Bevölkerungsdichte sind Grund hierfür. Der durch Umweltschäden bedingte dramatische Rückgang der wirtschaftlich nutzbaren Flächen, verbunden mit extrem hohen Zuwachsralten der Bevölkerung, beginnt ein Umdenken einzuleiten.
- Für Familienplanungsdienste sollte strikte Freiwilligkeit ohne materielle Anreize gelten. Sie sollten Angebote umfassender sexueller Aufklärung, freie Auswahl unter mehreren bewährten Methoden der Empfängnisverhütung, Möglichkeit der Nachbetreuung und einen möglichst hohen Einsatz einheimischer Mitarbeiter umfassen sowie in Mutter-und-Kind- bzw. allgemeine Gesundheitsprojekte eingebettet sein.
- Für die Zahl gewünschter Kinder sind kulturelle, soziale und religiöse Interessen in vielen Gesellschaften gleichgewichtig zu ökonomischen; der Zugang zu kontrazeptiven Mitteln macht diese daher aus religiösen, sozialen und kulturellen Gründen häufig nicht akzeptabel. Entsprechend werden Verhaltensänderungen weniger durch den Westen oder die DW-Eliten als mehr durch kulturelle und gesellschaftliche Vorbilder im Mikrokreis bewirkt werden.
- Mit Änderungen im regenerativen Verhalten auf eine Senkung der Kleinsterblichkeit kann frühestens erst nach einer Generation gerechnet werden.
- Die Stellung der Frau ist entscheidend für die Bestimmung künftiger Wachstumsraten der Bevölkerung: Rechtliche Stellung und sozialer Status, Bildung, Beschäftigungsmöglichkeiten, Heiratsalter, Zugang zu Familienplanungsdiensten und Gesundheit entscheiden maßgeblich über die Familiengröße.
- Die Akzeptanz der Familienplanung auf freiwilliger Basis ist im letzten Jahrzehnt in Teilen der Dritten Welt erheblich gewachsen, wobei politische und kulturelle Eliten asiatischer und lateinamerikanischer Länder eine deutlich positivere Einstellung als afrikanische haben.
- Auch wenn die Beziehung zwischen kleiner Familie und Wohlstand nicht eindeutig ist, übt die demographische Entwicklung des Nordens Einfluß auf die Einstellung des Südens aus. Deshalb sind die amerikanischen „right-of-life“-Fundamentalisten mit ihrem pro-natalistischen Denken außerordentlich schädlich, auch weil sie US-Beiträge zu Bevölkerungsprogrammen in der Dritten Welt verhindern.
- Zwischen 1990 und 2000 wird die Bevölkerung der Dritten Welt um 902 Millionen wachsen. Von den heute 4 Milliarden sind in der Dritten Welt rund 40% unter 15 Jahre alt. Auf der Suche nach Einkommen übt der Norden eine starke Anziehungskraft aus. In den Maghrebstaaten wollen nach Schät-

- zungen schon heute rd. 20 Mio. Einwohner nach Europa (Migration als Bedrohung.)<sup>20</sup>
- Die Entwicklungsländer speziell Afrikas haben in den letzten Jahren aus Mangel an Ressourcen die Mittel für Bevölkerungsplanung auf rd. DM 10 pro Kopf jährlich halbiert. Mit zusätzlichen DM 10,- pro Kopf jährlich über ein Jahrzehnt hinaus könnte bei Mitwirken der Eliten die heutige Bevölkerung Afrikas (650 Mio.) weitgehend stabilisiert werden. Dies würde Mittel in Höhe von DM 6,5 Mrd. allein für Afrika erforderlich machen.
  - Die westlichen Industrieländer stellen durchschnittlich nur 1% ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA<sup>21</sup>) für Bevölkerungsprogramme bereit. Mindestens 4% müßte der Anteil sein, wenn die am Bedarf der Entwicklungsländer orientierten Bevölkerungsprogramme der VN-Organisationen durchgeführt werden sollen.
- 5) Das vom Planungsstab durchgeführte Kolloquium wurde von den Teilnehmern als wichtiger Anstoß für die Bewußtseinsbildung bezeichnet und mit der Erwartung politischer Weichenstellung verknüpft. Gerade die Vertreter des BMZ erhoffen sich eine Unterstützung des AA bei ihren Bemühungen, der Familienpolitik stärkere Unterstützung zu sichern.<sup>22</sup>

Für uns entscheidend ist, daß aktive Bevölkerungspolitik angesichts der globalen Herausforderung heute nicht mehr tabuisiert ist und daß sie weit intensiver als bisher gefördert werden kann und muß.

Wie bedeutsam diese Thematik ist, zeigte auch das Internationale Forum über „Bevölkerung im 21. Jahrhundert“ Anfang November in Amsterdam (vgl. beiliegenden Vermerk<sup>23</sup>).

Citron

**Referat 02, Bd. 178529**

<sup>20</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Das große Thema in 10/15 Jahren! Auch für die Struktur des Ausw[ärtigen] Dienstes!“

<sup>21</sup> Official Development Assistance.

<sup>22</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Wie soll denn das aussehen?“

<sup>23</sup> Dem Vorgang beigefügt. Die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Möckelmann vom 14. November 1989 resümierte die Beratungen des Internationalen Forums über „Bevölkerung im 21. Jahrhundert“, das vom 6. bis 9. November 1989 in Amsterdam stattfand. Vgl. Referat 02, Bd. 178529.

382

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix****214-320.10 TSE****27. November 1989<sup>1</sup>**Über Herrn D 2 i. V.<sup>2</sup> Herrn Staatssekretär<sup>3</sup>

Betr.: Aktuelle Lage in der ČSSR (Stand 27.11.1989 vormittags)

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Die aktuelle Lage in der ČSSR (Stand 27.11.1989 vormittags) gibt Anlaß zu folgenden ersten bewertenden Bemerkungen:

1) Unter dem Druck seit dem 17.11.1989 täglich wiederkehrender Massendemonstrationen in Prag und anderen tschechoslowakischen Städten ist die gesamte spätstalinistische Prager Parteiführung am 24. und 26.11.1989 zurückgetreten. Mit der Wahl des bislang weithin unprofilierten, daher als unbelastet geltenden 48-jährigen ZK-Abteilungsleiters Karel Urbánek zum Nachfolger von KPTsch-GS Jakeš hat die Partei ihr Bemühen zum Ausdruck gebracht, den fälligen Neubeginn auch durch einen personellen Generationenwechsel an der Führungsspitze zu signalisieren.

Das ZK der KPTsch hat auf seiner Krisensitzung am 26.11.1989 einen Sonderparteitag für den 26.1.1990 einberufen, welcher die personelle, programmatiche und organisatorische Neuorientierung der Partei vollziehen soll.

2) Die neue Parteiführung bemüht sich sichtbar um Dialog und Kooperation mit der Opposition und anderen gesellschaftlichen Kräften außerhalb der KP (Koalitionsangebot). Erstes konkretes Ergebnis des am 26.11.1989 begonnenen Dialogs der Führung (früherer MP Adamec) mit der Opposition: Freilassung aller politischen Gefangenen am 27.11.1989.

3) Der Führungswechsel in Prag ist eine logische Konsequenz der lähmenden Strukturkrise in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der ČSSR. Das alte Regime, durch die gewaltsame Niederschlagung des Prager Frühlings<sup>4</sup> an die Macht gelangt und zu durchgreifenden Reformen weder bereit noch fähig, sah sich angesichts der Reformen in der Sowjetunion, Polen und Ungarn, vor allem aber in Anbetracht der Reformentwicklungen in der DDR und Bulgarien, am Ende innen- und außenpolitisch weitgehend isoliert. Neben Rumänien war die ČSSR der letzte WVO<sup>5</sup>-MS, der noch nicht den Weg der Umgestaltung und Öffnung beschritten hatte. Den entscheidenden letzten Stoß erhielt das Regime durch die Entwicklungen in der DDR, den Sturz Schiwkows<sup>6</sup> und die im In- und Aus-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix und Vortragendem Legationsrat Annen konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent Hofstetter am 27. November 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 27. November 1989 vorgelegen.

<sup>4</sup> Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

<sup>5</sup> Warschauer Vertrags-Organisation.

<sup>6</sup> Zur Entwicklung in Bulgarien vgl. Dok. 359.

land mit Empörung aufgenommenen brutalen Repressionsmaßnahmen der tschechoslowakischen Sicherheitsorgane gegen Demonstranten am 28.10.1989 (tschechoslowakischer Nationalfeiertag<sup>7</sup>) und am 17.11.1989.

- 4) Notwendige Voraussetzung für einen erfolgversprechenden Neubeginn sind durchgreifende strukturelle und personelle Veränderungen an der Spalte von Partei und Staat. Dabei verfügt die diskreditierte Partei- und Staatsführung nach 20-jähriger konsequenter orthodoxer Kaderpolitik in der KPTsch nicht über Politiker, die nach innen und außen eine Politik der Umgestaltung und Öffnung glaubwürdig vertreten können.
- 5) Die seit dem 19.11.1989 im „Bürgerforum“ zusammengeschlossene Opposition greift nach Jahren der Begrenzung ihrer Wirkung auf einen Kern von Dissidenten vorwiegend aus Kreisen der Intellektuellen erstmals auf die breite Bevölkerung einschließlich der bislang eher apathischen Industriearbeiterschaft zurück, die sich bislang politisches Wohlverhalten mit Konsumgeschenken honorieren ließ. Ein für den 27.11.1989 ausgerufener zweistündiger symbolischer Generalstreik wird Aufschluß über das Ausmaß der Unterstützung für die Anliegen der Opposition durch die Bevölkerung geben.
- 6) Auch die Opposition ist trotz einzelner herausragender Persönlichkeiten (Václav Havel, Jiří Hájek) weitgehend ohne politische Führungspersönlichkeiten. Hoffnungsträger der Reformer ist daher der 68-jährige frühere Parteichef Alexander Dubček, der nach 20-jähriger erzwungener politischer Abstinenz in der Bevölkerung als politische und moralische Autorität anerkannt ist. Dubček scheint bereit, im Zuge der nunmehr eingeleiteten Entwicklung erneut eine politische Führungsrolle zu übernehmen.

Derix

**Referat 214, Bd. 139906**

<sup>7</sup> Zu den Demonstrationen am tschechoslowakischen Nationalfeiertag vgl. Dok. 335.

**Botschafter Ruth, Rom, an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 1645****Citissime nachts****Aufgabe: 27. November 1989, 11.58 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 27. November 1989, 11.35 Uhr**

Betr.: Äußerungen von MP Andreotti zur deutschen Frage;  
Hier:<sup>2</sup>

Bezug: DB Nr. 1621 vom 21.11.1989 – Pol 322.00<sup>3</sup>

Zur Unterrichtung

Brüssel Euro: Bitte sofort BM-Delegation vorlegen.<sup>4</sup>

MP Andreotti hat sich in einem Interview mit der zweitgrößten Tageszeitung Italiens, „Corriere della sera“, vom 26.11.1989<sup>5</sup> sowie in einem Namensartikel in der „Stampa Sera“ vom 27.11.1989<sup>6</sup> auch zur deutschen Frage geäußert. Er hat dabei im wesentlichen die bereits in anderen Äußerungen der jüngsten Zeit festgelegte Linie, von einer Nation und zwei Staaten zu sprechen und im übrigen auf die Grenzaussagen der Schlußakte von Helsinki<sup>7</sup> zu verweisen, bekräftigt. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß die Äußerungen Andreottis von hiesigen deutschen Korrespondenten aufgegriffen und im Sinne einer grundsätzlichen Ablehnung einer deutschen Wiedervereinigung in der Linie seiner Äußerungen von 1984<sup>8</sup> gedeutet werden. Dies würde jedoch den differenzierten Äußerungen des italienischen Ministerpräsidenten nicht gerecht werden.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Libal, Rom, konzipiert.

Hat Legationssekretärin Grzeski am 27. November 1989 vorgelegt, die die Weiterleitung an Referat 212 und das Büro Staatsminister „zu Interpretation KSZE-Schlußakte“ verfügte.

<sup>2</sup> So in der Vorlage.

<sup>3</sup> Botschafter Ruth, Rom, teilte mit, der italienische Ministerpräsident Andreotti habe „in einem Interview im ‚Messaggero‘ vom 19.11.1989 [...] zur Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, insbesondere auch in Deutschland, Stellung genommen und dabei die italienische Haltung wie folgt skizziert: [...] Das Konzept einer Nation und zweier Staaten ist ein Konzept, das nicht an Aktualität verloren hat. Das Problem der Wiedervereinigung, wie alle einräumen, ist, wenigstens für den Moment, nicht auf dem Tapet. Ich glaube, daß es gut ist, die Probleme ins Auge zu fassen, die existieren, und nicht jene, die in einer langfristigen Perspektive auftreten können.“ Vgl. Referat 223 (203), Bd. 173565.

<sup>4</sup> Bundesminister Genscher nahm am 27. November 1989 an der EG-Ministerratstagung in Brüssel teil. Vgl. dazu Dok. 389, Anm. 20.

<sup>5</sup> Vgl. den Artikel „Andreotti: che dirò a Gorbaciov“; CORRIERE DELLA SERA vom 26. November 1989, S. 1 f.

<sup>6</sup> Vgl. den Artikel „Europa a grandi passi verso la ‚casa commune‘“; STAMPA SERA vom 27. November 1989, S. 1 f.

Botschafter Ruth, Rom, informierte am 28. November 1989: „Wie heutige italienische Presse berichtet, stammt gestriger Namensartikel in ‚Stampa Sera‘ nicht von MP Andreotti, sondern von AM De Michelis. [...] Für die Bewertung ergibt sich hieraus die Feststellung, daß es zwar in der politischen Substanz (Primat der europäischen) Einigung, keine Gefährdung der Reformprozesse in Osteuropa und der Annäherung zwischen West und Ost) keine Divergenzen zwischen Andreotti und de Michelis gibt, daß aber die Wahl der Formulierungen durch AM De Michelis eine etwas positivere Haltung zum Problem der Überwindung der deutschen Teilung erkennen läßt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1659; Referat 223 (203), Bd. 173561.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>8</sup> Zu den Ausführungen des italienischen Außenministers Andreotti am 13. September 1984 in Rom zur deutschen Frage vgl. AAPD 1984, II, Dok. 236 und 255.

Zur Bewertung der Äußerungen Andreottis ist folgendes zu sagen:

- 1) Die Aussagen zur deutschen Frage stellen jeweils nur einen Teilaспект der Äußerungen Andreottis dar, die sich mit dem umfassenden Prozeß der Veränderungen in Mittel- und Osteuropa befassen. Sie sind allerdings, im Falle des „Corriere“ durch die Auswahl der Überschriften „Die Grenzen mit dem Osten sind unantastbar. Für Andreotti ist die Existenz zweier Deutschland heute eine Tatsache“, für den Leser besonders stark herausgehoben worden.
- 2) Mit seinem Hinweis auf die Notwendigkeit, die sowjetischen Militärs nicht durch eine Infragestellung der gegenwärtigen sicherheitspolitischen und Bündnisstrukturen in Europa zu beunruhigen, spezifiziert Andreotti nur die im Westen allgemein anerkannte These, daß der Westen nicht versuchen dürfe, sicherheitspolitisches Kapital aus den Veränderungen im Osten zu schlagen.
- 3) Andreottis Verteidigung der Endgültigkeit und Unberührbarkeit der Grenzen im Lichte der KSZE-Schlußakte ist ausdrücklich auf sämtliche in der Vergangenheit wurzelnde Grenzprobleme in Europa und nicht ausschließlich auf die deutsche Frage bezogen. Darüber hinaus hat Andreotti<sup>9</sup> in seinem Namensartikel – und zwar unter ausdrücklichem Hinweis auf die Ereignisse in Berlin – hervorgehoben, daß der freie Verkehr von Personen, Ideen und Sachen in einem endlich homogeneren Europa die Grenzen bedeutungslos machen sollte.  
Allerdings muß hier, wie schon bei einer früheren Äußerung von AM De Michelis, die einseitige Interpretation der KSZE-Schlußakte, nämlich ohne den Hinweis auf die Möglichkeit einer friedlichen und einvernehmlichen Änderung der Grenzen (Prinzip I der Schlußakte), kritisch vermerkt werden. Ich rege an, die italienische Regierung möglichst bald in geeigneter Weise auf die korrekte Interpretation der Schlußakte aufmerksam zu machen.
- 4) Es kann kein Zweifel bestehen, daß Andreotti die Formel von der einen Nation und den zwei Staaten für die gegenwärtige Situation gelten lassen will. Zugleich verweist Andreotti korrekt auf die Präambel zum GG<sup>10</sup> und auf unsere Politik der Europäisierung der deutschen Frage. Während seine Weigerung, im „Corriere“, sich über künftige Entwicklungen zu äußern, als persönliche Kühle gegenüber den Aussichten auf eine Überwindung der deutschen Teilung gedeutet werden kann, zeigt der Artikel in „Stampa Sera“<sup>11</sup> die Bereitschaft, anzuerkennen, daß die Verwirklichung der Einheit der deutschen Nation in Form einer Integration zwischen den beiden deutschen Staaten durchaus eine Aufgabe der Zukunft ist. Allerdings – aber auch dies ist die traditionelle italienische Linie – soll diese Integration im Rahmen eines verstärkten Zusammenhalts innerhalb der EG und von organischen Beziehungen zwischen dieser und den Staaten des Ostens erfolgen.
- 5) Die von flüchtigen Lesern möglicherweise am stärksten inkriminierten Äußerungen Andreottis über die Unerwünschtheit eines bestimmten Typs von Wiedervereinigungsprozeß beziehen sich in ihrem gedanklichen Zusammenhang eindeutig auf die Gefahr einer spontanen, unkontrollierten und daher die Stabilität

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Legationssekretärin Grzeski gestrichen. Dafür fügte sie handschriftlich ein: „De Michelis.“ Vgl. Anm. 6.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1.

<sup>11</sup> Die Wörter „Stampa Sera“ wurden von Legationssekretärin Grzeski hervorgehoben. Dazu vermerkte sie handschriftlich: „De Michelis“. Vgl. Anm. 6.

der Verhältnisse in Europa untergrabenden Entwicklung und nicht auf das Konzept einer Wiedervereinigung für sich genommen.

6) Natürlich ist unverkennbar, daß im Vergleich zu anderen italienischen Politikern, etwa zu Staatspräsident Cossiga, Andreotti eine deutlich distanzierte Haltung gegenüber der Möglichkeit einer staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands erkennen läßt. Es wäre aber nicht richtig, seine Äußerungen immer im Lichte seiner Bemerkungen von 1984 zu interpretieren. Für die ganze italienische Regierung ist entscheidend, daß der Prozeß des Wandels in Mittel- und Osteuropa nicht außer Kontrolle gerät und einen Rückschlag erleidet und daß sich alle künftigen Wandlungsprozesse – einschließlich eines etwaigen Prozesses der Herstellung der Einheit Deutschlands – im Rahmen der stabilen Strukturen der EG und des KSZE-Prozesses vollziehen.

[gez.] Ruth

#### Anlage

Es folgt die Übersetzung der für uns wichtigsten Passagen.

##### 1) Aus dem Interview im „Corriere della Sera“ vom 26.11.1989:

... Frage: Der Westen hat sich lange gefragt, ob der gesamte Reformprozeß in Osteuropa unumkehrbar ist. Was ist heute noch umkehrbar, und was ist es nicht mehr?

Antwort: Hier geht es darum, die Risiken zu bewerten, und ich glaube, daß im wesentlichen zwei Risiken bestehenbleiben: Das erste betrifft den militärischen Faktor, wenn das Verhältnis zum Osten, das nun alle Gebiete umfaßt, auch die Sicherheitsprobleme außerhalb des Rahmens der laufenden Verhandlungen und somit außerhalb des Dialogs zwischen NATO und Warschauer Pakt mit einbeziehen würde, dann glaube ich, daß die sowjetischen Militärs darin ein schwerwiegender Problem sehen könnten und dann wiederum im Inneren ein Problem verursachen könnten, das dann letztendlich die Reform behindern würde. Das andere Risiko, das mir geringer erscheint, weil ich glaube, daß es niemand wirklich stellt, sind die Grenzen. Es darf nicht vergessen werden, daß die Schlußakte von Helsinki von 1975 in der Geschichte Europas eine Wende dargestellt hat, auch weil sie bekräftigt hat, daß die Grenzen nunmehr endgültig sind und nicht in Frage gestellt werden dürfen. Wenn diese Frage nun wieder neu gestellt würde, dann glaube ich, daß wir hier dann einige Probleme für alle bekämen, und die ersten Anzeichen dafür sind gerade aus dem Osten gekommen durch die Kontraste zwischen Ungarn und Rumänien. Aber es ist zweifelsohne so, daß die Konsolidierung der europäischen Landkarte Zeit und hohe Wachsamkeit erfordert.

Frage: Wenn Bush und Mitterrand behaupten, sie fürchteten die deutsche Wiedervereinigung nicht, sagen sie also nicht die ganze Wahrheit ...

Antwort: Dies ist eine Frage, bei der es um Realismus und Vorsicht geht. Im übrigen sollte man hier nicht weiter gehen als die Deutschen selbst. Die Regierung in Bonn ist an die Klauseln ihres Grundgesetzes gebunden und an die Möglichkeit, eines Tages durch Befragung und freie Selbstbestimmung eine positive Lösung für ihre Probleme zu finden. Aber von Beginn an ist diese Perspektive in den Rahmen einer europäischen Vision gestellt worden, und die Vereinbarung von Helsinki kam anschließend. Ich glaube also, daß heute die Existenz einer Nation in zwei Staaten eine Tatsache ist, eine Realität, die nicht

bestritten wird. Etwas anderes wäre es natürlich, sich die zukünftigen Entwicklungen der Geschichte vorzustellen, weil dies Aufgabe eines Propheten wäre und wir hingegen dazu da sind, Politik zu betreiben.

Frage: Glauben Sie also, daß in einer vorhersehbaren Zukunft die Frage der deutschen Einheit sich nicht stellt?

Antwort: Ich glaube nicht. Auch wenn ich mir bewußt bin, daß Probleme wie diese sich einer rationalen Bewertung entziehen können. Wir haben Gorbatschow Honecker umarmen sehen, es hieß, daß die Mauer noch hundert Jahre stehen würde, und wir wissen, wie es letztendlich dann kam. Aber ich hoffe, daß im Falle der deutschen Wiedervereinigung ein solcher Prozeß nicht stattfindet, weil ansonsten ein Nachzieheffekt entstehen würde und die ganze europäische Nachkriegsordnung Gefahr laufen würde, umgeworfen zu werden. Eine der positiven Schlüssefolgerungen des Abendessens im Elysée<sup>12</sup> war gerade dies. Einige fürchteten, daß Frau Thatcher uns sagen würde, daß neue politische Probleme entstanden sind, daß dies nicht der Augenblick ist, die Entwicklung in der Gemeinschaft zu beschleunigen. Aber Frau Thatcher hat in Paris nicht ein einziges Wort in dieser Richtung gesagt.

Frage: Scheint es Ihnen realistisch zu sein, von der Überwindung der traditionellen Bündnisse zu sprechen, wie dies die Sowjets tun? ...

... Antwort: Denken wir z.B. einen Augenblick daran, was geschehen würde, wenn Ostdeutschland ein militärisches Problem aufwerfen würde, das Problem des Bündnisses. Dann müßten wir unseren Atem jede Minute anhalten, und nicht jeden Tag, wie wir das bereits tun.

2) Aus dem Namensartikel in „Stampa Sera“ vom 27.11.1989:

Die deutsche Frage ist emblematisch für das Erfordernis der Verbindung einer mehr als 40 Jahre andauernden Stabilität mit der neuen demokratischen Dimension in Europa. Wichtig ist der geopolitische Rahmen, in den die Deutschen die Einheit ihrer Nation stellen werden.

Es ist wünschenswert, daß die Integration zwischen den beiden deutschen Staaten, ganz gleich, welche Form sie hat, in einen Kontext des vertieften Zusammenhalts der europäischen Gemeinschaft und organischer Beziehungen zwischen ihr und den östlichen Ländern erfolgt.

Bush und Gorbatschow werden bei ihrem Treffen in Malta<sup>13</sup> ganz gewiß einer Meinung sein über die strategische Bedeutung der Integration im Europa von heute, und zwar gemäß einer Sicherheitslogik, die sich genau an den Antipoden derjenigen befindet, die mit dem Namen Jalta<sup>14</sup> verbunden ist und auf Desintegration fußt. Was die Frage der Grenzen anbetrifft, so bin ich der Auffassung, daß man sie auch hier unter Befolgung der Kriterien von Helsinki bedeutungs-

<sup>12</sup> Zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 18. November 1989 vgl. Dok. 361, Anm. 3.

<sup>13</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

<sup>14</sup> In Jalta berieten vom 4. bis 11. Februar 1945 der britische Premierminister Churchill, der amerikanische Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, über die Nachkriegsordnung. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der weiteren Dokumente vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987 (Dok. 500–504). Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 183–196.

los werden lassen sollte durch die Freizügigkeit der Dinge, der Gedanken, der Personen in einem endlich homogeneren Europa, in dem sich die Gesellschaften mischen und die Volkswirtschaften sich integrieren, wie dies in diesen Tagen unter dem Himmel von Berlin geschieht.

**Referat 223 (203), Bd. 173561**

**384**

**Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

**114-15863/89 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1413**

**Aufgabe: 28. November 1989, 11.21 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 28. November 1989, 13.21 Uhr**

Betr.: Sitzung Eurogroup 27.11.1989;  
hier: Eurodinner

**Zusammenfassung**

Im Mittelpunkt der sehr offen geführten Diskussion, bei der mehrere Verteidigungsminister ausdrücklich an WEU-Ministerberatungen vor zwei Wochen<sup>2</sup> anknüpften, standen einerseits der seither mit noch größerer Dynamik verlaufende Prozeß der Veränderungen in Mittel- und Osteuropa zu politischer Reform, auf der anderen Seite aber auch die sich mehrenden Anzeichen für ernsthafte Versorgungsprobleme, zumal auf dem Energiesektor, mit der Perspektive kurzfristiger krisenhafter Zuspitzung. Vor diesem Hintergrund wurden Handlungsoptionen westlicher Staaten – mit deutlich differenzierter Akzentsetzung – erörtert und Frage nach Stabilität der Sicherheitsstruktur in Europa geprüft. Bei allgemein positivem Ansatz wurden Sorgen deutlich artikuliert, besonders zu SU, aber auch Polen und anderen Staaten.

BM Stoltenberg erläuterte auf allgemeinen Wunsch eingehend Entwicklungen in der DDR und beantwortete zahlreiche, zum Teil mit deutlichen Sympathiekundgebungen für Entwicklung in Deutschland verbundene Fragen zu weiteren Perspektiven. Ohne auf BK-Regierungserklärung vom 28.11.<sup>3</sup> Bezug zu nehmen, erläuterte er Bereiche, in denen konkrete Schritte der Annäherung durch Zusammenarbeit möglich sind. Seine Bekräftigung fester Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland und der Einbettung der deutschen Frage in den europäischen Kontext wurde mit Befriedigung aufgenommen.

Forderung BMs, kurzfristige Hilfe der EG und anderer Instanzen zu erhöhen, damit erste Chance zur Demokratie nicht in Wirtschaftskrise untergeht, wurde

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 30. November 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur WEU-Ministerratstagung am 13./14. November 1989 in Brüssel vgl. DIE EINHEIT, Dok. 21.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

ebenso zustimmend aufgenommen wie seine Feststellung, daß Westen auch zur Unterstützung durchgreifender Wirtschaftsreformen beitragen müsse, in denen Voraussetzungen für tiefgreifende Verbesserungen durch Transfer von Kapital, Technologie und Know-how gefördert würden, auch wenn hier gewisse Vorbehalte und Attentismus erkennbar wurden.

PTG-Minister<sup>4</sup> fand breite Zustimmung, als er Verantwortung der Europäer hervorhob und ihre Initiative forderte. Er betonte, daß Hilfe zur erfolgreichen Reform in derzeitiger Lage bessere Sicherheitsinvestition sei als vermehrte Rüstungen.

BM appellierte an seine Kollegen, sich im Bewußtsein der historischen Bedeutung gegenwärtiger Entwicklungen nicht nur für volle Nutzung der Rüstungskontrolldynamik zur Unterstützung der Reformen einzusetzen, sondern auch für Aktivierung der sonstigen, westlichen Regierungen verfügbaren Handlungsoptionen.

GB betonte neben den Chancen vor allem die großen Herausforderungen und Risiken von Rückschlägen bis hin zum Einsatz von Gewalt in Mittel- und Ost-europa, der Allianz vor „wirkliche Probleme“ stellen würde.

Einvernehmlich wurde schneller Abschluß der Wiener Verhandlungen<sup>5</sup> gefordert (türkisch-griechische Problematik<sup>6</sup> wurde nicht angesprochen).

Angesichts jüngster Meldungen aus USA wurde – auch mit Blick auf am 28.11. anstehende DPC-Beratung<sup>7</sup> – unterstrichen, daß unilaterale Reduzierungen, zumal der USA, sehr schädliche Kettenreaktionen auslösen könnten und daß Vorneverteidigung weiter gewährleistet werden müsse. BM arbeitete heraus, daß Festhalten an Vorneverteidigung keineswegs west-östlicher oder deutsch-deutscher Annäherung von vorneherein enge Grenzen setzt.

Angeregt durch spanische Präsidentschaft kam es zum Schluß zu einem eher als „Brainstorming“ zu bezeichnenden Gedankenaustausch darüber, wann und ggf. in welchem Umfang derzeit als Grundpfeiler der westlichen Sicherheit bezeichnete Elemente wie Vorneverteidigung oder flexible Erwiderung<sup>8</sup> überprüft werden könnten.

SNF-Frage wurde dabei am Rande durch SPA angesprochen (angesichts DDR-Entwicklung wäre Stationierungsforderung ernster Fehler). GB warnte vor Abrücken von Gipfeleinigung<sup>9</sup>, die Problem aus wohlerwogenen Gründen der Prüfung im Jahre 1991 vorbehalten habe.

Im einzelnen:

### 1) Entwicklung in DDR

BM Stoltenberg skizzierte zunächst Entwicklung bis zur Grenzöffnungsentscheidung vom 9.11.<sup>10</sup> und politische Reformschritte, die seither durch demokratische

<sup>4</sup> Eurico de Melo.

<sup>5</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 425.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 430.

<sup>6</sup> Zu den Differenzen zwischen Griechenland und der Türkei vgl. Dok. 374, Anm. 13.

<sup>7</sup> Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 28./29. November 1989 in Brüssel vgl. Dok. 387.

<sup>8</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

<sup>9</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>10</sup> Zu der am 9. November 1989 bekanntgegebenen neuen Reiseregelung vgl. Dok. 357, Anm. 8.

Massenbewegung erzwungen worden sind. Während Richtung politischer Reform bereits erkennbar sei, bestehe im wirtschaftlichen Bereich Unklarheit. Wirtschaftslage der DDR sei schlechter als zunächst vermutet. Ohne erste Reformsschritte werde sich beim Privatsektor kein Vertrauen in wirtschaftliche Entwicklung ergeben, ohne sein umfassendes Engagement werde aber letztlich die zur Behebung der Wirtschaftskrise notwendige Umstrukturierung nicht möglich sein. Bundesrepublik Deutschland sehe sich einerseits in der Lage, Ratschläge geben zu können und müssen, andererseits aber solche Ratschläge nicht aufdrängen zu dürfen. DDR zögere verständlicherweise mit grundlegender Währungsreform. Volle Konvertibilität sei in naher Zukunft schwer vorstellbar. Eher scheine ein realistischerer offizieller Wechselkurs möglich.

Auf entsprechende Fragen erläuterte BM die unter gewissen Voraussetzungen (kontinuierliche politische Reform bis hin zu freien Wahlen in etwa einem Jahr und Einleitung der Wirtschaftsreform) gegebenen Ansatzpunkte für engere Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR. Diese Möglichkeiten würden auch anderen EG-Partnern offenstehen.

BM Stoltenberg arbeitete mit Nachdruck heraus, daß Entwicklung in DDR nur im Gesamtzusammenhang der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, ausgehend von Gorbatschow-Reform in SU, möglich geworden sei: Freiheit und Demokratie seien die gemeinsamen Leitideen in allen Reformstaaten.

In Deutschland gebe es natürlich ein zusätzliches Problem, das manche als erledigt angesehen hätten. Aber jüngste Entwicklung habe deutlich gemacht, daß die deutsche Nation eine Realität sei.

Bezugnehmend auf die „mancherorts lautgewordenen Sorgen“ bekräftigte BM unsere feste Verankerung in EG und NATO und erinnerte an konsequente Politik der Bundesregierung, Überwindung der Teilung nur im Zusammenhang eines europäischen Prozesses, nicht aber isoliert zu suchen (Stichworte: Selbstbestimmungsrecht und europäische Friedensordnung).

Zu den Zukunftsperspektiven befragt, bezeichnete BM es als notwendig, daß EG eine Politik der Assoziation für mittel- und osteuropäische Länder entwickelt, sofern diese es wünschen. Volle Mitgliedschaft könne derzeit weder von ihnen noch von EG-Seite akzeptiert werden. Assoziation erlaube aber, hilfreiche Modelle zu entwickeln, die jeweiliger Situation Rechnung trügen.

Andere Minister dankten BM für erneute und offene Unterrichtung, Minister King (GB) anerkannte ausdrücklich verantwortungsbewußte Politik von BK und Bundesregierung.

## 2) SU

Es bestand Einvernehmen über in letzten Monaten stark verschlechterte wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die durch zunehmende Nationalitätenprobleme verschärft wird. BM äußerte Sorgen über angekündigte Kürzungen von SU-Energielieferungen an COMECON-Partner und mögliche negative Konsequenzen halbherziger sowjetischer Wirtschaftsreform auch bei ihnen.

Minister Serra (Spanien) bezweifelte SU-Bereitschaft, mit wirklicher Wirtschaftsreform verbundene Kosten (z.B. vorübergehendes Ansteigen der Arbeitslosigkeit und negative Wirkungen eines Preismechanismus) zu akzeptieren.

Minister Ditlev-Simonsen<sup>11</sup> (NWG) nahm Information über Energiesektor mit großer Besorgnis auf. Nicht nur sei Energie die „Seele jeden Wachstums“, Energieexporte seien für SU auch fast einzige Devisenquelle. Ihr Einstellen würde außerdem auf Welt-Ölpreisniveau wirken.

#### <sup>12</sup>) Westliche Politik gegenüber Mittel- und Osteuropa

BM Stoltenberg bezeichnete Prüfung als dringend, wie kurzfristige Hilfe seitens EG oder anderen Staaten erhöht werden kann. Es wäre aus westlicher Sicht Tragödie, wenn die demokratisch orientierten Führer der Reformländer beim ersten Anlauf zur Demokratisierung an der Folge einer Wirtschaftskrise scheitern würden. Über Soforthilfe, besonders Nahrungsmittelhilfe<sup>13</sup>, gebe es in EG Konsens.

Längerfristig sei dies aber keine Lösung. Westen müsse beratend helfen, Wirtschaftsreform selbst durchzuführen, d. h. auf Bedingungen hinwirken, in denen größerer Transfer von Kapital, Technologie und Know-how wirksam werden könne.

Minister Serra verstärkt aufgrund eigener spanischer Erfahrungen in den 30er und 70er Jahren Argumentation: Es müsse demonstriert werden, daß Demokratie mit besserem Lebensstandard verbunden sei. Aber man könne nicht nur, wie US-Vertreter es noch Anfang Oktober formuliert hätten, zeigen, „wie man Fische fängt“. Bis man das gelernt habe, müsse man auch Fische zu essen haben. Aufgabe des Westens sei es also, die Verantwortlichen zu wirklicher Reform zu überreden und parallel Schritte zur Verbesserung des Lebensstandards zu fördern. Der Weg, der im Osten eingeschlagen werde, hänge auch von westlicher Hilfe und Phantasie ab.

Unter allseitiger Zustimmung zog portugiesischer Verteidigungsminister politische Schlußfolgerungen für Allianz:

- Demokratische freie Entwicklung in Osteuropa ist am besten.
- Dafür ist auch wirtschaftlicher Fortschritt erforderlich, der nur mit Solidarität westlicher Länder erreicht werden kann.
- Hilfe für Osteuropa kann gegenwärtig mehr für westliche Sicherheit leisten als erhöhte Rüstungsaufwendungen. Dies sei jedenfalls Haltung portugiesischer Regierung.
- Westeuropäer müssen Initiativen ergreifen und können Handeln weder Gorbatjow noch USA überlassen.

NWG ergänzte:

- Große gemeinsame Anstrengung setzt voraus, daß Privatwirtschaft ein Teil des Risikos durch Verbürgungssystem in großem Maßstab abgenommen wird. Ein Teil des Risikos muß von den Ländern selbst (auch SU) übernommen werden.

BM ergänzt:

- Es ist koordinierte westliche Anstrengung unter Einschluß von USA erforderlich. Da öffentliche Mittel nicht im notwendigen Umfang verfügbar sind, muß Fluß privaten Kapitals in Gang gesetzt werden. Verantwortung für wirtschaft-

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „Simonsen“.

<sup>12</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1414 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>13</sup> Zur Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaften für Polen vgl. Dok. 346, Anm. 6.

liche Vertrauensbildung liegt bei jeweiligen Regierungen. Risikomittragung durch Westen ist aber wichtig (Erläuterung deutschen Garantierahmens für Polen).

Im Gegensatz zu diesen nach vorn weisenden konzeptionellen Überlegungen betonten GB und B eher die Risiken und Herausforderungen (GB: „Europa stehen schwere Zeiten bevor“).

#### 4)<sup>14</sup> VKSE

Spanien plädierte für schnellen Abschluß und warnte vor ambitioniertem Versuch, westliche Verhandlungsposition an neue Lage anzupassen. Weitere Abrüstungsschritte könnten später erwogen werden.

GB war ebenfalls für schnelle Fortschritte in Wien, mahnte aber Engagement der Verteidigungsminister an, um Eigenleben der Verhandlungen (d.h. losgelöst von Verteidigungsbedürfnissen der Allianz) zu vermeiden. Insbesondere dürfe Vorneverteidigung nicht in Frage gestellt werden. Dies könnte bei Hinausgehen über jetzige Vorschläge der Fall sein, daher sei sehr sorgfältige Prüfung künftiger Vorschläge notwendig.

DK bestätigte, daß „Realität der Vorneverteidigung“ für DK (und MS in vergleichbarer Nähe zum WP) auch in gegenwärtiger Lage unverzichtbar sei.

Auch BM unterstrich politische Bedeutung der Vorneverteidigung und verdeutlichte, daß sie – auch tiefen – Veränderungen im West-Ost- oder im deutsch-deutschen Verhältnis nicht entgegensteht: Selbst wenn es in der Zukunft zu gewissen gemeinsamen Institutionen zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR komme, was wünschenswert sei, könnten durchaus noch sowjetische Truppen in DDR stationiert sein. BM befürwortete daher ein stufenweises System der Veränderungen.

#### 5) Spekulationen über US-Rückzüge

GB-Verteidigungsminister teilte aus Gespräch mit Cheney am 27.11. mit, dieser sei sich bewußt, daß Reduktionen nur nach Allianzberatungen erfolgen könnten. Er verstehe auch, daß unilaterale Reduzierungen, zumal der USA, unkontrollierbare Kettenreaktionen auslösen könnten.

King unterstrich erneut, der einzige „proper yardstick“ für weitere Veränderungen und Reduzierungen sei Beibehaltung einer glaubwürdigen Verteidigung. Angesichts divergierender Einzelinteressen der Mitgliedstaaten komme gemeinsamer Prüfung der militärischen Bewertung besondere Bedeutung zu. Dabei sei Einbeziehung von F wichtig.

#### 6) West-Ost-Entwicklung und Stabilität westlicher Sicherheitsstrukturen

Spanischer Minister Serra unternahm Versuch, angesichts dynamischer Prozesse Elemente der Stabilität zu identifizieren. EG bezeichnete er als klarstes und stabilstes Element. Hingegen sah er es als Fehler an, „für andere Lage konzipierte Rezepte“ (z.B. Vorneverteidigung) als Stabilitätslemente auch in der neuen Lage unbedingt bewahren zu wollen („braucht man sie noch, wenn es deutsche Union gibt?“). Man müsse sich auf Kernelemente der Strategie konzentrieren und nicht „sinnlos“ versuchen, alles zu erhalten. Es wäre beispielsweise auch ein schwerer Fehler, jede Überprüfung der flexiblen Erwiderung zu verweigern.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „3“. Die nachfolgende Numerierung wurde durchgehend korrigiert.

GB-Minister King bezeichnete es seinerseits als ernsten Fehler, angekündigte Änderungen schon als Tatsache zu sehen, bevor sie durchgeführt seien. Sowjetische Rüstungsproduktion erbringe auch in Perestroikazeiten beachtliche Leistungen, so daß jeder Nachfolger Gorbatschows über eindrucksvolles modernes Arsenal verfügen würde.

Bericht hat BM Stoltenberg vorgelegen.

[gez.] Ploetz

**VS-Bd. 13041 (204)**

## 385

### **Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt**

**VS-NfD**  
**Fernschreiben Nr. 4911**

**Aufgabe: 28. November 1989, 13.02 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 29. November 1989, 09.52 Uhr**

Betr.: Sowjetische West-Politik vor dem Malta-Gipfel<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

- 1) „Helsinki II“<sup>3</sup> und „Transformation, nicht Liquidation“ der Gegebenheiten, auch der Bündnisse, sind die Schlüsselbegriffe des sich entwickelnden Konzepts der SU für die Stabilisierung des rapiden Wandels in Mittel- und Osteuropa. Ihre sich häufige Verwendung durch Gorbatschow in der Serie der nicht abreibenden hochrangigen Besuche in den letzten Wochen zeigt, daß die SU unter Gorbatschow inzwischen nicht mehr als Status-quo-Macht bezeichnet werden kann.
- 2) „Stabilität“ und „Ruhe“ sind zwar nicht weniger häufig zu findende Worte. Sie bezeichnen aber inzwischen nicht mehr das Ziel der sowjetischen Politik einer bedingungslosen Verteidigung der „Nachkriegsordnung“, sondern sind Ausdruck der Forderung, bei der im Gange befindlichen Veränderung dieser Nachkriegsordnung „ruhig“ und „vernünftig“ vorzugehen, d.h. vor allem, „nicht einseitig“ und „im Konsens“ die „Erbschaft der Geschichte“, d.h. „die Teilung Europas“, zu überwinden, von der die „deutsch-deutschen Fragen“ nur „ein Glied“ sind.
- 3) Zwar fehlt es bisher an näheren Erläuterungen von autorisierte Seite, welche konkreten Vorstellungen hinter diesen Darlegungen Gorbatschows und Schewardnadsses stehen. Dennoch ergeben sie vor dem Hintergrund der rasch voranschreitenden Emanzipationsbewegungen in Mittel- und Osteuropa und in der Vorbereitung des Gipfels von Malta den erkennbaren Versuch, von westlicher

<sup>1</sup> Das von Botschaftsrat I. Klasse von Arnim, Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 7.

Hat Legationsrat I. Klasse Luy am 30. November 1989 vorgelegen.

Das Dokument wurde bereits veröffentlicht in: ARNIM, Zeitnot, S. 235–239.

<sup>2</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow; Dok. 369, Anm. 10.

Seite eine politische Legitimation einer neuen Struktur in Mittel- und Osteuropa zu gewinnen, die sowjetischen Sicherheitsinteressen Rechnung trägt, den Bestand der SU sichert und wirtschaftlicher Hilfe des Westens auch an die SU den Weg öffnet.

4) Dieses massive sowjetische Interesse ist insbesondere die Konsequenz des laufenden Verlustes des politischen Werts der sowjetischen militärischen Präsenz in Mittel- und Osteuropa. Die SU hat auf den Einsatz dieser Streitkräfte zur Erzwingung von Konformität verzichtet. Dieser Verzicht ist auch glaubwürdig, da ein Einsatz alle Chancen zu einer umfassenden Zusammenarbeit des Westens mit der SU und auf ökonomische Entlastung durch Abrüstung auf lange Zeit zerstören würde.

5) Angesichts des diesem Verzicht auf Gewalt folgenden Funktionsverlusts dieser Streitkräfte und Fehlens einer glaubhaften Bedrohung durch die NATO ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Völker der bisherigen WP-MS den Abzug der sowjetischen Truppen verlangen werden. Denn sie sehen, bei allen Problemen untereinander, in diesen Truppen in erster Linie nicht einen Schutz vor den NATO-Truppen, sondern die eigentliche Bedrohung. Sie können nicht hoffen, daß zukünftige sowjetische Führer sich bezüglich ihres Einsatzes selbst die Hände ähnlich binden.

Dies ist der sowjetischen Führung bewußt. Sie wird deshalb, und dies schlägt sich in der Forderung nach „Helsinki II“ nieder, zu handeln versuchen, bevor die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa die sich bildende Zwickmühle, die ihre Präsenz gefährdet, endgültig schließt.

6) Die Suche nach einem Ersatz für den WP muß in dieser Lage zwangsläufig über Absprachen mit dem Westen laufen, die durch Legitimation andauernder, wenn auch evtl. stark reduzierter US-Präsenz eine politische Basis für vergleichbare sowjetische Präsenz schaffen.<sup>4</sup> Dazu sollen beide Bündnisse offenbar so etwas ähnliches wie Suborganisationen eines gemeinsamen europäischen Sicherheitssystems werden.

7) Aus diesem Ansatz folgt, daß die SU kein Interesse an der Verdrängung der amerikanischen Präsenz und auch kein Interesse an einer Antagonisierung von GB und F wegen deren Status als nukleare Mächte hat. Sie braucht ihre Präsenz und Mitwirkung an diesem Gesamtsystem genauso im ökonomischen Bereich, in dem es nicht im Interesse der SU liegt, auf das sich allmählich zusammenschließende Deutschland als einzigen potenteren und gleichzeitig kooperationswilligen Partner im Westen angewiesen zu sein.

8) Dieses Interesse an umfassender Kooperation ist aber die eigentliche Triebkraft der sowjetischen Außenpolitik. Es entspringt dem Willen, den Anschluß der SU an den Entwicklungsstand der modernen Staaten des Westens zu schaffen. Dieser Wille ist der Motor der internen Demokratisierung der SU, die ihrerseits nolens volens die SU zur Hinnahme ähnlicher Prozesse in den WP-MS veranlaßt hat.

9) Der Versuch der Legitimierung sowjetischer Sicherheitsinteressen mit Hilfe des Westens ist aber nicht nur der Versuch, aus der Not des Machtverfalls im WP eine Tugend zu machen. Die Nationalitätenprobleme in der SU sind viel-

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „Präsenz zu schaffen“.

mehr inzwischen tatsächlich dabei, den Bestand der Union in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung zu bedrohen. Es ist keineswegs sicher, daß die Republiken im Kaukasus und vor allem im Baltikum bereit sind, freiwillig bei der Union zu bleiben, wenn diese nur den Zwangscharakter ihrer Bildung in den 20er Jahren anerkennt. Gerade für das Baltikum-Problem sind daher territoriale Bestandsgarantien des Westens in indirekter Form, wie z.B. eine Bestätigung der europäischen Grenzen, für Gorbatschow von großem innenpolitischen Wert.

10) In der Zunahme der Diskussion über die Eignung eines westlichen „Marshallplans“ für die SU in den sowjetischen Medien sowie insbesondere in der allmählich stärkeren Erwähnung dieses Themas in den Äußerungen der Führung, wenn auch bisher in der Form, daß man auf Almosen nicht angewiesen sei, wird aber deutlich, daß Gorbatschow und seine Mannschaft ein solches Gesamtsystem auch brauchen könnten, um nicht nur Diskriminierungen zu beseitigen, sondern echte Hilfe zu erhalten. Das beginnende Interesse an vom Westen bisher Entwicklungsländern vorbehaltenen staatlichen Garantien von Krediten ist ein bezeichnendes Symptom. Es folgt inzwischen auch nicht mehr lediglich dem den Gesamtprozeß auslösenden und tragenden Interesse an einer Wiedergewinnung des Anschlusses an den Westen, sondern ist immer stärker die Konsequenz eines sich verschärfenden Versorgungsnotstandes.

11) Die SU sieht sich selbst in dieser Lage fast auf ganzer Linie in einer Position der Schwäche. Sie fürchtet, daß die USA sich auf eine Lebensversicherung für den WP durch seine Verknüpfung mit der NATO zu einem Gesamtsystem der Sicherheit nicht einlassen, die Erosion der sowjetischen Position in Mittel- und Osteuropa, eventuell sogar im Baltikum abwarten und u.U. sogar noch verstärken würde. Gleichzeitig sitzt die Sorge tief, daß die Deutschen, gerade weil sie das Gegenteil beteuern, die seit 1945 noch nie so günstig erscheinende Lage ausnutzen könnten, um ihre nationale Frage zu forcieren.

12) In dieser Situation bauen Gorbatschow und seine Mannschaft auf den Verstand des Westens, d.h. auf die Erkenntnis, daß ein weiteres Abgleiten der sowjetischen Position entweder ihn zu einem radikalen Wechsel seiner Politik zwingen oder, nach inneren Auseinandersetzungen, eine neue Führung an die Macht bringen könnte, die eine radikal veränderte, d.h. die alte sowjetische Politik betreibt. Während vor einiger Zeit eine dynamische Außenpolitik (z.B. INF-Abkommen<sup>5</sup>) ein Mittel der Kompensation für das Ausbleiben innerer<sup>6</sup> wirtschaftlicher Erfolge war, tritt jetzt deutlich die Sorge in den Vordergrund, daß eine nicht mehr ganz kontrollierte außenpolitische Dynamik die innere Stabilität negativ beeinflußt.

<sup>7</sup>13) Gorbatschow hofft dabei, dies ist die Folge seiner Eindrücke des Besuchs bei uns<sup>8</sup>, die stark gewesen sein müssen, wohl vor allem auf uns, da wir nur in einer

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „immer“.

<sup>7</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4912 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>8</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

Gesamtregelung Aussicht haben, unser nationales Problem dauerhaft lösen zu können. Er setzt gleichzeitig auf das Interesse von GB und F, eine übermäßige deutsche Position in Europa zu verhindern, auf das er in seinen Gesprächen bei beiden<sup>9</sup> wohl deutlich genug gestoßen ist.<sup>10</sup> Alle Hinweise von sowjetischer Seite, daß es aber gerade diese Staaten seien, die die deutsche Einheit nicht wollen, machen aber deutlich, daß sie selbst inzwischen nicht mehr glaubt, sich ihrerseits dagegen exponieren zu müssen. Sie ist einerseits in der vorteilhaften Lage, dort, wo sie Zeit braucht, weitgehend durch andere bremsen lassen zu können, aber auch zu wissen, daß eine Beschleunigung, sollte eine solche ihr Vorteile bringen, letztlich in ihrer Hand liegt. Andererseits legt sie sich gewiß die für ihr Gewicht höchst bedeutsame Frage vor, ob – objektiv und in der Perzeption (einiger) westlicher Staaten – noch die bisher unbezweifelte Prämisse stimmt, daß nämlich der Demokratisierungsprozeß in Mittel- und nichtsowjetischem Osteuropa unauflöslich an die Perestroika mit allen ihren Facetten in der SU gebunden ist. Vieles spricht dafür, daß dies nicht mehr der Fall ist, dort vielmehr der point of no return auch dann überschritten bleibt, wenn es in der SU selbst zu einem Rückschlag käme. Trifft dies zu, wäre das Interesse an der SU zumindest bei denen reduziert, für die die Grenze Europas am Bug liegt. Das Klassenziel der kleineuropäischen Demokratisierungsmission wäre also schon erreicht, die SU im Grunde (wenn auch noch unter Berücksichtigung ihrer Größe und Masse) marginalisiert. Daß eine solche Schlußfolgerung für die Sowjetunion nicht nur nach ihrem (macht-)politischen Selbstverständnis, sondern auch für die gegenwärtige Führung wegen ihrer mannigfaltig begründeten Politik der Europäisierung der SU unerträglich sein muß, liegt auf der Hand. Sie wäre, käme sie zu Wirkung, das Ende dieser Politik und ihrer Exponenten. Die Sowjetunion hat zumindest zwei Hebel, die sie gegen eine solche Tendenz einsetzen kann:

- Die mehr oder weniger diskrete Demonstration, daß ohne sie in der blockübergreifenden und mit der Demokratisierung in der DDR, Polen usw. nicht identischen deutschen Frage nichts geschehen kann, aber alles, wenn sie sich dazu in Übereinstimmung mit dem Willen und den Gefühlen der Deutschen entscheiden sollte. Dies angesichts der Tatsache, daß sie als europäische Macht bei ihrer Größe vom Argument der zu vielen 80 Mio. Deutschen eigentlich nicht sehr zu beeindrucken ist.
- Die (relative) Sicherheit, daß wenigstens die Deutschen das wissen und es bei der Definition ihrer Interessen und ihres substantiellen Engagements ins Kalkül einbeziehen (obgleich einige Töne aus der deutschen Wirtschaft in allerletzter Zeit, jetzt sich in der näherstehenden und „leichteren“ DDR auf Kosten der schwierigeren SU engagieren zu wollen, hier doch irritiert haben). Recht autoritative Äußerungen, nach denen die sowjetische Führung in der Bundesrepublik das westliche Land mit der weitaus größten Fähigkeit des Verstehens, was die SU heute sei und was sie politisch wolle, sehe, haben hier ihren Platz.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „Gesprächen beiden“.

<sup>10</sup> Vgl. dazu das Gespräch der britischen Premierministerin Thatcher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 23. September 1989 in Moskau und das Telefongespräch des französischen Staatspräsidenten Mitterrand mit Gorbatschow am 14. November 1989; MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 85 und 104.

- 14) Gleichzeitig sieht die SU, daß jener britisch-französische Schutzschild gegen die Entwicklung in Deutschland fallen dürfte, wenn Bedingungen, die es jetzt noch politisch legitimieren, wie die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze, brüchig werden. Die Hauptunbekannte in diesem Kalkül ist deshalb die Geschwindigkeit der Abläufe in der DDR bzw. die Ungewißheit, ob ihre Bevölkerung diesen Staat in neuer Form doch tragen würde, was die Sowjetunion derzeit angesichts seines Mangels an historischer Identität wohl kaum glaubt, oder ob sich zunächst Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg wiederentdecken und dann eine neue Föderation nicht mehr aufzuhalten ist. Es fällt auf, daß in allen Äußerungen zur deutschen Frage („nicht unter den jetzigen Gegebenheiten, aber ...“), auch in persönlichen Gesprächen, Zeitspannen, in denen das wohl letztlich für unvermeidlich Gehaltene „aber“ sich realisieren könnte, nicht mehr erwähnt werden (anders als soeben noch Frau Thatcher<sup>11</sup>). Es kommt darauf an, die Rahmenbedingungen geschaffen zu haben, bevor elementare Ereignisse eintreten, die eben – diese Erfahrung hat man am 9.11. gemacht – nicht absolut auszuschließen sind. Daneben (und überhaupt nicht nachrangig) mag die Überlegung eine Rolle spielen, daß der Druck der deutschen Frage die Schaffung solcher Rahmenbedingungen fördert, die – ganz abgesehen vom deutschen Aspekt – im dringenden materiellen Interesse der SU liegen, s.o. Ziff. 8 u. 10. Dieses materielle Interesse wird in entscheidendem Maße nur mit deutscher Kooperationsbereitschaft zu befriedigen sein.
- 15) Die gesamte Interessenslage der SU, aber auch der Charakter Gorbatschows, sprechen dafür, daß er schnell vorangehen will. Der Gipfel von Malta ist der geeignete Ort. So wird es wahrscheinlich, daß die SU dort
- gegen politische Legitimation des WP in einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem die weitere Toleranz der Emanzipationsprozesse im WP anbietet;
  - den Weg zur jeder Lösung der deutschen Frage, die sowjetischen Interessen entspricht, offenhält, ohne daß Auswirkungen auf den territorialen Bestand der SU sowie den der anderen WP-MS eintreten dürfen;
  - die Beschleunigung des Prozesses der Abrüstung mit Truppenabzügen herbeiführt, um Restkontingente politisch abzusichern.

[gez.] Blech

**Referat 210, Bd. 140727**

<sup>11</sup> Die britische Premierministerin Thatcher erklärte am 22. November 1989 in einem Zeitungsinterview: „There can be no question of redrawing the boundaries of Germany for many years.“ Vgl. den Artikel „East Bloc democracy gets top priority“; THE TIMES vom 24. November 1989, S. 5.

## 386

**Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 4936****Aufgabe: 29. November 1989, 10.14 Uhr<sup>1</sup>****Citissime****Ankunft: 29. November 1989, 09.04 Uhr**

Betr.: Besuch BM Genscher in der Sowjetunion vom 4. bis 6.12.1989<sup>2</sup>;  
 hier: Stand der Wirtschaftsreform in der SU und Engagement der  
 deutschen Wirtschaft

Bezug: Schriftbericht Nr. 3581/89 vom 21.11.1989 – Az.: Wi 400.00<sup>3</sup>

Anlg.: 1

### Zur Unterrichtung

Unterstützung der Perestroika durch ein größeres Engagement der deutschen Wirtschaft ist wünschenswert. Ohne politische, aber wohl auch finanzielle Unterstützung der Bundesregierung wird dies nicht zu erreichen sein.

#### Im einzelnen

Fragen der Wirtschaftsreform und eines stärkeren deutschen Engagements dürften während des geplanten BM-Besuches eine Rolle spielen.

Botschaft hat bereits mit o.g. Schriftbericht über Entwicklung und Stand der Wirtschaftsreform in der SU berichtet. In letzter Zeit sich häufige kritische Bemerkungen sowjetischer Gesprächspartner über mangelnde Risikobereitschaft der deutschen Wirtschaft, vor allem aber Bemerkungen von Generalsekretär Gorbatschow gegenüber Bundestagspräsidentin Süssmuth am 17. November 1989<sup>4</sup>, veranlassen mich aber zu einigen zusätzlichen grundlegenden Feststellungen:

Unterstellt, der Vorwurf mangelnder Risikobereitschaft, worunter sowjetische Seite mangelnde Bereitschaft zu Investitionen im größeren Umfang und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf neuen Gebieten versteht, sei zutreffend, so ist nach den Gründen dieser Zurückhaltung zu fragen. Diese Gründe sind in dem offenen Ausgang der Reformbemühungen und den schwierigen Wirtschaftsbedingungen in der SU zu suchen, die sie für die deutsche Wirtschaft in Zeiten der Hochkonjunktur nicht oder nur in Ausnahmefällen attraktiv macht.

<sup>1</sup> Das von Gesandtem Winkelmann, Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 5, 12 und 17.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHEW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

<sup>3</sup> Botschafter Blech, Moskau, resümierte: „Erstmals seit Beginn der Perestroika liegt heute ein in sich abgestimmtes Konzept der Wirtschaftsreform vor. [...] Unzufriedenheit mit der angespannten, sich noch weiter verschlechternden Versorgungslage, Nationalitätenkonflikte und der jahrelang unterdrückte Anspruch auf politische Mitgestaltung entladen sich in wirtschaftlich schmerzhaften Streiks. Schwarzmarkt und steigende Wirtschaftskriminalität diskreditieren Ansätze zur ‚Privatwirtschaft‘, ehe sie noch haben Fuß fassen können. Reformorientierte Wirtschaftspolitik findet keine ausreichende Resonanz in einer Bevölkerung, der wirtschaftliches Denken und Handeln ungewohnt, ja fremd sind. Der emotionale Widerstand gegen jeden Ansatz zu einer Preisbildungsreform ist kaum zu überschätzen. [...] Die Zeit drängt.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147186.

<sup>4</sup> Zum Gespräch der Bundestagspräsidentin Süssmuth und des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Fabius, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 17. November 1989 in Moskau vgl. Dok. 369.

Wie wir sieht auch die deutsche Wirtschaft, daß eine Prognose über den Ausgang der wirtschaftlichen und politischen Reformbemühungen schwer zu treffen ist. Beide Reformbemühungen sind untrennbar miteinander verknüpft. Der Wirtschaftsreform liegt der Gedanke zugrunde, daß nur die Wiederbelebung der Privatinitiative die sowjetische Wirtschaft vor dem Kollaps retten kann. Diese Wiederbelebung ist aber ohne Diskussions- und Meinungsfreiheit unmöglich. Ein etwaiges Scheitern der politischen Reform müßte daher ein Scheitern der Wirtschaftsreform nach sich ziehen. Die weitere Entwicklung der Wirtschaftsreform ist auch deshalb unvorhersehbar, weil das die Berechenbarkeit der Psyche des sowjetischen Menschen voraussetzt, die von 70 Jahren Diktatur und Planwirtschaft geprägt ist. Eine psychische Entwicklung läßt sich aber nicht mit Sicherheit bestimmen, insbesondere dann nicht, wenn die Voraussage in eine Investitionskalkulation aufgenommen werden muß. Für die Gegenwart ist folgendes festzuhalten:

1) Die breite Masse ist träge und müde geworden. Die Opferbereitschaft früherer Jahre ist der fordernden Erwartung gewichen, daß „die da oben“ für ihr Wohlergehen zu sorgen hätten. Das Bewußtsein für die Eigenverantwortlichkeit fehlt, ebenso die Einsicht in die Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen und die damit verbundenen Opfer. Diese lethargische Grundhaltung läßt Freude an der Arbeit und vor allem an sorgfältiger Arbeit nicht aufkommen. Allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeit und Schlußerei sind die Folgen. Ausnahmen gibt es, sie bestimmen nicht das allgemeine Bild.

Die Ursachen dafür liegen in der schrecklichen Vergangenheit.

2) Der Direktor eines sowjetischen Betriebs ist durch Ausbildung und Erfahrung auf wirtschaftlich vernünftiges Handeln nicht vorbereitet. Zu selbständigen Entscheidungen und zum Eingehen eines Risikos, wie jeder Geschäftsmann bei uns, ist er nicht in der Lage. Er begreift nicht, was ein Risiko für sein Unternehmen, für ihn selbst und für die ihm anvertrauten Arbeitskräfte sein kann. Also sieht er auch nicht, wie sehr er sich anstrengen muß, um dieses Risiko, ist es einmal eingegangen, von Tag zu Tag unter Kontrolle zu halten und zu mindern. Über seinen Erfolg entschied bisher nicht der Marktmechanismus, sondern sein Gehorsam gegenüber seinem Vorgesetzten, der wiederum fest in die Verwaltungshierarchie mit ihren allgemeinen, nicht vom Markt bestimmten Plananweisungen eingebunden war. Die Folge dieser Wirtschaftsreform ist zum einen die Tonnenideologie mit ihrer Vernachlässigung von Warenqualität und der Verschwendug von Ressourcen, zum anderen die Unfähigkeit des Direktors, in einer weniger geplanten Wirtschaft selbstständig Lieferanten und Abnehmer zu finden.

3) Der Wiederbelebung der Privatinitiative zum Preis von weniger Planung steht der Widerstand großer Teile der Bürokratie entgegen, die bisher diesen Plan festlegte und durchführte. Das überrascht nicht. Für sie bedeutet weniger Planung Verlust von Einfluß, Privilegien und möglicherweise sogar der Stellung.

4) Noch schwieriger als in der übrigen Wirtschaft ist die Lage in der Landwirtschaft, weil der russische Bauer, von gewissen Teilen des Landes abgesehen (aus denen übrigens Gorbatschow stammt), noch nie vollkommen selbstständig gewesen ist und in ihm die mit der Zwangskollektivierung verbundenen fürchterlichen Ereignisse besonders nachhaltig weiterwirken. Es gibt schlichtweg kaum noch einen bodenverbundenen Bauern („wir haben sie umgebracht“). Außerdem ist beim jetzigen Agrararbeiter der Neid auf selbstständig mit Erfolg Wirtschaftende,

obwohl auch sonst verbreitet, besonders stark ausgeprägt und steigert sich zuweilen in kriminelle Handlungen.

5) Das Nebeneinanderbestehen von alten und neuen Formen des Wirtschaftens führt zwangsläufig zu einem weiteren Sinken der Produktivität der sowjetischen Wirtschaft. Bis zu einem realen Wachstum wird daher noch eine längere Übergangszeit vergehen, in der Konsumgüter weiterhin knapp sein oder ganz fehlen werden. Die dringend notwendige Unterstützung der Reform durch die breite Masse dürfte dadurch noch schwieriger zu erhalten sein.

Der offene Ausgang der wirtschaftlichen Reformbemühungen und die schwierigen Arbeitsbedingungen in der SU machen die Zurückhaltung deutscher Unternehmen verständlich. Um so mehr, wenn unsere Unternehmen daran gewöhnt sind, auch bei vernünftig riskanten Engagements eine Aussicht zu haben, im dritten oder vierten Jahr in schwarze Zahlen zu kommen. (Mittlere Unternehmen können überhaupt nicht anders, als in solchen Zeiträumen zu kalkulieren.) Die Bundesregierung hat keinerlei Möglichkeit, sie zu einem stärkeren Engagement zu zwingen. Sie sollte aber alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um ihnen ein Engagement zu erleichtern. Denn die weitere Unterstützung der Perestroika liegt sowohl in unserem politischen als auch langfristig wirtschaftlichen Interesse. Ihr Scheitern können wir aus vielen bekannten Gründen nicht wollen, von denen zwei nochmals genannt werden sollen:

1) Vom Ausgang der Reformbemühungen hängen nicht nur die weitere Entwicklung in der SU, sondern auch das Schicksal der Reformprozesse in den übrigen osteuropäischen Ländern und in der DDR ab. Die Entwicklung in der SU bleibt vielleicht nicht der Schlüssel für die Veränderungen in Osteuropa, sicher aber für die DDR. Wegen der DDR liegt der positive Ausgang der Reformbemühungen in der SU auch in unserem nationalen Interesse.

5<sup>2)</sup> Auch langfristig müssen wir ein großes wirtschaftliches Interesse an einem verstärkten Engagement in der SU haben. Es wäre kurzsichtig, wegen augenblicklicher Schwierigkeiten hier und voller Auftragsbücher zu Hause jetzt die SU zu vernachlässigen.

Die SU bildet potentiell einen riesigen Markt vor unserer Haustür. Das Land verfügt über

- ein gewaltiges Potential an natürlichen Ressourcen,
- ein gewaltiges Potential an intellektuellen Fähigkeiten,
- riesige Produktionsanlagen.

Beim Gelingen der Perestroika wird sich ein jetzt geleistetes Engagement unserer Wirtschaft langfristig auszahlen. Die Frage ist, ob die Wirtschaft allein die Lasten der Langfristigkeit tragen kann, vor allem die mittlere und kleinere Wirtschaft. Im Vergleich zu anderen Ländern haben wir günstigere Startbedingungen:

- den erklärten politischen Willen der Führung des Landes, vor allem mit uns zusammenarbeiten zu wollen (Gorbatschow auf dem Rückflug vom Staatsbesuch in der Bundesrepublik<sup>6</sup> zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten

<sup>5</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4937 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>6</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außen-

Silajew: „Ich habe noch nie ein Land mit einer solchen Infrastruktur gesehen. Mit dem will ich es machen.“);

- eine alte Handelstradition, die in die Zarenzeit zurückreicht, mit langen – in der SU besonders wichtig – menschlichen Bindungen;
- genaue Kenntnisse des hiesigen Marktes und der russischen Mentalität.

Es ist zu befürchten, daß mangelndes Engagement in der jetzigen Krise der Führung des Landes das Gefühl gäbe, von uns im Stich gelassen zu werden. Bei einem glücklichen Ausgang der Krise könnte sich das später für uns nachteilig auswirken und unsere wirtschaftlichen Chancen mindern. Die Demokratisierung des Imperiums außerhalb der SU selbst entspricht der Philosophie Gorbatschows, auch aus guten politischen Gründen. Dennoch kann sie für ihn zu einem schicksalhaften innenpolitischen Problem werden, gerade und vor allem auch die deutsche Dynamik. Es ist für ihn von entscheidender Bedeutung, plausibel machen zu können, daß dies für die SU per saldo nicht nur ein politischer, sondern auch wirtschaftlicher Vorteil ist, der seinen Menschen spürbar wird.

Ein Engagement zum jetzigen Zeitpunkt könnte dem Verlauf der Perestroika positive Impulse geben und uns langfristig helfen, die Absatzchancen auf dem sowjetischen Markt zu sichern.

Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Überlegungen könnte an folgende vorläufige Maßnahmen gedacht werden:

- 1) Der Furcht der wirtschaftlichen Vernachlässigung zugunsten von Polen und der DDR sollte nochmals durch ein klares Wort entgegengetreten werden. Der bereits durch Wolff von Amerongen und Necker bei ihrem Besuch in der vorletzten Woche<sup>7</sup> erklärte Wille, unser Engagement durch die Ereignisse in diesen beiden Staaten nicht beeinträchtigen zu lassen, kann einer verunsicherten sowjetischen Führung nicht oft genug bekämpft werden. Daß es der sowjetischen Seite obliegt, bestimmte sachliche Voraussetzungen zu schaffen, braucht hierbei nicht verschwiegen zu werden. Daher:
- 2) Wir sollten die sowjetische Seite nochmals an die in ihre Verantwortung fallenden Probleme durch Hindernisse für eine aktiveren Betätigung deutscher Firmen in der Sowjetunion erinnern. Mein Vorgänger hatte bereits am 26.10.1987 AM Schewardnadse ein entsprechendes Memorandum<sup>8</sup> übergeben, auf das die sowjetische Seite am 10.3.1988 in unzureichender Form geantwortet hat.

Ein vom Auswärtigen Amt im Oktober 1988 angeforderter überarbeiteter Text liegt dort vor, wird aber als Anlage diesem DB nochmals beigelegt. Dieses Memorandum ist noch aktuell, da sich an den dort geschilderten Umständen bisher nichts geändert hat.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1637*

ministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

<sup>7</sup> Der Präsident des BDI, Necker, und der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Wolff von Amerongen, besuchten die UdSSR vom 15. bis 18. November 1989.

<sup>8</sup> Für das von Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, übergebene Memorandum vom 15. Oktober 1987 über Möglichkeiten für verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR und Schwierigkeiten bei deren Durchführung vgl. Referat 213, Bd. 143591. Gesandter Winkelmann, Moskau, teilte am 28. Oktober 1987 die Übergabe des Memorandums mit. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3473; Referat 213, Bd. 143591.

3) Der erneute Verweis auf das Memorandum allein wird nicht ausreichen, um der weiteren Entwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen einen neuen Anstoß zu geben. Folgende weitere Maßnahmen sollten in unsere Prüfungen einbezogen werden. Sie werden damit nicht vorgeschlagen. Jedoch wird durchaus vorgeschlagen, in einer ungewöhnlichen Lage auch Ungewöhnliches in Betracht zu ziehen:

- Gewinntransferfinanzierung mit Hilfe deutscher Kredite trotz des vorhandenen Risikos würde deutschen Unternehmen die Investition in der SU erleichtern, wenn Sicherheit gegeben wäre, ihren Gewinn in Hartwährung zu transferieren. Hier gibt es trotz des aus unserer Sicht eindeutigen Investitionsschutzabkommens (noch nicht in Kraft)<sup>9</sup> Schwierigkeiten. Für den Anfang der Tätigkeit eines Joint-ventures sollte es möglich sein, einen Gewinntransfer aus deutschen Krediten zu finanzieren.
- Weitere Maßnahmen auf dem Gebiet der Aus- und Fortbildung sind notwendig. Eine Aufstockung der Mittel ist unerlässlich. Die Maßnahmen müssen auch in der SU selbst erfolgen, am erfolgversprechendsten in den bereits gegründeten oder noch zu gründenden Joint-ventures, weil hier das Interesse deutscher Unternehmen mit dem sowjetischen verknüpft ist. Das Beispiel deutscher Manager und Arbeiter im Betrieb selbst könnte dem unerfahrenen und auf seine Aufgabe nicht vorbereiteten sowjetischen Leitungspersonal zeigen, wie, unabhängig von vorgegebenen Planziffern und Preisen, gearbeitet, kalkuliert und verkauft werden muß.

Diese praktische Zusammenarbeit von deutschem und sowjetischem Personal in der Bewältigung der täglichen Schwierigkeiten ist als Ergänzung zu den bereits von uns in der Bundesrepublik durchgeführten Kursen unbedingt erforderlich. Es wäre zu überlegen, ob die dazu erforderlichen Devisen, soweit sie nicht von den Joint-ventures erwirtschaftet werden oder vom deutschen Teilhaber aufgebracht werden können, zumindest teilweise aus Haushaltssmitteln bestritten werden könnten. Der bisherige Haushaltssatz reicht dazu nicht aus.

- Angleichung von Normen und Standards

Die Integration der sowjetischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft erfordert eine Angleichung ihrer Normen und Standards. Auch sie könnte ein weitergehendes Engagement unserer Wirtschaft erleichtern. Die sowjetische Seite wird, wie aus dem Außenministerium zu erfahren war, demnächst noch einmal mit der Bitte um Unterstützung an uns herantreten. Wir sollten uns dem nicht versagen. Beratungskosten sollten von uns übernommen werden.

- Beratungshilfe bei Preis- und Geldreform

Die Integration der sowjetischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft erfordert eine radikale Reform des Währungssystems, ohne die es keine Preisreform geben kann. Die sowjetische Seite hat durch den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Abalkin anlässlich des Besuches von Necker und Wolff von Amerongen am 16.11. ihren Wunsch um Beratungshilfe in dieser für die Wirtschaftsreform zentralen Frage zum Ausdruck gebracht. Das von den beiden Herren für Ende Januar 1990 vorgeschlagene Seminar in Moskau zu diesen Fragen sollte von der Bundesregierung nachdrücklich unterstützt werden.

<sup>9</sup> Am 13. Juni 1989 unterzeichneten die Bundesrepublik und die UdSSR einen Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, der am 5. August 1991 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Vertrags einschließlich des Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 343–349.

Die Teilnahme von Bundesbankpräsident Pöhl wäre wünschenswert. Unsere Seite sollte darüber nachdenken, welche anderen Hilfeleistungen auf diesem Gebiet der Sowjetunion erbracht werden könnten.

- Verlagerung von Produktionskapazitäten in SU, Lohnveredelung

Gegen den Vorschlag, das vergleichsweise niedrige Lohnniveau in der SU zu unseren Gunsten auszunutzen, wird von der Unternehmerseite mit der zu niedrigen Produktivität des sowjetischen Arbeiters argumentiert.

Die Richtigkeit dieses Arguments wäre zu überprüfen. Bei genügend materieller Interessiertheit liegt, wie das Beispiel des Joint-ventures „Lenwest“<sup>10</sup> zeigt, die Produktivität weit höher.

**Neue Felder der Zusammenarbeit**

**Gemeinsame Entwicklung von Prototypen**

Die sowjetische Seite drängt uns immer wieder, ihr riesiges Forschungspotential zur gemeinsamen Entwicklung von Prototypen zu nutzen, der deren serienmäßige Produktion und Absatz sowohl in der SU als auch auf dem Weltmarkt folgen soll. Das letzte große Angebot dieser Art stammt von Gosplan (s. Büronotiz Nr. 3577 vom 21.11.1989 – Wiss 461.02 WTZ). Die deutsche Wirtschaft hat sich demgegenüber bisher sehr reserviert verhalten. Die Gründe dazu sind hier nicht im einzelnen bekannt. Ein Grund liegt wohl in der bisher nicht erfüllbaren Erwartung auf Unterstützung aus dem Haushalt des BMFT.

Hier läge aber für die Zukunft ein großer Markt. Wir sollten deshalb prüfen, wieweit nicht eine Unterstützung aus Bundesmitteln, evtl. durch Aufstockung der Haushaltssmittel des BMFT, möglich ist. Dieses ist z. B. bei der geplanten Entwicklung eines Hochtemperaturreaktors<sup>11</sup> bereits vorgesehen.

**12 Weltraumforschung**

Das entsprechende Abkommen über die Zusammenarbeit im Kosmos<sup>13</sup> ist wegen der fehlenden Einigung über den Kosmonautenmitflug<sup>14</sup> nicht in Kraft getreten. Eine Einigung ist bisher an fehlenden Haushaltssmitteln und unserer Auffassung gescheitert, daß es sich bei dem Kosmonautenmitflug um einen Unterfall der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit handelt. Ein Kompromiß sollte möglich sein. Wie mir BDI-Präsident Necker in einem Gespräch am 16. November versicherte, ist die deutsche Wirtschaft interessiert und in der Lage, einen solchen Flug zu finanzieren.

<sup>10</sup> In der Presse wurde berichtet, daß die Salamander AG und die Leningrader Schuhfabrik Nr. 2 „Proletarischer Sieg“ 1987 in Leningrad das Gemeinschaftsunternehmen „Lenwest“ zur Schuhproduktion gegründet hätten. Vgl. dazu den Artikel „Lurchi statt Parteiaabzeichen“, DIE ZEIT vom 25. März 1988, S. 34.

<sup>11</sup> Das Bundesministerium für Wirtschaft teilte am 14. November 1989 mit: „Während des Moskau-Besuchs des Bundeskanzlers im Oktober 1988 wurde von den Industriepartnern HTR-Konsortium ABB/Siemens und Glawatom Energo ein Generalvertrag über die Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung einer großtechnischen Versuchsanlage (GTV) mit gasgekühltem Hochtemperaturreaktor kleinerer Leistung, der in der UdSSR errichtet werden soll, unterzeichnet.“ Hauptprobleme bei den aktuellen Verhandlungen über einen Projektierungsvertrag seien die Höhe des deutschen Lieferumfangs und die Finanzierung. Vgl. Referat 431, Bd. 160706.

<sup>12</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4938 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 25. Oktober 1988 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 801f.

<sup>14</sup> Zur Frage des Mitflugs eines Astronauten aus der Bundesrepublik auf der sowjetischen Weltraumstation „Mir“ vgl. Dok. 133, Anm. 15.

Von einem Inkrafttreten des Abkommens würde auch ein Impuls auf die gemeinsame kommerzielle Nutzung von Weltraumtechnologie ausgehen.

#### Umweltschutz

Die sowjetische Seite hat in letzter Zeit immer wieder ihren Wunsch nach nicht nur wissenschaftlicher, sondern auch wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf diesem Gebiet geäußert.

Von Regierungsseite könnte diesem Wunsch durch Aufnahme von Industrievertretern in den Delegationsaustausch im Rahmen unseres Umweltschutzabkommens<sup>15</sup> Rechnung getragen werden.

Bei der Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen dürfte unsere Unterstützung durch günstige Finanzierungsbedingungen und Kreditabsicherungen notwendig werden.

#### Flugzeugbau

Die Sowjetunion hat mehrfach ihr ernsthaftes Interesse an gemeinsamer Konstruktion und Vertrieb von Flugzeugkomponenten und Flugzeugen betont. Ihre Enttäuschung über den bisherigen ergebnislosen Verlauf von Gesprächen mit der deutschen Industrie fand zuletzt ihren Ausdruck in der Ablehnung einer Einladung PStS Riedls an den sowjetischen Minister für Flugzeugbau Syszow.

Unsere Seite müßte sehr genau prüfen, ob die vom BMWi genannten Gründe für die Zurückhaltung der deutschen Flugzeugindustrie (kein Markt, COCOM, bereits vorliegende abgeschlossene Planungen) diese Zurückhaltung wirklich rechtfertigen. Amerikanische, englische und französische Firmen haben nach dem hier Bekanntgewordenen derartige Gründe nicht.

Soweit wirklich COCOM ein Engagement erschweren sollte, müßten wir uns politisch mit Nachdruck für eine Lösung einsetzen.

Ein von Seiten der Bundesregierung höchststrangig geführtes Gespräch mit Vertretern der deutschen Luftfahrtindustrie, vor allem mit der Konzernspitze von Daimler-Benz, würde ich für wichtig und hilfreich halten.

Eine große Chance droht uns sonst verlorenzugehen.

#### Landwirtschaft

Die Reform der sowjetischen Landwirtschaft mit dem Ziel einer besseren und ausreichenden Lebensmittelversorgung der sowjetischen Bevölkerung und der Einsparung von ca. 5 Mrd. Rubel Devisen für Lebensmittelimporte hat für das Gelingen der Wirtschaftsreform eine Schlüsselfunktion. Versuche der deutschen Wirtschaft, in ausgewählten Gebieten der Sowjetunion landwirtschaftlichen Betrieben von der Erzeugung bis zum Absatz der Produkte zu helfen, sollten daher von der Bundesregierung nachhaltig unterstützt werden.

Auch hier spielt die Ausbildung eine zentrale Rolle. Wir sollten zusammen mit der sowjetischen Seite ein großangelegtes Ausbildungs- und Beratungsprogramm als Teil unseres Ausbildungsprogramms für den Einsatz entsprechender Experten in der SU selbst entwickeln. Dazu müßte auch der Einsatz von Experten für Landwirtschaftsmaschinen, Lagerhaltung und Transport gehören. Beratung

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 25. Oktober 1988 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 462–466.

über die Bildung bäuerlicher Genossenschaften und ihre Arbeit dürfte nicht fehlen. Zur Finanzierung eines solchen Programms wäre nicht nur an den Einsatz von Bundesmitteln zu denken, sondern es wäre auch zu überlegen, wie die Landmaschinen-, Düngemittel- und Kühlhausindustrie zur Mitfinanzierung gewonnen werden könnte.

#### Weitere Finanzhilfen

Die obigen Überlegungen wären unvollständig, wenn sie die Möglichkeit baldiger umfangreicher Kredithilfe außer acht ließen.

Wir sollten uns darauf vorbereiten, daß die zu erwartenden Verwerfungen bei der Durchführung des Reformprogramms in der Übergangszeit plötzlich eine noch weiter erhöhte Einfuhr von Konsumgütern unabwendbar machen, für die die hiesigen Finanzmittel nicht ausreichen. Schnelle und unbürokratische Hilfe in Form von Krediten könnte notwendig werden. Ich halte es auch nicht für ausgeschlossen, daß die Entwicklung einen europäischen Wirtschafts-Hilfsplan für die Sowjetunion notwendig macht. Der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen EG-SU<sup>16</sup> ist unter diesem Gesichtspunkt besonders wichtig.

4) Die deutsche Wirtschaft kann und sollte daher auch nicht ermutigt werden, sich auf Unüberschaubares einzulassen. Sehr wohl kann sie aber zum ganz konkreten Gespräch mit der sowjetischen Seite über das aufgefordert werden, wozu sie – wenn der Rahmen stimmte – bereit wäre, was sie zu leisten vermag und was die unabdingbaren Voraussetzungen ihres Engagements wären, die die sowjetische Seite herzustellen hätte. Es muß klar sein, daß es nicht um ein abstraktes „Interesse“, um den guten Willen, sondern um die Berücksichtigung wirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten geht, gerade auch im Interesse der Sowjetunion.

#### Zusammenfassung

- 1) Der Ausgang der wirtschaftlichen Reformbemühungen in der SU hängt entscheidend von der weiteren Entwicklung der Haltung der breiten Masse ab, deren Lethargie die Reform letztlich verhindern kann.
- 2) Wir sollten trotzdem in unserem wirtschaftlichen Engagement nicht nachlassen wegen unseres Interesses am Gelingen der Perestroika. Sogar ein stärkeres Engagement der deutschen Wirtschaft ist erforderlich. Ohne politische und finanzielle Unterstützung der Bundesregierung wird dies nicht möglich sein. Wir werden Opfer bringen müssen.

[gez.] Blech

Es folgt Anlage

[...]<sup>17</sup>

#### Referat 412, Bd. 168815

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „Verhandlungen der EG-SU“.

Zum Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EWG und der UdSSR vgl. Dok. 428.

<sup>17</sup> Für das Memorandum vom Oktober 1988 über „Arbeitsbedingungen deutscher Geschäftsleute“, dessen Übermittlung mit dem vierten Teil des Fernschreibens, der mit Drahtbericht Nr. 4939 übermittelt wurde, fortgesetzt wurde, vgl. Referat 412, Bd. 168815. Vgl. Anm. 1.

**Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt****VS-NfD****Fernschreiben Nr. 1432****Aufgabe: 29. November 1989, 21.03 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 29. November 1989, 21.32 Uhr**Betr.: DPC-Ministersitzung 28./29.11.89<sup>2</sup>;

hier: Sitzung mit beschränktem Teilnehmerkreis

**Zur Unterrichtung**

Nach der Eingangserklärung des Vorsitzenden des Militärausschusses, des norwegischen Generals Eide (mit gesondertem DB übermittelt), erklärte GS Wörner, die Allianz befindet sich in einer entscheidenden Phase, sehe sich aber auch wachsenden Herausforderungen gegenüber. In der Öffentlichkeit würden vier Fragen gestellt:

- Ist die Allianz in der Lage, sich den veränderten Gegebenheiten anzupassen?
- Könnte sie zu einem Hindernis für die weitere West-Ost-Annäherung bzw. für die Überwindung der Teilung Europas werden?
- Ist sie ein Relikt des Kalten Krieges?
- Wie sehen ihre künftige Rolle, ihre Aufgaben aus; welchen Anpassungen wird sie sich unterziehen müssen?

Auf diese Fragen müsse die Allianz Antworten finden. Die DPC-Sitzung finde vor dem Hintergrund dramatischer Veränderungen in Mittel- und Osteuropa statt, die sehr zu begrüßen seien. Die Allianz könne auf ein ermutigendes Jahr zurückblicken, müsse aber darauf achten, initiativ und entscheidungsfähig zu bleiben. Für die nahe Zukunft sei die Verteidigungsfähigkeit gesichert, aber auch langfristig sei sie unverzichtbar. Die Allianz sehe sich in Wien<sup>3</sup> in rasch voranschreitenden Verhandlungen, habe eine prozedurale Lösung für die Harmonisierung von Rüstungskontrolle und Streitkräfteplanung im Rahmen der Sechzehn gefunden, müsse aber auf die Erhaltung einer effizienten integrierten Verteidigungsstruktur achten.

Die Zukunft der Allianz sei dadurch gekennzeichnet, daß der Kalte Krieg zu Ende gehe. Die SU könne nicht mehr auf ihre Verbündeten zählen, verfüge aber nach wie vor über ein großes militärisches Potential. Die politische Szenerie ändere sich laufend. Die Allianz dürfe nicht nur reagieren, obwohl ihre auf dem Harmel-Konzept<sup>4</sup> beruhende Politik sich als immer erfolgreicher erweise. Bei der Ver-

<sup>1</sup> Das von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher, z. Z. Brüssel, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.

Hat Dreher am 1. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „27./28.11.89“.

<sup>3</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 425.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 430.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949-1974, S. 198-202. Für den deutschen Wortlaut

teidigungsfähigkeit gehe es darum, der SU auch künftig militärische Optionen in Europa zu verwehren. Die Allianz müsse vermeiden, daß ihre Erklärungen und die tatsächlichen Ereignisse auseinanderfallen. Die Aufgabe sei, Verteidigung und Stabilität mit der Förderung des Wandels in Mittel- und Osteuropa in Einklang zu bringen. Wichtig sei auch, sich über die Bedrohung klarzuwerden: Wie und in welchem Umfang habe sie sich verändert?

US-VM Cheney stellte fest, die Allianz sei Zeuge ihres eigenen großartigen Erfolges. Sie habe für die Veränderungen in der SU und in Osteuropa eine Schlüsselrolle gespielt, schon dadurch, daß die Kluft zwischen den Erfolgen westlicher Freiheit und Demokratie und den Mißerfolgen auf östlicher Seite zu groß geworden sei. Deshalb gelte es, die Allianz auch weiterhin zu erhalten. Es sei unzulässig, NATO und WP zu vergleichen. Allerdings: Die Allianz müsse flexibel und anpassungsfähig bleiben.

Zur Debatte über den amerikanischen Verteidigungshaushalt müsse er darauf hinweisen, daß zur Zeit drei Verteidigungshaushalte fast gleichzeitig zu behandeln seien. Der bis Oktober 1990 laufende Haushalt sei mit etwa 293 Mrd. Dollar praktisch verabschiedet, er sehe die Reduzierung um 50 000 Soldaten vor; überwiegend in USA, ca. 15 000 INF-Truppen (Intermediate Range Nuclear Forces) in Europa.

Der Haushalt 1991 werde einen Umfang von ca. 295 Mrd. Dollar haben; notwendige Einsparungen könnten US-Streitkräfte in Europa tangieren; die endgültige Höhe werde vom Kongreß festgelegt.

Im April 1990 müsse er dem Kongreß ein Haushalts- und Verteidigungsprogramm für vier Jahre (1991–95) vorlegen, und hieran knüpften sich die jüngsten Pressespekulationen.

Hierzu sei zu bemerken: Diese Vorschauen gebe es seit langem; sie seien in Wachstumsannahmen immer überzogen und unrealistisch gewesen. Er habe sich zum Ziel gesetzt, eine realistische und glaubwürdige Planung vorzulegen, auch um den Kongreß auf seine Seite zu bringen und zu verhindern, daß dieser von sich aus in sicherheitspolitisch problematischer Weise kürze. Im schlimmsten Falle würden über diesen vierjährigen Zeitraum 160–180 Mrd. Dollar<sup>5</sup> weniger verfügbar werden. Dennoch werde es bei einem jährlichen Verteidigungshaushalt von ca. 300 Mrd. Dollar und einem relativ hohen Verteidigungsanteil am BSP bleiben. Die Planung 1991–95 basiere auf der Erwartung eines substantiellen VKSE- sowie eines START-Abkommens, fortdauernden Wandels in der SU und in Osteuropa und relativer Ruhe in der Dritten Welt. Komme es nicht zu einem VKSE-Abkommen, müsse die Planung überdacht werden.

Den Bündnispartnern versicherte er:

- Die USA werden keine einseitigen Reduzierungen von NATO-Verpflichtungen vornehmen, sondern nur nach Konsultation und Koordinierung in der Allianz abziehen.
- Die USA werden nur reduzieren, wenn auch die östliche Seite dies entsprechend tut.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1643*

vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „160–180 Dollar“.

- US-Streitkräfte werden so lange in Europa bleiben, wie die Europäer dies wünschen und es erforderlich ist.
- Allianz bleibt Rückgrat („bedrock“) der gemeinsamen Sicherheit.

Das Cheney-Urteil zur Rüstungspolitik der SU war differenziert: Die SU modernisierte nuklear-strategisch. Modernisierungsprogramm werde Mitte der 90er Jahre abgeschlossen sein. Anders verhalte es sich im konventionellen Bereich. Hier restrukturiere sie und führe die angekündigten einseitigen Reduzierungen durch. Der sowjetische Verteidigungshaushalt habe sich 1985 bis 1988 um jährlich ca. drei Prozent erhöht, sinke seit 1989. Das Pentagon werde im April 1990 neue Erkenntnisse veröffentlichen, rechne für 1991 mit starker Kürzung. Auch die NSWP-Staaten reduzierten.

Der Kongreß habe für die Verlegung des 401. Geschwaders von Spanien nach Italien 360 Mio. Dollar gebilligt.

Zum Treffen Bush–Gorbatschow in Malta am 2./3. Dezember 1989<sup>6</sup>: Dies sei für Bush als Präsident das erste Zusammentreffen. Es werde keine Unterzeichnung von Vereinbarungen geben, wohl aber würden sie für Frühjahr 1990 vorbereitet. Bush habe verdeutlicht, daß nicht über die Zukunft Europas entschieden werde, dies sei Sache der Europäer selbst. Man werde aber sicher Entwicklung in SU und Osteuropa erörtern. Rüstungskontrollabkommen würden nicht abgeschlossen, Thematik werde aber erörtert. Das Treffen diene der Vorbereitung eines echten Gipfels. Bush werde auch fortgesetzte sowjetische Waffenlieferungen an Kuba und Nicaragua und „Revolutions-Export“ in die Dritte Welt ansprechen sowie sowjetische Stützung undemokratischer Regime. Bush werde die Möglichkeit weiterer sowjetischer Truppenreduzierungen bzw. Rückzüge aus Europa sondieren. Die Partner würden am 4.12. in Brüssel noch vor der amerikanischen Öffentlichkeit unterrichtet werden.

P VM de Melo: Auch freie Wahlen in den Ländern Mittel- und Osteuropas, die interessant zu werden versprächen, würden die Bedrohung nicht ganz verschwinden lassen. Es blieben Risiken und Unsicherheiten; die Allianz müsse wachsam bleiben. Ein substantielles VKSE-Ergebnis werde große Bedeutung haben; auf Allianzseite sollten keine einseitigen Reduzierungen vorgenommen werden.

Amerikanische und kanadische Präsenz in Europa bleibe erforderlich. Portugal sei weiterhin um eine wirksame Verteidigung bemüht.

NWG VM Ditlev-Simonsen: Die Ereignisse in Osteuropa und in der SU seien ebenso begrüßenswert wie die Fortschritte bei den Wiener Verhandlungen, die freilich überwiegend die Zentralregion beträfen. Er sei besorgt über die sowjetischen Truppen auf der Kola-Halbinsel und über die sowjetische Nordflotte, die über moderne Überwasserschiffe, atomgetriebene und atomwaffenbestückte U-Boote (zwei Drittel des SU-Bestandes) verfüge und zahlreiche Übungen in der Barentssee durchführe.

Norwegen könne sich nicht allein verteidigen und sei dankbar für die Aufstellung der „NATO Composite Force“. Auch Verstärkungspläne seien für Norwegen bedeutsam, deshalb begrüße man auch die Präsenz alliierter Kriegsschiffe im

<sup>6</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

Norden. Es dürfe nicht dazu kommen, daß Reduzierungen nur in der Zentralregion, aber nicht im Norden stattfänden.

Sich deutlich von anderen Ministern abhebend, bezeichnete NWG es als verfrüht, Reduzierungsabsichten der SU abschließend zu bewerten: Die angekündigten Truppenreduzierungen könnten sich angesichts notwendigen Vorlaufs erst 1991/92 auswirken. Es sei daher davor zu warnen, Seriosität der SU in Zweifel zu ziehen.

Für Norwegen bleibe die Allianz und ihre strategische Einheit wichtig. Zonen unterschiedlicher Sicherheit dürfe es nicht geben, an der Verbindung mit USA und Kanada müsse festgehalten werden. Allianzkonsultationen hätten besonders wichtige Funktion.

DK VM Enggaard: Aufgabe der Allianz sei die Absicherung eines geordneten Übergangs der West-Ost-Beziehungen in ein neues Zeitalter, Minimierung eventueller Risiken. Das Harmel-Konzept sei auch künftig für die Allianzpolitik richtungsweisend. Der transatlantische Verbund behalte seine Bedeutung. Die Allianzmaschinerie müsse auch für die Zeit nach einem ersten KSE-Abkommen erhalten bleiben.

KAN StV Smith: MP Mulroney habe soeben die SU besucht<sup>7</sup> und werde seine Kollegen am 4.12. ausführlich unterrichten. Gorbatschow habe sich in guter Form präsentiert und für den Übergang von Konfrontation zur Kooperation geworben. Für die Nationalitätenprobleme schwebe ihm eine föderative Lösung vor. Über die Entwicklungen in Osteuropa, besonders in der DDR, habe er sich entspannt gezeigt. Er sei besonders an Stabilität und daher an Erhaltung des WP (und der NATO) interessiert, was er im Zusammenhang mit DDR (ohne auf innere Entwicklung dort einzugehen) deutlich herausgehoben habe.

Aus kanadischer Sicht sei das sowjetische Militärpotential noch nicht erheblich reduziert worden. In Osteuropa könnte eine Periode politischer Turbulenzen bevorstehen.

Kanadische Budget-Entscheidungen vom Frühjahr 1989 beträfen auch den Verteidigungshaushalt. Kanada werde darüber im Frühjahr 1990 konsultieren. Ein Prozentiges Wachstum sei gesichert. Vor einem Wiener Ergebnis werde bei den kanadischen Streitkräften in Europa keine Änderung eintreten.

TUR VM Giray bezeichnete Öffnung der Berliner Mauer als wichtigstes politisches Ereignis seit dem Zweiten Weltkrieg. Bündnis sei aufgefordert, die Ziele („aspirations“) des deutschen Volkes in Rechnung zu stellen.

Demokratisierungsprozesse in Osteuropa und die Öffnung der Mauer hätten größte Bedeutung. Von See ausgehende Bedrohung habe sich verringert, aber die sowjetische Militärmaschine laufe immer noch gut. Die SU verfüge noch über mehr Streitkräfte, als sie verkraften könne.

Den Reformprozeß in der SU gelte es zu unterstützen, wobei es auch auf Achtung der Menschenrechte und mehr Transparenz ankomme. Gegenüber den WP-Ländern sollte differenziert vorgegangen werden. Eine Zeit des Wandels berge

<sup>7</sup> Der kanadische Ministerpräsident Mulroney hielt sich vom 20. bis 25. November 1989 in der UdSSR auf. Für das sowjetische Protokoll seines Gesprächs mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. November 1989 in Moskau vgl. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 106.

auch Risiken, deshalb sei Allianzsolidarität und starke und kohärente Verteidigung weiterhin wichtig, wobei es auch auf fortgesetzte US-Präsenz in Europa ankomme.

I VM Martinazzoli: Demokratisierungsprozesse in Osteuropa stellten einen großen Erfolg für die NATO dar, die diesen Wandel weiter fördern und sich dabei dynamisch zeigen müsse. Gorbatschow werde in Kürze Italien besuchen.<sup>8</sup> Dies erlaube klärende Gespräche über die weiteren Perspektiven. Ziel der Entwicklung in Europa müsse eine stabile Friedensordnung mit einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen sein. Der Harmonisierung von Rüstungskontrolle und Streitkräfteplanung müsse das besondere Augenmerk gelten. Die Mitarbeit Frankreichs sei zu begrüßen.

Für die Aufnahme des 401. Geschwaders gingen die Arbeiten in Crotone planmäßig voran, Italien werde seine Verpflichtungen erfüllen.

E VM Serra wiederholte in verdichteter Form seine These aus der Eurogroup<sup>9</sup>, daß Allianz nicht mit einem singulären Ereignis, sondern einer Kette Ereignissen in WP-Ländern konfrontiert sei. Es gelte, mehrere „Aktionslinien“ zu berücksichtigen:

- Rahmen zur Unterstützung des Reformprozesses sei zu schaffen. Westliche Hilfe sollte selektiv erfolgen und sowohl den Demokratisierungsprozeß fördern als auch den Lebensstandard heben. EG habe hier besondere Verantwortung, aber auch NATO.
- Prozeß europäischer Integration müsse intensiviert werden, Europa brauche stabilen Referenzpunkt.
- Rüstungskontrolle in allen Bereichen müsse vorangebracht werden. Wien solle nicht durch neue Vorschläge kompliziert, sondern schnell abgeschlossen werden.
- In Allianz müsse man zur Überprüfung – wo nötig – bereit sein, einschließlich Strategie und Doktrin (dies aber vertraulich).

<sup>10</sup>D VM Stoltenberg: Wir seien Zeuge bewegender und vielversprechender Ereignisse im Osten, besonders in der DDR, die uns naturgemäß besonders am Herzen läge. Hierzu werde später noch eingehende Analyse vorgetragen. Es bestehe Konsens, daß die westlichen Länder aufgerufen seien, diesen Wandel zu fördern und das Entstehen einer neuen Ordnung in Europa zu unterstützen.

Die Entwicklung böte weitreichende Chancen, aber auch Risiken, insbesondere der wirtschaftliche Abstieg der SU, der ihren Partnern zusätzliche Lasten aufbürden werde, gebe Anlaß zu Sorge. Außerdem gebe es die Nationalitätenprobleme. Im Verteidigungsbereich sei SU-Verhalten nicht von Widersprüchen frei, sie habe echtes Interesse an Rüstungskontrolle und Abrüstung dokumentiert, bau e andererseits militärische Stärke aus.

<sup>8</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Italien vom 29. November bis 1. Dezember 1989. Für das sowjetische Protokoll seines Gesprächs mit dem italienischen Ministerpräsidenten Andreotti am 29. November 1989 in Rom vgl. GORBATSCHEW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 57.

<sup>9</sup> Zur Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 27. November 1989 in Brüssel vgl. Dok. 384.

<sup>10</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1433 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Cheney-Ausführungen seien für Beratungen von großem Wert. Die Neubewertung der Ressourcenlage überrasche nicht, wenn man US-Haushaltsprozeß kenne.

Auch wir müßten Überprüfung vornehmen, weniger aus Haushalts- als aus demographischen Gründen. Daher Prüfung eines anderen Mix zwischen präsenten und Reservetruppen sowie der zahlenmäßigen Stärke der Bundeswehr.

Es sei erforderlich, für die Post-VKSE-Periode ein Konzept einer glaubwürdigen Verteidigung zu entwickeln. Das Konzept der Vorneverteidigung bleibe auch dann für unser Land – wie für andere Partner in ähnlicher geographischer Lage – besonders wichtig. Wenn die USA über Wien hinaus mittelfristig zusätzliche Reduzierungen beabsichtigten, müsse dies beraten werden, denn es gehe auch die Europäer an. US-Absichten könnten in Europa erheblichen Reduzierungsdruck auslösen. Es gelte, die Problematik in Rechnung zu stellen, zumal wenn der Kongreß gleichzeitig erwarte, daß die Europäer zusätzliche Verteidigungsleistungen übernehmen.

BM fragte Cheney in diesem Zusammenhang nach evtl. amerikanischen Überlegungen, wie ihre (haushaltsmäßig bedingten) Reduzierungsabsichten in den Rüstungskontrollprozeß eingeführt werden sollten, besonders, ob Veränderung derzeitiger VKSE-Position erwogen oder weitere Schritte erst bei einem Follow-up vorgeschlagen werden sollten. Letzteres bedürfe sorgfältiger Beratung. Zumal wenn man höre, daß die SU u.U. fünf bis sieben Jahre für die volle Implementierung eines ersten Wiener Ergebnisses benötige, sei die Bedeutung der Fortsetzung von VKSE offenkundig. Hierüber müsse eingehend gesprochen werden. Die Allianz habe eine Zukunft. Ihre Existenz hänge nicht vom Fortbestehen des WP ab. Allianz stelle die einzige transatlantische Institution dar, und die weitere Zusammenarbeit Europas mit den USA und Kanada sei lebenswichtig. Vielleicht werde über eine veränderte Allianzstruktur nachgedacht<sup>11</sup> werden müssen.

B VM Coëme: Die Allianz sollte auch weiterhin militärische Vorsicht („prudence“ war die wesentliche politische Botschaft von B auch in anderen Äußerungen) walten lassen und Wiener Verträge abwarten. Zunächst müsse sie den Wandel in Osteuropa begleiten. Langfristig müsse über ihre Rolle nachgedacht werden. Sein kürzlicher Besuch in Ungarn<sup>12</sup> habe ihm die Bedeutung gezeigt, die auch Länder wie Ungarn einem VKSE-Ergebnis zumessen: Ungarn arbeite auf einen Abzug der sowjetischen Truppen hin. Es werde schwer sein, der Öffentlichkeit die Notwendigkeit angemessener Verteidigungshaushalte zu verdeutlichen. Aber auch Abrüstung koste Geld.

GB VM King: Die Bevölkerung in Osteuropa dränge auf Demokratisierung und engagiere sich. Dies berge sehr reale Gefahr in sich, zu Chaos und Unglück zu führen. Die westliche Öffentlichkeit sollte vor Euphorie gewarnt werden, Regierungen dürften sich nicht auf denselben Weg drängen lassen, sondern Führung ausüben.<sup>13</sup> In SU werden laufend große Mengen neuen schweren Gerätes und moderner Ausrüstung zugeführt. Unbestreitbar sei, daß sie bessere Beziehungen zum Westen suche. Es handele sich aber um die Führung durch nur einen Mann.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „Allianzstruktur müsse nachgedacht“.

<sup>12</sup> Der belgische Verteidigungsminister Coëme besuchte Ungarn vom 1. bis 4. November 1989.

<sup>13</sup> So in der Vorlage.

Westen sei weit entfernt von Gewißheit, daß G. bleiben und erfolgreich sein werde. Die Ergebnisse in Osteuropa faszinierten das westliche Publikum, die SU sei vermutlich weniger begeistert. Die wirtschaftliche Lage in den meisten WP-Ländern sei schlecht bis katastrophal. Jeder Nachfolger von G. würde moderne Streitkräfte vorfinden, deshalb sollte die Allianz sich nur auf sicherem Boden bewegen. Allianz dürfe sich aber auch nicht als kalter Krieger darstellen. Es komme auf die richtige Balance an.

Er danke US-VM Cheney für die Zusage, daß es keinen einseitigen Abzug gebe und daß vor eventuellen Truppenreduzierungen konsultiert werde, ferner daß USA in Europa präsent bleiben würden. Hinweis auf die unterschiedliche moralisch-politische Qualität von NATO und WP sei wichtig. Auch Gorbatschow erkenne jetzt den stabilisierenden Wert der NATO, die ein Defensivbündnis sei und keinerlei Hindernis für weitere Verbesserungen und Annäherungen im West-Ost-Verhältnis – was durch derzeitige Entwicklung überzeugend bewiesen werde.

Die Fragen von BM verdienten sorgfältige Prüfung. Zustimmung, daß auch in Zukunft Vorneverteidigung gewährleistet werden müsse. Verifikation habe große Bedeutung.

Osteuropa könnte geholfen werden, eine Rolle des Europarats sei zu prüfen, desgleichen „some form of“ Assozierung mit der EG. NATO müsse zeigen, daß sie – neben Gewährleistung der Verteidigung – die Hand ausstrecke und bei Überwindung wirtschaftlicher Probleme helfen wolle.

NL StV Jacobovits de Szeged: Der Westen müsse sicherheitspolitisch einig bleiben, und die europäische Komponente in der NATO – zunächst durch WEU, später durch EG – sollte gestärkt werden, auch in Reaktion auf Ankündigung von Truppenreduzierungen.

L StS Wohlfahrt: Die Entwicklungen in Osteuropa seien zu begrüßen. Noch sei aber das sowjetische Militärpotential eindrucksvoll, daher sei Vorsicht angebracht. Osteuropa und der SU drohe eine Wirtschaftskatastrophe, hier müsse die EG helfen. Wichtig sei vor allem baldiger Abschluß von VKSE, START, CW.

US-VM Cheney nahm zu den verschiedenen Fragen wie folgt Stellung:

- Berichte über spezifische US-Reduzierungsvorschläge für Malta seien unzutreffend. Präsident werde keine detaillierten Vorschläge machen, wohl aber mit SU diskutieren und sie ermutigen, über ihre bisherigen Reduzierungsabsichten hinauszugehen.
- Es gebe keinen amerikanischen Vorschlag, die westliche Wiener Position zu verändern. Es sei wichtig, diese Verhandlungen aggressiv anzugehen und nicht zu gestatten, daß Fragen von relativ geringer Bedeutung sie aufhielten.
- SU habe natürlich Zeitbedarf, was Implementierung eines ersten Abkommens angehe. Westen müsse notfalls Druck ausüben, damit sie schneller erfolge. Östliche Öffentlichkeit würde jedenfalls Abwarten nicht verstehen.
- Im Interesse der Allianz liege es, in Osteuropa einen ordnungsgemäßen Übergang zu demokratischen Verhältnissen zu fördern und die SU zum Rückzug ihrer Truppen zu ermutigen. Sowjetische Truppenpräsenz in Osteuropa stelle Kern des Kalten Krieges dar. Die Allianz solle Stabilität und Berechenbarkeit erhalten.

- Konsultationsprozesse in Allianz müßten flexibel sein, um sich bietende Chancen zu nutzen und zu niedrigeren Obergrenzen als in Wien zu gehen. Dies müsse aber im Bündnis beraten werden. Dafür sei auch militärischer Rat nötig.
- Es gelte, ein Gleichgewicht zu finden zwischen Bemühen, im Bündnis keine zusätzlichen Belastungen zu erzeugen, und dem Interesse, Chancen zu nutzen, die sich jetzt eröffneten.

[gez.] Ploetz

**Referat 201, Bd. 151213**

## 388

### **Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Hurd in London**

**29. November 1989<sup>1</sup>**

Gespräch BM mit AM Hurd am 29.11.89 (Abendessen)<sup>2</sup>

1) Teilnehmer auf deutscher Seite: BM, Botschafter von Richthofen, VLR I Müzelburg, Frau Siebourg (Dolmetscher);

Teilnehmer auf britischer Seite: AM Douglas Hurd, Fretwell (Politischer Direktor), Richard Gozney (MB).

2) Gespräch fand im Anschluß an Treffen BM mit PM Thatcher statt, an dem AM Hurd ebenfalls teilgenommen hatte.<sup>3</sup> Hauptgesprächsthemen: Zehn-Punkte-Plan des BK<sup>4</sup>, sowjetisch-amerikanisches Treffen in Malta<sup>5</sup>, Reformentwicklungen in MOE, insbesondere in DDR, Europäischer Rat in Straßburg<sup>6</sup>.

3) BM stellte in Vertiefung der Diskussion bei PM Reaktion der Bundestagsparteien auf Zehn-Punkte-Plan des BK dar und betonte in diesem Zusammenhang Notwendigkeit, Sicherheitsinteressen osteuropäischer Staaten, insbesondere der SU und Polens, zu berücksichtigen (insbesondere Recht auf sichere Grenzen).

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Müzelburg am 1. Dezember 1989 gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher am 3. Dezember 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 29./30. November 1989 in Großbritannien auf.

<sup>3</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit der britischen Premierministerin Thatcher und Außenminister Hurd am 29. November 1989 in London vgl. DIPLOMATIE, Dok. 10.

Für eine britische Gesprächsaufzeichnung vgl. <https://www.margaretthatcher.org/source/prem19/prem19-2997, S. 226-228>.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

<sup>5</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

<sup>6</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

*AM* bestätigt, daß dies im Hinblick auf bereits geäußerte Sorgen der SU besonders wichtig. SU werde von BM bei dessen bevorstehendem Moskau-Besuch<sup>7</sup> entsprechende Zusicherungen erwarten.

4) Als Hauptgesprächsthemen für Malta erwarteten beide AM übereinstimmend Rüstungskontrolle, insbesondere im konventionellen Bereich (Wien<sup>8</sup>), strategische Beziehungen zwischen Supermächten, in diesem Zusammenhang auch Erörterung der künftigen Aufgaben der Allianzen sowie Dritt Welt-Konflikte.

*BM* verwies auf Interesse der SU, ihre Truppen insbesondere in DDR zu reduzieren, um damit Reformprozessen mehr Raum zu geben. Auf Frage *AMs*, ob eventuelle sowjetische Initiativen in Wien nicht bisherige Ausgewogenheit Verhandlungspaketes stören und damit Verhandlungen komplizieren könnten, erwiderte *BM*, daß man sich Vorschlag der SU auch<sup>9</sup> für zweite Phase der Verhandlungen vorstellen könne, über dessen Verhandlung man sich ggf. bei erster Phase verständigen könne (*commitment to negotiate*).

5) Im Ergebnis einer Erörterung der Unterschiede in den Reformprozessen in MOE unterstrichen beide AM übereinstimmend die bestimmende Rolle der SU unter Gorbatschow, die auch bei westlicher Zusammenarbeit zu berücksichtigen sei. Anders als in der Vergangenheit, als SU Reformen blockierte, sei sie jetzt deren Motor.

6) Auf Frage *AMs* nach Reise des BK in die DDR<sup>10</sup> führte *BM* aus: BK strebe Reise noch in diesem Jahr an, als Termin bleibe nur noch 19.12. offen. Fraglich jedoch, ob ausreichend Zeit für gründliche Vorbereitung bestehe. Ergebnisse der Reise von BM Seiters nach Ost-Berlin in der nächsten Woche<sup>11</sup> abzuwarten. Daran schloß *BM* Darstellung der ins Auge gefaßten Sofortmaßnahmen (Reiseerleichterungen, medizinische Versorgung, Umweltschutz). Er betonte, daß Aussichten für wirtschaftliche Entwicklung in DDR vor allem davon abhingen, daß günstige Bedingungen für private Investitionen geschaffen würden. Subventionierung zum Erhalt des bestehenden sozialistischen Systems seien für uns nicht vorstellbar.

7) Europäischer Rat in Straßburg muß nach übereinstimmender Auffassung beider AM auch im Hinblick auf Reformprozesse in MOE fortdauernde Dynamik des EG-Integrationsprozesses signalisieren. Allerdings bestehen Meinungsunterschiede bezüglich Regierungskonferenz zur WWU fort, wobei GB Bemühen zu erkennen gab, Isolierung in Straßburg zu vermeiden.

*AM* betonte, daß EG-MS in Substanzfragen, insbesondere hinsichtlich Erfordernis der Unterstützung der Reformprozesse in MOE und diesbezüglicher politischer Erklärung übereinstimmen. Es käme deshalb darauf an, das mögliche gute, zukunftsorientierte Ergebnis nicht von prozeduraler Debatte über Regierungskonferenz überschatten zu lassen. Öffentlichkeit würde sonst unzutreffend

<sup>7</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

<sup>8</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 425.

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

<sup>10</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte die DDR am 19./20. Dezember 1989. Vgl. dazu Dok. 429.

<sup>11</sup> Bundesminister Seiters traf am 5. Dezember 1989 in Ost-Berlin mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, zusammen. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 110.

des Bild der Zerstrittenheit in der Sache vermittelt werden. Problem sei für ihn in erster Linie taktischer Natur.

*BM* plädierte demgegenüber dafür, Vorbereitungen für WWU unverzüglich in Angriff zu nehmen. BK werde sich in Straßburg wohl dafür einsetzen, Regierungskonferenz für Ende 1990 einzuberufen. Gerade, weil es sich nur um prozedurale Entscheidung handele, müßte auch GB zustimmen können, weil es seine Vorstellungen hinsichtlich der Substanz in die Vorbereitungen für die Regierungskonferenz miteinfließen lassen könne. Mitarbeit GBs sei für uns besonders wichtig, da GB in der Sache auf unserer Linie läge. Wir brauchten GB, damit Währungsunion zur Stabilitätsunion werde. Gerade in Situation, in der manche gegenüber D Zweifel bezüglich eines Driftens nach Osten äußerten, habe für uns Haltung zu Integration<sup>12</sup> besondere Bedeutung. Abschließend wies BM auf Erfahrungen von Mailand mit Europäischer Akte<sup>13</sup> hin.

AM antwortete, daß GB Politik „leeren Stuhls“ nicht in Betracht ziehe. Seine Sorge sei, daß eine erhitzte Diskussion über Regierungskonferenz das Straßburger Zusammentreffen überschattete.

8) AM berichtete über Gespräche mit costaricanischem<sup>14</sup> und pakistanischem AM: Nach costaricanischer Einschätzung seien Vorgänge in Salvador<sup>15</sup>, die den Friedensplan von Arias<sup>16</sup> gefährdeten, auf Kulaner zurückzuführen, die sich in Lateinamerika als Fackelträger der Revolution gerierten und ihre Unabhängigkeit von Moskau demonstrieren wollten.

Yakub Khan habe düsteres Bild der Aussichten für Afghanistan gezeichnet. Widerstand sei weder in der Lage, militärische Entscheidung herbeizuführen, noch politische Einheitsfront herzustellen. Hinsichtlich der Lage von PM Frau Bhutto habe Khan sich eher distanziert analysierend als unterstützend geäußert. Die PM habe keine Kontrolle in Punjab und Probleme im Süden. Parlamentarische Lage sei unsicher.

Abschließend sprach *BM* Fall Söring<sup>17</sup> an. Er bat unter Überreichung eines Aide-mémoire darum, Söring nicht in die USA, sondern in die Bundesrepublik auszuliefern.

#### **Referat 010, Bd. 178931**

<sup>12</sup> Die Wörter „Haltung zu Integration“ wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Beschuß zur Einberufung Regierungskonferenz, der eine klare Verpflichtung auf weitere Integrationsfortschritte darstelle“.

<sup>13</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. AAPD 1985, II, Dok. 177.

<sup>14</sup> Rodrigo Madrigal Nieto.

<sup>15</sup> Zur Situation in El Salvador vgl. Dok. 389, Anm. 4 und 5.

<sup>16</sup> Zu den Abkommen von Esquipulas vgl. Dok. 55, Anm. 7.

<sup>17</sup> Referat 511 faßte am 27. November 1989 zum Thema „Auslieferung aus Großbritannien wegen eines von Söring in Virginia, USA, begangenen Tötungsdelikts in zwei Fällen im März 1985“ zusammen, Großbritannien lägen zwei konkurrierende Auslieferungsersuchen aus den USA und der Bundesrepublik vor. Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 2458.

**Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem  
französischen Außenminister Dumas in Paris**

30. November 1989<sup>1</sup>

Gespräch BM Genscher mit AM Dumas am 30.11.1989 im Quai d'Orsay<sup>2</sup>

Teilnehmer (z.T. zeitweise) deutsche Seite: VLR I Mützelburg, VLR Dr. Schumacher, Gesandter von Nordenskjöld; französische Seite: Leiter der Politischen Abteilung Dufourcq, Leiter der Wirtschaftsabteilung de Boissieu, Leiter Europaabteilung Blot, Deutschlandreferent Vaugier, Mitarbeiter im Kabinett de Zorzi; Dolmetscherinnen Mme Sauzay und Frau Siebourg.

**1) El Salvador**

*BM* regte an, die Lage in El Salvador in Straßburg<sup>3</sup> anzusprechen. Die Situation dort werde immer gefährlicher. Er habe gerade entschieden, unsere Botschaft zu evakuieren, da in ihrer Umgebung gekämpft werde und die Botschaftsangehörigen in akute Gefahr geraten seien.<sup>4</sup> *BM* erkundigte sich nach der Einschätzung und Entscheidungslage der französischen Seite.

*AM Dumas* erklärte, daß nach seiner Kenntnis die Lage um die französische Botschaft bisher ruhig sei. Man habe bisher keine Hinweise darauf, daß sich die Situation verschlechtert habe. Er werde sich jedoch um neue Information zur Lage bemühen. Französische Stellen hätten Gelegenheit gehabt, mit den Zeugen des von der Guerilla verübten Mordes an den sechs Geistlichen<sup>5</sup> zu sprechen. Er habe den für humanitäre Fragen zuständigen Staatssekretär Kouchner nach El Salvador entsandt.

**2) EG-Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion**

*AM Dumas* wies darauf hin, daß das Kooperationsabkommen der EG mit der SU unterschriftsreif sei.<sup>6</sup> F würde es begrüßen, wenn die Unterzeichnung durch die Mitgliedstaaten und die SU noch unter der französischen Präsident-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Gesandtem von Nordenskjöld, Paris, am 1. Dezember 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 2. Dezember 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher führte am 30. November 1989 in Paris auch ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand. Vgl. DIPLOMATIE, Dok. 11.

<sup>3</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Heymer notierte am 30. November 1989, Botschafter Neukirch, San Salvador, habe ihm telefonisch erklärt, „daß auch für das Botschaftspersonal der Zeitpunkt gekommen sei, vorübergehend so schnell als möglich außer Landes zu gehen. Die Guerilla habe sich in zahlreichen Häusern des Wohnviertels Escalón, in dem sich Residenz und Kanzlei befinden, festgesetzt und damit zahlreiche Bewohner faktisch als Geiseln genommen. Niemand könne unter diesen Umständen für die Sicherheit der Botschaftsangehörigen garantieren.“ Die Ausreise sei für den 1. Dezember 1989 ins Auge gefaßt. Vgl. Referat 331, Bd. 143912.

<sup>5</sup> Am 16. November 1989 wurden auf dem Gelände der Jesuitenuniversität in San Salvador sechs Priester, ihre Haushälterin und deren Tochter von uniformierten Kräften erschossen. Die salvadorianische Regierung und die FMLN bezeichneten sich gegenseitig der Tat. Vgl. dazu den Artikel „Weltweites Entsetzen über die Bluttat in El Salvador“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. November 1989, S. 7.

<sup>6</sup> Zum Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EWG und der UdSSR vgl. Dok. 428.

schaft<sup>7</sup> in Brüssel erfolgen könnte. Als Datum schlage er deshalb den 18.12.1989 vor. Ihm schwebt vor, die Unterzeichnung mit einem Diner ähnlich wie in New York bei der UNO zu verbinden.

*BM* zeigte sich mit diesem Vorschlag grundsätzlich einverstanden, bat jedoch darum, die Unterzeichnung möglichst spät am 18.12.1989 anzusetzen, da er etwas später nach Brüssel komme. 18.00 Uhr wäre nach seiner Ansicht eine gute Zeit. Anlaß für seine Verspätung sei ein privater Besuch in der DDR, den er wie jedes Jahr zu dieser Zeit am 16. und 17. Dezember in seiner Geburtsstadt Halle absolvieren werde. In diesem Jahr werde er allerdings auch mit Oppositionsvertretern sprechen.<sup>8</sup>

3) Es folgte ein kurzer Gedankenaustausch über die Polen-Reise von AM Dumas und Kommissionspräsident Delors am 15. und 16. November 1989.<sup>9</sup>

#### 4) Verhandlungen mit den AKP-Staaten

AM *Dumas* berichtete von den mühsamen Verhandlungen mit den AKP-Staaten, die sich – offensichtlich auf Grund eines Mißverständnisses – falsche Vorstellungen über die finanzielle Ausstattung des neuen Lomé-Abkommens gemacht hätten und dann über das konkrete Angebot sehr enttäuscht gewesen seien. F habe sich daraufhin entschlossen, eine zusätzliche Anstrengung zu unternehmen. Man wolle das bisherige Angebot um 100 Mio. ECU aufstocken. F werde einen Anteil von 35 Mio. ECU übernehmen. Auch Italien und Belgien hätten grundsätzlich Bereitschaft gezeigt, sich an der Aufstockung zu beteiligen. Seine Bitte gehe an D, einen Anteil an der Aufstockung zu übernehmen. Die Sache eile, da man zu einem Abschluß kommen müsse.<sup>10</sup>

*BM* sagte zu, sich um die Sache zu kümmern.

#### 5) Moskau-Reise des BM

AM *Dumas* bezeichnete die bevorstehende Moskau-Reise BMs<sup>11</sup> als sehr wichtig und nützlich und bat um enge Abstimmung.

*BM* bestätigte, daß das Treffen in einem sehr wichtigen Moment erfolge. Er werde sich sofort nach dem NATO-Treffen in Brüssel<sup>12</sup> am Montagabend nach Moskau begeben und am Dienstagabend zurückkehren. Bereits ab Montagmorgen würden fünf Arbeitsgruppen zusammentreten. Er werde Gorbatschow, Schewardnadse und Jakowlew sehen. Er sei gerne bereit, AM Dumas am Mitt-

<sup>7</sup> Frankreich hatte die EG-Ratspräidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

<sup>8</sup> Bundesminister Genscher nahm am 17. Dezember in Leipzig am Gründungsparteitag der Oppositionsbewegung „Demokratischer Aufbruch“ teil. Vgl. dazu den Artikel „Recht auf Einheit gefordert“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. Dezember 1989, S. 3. Zu Genschers Besuch in der DDR vgl. auch GENSCHER, Erinnerungen, S. 697–702.

<sup>9</sup> EG-Kommissionspräsident Delors und der französische Außenminister Dumas in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident besuchten am 16./17. November 1989 Ungarn und am 17./18. November 1989 Polen.

<sup>10</sup> Zum Vierten AKP-EWG-Abkommen vgl. Dok. 397.

<sup>11</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

<sup>12</sup> Am 4. Dezember 1989 fand eine NATO-Gipfelkonferenz statt, bei der der amerikanische Präsident Bush über sein Treffen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2./3. Dezember 1989 vor Malta informierte. Vgl. dazu Dok. 392 und Dok. 393.

wochfrüh vor dessen Abreise nach Kiew (12.00 Uhr)<sup>13</sup> über das Ergebnis seiner Gespräche zu informieren.

#### 6) Zur Entwicklung in der DDR und zur Debatte im Bundestag

BM führte aus, die Menschen in der DDR seien bisher mit großem Verantwortungsbewußtsein für ihre Freiheitsrechte eingetreten. Es könnte sich dabei um die erste wirklich erfolgreiche Revolution für die Freiheit in Deutschland handeln. Dies wäre ohne Zweifel ein wichtiger Beitrag für die deutsche Geschichte. Wie sich die politischen Verhältnisse in der DDR entwickeln würden, sei schwer vorherzusagen. Es gebe Altparteien, deren Zukunftschancen ebenfalls schwer zu beurteilen wären. Ob sich z.B. die LDPD, der auch er einmal angehört habe, neues Vertrauen erwerben könne, wisse er noch nicht. Die SED habe jedenfalls jedes Vertrauen verloren. Ihre Aussichten bei einer freien Wahl würden nicht höher als 15–20% eingeschätzt. Dies sei jedoch wohl noch zu hoch. Derartige Werte könnten wohl nur erreicht werden, wenn es Modrow gelänge, eine gute Politik zu machen. Die Opposition sei erst dabei, sich zu organisieren. So habe „Neues Forum“ noch nicht entschieden, ob es sich zu einer politischen Partei entwickeln solle. „Demokratischer Aufbruch“ werde eine solche Entwicklung jedoch vornehmen. Der erste Parteitag dieser neuen Partei sei für den 16. und 17.12.1989 in Leipzig geplant. Der Vorsitzende<sup>14</sup> habe den Wunsch geäußert, ihn unmittelbar danach in Leipzig oder Halle zu treffen. Dies werde dazu führen, daß sein bereits erwähnter Familienbesuch einen sehr politischen Teil umfassen werde. Im übrigen hätten ihn auch Studenten aus Halle angeschrieben, daß sie mit ihm bei dieser Gelegenheit diskutieren möchten. In der DDR sei insgesamt sehr viel in Bewegung geraten, und dies habe auch eine Gegenwirkung in der Bundesrepublik. Wie durch eine Laune des Schicksals werde nun Ende 1990 sowohl in der Bundesrepublik<sup>15</sup> wie in der DDR gewählt werden. Diese Interdependenz spiele bereits eine erhebliche Rolle. In beiden deutschen Staaten habe praktisch der Wahlkampf bereits begonnen. Dabei bestehe ein großes Interesse, hüben und drüben den eigenen Ideen nahestehende Ansprechpartner zu finden. Dies sei für die in der Bundesrepublik vorhandenen politischen Parteien nicht in allen Fällen ganz leicht.

Zur Debatte im Bundestag am 28.11.1989<sup>16</sup> erklärte BM:

Wichtig sei, daß die West-Bindung der Bundesrepublik unterstrichen und jedem deutschen Alleingang eine Absage erteilt worden sei. Es sei bestätigt worden, was die Bundesregierung schon immer gesagt habe, vor allem zur Einbettung der deutschen Frage in das Schicksal Europas. Deshalb sei auch das Bekenntnis zum Fortbestand des Bündnisses so klar ausgefallen. Die politische Bedeutung des NATO-Bündnisses werde zunehmen. Es werde eine wichtige Rolle insbesondere im Abrüstungsbereich zu spielen haben. Es bestehe Konsens über die Finalität der Europäischen Union.

<sup>13</sup> Der französische Außenminister Dumas begleitete Staatspräsident Mitterrand bei dessen Besuch am 6. Dezember 1989 in der UdSSR.

<sup>14</sup> Wolfgang Schnur.

<sup>15</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

<sup>16</sup> Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

Zu der Behandlung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten führte BM aus, daß es zunächst darum gegangen sei, die dringlichen Aufgaben zu definieren. Hier handele es sich um Bereiche, von denen die Menschen in der DDR direkt berührt seien, und um Aufgaben, die sofort gelöst werden könnten. Dazu gehöre vor allem die Devisenversorgung der Besucher aus der DDR und insgesamt eine Neuordnung des gesamten Reiseverkehrs in beide Richtungen. Die Bundesregierung sei bereit, anstelle des Begrüßungsgeldes einen Devisenfonds zu gründen. Voraussetzung hierfür sei jedoch, daß die DDR den Zwangsumtausch aufhebe, nach dem bisher jeder Besucher aus dem Westen für jeden Besuchstag 25 DM im Verhältnis 1:1 in die DDR-Währung umtauschen müsse. Dies sei ein schlechtes Geschäft für die Besucher und eine sehr gutes Geschäft für die Staatskasse der DDR gewesen. Eine weitere dringende Aufgabe sei die Hilfe im Gesundheitswesen der DDR, das in einem katastrophalen Zustand sei. Zur Zeit fehlt jede Art moderner Pflege in den Krankenhäusern. Es gebe weder moderne medizinische Geräte, noch moderne Medikamente oder Hilfsmittel wie Einwegspritzen etc.

Als Sofort-Maßnahmen sind weiterhin ins Auge gefaßt, Hilfe beim Umweltschutz und beim Ausbau des DDR-Telefonnetzes zu leisten. Zur Zeit müsse man bis zu 15 Jahre auf einen Anschluß warten. Auch bei der Verbesserung der Verkehrsstruktur könne Sofort-Hilfe geleistet werden. Es gebe bereits Gespräche über den Ausbau einer Schnellbahnverbindung zwischen Hannover und Berlin<sup>17</sup>, aber die Bundesregierung sei auch bereit, darüber nachzudenken, ob man eine derartige Verbindung über Magdeburg führe, um eine neue Infrastruktur zu schaffen.

Auf der DDR laste ein erheblicher Druck, die Abhaltung freier Wahlen zuzulassen. Dies sei auch unverzichtbar, denn die Bürger der DDR müßten ihren Willen frei ausdrücken können. Die Abhaltung freier Wahlen sei auch kein Diktat von Seiten der Bundesrepublik, sondern die Voraussetzung für eine Entwicklung in der DDR, die eine weitere intensive Hilfe und Zusammenarbeit von Seiten der Bundesrepublik erst möglich mache. Ministerpräsident Modrow habe seinerseits eine Vertragsgemeinschaft angeboten<sup>18</sup>. Die Bundesregierung sei bereit, darauf einzugehen. BK habe in seiner Erklärung die Möglichkeit gemeinsamer Ausschüsse dargestellt. Man werde dann sehen, wie die Entwicklung weitergehe.

Ein interessanter Punkt für uns sei gewesen, daß die DDR am gleichen Tage, an dem Ministerpräsident Modrow seine Regierungserklärung abgegeben habe, der Präsidentschaft der EG ein Papier mit dem Angebot der Zusammenarbeit<sup>19</sup> habe übergeben lassen. Damit habe die DDR unsere Auffassung übernommen, daß jede Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten gleichzeitig eine Annäherung der DDR an die Gemeinschaft bedeute. Deshalb seien wir auch dafür, daß die Vorbereitungen für einen Kooperationsvertrag zwischen der Gemeinschaft und der DDR jetzt vorangetrieben werden sollten. Es komme darauf an, daß von Brüssel aus, aber insbesondere auch vom Europäischen Rat in Straßburg

<sup>17</sup> Zum Schnellbahnprojekt vgl. Dok. 89, Anm. 12.

<sup>18</sup> Vgl. dazu die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, vom 17. November 1989; NEUES DEUTSCHLAND vom 18./19. November 1989, S. 3–5.

<sup>19</sup> Zum Memorandum des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, vom 17. November 1989 vgl. Dok. 363, Anm. 13.

aus, klare Signale an den Osten gingen, die unseren Kurs deutlich machen. Die politische Erklärung, über die man in Brüssel gesprochen habe<sup>20</sup>, enthalte bereits sehr substantielle Elemente. Es müsse deutlich werden, daß wir nicht beabsichtigten, die Schwierigkeiten, mit denen sich Mittel- und Osteuropa zur Zeit auseinanderzusetzen haben, auszunutzen.

Wichtig sei auch, daß der Annäherungsprozeß zwischen Ost und West die polnische Westgrenze nicht in Frage stelle. AM Schewardnadse habe eindeutig klar gestellt, daß eine positive Entwicklung auch zwischen den beiden deutschen Staaten durchaus möglich sei, wenn klar sei, daß eine Rückkehr zu den Grenzen von 1937 nicht in Frage komme. Wichtig sei auch, daß deutlich werde, daß der Integrationsprozeß der Gemeinschaft nicht an Elan verlieren dürfe, weil sonst seine Attraktivität für den Osten nachlassen würde und die Gemeinschaft dann auch nicht die Kraft finden würde, sich dem Osten zu öffnen. Vielmehr müsse der Osten durch eine verstärkte Integration der Gemeinschaft zu weiteren Reformschritten ermutigt und die Gemeinschaft in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Möglichkeiten zu einer Öffnung nach Osten zu verbessern. Er habe in diesem Zusammenhang auch Frau Thatcher gesagt<sup>21</sup>, daß es für diese verstärkte Integration der Gemeinschaft wichtige politische Gründe gebe. Hierbei dürfe man nicht außer acht lassen, wie die zukünftige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion aussehen solle. Wir müßten uns die Frage stellen, ob nicht auch die SU dringend Hilfe benötige. General Winter dürfe nicht gegenüber den Reformen die Oberhand behalten. Vielleicht würden wir nach dem Treffen von Malta etwas mehr darüber wissen. Auch sei es möglich, daß nach den beiderseitigen Besuchen in Moskau klarere Vorstellungen hierzu möglich wären.

Eine wirtschaftliche Erholung sei am schnellsten in der DDR und der ČSSR möglich. Voraussetzung sei allerdings, daß in beiden Ländern die Voraussetzungen für private Investitionen geschaffen würden. Steuermittel würden für diese Investitionen nicht erforderlich sein, denn es gebe in Europa genügend Kapital, das es vorziehen würde, in der DDR oder in der ČSSR zu arbeiten als etwa in der Dritten Welt. Die Lage in Polen, Ungarn und in der SU sei anders. Dies gelte auch für Bulgarien, wo es einen sehr spezifischen eigenen Reformprozeß gebe, bei dem überall die Hand der SU spürbar sei.

Als Begründung dafür, daß Gorbatschow dem Reformprozeß in den mittel- und osteuropäischen Staaten so viel Freiraum gelassen habe, erklärte BM, Gorbatschow habe den Menschen in der SU möglicherweise vorführen wollen, daß Reformen auch gelingen können. Er sei dabei wohl davon ausgegangen, daß dies in kleineren Staaten leichter möglich sein werde als in der SU selbst. Er selber habe Gorbatschow vor einiger Zeit gefragt, warum er nicht einen ersten Reform-

<sup>20</sup> Am 27. November 1989 fand in Brüssel eine EG-Ministerratstagung statt. Ministerialdirigent Höynck vermerkte dazu am 28. November 1989, Bundesminister Genscher habe dargelegt: „Der ER werde eine sehr politische Veranstaltung. [...] Was den Ostaspekt anlange, so müsse die West-Ost-Erklärung eine Botschaft der EG zu diesem Thema sein. Nach dem Gipfel von Malta sei dies besonders wichtig. Es müsse eine klare Botschaft sein und nicht ein Bericht über das Geschehene. Die Grundstimmung müsse optimistisch sein und zur Reform ermutigen. [...] Wir dürfen jetzt nicht triumphieren. Die Erklärung werde eine große psychologische Wirkung haben, die beachtet sein müsse.“ Vgl. Referat 200, Bd. 144218.

<sup>21</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit der britischen Premierministerin Thatcher und Außenminister Hurd am 29. November 1989 in London vgl. DIPLOMATIE, Dok. 10. Genscher und Hurd trafen am selben Tag zu einem weiteren Gespräch zusammen. Vgl. Dok. 388.

Versuch in den baltischen Staaten unternehme. Dort seien die Voraussetzungen am besten, weil die Strukturen und der Ausbildungsstand der Bevölkerung am weitesten entwickelt seien.

AM Dumas leitete seine Erwiderung mit einer generellen Bemerkung ein: Es gelte, in dieser Zeit einen klaren Kurs zu steuern und eine klare Zielbestimmung zu treffen. Es sei nicht immer einfach, da viele Ereignisse nicht allein von uns selbst bestimmt werden könnten. Seine Analyse der Ereignisse im Osten ergebe, daß sich die derzeitige Reform-Bewegung fortsetzen werde. Allerdings könne man schwer sagen, wann auch Rumänien einbezogen würde. Er habe kürzlich im Kabinett festgestellt, daß er sich im Falle der ČSSR hinsichtlich des Zeitbedarfs geirrt habe. Es sei deshalb sehr schwer zu sagen, ob sich die Entwicklung in der DDR nicht auch noch weiter beschleunigen werde. Man habe bei den letzten Massendemonstrationen – etwa in Leipzig – inzwischen Transparente gesehen, auf denen die Einheit Deutschlands gefordert werde. In der ČSSR sehe man ähnliche beschleunigende Entwicklungen. AM Dumas zog daraus die Konsequenz, daß es wichtig sei, nicht noch zusätzlich Schwierigkeiten zu schaffen. Er erachte es deshalb als wichtig, daß deutsche Spitzendemokratie deutlich sagten, daß die Bündnisse und die Grenzen nicht in Frage gestellt würden. In Ungarn und in der ČSSR spreche man bereits über den Verbleib sowjetischer Truppen in diesen beiden Ländern. Hier könnten sich schwierige Probleme ergeben, die man mit kaltem Kopf angehen müsse. Wenn diese Länder ihre Reformen weiter vorangetrieben hätten, würde sich die Frage nach ihrer Souveränität von selbst stellen. Dieser Prozeß solle deshalb nicht von unserer Seite zusätzlich angeheizt und damit kompliziert werden. Er sage nicht, daß er die Rede des Bundeskanzlers vor dem Bundestag in diesem Sinne auffasse. Der Bundeskanzler habe viele richtige Dinge zum europäischen Zusammenhang gesagt. Das Schlaglicht liege jedoch auf dem anderen Teil seines Planes. Der habe in Paris alle Verantwortlichen aufmerken lassen.

AM Dumas stellte dann fest, daß es auch einen Bereich gebe, in dem wir die Dinge selbst in die Hand nehmen könnten, und dies sei in erster Linie die Europäische Gemeinschaft. Gerade jetzt, wo der ganze Osten in Bewegung sei, gebe es in Europa eine wirklich klare Angelegenheit: die Europäische Gemeinschaft. Deshalb übe sie auch eine derartige Anziehungskraft auf den anderen Teil Europas aus. Es sei klar, daß Europa sich um diese Gemeinschaft herum entwickeln werde. Sollte sich also die Gemeinschaft nicht weiter entwickeln, würde sich das deshalb sehr negativ auf die Entwicklungen in ganz Europa auswirken. Weitere Schritte auf die Union hin seien daher unerlässlich. Konkret heiße dies, daß der nächste Schritt beim Europäischen Rat in Straßburg die Festlegung der Regierungskonferenz sein müsse. Im Grunde sei man sich ja einig, daß dies ein unausweichlicher Schritt zur Wirtschafts- und Währungsunion sei. Bis 1994 müsse aber noch viel geschehen. Deshalb sei es wichtig, daß bereits jetzt ein starkes Signal gesetzt werde und daß insbesondere die deutsche Unterstützung für die französische Präsidentschaft deutlich werde. Schließlich handele es sich bei unseren beiden Ländern um das Kernpaar der Gemeinschaft. Unter den folgenden Präsidentschaften würden viele Dinge anders laufen.

BM erwiderte darauf, daß man sich darüber verständigen sollte, von Straßburg aus ein doppeltes Signal zu setzen: zum einen den Fortgang der Integration und zum andern die Kooperationsbereitschaft mit den Reformstaaten. Wenn dies

möglich wäre, würde der Europäische Rat in Straßburg in die Geschichte eingehen. Auch er sei der Meinung, daß das eine nicht ohne das andere gehe. Wenn wir die Dynamik der EG verlieren würden, seien wir nicht in der Lage, die Entwicklung im Osten Europas verantwortlich mitzustalten. Die Öffentlichkeit brauche einfache und klare Signale. Wir müßten deutlich machen, daß wir einen klaren Kurs steuern. Er habe das auch der britischen Premierministerin und dem britischen Außenminister bei seinem Besuch in London gesagt.

Der Leiter der Handelsabteilung im Quai, *de Boissieu*, machte hier einen Einwurf zu möglichen Mißverständnissen, die es zwischen F und D bei der Vorbereitung der Regierungskonferenz wohl immer noch gebe:

Hierbei gehe es um die Frage der Unabhängigkeit der gemeinsamen Zentralbank, um die Frage zwingender Regeln bei der Stabilitätspolitik und die Frage nach der Finanzierung von Haushaltsdefiziten. Er wolle nur darauf hinweisen, daß F mit den deutschen Positionen so gut wie vollständig einverstanden sei. Er verstünde deshalb nicht, warum es von deutscher Seite immer neue Fragen gebe.

BM wies darauf hin, daß die Bundesregierung ihre internen Beratungen noch nicht abgeschlossen habe. Sie werde ihre Position aber bis zum Europäischen Rat in Straßburg formuliert haben.

BM kam noch einmal auf seine erste Argumentation zurück und unterstrich, daß in der derzeitigen Lage nichts geschehen dürfe, was destabilisierend wirken könne. Andererseits brauche man keine Angst zu haben vor der Forderung nach freien Wahlen. Auch glaube er, daß sich in der SU die Einschätzung der sowjetischen Sicherheitsinteressen geändert habe. Man sehe wohl auch dort, daß es besser sei, wenn man sich auf die Zustimmung verbündeter Völker stützen könne statt auf die eigenen Bajonette. Die Aussagen zum Bestand der Bündnisse seien wichtig. Diese würden noch für lange Zeit eine stabilisierende Rolle spielen. Dies sei auch ein wichtiges Signal in Richtung Westen. Unsere klaren Aussagen würden dann auch von den Menschen im Osten richtig verstanden. Die SU habe sich ihrerseits klug verhalten, indem sie öffentlich ihre Zustimmung zum Demokratisierungsprozeß zum Ausdruck gebracht habe. Er werde dies auch Gorbatschow bei seinem Besuch sagen und ihn darauf hinweisen, daß es seinerzeit die Rote Armee gewesen sei, die sich in den Staaten Mittel- und Osteuropas der Freiheit entgegengestellt habe, und daß es heute die SU sei, die den Freiheits- und Demokratisierungsprozeß erlaube. Es sei sehr weitsichtig von der sowjetischen Politik, daß sie keinen Gegensatz zwischen Bündniszugehörigkeit und freien Wahlen herstelle. Es sei kein Zufall, daß das Recht auf die eigene innere Entwicklung in der gemeinsamen deutsch-sowjetischen Erklärung<sup>22</sup> enthalten sei. Wir hätten seinerzeit keine Mühe gehabt, dies in den Text hineinzubekommen. Die SU wollte offensichtlich schon damals ein Signal geben, daß sie sich nicht einmischen werde, wenn sich eine entsprechende Entwicklung ergebe.

BM unterstrich, daß der Westen nun seinerseits dafür sorgen müsse, daß der Rahmen der Entwicklung stabil bleibe. Dazu gehöre vor allem die Zusicherung,

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

die Probleme der Staaten Mittel- und Osteuropas nicht zum eigenen Vorteil auszunutzen, und die Feststellung, daß die Bündnisse ihre Bedeutung behielten. Dies sei ein wichtiges Signal an die Reformstaaten. Im übrigen müßten wir dafür Sorge tragen, daß der Abrüstungsprozeß beschleunigt werde. Auf diese Weise könne erreicht werden, daß die sicherheitspolitische Bedeutung der Reformstaaten für die SU geringer werde und diese deshalb auf die Entwicklungsvorgänge gelassener reagieren könne.

AM *Dumas* wies in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Bedeutung der Grenzfragen hin. Bei seinem Besuch in Warschau habe sich wieder deutlich gezeigt, wie stark das Problem der polnischen Westgrenze dort die Gemüter beschäftige. In dieser Frage seien sich alle Polen einig. Dies sei ihm immer wieder gesagt worden. Die polnische Haltung werde auch in den Aussagen des polnischen Ministerpräsidenten in Moskau<sup>23</sup> deutlich. Er habe dort auch ganz klar gesagt, daß Polen nicht aus dem WP austreten werde.

AM *Dumas* fragte zum Abschluß des Gesprächs, ob die Reise des BK in die DDR<sup>24</sup> inzwischen festgelegt sei.

*BM* antwortete, daß für die Reise zunächst drei Fragen geklärt werden müßten:

- ob *BM* Seiters in der kommenden Woche erneut in die DDR fahren werde<sup>25</sup>;
- ob das Ergebnis einer derartigen Reise zufriedenstellend sei;
- wie die Perspektiven für den Parteitag der SED<sup>26</sup> seien.

Seiner Auffassung nach werde Krenz wohl im Amt bleiben. Es gebe zwar Gerüchte, daß sich der Bürgermeister von Dresden<sup>27</sup> zur Wahl stellen werde. Er glaube dies jedoch nicht, da dies bedeuten würde, den Bürgermeister zu unterschätzen. Wer jetzt die Führung der SED übernehme, werde der Konkursverwalter der SED sein. Die guten Leute würden sich seiner Meinung nach viel mehr für die Zeit nach den Wahlen bereithalten.

Der BK habe wohl zeitlich die Möglichkeit, am 19. Dezember 1989 in die DDR zu reisen. Darüber werde er jedoch erst entscheiden, wenn sicher sei, daß er konkrete Vereinbarungen werde treffen können. Für ihn stelle sich die Situation deshalb anders dar als für Präsident Mitterrand<sup>28</sup>. Auf jeden Fall werde BK nicht nach Ost-Berlin gehen.

AM *Dumas* wies darauf hin, daß der Besuch von Präsident Mitterrand bereits seit längerer Zeit programmiert gewesen sei. Er habe schon in New York mit AM Fischer darüber gesprochen, der sehr insistiert habe, daß dieser Besuch noch in diesem Jahr stattfinde. Im übrigen habe kein anderes Datum als das jetzt

<sup>23</sup> Der polnische Ministerpräsident Mazowiecki besuchte die UdSSR vom 23. bis 27. November 1989. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 24. November 1989 vgl. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 107.

<sup>24</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte die DDR am 19./20. Dezember 1989. Vgl. dazu Dok. 429.

<sup>25</sup> Bundesminister Seiters traf am 5. Dezember 1989 in Ost-Berlin mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, zusammen. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 110.

<sup>26</sup> Ein zunächst für den 15. bis 17. Dezember 1989 einberufener Außerordentlicher Parteitag der SED fand in einem ersten Teil bereits am 8./9. Dezember 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 395, Anm. 12.

<sup>27</sup> Wolfgang Berghofer.

<sup>28</sup> Der französische Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 20. bis 22. Dezember 1989 in der DDR auf. Vgl. dazu Dok. 431.

festgelegte zur Verfügung gestanden. Es wäre gut, wenn auch in Deutschland klargestellt werden könnte, daß es von französischer Seite keinen Wettkampf in die DDR gebe. Die Reise solle drei Tage umfassen und nach Ost-Berlin, Leipzig und Dresden führen.

**Referat 010, Bd. 178931**

390

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf Leutrum**

**205-321.00 D**

**4. Dezember 1989<sup>1</sup>**

Über Dg 20, D 2<sup>2</sup> Herrn Staatssekretär<sup>3</sup>

Betr.: Deutsche Frage;

hier: Haltung der nordeuropäischen Staaten

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Die Vorgänge in der DDR und unsere Reaktion auf sie, insbesondere die Öffnung der Mauer am 9.11. und der Zehn-Punkte-Plan des BK vom 28.11.<sup>4</sup>, riefen auch in Nordeuropa bei Regierungen und Öffentlichkeit lebhaftes Interesse sowie ein umfangreiches Kommentarecho hervor.

Während das Ende des DDR-Stalinismus und die Öffnung der innerdeutschen Grenze einhellig begrüßt werden, mischen sich in die daran anknüpfenden Überlegungen zur weiteren Entwicklung in Deutschland zum Teil alte und neue Ängste, historische Erfahrungen und Sorgen vor einem instabilen Europa.

II. Zu den einzelnen Ländern

1) Dänemark

Die Regierung äußerte sich grundsätzlich positiv und ausgewogen, betonte das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung, aber auch den gesamteuropäischen Rahmen, in den die deutsche Frage eingebettet sei.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf Leutrum und Legationssekretär Siebert konzipiert.

<sup>2</sup> Hat, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrup, Ministerialdirigent Hofstetter am 5. Dezember 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Analyse erscheint mir unangemessen optimistisch!“

Hat Ministerialdirigent Hofstetter am 6. Dezember 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Kastrup „z[ur] g[e]fälligen K[enntnisnahme]“ sowie an Referat 205 verfügte.

Hat Kastrup am 6. Dezember 1989 vorgelegen.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

AM Ellemann-Jensen stimmte dem Ziel der Wiedervereinigung im europäischen Rahmen mit einem Zitat aus dem Brief zur Deutschen Einheit<sup>5</sup> ausdrücklich zu und betonte die Notwendigkeit von Wirtschaftshilfe an die DDR (Joint-ventures) ebenso wie die wichtige Rolle der EG, aber auch der NATO, der KSZE und des Europarats.

MP Schlueter sagte, er glaube „nicht sehr“ an eine Wiedervereinigung, und fügte an: „Das ist auch nicht etwas, was ich mir wünsche.“<sup>6</sup>

In der dänischen öffentlichen Meinung mischen sich freudige Anteilnahme und Verständnis für die – meist als maßvoll bezeichnete – Reaktion der Bundesregierung mit Zweifeln und Warnungen angesichts von Perspektiven, die erneut traditionelle Ängste des kleinen Dänemark vor dem übermächtigen südlichen Nachbarn wachrufen.

## 2) Norwegen

Auch die norwegische Regierung (Interview AM Bondevik vom 29.11.) äußert sich mit verständnisvoller Grundeinstellung zur deutschen Frage; drei Elemente bestimmen ihre Haltung:

- Es ist Sache der Deutschen, über ihre politische Zukunft zu entscheiden.
- Die Frage der Wiedervereinigung muß im europäischen Zusammenhang gelöst werden, weil der politischen Stabilität in Europa höchste Priorität zu kommt.
- Eine Lösung der deutschen Frage sollte nicht forciert werden, vielmehr sei zunächst wichtig, den Reformprozeß in der DDR unumkehrbar zu machen.

Die norwegische Presse beschreibt die durch die Entwicklungen in der DDR veränderten Perspektiven recht nüchtern und erläutert die möglichen politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Folgen.

## 3) Schweden

Der schwedische AM Andersson sagte am 12.11. in Moskau<sup>7</sup>:

„Ein vereinigtes Deutschland würde heute ein chauvinistisches Deutschland werden.“ Es könne ein Hindernis für ein neues Europa werden.

Nach halbherzigen Interpretationen und Dementis dieser Auslassungen, die in Schweden selbst kontroverse Debatten auslösten, vertrat der AM am 20.11. gegenüber einer deutschen Parlamentariergruppe eine gemäßigtere<sup>8</sup> Linie, die sich anderen europäischen Staaten annähert. Durch Schaden klug geworden, hält sich die schwedische Regierung im Augenblick mit deutschlandpolitischen Äußerungen zurück.

Die öffentliche Meinung ist zwiespältig; auf der einen Seite fürchtet man Instabilität in Europa und verstärkten wirtschaftlichen Konkurrenzdruck eines vereinten Deutschland, auf der anderen gibt es Hoffnungen, daß der wirtschaftliche Schwerpunkt Europas sich wieder stärker nach Norden verlagert und daß

<sup>5</sup> Zum Brief zur Deutschen Einheit vgl. Dok. 339, Anm. 3.

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nicht unerwartet!“

<sup>7</sup> Der schwedische Außenminister Andersson hielt sich vom 8. bis 12. November 1989 in der UdSSR auf.

<sup>8</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Lip service!“

ein schwedischer EG-Beitritt durch eine mögliche Ausklammerung der Sicherheitspolitik erleichtert werden könnte. Gibt es, v. a. auf der Linken, ideologische Vorbehalte gegenüber der Politik einer „konservativ-kapitalistischen“ Bundesrepublik, so sehen andere in der Wiederbelebung des deutschen kulturellen Erbes durch ein einheitliches, demokratisches Deutschland nicht eine Gefahr, sondern eine Chance für Europa.

#### 4) Finnland

Präsident Koivisto äußerte am 29.11. in einer Rede vor der Paasikivi-Gesellschaft die Überzeugung, die allgemeine europäische Konstellation werde sich nicht sehr schnell ändern, da zu viele starke Interessen dagegen stünden. Während Äußerungen über die Wiedervereinigung mehr noch im Westen als im Osten Unruhe hervorriefen, könnten praktische Schritte wie vertrauensbildende Maßnahmen und Verstärkung der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten den Abbau der Teilung Europas voranbringen.

AM Paasio betonte am 28.11., die deutsche Frage sei Teil des gesamteuropäischen Entspannungsprozesses. „Wir haben keinen Grund, den jetzt in Gang gekommenen Prozeß in Europa zu fürchten.“ Dies zeige auch der Zehn-Punkte-Plan des BK.

Die lebhafte öffentliche Diskussion der Entwicklung in Deutschland ähnelt denjenigen in den anderen nordeuropäischen Ländern, jedoch werden z. T. noch recht stereotype Befürchtungen (deutscher Alleingang, Neutralismus) geäußert.

### III. Wertung

Die insgesamt maßvollen<sup>9</sup> Kommentare zeigen, daß unsere Beziehungen zu den nordeuropäischen Ländern stabil und vertrauensvoll, auch in gewissem Maße belastbar sind. Der enge bilaterale Kontakt hat einen kontinuierlichen Meinungsaustausch auch über die Deutschlandpolitik ermöglicht (zuletzt etwa bei finnischem Staatsbesuch<sup>10</sup> und bei Direktorenkonsultationen mit NWG im Oktober<sup>11</sup> sowie Besuch des neuen norwegischen AM Bondevik<sup>12</sup> und Reise StM'in Adam-Schwaetzer nach Finnland im November).

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Na, na!“

<sup>10</sup> Der finnische Präsident Koivisto besuchte die Bundesrepublik vom 1. bis 5. Oktober 1989. Vgl. dazu Dok. 305.

<sup>11</sup> Im Gespräch mit dem Abteilungsleiter im norwegischen Außenministerium, Kolby, am 23. Oktober 1989 führte Ministerialdirektor Kastrup aus: „Kern der deutschen Frage sei die Freiheit, nicht die Einheit. Den Rest müsse die Geschichte entscheiden.“ Kolby erwiderte, die Bundesregierung habe auf die heikle Lage in der DDR äußerst geschickt reagiert. Auf die Frage, ob die DDR als Staat auf Dauer überleben könne, wenn sie sich reformiere, antwortete D2, dieses Problem hätte sogar der SED-Chefideologe Reinhold angesprochen, und RL 210 ergänzte, man könne auch die umgekehrte Meinung vertreten, daß die DDR ohne Reformen nicht überleben könne. K. fragte, ob kleine Schritte ausreichen, um Fluchtwelle und Opposition zu bremsen. D2 verneinte.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 222 (205), Bd. 171332.

<sup>12</sup> Im Gespräch mit dem norwegischen Außenminister Bondevik am 27. November 1989 führte Bundesminister Genscher aus: „Modrow habe von einer Vertragsgemeinschaft gesprochen und damit das besondere Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland anerkannt. Er, BM, halte dies für einen begrüßenswerten Vorschlag. Man könne z. B. gemeinsame Kommissionen schaffen, die zu praktischer Kooperation führen.“ Zur deutschen Frage erklärte Genscher: „Hierüber werde im Ausland stärker diskutiert als bei uns. Wir seien uns der Implikationen dieser Frage voll bewußt. Wir Deutschen hätten in der Vergangenheit oft im Gegensatz zu unseren Nachbarn gestanden. Wir seien mit dem Schicksal Europas enger verbunden als andere. Einen deutschen Sonderweg werde es nicht geben. Deutscher Neutralismus sei daher kein Thema. Unser Schicksal sei eingebettet in das Schicksal

Der Chauvinismusvorwurf des schwedischen AM blieb ein einzelner Ausrutscher<sup>13</sup>, den zu korrigieren die schwedische Regierung sich bemüht hat. Demgegenüber zeigen die Stimmen aus Dänemark, Norwegen und Finnland, daß Ressentiments aus der Vergangenheit in der öffentlichen Diskussion heute keine besondere Rolle<sup>14</sup> mehr spielen. Soweit Befürchtungen auftauchen, sind diese eher in die Zukunft gerichtet und betreffen das große deutsche Potential als Faktor bei der Gestaltung der künftigen politischen, auch sicherheitspolitischen, und wirtschaftlichen Ordnung Europas.

Diese Bedenken werden allerdings insofern relativiert, als man in diesen Ländern die Bedeutung der Bundesrepublik als Motor für die europäische Einigung und nicht zuletzt auch für engere Beziehungen der EG zu den EFTA-Staaten hoch einschätzt und die deutsche Frage nur im europäischen Rahmen für lösbar hält.

Leutrum

**Referat 222 (205), Bd. 178328**

## 391

### **Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

**114-15972/89 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1443**

**Aufgabe: 4. Dezember 1989, 13.40 Uhr  
Ankunft: 4. Dezember 1989, 13.52 Uhr**

Betr.: Malta-Gipfel<sup>2</sup> und weitere West-Ost-Beziehungen;  
hier: Gespräch BM-AM Baker am 3.12.89 in Brüssel<sup>3</sup>

Nach Ankunft aus Malta in Brüssel gab AM Baker – parallel zu Gespräch BK-Bush<sup>4</sup> – BM erste Unterrichtung, die auch Gelegenheit zu Meinungsaustausch

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1663*

Europas. [...] Es werde zu engeren Verbindungen zwischen West und Ost kommen. Die Frage der deutschen Einheit werde am Ende weniger dramatisch sein, als es manchen jetzt erscheine. Maßgebend sei für uns die Präambel des Grundgesetzes.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

<sup>13</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das war kein Ausrutscher!“

<sup>14</sup> Die Wörter „heute keine besondere Rolle“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Da habe ich doch erhebliche Zweifel!“

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 5. Dezember 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 vor Malta zusammen. Für die amerikanischen Gesprächsprotokolle vgl. <https://bush4library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Für ein zusammenfassendes sowjetisches Protokoll eines Teils der Gespräche vgl. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 110, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 59 und Dok. 60. Vgl. dazu auch Dok. 392 und Dok. 393.

<sup>3</sup> Für eine Zusammenfassung des Gesprächs vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 115.

<sup>4</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 3. Dezember 1989 in Laeken vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 109. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush4library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

über aktuelle Entwicklungen in der DDR und Vorschau auf Europäischen Rat<sup>5</sup>, G 24<sup>6</sup> und NATO-Außenministertreffen<sup>7</sup> bot. Baker in seiner gewohnt nüchternen Art vorgetragener Bericht über Malta vermittelte Eindruck, daß US-Seite ihrem Grundansatz treu geblieben ist (kein Rüstungskontroll- oder Verhandlungsgipfel, weite thematische Anlage, keine bilaterale Erörterung eines Europa-Konzepts), daß aber Beziehungen in ihrer ganzen Breite deutlichen positiven Impuls erfahren haben. Für jetzt konzentriert anlaufende Vorbereitungen eines Gipfels in der zweiten Juni-Hälfte 1990<sup>8</sup> sind konkrete Aufträge verabredet worden (erstes AM-Treffen in SU bereits im Januar<sup>9</sup> mit Schwerpunkt START). CW-Verhandlungen und Wiener VKSE<sup>10</sup> haben ebenfalls Impuls erhalten, letztere durch Inaussichtnahme Unterzeichnung auf Gipfelebene 1990.

Wichtig war für SU erklärte US-Bereitschaft, SU-Integration in Weltwirtschaft konkret zu fördern, ferner erkennbarer US-Verzicht, aus Schwierigkeiten in Osteuropa einseitige Vorteile zu ziehen.

Baker nannte Zentralamerika und Wiedervereinigungsfrage als diejenigen Bereiche, in denen keine generelle Übereinstimmung habe festgestellt werden können. In letztgenannter Frage beziehe sich sowjetische Sorge offensichtlich auf mögliche „überrückt“ Entwicklungen, die nicht in europäischen Kontext, besonders KSZE, eingebunden sind. Bezüglich Grenzfrage seien sowjetische Sorgen – unausgesprochen – in bezug auf polnische Westgrenze besonders deutlich.

Breiten Raum nahm Lage in SU selbst ein. Baker zeigte sich von Lösungsansätzen für Wirtschaftsprobleme nicht beeindruckt.

Im einzelnen:

### 1) Bericht über Malta

a) Baker leitete mit allgemeinen Bemerkungen ein:

Bush sei es darauf angekommen, Beziehungen in ihrer ganzen Breite zu entwickeln, einschließlich Rüstungskontrolle, Regionalfragen und bilaterale Beziehungen. Zur Charakterisierung der aufgeschlossenen Haltung von Bush benutzte Baker mehrfach den Ausdruck „he was leaning forward“. Gespräche seien sehr konstruktiv und produktiv gewesen.

Nur in zwei Fragen sei kein Einvernehmen im generellen Sinne erzielt worden, nämlich bei Zentralamerika und zur Frage der Wiedervereinigung. Gorbatschow sei über Perspektive einer Wiedervereinigung deutlich besorgt (quite concerned) gewesen und habe seine Politik bekräftigt, daß Wiedervereinigung gegenwärtig außer Frage stehe und der Geschichte überlassen werden sollte, d.h., man dürfe sich hier nicht schnell bewegen.

Präsident Bush habe deutlich gemacht, daß er eine breite Verbesserung der Beziehungen wünsche und dafür die derzeitigen Veränderungen in Osteuropa

<sup>5</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

<sup>6</sup> Zur Tagung der Außenminister der G 24 am 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 416.

<sup>7</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 14./15. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 411.

<sup>8</sup> Der sowjetische Präsident Gorbatschow besuchte die USA vom 31. Mai bis 4. Juni 1990. Vgl. dazu LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 98–102, sowie GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 96. Vgl. dazu auch <https://bush4library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu ferner AAPD 1990.

<sup>9</sup> Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich vom 7. bis 10. Februar 1990 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 173.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „VSKE“.

nutzen wolle. Zur Wiedervereinigung habe sich Bush grundsätzlich unterstützend (supportive) geäußert unter der Voraussetzung, daß sie auf Grundlage westlicher Werte erfolge.

Dieser Diktion habe SU-Seite widersprochen. Jakowlew habe sie als unzulässig abgelehnt. Östliche Seite sei gerade dabei, sie zu verwirklichen. Man hatte sich dann auf den Begriff „demokratische Werte“ verständigt (Einwurf eines Baker-Beraters: zu denen sich USA seit 200 Jahren, Sowjets seit 20 Monaten bekennen.)

Baker verneinte auf Frage BMs, daß SU gegen Verbesserung unserer Beziehungen zur DDR sei. Sie habe aber, wie schon früher, die Linie (bottom line) bei Fortbestand der DDR-Mitgliedschaft im Warschauer Pakt gezogen: Bei den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen laufe alles (anything), nicht aber bei Austritt aus dem WP.

Auf BM-Frage erläuterte Baker, daß Gorbatschow sein Interesse unterstrichen habe, nicht über Grenzänderungen zu reden. USA hätten auf Schlußakte Helsinki und dort verbrieft Möglichkeit des friedlichen Wandels<sup>11</sup> verwiesen. US-Seite habe aus sowjetischen Einlassungen das Gefühl mitgenommen – konkret sei dies nicht ausgesprochen worden –, daß sowjetische Sorgen sich nicht so sehr auf deutsch-deutsche Grenze, sondern auf deutsch-polnische Grenze beziehen.

#### b) Bush-Vorschlagsliste

- Gipfel 1990: In letzten beiden Juni-Wochen. Gorbatschow sei einverstanden gewesen.

Im Januar würden Außenminister in SU zusammentreffen mit speziellem Auftrag im Rüstungskontrollbereich: möglichst Lösung der ALCM-Frage, des Problems der nicht-stationierten Raketen und der Verschlüsselung von Telemetrie.

#### – Einbeziehung SU in internationale Wirtschaft:

- Sofortige Einleitung von Verhandlungen über Gewährung der Meistbegünstigung (dies sei Voraussetzung für spätere Aufhebung des Jackson-Vanik-Amendments<sup>12</sup>). Deutliche sowjetische Befriedigung, auch wenn substantielle Verbesserungen weniger zu Buche schlagen als politisch symbolischer Charakter. (Anbindung an sowjetische Auswanderungsgesetzgebung bleibt.)
- Einräumung Beobachterstatus für SU im GATT, allerdings erst nach Beendigung derzeit laufender Runde<sup>13</sup> 1990. Aber SU müsse bis dahin Großhandelspreisreform durchführen. US hätten Zweifel, ob dies möglich sei.
- Zehn bis zwölf Projekte für technische und wirtschaftliche Kooperation (der Begriff „Hilfe“ werde, da SU empfindlich sei, nicht mehr verwandt).
- SU-Zugang zu EXIM<sup>14</sup>-Krediten: US bereite erforderliche Gesetzgebung vor – sehr zu sowjetischer Zufriedenheit.
- Investitionsschutzabkommen: Verhandlungsaufnahme beschlossen.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Punkt I der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

<sup>12</sup> Zum „Jackson-Vanik-Amendment“ vgl. Dok. 153, Anm. 10.

<sup>13</sup> Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 236.

<sup>14</sup> Export-Import Bank of the United States.

- Menschenrechtsfragen: Lösung aller anstehenden Fälle von geteilten Familien bis Gipfel 1990 angestrebt (vierte „Null-Lösung“).
- Rüstungskontrolle: Anknüpfend an Bush-Vorschlag zu CW bei letzter VN-GV<sup>15</sup> hätten USA jetzt Bereitschaft erklärt, auf den seinerzeit gemachten Modernisierungsvorbehalt dann zu verzichten, wenn SU auf Vorschlag ein gere. SU denke offenbar ernsthaft nach. Einen Zeitplan gebe es nicht, USA strebten aber Unterzeichnung der Verpflichtung zu 80prozentiger Kürzung beim nächsten Gipfel an. Dies würde bedeuten, daß USA auf 20 Prozent ihrer jetzigen Bestände heruntergehen würden, SU ebenfalls auf dieses Niveau – was angesichts ihrer sehr viel umfangreicheren CW-Bestände deutlich asymmetrische Abrüstung bedeute.

Auf BM-Frage erklärte Baker, für Genfer CW-Verhandlungen sei kein Zeitplan in Aussicht genommen. Bartholomew ergänzte, man müsse mit einigen Jahren (a few years) rechnen angesichts der zahlreichen Beteiligten. Präsident wolle aber durch vorgeschlagene bilaterale Reduzierung den Verhandlungen deutlichen Impuls geben.

- Gipfel zur Unterzeichnung KSE-I-Abkommens im Jahre 1990: angestrebt auf Grundlage des jetzt auf dem Verhandlungstisch liegenden Vorschlags.<sup>16</sup>
- Auf BM-Frage: In diesem Zusammenhang sei nicht über die weitere Zukunft Europas, insbesondere nicht über irgend etwas, was über KSE-I hinausgehe, gesprochen worden. Man sei sehr weit entfernt gewesen von irgend etwas, was in Richtung Kondominium gehe. SU verstehe durchaus, daß USA durch die Allianz arbeiten wolle.
- START: Man wolle möglichst alle offenen Fragen bis zum Gipfel lösen oder lösungsreif machen, damit Abkommen bis Ende 90 unterzeichnet werden könne. Vorher seien auf beiden Seiten und zwischen beiden Seiten Durchbrüche nötig, wobei Baker besonders ALCM, SLCM und nicht-dislozierte Raketen nannte.
- Beim Gipfel sollten die Testverbotsverträge unterzeichnet werden.
- Nichtproliferation von Raketentechnik: US-Vorschlag, SU solle sich zur Beachtung der in den Richtlinien<sup>17</sup> festgesetzten Grenzen verpflichten.
- US-Anregung, sowjetischen Verteidigungshaushalt zu veröffentlichen (US-Haushaltsdokumente wurden als „Muster“ übergeben). AM und BM waren sich einig, daß sowjetische Angaben wahrscheinlich glaubhaft sind, daß Führung in Moskau selbst kein klares Bild von tatsächlichen Verteidigungsaufwendungen hat.
- Olympische Spiele in Berlin (auf Rückfrage: in beiden Teilen): Nicht terminierter Reagan-Vorschlag<sup>18</sup> wurde von Bush erneuert, und zwar für das Jahr 2004.

<sup>15</sup> Zu den Vorschlägen des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. September 1989 für ein weltweites Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 289.

<sup>16</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 425.

<sup>17</sup> Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA wandten seit April 1987 ein einheitliches Exportkontrollregime auf dem Gebiet der Trägertechnologie an. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 94, sowie AAPD 1988, I, Dok. 20 und Dok. 127, und AAPD 1988, II, Dok. 218.

<sup>18</sup> Vgl. dazu die „Berlin-Initiative“ des amerikanischen Präsidenten Reagan; Dok. 37, Anm. 10.

Globale Herausforderungen:

- Umweltprobleme, insbesondere globale Klimaentwicklung, sollten Schwerpunkt Bemühungen sein.
- Regionalprobleme: Umfassend erörtert mit Schwerpunkt:
- Nahost (hier besonders Libanon ausführlich. US unterstützten wie D Taif<sup>19</sup>. Frage sei, wie lange Syrien sich noch zurückhalte.)
- Afghanistan
- Zentralamerika: US-Seite habe hier erläutert, welch innenpolitisches Störpotential für positive Entwicklung amerikanisch-sowjetischer Beziehungen darin liege, daß SU nicht den ihr möglichen Druck auf Ortega und Castro ausübe, um Waffenlieferungen und damit dramatische Entwicklung in El Salvador zu verhindern. Man glaube, daß SU selbst keine Waffen liefere, aber es gingen umfangreiche Mittel (6 bis 7 Mrd. Dollar) nach Nicaragua. Wie solle US-Regierung vor diesem Hintergrund erklären, daß sie SU helfen wolle?

BM sagte auf Bitte von AM zu, bei seinem bevorstehenden Moskau-Besuch<sup>20</sup> sowjetisches Verständnis für innenpolitische Dimension dieser Frage fördern zu wollen. AM bezeichnete es als wichtig, daß SU ihr möglichen Einfluß ausübt, um auf politische Lösungen hinzuwirken.

c) Sowjetische Vorstellungen und Vorschläge

Auf Frage BMs meinte AM, hier sei „nichts völlig Neues“ gekommen:

- Marine-Rüstungskontrolle: US habe hier weiter Probleme.
- Eliminierung aller seegestützten taktischen Nuklearwaffen: Thema sei eher philosophisch, nicht in Form konkreter Vorschläge angesprochen worden. Es sei auch nicht mit VKSE verbunden worden, allenfalls gewisse Querverbindung zu VSBMs.
- KSE-AM-Treffen: wurde von SU-Seite angesprochen und würde für USA kein Problem darstellen, wenn erzielbare Fortschritte dies rechtfertigen.
- Helsinki II<sup>21</sup>: US-Reaktion sei gewesen, auf notwendige Beratungen mit Bündnispartnern zu verweisen. Eigene US-Haltung sei eher lauwarm, zunächst wolle man Wirtschaftskonferenz in Bonn<sup>22</sup> und Menschenrechtskonferenz in Kopenhagen<sup>23</sup> als konkrete Folgeveranstaltungen abwarten. US-Ansatz zu KSZE-Veranstaltungen sei grundsätzlich eher konkret, sie müßten etwas Produktives erbringen. Sollten allerdings Bündnispartner auf Helsinki II drängen, würden sich USA nicht verschließen.

BM meinte, unter Bündnispartnern gebe es positive Tendenz.

Ein Meinungsaustausch über mögliche Motive sowjetischen Interesses identifizierte folgende mögliche Gesichtspunkte: vollberechtigte Teilnahme im Welt-

<sup>19</sup> Zum Abkommen von Taif vom 22. Oktober 1989 vgl. Dok. 344, Anm. 10.

<sup>20</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Dezember 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 12–14, GORBATSCHEW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 61, sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 113.

<sup>21</sup> Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 369, Anm. 10.

<sup>22</sup> Die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

<sup>23</sup> Die zweite Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) fand vom 5. bis 29. Juni 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

wirtschaftsclub, vielleicht auch Suche nach Forum, um „Dinge wie DDR“ zu behandeln (AM). Hinweis auf Stil Gorbatschows, in Konferenzen zu operieren (Zoellick). Vollberechtigte Teilnahme SU an Gestaltung Europas (Bartholomew), aber auch der USA: SU-Interesse an Fortbestehen der Allianzen und US-Präsenz in Europa (BM) – hierzu ausdrückliche Zustimmung von AM: Sowjetische Seite habe diesbezügliches Interesse artikuliert, Bündnisse hätten 40 Jahre lang Stabilität gesichert. Versuch, die Umwälzungen durch KSZE-Struktur zu managen (Zoellick).

AM verhehlte gewisse Überraschung nicht, daß Begriff „europäisches Haus“ nur einmal von sowjetischer Seite erwähnt wurde. Dabei habe man an frühere US-Diktion angeknüpft, die sich auf Freizügigkeit bezogen habe. Jetzige SU-Äußerung habe Grenzproblematik betont: Wie könne man europäisches Haus haben, wenn die Wände laufend versetzt würden?

#### <sup>24d)</sup> Interne sowjetische Lage

Wirtschaftslage sei sehr ernst. Offenbar wisse SU nicht, was sie tun solle, und habe insbesondere keine weiterführenden Pläne. Schewardnadse sei zwar optimistisch gewesen (bei letztem Gespräch vor Malta), daß SU auch bezüglich Energieproblemen über den Winter komme. Sowjets hätten auch beim Gipfel nicht um Geld oder Nahrungsmittelhilfe gebeten, aber nachhaltig wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit begrüßt. Zugang zu internationalen Wirtschaftsgremien habe im Vordergrund SU-Interessen gestanden.

Bartholomew verwies darauf, daß keinerlei Vorstellungen zur Abschöpfung des Kaufkraftüberhangs in SU zu bestehen schienen. Zoellick registrierte, daß Gorbatschow seit Mitte 89 Wirtschaftsfragen stärkere Aufmerksamkeit widmet, aber immer noch nicht den Grundfragen, besonders dem Preissystem.

Baker war über Gorbatschows Verständnis der westlichen Wirtschaftsordnung erstaunt: Gorbatschow habe allen Ernstes behauptet, daß es in USA praktisch kein Privateigentum gäbe (worunter er offenbar verstehre, daß Fabriken etc. sich im Eigentum einer einzigen Person befinden müßten).

Zoellick spekulierte, daß SU die mit Privateigentum verbundenen ideologischen Probleme dadurch zu umgehen versuchen könnte, daß Aktienbesitz nicht als Privateigentum angesehen werde.

Gemeinsame Analyse BM und AM der Ernährungsprobleme, insbesondere Verteilung und Transport, stimmte überein.

#### e) Aus Diskussion über Malta-Gespräche ist festzuhalten:

BM kam zurück auf Grenzfrage, zu der US-Seite zutreffend auf den „friedlichen Wandel“-Vorbehalt in Schlußakte verwiesen habe. BM erinnerte in diesem Zusammenhang an Verhandlungsgeschichte der Schlußakte: Bundesregierung habe 1974 auf zwei wichtige Positionen Wert gelegt:

- Einbeziehung eines Streifens sowjetischen Territoriums in Anwendungsbereich von vertrauensbildenden Maßnahmen.
- Vorbehalt friedlichen Wandels.

In Gesprächen sei Gromyko klargemacht worden, daß auf unserer Seite damit deutsch-deutsche Grenze gemeint sei: Es müsse in der Souveränität zweier Staaten

<sup>24</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1444 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

ten liegen, ihre gemeinsame Grenze abzuschaffen.<sup>25</sup> Dies sei unser Verständnis von friedlichem Wandel. Gromyko habe erklärt, SU würde dieser Formulierung niemals zustimmen. Bundesregierung habe dafür auch nicht Unterstützung ihrer Verbündeten. Gromyko habe insofern recht gehabt, als Verbündete bis dahin das Prinzip der Unverletzlichkeit von Grenzen ohne Vorbehalt friedlichen Wandels zu akzeptieren bereit gewesen seien. Nach Gesprächen mit Bündnispartnern, in denen deren Unterstützung erlangt worden sei, habe man sowjetischer Seite deutlich gemacht, daß ohne entsprechende Regelung – durch die Respektierung des Briefs zur Deutschen Einheit<sup>26</sup> verdeutlicht würde – Unterschrift der Bundesrepublik Deutschland zur Schlußakte nicht geleistet werden würde. BM zog hieraus Schlußfolgerung, daß SU auch heute nicht ernsthaft bestreiten könne, daß Frage seinerzeit bereits diskutiert worden sei.

AM nahm dies interessiert zur Kenntnis und stellte mit Bezug auf Malta fest, daß dort keine spezifische Diskussion darüber stattgefunden habe, welche Grenze aus sowjetischer Sicht wichtiger sei, die deutsch-deutsche oder die deutsch-polnische. Nach seinem Gefühl wollten Sowjets überhaupt nicht über irgendeine Grenze reden. Nach ihrer Meinung sei auch Diskussion über deutsch-deutsche Grenze „verboten“, deutsch-polnische Grenze sei für sie aber letztlich sicher wichtiger. Jedenfalls wollten Sowjets jedes forcierte Vorgehen, das gefährlich werden könnte, ausschließen. Es sei das Bild gebraucht worden von der „Vergiftung durch Genuß unreifer Früchte“. Insgesamt hätten sowjetische Äußerungen aber nicht den Eindruck gemacht, daß sie Thematik voll durchdacht hätten, wohl aber, daß sie sie nicht als „reif“ für konkrete Behandlung ansehen. Baker schloß ab: Jedenfalls würden Sowjets nie eine Änderung der deutsch-polnischen Grenze akzeptieren.

BM verwies auf seine Ausführungen vor VN-GV<sup>27</sup> und verlas Wortlaut, der durch Resolution des Deutschen Bundestages am 8.11.<sup>28</sup> mit großer Mehrheit indossiert worden sei. Dies wolle er auch in Moskau wiederholen, weil darin die Versicherung für SU und Polen enthalten sei, daß Frage der deutsch-polnischen Grenze nicht erneut aufgeworfen werde.

AM bezeichnete es als sehr wichtig, daß BM dies tue, da auf sowjetischer Seite erkennbare Aufregung bestehe.

BM erläuterte, Klarheit in dieser Frage liege auch deshalb in unserem eigenen Interesse, weil Polen sonst an die Seite der SU gedrängt und vielleicht sogar ein Verbleiben der Roten Armee anstreben würde.

## 2) Entwicklung in DDR

BM bezeichnete Entwicklung als dramatisch.

Fundamentaler Führungswechsel<sup>29</sup> habe auch das Ziel, Position der SED im Land zu verbessern und mit neuen Gesichtern neue Politik zu machen. Es sei

<sup>25</sup> Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15. September 1974 auf Schloß Gymnich, am 26. September 1974 in New York sowie am 30. Oktober 1974 in Moskau; AAPD 1974, II, Dok. 263, Dok. 277 und Dok. 316.

<sup>26</sup> Zum Brief zur Deutschen Einheit vgl. Dok. 339, Anm. 3.

<sup>27</sup> Zu den Äußerungen von Bundesminister Genscher vor der VN-Generalversammlung am 27. September 1989 in New York vgl. Dok. 299, Anm. 3.

<sup>28</sup> Zur Entschließung des Bundestags vom 8. November 1989 vgl. Dok. 353, Anm. 6.

<sup>29</sup> Zum Rücktritt der SED-Parteiführung am 3. Dezember 1989 vgl. Dok. 395.

für uns nicht absehbar, wie neue Parteistruktur aussehen werde. Möglicherweise werde sich SED, wenn sozialdemokratische Traditionen nach Zwangsvereinigung lebendig geblieben seien, in ihre ursprünglichen Komponenten aufspalten.

Auf Frage AMs nach Ausgang eines DDR-Referendums über Wiedervereinigung in Prozenten zum gegenwärtigen Zeitpunkt bezeichnete BM ein Urteil als kaum möglich. Im Vordergrund stehe heute Forderung nach Demokratie und freien Wahlen. BM hatte aber keine Zweifel, daß es allgemeine Auffassung auch in der DDR sei, daß die deutschen Staaten in langfristiger Entwicklung zusammenkommen. Weiterer Gang hänge stark davon ab, ob wirkliche Reformen unternommen würden. Falls nicht, werde großer Druck auf Wiedervereinigung entstehen.

Gespräch war Gelegenheit für BM, Baker einige – diesen offenkundig sehr interessierende – Informationen über jüngere und jüngste Geschichte Mitteldeutschlands und der DDR zu geben.

### 3) Westliche Institutionen

a) AM bezeichnete es als wichtig, wie sich Institutionen des Westens (NATO und EG), aber auch KSZE auf sich abzeichnende Veränderung europäischer Ordnung einstellten. Dabei müsse besonders deutsches Interesse an voller west-europäischer Integration dargelegt werden.

BM stimmte zu, daß EG-Integration mindestens gleiche Dynamik zeigen müsse wie der dynamische Prozeß in Mittel- und Osteuropa. EG-Dynamik wirke schon jetzt positiv, indem sie Beispiel für enge, friedliche und dem gegenseitigen Nutzen dienende Zusammenarbeit von Demokratien gebe. Bevorstehender Europäischer Rat in Straßburg sei vor Hintergrund der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa von historischer Bedeutung. Er müsse doppeltes Signal geben:

- Fortschritt der EG-Integration,
- Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa.

Reihenfolge verdeutlichte Prioritätenfolge.

Für Partner der Bundesrepublik Deutschland sei Straßburg aber auch unter dem Gesichtspunkt wichtig, ob dort weiteres deutsches Engagement für europäische Integration dokumentiert werde (ausdrückliche Zustimmung von AM Baker).

Zur Haltung Mitterrands stellte BM fest, daß er deutsche Position in Straßburg als Testfall für deutsche Haltung ansehe, daß er aber auch – bei Fortschritt in Integration – an der Seite der Deutschen stehe, wenn es um stärkere Einbeziehung aller Deutschen in die europäische Zusammenarbeit gehe.

Mit Zustimmung AMs zeigte sich BM auch davon überzeugt, daß auch SU Interesse an weiterer Integration der Bundesrepublik Deutschland in EG habe.

b) BM und AM waren sich in Beurteilung der auf dem Wege zur monetären Union anstehenden Sachfragen (insbesondere Status und Struktur einer europäischen Zentralbank) einig.

BM bezeichnete es als wichtig, das Dezember AM-Treffen in der NATO zu nutzen, um deren politische Dimension und ihre Bedeutung für Verbindung USA-Europa stärker – auch gegenüber der Öffentlichkeit – zu verdeutlichen. Allianz gehe weit über Verteidigungsdimension (Baker gebrauchte später den Ausdruck „Sicherheitsdimension“) hinaus, indem sie stabilisierend wirke und Perspektive für friedliches Zusammenleben in Europa verfolge. NATO-Treffen vorausgehen-

des Vierertreffen<sup>30</sup> sei besonders wichtig. Man solle sich für Erörterung der West-Ost-Fragen viel Zeit nehmen.

AM stimmte in allen Punkten zu und regte an, politische Dimension der NATO im Kommuniqué sogar vor Behandlung der West-Ost-Veränderungen anzusprechen (Zustimmung BM).

c) Zur G24 zeigte sich Baker besorgt, daß Stabilisierungsfonds von 1 Mrd. Dollar für Polen<sup>31</sup> nicht tatsächlich, sondern zum Teil nur auf dem Weg über Exportkredite verfügbar sei. Er unterstrich auch symbolische Bedeutung des Stabilitätsfonds für Polen. Es sei daher wichtig, bei G24 volle Verpflichtung aller Geber zu erreichen. Nachdem BM feste deutsche Verpflichtung unterstrichen hatte, verwies AM darauf, daß von USA zugesagte 200 Mio. Dollar voll als Zuschuß gewährt würden, während deutsche Darlehen sei.

BM warnte in bezug auf Ungarn davor, Hilfszusagen bis zu den Wahlen zurückzustellen. Ungarn brauche jetzt Hilfe.

AM war mit Stand des IMF-Programms nicht vertraut und sagte Prüfung zu.

4) Gespräch, an dem sich auf US-Seite auch innerer Beraterkreis von Baker (besonders Zoellick und Ross sowie Bartholomew) beteiligte, fand in sehr offener und freundschaftlicher Atmosphäre statt.

[gez.] Ploetz

**VS-Bd. 13041 (204)**

## 392

### Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

**VS-NfD**

**Fernschreiben Nr. 1446**

**Citissime nachts**

**Aufgabe: 4. Dezember 1989, 19.39 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 4. Dezember 1989, 20.01 Uhr**

Betr.: NATO-Rat auf Ebene der Staats- und Regierungschefs in Brüssel am  
4.12.89<sup>2</sup>;

hier: Malta-Gipfel<sup>3</sup> und West-Ost-Beziehungen

<sup>30</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Hurd (Großbritannien) am 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 408.

<sup>31</sup> Zu dem geplanten Stabilisierungskredit für Polen vgl. Dok. 330, Anm. 9.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Drautz, Brüssel (NATO), konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 6. Dezember 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Legationsrätin I. Klasse Storz-Chakarji vermerkte: „Bitte [Kopie] der Bush-Äuß[erung] zu D[eutschland]-Frage.“

Hat Storz-Chakarji vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“

<sup>2</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz vgl. auch Dok. 393.

<sup>3</sup> Zum Treffen des amerikanischen Präsidenten Bush mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2./3. Dezember 1989 vgl. auch Dok. 391.

Bezug:<sup>4</sup>

I. 1) Nachmittagssitzung des NATO-Rats stand im Zeichen einer zweiten umfassenden Äußerung Präsident Bushs „Future shape of the new Europe“.<sup>5</sup> Ausgehend vom klaren Bekenntnis zu den Grundwerten des Bündnisses, setzte er sie in Beziehung zu den Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Er begrüßte die „friedliche Revolution“ und sprach sich für die Selbstbestimmung der Deutschen aus (Wortlaut vgl. Anlage). Nach seiner Ansicht geschieht jetzt das, was die NATO noch im Frühjahr als ihr ureigenstes Ziel deklariert hat, die Überwindung der schmerzlichen Teilung Europas.<sup>6</sup> Präsident Bush unterstrich allerdings, daß eine Vereinigung („unification“) Deutschlands im Kontext der Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der NATO, der EG und den Alliierten geschehen müsse. Er unterstrich das amerikanische Interesse an einer friedlichen, graduellen und Schritt-für-Schritt-Entwicklung („peaceful, gradual and step by step“). Hinsichtlich der Grenzen in Europa wiederholte er die Grundsätze, die in der Schlußakte von Helsinki<sup>7</sup> niedergelegt sind.

Die Rolle der NATO muß nach Ansicht Bushs in der Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Reform in Osteuropa bestehen mit dem Ziel der Versöhnung zwischen Ländern Ost- und Westeuropas. Diese Mission verdeutlichte ursprüngliche Rolle der NATO als politische Allianz, neben der sie traditionelle Aufgabe der Aufrechterhaltung der Sicherheit und des Friedens in Europa nicht vernachlässigen dürfe. In dieser Perspektive müßten Erwartungen und Realitäten immer wieder kritisch überprüft werden. Präsident Bush unterstrich feierlich, daß die USA ihre militärische Präsenz in Europa aufrechterhalten werden, solange die Partner dies als Teil gemeinsamer Sicherheitsanstrengung wünschten. Die USA würden eine europäische Macht bleiben.

Im Hinblick auf die Wiener Verhandlungen<sup>8</sup> kritisierte Bush, daß Potential bisher nicht ausgeschöpft sei. Er rief dazu auf, die derzeitigen Möglichkeiten zu nutzen und die militärischen Gegebenheiten dem politischen Klima anzupassen, d.h. die Armee der SU aus Osteuropa herauszudrängen und das Risiko eines Überraschungsangriffs und einer Aggression substantiell zu reduzieren. Engstirniges Eigeninteresse dürfe kein Hindernis beim Fortschritt der Verhandlungen sein.

Im Zusammenhang der KSZE rief Bush dazu auf, die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Korb II) stärker zu entwickeln, um den Übergang

<sup>4</sup> So in der Vorlage.

<sup>5</sup> In der Nachmittagssitzung am 4. Dezember 1989 in Brüssel äußerte sich der amerikanische Präsident Bush außerdem zu den VKSE sowie zum Fortgang des KSZE-Prozesses. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1445 des Botschafters von Ploetz, Brüssel (NATO), vom selben Tag; Referat 212, Bd. 158559. Für den Wortlaut der Erklärung von Bush vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 1644–1647.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

Vgl. dazu ferner das Gesamtkonzept der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vom 29. Mai 1989; [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_23553.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23553.htm). Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356. Zur Konferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>8</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 425.  
Zu den VSBM vgl. Dok. 430.

von Planwirtschaften zu freien Marktwirtschaften in Osteuropa zu fördern. KSZE überbrücke sowohl die Teilung Europas wie die durch Atlantischen Ozean. Ihre Struktur könne viel zur künftigen Architektur Europas beitragen.

Präsident Bush anerkannte die vitale Rolle der Europäischen Gemeinschaft in einem „neuen Europa“.

Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Verpflichtungen der 24 beim Weltwirtschaftsgipfel<sup>9</sup>, Polen wirtschaftlich zu helfen. Die EG könne diese Bürde nicht allein tragen, die USA seien im Zeichen des neuen Atlantizismus bereit, ihren Beitrag zu liefern. Die transatlantische Partnerschaft könne die Architektur für ein „neues Europa“ schaffen.

2) Während die übrigen Partner dem BK-Vorschlag zu folgen bereit waren, die kraftvollen und positiven Aussagen Bushs als Schlußwort zu akzeptieren, intervenierte PM Andreotti zur deutschen Frage. Er verwies auf Problematik des Selbstbestimmungsrechts im Zusammenhang mit Deutschland. Wolle man es auch Litauen, Lettland und Estland so gewähren, daß sie „morgen souverän sind“? Man könne das Selbstbestimmungsrecht nicht aus dem Zusammenhang der Schlußakte von Helsinki isolieren, die ein ausgewogenes System darstelle. Wenn Frage der Wiedervereinigung gestellt werde, dann ergebe sich das Risiko, in einem schwierigen politischen Umfeld den Eindruck zu vermitteln, diese Frage könne sofort oder fast sofort gelöst werden. Zumal dann, wenn der Eindruck bestehe, daß die Mauer durch eine Volksbewegung viel leichter und schneller als durch geduldige Diplomatie überwunden werden könne. Andreotti mahnte dazu, behutsam vorzugehen und sich die Zeit zur Prüfung aller Probleme zu nehmen, damit die Ereignisse sich nicht den Regierungen entzögen.

3) BK erinnerte daraufhin daran, daß Wiedervereinigung oder Konföderation in der Bundesrepublik Deutschland nicht im Zusammenhang mit einem Zeitplan behandelt würden. Darüber spreche man eher im Ausland, wo man die Problematik in Deutschland, einschließlich ihrer emotionalen Aspekte, nicht voll in Rechnung stelle.

BK unterstrich den Realitätssinn und das Verantwortungsbewußtsein der Deutschen. Jüngste Demonstrationen in der DDR in Form von Menschenketten aus 1,5 Millionen Bürgern machen dies deutlich, bringen aber gleichzeitig auch die Meinung der Bevölkerung klar zum Ausdruck. In Erwartung von freien Wahlen in der DDR innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahre habe sein Zehn-Punkte-Vorschlag<sup>10</sup> folgendes vorgeschlagen:

- Bildung einer Anzahl von gemeinsamen Institutionen, wie sie zwischen Nachbarn völlig normal seien und im Verhältnis zu anderen Nachbarn (CH, B, NL, F, DK) längst vorhanden seien.
- Nachdenken über konföderative Züge, nicht schon über Konföderation.
- Beachtung der Sicherheitsaspekte, auch wenn es – eine Abstimmung heute würde dies verdeutlichen – Wille vieler Deutscher sei, zusammenzugehören.

<sup>9</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 vgl. Dok. 231.

<sup>10</sup> Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

Aber niemand nenne hier kurzfristige Termine. Zur Verwirklichung dieses Ziels gehöre, wie Präsident Bush gesagt habe, Beachtung der Sicherheitsimplikationen. Wer Abrüstung wolle, tue nichts, was diese hemmen könnte. Wer Frieden wolle, müsse auch Gerechtigkeit walten lassen.

BK unterstrich Entschlossenheit, bestehende Institutionen im Westen zu festigen. Er legte nachdrückliches Bekenntnis zur Allianz ab und erinnerte daran, 1983 seine politische Existenz mit Allianzfrage verbunden zu haben. Ebenso klares Bekenntnis legte BK zu europäischer Integrationspolitik ab und sprach Erwartung aus, daß alle übrigen Partner mit der gleichen Entschlossenheit zum Straßburger Gipfel<sup>11</sup> kommen würden.

BK lehnte Politik der Experimente ab, er wandte sich gegen jede Destabilisierung der NATO, die unsere Sicherheit gewährleiste, und der EG, die uns Wohlstand gebracht habe. BK sprach sich für eine Politik der stabilen Entwicklungen aus, bat aber gleichzeitig um Verständnis, daß – angesichts sehr emotionaler Situation in Deutschland – Anstrengungen erforderlich seien, damit Entwicklung vernünftig ablaufe. Grundhaltung der Deutschen könne für niemanden überraschend gewesen sein. Auch wenn Frage der Wiedervereinigung heute nicht operativ auf der Tagesordnung stehe, sei er, BK, optimistisch, daß die Zukunft für uns arbeite.

4) PM Lubbers äußerte großes Verständnis für Deutschland und identifizierte sich voll mit Bush-Analyse dieses Problems. Zustimmung BKS hierzu habe daher nicht überrascht. BK habe die Perspektiven für die deutsche Bevölkerung, d.h. Perspektiven für die Zukunft, überzeugend dargelegt. Italienischer PM übersehe vielleicht psychologische Aspekte der „Heilung Europas“, die jetzt im Gange sei. Dies habe vielleicht damit zu tun, daß Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch die Deutschen, die in den beiden Staaten lebten, mit einem weiter definierten Begriff des deutschen Volkes (d.h. über diesen Bereich hinaus) in Verbindung gebracht werde.

5) PM Thatcher zeigte Verständnis für italienischen Versuch, Anwendung des Begriffs Selbstbestimmungsrecht – und seine Grenzen – zu verdeutlichen. Sie registrierte auch dankbar, daß BK keinen Zeitplan mit seinem Vorschlag verbunden habe und sein Festhalten an NATO und EG bekräftigt habe. Die Bush-Äußerungen seien so fundamental, daß man hierauf nicht sofort antworten könne, man solle sie sehr sorgfältig prüfen.

6) GS<sup>12</sup> schloß diesen Punkt ab mit der Aufforderung, den „ausgezeichneten Rahmen“, den Bush-Formulierungen böten, auch in Äußerungen gegenüber Öffentlichkeit zu nutzen. Im übrigen appellierte er an Staats- und Regierungschefs, HLTF-Arbeit auch in Hauptstädten zusätzliche Unterstützung (mehr Personal) zukommen zu lassen, um in Wien zügig voranzukommen.

7) Aus den Ausführungen der übrigen Partner am Nachmittag (NL, NWG, LUX) ist festzuhalten, daß übereinstimmend die positive Rolle des Europarates gewürdigt wurde. Er könne bei der Heranführung und Integration der sich entwickelnden osteuropäischen Demokratien an die vom Europarat repräsent-

<sup>11</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

<sup>12</sup> Manfred Wörner.

tiererten Werte gute Dienste leisten und solle deshalb allen Interessenten offenstehen.

[gez.] Ploetz

Folgt Anhang

Bush zur Deutschlandfrage vor NATO-Rat am 4.12.89:

- „The first principle for Europe's future: Overcoming the division of Europe through freedom.
- In any time of great change, it is good to have firm principles to guide our way. Our governments committed themselves again in May to seek an end to the painful division of Europe. We have never accepted this division. The people of every nation have the right to determine their own way of life in freedom.
- Of course, we have all supported German reunification for four decades. And in our view, this goal of German unification should be based on the following principles:
  - First, self-determination must be pursued without prejudice to its outcome. We should not at this time endorse nor exclude any particular vision of unity.
  - Second, unification should occur in the context of Germany's continued commitment to NATO and an increasingly integrated European Community, and with due regard for the legal role and responsibilities of the Allied powers.
  - Third, in the interests of general European stability, moves towards unification must be peaceful, gradual and part of a step-by-step process.
  - Lastly, on the question of borders we should reiterate our support for the principles of the Helsinki Final Act.
- An end to the unnatural division of Europe, and of Germany, must proceed in accordance with and be based upon the values that are becoming universal ideals, as all the countries of Europe become part of a Commonwealth of Free Nations. I know my friend Helmut Kohl completely shares this conviction.“

**Referat 210, Bd. 140779**

**Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO),  
an das Auswärtige Amt**

**VS-NfD**

**Fernschreiben Nr. 1447**

**Citissime nachts**

**Aufgabe: 4. Dezember 1989, 22.02 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 4. Dezember 1989, 22.22 Uhr**

Betr.: Malta-Gipfel und weitere West-Ost-Beziehungen;  
hier: NATO-Rat in Brüssel am 4.12.89 auf Ebene der Staats- und  
Regierungschefs<sup>2</sup>

Im Anschluß an Malta-Begegnung mit Gorbatschow unterrichteten Präsident Bush den Bundeskanzler<sup>3</sup> und AM Baker den Bundesaußenminister noch am 3.12. in parallelen Abendessen bilateral über Gesprächsergebnisse (DB über AM-Gespräch wurde bereits 201 übermittelt<sup>4</sup>), bevor sie am 4.12. NATO-Rat auf Ebene der Staats- und Regierungschefs (übliche Beteiligung, Ausnahme Spanien) unterrichteten. Über fünfstündige Begegnung wurde – von allen Teilnehmern begrüßt – zu intensiven Konsultationen über West-Ost-Lage, Rüstungskontrollfragen, transatlantisches Verhältnis und künftige Sicherheitsarchitektur Europas genutzt. Deutsche Frage nahm dabei viel Raum ein. Sie wurde mit speziellem Verständnis für unsere Interessenlage behandelt. Dabei wurden gewisse Reserven gegenüber zu schnellem und konkretem Vorgehen erkennbar, denen gegenüber BK auf Einbindung der deutschen Frage in europäischen Kontext (deutsche Frage kann nur unter europäischem Dach gelöst werden) und bewußten Verzicht auf jeden Zeitplan im Zusammenhang mit seinen Zehn Punkten vom 28.11.<sup>5</sup> verwies. Neben Bush berichteten auch Andreotti und Mulroney über ihre kürzlichen Begegnungen mit Gorbatschow.<sup>6</sup>

In Beratungen kam – noch stärker als beim Mai-Gipfel<sup>7</sup> – übereinstimmendes Interesse an Erfolg der Reformbewegungen in Mittel- und Osteuropa und der

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20 und 26.

<sup>2</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz vgl. auch Dok. 392.

<sup>3</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 3. Dezember 1989 in Laeken vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 109. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

<sup>4</sup> Für den Drahtbericht Nr. 1443 des Botschafters von Ploetz, Brüssel (NATO), vom 4. Dezember 1989 vgl. Dok. 391.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

<sup>6</sup> Der kanadische Ministerpräsident Mulroney hielt sich vom 20. bis 25. November 1989 in der UdSSR auf. Für das sowjetische Protokoll seines Gesprächs mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. November 1989 in Moskau vgl. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 106. Gorbatschow besuchte Italien vom 29. November bis 1. Dezember 1989. Für das sowjetische Protokoll seines Gesprächs mit dem italienischen Ministerpräsidenten Andreotti am 29. November 1989 in Rom vgl. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 57.

<sup>7</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156. Vgl. dazu auch die Erklärung; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

Vgl. dazu ferner das Gesamtkonzept der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung; <https://www>.

SU zum Ausdruck. Von Präsident Bush aufgezeigte konkrete Perspektive, 1990 zu einem Jahr konkreter Abrüstungsschritte in allen Bereichen (bilaterale Abkommen über START und CW-Reduzierung, KSE) zu machen, wurde von allen Bündnispartnern mit Nachdruck begrüßt.

Gewachsene Verantwortung europäischer Bündnispartner, besonders EG, war umstritten. Bevorstehendem Europäischen Rat in Straßburg<sup>8</sup> wurde deshalb wichtige Rolle zugewiesen, desgleichen unter EGK-Federführung stattfindender Sitzung der G24<sup>9</sup>.

Präsident Bush legte in seinem Schlußwort nachdrückliches Bekenntnis zur Allianz ab und betonte feierlich US-Bereitschaft, so lange mit Truppen in Europa zu bleiben, wie europäische Partner dies wünschten.<sup>10</sup>

Im einzelnen:

- 1) GS<sup>11</sup> leitete dritte NATO-Gipfelkonferenz innerhalb von 18 Monaten<sup>12</sup> und – dies ist Premiere – zweite Gipfelkonferenz innerhalb eines Jahres mit Feststellung ein, Tagung beweise Vitalität der Allianz in ihrem Hinwirken auf Veränderung in Europa. Frage nach seiner künftigen Architektur stelle sich viel schneller als erwartet. Aufgabe und Chance der Allianz sei, eine solche neue europäische Ordnung zu „erfinden“ (gemäß Mitterrand-Formulierung).
- 2) Präsident Bush berichtete über Malta-Gespräche. Sie seien – bei Terminplanung unvoraussehbar – angesichts dramatischer Entwicklungen in Ost- und Zentraleuropa von großer Aktualität gewesen.

Amerikanisch-sowjetischen Beziehungen habe durch Gespräch neuer politischer Impetus gegeben werden sollen. Dies sei gelungen. Nach US-Einschätzung sei Zeit gekommen, bei Restrukturierung und Entwicklung der SU-Wirtschaft zu helfen, die sich in<sup>13</sup> verzweifelter Lage befindet. Das Wesentliche müsse durch SU selbst bewerkstelligt werden, aber USA und Westen könnten fortgesetzte Reform unterstützen und Wechselwirkung zwischen SU und Weltwirtschaft fördern. Daher habe man sich zum Ziel gesetzt, bis zum Gipfel 1990 (zweite Juni-Hälfte<sup>14</sup>) mit Verhandlungen über Gewährung der Meistbegünstigung zu beginnen. Wenn SU-Gesetzgebung über Emigration rechtzeitig abgeschlossen sei, könne Jackson-Vanik-Amendment<sup>15</sup> dann aufgehoben werden. USA befürworteten auch Gewährung des Beobachterstatus für SU im GATT, sobald Uruguay-Runde<sup>16</sup> beendet sei. Zur Erweiterung der bilateralen technologischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei Papier mit zahlreichen konkreten Vorschlägen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1677*

nato.int/cps/en/natohq/official\_texts\_23553.htm. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

9 Zur Tagung der Außenminister der G 24 am 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 416.

10 Für den Wortlaut der Erklärung des amerikanischen Präsidenten Bush am 4. Dezember 1989 in Brüssel vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 1644–1647.

11 Manfred Wörner.

12 Am 2./3. März 1988 fand in Brüssel eine NATO-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 75.

13 Korrigiert aus: „die in“.

14 Der sowjetische Präsident Gorbatschow besuchte die USA vom 31. Mai bis 4. Juni 1990. Vgl. dazu LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 98–102, sowie GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 96. Vgl. dazu auch <https://bush4library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu ferner AAPD 1990.

15 Zum „Jackson-Vanik-Amendment“ vgl. Dok. 153, Anm. 10.

16 Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 236.

übergeben worden. USA seien auch bereit, für SU-Zugang zu EXIM<sup>17</sup>-Krediten erforderliche Gesetzgebung einzuleiten.

Über Rüstungskontrolle habe es keine Verhandlungen gegeben, wohl aber sei Verhandlungen ein politischer Schub vermittelt worden:

- START: Außenminister sollten bereits im Januar in SU<sup>18</sup> konkrete Fragen (ALCM, nicht-dislozierte Raketen, Telemetrie-Verschlüsselung) lösen. Gorbatschow habe Vorschlag gern zugestimmt.
- VKSE: USA habe vorgeschlagen, noch 1990 Unterzeichnungsgipfel in Wien abzuhalten. Abschluß Wien sei aus US-Sicht Priorität. Man müsse Anstrengungen in Richtung auf dieses Ziel verdoppeln. Alle Verhandler sollten entsprechende Weisungen erhalten. Gorbatschow fühle sich KSE-Prozeß politisch stark verpflichtet, habe aber keine konkreten Vorschläge gemacht. Spekulationen über „große Überraschung“ in Malta hätten sich als gegenstandslos erwiesen. Gorbatschow habe aber vorgeschlagen, nach den jetzt verhandelten Reduktionen der Boden- und Luftruppen die Rüstungskontrolle über Seestreitkräfte zu beginnen. Hier habe er das Verbot taktischer seegestützter Nuklearwaffen vorgeschlagen und sowjetische Interessenlage aufgrund ihrer „Umzingelung“ durch US-Seestreitkräfte nachzuweisen versucht. US-Position sei unverändert.
- CW: Bush unterstrich sein fortdauerndes persönliches Engagement und erläuterte, daß er, anknüpfend an seinen VN-Vorschlag<sup>19</sup>, US-Verzicht auf Modernisierung (binäre CW) angeboten habe, falls SU sich bei Juni-Gipfel bilateral verpflichte, gemeinsam mit USA auf gleiches Niveau (20 Prozent derzeitiger US-Bestände) herunterzugehen.

USA hätten auch generelle, für West-Ost-Beziehungen nach vorn weisende Vorschläge gemacht, so gemeinsame amerikanisch-sowjetische Unterstützung für Abhaltung Olympischer Spiele im Jahre 2004 in Berlin (offenbar keine sowjetische Reaktion) und gemeinsames Engagement im Umwelt (Klimaveränderungs-) Bereich.

Veränderungen in, wie Bush sich stets ausdrückte, „Ost- und Zentraleuropa“ hätten vor Malta ebenfalls Spekulationen angefacht. USA seien dabei geblieben, und Gorbatschow habe dem zugestimmt, daß die Völker Europas selbst über ihre eigene Zukunft entscheiden müßten. Gorbatschow habe immer wieder (he went out of his way) unterstrichen, daß die Osteuropäer ihren eigenen Weg definieren müßten und daß SU Verbleiben von USA und Kanada in Europa wünsche. USA wollten Verbindungen zu Osteuropa vertiefen, aber – dies hätten sie deutlich gemacht – dabei nicht in irgendeiner Weise sowjetische Sicherheitsinteressen bedrohen.

Gorbatschow habe sein Interesse an Stabilität immer wieder unterstrichen und sich über Tempo der Veränderungen, nicht über deren Richtung, besorgt geäußert. Dies habe zu Diskussion über Zukunft Europas geführt. Gorbatschow habe kein Grand design vorgeschlagen, er habe auch nicht Auflösung der Allianzen gefordert, wohl aber Transformation von NATO und WP.

<sup>17</sup> Export-Import Bank of the United States.

<sup>18</sup> Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich vom 7. bis 10. Februar 1990 in der UdSSR auf. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 173.

<sup>19</sup> Zu den Vorschlägen des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. September 1989 für ein weltweites Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 289.

Besorgnis habe bei Sowjets die westliche Diktion hervorgerufen, daß Veränderungen in Osteuropa auf Grundlage „westlicher Werte“ erfolgen sollten.

<sup>20</sup>Gorbatschow habe von westlicher Arroganz gesprochen, denn schließlich handle es sich um „universelle“ Werte, denen der Osten allerdings nicht immer gefolgt sei.

Gorbatschow habe sich dann „mit beachtlichem Enthusiasmus“ mit dem von Baker vorgeslagenen Begriff „demokratische“ Werte einverstanden erklärt. Dies sei positiv.

Gorbatschow sei entschlossen gewesen in seinem Insistieren darauf, daß Geschichte zwei deutsche Staaten erzeugt habe und daß sie über weiteren Gang entscheiden müsse. Er, Bush, habe demgegenüber traditionelle Unterstützung für Selbstbestimmungsrecht der Deutschen geäußert.

Bei Regionalfragen sei SU-Rolle in Zentralamerika strittigstes Thema gewesen. Man habe Gorbatschow klar wissen lassen wollen, daß enorme sowjetische Unterstützung für Kuba und Nicaragua (über 15 Mrd. Dollar) unakzeptabel sei. Zwei Tage vor Malta-Gipfel habe Präsident von Costa Rica<sup>21</sup> mitgeteilt, kubanisches Verhalten sei für Demokratien in westlicher Hemisphäre nicht hinnehmbar. US-Seite habe – angesichts großer innenpolitischer Bedeutung – auf Thema insistiert und hoffe, Gorbatschow überzeugt zu haben, auch wenn er nichts zugesagt habe. Sowjets hätten zwar glaubhaft versichert, selbst keine Waffen an Nicaragua und Kuba zu liefern. Sie sollten aber mit allen ihnen verfügbaren Mitteln auf Sandinistas und Kubaner einwirken, damit diese ihre Politik änderten. Sowjetische Politik in Zentralamerika sei immer noch „badly out of step“ mit allgemeiner Außenpolitik. Dies könne ein großes Hindernis für Verbesserung amerikanisch-sowjetischer Beziehungen darstellen.

Gespräche seien insgesamt offen und außerordentlich nützlich gewesen undstellten einen großen Schritt vorwärts bei Gipfelvorbereitungen dar.

Gorbatschow selbst habe entschlossen und energiegeladen gewirkt, obwohl er durch Besuchsprogramm in Italien vorher stark beansprucht worden sei. Er, Bush, habe sein Verständnis für Änderung und Umfang der Herausforderungen verdeutlicht, denen Gorbatschow sich gegenübersieht, und seinen Willen unterstrichen, Gorbatschow erfolgreich zu sehen.

Die Zuversicht, die Gorbatschow ausgestrahlt habe, könne nur aus der Überzeugung stammen, die richtige Richtung zu kennen. Er sei fest verpflichtet auf Perestroika, auch wenn seine Kenntnisse von Wirtschaft und dem Funktionieren der Marktwirtschaft sehr schwach seien. Perestroika gebe die Chance, die West-Ost-Beziehungen dramatisch zu verbessern, sogar zu verwandeln.

Auch wenn Bush in seiner gemeinsamen Pressekonferenz mit Gorbatschow<sup>22</sup> seine Position als vorsichtig (cautious) beschrieben habe, habe Gorbatschow deshalb nicht gefunden, daß die USA mauerten.

<sup>20</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1448 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>21</sup> Óscar Arias Sánchez.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Pressekonferenz des amerikanischen Präsidenten Bush und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 3. Dezember 1989 an Bord des sowjetischen Passagierschiffs „Maxim Gorki“ im Hafen von Marsaxlokk/Malta vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 1625–1634. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 39–49.

Die Begegnung in Malta habe mit positiver Note geendet, ohne Euphorie oder spektakuläre Durchbrüche. Er selbst, Bush, verstehe jetzt besser, was andere westliche Führer ihm an Eindrücken über die kraftvolle Persönlichkeit Gorbatschows mitgeteilt hätten. Er sei daher entschlossen, die Zusammenarbeit mit dem Ziel fortgesetzten Wandels in der SU zu fördern.

3) PM Andreotti faßte seine Eindrücke – nach Darstellung der bilateralen Absprachen – wie folgt zusammen:

- Gorbatschow habe vorgeschlagen, die Helsinki-Plattform im Lichte der jüngsten Entwicklungen zu beleben. Er sehe dies offenbar im Zusammenhang mit Menschenrechten und Wirtschaftszusammenarbeit, aber auch mit US- und kanadischer Beteiligung an europäischer Sicherheit. Gorbatschow habe Interesse an Respektierung der Rolle der Allianzen im militärischen Bereich bekundet und Erweiterung ihrer Aktivitäten im politischen Bereich gefordert. Er habe sich positiv zu Glaubensfreiheit geäußert. Sorgen habe er bezüglich der Entwicklungen in der DDR geäußert, nachdem er die Entwicklung – eingebettet in kritische Bemerkungen über frühere Führung – insgesamt als gerechtfertigt bezeichnet habe: Ein skrupulöses Festhalten am Helsinki-Prozeß solle helfen, Probleme nach Öffnung der Grenzen zu vermeiden. Im Wirtschaftsbereich habe Gorbatschow Engagement italienischer Industrie gefordert, u. a. bei Konversion bei sowjetischer Militärindustrie. Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel habe Gorbatschow von weiterer Entwicklung der Beziehungen zwischen Israel und PLO abhängig gemacht.

Andreotti zog für West-Ost-Beziehungen folgende allgemeine Schlußfolgerungen:

- Wunsch, bei Rüstungskontrollverhandlungen so schnell wie möglich zu Abschlüssen zu kommen, besonders CW und VKSE.
- Mit Blick auf bevorstehenden strengen Winter müsse Soforthilfe an Osteuropäer ins Auge gefaßt werden, EG und USA müßten mehr und dieses schneller tun.
- Allianzen würden noch auf lange Zeit notwendig sein bei dem Übergang zu stabilerer Ordnung in Europa und zur Sicherung der Verbindung Europa–USA. Ein Dialog zwischen ihnen könne sich entwickeln. Das alte System (Jalta<sup>23</sup>) breche jedenfalls zunehmend ein.

Parallelen zur Vorkriegszeit wollte Andreotti nicht zulassen, weil Tatsache der US-Präsenz auf europäischem Kontinent grundsätzliche Differenz darstelle. Diese neue Realität müsse deutlich gegenüber der Öffentlichkeit vertreten werden.

- In bezug auf Reformergebnisse in SU und NSWP-Staaten äußerte sich Andreotti nicht sehr hoffnungsvoll. Er sprach sich aber dafür aus, diese Staaten möglichst in das Weltwirtschaftssystem zu integrieren und Interdependenzen zwischen West und Ost zu verstärken.

<sup>23</sup> In Jalta berieten vom 4. bis 11. Februar 1945 der britische Premierminister Churchill, der amerikanische Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, über die Nachkriegsordnung. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der weiteren Dokumente vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987 (Dok. 500–504). Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 183–196.

4) Kanadischer PM Mulroney zeigte sich beeindruckt davon, mit welcher Klarheit Gorbatschow seine Probleme übersieht – und mit welcher Zuversicht, fast entspannter Haltung er ihnen gegenübertritt. Größtes Problem sei offenbar die Haltung der Sowjetbürger auf allen Ebenen, deren Änderung man nicht befehlen könne.

Gorbatschow brauche und wünsche neue Beziehungen zum Westen. Insbesondere brauche er Zeit und Ruhe, seine Wirtschaft zu reformieren. Er brauche auch Hilfe, könne aber aus politischen Gründen nicht darum bitten. Mulroney forderte Bündnispartner auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, da Gorbatschow auf Signal warte, daß der Westen den Umfang seiner Probleme realisiere. Gorbatschow wolle SU in Welthandels- und -zahlungssystem integrieren, die Veränderungen in Osteuropa bejahe und fördere er.

Gorbatschow habe direkt vor westlichen Versuchen gewarnt, aus seinen Problemen Vorteile zu ziehen. Er habe mit großer Wärme über Streben nach politischem Pluralismus überall in Osteuropa gesprochen, aber mit großem Geschick SU von dieser Bewegung ausgenommen. Auch Ryschkow und Schewardnadse hätten sich diesbezüglichen Fragen entzogen.

Gorbatschow habe jede Veränderung der Allianzen oder der Strukturen in Europa (womit er offenbar Grenzen gemeint habe) als extrem gefährlich bezeichnet angesichts der Verwerfungen in Osteuropa. Er habe vor dem möglicherweise zutiefst destabilisierenden Effekt gewarnt.

Besonders besorgt sei Gorbatschow darüber gewesen, daß von deutschen Staaten Ansteckungsgefahr ausgehe, wenn einer von ihnen „durch Genuß einer unreifen Frucht“ erkranke.

Gorbatschow sei sich des großen Problems bewußt, das durch ausbleibende Befriedigung der von ihm selbst geweckten hohen Erwartungen in SU erzeugt werde.

Mulroney unterstrich seine Überzeugung, daß SU sich weiter verändern werde, unabhängig vom Schicksal Gorbatschows. Dieser steige aber langsam, so neue ukrainische Führung<sup>24</sup>, aus dem Tief (nach enttäuschem Anfangsoptimismus) auf und dürfe auch noch in fünf Jahren umfassende Machtstellung (absolute command) haben, zumal keine Gegner von Format in Sicht seien.

5) Präsident Mitterrand kommentierte Bush-Bericht in zahlreichen Punkten mit Verständnis und positiv. Zur Entwicklung in Osteuropa und dem Stichwort Ansteckungsgefahr meinte er, diese gehe von Demokratie und Freiheit aus, für deren Entfaltung Gorbatschow selbst in Moskau Voraussetzungen geschaffen habe. Die Ansteckungsgefahr werde auch nach Moskau zurückkehren, denn es sei undenkbar, daß SU dem Prozeß in Richtung Pluralismus entkomme.

In Osteuropa spiele sich die wichtigste Revolution der letzten 200 Jahre mit unglaublichem Tempo ab, und zwar – erstmalig bei einer Revolution solchen Umfangs – ohne Blutvergießen. Würde dieses beginnen, würde sich der Cha-

<sup>24</sup> Gesandter Heyken, Moskau, berichtete am 29. September 1989, in der Sitzung des ZK der KP der Ukraine am Vortag sei der bisherige Erste Sekretär Schtscherbitskij von seinen Aufgaben entbunden worden, was seit seinem Ausscheiden aus dem Politbüro des ZK der KPdSU am 20. September 1989 besiegelt gewesen sei. Nachfolger sei der bisherige Zweite Sekretär Iwaschko, der als „reformfreundlicher“ gelte. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4029; Referat 213, Bd. 147110.

rakter der Revolution ändern. Die Allianzpartner sollten hierauf vorbereitet sein.

Es sei sehr wichtig, daß Entwicklung in Osteuropa friedlich und demokratisch verlaufe. In bezug auf deutsche Frage gehe es zuerst um Demokratie. Bush habe daher zutreffend gegenüber Gorbatschow auf Selbstbestimmungsrecht verwiesen.

Dessen Ausübung sei aber mit anderen Fragen verbunden, besonders politischen Reformen. Hierzu gehöre aus unserer Sicht auch Entwicklung der EG und ihrer Beziehungen zu den Ländern in Osteuropa.

Zum Stichwort „friedlich“ verwies Mitterrand auf Kontinuität in Gorbatschows Denken, der keine Veränderung von Grenzen wünsche. Die geltenden Verträge sprächen aber nicht von „unveränderlich“<sup>25</sup>, sondern von „unverletzlich“. Bush habe Stichwort „permanent“ gegeben. Man könne fragen, wann Grenze permanent, wann sie unverletzlich und wann sie unveränderlich werde.

In Deutschland finde demokratische Entwicklung statt, und zwar friedlich. Es müsse Vorsorge getroffen werden,

- daß das Volk seinen Willen ausdrücken könne,
- wie er ausgedrückt werde,
- daß dies so geschehe, daß nicht das allgemeine Gleichgewicht zerstört werde.

Mitterrands Einschätzung der von Gorbatschow zu bewältigenden Probleme entsprach der der Vorredner.

Mit START-Zielen von Bush erklärte sich M. einverstanden, bei CW hielt er schnelleres Vorgehen für wünschenswert. Bezißlich VKSE stimmte er Konferenz 1990 zu. Er hoffte im übrigen, daß für Verhältnis zu KSZE das richtige Format gefunden würde. Mit US-Haltung zu Rüstungskontrolle bei Seestreitkräften war M. ebenfalls einverstanden.

M. warnte davor, Strukturen unserer eigenen Sicherheit aufzugeben, selbst wenn östliche Allianz von innen heraus bedroht scheine.

<sup>26</sup>) BK beglückwünschte Bush zum Malta-Treffen, der Idee hierzu, seinen Zeitpunkt und dem Ergebnis. Es sei deutlich geworden, daß ein wichtiger neuer Abschnitt der Weltgeschichte eingeleitet sei.

BK erklärte sich mit Einschätzung der Position Gorbatschows einverstanden. Klugheit gebiete, an seinem Erfolg interessiert zu sein.

Zu Realitäten, von denen auszugehen sei, gehöre Wertegemeinschaft des Bündnisses, das zu Verteidigung von Frieden in Freiheit geschlossen sei. So wichtig Notwendigkeit, Solidarität und Kohäsion 1983<sup>27</sup> beim Nachrüstungsbeschuß gewesen seien, so wichtig seien sie für die Gestaltung Zukunft.

In bezug auf Nationalitätenproblem und innersowjetische Versorgungslage und der in Mittel- und Osteuropa äußerte sich BK wie Vorredner. Er forderte Hilfsbereitschaft, auch um unser Interesse an Stabilisierung zu verdeutlichen.

<sup>25</sup> Korrigiert aus: „nicht ‚unveränderlich‘“.

<sup>26</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1449 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>27</sup> Korrigiert aus „1982“.

Zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 27, Anm. 18.

Er begrüßte die Rüstungskontrollperspektiven von Malta, die Hoffnungen vom NATO-Gipfel im Mai noch übertrafen. Es müsse alles getan werden, um 1990 in diesem Sinn zu nutzen. Dabei sei wichtig, daß westliche Seite – auch nach außen sichtbar – Initiative behalte.

BK forderte angesichts gleichermaßen schwieriger Lage in Polen und Ungarn wirksame Unterstützung. Große Risikobereitschaft beider Regierungen, unpopulären und schmerzhaften, aber richtigen Weg der Reform zu gehen, müsse honoriert werden.

In ČSSR erwartete BK weitere dramatische Veränderungen und bekundete größte Sympathie für Entwicklung. Auch hier werde Hilfe notwendig werden.

In bezug auf DDR sah BK Lage voller Hoffnung, aber auch gekennzeichnet von Gefahren. Man müsse alles tun, damit keine Destabilisierung erfolge. Durch viel zu lange Reformverweigerung habe sich Situation in der DDR ungewöhnlich kompliziert, wie jüngste dramatische Veränderungen<sup>28</sup> bewiesen.

Bevölkerung habe mit ungewöhnlicher Disziplin und ohne schrille Stimmen gehandelt, jüngster Beweis sei Millionen-Demonstration am Wochenende.

In Gang gekommener Prozeß werde ähnliche Richtung wie in Polen und Ungarn nehmen, ohne freie und pluralistische Wahlen und Einsetzung einer frei gewählten Regierung werde keine Ruhe einkehren. Es gebe keine Anzeichen, auch nicht aufgrund zahlreicher direkter Kontakte, daß Gorbatschow sich einer solchen Entwicklung in den Weg stellen werde.

Wenn Bundesregierung vom Selbstbestimmungsrecht spreche, dann im Bewußtsein, daß wir Teil Europas seien. Eine Politik in Deutschland, die die Interessen der Nachbarn nicht berücksichtigen würde, sei undenkbar. Die deutsche Frage sei eingebettet in die Entwicklung in Europa und ein wichtiger Teil der Sicherheitsinteressen im West-Ost-Zusammenhang.

Auch europäische Integration sei Teil der europäischen Entwicklung. Es sei wichtig, daß in Straßburg neuer, dynamischer Schritt getan werde. EG brauche heute mehr denn je Fortschritte. Bundesregierung gehe mit konstruktiver Haltung nach Straßburg. BK appellierte an Partner zu entsprechendem Verhalten.

Veränderungen in Mittel- und Osteuropa erfolgten vor dem Hintergrund einer stabilen und handlungsfähigen NATO und eines dynamischen Integrationsprozesses in Europa. Beides müsse bleiben. Die deutsche Frage sei nur unter europäischem Dach lösbar.

In diesem Sinne auch die Zehn Punkte vom 28.11. zu verstehen, in denen ausdrücklich auf KSZE Bezug genommen sei und die einen schrittweisen Prozeß in langen Zeiträumen, aber ohne Nennung eines Kalenders, skizzieren. In naher Zukunft eine deutsche Föderation zu erwarten, sei abwegig. Schritte in der Zukunft sollten mit großer Ruhe, Überlegung und vor allem mit Augenmaß getan werden.

BK warnte aber mit Nachdruck davor, Problem der deutschen Teilung totzuschweigen. Wichtig sei, daß alles, was hier gedacht und getan werde, friedlich verlaufe. Das Selbstbestimmungsrecht müsse für alle gelten, die NATO habe sich

<sup>28</sup> Zum Rücktritt der SED-Parteiführung am 3. Dezember 1989 vgl. Dok. 395.

bereits im Harmel-Bericht<sup>29</sup> und erneut in der Gipfel-Erklärung 89 dazu bekannt unter besonderer Bezugnahme auf deutsche Teilung (BK verfasste entsprechende Passagen).

BK versicherte, es werde keinen Alleingang der Bundesrepublik Deutschland oder der Deutschen geben. Ihre Entscheidung für westliche Wertegemeinschaft sei irreversibel und Teil der deutschen Staatsräson.

BK schloß ab mit der Bitte um – wie in der Vergangenheit – vertrauensvolle Zusammenarbeit.

7) MP Martens bekannte sich zu kurz- und mittelfristiger Hilfe für Zentral- und Osteuropa, zum Festhalten am Selbstbestimmungsrecht (wichtigerer Wegweiser denn je) und den Harmel-Prinzipien für die deutsche Frage.

8) Türkischer MP<sup>30</sup> bekannte sich zu kollektiven Anstrengungen, um Transformation in Europa evolutionär zu bewirken. Er forderte energische Rüstungskontrollpolitik und unveränderte Beiträge aller Bündnispartner zur gemeinsamen Sicherheit. Er betonte ferner Konsultationsprozeß, über europäische Zukunft müsse im Atlantischen Bündnis unter voller Teilnahme aller Bündnispartner beraten werden.

Den Platz der Türkei in der westlichen Welt wollte MP in allen Dimensionen gesichert sehen, auch in der europäischen Dimension müsse ihm Rechnung getragen werden.

9) MP Portugal<sup>31</sup> hob auf historischen Augenblick ab, in dem sich Allianzkohäsion zu bewähren habe. Nur so würden bei der Rüstungskontrolle und in den West-Ost-Beziehungen die gewünschten Ergebnisse erzielt werden können. Er bekannte sich nachhaltig zu engen Bindungen USA/Kanada und Europa in der Allianz.

10) PM Thatcher bezeichnete es als vitale Frage, wie eigene Sicherheit gefördert werden könne. Dazu sei Allianz erforderlich und amerikanische und kanadische Truppenpräsenz.

PM verband dies mit Dank an BK für seine Feststellung, daß Bundesrepublik Deutschland nichts tun werde, um Stabilität zu gefährden bei Lösung der deutschen Frage.

Zur Reformentwicklung in SU (und VRC) äußerte sich PM skeptisch, weil Verständnis für Konsequenzen von Freiheit und Demokratie sowie Marktwirtschaft (besonders Preissystem) fehle.

Allianz müsse in gegenwärtigen Grenzen fortgesetzt werden, alles andere würde Sicherheit gefährden. Visionen, die manche Leute heute hätten, seien sehr weit entfernt. Allianz müsse auch betonen, daß die beiden Bündnisse in Europa Stabilisierungsfunktion hätten und an Bedeutung gewinnen als Instrument, um Rüstungsreduzierungen auszuhandeln.

<sup>29</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

<sup>30</sup> Yıldırım Akbulut.

<sup>31</sup> Aníbal Cavaco Silva.

PM bekannte sich zur Verantwortung, zum Erfolg der Reformen in Ungarn und Polen beizutragen (auch wenn Erwartungen verfügbare Mittel überstiegen). Man müsse den Ländern über den Winter helfen, und dann – obwohl schwieriger – auf dem Wege zur Marktwirtschaft.

In bezug auf SU distanzierte sich PM von Bush: Ihre Zulassung zum GATT sei erst denkbar, wenn sie über echte Marktwirtschaft verfüge.

Zusammenarbeit in anderen Bereichen sei aber durchaus denkbar, besonders Umwelt.

PM warnte davor, COCOM („eine unserer wertvollsten Errungenschaften“) zu gefährden.

Zur Unterzeichnung von KSE im Jahr 1990 äußerte sich PM zustimmend, sofern unsere Sicherheit dies zulasse. Aber PM warnte: Unterzeichnung bedeute nicht Implementierung. Sie könne, gerade bei den enormen Abrüstungsmaßnahmen auf östlicher Seite, lange dauern. Entsprechendes gelte bei CW. SU habe nicht einmal erste CW-Vernichtungsanlage in Betrieb genommen.

PM warnte vor einseitigen Abrüstungsschritten von Allianzpartnern. Abrüstung solle nur aufgrund von Vereinbarungen mit dem Osten und aufgrund von sorgfältig ausgehandelten Vereinbarungen über die Aufteilung von Reduzierungen unter Bündnispartnern erfolgen.

11) PM Schlüter bezeichnete es nicht als weise, an den gegenwärtigen Strukturen der Sicherheit in Europa herumzuhantieren. Niemand solle einseitige Vorteile im Osten suchen.

Tragische Wendungen seien im Osten nicht ausgeschlossen. Daher solle man Reform entschlossen stärken.

12) Griechischer PM<sup>32</sup> zeigte sich ermutigt über internationale Entwicklung und einverstanden mit Grundlinie der Bush-Politik.

13) PM Island<sup>33</sup> erklärte sich zur Teilnahme an polnischem Stabilitätsfonds bereit und zeigte sich enttäuscht, daß Abrüstung bei Seestreitkräften noch nicht auf Tagesordnung steht. Er schätze wie USA Bedeutung der Seeverbindungswege – gerade in Perspektive von Abrüstung – hoch ein. Sie könnten aber gerade durch Rüstungskontrolle geschützt werden.

PM mahnte auch Engagement für Meeresreinhaltung an.

[gez.] Ploetz

**Referat 210, Bd. 140779**

<sup>32</sup> Xenophon Zolotas.

<sup>33</sup> Steingrímur Hermannsson.

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl  
mit dem jugoslawischen Präsidenten Drnovšek**

5. Dezember 1989<sup>1</sup>

Gespräch des Bundeskanzlers mit dem jugoslawischen Staatspräsidenten Dr. Drnovšek (Bonn, 5. Dezember 1989, 12.00 bis 14.00 Uhr)<sup>2</sup>

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, RL 212<sup>3</sup> (Note-taker), Dolmetscher;

auf jugoslawischer Seite: Staatspräsident Drnovšek, Außenminister Lončar, Persönlicher Referent Jefremović; Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* begrüßt Staatspräsident Dr. Drnovšek (D.) und erinnert an die Begegnung in Paris am Rande der Feiern zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution – seither habe sich in Europa und in der Welt vieles ereignet, was man mit Fug und Recht als revolutionär bezeichnen könne.

Der Bundeskanzler gibt sodann einen Überblick über unsere innere Situation: 1989 sei ein wirtschaftlich sehr gutes Jahr für uns gewesen. 1990 werde es ähnlich sein – dies wäre dann das achte gute Jahr in einer Reihe. Dabei zeige sich, daß, wenn es dem Volk schlecht gehe, das Regieren schwierig sei – aber auch dann, wenn es dem Volk zu gut gehe. Die Leute richteten sich ein, würden träge. Dies sei aber genau das, was man nicht brauchen könne, wenn es gelte, sich mit Beginn des letzten Jahrzehnts in diesem Jahrhundert für die Herausforderungen der Zukunft zu wappnen. Wir hätten, wenn wir vernünftig seien, dazu gute Chancen.

Die Entwicklung in der DDR stelle uns vor völlig neue Probleme. Ein Teil von D.'s Gesprächspartnern<sup>4</sup> habe sich vor kurzem noch mit Leuten umarmt, die heute im Gefängnis säßen!

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 11. Dezember 1989 gefertigt und am 15. Dezember 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann übermittelt. Dazu vermerkte er: „Operative Punkte sind dem Auswärtigen Amt bereits durch Übersendung von Aktenvermerken übermittelt worden.“

Hat Bächmann am 15. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Legationssekretär Reichel am 15. Dezember 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Kastrup und Ministerialdirigent Höynck an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix verfügte „m[it] d[er] B[itte] um Übernahme“.

Hat Kastrup am 15. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat in Vertretung von Höynck Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 18. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Derix am 19. Dezember 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 214, Bd. 139848.

<sup>2</sup> Der jugoslawische Präsident Drnovšek hielt sich vom 4. bis 6. Dezember 1989 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Uwe Kaestner.

<sup>4</sup> Der jugoslawischen Präsident Drnovšek traf am 5. Dezember 1989 mit Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker zusammen. Themen waren die Entwicklung in Jugoslawien, seine Rolle in der Bewegung blockfreier Staaten, seine Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften sowie zur EFTA, der Nord-Süd-Dialog und die Entwicklung in Südosteuropa. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139848.

Botschafter Eiff, z. Z. Bonn, vermerkte am 7. Dezember 1989, Drnovšek sei außerdem mit Bundestagspräsidentin Süssmuth, den Fraktionsvorsitzenden Dregger (CDU/CSU) und Mischnick (FDP),

Die Entwicklung der europäischen Integration sei im Blick auf den großen Markt 1992<sup>5</sup> sehr dynamisch. Soeben habe er Staatspräsident Mitterrand einen Zeitplan für weitere Schritte (sc. Wirtschafts- und Währungsunion) geschickt<sup>6</sup>, den man am Freitag und Sonnabend in Straßburg<sup>7</sup> beraten werde.

Was die Weltlage angehe, so stelle das Ergebnis der Begegnung bei Malta, über das Präsident Bush gestern die Verbündeten unterrichtet habe<sup>8</sup>, sehr zufrieden. Bis zum Sommer 1990 werde man in Abrüstung und Rüstungskontrolle ein großes Stück weiterkommen (START, VKSE, CW). Noch vor zwei Jahren wäre dies ein Traum gewesen!

Bei alledem gehe es ihm darum, die Lage überall zu stabilisieren, auch in der Region Südosteuropa. Die Entwicklung in Jugoslawien sei – ebenso wie die in Ungarn und Polen – wichtig auch für die Entwicklung in der DDR. Hier müsse man viel Geduld haben, mit Augenmaß vorgehen und vor allem die Stimmung nicht anheizen – doch sei seit der Offenlegung der Korruptionsfälle<sup>9</sup> die Sache schwieriger geworden.

*Drnovšek* dankt für die Gastfreundschaft und bedauert sodann, aus seinem Land nicht so positive Nachrichten mitbringen zu können. 1989 sei ein ziemlich schwieriges Jahr gewesen – und zwar in Fortsetzung einer über achtjährigen Stagnation und politisch-wirtschaftlichen Krise.

Zunächst jedoch zur internationalen Lage: Jugoslawien schätzt die Prozesse in den osteuropäischen Ländern sehr positiv ein und hoffe, daß sie erfolgreich und in stabilem Umfeld zu Ende geführt werden können.

Jugoslawien verfolge die Politik der Blockfreiheit und führe gegenwärtig den Vorsitz der Bewegung; in diesem Zusammenhang danke er dem Bundeskanzler für seine freundschaftliche Botschaft zum Blockfreien-Gipfel<sup>10</sup>. Derzeit sei Jugoslawien dabei, ein Gipfeltreffen zur Entwicklung der Nord-Süd-Beziehungen zu organisieren, und zwar gemeinsam mit Ägypten, Indien, Senegal und Venezuela. Er bitte bereits jetzt um Unterstützung der Bundesregierung, damit man einer Lösung der Probleme zwischen Nord und Süd näherkomme.

Jugoslawien interessiere sich sehr für seinen Platz im europäischen Integrationsprozeß. Das Staatspräsidium habe beschlossen, daß Jugoslawien dem Europarat beitreten solle. Ferner gehe es Jugoslawien um Annäherung an die EFTA in der Perspektive der Mitgliedschaft. Nicht zuletzt aber wolle man Annäherung an die Europäische Gemeinschaft. Zwar sei derzeit eine Vollmitgliedschaft nicht realistisch, jedoch wolle man jetzt bereits „maximale Bedingungen“ schaffen, um die Möglichkeit der Annäherung zu eröffnen. Hierbei wäre die Unterstützung des Bundeskanzlers sehr erwünscht. Keinesfalls wolle Jugoslawien hinter dem

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1687*

dem SPD-Vorsitzenden Vogel, dem ehemaligen Bundeskanzler Brandt sowie mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau zusammengetroffen. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139848.

<sup>5</sup> Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

<sup>6</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den französischen Staatspräsidenten Mitterrand vom 5. Dezember 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 111.

<sup>7</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

<sup>8</sup> Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen am 2./3. Dezember 1989 zusammen. Vgl. dazu Dok. 391–393.

<sup>9</sup> Zur Aufdeckung von Korruptionsfällen in der DDR vgl. Dok. 395, Anm. 6.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Grußbotschaft von Bundeskanzler Kohl zur neunten Gipfelkonferenz blockfreier Staaten vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad vgl. BULLETIN 1989, S. 772.

zurückbleiben, was sich jetzt zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Ländern Osteuropas anbahne. Deshalb sei man bereit, über die Öffnung des jugoslawischen Marktes zu sprechen und ein entsprechendes Verfassungssystem anzustreben. Die innerjugoslawischen Reformanstrengungen zielten darauf, die Anpassung an die Europäische Gemeinschaft zu erleichtern (Exkurs: Inflationsbekämpfungsprogramm<sup>11</sup>, IWF-Verhandlungen<sup>12</sup>). Jugoslawien verfüge heute über ziemlich große Devisenreserven, benötige aber gleichwohl die Unterstützung von IWF, Weltbank, EIB, der Europäischen Gemeinschaft insgesamt und des Pariser Clubs. Es gehe nicht nur darum, die Wirtschaft zu beleben, sondern den Reformprozeß insgesamt glaubwürdig zu machen. Erfolg auf wirtschaftlichem Gebiet werde sich auch innenpolitisch auswirken.

Der *Bundeskanzler* betont – wie bereits bei seinem Besuch in Belgrad<sup>13</sup> –, die Stabilität Jugoslawiens sei ein wichtiger Teil der Stabilität der Region und diese wichtiger Teil der Stabilität Europas. Die Gefahren, über die man bei seinem Besuch gesprochen habe – etwa Einmischung von außen, Breschnew-Doktrin<sup>14</sup> –, beständen nicht mehr. Heute gebe es andere Gefahren: Die Reformbewegung könne zur Destabilisierung führen. Er unterstreiche seine Sympathie für die Reformbewegung, jedoch müsse man versuchen, klug vorzugehen.

Auch die jugoslawischen Anliegen an die Europäische Gemeinschaft verfolge er mit Sympathie, wohlwissend, daß er hier andere Positionen vertrete als einige EG-Kollegen. Dies beginne mit der Psychologie: Die EG sei nicht ganz Europa, sondern nur ein Torso – allerdings ein wichtiger Teil, vergleichbar einem Antriebsaggregat. Die Bundesrepublik Deutschland werde alles in Richtung Integration unterstützen – schon aus deutschen Gründen! (Exkurs: Bild der Welt im Jahre 2000: drei Wirtschaftsregionen Europa/USA-Kanada/Ostasien).

Gerade weil Budapest, Wien, Belgrad genauso Europa seien wie Rom, Paris, Bonn oder Leipzig, müsse man Formen der Annäherung, auch der Assoziation suchen. Er werde hilfreich sein. Im übrigen möge D. nicht glauben, die Bundesrepublik Deutschland engagiere sich besonders für Polen und Ungarn und vernachlässige

<sup>11</sup> In einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 20. November 1989 wurde erläutert, die jugoslawische Inflationsrate betrage gegenwärtig 1600 %. Die jugoslawische Regierung habe zwar bereits Maßnahmen ergriffen, die „galoppierende Inflation“ sei jedoch „zum Haupthindernis für eine erfolgreiche Wirtschaftsreform geworden“. Ein neues Zentralbankgesetz stärke zwar die Unabhängigkeit der Nationalbank: „Sie verfügt gleichwohl noch nicht über das für eine weitgehende Steuerung der Geldmenge nötige Instrumentarium.“ Die Erfolgsaussichten der Wirtschaftsreform hingen „stark von politischen Fakten ab: unterschiedliche Reformbereitschaft in den einzelnen Teilrepubliken. In den südlichen Teilrepubliken steht die soziale Problematik stark im Vordergrund. Zudem ist es bisher nicht gelungen, einen echten gesamtjugoslawischen Binnenmarkt mit positiven Auswirkungen auf Wettbewerb und Preise zu schaffen.“ Referat 214, Bd. 139839.

<sup>12</sup> In einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 20. November 1989 wurde dargelegt, eine IWF-Mission habe im Juni 1989 Verhandlungen mit Jugoslawien über ein neues Stand-by-Abkommen in Höhe von 500 Mio. US-Dollar bei einer Laufzeit von 18 Monaten aufgenommen: „Dieses soll an ein Anpassungsprogramm gekoppelt werden, mit Schwerpunkten auf der Beseitigung von Defiziten öffentlicher Unternehmen, dem Aufbau eines funktionierenden Bankensystems, Inflationsbekämpfung durch effektivere Geld- und Fiskalpolitik. Als Folge der fehlenden Vereinbarung mit dem IWF gibt es auch noch kein neues Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club. Das bisherige ist zum 30.6.1989 ausgelaufen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139839.

<sup>13</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte Jugoslawien vom 4. bis 6. Juni 1985. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 145 und Dok. 147.

<sup>14</sup> Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

andere Freunde – im Gegenteil sei unser Interesse, daß die gesamte Reformbewegung erfolgreich sei, nicht zuletzt wegen ihrer Auswirkung auf die DDR.

*Drnovšek* dankt für die zugesagte Unterstützung. Der Bundeskanzler und D. vereinbaren, daß AM Lončar und AL2 die EG-Wünsche Jugoslawiens im einzelnen besprechen.<sup>15</sup>

D. betont, es gehe Jugoslawien nicht um massive finanzielle Unterstützung aus dem Ausland – was gebraucht werde, sei die regelmäßige Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen, der EG und dem Pariser Club, um das jetzt vorbereitete Sanierungsprogramm durchzuführen.

AM *Lončar* erläutert sodann die jugoslawischen Wünsche an die EG (gemäß einem der Kommission übergebenen Memorandum<sup>16</sup>). Zentraler Punkt ist der Wunsch nach einem 1-Mrd.-US-Dollar-Kredit, davon 300 Mio. US-Dollar von der Weltbank, 500 Mio. US-Dollar von EG-Mitgliedstaaten, 200 Mio. US-Dollar von USA/Japan/Kanada. Zweckbestimmung: Sanierung des Bankensystems.

Der *Bundeskanzler* sagt zu, sich auf dem EG-Gipfel in Straßburg für die jugoslawischen Anliegen einzusetzen. Bereits bei einem Treffen der christlich-demokratischen Regierungschefs in Salzburg<sup>17</sup> habe sich Österreich stark für die Wünsche Jugoslawiens eingesetzt.

Wichtig sei bei alledem auch, ausländische Investitionen zu gewinnen und dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

*Drnovšek* erwidert, im Augenblick würden ausländische Investoren durch zwei Dinge „weggezogen“: Hyperinflation und innenpolitische Lage, vor allem Konflikte zwischen den Teilrepubliken.

Jugoslawien biete das Bild politischer Instabilität. Die Regierung kämpfe mit allen Kräften, diese Situation zu beenden. Sie stehe in einem Wettlauf mit nationalistischen Bestrebungen zwischen den jugoslawischen Völkern. Die Lage werde erschwert durch hohe Arbeitslosigkeit, die viele Leute zu Emotionalität, zu Nationalismus verleite. Eine wirtschaftliche Konsolidierung werde dazu beitragen, die nationalen Fragen besser in Griff zu bekommen – derzeit gebe es leider noch keine zufriedenstellenden wirtschaftlichen Ergebnisse. Blieben sie weiter aus, so könne er eine Verschlechterung der innenpolitischen Lage nicht ausschließen.

<sup>15</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, notierte am 6. Dezember 1989, der jugoslawische Außenminister Lončar habe gegenüber Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, einen Finanzrahmen in Höhe von 1 Mrd. DM zur Sanierung des Bankensystems genannt: „AM De Michelis/Italien habe italienische Beteiligung in Höhe von 25% des o. a. EG-Volumens (= 125 Mio. US-Dollar) zugesagt, von uns erhoffe man 20% (= 100 Mio. US-Dollar), von Frankreich 15%. Hinsichtlich des jugoslawischen Assoziierungswunsches erhoffe Belgrad sich eine befürwortende Passage im Schlußkommuniqué des Europäischen Rates.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139848.

<sup>16</sup> Für das jugoslawische Memorandum vgl. Referat 214, Bd. 139848.  
Referat 413 vermerkte am 29. November 1989 zu dem Anfang November 1989 übergebenen Memorandum, Jugoslawien bekenne sich zu „Pluralismus und Demokratie, marktwirtschaftlichen Reformen, Inländerbehandlung für ausländische Investitionen, monetärer und budgetärer Disziplin und einem neuen Beistandsabkommen mit dem IWF.“ Für letzteres wünsche es Unterstützung sowie für ein Strukturanpassungsdarlehen der Weltbank, bei der Sanierung des Bankensystems sowie bei Umschuldungsverhandlungen mit dem Pariser Club. Ferner erbitte es u. a. zusätzliche Exportkreditgarantien, 1 Mrd. US-Dollar für Strukturanpassungsmaßnahmen sowie einen besseren Zugang für jugoslawische Agrar- und Industrieprodukte. Vgl. Referat 214, Bd. 139848.

<sup>17</sup> Am 2./3. Dezember 1989 fand ein Treffen der Europäischen Demokratischen Union statt.

Derzeit bereite man eine neue Verfassung vor, die so wichtige und schwierige Fragen wie die des politischen Pluralismus und der Beziehungen zwischen den Teilrepubliken sowie den Teilrepubliken und der Föderation lösen müsse. Dabei gebe es mehr Übereinstimmung hinsichtlich des politischen Pluralismus wie auch der Einführung des offenen Marktes und der Öffnung für die Weltwirtschaft.

Auf Fragen des Bundeskanzlers bekräftigt D., sein Land sei der Reformentwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet Ungarn voraus.<sup>18</sup>

Das Hauptproblem sei jedoch das gegenseitige Mißtrauen unter den Nationalitäten. Die Regierung und das Präsidium sahen keinen anderen Ausweg, als mit wirtschaftlichen Mitteln in den kommenden Monaten eine Wende herbeizuführen. Dies schließe eine Schocktherapie bei der Inflationsbekämpfung – in Erwartung wirtschaftlicher Besserung – ein. Noch vor Jahresende werde die Regierung ein Anti-Inflationsprogramm<sup>19</sup> vorlegen. Man mache sich aber keine Illusionen, daß das Problem damit gelöst sei: Tatsächlich gebe es einen Wettkauf mit zunehmendem Nationalismus und immer größer werdenden ethnischen Konflikten.

Der *Bundeskanzler* drückt seine Hoffnung aus, daß die geplanten wirtschaftlichen Maßnahmen greifen. Das heutige Bild Jugoslawiens nach außen wecke Besorgnis. (*Drnovšek* und AM *Lončar* pflichten bei.)

*Drnovšek* erläutert sodann spezifische jugoslawische Wünsche auf wirtschaftlich-finanziellem Gebiet:

- Erhöhung des Hermes-Plafonds von 200 auf 400 Mio. DM,
- Umwandlung des 1-Mrd.-DM-Kredits von 1974<sup>20</sup>, Rückzahlung in Landeswährung, Verwendung für Wiedereingliederungsfonds, Infrastrukturmaßnahmen usw.,
- Management-Ausbildung,
- Erhöhung des Kontingents für Werkvertragsarbeitnehmer<sup>21</sup> (vergleiche hierzu gesonderten Aktenvermerk<sup>22</sup>),

<sup>18</sup> So in der Vorlage.

<sup>19</sup> Botschafter Eiff, Belgrad, berichtete am 19. Dezember 1989, der jugoslawische Ministerpräsident Marković habe am Vortag sein Wirtschaftsprogramm für 1990 vorgestellt: „Schwerpunkt des Programms bildet ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der auf Jahresbasis die 2000-Prozent-Marke überschreitenden Hyperinflation.“ Dabei verzichtete er „weitgehend auf die üblichen Rezepte für kurzfristige Inflationsbekämpfung (Preisstopp, künstliche Wechselkurse) und tritt statt dessen die ‚Flucht nach vorne‘ an: volle Konvertibilität des Dinar, weitgehend freie Preis- und Zinsbildung, einschneidende Maßnahmen zur Beendigung der ‚Geldschöpfung‘. Um den Teufelskreis der Inflation zu durchbrechen, wird der Wert des Dinar durch Garantie eines festen Wechselkurses (7 : 1) bis Mitte 1990 an die DM gebunden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1203; Referat 214, Bd. 139839.

<sup>20</sup> Jugoslawien erhielt von der Bundesrepublik im Dezember 1972 Kapitalhilfe in Höhe von 300 Mio. DM. Vgl. dazu AAPD 1973, I, Dok. 5.

Am 10. Dezember 1974 unterzeichneten die Bundesrepublik und Jugoslawien ein Abkommen über die Gewährung von Kapitalhilfe in Höhe von 700 Mio. DM. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 363.

<sup>21</sup> Referat 513 legte am 16. November 1989 dar, die Bundesrepublik und Jugoslawien hätten am 24. August 1988 eine Vereinbarung über Werkvertragsarbeitnehmer geschlossen: „Diese Vereinbarung ermöglicht einem jährlichen Kontingent von 5000 Werkvertragsarbeitnehmern die ausländerrechtlich und verwaltungsmäßig vereinfachte Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik Deutschland.“ Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1843.

<sup>22</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner notierte am 6. Dezember 1989 zum jugoslawischen Wunsch nach Erhöhung des Kontingents für Werkvertragsarbeitnehmer, insbesondere im Bauwesen: „Der Herr Bundeskanzler äußert sich unter Hinweis auf das Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung grundsätzlich positiv.“ Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1843.

- Sichtvermerks<sup>23</sup> und Asylantenproblem (vergleiche hierzu gesonderten Aktenvermerk<sup>24</sup>).

Der *Bundeskanzler* verweist zum letzteren Thema auf die – nach anfänglichem Greifen unserer sichtvermerksbeschränkenden Maßnahmen – wieder drastisch angestiegenen Asylbewerberzahlen. Er bekräftigt seine Hoffnung, daß das Problem in Jugoslawien selbst gelöst werden könne, und regt an, daß die beiderseitigen Innenministerien – unterhalb der Ministerebene – baldmöglichst zusammenkommen, um über geeignete Maßnahmen zu beraten. Je diskreter, desto besser!

Er wolle hilfreich sein – man müsse jedoch auch sehen, daß dies für uns ein großes innenpolitisches Problem sei.

(Das Gespräch wird während des Mittagessens fortgesetzt.)

Der *Bundeskanzler* begrüßt D. und Delegation im erweiterten Kreis als guten Freund und bekräftigt erneut seine Überzeugung, daß die Reformentwicklung in Jugoslawien – genauso wie in Ungarn, Polen und der ČSSR – gut verlaufen müsse, nicht zuletzt wegen der Rückwirkungen auf die DDR, aber auch auf die Sowjetunion.

Er habe am Sonntagabend in Brüssel lange über diesen Komplex mit Präsident Bush gesprochen<sup>25</sup>. Unser Interesse sei keine Destabilisierung! Ganz falsch wäre es, eine derart labile Situation ausnutzen zu wollen. Dies wollten weder wir, noch die Amerikaner, noch die NATO insgesamt.

Andererseits sei klar, daß in den meisten Reformstaaten ein schwieriger Winter vor der Tür stehe (Exkurs: Transport- und Versorgungsprobleme der SU). Die Thematik und Hilfsmöglichkeiten würden auch Thema des EG-Gipfels in Straßburg sein – das wichtigste jedoch müsse in den Ländern selbst geschehen.

Die deutsche Frage – so der *Bundeskanzler* weiter – sei heute Hauptgesprächsthema in der Welt. Viele hätten sie für erledigt geglaubt, andere verdrängt. Nun hätten sich die Dinge in der DDR dramatisch bewegt. Bisher habe die Bevölkerung sich in ihrem Protest unglaublich diszipliniert verhalten und jede Radikalisierung vermieden. Die neu aufgedeckten Korruptionsfälle würden nun allerdings die Wut steigern, dies sei normale menschliche Reaktion (Exkurs: Verhandlungen Chef BK/MP Modrow<sup>26</sup>, eigene DDR-Reise<sup>27</sup>).

<sup>23</sup> Zur Frage der Einführung der Visumspflicht für jugoslawische Staatsangehörige vgl. Dok. 70, Anm. 2.

Referat 514 vermerkte am 15. November 1989, die am 8. März 1989 vom Kabinett beschlossene Einführung der Sichtvermerkspflicht sei noch nicht verkündet und somit noch nicht in Kraft getreten: „Nach einem kräftigen Rückgang der Asylzahlen von März 1989 (2724) bis Juni (556) infolge jugoslawischer Gegenmaßnahmen stiegen die Zahlen seit Juli (763) wieder kontinuierlich erheblich an und erreichten im Oktober 1832.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139845.

<sup>24</sup> Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, vom 6. Dezember 1989 vgl. Referat 214, Bd. 139845.

<sup>25</sup> Für das Gespräch des *Bundeskanzlers* Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 3. Dezember 1989 in Laeken vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 109. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

<sup>26</sup> Am 5. Dezember 1989 fand in Ost-Berlin ein Gespräch zwischen Bundesminister Seiters und dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, statt. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 110.

<sup>27</sup> *Bundeskanzler* Kohl besuchte die DDR am 19./20. Dezember 1989. Vgl. dazu Dok. 429.

Die wirtschaftliche Lage in der DDR sei derzeit sehr kritisch. Hier aber könne man aufgrund einer guten Grundsubstanz rasch helfen. Das Hauptproblem sei aber nicht wirtschaftlich, sondern politisch. Ohne eine Entwicklung wie in Ungarn oder Polen werde es keine Ruhe geben und die Zahl der Zufluchtsuchenden wieder steigen (Exkurs: bis Jahresende 200000, Durchschnittsalter 28 Jahre). Dieser Exodus sei eine Katastrophe für die Gesellschaft. Er liege nicht in unserem Interesse. Das gleiche gelte für die Aussiedler aus der Sowjetunion und Polen, während er – der Bundeskanzler – hinsichtlich der Rumäniendeutschen keine Chancen sehe, ihre Lage vor Ort zu stabilisieren.

Der Bundeskanzler erläutert sodann seine Zehn Punkte<sup>28</sup>: Sie seien kein Kalender, wie dies manche „Nicht-Freunde“ im Ausland sähen, sondern ein Prozeß. Westliche Skepsis sei auch in unserer Wirtschaftskraft begründet.

Der Bundeskanzler betonte die entscheidende Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts: Es müsse überall in der Welt, auch für die Deutschen, gelten. Andererseits erwarte man von uns zu Recht, daß der deutsche Prozeß in die gesamteuropäische Entwicklung eingebettet werde. Genau das sei unsere Absicht. Wir wollten nicht destabilisieren, sondern stabilisieren und Sicherheitsprobleme aller Beteiligten berücksichtigen. Das deutsche Problem sei nur unter einem europäischen Dach zu lösen.

Unser Problem sei auch nicht die Grenze an Oder und Neiße. Wenn heute die Deutschen die Chance hätten, über die Einheit ihres Landes und gleichzeitig über die Oder-Neiße-Grenze abzustimmen, dann sehe er überhaupt kein Problem. Dies habe er auch in Warschau<sup>29</sup> betont. Das einzige Problem sei, daß man von uns nicht immer nur Vorleistungen erwarten könne. Im übrigen hielten wir uns strikt an die KSZE-Schlufakte: Dort bestehe die Möglichkeit, Grenzen friedlich, mit Zustimmung der Beteiligten zu verändern.<sup>30</sup>

In diesem Sinne müsse es möglich sein, die absurde Teilung zu überwinden – andererseits würde von uns selbstverständlich das, was die Bevölkerung in der DDR in freier Selbstbestimmung beschließe, respektiert. (Exkurs: Olympiade 2004 in Berlin: BK nicht dagegen, aber auch nicht begeistert; Gespräche mit Andropow und Andreotti über Absurdität der Teilung Moskaus bzw. Roms.)

Er – so der Bundeskanzler – denke in einer Zeitachse. Es dürfe kein Prozeß der Verunsicherung sein, sondern eine Bewegung, die die Dinge auch psychologisch näher zueinander führe.

*Drnovšek* bestätigt, daß auch in Jugoslawien die Ereignisse in der DDR größte Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Die jugoslawische Regierung habe keine offizielle Stellungnahme abgegeben, zumal diese durch das rasante Tempo rasch überholt würde.

<sup>28</sup> Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

<sup>29</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich mit einer Unterbrechung am 10./11. November 1989 vom 9. bis 14. November 1989 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 353, Dok. 354 und Dok. 371.

<sup>30</sup> Vgl. dazu Punkt I der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlufakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

Nach seiner persönlichen Meinung seien jedoch die Zehn Punkte sehr kluge Politik! Sie ermöglichten die Reaktion, den Vorgriff auf Ereignisse, die noch kommen könnten. Er teile die Meinung, daß Selbstbestimmung eine universelle Frage sei und sich auf alle Länder beziehe. Auch dürfe Europa nicht durch die Brille der Vergangenheit gesehen werden – sondern durch die der Zukunft. Er sei deshalb fest überzeugt, daß der Einigungsprozeß in Europa gutgehen werde und in diesem Licht auch die Wiedervereinigung des deutschen Volkes zu erwarten sei. Natürlich sehe er, daß einige auf diesen Gedanken mit den Resten der Vergangenheit, mit Blockmentalität, reagierten. Aber diese Vergangenheit werde überwunden werden, und es werde rasch in Europa zu neuem Denken und zur Vereinigung kommen. Jugoslawien werde sich nicht gegen die integrerenden Prozesse in Europa stellen, sondern vielmehr darauf achten, seinen Platz dabei zu finden.

Der *Bundeskanzler* begrüßt dies nachdrücklich. Er bekräftigt seine Entschlossenheit, alles zu vermeiden, was auf Irritation herauslaufen könnte – andererseits müsse man sehen, daß Teilung schmerze. Sie sei und bleibe Abnormität und bringe keinen Frieden. Er wolle erreichen, daß der Strom der Geschichte in ruhiger Weise sein Ziel erreiche, ohne daß von unserem Boden Angst ausgehe (Exkurs: Haltung PM Shamirs zur deutschen Frage<sup>31</sup>).

*Drnovšek* erläutert – auf Fragen des Bundeskanzlers – die Beziehungen Jugoslawiens zu Rumänien, die Lage der rumänischen Minderheit in Jugoslawien und die Lage in Rumänien selbst. Er stellt heraus, daß Jugoslawien ein zunehmendes Flüchtlingsproblem von dort habe. Er hält es nicht für ausgeschlossen, daß Rumänien einen ähnlichen Prozeß wie andere osteuropäische Staaten durchlaufen werde, jedoch sei die Repression derzeit ziemlich stark.

AM *Lončar* wirft ein, Ceaușescu nutze geschickt die Feindseligkeit der Rumänen gegenüber der SU aus und werfe sogar die territoriale Frage (Moldawien) auf. In Moskau wachse die Befürchtung vor anti-russischer, anti-sowjetischer Stimmung. Er selbst glaube, daß eine Veränderung in Rumänien dramatischer sein werde als anderswo.

Der *Bundeskanzler* schildert die Lage der Rumäniendeutschen und die Bemühungen der Bundesregierung, sie „herauszukaufen“<sup>32</sup>.

Das Tischgespräch schließt mit einer Würdigung der beiderseitigen Beziehungen gegenüber der Republik Ungarn; der Bundeskanzler schildert seinen jüngsten Gesprächskontakt mit MP Németh<sup>33</sup> (dramatische Verschlechterung der Energieversorgung), würdigt die ungarische Haltung gegenüber den Zufluchtsuchenden aus der DDR und gibt einen Ausblick auf seinen Ungarn-Besuch<sup>34</sup>.

*Drnovšek* schildert die Vierer-Zusammenarbeit (JUG-OST<sup>35</sup>-UNG-IT<sup>36</sup>).

31 Zu den Äußerungen des israelischen Ministerpräsidenten Shamir und zur Reaktion von Bundeskanzler Kohl vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 106.

32 Zu den Absprachen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die Ausreise von Deutschstämmigen vgl. zuletzt AAPD 1988, II, Dok. 226.

33 Bundeskanzler Kohl und der ungarische Ministerpräsident Németh trafen am 19. November 1989 in Ludwigshafen zusammen. Vgl. dazu Dok. 377.

34 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 16. bis 18. Dezember 1989 in Ungarn auf. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 124, sowie WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 60.

35 Korrigiert aus: „OES“.

36 Zur „Vierer-Initiative“ vgl. Dok. 325, Anm. 19.

Abschließend versichert der *Bundeskanzler* D., er könne in der Gewißheit heimreisen, hier in Bonn gute Freunde zu haben. Er wiederhole sein starkes Interesse an innenpolitischer und wirtschaftlicher Stabilität Jugoslawiens und seine Zusage, die jugoslawischen Anliegen auf dem EG-Gipfel in Straßburg anzusprechen.

**Referat 214, Bd. 139848**

**395**

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach**

**210-320.15**

**5. Dezember 1989<sup>1</sup>**

Über Herrn Dg2<sup>2</sup>, Herrn D2<sup>3</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> Herrn Bundesminister<sup>5</sup>  
Betr.: Innere Lage der DDR nach dem Rücktritt des SED-Zentralkomitees<sup>6</sup>;  
hier: Neuformierung des politischen Kräftefeldes

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung im Hinblick auf Vierertreffen in Brüssel,  
13.12.1989<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Vortragendem Legationsrat Brandenburg konzipiert.

<sup>2</sup> Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Höynck Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 5. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrup Ministerialdirigent Hofstetter am 5. Dezember 1989 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Dezember 1989 vorgelegen.

<sup>5</sup> Hat Bundesminister Genscher am 11. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Dezember 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 210 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 12. Dezember 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Brandenburg am 12. Dezember 1989 erneut vorgelegen.

<sup>6</sup> Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, berichtete am 2. Dezember 1989, in der Sitzung der Volkskammer sei am Vortag die Streichung des Führungsanspruchs der SED aus der Verfassung der DDR beschlossen worden. Ferner teilte er mit: „Erschütterung löste der Zwischenbericht des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses ‚Korruption und Amtsmißbrauch‘ über das als ungeheuer empfundene Ausmaß persönlicher Verfehlungen früherer leitender Funktionäre in der Staats- und Parteiführung aus. Besondere Empörung rief das Unvermögen von Außenwirtschaftsminister Beil hervor, Rechenschaft über den von Staatssekretär Schalck-Golodkowski geleiteten Bereich ‚Kommerzielle Koordinierung‘ zu geben, hinter dem sich ein undurchsichtiges Geflecht von Firmen zur Beschaffung von Devisen verbirgt.“ Auch die Position des Generalsekretärs des ZK der SED, Krenz, sei seit dieser Sitzung „eindeutig angeschlagen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2759; Referat 210, Bd. 140682. Vgl. dazu auch VOLSKAMMER DER DDR, 9. Wahlperiode, 13. Tagung, 1. Dezember 1989, Stenografische Niederschrift, S. 317–354.

Am 3. Dezember 1989 fand eine Sondertagung des ZK der SED statt. Dazu berichtete Bertele am 4. Dezember 1989, diese habe mit dem „dramatischen Rücktritt des erst am 8. und 10. November 1989 neu gewählten Politbüros geendet. Die Dramatik wurde damit noch weiter gestärkt, daß auch das gesamte Zentralkomitee zurückgetreten ist. Damit ist die SED praktischführungslos.“ Die durch die Enthüllungen vom 1. Dezember 1989 ausgelöste Sondertagung habe durch „die Aufdeckung der Verquickung der DDR in undurchsichtige Waffenschiebungsgeschäfte und durch die Flucht des dafür verantwortlichen Staatssekretärs Schalck eine dramatische Zuspitzung“ erfahren. Bei Massendemonstrationen vor dem ZK-Gebäude sei der Rücktritt der gesamten Führung gefordert worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2763; Referat 210, Bd. 140683. Für das Sitzungsprotokoll vgl. DAS ENDE DER SED, S. 461–481.

<sup>7</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Baker (USA), Dumas (Frankreich) und Hurd (Großbritannien) am 13. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 408.

### I. Kurzfassung

Mit dem erzwungenen Rücktritt von Politbüro und Zentralkomitee der SED am 3.12.89 ist in der DDR für jeden sichtbar ein Machtvakuum entstanden, dessen Schließung von mehr als dem bevorstehenden Sonderparteitag (15.–17.12.) abhängt. Staatsrat und Volkskammer in alter Besetzung amtieren nur noch auf Abruf. Die Regierung Modrow hat eine Chance, sich durch Kompetenz Legitimation zu verschaffen: Auch sie wird sich jedoch von einer Anzahl belasteter Figuren trennen müssen. Die Basis der SED hat einen Prozeß der Abrechnung in Gang gesetzt, an dessen Ende eine erfolgreiche Selbstanreinigung, aber auch Spaltung oder teilweise Neugründung stehen können.

Mühsam sucht sie nach glaubwürdigen Vertretern: Einige (Berghofer, Gysi, Kroker, Höpcke) gehören dem Interims-Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des Parteitags an. Gleichzeitig verlassen täglich rd. 10 000 Mitglieder die Partei aus Enttäuschung oder aus Opportunismus. Die Parole der Einheit wirkt wie ein stalinistisches Fossil in einer Zeit zunehmender Auffächerung des politischen Spektrums. Neben der SED ist für die bisherigen Blockparteien ein eigenes politisches Profil unversehens zur Existenzfrage geworden. Beim Profilieren tun auch sie sich schwer, mit dem „Wendehals“-Etikett fertig zu werden.

Ihnen gegenüber steht bisher eine weitgehend unstrukturierte Volksbewegung. Das „Neue Forum“ hat zwar angeblich 500 000 Unterschriften gesammelt, sich aber bislang nicht als Partei definiert. SDP und Grüne können sich an westlichen Vorbildern orientieren – Vorteil in einem Land mit Westfernsehen –, stehen jedoch noch am Anfang ihres Aufbaus. Die Gruppe „Demokratie Jetzt“ hat sich frühzeitig als Wahlplattform konstituiert, lässt sich jedoch programmatisch kaum einordnen. Ähnliches gilt für den „Demokratischen Aufbruch“, der ebenfalls seine Gründung als Partei beschlossen hat. Hinzugekommen sind in den letzten Wochen weitere kleine Gruppierungen, einige davon mit linksradikaler Tendenz. Gemeinsam ist ihnen bisher das Bekenntnis zu einem reformierten Sozialismus. Ein wie auch immer gestalteter Sozialismus und das Festhalten an der DDR-Staatlichkeit scheinen jedenfalls heute noch Geschäftsgrundlage für alle politischen Kräfte in der DDR. Angesichts einer nicht zu beziffernden, aber ohne Zweifel populären „gesamtdeutschen“ Tendenz in der Bevölkerung lassen die neuen Gruppen also bislang ein wichtiges Segment unbesetzt. Dies haben als erste die Initiatoren einer „Partei für die Wiedervereinigung“ erkannt, deren Gründung erstmals von der „Welt“ am 1.12. gemeldet wurde.<sup>8</sup> Wie die übrigen Gruppen ist sie als Partei nicht registriert. Mit ihrer einfachen, auf rasche Übernahme unseres Systems gerichteten Programmatik könnte sie sich dennoch bald zum politischen Sprengsatz entwickeln.

Partei- und Staatsführung in der DDR muß daran gelegen sein, dem gesamtdeutschen Segment auch weiter politischen Ausdruck zu verwehren. Die Eilfertigkeit, mit der sich Krenz, Modrow und andere hinter den Appell „Für unser Land“<sup>9</sup> (Initiatoren Christa Wolf und Stefan Heym) gestellt haben und damit die bisherige, intellektuelle Opposition zum legitimen Vertreter der Bevölkerung

<sup>8</sup> Für das Gründungspapier der „Partei für die Wiedervereinigung Deutschlands“ (PWD) vgl. den Artikel „Jetzt den Schritt zur staatlichen Einheit Deutschlands folgen lassen“; DIE WELT vom 1. Dezember 1989, S. 5.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Aufrufs „Für unser Land“ vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 29. November 1989, S. 2.

befördern, wird sich am „Runden Tisch“, der am 7.12. beginnen soll<sup>10</sup>, wohl fortsetzen. Je bereitwilliger sich die Opposition dort umarmen läßt, um so größer wird allerdings die Gefahr, daß alle Beteiligten die Rechnung ohne den Wirt aufmachen.

## II. Im einzelnen

1) Die SED ist seit Monaten nicht aus der Defensive herausgekommen. Sie bleibt getrieben von den Ereignissen, aber auch von der eigenen ratlosen und durch die Enthüllung immer neuer Korruptionsfälle demoralisierten Basis. Ihre Mitgliederzahl ist in wenigen Monaten von 2,3 Mio. auf (wie Krenz sagt) 2 Mio. zurückgegangen; Einzelberichte beziffern die Austritte auf rd. 25%, darunter ca. 70% Arbeiter. In Kundgebungen wie am 28.11. in Leipzig (10000 Teilnehmer) wenden sich Parteisprecher gegen eine Kollektivschuld der SED und beschwören die historische Einheit. Die Gefahr einer Spaltung wird in Versammlungen und Leserbriefen diskutiert. Die Mehrheit der SED-Mitgliedschaft besteht jedoch weder aus überzeugten Kommunisten noch aus verkappten Sozialdemokraten, sondern aus verunsicherten Karrieristen. Sollte es zu einer Spaltung kommen, dürften daher eher wahlaktische als ideologische Überlegungen den Ausschlag geben: Die SDP könnte sich mit einer Armee von „Wendehälsen“ konfrontiert sehen.

Der Rücktritt von ZK und Politbüro am 3.12.<sup>11</sup> und der Parteiausschluß Honeckers sind bisheriger Gipfel einer Entwicklung, die auch die unteren Ebenen der Partei erfaßt hat. Einzelne Kreisverbände haben ihre Beitragszahlungen eingestellt. Drei Kreisvorsitzende beginnen Selbstmord. Gegen weitere Prominente laufen Parteiausschluß- und strafrechtliche Ermittlungsverfahren. Die fiebrige Selbstanreinigung hat jedenfalls bisher in der Bevölkerung eher Befremden ausgelöst: Krenz selbst verkörperte ihre Unglaubwürdigkeit. Außer Modrow (der heute auch von seiner früher beklagten Popularität in den Westmedien profitiert) konnte noch kein prominenter Sympathieträger gefunden werden. Die ideologische Aufarbeitung der „Wende“ steht noch am Anfang. Otto Reinholt, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK und bisher bekanntester Ideologe der SED, trat von seinen Funktionen zurück. Seine Nachfolger haben ein neues Sozialismusmodell zu entwerfen, das auf die bisherigen „historischen Gesetzmäßigkeiten“ verzichtet und in Rechnung stellt, daß der „real existierende Sozialismus“ in den Augen der Mehrheit seine letzte Chance ver spielt hat.

In dieser Verfassung wählen die Grundorganisationen der SED ihre Delegierten für den Sonderparteitag vom 15.–17. Dezember.<sup>12</sup> Sie wählen – wie einzelne

<sup>10</sup> Zum „Runden Tisch“ in der DDR vgl. Dok. 404.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „3.11.“

<sup>12</sup> Der außerordentliche Parteitag der SED fand bereits am 8./9. Dezember 1989 statt. Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, berichtete dazu am 9. Dezember 1989, die Partei habe „eine deutliche, unwiderrufliche Abgrenzung gegenüber dem von Ulbricht und Honecker praktizierten stalinistischen Sozialismus der letzten 40 Jahre gezogen“. Neuer Vorsitzender sei der Rechtsanwalt Gysi. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2818/2819; Referat 210, Bd. 140684.

Zum zweiten Teil des außerordentlichen Parteitags am 16./17. Dezember 1989 teilte Bertele am 18. Dezember 1989 mit, dem bisherigen Parteinamen werde noch „PDS“ („Partei des demokratischen Sozialismus“) hinzugefügt. Dies solle den „inneren Wandel der Partei zum Ausdruck bringen“. Die Partei habe sich für die Zweistaatlichkeit ausgesprochen. Bertele bilanzierte: „Der Test für alle die verheißungsvollen Ankündigungen einer erneuerten SED-PDS wird zunächst in der Umsetzung im Lande

Berichte erkennen lassen – unter mehreren Kandidaten und scheinen die bisherige Manipulation von Vorschlagslisten durch den Apparat vielfach nicht mehr hinzunehmen. Sicher ist daher, daß sich das neue Zentralkomitee deutlich von dem bisherigen abheben wird. Forderungen nach einer Neugründung nach ungarischem Muster gewinnen an Boden. Sie könnte, wenn sie sich ähnlich orientiert und möglicherweise mit der neuen SDP verbindet, eines Tages zu einer Abspaltung orthodoxer Kommunisten führen und damit die Zwangsvereinigung von 1946 rückgängig machen.

Unabhängig vom Ausgang des Parteitags kann sich in der DDR heute niemand vorstellen, daß die SED in freien Wahlen eine Mehrheit erzielte. Modrow selbst rechnet mit einem Stimmenanteil von 20%. Auch ein solches Ergebnis dürfte eine glaubwürdige Vergangenheitsbewältigung und realistische Zukunftsperspektiven voraussetzen, für den Augenblick daher zu hoch gegriffen sein.

2) Die SED ist in der Volkskammer traditionell nur eine Minderheit: Die Mehrheit stellen die übrigen Parteien und Massenorganisationen des „Demokratischen Blocks“, die durch eigene Statuten bisher auf die führende Rolle der SED festgelegt waren. Äußerungen aus dem Kreis von SED und Blockparteien (die heute eine „Koalitionsregierung“ bilden) deuten darauf hin, daß bei künftigen Wahlen ein Parteien-Parlament angestrebt werden soll. FDGB, FDJ, Frauenbund und Kulturbund würden danach keine eigenen Fraktionen mehr stellen, was ihrer Überparteilichkeit zugute käme. Sie wären nicht Teil des politischen Spektrums. Um ihr politisches Überleben kämpfen dagegen die Altparteien, die sämtlich inzwischen dem SED-Führungsanspruch abgeschworen haben.

a) Die LDPD konnte durch die frühzeitige (September 1989) Profilierung ihres Vorsitzenden Gerlach<sup>13</sup> zunächst Punkte gewinnen. In dieser – wenn auch kurzen – Reformtradition stellt sie heute ihre Parteizeitung Oppositionsgruppen als Tribüne zur Verfügung und hat eine FDJ-unabhängige Jugendorganisation gegründet. Unter Selbständigen und Freiberuflern dürfte sie über einen Stamm von Anhängern verfügen (Mitgliederzahl: 104 000), der ihr politisches Überleben sichert. Belastet ist sie allerdings durch Figuren wie Justizminister Heusinger, dessen Mitverantwortung für die Rechtsbeugungen der Vergangenheit sich kaum verleugnen läßt, und Gerlach selbst, den langjährigen Stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrats. Mit einer bisher winzigen Freien Demokratischen Partei könnte ihr darüber hinaus Konkurrenz erwachsen.

b) Die CDU hat ihren kompromittierten Vorsitzenden Gerald Götting bald nach Krenz' Amtsantritt<sup>14</sup> fallengelassen. Sein Nachfolger Lothar de Maizière, Synodaler und Anwalt, könnte von dem erheblichen Vertrauensbonus der evangelischen Kirche profitieren. Die Partei (140 000 Mitglieder) hat Aussichten, über diese Zahl hinaus einen Wählerstamm in der kirchlich gebundenen Bevölkerung auf-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1697*

vorgenommen werden. All das, was die intellektuellen Vordenker der Humboldt-Universität und ein Gysi aus den Notwendigkeiten der veränderten Zeit abgeleitet haben, ist für den kleinen Partefunktionär an der Basis etwas Unerhörtes. [...] Für den nun aufgerufenen Wähler dürfte die Zeit zwischen dem Erneuerungsparteitag und den Wahlen zu kurz sein, um sich wirklich von einer erneuerten SED überzeugen zu lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2898; Referat 210, Bd. 140684.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Rede des LDPD-Vorsitzenden Gerlach am 19. September 1989 in Ost-Berlin; Dok. 303, Anm. 6.

<sup>14</sup> Zur Ernennung von Egon Krenz zum Generalsekretär des ZK der SED am 18. Oktober 1989 vgl. Dok. 326.

zubauen. Ebenso wie die LDPD hat die CDU inzwischen einen eigenen Jugendverband gegründet. Als erste Partei beschloß sie am 3.12. formell ihren Austritt aus dem „Demokratischen Block“. In einem Interview am 4.12. äußerte de Maizière Interesse an engeren Kontakten mit den in Kirchenkreisen entstandenen Gruppen „Demokratie Jetzt“ und „Demokratischer Aufbruch“: vielleicht ein Hinweis auf künftige Koalitionsmöglichkeiten.

- c) Die NPD hat sich ebenfalls kurz nach dem 18.10. von ihrem bisherigen Vorsitzenden getrennt. Der neue Parteichef Günter Hartmann wird es schwer haben, der ursprünglich als Sammelbecken für konvertierte Deutschnationale gegründeten Organisation (110000 Mitglieder) ein eigenes Profil zu geben. Noch immer auf dem Boden der DDR-Verfassung<sup>15</sup>, versucht er es mit Sprüchen wie „wenn wir national sagen, meinen wir deutsch“. Am weitesten von allen „Altparteien“ wagt sich die NPD an das Thema der nationalen Einheit heran (so weit, daß sie sich inzwischen von Deutschnationalen bei uns absetzen muß). In einzelnen Äußerungen entwickelt sie die Idee eines neutralen Gesamtdeutschland. Ihre Vergangenheit als Erfüllungsgehilfe der SED und der Mangel an bekannten und glaubwürdigen Wortführern werden es ihr jedoch schwermachen, gegen eine sich möglicherweise konstituierende Wiedervereinigungspartei zu bestehen.
- d) Grund für Existenzsorgen trotz ihrer 115000 Mitglieder hat auch die DBD, deren Vorsitzender Günther Maleuda seine kürzliche Wahl zum Volkskammer-Präsidenten weniger eigener Bekanntheit als den Stimmen von SED-Mitgliedern verdankt, die seinem Gegenkandidaten Gerlach einen Denkzettel erteilen wollten. Ihr langjähriger Umweltminister Reichelt schlägt um so negativer zu Buche, je offener über das Ausmaß der Umweltverschmutzung in der DDR diskutiert wird. Grundsätzlich wird es die Bauernpartei schwer haben, als politische und nicht als Standesorganisation zu überleben: eine solche – die VdgB<sup>16</sup> – gibt es jedoch bereits.

Alle Blockparteien (diesen Namen verwenden sie heute nicht mehr) haben eigene Zeitungen, eine ausgebauten Organisation und eine unterschiedlich motivierte Mitgliedschaft. Trotz ihrer historischen Belastung haben sie daher eine Überlebenschance: in ihrer bisherigen Form oder als Kern neuer Gruppierungen.

- 3) Die heute bekannten neuen politischen Gruppen entstanden erst im September/Oktober 1989 als Reaktion auf Fluchtwelle und zunehmende Erosion des alten Regimes. Sie können jedoch auf einer Vielzahl von Initiativgruppen aufbauen, die zuvor nur im Schutzbereich der evangelischen Kirche agieren konnten. Noch immer sind Pastoren und Kirchenmitarbeiter überproportional vertreten. Die evangelische Kirche hilft wie bisher mit Räumen und Vervielfältigern. Keine der Gruppen ist bis heute offiziell registriert. Es fehlt ihnen an Fachleuten und klaren Programmaussagen vor allem im Wirtschaftsbereich. Ihr Bekenntnis zum Sozialismus läßt weiteste Auslegung zu. Ihr eigenes Mobilisierungspotential bleibt schwer einschätzbar: Das „Neue Forum“ brachte am 18.11. in Leipzig nur ca. 30000 Personen auf die Straße, wirkte dann allerdings an der erfolgreichen Menschenkette vom 3.12.1989 mit.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 in der Fassung vom 7. Oktober 1974 vgl. GESETZBLATT DER DDR 1974, Teil I, S. 432–456.

<sup>16</sup> Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe.

- a) Das „Neue Forum“ beruht auf einem Gründungsaufruf vom 11.9.89<sup>17</sup>, den inzwischen angeblich mehr als 500 000 DDR-Bewohner unterschrieben haben. Er fordert auf zum Engagement für eine geläuterte, freie und selbstbestimmte Gesellschaft, wendet sich gegen Bevormundung, aber auch gegen Abhängigkeit vom Westen. Zwei seiner bekanntesten Wortführer, Bärbel Bohley und Jens Reich, wollen es als parteiunabhängige Sammlungsbewegung erhalten, andere drängen auf eine rasche Parteigründung. Für den 6.1.90 ist ein republikweites Kontaktleutetreffen, für den 26.1. eine offizielle Gründungsversammlung vorgesehen. Die Sprechchöre „Neues Forum“ bei den ersten Massendemonstrationen in Leipzig<sup>18</sup> haben die Bewegung zu einem Mythos gemacht, hinter dem sich politisch sehr unterschiedliche Kräfte sammeln. Ein Aufruf des „Neuen Forums“ Karl-Marx-Stadt zum Generalstreik am 6.12. wird vom „Neuen Forum“ Berlin ausdrücklich nicht unterstützt.
- b) Die Gruppe „Demokratischer Aufbruch“ (Vorsitzender: Rechtsanwalt Schnur, weitere Wortführer die Pfarrer Eppelmann, Richter und Schorlemmer) will sich bis Mai 1990 als politische Partei konstituieren und strebt eine Beteiligung an den nächsten Volkskammerwahlen an. Sie befürwortet vorerst Eigenstaatlichkeit und Sozialismus. Die Zweistaatlichkeit sei jedoch „historisch bedingt und deshalb nicht von Dauer“. Die Zehn-Punkte-Erklärung des Bundeskanzlers<sup>19</sup> werde begrüßt. Im Vergleich zu anderen zeichnet die Gruppe sich durch Kompetenz und Zielstrebigkeit vieler ihrer Mitarbeiter aus, die seit langem in der kritischen Kirchenszene engagiert sind. Heute kann sie auf etwa 10 000 Mitglieder rechnen.
- c) Von vornherein als Wahlplattform verstand sich die Gruppe „Demokratie Jetzt“. Ihr „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ erschien am 17.9.89.<sup>20</sup> Sie tritt u. a. für eine gemischte Wirtschaft ein. Beide deutschen Staaten sollen sich „um der Einheit willen aufeinander zu reformieren“. Profiliert haben sich in der Gruppe bisher Ulrike Poppe, Hans-Jürgen Fischbeck und der Regisseur Konrad Weiß. Ihre Mitgliederzahl liegt bei ca. 4000.
- Bisher wird nicht deutlich, worin sich „Neues Forum“, „Demokratischer Aufbruch“ und „Demokratie Jetzt“<sup>21</sup> programmatisch voneinander abheben. Dies räumen auch ihre Sprecher ein. Ein Zusammenwachsen oder eine gemeinsame Kandidatur sind daher denkbar, wenn sich das „Neue Forum“ endgültig zur Wahlbeteiligung entschließt.
- d) Die Sozialdemokratische Partei (SDP) trat mit ihrer „Gründungsurkunde“ am 7.10.1989 an die Öffentlichkeit.<sup>22</sup> Gleichzeitig beschloß sie ein Statut und beantragte ihre Aufnahme in die Sozialistische Internationale. Sie beruft sich in

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Gründungsaufrufs des „Neuen Forums“ vgl. DEUTSCHE VEREINIGUNG, S. 60f.

<sup>18</sup> Zu den Demonstrationen in Leipzig vgl. Dok. 303, Anm. 4.

<sup>19</sup> Bundeskanzler Kohl stellte dem Bundestag am 28. November 1989 im Rahmen einer Rede zum Haushaltsgesetz 1990 einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit vor. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13510–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25 und Dok. 27.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des „Aufrufs zur Einmischung in eigener Sache“ vgl. DEUTSCHE VEREINIGUNG, S. 67.

<sup>21</sup> Korrigiert aus: „Demokratie“.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der Gründungsurkunde der „Sozialdemokratischen Partei in der DDR“ vgl. den Artikel „Für eine ökologische soziale Demokratie“; DIE WELT vom 9. Oktober 1989, S. 6.

ihrem Programm ausdrücklich auf die deutsche sozialdemokratische Tradition, vermeidet jedoch ein Anknüpfen an die 1961 aufgelöste Berliner Ost-SPD. Während sie sich gegen „unproduktives Wiedervereinigungsgerede“ wendet, will sie von Anfang an eine „Vereinigung“ nicht ausschließen. Beim Aufbau ihrer Bezirks- und Kreisorganisationen will sie inzwischen über 20000 Mitglieder gewonnen haben. Ausdrücklich wirbt sie auch um „sozialdemokratisch denkende SED-Mitglieder“. Den Vorwurf einer Spaltung der Arbeiterbewegung weist sie zurück. Für den 5. bis 9.4.1990 plant die SDP einen ersten Parteitag in Leipzig. Im Westen bekannt geworden sind bisher vor allem ihr Geschäftsführer Ibrahim Böhme und der junge Pfarrer Steffen Reiche.

Mehr als für andere wird für die SDP das künftige Schicksal der SED eine Rolle spielen. Deren Aufspaltung könnte es ihr erleichtern, die traditionellen sozialdemokratischen Wählerschichten vor allem in Sachsen und Thüringen zu reaktivieren. Mit einem deutlicheren Bekenntnis zur deutschen Einheit könnte es ihr gelingen, das Wählerpotential der jetzigen SED noch weiter zu schmälern, wenn sie sich nicht mit einer nichtkommunistischen Reform-SED zusammenschließt.

- e) Am 24.11.89 haben sich in Berlin (Ost) die „Grünen“ in der DDR gegründet. In einem ADN-Interview nannte Parteisprecher Vollrad Kuhn „Ökologie als Hauptziel“<sup>23</sup> Gleichzeitig trat er für einen Sozialismus mit neuem Inhalt ein. Über Mitgliederzahl und Organisation der Partei gibt es bisher wenig zuverlässige Informationen. Das Vorhandensein eines westlichen Pendants und die Umweltprobleme der DDR dürften ihr jedoch von Anfang an einen sicheren Platz im Parteienspektrum verschaffen.
- f) Die „Vereinigte Linke“ (bisher bekannt geworden vor allem ihr Berliner Sprecher Thomas Klein) will anders als SED-Vertreter keine „Krise des Sozialismus“ gelten lassen. In eine Krise geraten sei nur das „politbürokratische Kommandosystem“. Die Gruppe setzt sich nachdrücklich für die Beibehaltung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln, gegen Parlamentarismus und für ein Rätesystem ein. Nichts spricht dafür, daß sie in Zukunft mehr als eine politische Sektiererrolle spielen wird.
- g) Wenig bekannt ist bisher über eine „Partei für die Wiedervereinigung Deutschlands“ (PWD), die sich nach einem am 1.12. in der „Welt“ veröffentlichten Gründungspapier als weder links noch rechts definiert und die Selbstauflösung nach erreichter staatlicher Einheit ankündigt. Weitere Aussagen fordern schnellstmögliche Überwindung des SED-Staats und eine soziale Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild. Die Gruppe tauchte unmittelbar nach Veröffentlichung des Intellektuellen-Aufrufs „Für unser Land“ auf und vertritt demonstrativ eine Gegenposition. Sollte sie sich erfolgreich konstituieren können, trafe sie auf eine verbreitete Stimmung in der Bevölkerung, die von den Reformgruppen bislang bewußt übergangen wurde: eine Stimmung, die vom Zorn über die „SED-Clique“ und Frustration angesichts erster Konsumerlebnisse im Westen genährt wird. Auch für eine Rechtspartei gäbe es in der Bevölkerung ein Unterstützungs-potential.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut des Interviews vgl. den Artikel „Was wollen die Grünen in der Parteienlandschaft?“, NEUE ZEIT vom 4. Dezember 1989, S. 3.

4) SED, Blockparteien und neue Gruppen werden sich voraussichtlich am 7.12. am „Runden Tisch“ einfinden; einen Runden Tisch von Jugendverbänden – darunter auch Revolutionäre und Autonome – gibt es bereits. Wie ein unglücklicher Vorläufer dieses anderswo bewährten Gremiums wirkt der Aufruf „Für unser Land“, den Christa Wolf (vor einigen Wochen aus der SED ausgetreten) und Stefan Heym am 28.11. vorgestellt haben. Er fordert eine Verteidigung der Eigenständigkeit der DDR, die noch eine Chance zur Entwicklung einer sozialistischen Alternative habe. Entschieden wendet er sich gegen eine „Vereinnahmung“ durch uns, gegen den Ausverkauf materieller und moralischer Werte.

Die lautersten Absichten der Autoren geraten ins Zwielicht durch die Eilfertigkeit, mit der alle DDR-Medien, Egon Krenz und Hans Modrow, Regierung, SED und alle Blockparteien die Initiative unterstützen und republikweit propapieren: Deren Stellungnahmen wecken Erinnerungen an traditionelle Ergebenheitsadressen. Inzwischen wehren sich die Initiatoren gegen die angelaufene Kampagne und betonen die Anonymität der Unterschriftenleistung. Zu verlockend muß es jedoch für die bisherige Führung sein, mit Hilfe ihres noch funktionierenden Apparats auf diese Weise auch einmal millionenfache Zustimmung nachweisen zu können. Während die Mehrheit der Oppositionsgruppen den Aufruf zu unterstützen scheint, haben einige – so die SDP – bereits Skepsis geäußert. Der „Demokratische Aufbruch“ scheint sich ebenfalls abzusetzen. Aus den Reihen des „Neuen Forums“ werden Proteste bekannt.

Für die Glaubwürdigkeit der neuen Gruppen und ihre künftigen Wahlchancen wird entscheidend sein, ob sie sich einer Rolle von bloßen Stichwortgebern für den neuen, von Modrow geführten Machtaufbau entziehen können. Dessen Ummarmungstaktik könnte zum Erfolg führen, wenn SED und Blockparteien selbst zu einer Erneuerung fähig sind. Erste Hinweise wird der bevorstehende Parteitag geben. Die Gefahr, daß sich in einem solchen Konsens ein wichtiger Teil der Bevölkerung nicht wiederfindet, bestünde jedoch weiter.

Lambach

**Referat 210, Bd. 140685**